

**Entmannung: Paradoxe Herstellung von Männlichkeit.  
Formierung der kriminalpräventiven Kastration und ihre Praxis in  
Basel zwischen 1935–1960.**

**Dissertation  
zur Erlangung der Würde einer Doktorin der Philosophie  
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität  
Basel**

**von  
Gabriela Imboden  
von  
Basel**

**Basel 2019**

Originaldokument gespeichert auf dem Dokumentenserver der Universität Basel  
**edoc.unibas.ch**



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung-Nicht  
kommerziell 4.0 International Lizenz.

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel, auf  
Antrag von Prof. Dr. Josef Mooser und Prof. Dr. Regina Wecker

Basel, den 14. April 2015

Die Dekanin  
Prof. Dr. Barbara Schellewald

## **Dank**

Über ein Thema wie Sexualstraftäter und deren Kastration zu schreiben ist nicht nur oft schwierig, es ist vielfach auch eine einsame Angelegenheit. Dennoch wäre ohne Unterstützung, Beratung, Motivation und viele, stundenlange Diskussionen diese Dissertation kaum zu Ende gebracht worden. Realisieren konnte ich sie dank des Staatsarchiv Basel-Stadt und dessen Leiter, Dr. J. Zwicker, der mir einen problemlosen Zugang zu den oft heiklen Akten gewährte. Danken möchte ich dabei auch dem Personal des Archivs, das mich während meiner vielen Stunden der Aktensuche immer wieder weiterhalf und unterstützte. Ebenso möchte ich der Leitung der Psychiatrischen Universitätsklinik und der psychiatrischen Poliklinik danken, die mir den Zugang zu den sensiblen Daten psychiatrischer Akten gewährten, welche die Grundlage meiner Dissertation bilden.

Mein ganz grosser Dank geht aber an meine Doktormutter, Regina Wecker, die mich in jahrelanger Begleitung unterstützt und immer wieder motiviert hat. Die vielen Stunden der Diskussionen mit ihr haben mir geholfen, das Thema fassbar zu machen und in Form zu bringen. Ganz herzliche bedanken möchte ich mich auch bei Prof. Dr. Josef Mooser, der für das Koreferat und für die Abnahme der Dissertation als Referent verantwortlich war.

Der Beginn der Arbeit, das Entwickeln einer Idee zu einer konkreten, umsetzbaren Arbeit sowie die Erarbeitung der theoretischen Grundlage konnte ich im dreijährigen interdisziplinären Graduiertenkolleg Gender Studies der Universität Basel unter der Leitung von Prof. Dr. Andrea Maihofer erwerben. Bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang ebenfalls bei Prof. Dr. R. Wecker, der Leiterin der Träger- und Trägerinnenschaft sowie bei allen Kollegiaten und Kollegiatinnen für die anregenden Diskussionen und Auseinandersetzungen. Insbesondere meinen Kolleginnen Dr. Annelis Kaiser und Dr. Christina Ratmoko, deren Gespräche und Diskussionen in einen gemeinsamen Artikel mündeten. In Rahmen des Graduiertenkollegs hat mir auch Frau Prof. Dr. Sabine Maasen öfters mit kritischen Gesprächen zur weiteren Konkretisierung dieser Arbeit verholffen. Spannende Gespräche gab es auch mit der Kollegiatin Dr. Jacqueline Weber. Intensiven Austausch hatte ich weiter mit Dr. Sabine Braunschweig und Dr. Hans-Jakob Ritter im Rahmen des NFP 51 und des Folgeprojektes unter der Leitung von Prof. Dr. R. Wecker. Insbesondere Hans-Jakob Ritter möchte ich für die stundenlangen Diskussionen, das gemeinsame Texte schreiben, und sein konstantes kritisches Hinterfragen danken. Es war ein oft anstrengender, aber fruchtbarer Austausch. Für die kritische Durchsicht meiner

Texte danke ich Annette Huwyler und für eine letzte Durchsicht vor der Publikation auch Dr. Nicole Schwalbach.

Dank geht auch an meine Familie, insbesondere meine Schwester Patricia Brandenburger, die immer wieder interessiert nachfragte und für welche ich meine Gedanken so formulieren musste, dass diese auch ohne den theoretischen Hintergrund verständlich wurden. Sie zeigte mir auf, wo ich meine Gedanken noch klarer fassen musste. Und last, but not least, sondern von eminenter Wichtigkeit war die Unterstützung meiner Partnerin, Karin Tonollo, die mir über all die Jahre immer zugehört und mich bestärkt hat, weiterzumachen.

## Inhalt

1 Einleitung .....	4
1.1 Der ‚Fall‘ Emil A. ....	4
1.2 Sexualität.....	5
1.3 Theoretischer Rahmen: Die Kategorie Geschlecht .....	13
1.4 Hegemoniale und andere Männlichkeiten .....	15
1.5 Gouvernamentalität .....	18
1.6 Forschungskontext und Forschungsstand .....	21
Situierung der Arbeit.....	21
Die kriminalpräventive Kastration.....	24
Fragestellung und Thesen .....	26
Quellengrundlage und methodisches Vorgehen .....	32
Aufbau der Arbeit.....	36
2 Die Kastration.....	38
2.1 Die Kastration: Ein ‚schillernder‘ Begriff .....	38
2.2 Die ‚alten‘ Praktiken der Kastration.....	40
2.3 Die Eroberung des Körperinneren: Der Wandel des medizinischen Systems .....	48
2.4 ‚Geschlechtswechsel‘: Die Kastration der Frau .....	49
2.5 Die männliche Keimdrüse als Gegenstand der Wissenschaft .....	54
2.6 Brown-Séquard: Die Frage der Verjüngung .....	56
2.7 Der Phallus: Symbol von Macht und Männlichkeit .....	57
2.8 Die ‚sociale‘ Kastration zur Regulierung von Reproduktion und Begehren.....	59
3 Der Entstehungskontext der kriminalpräventiven Kastration .....	61
3.1 Die vier Fälle von Wil.....	61
3.2 Der Entstehungskontext: Eugenik.....	68
Der gesellschaftliche Kontext um 1900 .....	70
Technische und wissenschaftliche Voraussetzungen der Eugenik.....	78
August Forel: Pionier der Eugenik und der kriminalpräventiven Kastration .....	83
3.3 Die Ausdifferenzierung der ‚socialen‘ Kastrationen .....	89
Eugenische Begrifflichkeiten.....	89
Synonyme Verwendung von Kastration und Sterilisation .....	91
Die sich entfaltende Dynamik nach den ersten ‚socialen‘ Kastrationen .....	92
Die Praxis der Einwilligung und die Forderung nach einer rechtlichen Grundlage.....	94
Die Vasektomie: Die Bevorzugung von Männern für eugenische Eingriffe.....	97
Die Sterilisation der Frau .....	103
Abtreibung, Sterilisation und Geschlecht .....	104
Eheverbot und eugenische Sterilisation .....	107

Zum Erreichen eugenischer Ziele reicht die Sterilisation.....	108
Die Kastration: Instrument der Disziplinierung ‚schwachsinniger‘, lediger Mütter .....	109
Die Kastration von Sexualdelinquenten als Instrument der Kriminalprävention .....	117
3.4. Die Etablierung ‚socialer‘ Eingriffe .....	122
Die Eugenik stellt sich der Öffentlichkeit vor .....	122
Der Erste Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit .....	124
Radikalisierung und Aufspaltung der Eugenik in den 1920er Jahren .....	126
Die Umsetzung eugenischer Massnahmen in den USA.....	128
Die Entwicklung der eugenische Umsetzung in der Schweiz .....	130
Die eugenische Sterilisation und die kriminalpräventive Kastration in den 1920er Jahren .....	132
3.5 Strafrecht, ‚Sittlichkeitsdelikte‘ und die kriminalpräventive Kastration.....	135
Die Krise des bürgerlichen Strafrechts um 1900 .....	135
Die Ausbildung eines forensisch-medizinischen Praxisfeldes im 19. Jahrhundert.....	139
Die Transformation des Strafrechts: Von der Tat zum Täter .....	139
Geschlecht, Sexualstrafrecht und ‚Sittlichkeitsdelikte‘ .....	146
Der ‚Kampf‘ um die Sexualdelinquenten .....	152
Die medizinische Legitimation der kriminalpräventiven Kastration .....	157
Rechtliche Legitimation und rechtliche Regelungen in Europa um 1930 .....	161
4 Die Praxis der kriminalpräventiven Kastration in Basel.....	166
4.1 Der Fall Emil A.....	166
4.2 Die Institution, das institutionelle Netzwerk und die Akten .....	176
Die Psychiatrie als Teil des städtisch-institutionellen Netzwerkes.....	180
Die psychiatrische Poliklinik Basel .....	183
Die psychiatrischen Fall-Akten.....	186
4.3 Delikte, Delinquenten und Diagnosen.....	191
„Verabscheuungswürdigste Verbrechertypen“ .....	191
Exhibitionismus.....	193
‚Unzucht‘ mit und/oder an Kindern .....	203
‚Der Exhibitionist‘ und ‚der Pädophile‘: An ihrer Potenz gescheiterte Männer .....	213
4.4 Die ‚Wahrheitsfindung‘ .....	216
Das psychiatrische Gutachten .....	216
Vom Ereignis zum Gutachten .....	218
Die Herstellung des psychiatrischen Gutachtens .....	221
Die Begutachtung: Herstellung von Männlichkeit .....	242
4.5 Die Verbesserungsmaschinerie .....	244
Emil A.s Scheitern der sexuellen Selbstführung.....	244
Das Programm der Verbesserung .....	246
Juristische Intervention und Strafvollzug: Die disziplinierende Fremdführung .....	249

Die Bewährungsprobe .....	252
Der ausdifferenzierte Straf- und Massnahmenkatalog .....	255
Psychiatrische Interventionen: Die ‚pastorale‘ Fremdführung.....	257
Die Bearbeitung von ‚Schwächen‘ .....	262
Hilfe und Beratung .....	266
Die Verpflichtung auf Heterosexualität .....	267
4.6 ‚Ultima ratio‘: Die Kastration.....	272
Die Kastration von Emil A. ....	272
Die Kastration als Entscheidungsoption.....	275
Der Zwang zur Freiwilligkeit.....	277
Zwang zur Ordnung: Die Kastrationen als Instrument der Disziplinierung .....	279
Herstellung des Entscheidungsraumes.....	281
Entscheidungsfaktoren .....	287
Die Kastration: ‚Erfolg‘, ‚Erlösung‘ und ihr Scheitern .....	294
5 Schlussbetrachtungen .....	298
Die ‚socialen‘ Kastrationen.....	298
Die Praxis der kriminalpräventiven Kastration in Basel .....	301
Quellen- und Literaturliste .....	307
Archive .....	307
Gedruckte Quellen.....	307
Darstellungen .....	320
Internetquellen.....	359

# 1 Einleitung

## 1.1 Der ‚Fall‘ Emil A.

„Sehr geehrter Herr Professor, wir gestatten uns, Ihnen unseren Patienten Emil A., von Basel, 1907, z.Z. im Lohnhof in Untersuchungshaft, den wir neuerdings zu begutachten haben, zur Durchführung der operativen Kastration anzumelden. [...] A. steht nun zum dritten Mal wegen pädophilen Delikten an Schulkindern beiderlei Geschlechts vor Gericht. Seine Delinquenz zeichnet sich jeweils durch die grosse Zahl von Opfern und durch die Intensität der jeweiligen Beziehungen aus. Er ist also in hohem Masse gemeingefährlich. Seit einigen Jahren ist E. verheiratet und hat von seiner Frau auch ein Kind bekommen. Er hat trotzdem in unverminderter Häufigkeit weiterdelinquierte. E. ist zweifellos aus einer schweren psychischen Fehlentwicklung heraus in seine Delinquenz hineingeraten. Gewisse negative Aspekte seiner Persönlichkeit (Unaufrichtigkeit, Geltungssucht, Moralschwäche) haben aber alle Versuche einer psychotherapeutischen Beeinflussung vereitelt. [...] Es ist also für Herrn A. wünschenswert, dass der einmal ins Auge gefasste Schritt möglichst bald getan werde. Er soll deshalb – im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft – noch vor seiner Aburteilung operiert werden. E. ist trotz der Verminderung seiner Zurechnungsfähigkeit für seine Delikte in Bezug auf die Vornahme der Kastration durchaus urteilsfähig, ist also in der Lage, eine gültige Operationseinwilligung zu unterschreiben.“<sup>1</sup> Emil A. war einer der Personen, die in Basel zwischen 1930 und 1960 wegen ihres Sexualverhaltens kastriert worden waren.<sup>2</sup> Indiziert worden war die Kastration in der psychiatrischen Anstalt von Basel.

Wieso nahm der Psychiater die Kastration als adäquaten Eingriff bei Sexualdelinquenz an? Gab es einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der ‚schweren psychischen Fehlentwicklung‘ von Emil A., den ‚negativen Aspekten seiner Persönlichkeit‘, die der Gutachter als Ursache der Delinquenz beschrieb, und den Keimdrüsen? Denn bei einer Kastration, die noch immer als schwerwiegender Eingriff gilt, werden die Keimdrüsen – das sind die Ovarien bei Frauen und die Testikel bei Männern – irreversibel entfernt. Ausgeführt

---

1 18. Juli 1957 Psychiatrische Poliklinik (PUP) an Direktion der chirurgischen Klinik Bürgerspital Basel. In: PUP, Akte Emil A., 1907. Emil A. ist ein Synonym, wie es die Bewilligung zur Akteneinsicht vorschreibt. Für die Einsichtnahme in die Psychiatrischen Akten war eine Sonderbewilligung zur Offenbarung des Berufsgeheimnisses zu Forschungszwecken im Bereich der Medizin und des Gesundheitswesens notwendig. Die Expertenkommission für das Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung, hat in Sachen NFP 51 «Eugenische Konzepte und Massnahmen in Psychiatrie und Verwaltung. Zur Politik von Normierung, Integration und Ausgrenzung am Beispiel des Kantons Basel-Stadt 1880–1960», in deren Rahmen ich auch diese Dissertation verfertigte, eine Sonderbewilligung zur Offenbarung des Berufsgeheimnisses zu Forschungszwecken im Bereich der Medizin und des Gesundheitswesens, verfügt. Auflage ist die Schweigepflicht und die Anonymisierung der Daten.

2 Die Bewilligung der Akteneinsicht endet 1960. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Praxis der Kastration bis zur Revision des Strafrechts von 1971 weitergeführt wurde. Vgl. Cornu, Frédéric: Katamnesen bei kastrierten Sittlichkeitsdelinquenten aus forensisch-psychiatrischer Sicht. Basel 1973. Aebersold, Peter: Von der Kastration zur Incapacitation. 171–192. In: Stefan Bauhofer et al. (Hg.): „Gemeingefährliche“ Straftäter. Chur / Zürich 2000.



wird sie normalerweise, wenn die erkrankten Keimdrüsen das Leben und die Gesundheit der betroffenen Person gefährden. Anfangs des 20. Jahrhunderts wurde sie aber auch in Zusammenhang mit Sexualdelinquenz angewandt. Dabei wurden gesunde, das heisst pathologisch nicht veränderte Keimdrüsen entfernt. Ich werde im Weiteren für den Eingriff in Zusammenhang mit Sexualdelinquenz den Begriff kriminalpräventive Kastration verwenden, um sie von den ‚rein‘ medizinisch indizierten Kastrationen abzugrenzen.<sup>3</sup>

Erstmals zur Anwendung kam die kriminalpräventive Kastration in der Schweiz 1892.<sup>4</sup> Sie markierte einen Bruch im Umgang mit Sexualdelinquenten und bildete den Ausgangspunkt der Praxis der kriminalpräventiven Kastration, die teilweise bis heute fortgeführt wird. Ursache dieses Bruchs war keine neue Technologie. Im Gegenteil: Die Kastration ist eine ‚alte‘ Kulturtechnik, die bereits in Mythen eine Rolle spielte und die bis ins 19. Jahrhundert hinein in verschiedenen Kulturen aus unterschiedlichen Gründen vorwiegend (bis ausschliesslich) an Männern ausgeführt worden war. Als sich im 19. Jahrhundert die Chirurgie professionalisierte, vereinnahmte sie auch die Kastration. Wie alle chirurgischen Eingriffe durfte auch sie nur noch im Rahmen medizinischer Rationalitäten ausgeführt werden: Der Eingriff musste einen therapeutischen Zweck haben, die Einwilligung der Betroffenen hatte vorzuliegen und der Eingriff war durch eine Fachperson auszuführen. Die Idee, die Kastration als modernen Eingriff bei Sexualpathologien anzuwenden, selbst wenn keine pathologischen Veränderungen der Keimdrüsen vorlagen, entstand um 1900. Sie bildeten ebenso wie die Sexualpathologien Teil eines Sexualitätsdispositivs, wie es im 19. Jahrhundert entstand.

## 1.2 Sexualität

Jede Kultur und Gesellschaft hat ihre eigenen Vorstellungen und ihr eigenes Vokabular, um den Bereich der Reproduktion und ihre damit zusammenhängenden Verhaltensweise zu beschreiben. Erst die modernen westlichen Gesellschaften bezeichnen diesen Bereich seit dem 19. Jahrhundert als ‚Sexualität‘. Der Begriff ‚Sexualität‘, vom lateinischen *Sexus*, das ‚Geschlecht‘ abstammend, tauchte erstmals zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den Naturwissenschaften auf und diente der Bezeichnung der Geschlechter von Pflanzen.<sup>5</sup> Er

---

3 Vgl. Kellmann, Alfred: Über Castration. Greifswald 1893. 5. Die modernen Bedingungen chirurgischer Eingriffe sind durch das Berufsrecht geregelt. Eine Diskussion um die Rechtmässigkeit von chirurgischen Eingriffen wurde im 19. Jahrhundert mit den Möglichkeiten der modernen Medizin angestossen und blieb Gegenstand medizinisch-rechtlicher Diskussionen. Dabei geht es um die Frage, wann und unter welchen Umständen auch ohne Bewilligung ein Eingriff vorgenommen werden darf und was unter ‚therapeutisch‘ zu verstehen ist.

4 Wolf, Christian: Die Kastration bei sexuellen Perversionen und Sittlichkeitsverbrechen des Mannes. Basel 1934. 15.

5 Schiebinger, Londa: Das private Leben der Pflanzen: Geschlechterpolitik bei Carl von Linné und Erasmus Darwin. 245–269. In: Barbara Orland / Elvira Scheich (Hg.): Das Geschlecht der Natur. Feministische Beiträge zur Geschichte und Theorie der Naturwissenschaften. Frankfurt a/M 1996.

weitete sich im Laufe des 19. Jahrhunderts aus und wurde vermehrt auch zur Bezeichnung der auf Reproduktion zielenden Verhaltensweisen verwendet. Anfangs des 20. Jahrhunderts erfuhr er dann mit der Psychoanalyse eine ‚ungebührliche‘ Vereinnahmung vieler Lebensbereiche.<sup>6</sup> In dieser wurde ‚Sexualität‘ als ‚Sonderform des Willens zum Leben‘ konzeptualisiert, der sich gemäss Freud „in den Erscheinungen unwiderstehlicher Anziehung äussern, die das eine Geschlecht auf das andere ausübt, und sein Ziel soll die geschlechtliche Vereinigung sein.“<sup>7</sup> Damit wurde nicht nur das Begehren als ein heterosexuelles festgeschrieben, es lassen sich auch praktisch alle Lebensäusserungen in einen sexuellen und damit geschlechtlichen Zusammenhang bringen. Bis ins 20. Jahrhundert hat sich Sexualität zu einem umfassenden Konzept transformiert, das inhaltlich sowohl die Aspekte Erotik und Lust, sexuelle Handlungen, Reproduktion, aber auch sexuelle Orientierung, sexuelle Identität und Geschlecht beinhaltet. Allgemein wird dabei von einem ‚intrinsischen, naturgegebenen Trieb‘ ausgegangen, der als notwendige Voraussetzung der Reproduktion den Fortbestand der Gesellschaft garantiert und zugleich sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität der Individuen determiniert.

Wichtiger Akteur in der Herstellung von dem, was heute als ‚Sexualität‘ bezeichnet wird, waren die Humanwissenschaften. Ihre Mächtigkeit erhielt sie dadurch, dass ihr spezifisches Wissen als objektiv und neutral, unverzerrt von gesellschaftlichen Vorstellungen und sozialen Interessen, methodisch kontrolliert und systematisch erzeugt gilt und damit universell gültiges Wissen hervorbringt, dessen Referenz die ‚Natur‘ ist.<sup>8</sup> Dieses Wissen formt seit dem 18. Jahrhundert die Wahrnehmung unserer Umwelt. Es sagt uns, wer wir sind und macht Aussagen über den Zustand der Gesellschaften. Im 19. Jahrhundert eignete sich die Medizin den Bereich der Reproduktion und ihre damit einhergehenden Verhaltensweisen an. Sie wurde zur Expertin des Bereiches, den sie erst schuf: Die Sexualität.<sup>9</sup> Viele der bis dahin als Sünde oder als ‚unsittlich‘ qualifizierten und teilweise kriminalisierten Verhaltensweisen wurden neu in medizinische Konzepte gefasst und mit medizinischen Begriffen versehen. Mit ihrem aus der Natur beobachteten und legitimierten Wissen, leiteten die medizinischen Experten vermehrt auch die Bürger und Bürgerinnen im ‚vernünftigen‘ und ‚gesunden‘

---

6 Sigusch, Volkmar: Kritische Sexualwissenschaft und die Grosse Erzählung vom Wandel. 11–28. In: Gunter Schmidt / Bernhard Strauss (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002. 12.

7 Freud, Sigmund: Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie. Leipzig 1905. 1.

8 Zur Wissenschaftsforschung allgemein vgl. Felt, Ulrike / Nowotny, Helga / Taschwer, Klaus: Wissenschaftsforschung. Eine Einführung. Frankfurt a/M 1995. Fleck, Ludwig: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Frankfurt a/M 1980 (1935). Kuhn, Thomas: The Structure of Scientific Revolutions. Chicago 1962. Knorr-Cetina, Karin: Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft. Frankfurt a/M 1984. Latour, Bruno: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Berlin 1995. Rheinberger, Hans-Jörg: Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas. Göttingen 2001.

9 Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Frankfurt a/M 1977.

Gebrauch ihrer ‚Lüste‘ an.<sup>10</sup> Die Schaffung und Aneignung von Sexualität als wissenschaftliches Wissensfeld, die Formierung und Organisation der medizinischen Professionen, eine auf effizienten Technologien und auf der handlungsleitenden Norm ‚Gesundheit‘ basierende soziale Kontrolle und Regulierung von Sexualität sowie die individuelle Wahrnehmung von Problemen als medizinische Probleme sind Aspekte eines Prozesses, der als Medikalisierung beschrieben wird.<sup>11</sup> Während die Ehe, die bislang im kirchlichen Fokus der sittlichen Regulierung stand, sich zum von Aussenkontrolle freien Raum transformierte – das eheliche Paar war angehalten, selbstkontrollierend seine Erotik und seiner Aufgabe zur Fortpflanzung nachzukommen –, und die heterosexuelle eheliche Beziehung zum Ideal und zur Norm avancierte, rückten desto schärfer alle davon abweichenden sexuellen Verhaltensweisen in den ärztlichen Blick. Es war insbesondere die Psychiatrie, welche die bis dahin ‚unsittlichen sexuellen Verhaltensweisen‘ in all die ‚gefährlichen‘ Krankheiten und Pathologien transformierte.<sup>12</sup> Die ‚Persionen‘ schienen nicht nur das Individuum selbst, sondern auch die Gesellschaft als Gesamtes zu bedrohen. Mit der Medikalisierung der ‚sexuellen Persionen‘ machte die Psychiatrie sie therapeutischen Interventionen zugänglich. Ihre Interventionen fokussierten dabei vorzugsweise auf die Geschlechtsorgane und das Gehirn.

Denn neben den Geschlechtsorganen und ihren Funktionen und Produkten war es immer auch das Gehirn, das in engen Zusammenhang mit Sexualität gebracht wurde. So galt im 18. Jahrhundert Onanie als Samenverschwendung und wurde als Substanzverlust des Gehirns angenommen.<sup>13</sup> Ende des 20. Jahrhunderts verkündete der Psychiater und Neurologe Serge Stoleru, das Gehirn sei ‚das grösste Sexorgan‘, es steuere Erregung, Emotionen und Lust, bewerte reizvolle Berührungen, erotische Bilder und generiere erotische Phantasien auch ohne äusseren Anlass. Die ‚sexuelle Steuerzentrale‘ im Kopf reguliere die Hormonproduktion, die ihrerseits wiederum das Sexualverhalten steuert.<sup>14</sup> Die Keimdrüsen – Ovarien und Testikel – sowie das Gehirn sind denn auch jene körperlichen Orte, an denen – als Ursache von Sexualität angenommen –, auch immer wieder mit chirurgischen Eingriffen interveniert wurde und wird, um sexuelle Verhaltensänderungen zu

---

10 Sarasin, Philipp: Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765–1914. Frankfurt a/M 2001. 118–172.

11 Conrad, Peter: The Sociology of Health and Illness. Critical Perspectives. 7. Auflage. New York 2005.

Murer, Erwin (Hg.): Gesellschaft und Krankheit. Medikalisierung im Spannungsfeld von Recht und Medizin. Bern 2012.

12 Sigusch, Volkmar: Die Geschichte der Sexualwissenschaft. Frankfurt a/M 2008. 178–180, 182–184.

13 Laqueur, Thomas: Die einsame Lust. Eine Kulturgeschichte der Selbstbefriedigung. Berlin 2008. 185–245.

Eder, Franz X.: Kultur der Begierde. Eine Geschichte der Sexualität. München 2002. 104–105.

14 [http://www.focus.de/gesundheit/news/serie-das-moderne-lexikon-der-sexualitaet\\_aid\\_176984.html](http://www.focus.de/gesundheit/news/serie-das-moderne-lexikon-der-sexualitaet_aid_176984.html).

(14.07.2012). Kritische Anmerkungen zu dieser Art der Gehirnforschung, vgl. Fausto-Sterling, Anne: Sexing the Body. Gender Politics and the Construction of Sexuality. New York 2000.

bewirken.<sup>15</sup> Mit der Definition von ‚sexueller Gesundheit‘, wie sie die World Health Organisation in den 1970er Jahren vornahm, war Gesundheit nicht mehr einfach über die Abwesenheit von Pathologien und Perversionen definiert, sondern bedeutete die „Integration der somatischen, emotionalen, intellektuellen und sozialen Aspekte sexuellen Seins“, um die Persönlichkeit, Kommunikation und Liebe zu stärken und zu bereichern. Die WHO folgerte daraus, dass ‚sexuelle Gesundheit‘ die Verbesserung der Lebensqualität und persönlicher Beziehungen zum Ziele haben müsse.<sup>16</sup> Diese Konzeption von ‚gesunder Sexualität‘ bietet der Medizin wiederum vielfältige Möglichkeiten der Intervention bis hin zu chirurgischen Eingriffen im Rahmen der Intim-Ästhetik.<sup>17</sup> ‚Gesunde Sexualität‘ erscheint als medizintechnisch mach- und optimierbar.

Seit circa hundert Jahren ist ‚Sexualität‘ auch ein Thema der Geschichtsschreibung. Als Sittengeschichte beschäftigte sich diese anfänglich vor allem mit ‚abweichendem‘ und dem ‚primitiven‘ Sexualverhalten der ‚Wilden‘.<sup>18</sup> Mit der ‚sexuellen Revolution‘ der 68er-Bewegung fanden auch psychoanalytische Ansätze Eingang in die Historiographie der Sexualität. Formuliert wurde die Genese einer durch Repression und Verdrängung gekennzeichneten Sexualität der Gesellschaft, die es zu ‚befreien‘ galt. Die ‚Repressionsthese‘ geisselte die Prüderie, das Schweigen über Sexuelles, vor allem auch die Negierung eines weiblichen sexuellen Begehrens durch die bürgerliche Gesellschaft. Während es Männern immerhin möglich gewesen sei, mittels Mätressen, Prostituierter und Pornographie ihren ‚erotischen Überschuss‘ auch ausserehelich zu befriedigen, sei die Frau von der bürgerlich-patriarchalen Gesellschaft auf ihre Fähigkeit der Reproduktion reduziert worden.<sup>19</sup> Die historische

---

15 Sigusch, Volkmar: Organotherapien bei sexuellen Perversionen und sexueller Delinquenz. 323–333. In: Volkmar Sigusch (Hg.): Sexuelle Störungen und ihre Behandlung. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2003. Hulverscheidt, Marion: Weibliche Genitalverstümmelung: Diskussion und Praxis in der Medizin während des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum. Frankfurt 2002.  
<http://www.zeit.de/1969/43/hirn-operation-bei-triebtaetern/seite-2> (14.03.2013)

16 [http://www.bzga-whocc.de/bot\\_Seite4010.html](http://www.bzga-whocc.de/bot_Seite4010.html) (12.04.2012) „Sexuelle Gesundheit ist die Integration der somatischen, emotionalen, intellektuellen und sozialen Aspekte sexuellen Seins auf eine Weise, die positiv bereichert und Persönlichkeit, Kommunikation und Liebe stärkt. Grundlegend für dieses Konzept sind das Recht auf sexuelle Information und das Recht auf Lust.“ Die WHO folgerte: „Die Vorstellung sexueller Gesundheit impliziert also eine positive Einstellung zur menschlichen Sexualität und der Zweck sexueller Gesundheitspflege sollte nicht nur Beratung und Betreuung bei Fortpflanzung und sexuell übertragbaren Krankheiten sein, sondern die Verbesserung der Lebensqualität und persönlicher Beziehungen.“

17 Vgl. Braun, Virginia: Weibliche kosmetische Genitalchirurgie. Überblick zum aktuellen Wissenstand und zur aktuellen Debatte. In: Psychosozial. 36. Jg. Heft II (Nr. 132). Giessen 2013. Priddy, Alex / Croissant, Jennifer: Designer Vagina. 173–192. In: Klaver, Elizabeth (Hg.): The Body in Medical Culture. Albany 2009. Lüttenberg, Beate et al. (Hg.): Im Dienste der Schönheit? Interdisziplinäre Perspektiven auf die Ästhetische Chirurgie. Berlin 2011.

18 Als ‚Sitte‘ wird die Gesamtheit moralischer Werte und Regeln verstanden. ‚Sittlich‘ ist das äußerliche Verhalten in der Gesellschaft, das von anderen beurteilt werden kann. Sexuelle Handlungen bilden damit einen Teil der Sitte und waren bis ins 19. Jahrhundert kein eigenständiger, abgegrenzter gesellschaftlicher Bereich. Eder, Kultur der Begierde, 10–11.

19 Honegger, Claudia / Heintz, Bettina: Zum Strukturwandel weiblicher Widerstandsformen im 19. Jahrhundert. 7–68. In: Claudia Honegger / Bettina Heintz (Hg.): Listen der Ohnmacht. Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen. Frankfurt a/M 1981. 35–36.

Forschung stärkte die zivilisationskritische Herangehensweise durch die These, dass im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit das ‚vitale naturhafte und sinnensfrohe Leben der freien und unverdorbenen Landleute‘ von ‚einer repressiven Obrigkeit, die ihre Untertanen im privatesten Lebensbereich kontrollierte und einschränkte‘, zu einem unterdrückten, freudlosen Lebenswandel gezwungen worden sei.<sup>20</sup> Der Annahme einer ‚ursprünglichen‘ Sexualität, die mit der fortschreitenden Zivilisation in ein Zwangskorsett gesteckt und zum Wohle der Gesellschaft ‚sozialisiert‘ worden sei, liegt die Vorstellung eines ‚naturgegebenen Sexualtriebes‘ zugrunde. Ebenso den Ansprüchen der ‚sexuellen Befreiung‘, wie sie Ende der 1960er Jahre formuliert worden waren.

Die Vorstellung eines ‚natürlichen Geschlechtstriebes‘ hat in den 1970er Jahren insbesondere Michel Foucault radikal in Frage gestellt. Die Vorstellung von Sexualität als ‚natürliche Entität‘ hat er als raffinierte Technik der Macht dechiffriert. Einer Macht, die jedoch nicht einfach durch Zwang und Unterdrückung funktioniere, sondern – im Gegenteil – produktiv wirke.<sup>21</sup> In dieser Leseart ist Sexualität nicht Ursache von Handlungsformen, Konventionen und Bedeutungszuweisungen, sondern Effekt und Summe derselben. Sexualität ist zugleich Motor und Folge von Auseinandersetzungen innerhalb eines soziokulturellen Machtgeflechts und steht im Zentrum von Gesellschaft und Geschichte.<sup>22</sup> Damit kommt der Sexualität in modernen westlichen Gesellschaften zentrale Bedeutung zu, die weit über die Funktionen von Erotik und Fortpflanzung und deren Regulierung hinausgeht. Denn unterhalb der Ebene der bürgerlichen Fiktion von Freiheit und freiem Bürger haben sich über die Sexualität wirkungsmächtige Regulierungs- und Unterwerfungsformen herausgebildet.<sup>23</sup> Der Fokus richtete sich auf den Körper und dessen Kräfte und Potentiale. Diese galt es zur Produktivität anzureizen und die Menschen zur Selbstkontrolle anzuleiten. Auf diese Art und Weise wurde der Körper der gesamtgesellschaftlichen Kontrolle und der Regulierung unterworfen. Ein zentrales Potential dieses Körpers bildet dabei ‚Sexualität‘, deren Entstehung im 19. Jahrhundert mit einer diskursiven Vermehrung einherging. Geschaffen wurde eine Vielfalt institutioneller Anreize, um über Sex zu sprechen. Als wie mehr Handlungs- und Denkweisen wurde als ‚sexuell‘ gesteuert angenommen und konnten dadurch der Regulierung, und wenn nötig, der Disziplinierung unterworfen werden.<sup>24</sup> Herausgebildet hat sich dabei, was Foucault als Dispositiv der Sexualität bezeichnete: Ein ‚heterogenes Ensemble‘, das Diskurse,

---

20 Burghartz, Susanna: Zwischen Repression und Sinnenfreude. Sexualität und Ehe auf der Basler Landschaft im Ancien Régime. 291–320. In: Jonas Römer (Hg.): Bauern, Untertanen und „Rebellen“. Eine Kulturgeschichte des Schweizerischen Bauernkrieges von 1653. Zürich 2004. Eder, Kultur der Begierde, 30–32.

21 Foucault, Wille zum Wissen, 125–128.

22 Martschukat, Jürgen / Stieglitz, Olaf: „Es ist ein Junge!“ Einführung in die Geschichte der Männlichkeiten in der Neuzeit. Tübingen 2005. 179.

23 Foucault, Wille zum Wissen, 22.

24 Foucault, Wille zum Wissen, 28.

Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Massnahmen sowie wissenschaftliche Aussagen zusammenbindet und ein dichtes Netz dieser Elemente bildet.<sup>25</sup> Entstanden ist der geschlechtsspezifische, sexualisierte Körper, mit dem sich das bürgerliche Subjekt intensiv beschäftigt und um dessen Gesundheit es sich zu kümmern hat.<sup>26</sup> In der Genese des Sexualitätsdispositivs hat Foucault zwei Wendepunkte beschrieben. Ein erst Mitte des 16. Jahrhunderts, als sich eine neue Form der katholischen Beichte gebildet hatte. Diese löste eine diskursive ‚Explosion‘ aus, die aus dem Menschen des Abendlandes ein ‚Geständnistier‘ gemacht habe.<sup>27</sup> Die Macht des Geständnisses im Bereich der Sexualität liege dabei – wie Sabine Maasen in ihrer Studie zeige – in seinem Versprechen der Befreiung von einem imaginären Punkt, von dem es als Konstrukt genau dieses Bemühens jedoch keine Befreiung geben kann. So werde ein andauerndes, nie enden könnendes Bemühen generiert.<sup>28</sup> Der zweite Wendepunkt setzte gemäss Foucault im 18. und 19. Jahrhundert mit dem Entstehen neuer Macht- und Wissensstrategien ein: Die Hysterisierung der Frau, die Pädagogisierung der kindlichen Sexualität, die Sozialisierung der Fortpflanzung und die Psychiatrisierung der Perversionen.<sup>29</sup> Entstanden sei das moderne sexuelle Subjekt, bei dem Sexualität als Schlüssel der Selbst-Erkennntnis funktioniert. Über Sexualität werde aber auch die Beziehung zwischen Gesellschaft und Individuum hergestellt. Sie bildet einen zentralen An- und Eingriffspunkt des Staates, die als Verbindungsstelle von ‚individueller Disziplinierung des Körpers‘ und der ‚Regulierung der Bevölkerung‘ dient.<sup>30</sup> Sexualität und ihre Regulation bilden damit bedeutsame Angelpunkte in der Herstellung, Stabilisierung und Destabilisierung sowohl des modernen sexuellen Subjektes wie auch der gesellschaftlichen Ordnungen.<sup>31</sup> In diesem Sinne lässt sich die Geschichte der Sexualität nicht mehr als Geschichte einer ‚Liberalisierung‘, einer Entwicklung zu mehr ‚Freiheit‘ und ‚Selbstbestimmung‘ verstehen, oder als eine Geschichte, in der ‚die Macht‘ der Sexualität feindselig gegenüber steht. Mit seinem positiven Machtbegriff hat Foucault auf die Vermengung von Macht und Sexualität

---

25 Foucault, Michel: Dispositiv der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin 1978. 119.

26 Foucault, Wille zum Wissen, 149.

27 Foucault, Wille zum Wissen, 75–90.

28 Honegger, Claudia: Überlegungen zu Michel Foucaults’s Entwurf einer Geschichte der Sexualität. Bremen 1980. 8. Auch Maasen, Sabine: Genealogie der Unmoral. Zur Therapeutisierung sexueller Selbst. Frankfurt a/M 1998. Zum Geständnis vgl. Hahn, Alois / Kapp, Volker (Hg.): Selbstthematization und Selbstzeugnis: Bekenntnis und Geständnis. Frankfurt a/M 1987. Reichertz, Jo / Schneider, Manfred (Hg.) Sozialgeschichte des Geständnisses. Zum Wandel der Geständniskultur. Wiesbaden 2007.

29 Foucault, Wille zum Wissen, 126–127.

30 Foucault, Wille zum Wissen, 162–170. Lemke, Thomas / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. 7– 40. In: Thomas Lemke / Susanne Krasmann / Ulrich Bröckling (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a/M 2000. 35. Eder, Kultur der Begierde, 98. Auch Foucault, Michel: Die Geburt der Biopolitik. Die Geschichte der Gouvernementalität. Frankfurt a/M 2006. Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Frankfurt a/M 1999. Gehring, Petra: Was ist Biomacht? Vom zweifelhaften Mehrwert des Lebens. Frankfurt a/M 2007.

31 Vgl. Burghartz, Susanne: Zeiten der Reinheit – Orte der Unzucht. Ehe und Sexualität in Basel während der Frühen Neuzeit. Paderborn 1999.

und deren produktive Kraft verwiesen. Es ist eine Macht, die sich in der Diskursivierung, der Problematisierung und in der Produktion von Wissen zeigt, und die durch Benennen, Definieren, Klassifizieren sowie durch die Trennung von ‚wahr‘ und ‚falsch‘ Wahrheiten erzeugt. Es ist dieser Wille, die Wahrheit zu erkennen, der Sexualität erst hervorbringt, sie zum Objekt des Wissens macht und als Gegenstand der Verwaltung in ein ‚System der Nützlichkeit‘ eingliedert. Konzepte wie Geschlecht, Normalisierung, Verwissenschaftlichung und Medikalisierung sowie Regulierung sind denn auch zentral in einer Geschichte der Sexualität. Der Begriff ‚Sexualität‘ ist in seiner 200-jährigen Geschichte mit wirkungsmächtigen Konnotationen, Bildern und vielschichtigen Metaphern aufgeladen worden, Sexualität bildet das Fundament moderner westlicher Gesellschaften, entsprechend wichtig ist ihre Regulierung.<sup>32</sup>

Bis ins 19. Jahrhundert wurde Begehren und Reproduktion als ‚Einheit‘ reguliert, davon ausgehend, dass der Zweck des Begehrens die Fortpflanzung sei. Im 19. Jahrhundert rückte das Begehren in den Fokus der Regulierung. Es ist jener Teil des ‚Geschlechtstriebes‘, der über die Notwendigkeit der Fortpflanzung hinausweist.<sup>33</sup> Der Mensch, der sich von der in der ‚Natur‘ dominierenden ‚Brunstzeit‘<sup>34</sup> emanzipiert habe, verfüge über ein zeitlich unbeschränktes Begehren. Ein Begehren, das die bürgerliche Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert zutiefst beunruhigte. Das ‚Übermass‘ an Begehren wurde Objekt vielfältigster und unterschiedlichster Regulierungsmassnahmen – und bleibt es trotz aller Freiheitsversprechungen auch weiterhin. Für die Moderne hat Zygmunt Bauman zwei Strategien der Regulierung von Sexualität beschrieben, die institutionelle und die romantische Strategie.<sup>35</sup> Erstere koppelte das Begehren an die Fortpflanzung und dominierte bis ins 20. Jahrhundert hinein. Sie beschränkte das Begehren auf die reproduktive Funktion, während der sexuelle ‚Überschuss‘ in kulturell unterdrückte Sphären wie Pornographie, Prostitution und andere sozial unerwünschte Formen umgeleitet wurde. Die institutionelle Strategie sei dann im 20. Jahrhundert von der romantischen abgelöst worden, bei der das Begehren an die Liebe gekoppelt wurde. Damit wandelte sich die Bedeutung der ‚romantischen Liebe‘, die anfangs des 19. Jahrhundert noch asexuell sowohl homo- wie heterosoziale Liebe beinhaltete. Sie wurde gegen Ende des Jahrhunderts an das heterosexuelle Begehren gekoppelt und als Grundlage der Ehe postuliert.<sup>36</sup> Die

---

32 Eine Übersicht über den gegenwärtigen Forschungsstand zum Bereich ‚Sexualität‘ bietet die Datenbank von Franz X. Eder <http://www.univie.ac.at/Wirtschaftsgeschichte/Sexbibl> (15.04.2013).

33 Forel, August: Sexuelle Ethik. München 1906. 19.

34 ‚Brunst‘ oder ‚Brunft‘ definiert den Zeitpunkt bei weiblichen Tieren, bei dem der Drang zur Paarung und die Empfängnisfähigkeit zusammen fallen.

35 Bauman, Zygmunt: Über den postmodernen Gebrauch der Sexualität. 29–49. In: Gunter Schmidt / Barbara Strauss (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002. 30–31.

36 Hemka, Gert: Introduction. 1–26. In: Gert Hemka (Hg.): A cultural History of Sexuality in the modern Age. Bd. 6. Oxford 2011. 5.

Durchsetzung der romantischen Strategie wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die von Wissenschaftlern geforderte Trennung von Erotik und Fortpflanzung begünstigt.<sup>37</sup> Es war eine brisante Forderung, da damit die geltenden moralischen Werte und Ordnung – wenn nicht aufgehoben – so doch aufgeweicht wurden. Es bestand die Gefahr, dass ein von der Fortpflanzung losgelöstes Begehren schnell ausser Kontrolle geraten und die Ehe, Grundpfeiler der Gesellschaft und des Staates, abgewertet werden könnte. Mit der Entkoppelung von Begehren und Fortpflanzung setzte sich allmählich die ‚romantische‘ Strategie der Regulierung durch, die bis heute wirksam ist.<sup>38</sup> Dem Begehren und dem sexuellen Akt selbst kommt in beiden Strategien der Regulierung kein Eigenwert zu, erst in ihrer spezifischen Verbindung mit Fortpflanzung oder Liebe erhält die Erotik ihren legitimen Zweck. Eine ohne an einen Zweck gebundene sexuelle Lust – so die Befürchtungen – würde schnell ausser Kontrolle geraten und das volatile soziale Geflecht durcheinanderbringen. Die Ehe blieb als erwünschter Ort erotischer Bedürfnisse, die durch geschlechtsspezifische Rollenaufteilung strukturiert der Reproduktion und der Aufzucht der Kinder dient und damit als staats- und gesellschaftstragende Institution erhalten.

Bauman betont, dass erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Erotik nun ihre Unabhängigkeit erreicht hat.<sup>39</sup> Der erotische ‚Überschuss‘ braucht keine Allianzen mehr, sie hat sich emanzipiert, das sexuelle Vergnügen um des Vergnügens willen ist zur Norm geworden, aber auch zur leichten Beute ökonomischer Kräfte. Ihre Steuerung erfolgt vielfach über ökonomisch gekoppelte Anreize.<sup>40</sup> Anstelle des Panoptikums<sup>41</sup> als Modell einer ordnungsschaffenden Macht ist die ‚Verführung‘ getreten, eine ständige Suche nach neuen Erregungen, während das Erregung suchenden Subjekt dazu angehalten ist, sein Selbst konstant zu optimieren. Mit der ‚sexuellen Befreiung‘ ist der Orgasmus prominenter in den Vordergrund gerückt. Sowohl als Ziel der ‚freien‘ sexuellen Entfaltung wie auch als Objekt der wissenschaftlichen Erkenntnisse wurde er zum Brennpunkt im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs über das Begehren.<sup>42</sup> Hat in der sexuellen Revolution der 1970er

---

37 Bauman, Postmoderne Gebrauch der Sexualität, 31.

38 Siehe auch Herzog, Dagmar: Syncopated Sex: Transforming European Sexual Cultures. 1287–1308. In: The American Historical Review. Volume 114, Issue 5. 2009. 1289.

39 Bauman, Postmoderne Gebrauch der Sexualität, 33. „Es sind die kommerziellen Kräfte eines freien Marktes, welche heute die Lust für sich profitabel zu machen wissen.“

40 Bauman, Postmoderne Gebrauch der Sexualität, 33.

41 Das Panoptikum ist ein vom britischen Philosophen Jeremy Bentham stammendes Konzept zum Bau von Gefängnissen und ähnlichen Anstalten, so wie von Fabriken. Diese Form der Architektur ermöglichte die gleichzeitige Überwachung vieler Menschen durch einen einzelnen Überwacher. Der französische Philosoph Michel Foucault übernahm dieses Ordnungsprinzip als Modell moderner Überwachungsgesellschaften. Siehe: Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Frankfurt a/M 1976.

42 Schmidt, Gunter / Straus, Bernhard (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002. Vorwort VII. Heiko Stoff behauptet zwar, dass bereits um 1900 die Forderung nach Orgasmus gestellt worden war. Zygmunt Bauman, auf den sich Heiko Stoff auch beruft, beschreibt dies als erst in der Postmoderne sich durchsetzend. Stoff, Heiko: Ewige Jugend. Konzepte der Verjüngung vom späten 19. Jahrhundert bis ins Dritte Reich. Köln 2004.



Jahre ‚Sexualität‘ noch als grosse Metapher der Lust und des Glücks gegolten, mystifiziert als Rausch, Ekstase und Transgression, so stehen heute Themen wie Ungleichheit der Geschlechter, Gewalt, Missbrauch, insbesondere von Kindern, und tödliche Infektionen im Vordergrund.<sup>43</sup>

Die Geschichte der Sexualität ist eine Geschichte unterschiedlicher Regulierungen von Körpern und Subjekten, eine Geschichte historisch spezifischer Arrangements von Ermöglichung und Unterwerfung und von unterschiedlichen Subjektivierungsweisen, die jedoch geschlechtsspezifisch different sind.

### **1.3 Theoretischer Rahmen: Die Kategorie Geschlecht**

Geschlecht als konstituierender Aspekt von Sexualität bildet ein grundlegendes Ordnungsprinzip moderner Gesellschaften. Auf Grundlage des Körpers wird seit dem 19. Jahrhundert jedes Individuum zwingend einem der beiden Geschlechter zugeordnet, und damit auch die Ausgestaltung und Interpretation der sozialen Geschlechterrollen mit ihren jeweils folgenreichen Auswirkungen begründet.<sup>44</sup> Es waren die Humanwissenschaften, die den geschlechter-, rassen- und klassenspezifischen Körper in seiner Form geschaffen haben.<sup>45</sup> Die zwischen 1750 und 1850 formulierte Theorie der ‚Sonderanthropologie‘, die der Frau den Status des als von der Norm ‚Abweichenden‘ zuwies – die Norm repräsentiert durch den weissen bürgerlichen Mann –, korrespondierte mit der Transformation des epistemischen Bezugssystems. Hatte sich die soziale Ungleichheit der Geschlechter bis dahin vom göttlichen Kosmos abgeleitet, wurde nun die unhintergehbare Natur Grundlage der gesellschaftlichen Legitimation. Die Behauptung der ‚Natürlichkeit‘ von Geschlecht und vor allem ihrer daraus abgeleiteten Zuschreibungen wurden jedoch bereits den 1940er Jahren bestritten.<sup>46</sup> In den 1970er Jahren wurde im Zuge der Forderungen nach Gleichberechtigung und sexueller Selbstbestimmung gleichzeitig in der Forschung ‚Geschlecht‘ in ‚sex and gender‘, in soziales und biologisches Geschlecht unterteilt. Ziel war es, die soziale Rolle der Frau von ihrer vermeintlich biologischen Determinierung zu entkoppeln.<sup>47</sup> Die Frauengeschichte wurde zur Geschlechtergeschichte erweitert und

---

43 Sigusch, Kritische Sexualwissenschaft, 13.

44 Hirschauer, Stefan: Wie sind Frauen, wie sind Männer? Zweigeschlechtlichkeit als Wissenssystem. 240–256. In: Christiane Eifert et al (Hg.): Was sind Frauen? Was sind Männer? Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel. Frankfurt a/M 1996. 240. Auch Honegger, Claudia: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib, 1750–1850. Frankfurt a/M 1991.

45 Auch Vorstellungen von Rasse und Klasse schlugen sich in wissenschaftlichen Konzepten nieder. Siehe Gould, Stephen: Der falsch vermessene Mensch. Frankfurt a/M 1988.

46 Beauvoir, Simone de: La deuxième sexe. Neuausgabe. Paris 2013/2014.

47 Vgl. Rubin, Gayle: Sex denken. Anmerkungen zu einer radikalen Theorie der sexuellen Politik. 31–79. In: Andreas Krass (Hg.): Queer denken. Gegen die Ordnung der Sexualität. Frankfurt a/M 2003. Auch Lerner, Gerda: Frauen finden ihre Vergangenheit. Grundlage der Frauengeschichte. Frankfurt a/M 1995. Scott, Joan W.:

Geschlecht als relational, als gegenseitig abhängig und sich gegenseitig konstituierend konzeptualisiert.<sup>48</sup> Kritik am ‚sex-gender-Konzept‘ formulierten anfänglich insbesondere Naturwissenschaftlerinnen. Mit der Kategorie ‚sex‘ bleibe die Biologie implizit als unhintergehbare Wahrheit weiterbestehen und reproduziere nicht nur die Geschlechterdifferenz, sondern postuliere diese auch als ‚naturgegeben‘ und ‚unveränderlich‘.<sup>49</sup> Die fixen Grenzen zwischen Natur – Kultur, Mann – Frau, Homosexuell – Heterosexuell wurden in Frage gestellt und nicht mehr als unhintergehbare ‚Fakten‘ angenommen. Das sie begründende wissenschaftliche Wissen, das als ‚objektiv‘ und unabhängig von sozialen Werten und Vorstellungen galt, sei – so die Forderung – als positioniertes Wissen zu verstehen.<sup>50</sup> In den 1990er Jahren postulierte Judith Butler in ihrer Studie ‚gender trouble‘ auch ‚sex‘ als Konstrukt und Geschlecht als Effekt performativer Herstellung: Die Kategorien männlich und weiblich seien lediglich als Wiederholung von alltäglichem Handeln zu verstehen, mit denen Geschlecht konstant reproduziert werde. Selbst die Materialität des Körpers sei an kulturspezifische Wahrnehmungen gebunden, die ihrerseits konstitutiv für die Materie sei.<sup>51</sup> Diese Position löste heftige Kritik aus. Butler wurde vorgeworfen, alles löse sich in Sprache auf. Gebe es keine Referenz ausserhalb der Sprache, verschwinde auch das Subjekt und mit ihm jegliche Möglichkeit der politischen

---

Gender, and the Politics of History. New York 1988. Scott, Joan W.: Gender. Eine nützliche Kategorie. 7–75. In: Nancy Kaiser (Hg.): Selbst Bewusst. Frauen in den USA, Leipzig 1994.

48 Zu Geschlecht als relationale Kategorie vgl. Griesebner, Andrea (Hg.): Die Macht der Kategorien. Perspektiven historischer Geschlechterforschung. Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit. 2. Jg. Heft 2. Wien 2002. Opitz, Claudia: Um-Ordnungen der Geschlechter. Einführung in die Geschlechtergeschichte. Tübingen 2005. 123–155. Arni, Caroline: Entzweiungen. Die Krise der Ehe um 1900. Köln 2004. Arni etwa nimmt in der „Geschichte von Intimbeziehungen“ die beiden Geschlechter in ihrer wechselseitigen Konstruktion in den Fokus.

49 Vgl. Keller Fox, Evelyn: Reflections on Gender and Science. London 1985. Maurer, Margarete: Feministische Kritik an Naturwissenschaft und Technik. Grundlagen und Ansätze einer feministischen Naturwissenschafts- und Technikkritik. Hamburg 1989. Harding, Sandra: Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Hamburg 1990. Haraway, Donna: Die Neuerfindung der Natur. Frankfurt a/M 1995. Scheich, Elvira: Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften. Pfaffenweiler 1993. Orland, Barbara / Rössler, Mechthild: Women in Science – Gender and Science. Ansätze feministischer Naturwissenschaftskritik im Überblick. 13–63. In: Barbara Orland / Elvira Scheich (Hg.): „Das Geschlecht der Natur“. Feministische Beiträge zur Geschichte und Theorie der Naturwissenschaften. Frankfurt a/M 1995. Haraway, Donna J.: Modest\_Witness@Second\_Millennium. FemaleMan\_Meets\_OncoMouse. Feminism and Technoscience. New York 1997. Harding, Sandra: The Science Question in Feminism. New York 1986. Fausto-Sterling, Anne: Myths of Gender. Biological Theories about Women and Men. New York 1985. Fausto-Sterling, Anne: Sexing the Body. Gender Politics and the Construction of Sexuality. New York 2000. Hubbard, Ruth: The Politics of women’s Biology. London 1990. Auch Gisela Bock warnte in den 1990er Jahren vor einer scheinbar selbstevidenten Biologisierung, die vor allem Frauen betraf. Bock, Gisela: Geschichte, Frauengeschichte, Geschlechtergeschichte. 364–391. In: Geschichte und Gesellschaft 14. Göttingen 1988. 364–391. Zur Herstellung von Geschlecht in Naturwissenschaften und Technik vgl. Pasero, Ursula / Gottsburgsen, Anja (Hg.): Wie natürlich ist Geschlecht? Gender und die Konstruktion von Natur und Technik. Wiesbaden 2002.

50 Vgl. Haraway, Donna: Primate Visions. Gender, Race, and Nature in the World of Modern Science. New York 1989.

51 Butler, Judith: Gender Trouble. Feminism and the subversion of identity. 1990.

Repräsentation.<sup>52</sup> Dennoch haben Butler und andere mit ihren radikalen Positionen eine weite Forschungstätigkeit angeregt, in der Geschlecht als Effekt kultureller Konventionen, Handlungsformen, Bedeutungszuweisungen, Motor und Folge von Auseinandersetzungen innerhalb eines sozio-kulturellen Machtgeflechts analysiert wurden und werden.<sup>53</sup> Angeregt durch die feministische Forschung und auch durch die Schwulen- und Queerbewegung formierte sich in den 1980er Jahren eine ‚kritische Männerforschung‘,<sup>54</sup> deren Forschungsgegenstand die gesellschaftliche Konstruktion und Ausformungen von ‚Männlichkeiten‘ beinhaltet.<sup>55</sup>

## 1.4 Hegemoniale und andere Männlichkeiten

Erst wenn Männer als Wesen mit Geschlecht dechiffriert seien, könne die normative Konstruktion des Männlichen als Massstab und der Status der Frau als ‚das Andere‘ aufgelöst werden.<sup>56</sup> Während in einer ersten Phase der Männerstudien der bürgerliche, weisse Mann im Fokus stand, weitete sich in einer zweiten Phase das Blickfeld aus.<sup>57</sup> Verschiedene Formen von Männlichkeit wurden Gegenstand von Untersuchungen, was sich in der Erweiterung des Konzeptes von einer ‚homogenen und stabilen Männlichkeit‘ zu ‚Männlichkeiten‘ äusserte.<sup>58</sup> Neben Theorieentwürfen, die ihre machttheoretischen Analysen auf die Position von Männern im Geschlechterverhältnis richten, sind aber auch die Dominanzverhältnisse innerhalb von Gruppen von Männern in den wissenschaftlichen Fokus gerückt, insbesondere im von Raewyn (Robert W.) Connell entwickelten Konzept einer ‚hegemonialen Männlichkeit‘. In dem dynamischen Modell ist ‚Männlichkeit‘ Ergebnis sozialer

---

52 Stephan, Inge: Gender, Geschlecht und Theorie. 58–96. In: Christina von Braun / Inge Stephan (Hg.): Gender Studien. Stuttgart 2000. Zur Debatte zwischen VertreterInnen eines ‚Essentialismus‘ und den VertreterInnen ‚sozialer Konstruktionisten‘ vgl. Eder, Kultur der Begierde, 227–243.

53 Eder, Kultur der Begierde, 228–243.

54 Damit ist weder eine Forschung, die Mann und Mensch gleichsetzt noch die sogenannte ‚Männerbewegung‘ gemeint, wie sie durch Robert Bly vertreten wird. Vertreter dieser Richtung gehen davon aus, dass es männliche ‚Archetypen‘ gebe wie ‚der König‘, ‚der Krieger‘ oder der ‚wilde Mann‘. Der Mann ist angehalten, diese ‚Archetypen‘ im Prozess der Selbstfindung bei sich zu suchen und finden. Reproduziert wird die Vorstellung von ‚Männlichkeit‘ als biologische Konstante. Bly, Robert: Eisenhans – Ein Buch über Männer. München 1991. Walter Hollstein diagnostiziert einen Clash der Geschlechter, in dem die Männer die Verlierer sind. Ehemals als ‚erstrebenswert‘ qualifizierte Eigenschaften würden nun mit dem Durchsetzen des Feminismus als ‚negativ‘ beurteilt werden. Hollstein, Walter: Der Kampf der Geschlechter. München 1993. Hollstein, Walter: Was vom Manne übrig blieb. Krise und Zukunft des starken Geschlechts. Stuttgart 2008. Auf die Problematik der akademischen Men’s Studies und der ‚Männerbewegungen‘ wie sie Bly oder Hollstein vertreten, gehen Martschukat / Stieglitz in ihrer Studie kurz ein. Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 43–45.

55 Zu den Anfängen einer Geschichte von Männlichkeit vgl. Schissler, Hanna: Männerstudien in den USA. 204–220. In: Geschichte und Gesellschaft 18. Göttingen 1992. Meuser, Michael: Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster. Opladen 1998. Schmale, Wolfgang: Geschichte der Männlichkeit in Europa, 1450 bis 2000. Köln 2003. Walter, Willi: Gender, Geschlecht und Männerforschung. 97–115. In: Christina von Braun / Inge Stephan (Hg.): Gender Studien. Eine Einführung. Stuttgart 2000. Auch Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 141–172.

56 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 39.

57 Die erste Phase der Men’s Studies umfasst etwa den Zeitraum der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 48.

58 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 95–104.

Interaktionen.<sup>59</sup> Nicht nur wurden verschiedene Formen der Männlichkeiten beschreibbar, es ermöglichte auch die Relationen zwischen verschiedenen Männlichkeiten zu analysieren. Connell hat vier Konzepte solcher Verhältnisse vorgeschlagen: Die hegemoniale Männlichkeit, die Komplizenschaft, die Marginalisierung und die Unterordnung.<sup>60</sup> Hegemoniale Männlichkeit bezeichnet den privilegierten Zugang zur Macht, die Konfiguration geschlechtsbezogener Praktiken, welche die momentan akzeptierte Antwort auf das Legitimitätsproblem des Patriarchats verkörpert.<sup>61</sup> Das zweite Konzept der Komplizenschaft beschreibt jene (vielen) Männer, die zwar keine Repräsentanten der hegemonialen Männlichkeit sind, da sie nicht alle ihre Elemente verkörpern, aber aufgrund der Vormachtstellung des Patriarchats davon profitieren und daran partizipieren. Jene Männer, die zu gesellschaftlich benachteiligten Gruppen gehören, nehmen jedoch nur mehr marginal an der patriarchalen Vormachtstellung teil.<sup>62</sup> Das Konzept der Unterordnung beschreibt die Unterdrückung jener Formen von Männlichkeit, welche den Normen der hegemonialen Männlichkeit widersprechen und sie zu untergraben bedrohen. Ihnen wird dann das zugeschrieben, was die hegemoniale Männlichkeit am meisten bedroht. Diese Formen der Männlichkeiten werden in die Nähe von Weiblichkeit gerückt und damit implizit abgewertet. ‚Verweiblichung‘ wird als Bedrohung gedeutet, da sie den Verlust der patriarchalen (aufgrund des Geschlechts!) Vormachtstellung zur Folge hätte.<sup>63</sup> Der Kampf um den Machterhalt des Patriarchats bildet eine Konstante in der Geschlechterbeziehung, in der auch jene Männlichkeiten unterdrückt werden, welche die hegemoniale Männlichkeit zu untergraben drohen. Die Abgrenzung von ‚Weiblichkeit‘ und allem ‚weiblich‘ konnotierten sowie die Unterordnung alternativer Männlichkeitsentwürfe zeichnet sie aus.<sup>64</sup> Als spezifische Position in der Struktur der Geschlechterverhältnisse ist sie veränderlich und dynamisch. Sie sei die Folge der Notwendigkeit, männliche Herrschaft zu legitimieren und damit auch Ausdruck ihrer Fragilität und Krisenanfälligkeit.<sup>65</sup>

Für die Entstehung der hegemonialen Männlichkeit sind gemäss Connell verschiedene historische Entwicklungen verantwortlich. Die Aufwertung der ehelichen Heterosexualität durch die Reformation hat gleichzeitig eine Aufwertung der Individualität gebracht. Diese

---

59 Connell, Raewyn (Robert W.): Der gemachte Mann. Konstruktionen und Krise von Männlichkeiten. Geschlecht und Gesellschaft Bd. 8. Opladen 2000.

60 Connell, Der gemachte Mann, 97–102.

61 Connell, Der gemachte Mann, 98.

62 Connell, Der gemachte Mann, 100–102.

63 Connell, Der gemachte Mann, 99–100.

64 Baur, Nina / Lüdtkje Jens: Die soziale Konstruktion von Männlichkeit: Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland. Opladen 2008.

65 Lücke, Martin: Hegemonie und Hysterie. 11–29. In: Martin Lücke (Hg.): Helden in der Krise. Didaktische Blicke auf die Geschichte der Männlichkeiten. Berlin 2013. 14.

erfuhr später mit der Entstehung grosser Städte als Handelszentren eine Radikalisierung.<sup>66</sup> Mit der Akkumulation von Reichtum insbesondere in Städten, setzte sich eine berechnende Rationalität durch, wie sie Max Weber in „Geist des Kapitalismus“ beschrieb. Sowohl der ‚Geist‘ wie auch der ‚Kapitalismus‘ trugen eine deutliche Geschlechtskomponente: Sie waren ‚männlich‘.<sup>67</sup> Connell postuliert als weiteren wichtigen Faktor in der Genese der hegemonialen Männlichkeit die Wissenschaften. Sie grenzten die ‚männlich‘ konnotierte ‚Vernunft‘ von der ‚Natur‘ ab, die dem ‚Weiblichen‘ zugeordnet wurde.<sup>68</sup> Die Synonymisierung von ‚Männlichkeit‘ und ‚Vernunft‘ habe die westliche Zivilisation und Gesellschaft in ihrer Form erst hervorgebracht. Die männlich dominierte Gesellschaft erachte es als ihre Mission, die von Vernunft geprägte Zivilisation in alle ‚rückständigen‘ Teile der Welt zu bringen. Zwischen der Legitimation des Patriarchats und der Legitimation des Imperialismus wurde damit eine Verbindung hergestellt. Die imperiale Ausdehnung war denn auch ‚männlich‘ geprägt, durchgeführt von männlichen – oft gewalttätigen Akteuren, die dann ihrerseits wieder als Vorbild für ‚Männlichkeit‘ dienten. In diesen Entwicklungen habe sich die hegemoniale Männlichkeit soweit verfestigt, dass sie nicht mehr spezifische Eigenschaften eines Mannes beschreibt, sondern als „eine höchst effektive symbolische Ressource zur Reproduktion gegebener Machtrelationen zwischen den Geschlechtern“ funktioniert, die auch die Differenzen innerhalb von Männern in den Blick nimmt.<sup>69</sup> So konnte etwa Martin Lücke in seiner Arbeit zu männlichen Prostituierten zeigen, wie der ‚bürgerliche‘ Homosexuelle in seiner Abgrenzung zum ‚männlichen Sexarbeiter‘ sich als ‚normaler‘ Mann konstituieren konnten.<sup>70</sup> Sexualität bildete einen wichtigen Aspekt in der Herstellung von Männlichkeit. So bildete im Mittelalter die sexuelle Potenz einen Indikator von Männlichkeit. Konnte der Mann die Ehe nicht vollziehen, war er auch nicht fähig, seiner Funktion als Haushaltsvorstand gerecht werden.<sup>71</sup> Mit den Debatten um Onanie im 18. und 19. Jahrhundert und der Homosexualität im 20. Jahrhundert wurde die männliche Sexualität für den Diskurs von Männlichkeit immer wichtiger.

---

66 Wolfgang Schmale macht in seiner Studie zur Geschichte der Männlichkeit darauf aufmerksam, dass es zwar schon in der Renaissance Ansätze der Herausbildung hegemonialer Männlichkeit gegeben habe. Jedoch habe erst das ‚systemische Denken‘ und eine breit angelegte Kommunikation die Voraussetzungen für seine Verbreitung geschaffen. Ihm erscheint es sinnvoll, erst mit dem Beginn des bürgerlichen Zeitalters von hegemonialer Männlichkeit zu sprechen. Schmale, *Geschichten der Männlichkeit in Europa*, 12.

67 Connell, *Der gemachte Mann*, 206, 208.

68 Klinker, Cornelia: Von der Gottesebenbildlichkeit zur Affentragödie. Über Veränderungen im Männlichkeitskonzept an der Wende zum 20. Jahrhundert. 25–35. In: Ulrike Brunotte / Rainer Herrn (Hg.): *Männlichkeiten und Moderne*. Bielefeld 2008. 26.

69 Connell, *Der gemachte Mann*, 97–102.

70 Lücke, Martin: *Männlichkeit in Unordnung. Homosexualität und männliche Prostitution in Kaiserreich und Weimarer Republik*. Reihe: „Geschichte und Geschlechter“. Bd. 58. Frankfurt a/M 2008.

71 Foster, Thomas A.: *Deficient Husbands. Manhood, Sexual Incapacity and Male Marital Sexuality in Seventeenth-Century New England*. 723–744. In: *William and Mary Quarterly*. Volume 56, Issue 4. Williamsburg 1999.

## 1.5 Gouvernamentalität

Im Kontext des Hygienediskurses des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts entstand „der Glaube, dass es der oder die Einzelne weitgehend selbst in der Hand habe, über Gesundheit, Krankheit oder gar den Zeitpunkt des Todes zu bestimmen.“<sup>72</sup> Die Vorstellung von der Gestaltbarkeit des eigenen Lebens setzte ein besitzindividualistisches Selbstverhältnis voraus: Ich habe einen Körper und ein Leben, das ich gestalten kann. Dieses Selbstverhältnis bildete eine zentrale Voraussetzung des modernen Menschen und der liberalen Form des Regierens moderner Staaten.<sup>73</sup>

Foucault hat den „Kontaktpunkt, an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist“ als ‚liberale Regierung‘ bezeichnet.<sup>74</sup> Sie koppelt Selbstführungstechniken mit Techniken zur Führung anderer aneinander.<sup>75</sup> Denn in modernen Gesellschaften funktioniert ‚Regieren‘ nicht einfach durch Repression oder dadurch, dass sie die individuellen Freiheiten von aussen begrenzt. Vielmehr produziert sie erst die Bedingungen, unter denen die Individuen überhaupt frei sein können. Die liberale Regierungskunst reguliert die Verhältnisse, durch die die autonomen und freien Subjekte erst zu solchen werden.<sup>76</sup> Voraussetzung dieser Form des Regierens, die eng mit den Prinzipien persönlichen Verhaltens und den Techniken der Selbstformierung verbunden sind, setzt – um erfolgreich zu sein – die Fähigkeit zur ‚Selbstbeherrschung‘ und der ‚Selbstkontrolle‘ voraus.<sup>77</sup> Die ‚Beherrschung des Selbst‘ bildet die notwendige Grundlage einer liberalen Regierung. Eine ‚erfolgreiche‘ Selbstbeherrschung schränkt die politische Macht und die staatlichen Zugriffe auf das Subjekt ein und garantiert, die Ausübung individueller Rechte und Freiheiten. Das Subjekt ist also nicht aus sich selbst heraus frei und autonom zu denken, dem eine Ordnung von ‚ausen‘ aufgezwungen wird an die es sich selbstregulierend anzupassen hat. Das Subjekt ist selbst aktiver Teil dieser Ordnung, durch die es als ‚freies‘ und als ‚autonomes‘ Subjekt erst konstituiert wird. Es setzt ‚Selbsttechniken‘ nicht ein, um sich an wandelnde Normen und Anforderungen anzupassen, vielmehr ist das Subjekt Effekt der ‚Technologien des Selbst‘.<sup>78</sup>

---

72 Sarasin, Reizbare Maschinen, 19.

73 Lemke, Thomas: Gouvernamentalität und Biopolitik. Wiesbaden 2007. 37.

74 Foucault, zitiert in Lemke, Thomas / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. 7–40. In: Thomas Lemke / Susanne Krasmann / Ulrich Bröckling (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a/M 2000. 29.

75 Vgl. Mitchell, Dean: Gouvernamentality. Power and Rule in Modern Society. London 1999. 23.

76 Dean, Gouvernamentality, 15.

77 Lemke / Krasmann / Bröckling, Gouvernamentalität, 36.

78 Lemke / Krasmann / Bröckling, Gouvernamentalität, 37.

Regieren im Sinne Foucaults weist über die politische Bedeutung von Regierung hinaus „auf zahlreiche und unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung, Kontrolle, Leitung von Individuen und Kollektiven zielen und gleichermaßen Formen der Selbstführung wie Techniken der Fremdführung umfassen.“<sup>79</sup> Regieren umfasst damit „die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels derer man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung.“<sup>80</sup> Sie verweist auf eine Kontinuität zwischen den unterschiedlichen Formen von Regierung, die von militärischen und bürokratischen Praktiken bis zu den vermeintlich privaten ‚Techniken des Selbst‘, von der Regierung der ‚Anderen‘ bis zur Regierung des ‚Selbst‘ reichen.<sup>81</sup> „Der Kontaktpunkt, an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist, kann nach meiner Auffassung Regierung genannt werden. In der weiten Bedeutung des Wortes ist Regierung nicht eine Weise, Menschen zu zwingen, das zu tun, was der Regierende will; vielmehr ist sie immer ein bewegliches Gleichgewicht mit Ergänzungen und Konflikten zwischen Techniken, die Zwang sicherstellen, und Prozessen, durch die das Selbst durch sich selbst konstruiert oder modifiziert wird.“<sup>82</sup> Techniken des Selbst bezeichnet Foucault dabei als „gewusste und gewollte Praktiken, mit denen das Individuum die Regeln seines Verhaltens festlegt mit denen sich das Subjekt selbst konstituieren kann, es sind Handlungsstrategien und Lebensgestaltungsmöglichkeiten.“<sup>83</sup>

Um dem Subjekt die Kompetenz zuzugestehen ‚sich selbst‘ zu führen und zu regulieren, den eigenen Körper und das eigene Leben zu kontrollieren, ohne dabei seine eigene und die Freiheit der Allgemeinheit zu gefährden, musste im Zuge der Moderne eine Perspektive der Orientierung generiert werden. Diese Orientierung der Selbstregulierung bietet ‚das Normale‘, entstanden ist dabei die ‚Normalisierungsgesellschaft‘.<sup>84</sup> Als normal gilt, was nicht als ‚deviant‘ und daher de facto akzeptabel, tragbar, tolerabel erscheint, also alles, was nicht ernsthaft stört und keinen dringenden Handlungsbedarf auslöst.<sup>85</sup> Die Aufforderung, sich am ‚Normalen‘ zu orientieren, bedeutet in der westlicher Gesellschaft sich an der Norm ‚bürgerlich, heterosexuell, männlich und weiss‘ zu orientieren: Der heterosexuelle, weisse

---

79 Lemke, Thomas: Gouvernamentalität. 260–263. In: Clemens Kammler / Ralf Parr / Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart 2008. 261.

80 Foucault, Michel: Gespräch mit Ducio Trombadori. 51–119. In: Daniel Defert et al (Hg.): Michel Foucault: Dits et Écrits. Schriften in vier Bänden. Bd. IV 1980–1988. Frankfurt a/M 2005. 108.

81 Foucault, Michel: Die Gouvernamentalität. 41–67. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a/M. 2000. 47.

82 Lemke, Gouvernamentalität, 36–37.

83 Foucault, Michel: Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit Bd. 2. Frankfurt a/M 1984. 18. Foucault, Michel: Sexualität und Einsamkeit (Vortrag). 207–219. In: Daniel Defert et al (Hg.): Michel Foucault: Dits et Écrits. Schriften in vier Bänden. Bd. IV 1980–1988. Frankfurt a/M 2005. 210.

84 Bublitz, Hannelore: Macht. 273–277. In: Clemens Kammler / Ralf Parr / Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart 2008. 276.

85 Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen 1997. 21.

bürgerliche Mann bildet, beziehungsweise ist die Norm. Mit der Orientierung am Normalen entwickelte die liberale Regierung eine Perspektive, wie der eigene Körper und sein Leben zu kontrollieren sei. Mit den impliziten Anforderungen, sich selbst an den Normen auszurichten, verschwinden die ihnen zugrunde liegenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus der Wahrnehmung. Macht- und Herrschaftsverhältnisse vermengen sich mit Selbstverhältnissen, den Denk- und Verhaltensweisen und unseren Körpern: Wir stellen die Macht- und Herrschaftsverhältnisse selbst her und reproduzieren sie immer wieder – jedoch kaum mehr wahrnehmbar – mit unseren Denk- und Verhaltensweisen, den Handlungen und mit den Körpern. Die Effekte von Machtverhältnissen nehmen wir in Folge als Wesen unseres Selbst wahr, als unsere Wahrheit, als unser eigener, eigentlicher Kern, unseren Ursprung. Die gouvernementale Selbstregierung zeigt sich als Paradox: Sich selbst zu regieren, zu beherrschen, zu disziplinieren und zu regulieren bedeutet zugleich, sich herzustellen und zu ermächtigen. Es ist eine Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Ermächtigung, von Zwang und Freiheit, die durch die Techniken des Sich-selbst-Regierens aus Subjekten ‚freie‘ Subjekte machen. Denn: Auf Subjekte kann nur Macht ausgeübt werden, sofern sie ‚frei‘ sind.<sup>86</sup> Erst dieses Paradox ermöglicht die Regierbarkeit souveräner, handlungsfähiger Subjekte. Zugleich stellt es die Bedingungen für Gouvernementalität her und reproduziert diese immer wieder.

Mit den als selbstverständlich und als alltäglich wahrgenommenen Praktiken, durch die die Individuen sich ‚normalisieren‘, reproduzieren sie also ‚unwissentlich‘ zugleich die Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Dabei findet jeder Aspekt des Lebens in einem Feld statt, dessen Grenzen durch den Staat, eine Behörde oder eine öffentliche Organisation gesetzt und mit einer Vielzahl von Regeln reguliert wird. Es ist also weniger eine Zentralgewalt, die auf das Subjekt einwirkt.<sup>87</sup> Es sind Myriaden von Mikromächten wie Schulen, Nachbarschaftsinitiativen, Wohlfahrtsorganisationen, öffentliche Unternehmen oder Medizin, die das, was wir als Staat wahrnehmen, aufrechterhalten, modifizieren, reproduzieren und zugleich auch herstellen. Hergestellt wird durch diese Mikromächte ebenso eine ‚Wahrheit‘ des ‚Selbst‘, ein ‚Kern‘ oder ‚Wesen‘ des Selbst, das als mehr oder weniger unveränderbar und als kohärent angenommen wird, jedoch Effekt dieser Machtverhältnisse ist. Die vermeintliche Einheitlichkeit des Subjekts basiert auf der Imagination von Kohärenz, Einheitlichkeit und Ganzheit und geht auf die Konstruktion eines männlichen, weissen Subjekts zurück. Das Subjekt muss glauben, es sei ‚Herr im eigenen Haus‘. Scheitert diese fundamentale Imagination eines einheitlichen, sich selbst kontrollierenden Subjekts, wird

---

86 Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a/M 2000. 29. Bublitz, Hannelore: Im Beichtstuhl der Medien. Die Produktion des Selbst im öffentlichen Bekenntnis. Bielefeld 2010. 95.

87 Foucault, Überwachen und Strafen, 259.



dieses nicht nur in der Fremdwahrnehmung als ‚anormal‘ wahrgenommen. Es selbst schätzt sich als ‚anormal‘ ein.

Den ‚Anormalen‘ und den ‚Devianten‘ kommen in der liberalen Regierungskunst wichtige Funktionen zu. Damit die durch sie hergestellte individuelle Freiheit und Dynamik der freien Interessensverfolgung nicht zur Gefahr für die Individuen selbst und den Staat wird, wird sie einem Sicherheitskalkül unterstellt.<sup>88</sup> Abgesichert ist die sich am ‚Normalen‘ ausrichtende Freiheit durch Sicherheitsmechanismen und durch die Konstruktionen des ‚Devianten‘. Das ‚Anormale‘, das ‚Deviante‘, das ‚Abweichende‘ – das können Krankheiten, Dreck, Angst vor Entartung, vor dem ‚Fremden‘ oder Kriminalität sein –, wird dabei als eine permanente Gefahr und Bedrohung des ‚Normalen‘ hergestellt. Diese konstante Gefahr und Gefährdung fordert und legitimiert immer wieder Eingriffe in die Freiheiten der Subjekte und die Beschneidung seiner Rechte. Die modern-westlichen Gesellschaften und ihre Subjekte befinden sich in einem konstanten Wechselspiel von Sicherheit und Freiheit, Zwang und Selbstermächtigung.<sup>89</sup> Ein solches Sicherheitskalkül bildete um 1900 die sogenannte ‚sociale‘ Kastration, die sowohl den eugenisch motivierten Ausschluss von der Reproduktion wie auch den Ausschluss vom Begehren meinte.

## **1.6 Forschungskontext und Forschungsstand**

### **Situierung der Arbeit**

Was sich als kriminalpräventive Kastration durchsetzte, hatte ihren Beginn im Kontext der Eugenik. Eugenik – die Lehre vom ‚guten Erbe‘ – sei die „Selbststeuerung der menschlichen Evolution“, verkündete das Logo der zweiten Internationalen Eugenik-Konferenz.<sup>90</sup> In der heutigen Einschätzung beginnt Eugenik dort, wo im Reden über Sexualität, Normalität und psychische Erkrankungen die Gleichwertigkeit von Menschen zur Disposition gestellt und der Ausschluss akzeptabel gemacht wird.<sup>91</sup> Die sich um 1900 als ‚Eugenik‘ durchsetzende Wissenschaft und Sozialtechnologie forderte, dass nur der ‚erblich gesunde‘ Mensch sich fortpflanzen dürfe. In dieser Forderung verknüpften sich wissenschaftliche Konzepte, Zivilisationskritik, Fortschrittseuphorie sowie Reproduktionstechnologien. Ziel war eine

---

88 Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der Gouvernementalität. Berlin 1997. 191. Auch Purtschert, Patricia et al (Hg.): Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault. Bielefeld 2008.

89 Selbstpraktiken ermöglichen es dem Individuum, „aus eigener Kraft oder mit Hilfe anderer eine Reihe von Operationen an seinem Körper oder seiner Seele, seinem Denken, seinem Verhalten und seiner Existenzweise vorzunehmen, mit dem Ziel, sich so zu verändern, dass er einen gewissen Zustand des Glücks, der Reinheit, der Weisheit, der Vollkommenheit oder der Unsterblichkeit erlangt.“ Foucault, Michel: Technologien des Selbst. 24–62. In: Luther H. Martin / Huck Gutman / Patrick H. Hutton (Hg.): Technologien des Selbst. Frankfurt a/M 1993. 26.

90 Currell, Susan / Cogdell, Christina: Popular Eugenics: National Efficiency and American Mass Culture in the 1930. Athens 2006. 203.

91 Vgl. Kappeler, Manfred: Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen. Rassenhygiene und Eugenik in der sozialen Arbeit. Marburg 2000.

‚biologische Verbesserung des Volkskörpers‘ mit einer gleichzeitigen ‚Optimierung‘ des ‚sexuellen Individualkörpers‘.<sup>92</sup> Die damit verbundene Forderung, Begehren und Reproduktion zu trennen, implizierte die Befreiung der Lust vom reproduktiven Zwang. Während die Reproduktion nur den ‚erblich Hochwertigen‘ zugestanden werden sollte, sollte die sexuelle Befriedigung allen möglich sein. Doch auch die ‚Demokratisierung‘ der Lust musste an ihren Rändern abgesichert und einem Sicherheitskalkül unterworfen werden. Ein solches Sicherheitskalkül bildeten die Medizin der Perversion sowie das Sexualstrafrecht, das dem Schutz der sittlichen Ordnung und der sexuellen Selbstbestimmung diene.

Erste Eingriffe, die zugleich dem Ausschluss von der Reproduktion sowie der ‚Dämpfung‘ des Geschlechtstriebes dienten, waren die als ‚social‘ bezeichneten Kastrationen, wie sie anfangs des 20. Jahrhunderts erstmals bei in psychiatrischen Anstalten Internierten ausgeführt wurden. In ihr verknüpften sich die Medizin der sexuellen Perversionen und die Technologien der Eugenik, zugleich war in ihr die geschlechtsspezifische Differenzierung bereits angelegt. Während bei Frauen der Eingriff sowohl auf den Ausschluss von der Reproduktion wie auf die Disziplinierung des Begehrens abzielte, stand bei Männern die Dämpfung des Geschlechtstriebes im Vordergrund um weitere Delikte zu verhindern. Mit den weiteren medizinischen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen differenzierte sich die Praxis der ‚socialen‘ Kastration bis in die 1930er Jahre in die Praxis der eugenischen Sterilisation, die vor allem an Frauen ausgeführt, und in die Praxis der kriminalpräventiven Kastration aus, die ausschliesslich an Männern angewandt wurde.

Die eugenische Sterilisationspraxis wurde bis vor wenigen Jahren vor allem in Zusammenhang mit den Praktiken im Nationalsozialismus diskutiert. In verschiedenen Forschungsprojekten ist seit den 1990er Jahren gefordert worden, Eugenik und ihre Umsetzung nicht allein im nationalsozialistischen Deutschland zu untersuchen und dortige Praktiken als Referenz und Massstab zu setzen, sondern die ‚Normalität‘ dieser Praxis in demokratischen Staaten wie den USA, den nordeuropäischen Ländern oder der Schweiz zu untersuchen.<sup>93</sup> Inzwischen ist die eugenisch mit-motivierte Geburtenregelung, deren Instrument die Sterilisation bildete, auch ausserhalb Deutschlands ein wissenschaftlich gut aufgearbeitetes Feld.<sup>94</sup> In der Schweiz gehört diese Frage inzwischen zu dem am

---

<sup>92</sup> Vgl. Stoff, Ewige Jugend. 2004.

<sup>93</sup> Vgl. Wecker, Regina et al (Hg.): Wie nationalsozialistisch ist die Eugenik? Internationale Debatten zur Geschichte der Eugenik im 20. Jahrhundert. Wien 2009.

<sup>94</sup> Zu Deutschland: Weindling, Paul: Health, Race and German Politics between National Unification and Nazisms, 1870–1945. Cambridge 1989. Weingart, Peter / Kroll, Jürgen / Bayertz, Kurt: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt a/M 1992. Schmuhl, Hans-Walter: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ 1890–1945. Göttingen 1987. Becker, Peter Emil: Wege ins Dritte Reich. 2 Bd. Stuttgart 1988–1990. Bock, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen 1996.

gründlichsten untersuchten Bereich der Fürsorge- und Sozialpolitik, wie der Forschungsbericht von Lengwiler et al. festhält.<sup>95</sup> Lengwiler konnte dabei auf die Ergebnisse des 2007 abgeschlossenen Nationalfonds-Projektes 51 mit dem Titel „Integration und Ausschluss“ zurückgreifen. In diesem wurde unter anderem untersucht, „ob und wie sich in der Schweiz eugenisches Gedankengut auf die Praxis der Medizin, Psychiatrie, Sozialarbeit und Einbürgerung ausgewirkt hat und wie Psychiatrie, Genetik und Reproduktionsmedizin einschliessen oder ausschliessen.“<sup>96</sup> In den in diesem Kontext entstandenen Untersuchungen wurde die anfangs vorherrschende Vorstellung einer expansiven und primär eugenisch und fiskalisch motivierten Sterilisationspraxis mit stark disziplinierender Komponente korrigiert.<sup>97</sup> Es hat sich gezeigt, dass die Sterilisierung von Frauen stärker als bisher angenommen im Kontext der Problematik von Abtreibung und Geburtenkontrolle zu lokalisieren ist. Die Eingriffe, die anfänglich vorwiegend bei in Anstalten internierten Frauen ausgeführt wurden, verlagerten sich vermehrt zu ‚normalen‘ Frauen ausserhalb von

---

Zur Schweiz: Wecker, Regina: Eugenik – individueller Ausschluss und nationaler Konsens. 165–179. In: Sebastien Guex et al. (Hg.): Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit (Die Schweiz 1798–1998). Staat – Gesellschaft – Politik, Bd. 2. Zürich 1998. Heller, Geneviève / Jeanmonod, Gilles / Gasser, Jacques: Rejetées, rebelles, mal adaptées. Débats sur l’eugenisme. Pratiques de la stérilisation non volontaire en Suisse romande au 20e siècle. Genève-Chêne-Bourg/Paris 2002. Huonker, Thomas: Diagnose: „moralisch defekt“. Kastration, Sterilisation und Rassenhygiene im Dienste der Schweizer Sozialpolitik und Psychiatrie. Zürich 2003. Hauss, Gisela et al. (Hg.): Eingriffe ins Leben: Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950). Zürich 2012. Ritter, Hans Jakob: Psychiatrie und Eugenik. Zur Ausprägung eugenischer Denk- und Handlungsmuster in der schweizerischen Psychiatrie 1850–1950. Zürich 2009. Dubach, Roswitha: Verhütungspolitik. Sterilisationen im Spannungsfeld von Psychiatrie, Gesellschaft und individuellen Interessen in Zürich (1890–1970). Zürich 2013. Zu skandinavischen Ländern: Weindling, Paul: International Eugenics. Swedish Sterilization in Context. 179–197. In: Scandinavian Journal of History, 24. Stockholm 1999. Roll-Hansen, Nils (Hg.): Eugenics in Scandinavia After 1945. Change of Values and Growth in Knowledge. 198–213. In: Scandinavian Journal of History, 24, 2. Stockholm 1999. Broberg, Gunnar / Roll-Hansen, Nils (Hg.): Eugenics and the Welfare State. Sterilization Policy in Denmark, Sweden, Norway and Finnland. East Lansing 1996. Haave, Per: Zwangssterilisierung in Norwegen – eine wohlfahrtsstaatliche Politik in sozialdemokratischer Regie? 55–87. In: Nordeuropaforum 2. Baden-Baden 2001. Zu den osteuropäischen Ländern: Promitzer, Christian et al (Hg.): Health, Hygiene and Eugenics in Southeastern Europe to 1945. Budapest 2011. Zu den USA: Kevles, Daniel J.: In the Name of Eugenics. Genetics and the Use of Human Heredity. New York 1985. Reilly, Philip R.: The Surgical Solution. A History of Involuntary Sterilization in the United States. Baltimore/London 1991. Kline, Wendy: Building a Better Race. Gender, Sexuality, and Eugenics from the Turn of the Century to the Baby Boom. Berkeley/Los Angeles/London 2001. Lombardo, Paul A. (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genome Era. Bloomington 2011. Allgemein: Kühl, Stefan: Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert. Frankfurt a/M 1997. Zu Frauen siehe Herlitzius, Annette: Frauenbefreiung und Rassenideologie. Rassenhygiene und Eugenik im politischen Programm der „Radikalen Frauenbewegung“ (1930–1933). Leverkusen 1995. Eugenik im Sozialismus siehe Schwarz, Michael: Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890–1933. Bonn 1995. Adams, Mark B. (Hg.): The Wellborn Science. Eugenics in Germany, France, Brazil and Russia. New York 1990.

<sup>95</sup> Lengwiler, Martin / Hauss, Gisela / Gabriel, Thomas / Praz, Anne-Fracoise / Germann, Urs: Bestandesaufnahme der bestehenden Forschungsprojekte in Sachen Verding- und Heimkinder. Bericht zuhanden des Budensamts für Justiz EJPD. Basel 2013.

[http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Bericht\\_Lengwiler\\_de.pdf](http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Bericht_Lengwiler_de.pdf) (06.07.2014).

<sup>96</sup> [http://www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp51/NFP51\\_Kurzportraet\\_d.pdf](http://www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp51/NFP51_Kurzportraet_d.pdf)

<sup>97</sup> Von diesen Annahmen aus gingen zum Beispiel Huonker in seiner Studie „Moralisch defekt“ aus oder Wecker in „Eugenik – Individueller Ausschluss und nationaler Konsens“. Auch Ramsauer, Nadja: „Verwahrlost“. Kindeswegnahme und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat, 1900–1945. Zürich 2000.

Anstalten. Auch wenn bei der Anwendung der Sterilisation in der Regel die formale Freiwilligkeit gewahrt wurde, sahen sich die betroffenen Frauen dennoch in Zwangslagen versetzt, die durch ökonomische und familiäre Umstände, aber auch dadurch bedingt waren, dass Ärzte eine Abtreibung von der Zustimmung zur Sterilisation abhängig machen konnten. Weiter haben die Untersuchungen gezeigt, dass dabei eugenische Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Während die Untersuchungen der eugenischen Sterilisationspraxis in der Schweiz ein differenziertes Bild ermöglichen, ist im Forschungsbericht zu Frage der Kastration lediglich zu lesen: „Gemäss dem heutigen Kenntnisstand wurden in der Schweiz vor allem Männer kastriert. Im Gegensatz zur Sterilisation überwog in diesem Fall der kriminalpolitische Kontext. Kastriert wurden vor allem Sittlichkeitsdelinquenten, zum Teil auch homosexuelle Männer. Auch in diesem Fall sahen sich die Betroffenen systemischen Zwangslagen ausgesetzt, wurde die freiwillige Kastration doch von Behördenseite oft als Alternative zu einer (langjährigen) Anstaltsinternierung ins Spiel gebracht.“<sup>98</sup>

## **Die kriminalpräventive Kastration**

Die Praxis der kriminalpräventiven Kastration bleibt – im Gegensatz zur Sterilisationspraxis – weiterhin auf den Entscheidungszwang zwischen zwei Alternativen reduziert und ist ausserhalb der Praxis im nationalsozialistischen Deutschland ein kaum untersuchter Bereich. Im Kontext des Dritten Reichs wurde sie mit einem Zusatz im Gesetzestext zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ als Zwangsmassnahme bei Sexualdelinquenten ermöglicht.<sup>99</sup> Von der sogenannten ‚Röhm-Affäre‘ ausgehend diente sie den Nationalsozialisten dann vor allem auch als politisches Säuberungsinstrument in Zusammenhang mit Homosexualität.<sup>100</sup> 1935 wurde der §175 verschärft und der ‚Homosexuelle‘ als ‚Volksfeind‘ diffamiert. Geschätzt wird, dass circa 10'000 bis 15'000 homosexuelle Männer in Konzentrationslager interniert und circa 2800 kastriert wurden.<sup>101</sup> In der Schweiz wird die kriminalpräventive Kastration

---

98 Lengwiler et al., Bestandesaufnahme, 47.

99 Niden, Susanne zur: Entmannung. Zum juristisch-medizinischen Umgang mit abweichendem Sexualverhalten im Nationalsozialismus. 791–808. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 53. Jg., Heft 9. Berlin 2005. 791–792.

100 Wippermann, Wolfgang / Burleigh, Michael: The racial state. Germany 1933–1945. Cambridge 1991. 186–196. Die Röhm-Affäre diente den linken Parteien ebenfalls als Kampfmittel. Bestätigte sie doch das Stereotyp des tendenziell homosexuellen Nazi. Die Homophobie der Nationalsozialisten resultierte weiter aus der problematischen Abgrenzung zwischen homosozialen und homoerotischen Männerbeziehungen in der eigenen Organisation. Eder, Kultur der Begierde, 195.

101 Langelüddecke, Albrecht: Die Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern. Berlin 1963. 1. Grau, Günter: Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933–1945: Institutionen – Kompetenzen – Betätigungsfelder. Berlin 2011. Niden: Entmannung, 791–808. Niden, Susanne zur (Hg.): Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900–1945. Frankfurt a/M 2005. Teil II 217–306. Jellonnek, Burkhard / Lautmann, Rüdiger (Hg.): Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesühnt. Paderborn 2002. Pretzel, Andreas: „Ich wünsche meinem ärgsten Feind nicht, dass er das durchmacht, was ich da durchgemacht habe.“ Vorfälle im Konzentrationslager Sachsenhausen vor Gericht in

meist als wenig wichtiges ‚Nebenprodukt‘ der Eugenik behandelt. Thomas Huonker hat sie in seiner Studie über Zwangsmassnahmen in Zürich in einem kurzen Kapitel als experimentell-therapeutischen Eingriff bei ‚sexuellen Abweichungen‘ eingeordnet, ohne sie explizit in einen eugenischen Zusammenhang zu stellen.<sup>102</sup> Hans Jakob Ritter geht in seiner Studie ‚Psychiatrie und Eugenik‘ kurz auf die Differenzen zwischen den beiden Eingriffen Kastration und Sterilisation ein, über die sowohl im eugenisch-repressiven als auch im Diskurs der Sozial- und Sexualreform um 1900 diskutiert worden war, ebenfalls ohne sich näher mit der Praxis der kriminalpräventiven Kastration zu beschäftigen.<sup>103</sup> In den Studien zu Eugenik und eugenischen Praktiken in der Schweiz von Roswitha Dubach, Regina Wecker, Gisela Hauss oder Geneviève Heller spielt die kriminalpräventive Kastration keine Rolle.<sup>104</sup> Auch ausserhalb eugenischer Untersuchungen ist sie historisch noch kaum untersucht worden. Georg Breidenstein arbeitete in seiner Studie heraus, dass die Annahme, die Kastration sei eine geeignete Therapie bei ‚abnormem Sexualtrieb‘, auf zwei sich verschränkenden Denkvoraussetzungen, beziehungsweise Konstruktionen beruhe: Der Geschlechtstrieb sei erstens als isolierbare Entität gedacht und zweitens als in den Keimdrüsen des Mannes lokalisiert angenommen worden. Aus diesen beiden Voraussetzungen habe sich ein Diskurs der Kastration entwickelt, indem die Bedeutung von ‚Mann‘ und ‚Männlichkeit‘ über ‚Entmannung‘ thematisiert wurde.<sup>105</sup> Die Kastration als Umgang mit ‚abweichendem Sexualverhalten‘ findet sich auch in Studien zur Homosexualität. Etwa bei Christoph Schlatter, der sie in seiner Arbeit über die Homosexuellen von Schaffhausen in einem kurzen Kapitel thematisiert.<sup>106</sup> Dort seien im Zeitraum zwischen 1867 bis 1970 sicher fünf Männer in Zusammenhang mit Homosexualität kastriert worden und bei 16 Männern sei die Möglichkeit der Kastration wenigstens diskutiert worden. Schlatter kam dabei zum Schluss, dass die Kastration als Mittel zur Bekämpfung sozial unerwünschten Verhaltens diene, wie sie

---

Berlin. 119–168. In: Andreas Pretzel / Gabriele Rossbach (Hg.): „Wegen der zu erwartenden hohen Strafe....“. Homosexuellenverfolgung in Berlin 1933–1945. Berlin 2000. Hoffschildt, Rainer: Die Verfolgung der Homosexuellen in der NS-Zeit: Zahlen und Schicksale aus Norddeutschland. Berlin 1999. KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.): Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus – Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Bremen 1999. Giles, J.: „The most Unkindest Cut of All“. Castration, Homosexuality and Nazi Justice. 41–61. In: Journal of Contemporary History 27. London 1992. Jellonnek, Burkhard: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich. Paderborn. 1990.

102 Vgl. Huonker, Thomas: Anstaltseinweisungen, Kindswegnahme, Eheverbote, Sterilisationen, Kastrationen. Fürsorge, Zwangsmassnahmen. „Eugenik“ und Psychiatrie in Zürich zwischen 1890 und 1970. Zürich 2002.

103 Ritter verweist darauf, dass die beiden Eingriffe Sterilisation und Kastration anfänglich synonym verwendet und miteinander verwechselt wurden, die Zwecksetzung jedoch dieselbe gewesen sei. Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 126–128.

104 Wecker: Eugenik – individueller Ausschluss und nationaler Konsens. 165–179. Heller / Jeanmonod / Gasser: Rejetées, rebelles, mal adaptées. 2002. Hauss, Eingriffe ins Leben. 2012. Dubach, Verhütungspolitik. 2013.

105 Breidenstein, Georg: Geschlechtsunterschied und Sexualtrieb im Diskurs der Kastration Anfang des 20. Jahrhunderts. 216–239. In: Christiane Eifert et al (Hg.): Was sind Frauen? Was sind Männer? Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel. Frankfurt a/M 1996.

106 Schlatter, Christoph: „Merkwürdigerweise bekam ich Neigung zu Burschen“. Selbstbilder und Fremdbilder homosexueller Männer in Schaffhausen 1867 bis 1970. Zürich 2002. 158–174.

Homosexualität darstellte. Miescher und Trüb vermuten in ihrer Darstellung Männergeschichten ebenfalls, dass Homosexuelle wegen ihrer Homosexualität kastriert worden seien.<sup>107</sup> Ähnlich wurde im Forschungsbericht von Martin Lengwiler et al. die Kastration als mögliche Wahl von Sexualdelinquenten und Homosexuellen dargestellt.<sup>108</sup> Und Mischa Gallati schreibt, ohne näher auf sie einzugehen, dass der kriminalpräventiven Kastration der Charakter einer Strafe oder einer Selbstbestrafung zukomme.<sup>109</sup> Urs Germann hat in Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Zwangsversorgungen in seinem Bericht auch die kriminalpräventive Kastration thematisiert.<sup>110</sup> Dabei geht er von der These aus, dass diese Praxis als systemimmanente Zuspitzung der schweizerischen Kriminalpolitik gerade wegen der fehlenden gesetzlichen Regelung möglich wurde.<sup>111</sup> Daneben sind es vorwiegend juristische, medizinische oder sexualwissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der kriminalpräventiven Kastration beschäftigten. In diesen stand und steht ihre Legitimität, ihre kriminalpräventive Wirksamkeit und die Fragen, ob der Eingriff als Therapie qualifiziere und ob die Einwilligung im Kontext eines Strafverfahrens als ‚freiheitlich‘ zu bezeichnen sei, im Fokus.<sup>112</sup>

## Fragestellung und Thesen

„Ist es humaner, einen Menschen lebenslänglich einzusperren, als ihn zu castriren?“ fragte der Schweizer Psychiater August Forel (1848–1931) 1898 die Gegner solcher Eingriffe.<sup>113</sup> Erste, als ‚social‘ bezeichnete Kastrationen wurden im Kontext der Eugenik Anfang des 20. Jahrhunderts in der Schweiz ausgeführt. Sie markierten den Bruch im Umgang mit in Anstalten internierten Personen. Dabei wurde den Betroffenen die Wahl zwischen entweder Internierung oder die an eine Kastration gekoppelte Entlassung ermöglicht.<sup>114</sup> Wie kam es zu diesem Bruch im Umgang mit Anstaltsinsassen? Wie kam es dazu, dass in psychiatrischen Anstalten Internierte zwischen Fortdauer der Internierung oder Kastration wählen konnten?

---

107 Trüb, Kuno / Miescher, Stephan: Männergeschichten. Schwule in Basel seit 1930. Basel 1988. 213–214.

108 Lengwiler et al, Bestandesaufnahme, 46.

109 Gallati, Mischa: Die Praxis der Berner Vormundschaftsbehörden. 105–144. In: Gisela Hauss et al (Hg.): Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950). Zürich 2012. 128–129.

110 Postulat 13.3870: Chemische Kastration für rückfällig gewordene Pädophile und Vergewaltiger, Einreichung 26.9.2013, Antwort des Bundesrats 20.11.2013.

111 Aebersold, Peter: „Entmannung“ oder dauerhafte Verwahrung? Die Kastration von Sexualstraftätern in der Schweiz zwischen 1930 und 1970. 119–136. In: Daniel Fink / Silvia Steiner / Benjamin F. Brägger / Marc Graf: Sexualität, Devianz und Delinquenz. Bd. 32. Bern 2014. 131. Lengwiler et al, Bestandesaufnahme, 2013.

112 Zum Beispiel Sigusch, Organotherapien, 323–333. Heim, Niklas: Die Kastration und ihre Folgen bei Sexualstraftätern. Göttingen 1980. Pfäfflin, F.: Chirurgische Kastration vor und nach 1945. 591–603. In: Kaiser G. et al (Hg.): Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Freiburg im Breisgau. 1988. Aschwanden, Ralph: Kastration: Eine Option in der Behandlung von Sexualstraftätern. Eine Übersichtsarbeit mit Darstellung der medikamentösen und chirurgischen Behandlung. 21–33. In: Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie. 2. 2009. 21–33.

113 Forel, August: Correspondenz. In: Münchener Medizinische Wochenschrift, 45. Jg., Nr. 2, München 1898. 68.

114 Forel, Aguste: Ethische und rechtliche Konflikte im Sexualleben in und ausserhalb der Ehe. München 1909. 59. Forel, Malthusianismus, 16, 29.

Wieso konnte mit einer Kastration die Gründe beseitigt werden, die eine Anstaltsinternierung legitimierte? Und wieso wurden die Eingriffe als ‚social‘ bezeichnet?

Diese ersten chirurgischen Eingriffe dienten der sozialen Anpassung. Mit der Bezeichnung ‚social‘ bezog sich der Nutzen des Eingriffs nicht mehr alleine auf das Individuum, sondern auf die ganze Gesellschaft. Darin zeigte sich ein grundlegender Wandel des Verhältnisses Individuum – Gesellschaft um 1900. Ein Wandel, der mit der von Darwin formulierten Lehre der Evolution mit ihren Prinzipien der Anpassung und Selektion zusammenhing. Als Sozialdarwinismus auf die Gesellschaft übertragen, wurde diese zum, als ‚biologische Einheit‘ gedachten ‚Volkkörper‘ transformiert, an dem jedes Mitglied der Gesellschaft durch seine ‚hereditäre‘ Ausstattung partizipierte. Die Gesundheit des ‚Volkkörpers‘, der auf der ‚Gesundheit‘ der Individuen basierte, sahen die Eugeniker durch ‚Degeneration‘ bedroht. Das Biologische, das auf einem sozialen Klassifikationssystem beruhte, brachte ein System der Unterscheidung, Trennung, Einordnung und Abgrenzung hervor, das die Zugehörigkeit zum ‚Volkkörper‘ regelte, der als biologisch gedacht, aber sozial konstituiert wurde.<sup>115</sup> Als Ursache des Bedrohungsszenarios nannten die Eugeniker ‚Kontrollverlust‘: ‚Unkontrollierte‘ Vermehrung der ‚erblich Minderwertigen‘ und ein ‚unkontrollierbarer‘ Geschlechtstrieb bedrohten angeblich die Gesellschaft. Positiven Gegenpart bildete eine selbstkontrollierte und selbstdisziplinierte, an gesundheitlichen Kriterien ausgerichtete rationale Lebensführung. Diese bildete die Grundlage der individuellen Freiheit. Gesellschaftlicher Nutzen, soziale Anpassung und individuelle Freiheit bildeten die zentralen Aspekte einer erfolgreichen gesellschaftlichen Integration. Die Schädigung des ‚Volkkörpers‘ durch die Verbreitung einer ‚minderwertigen‘ Erbanlage und die Schädigung der sittlichen Ordnung und der sexuellen Selbstbestimmung durch Sexualdelikte wurde im Gegenzug zur Legitimation, um disziplinierende und exkludierende Massnahmen akzeptabel zu machen und anzuwenden. In Anlehnung an Zygmunt Bauman’s Konzeptualisierung der Moderne sind Eugenik und ihre als ‚social‘ bezeichneten Eingriffe als ‚biopolitisches Projekt der bürgerlichen Moderne‘ zu verstehen, das sich mit modernen Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verband.<sup>116</sup> Ich gehe in dieser Arbeit von der These aus, dass erst diese spezifische, über Sexualität hergestellte Verknüpfung von Gesellschaft und Individuum, die den ‚Wert‘ des Individuums anhand seines gesellschaftlichen Nutzens bemass, die Voraussetzung für die ‚sociale‘ Kastration bildete. Zwischen gesellschaftlichem und individuellem Nutzen konnte eine Kompatibilität hergestellt werden. Mit der Wahlmöglichkeit konnte zugleich die Vorstellung von Freiheit und Freiwilligkeit gewahrt bleiben.

---

115 Bublitz, Hannelore: Zur Konstitution von ‚Kultur‘ und Geschlecht um 1900. Archäologie ‚des Menschen der Moderne‘. 19–96. In: Hannelore Bublitz / Christine Hanke / Andrea Seier: Der Gesellschaftskörper. Zur Neuordnung von Kultur und Geschlecht um 1900. Frankfurt a/M 2000. 82.

116 Wecker et al, Wie nationalsozialistisch ist die Eugenik?, 16.

Forel, der nicht nur Pionier und eine zentrale Figur in der Propagierung und Durchsetzung eugenischer Eingriffe war, galt auch als ‚Begründer‘ der kriminalpräventiven Kastration. Er habe als erster einen solchen Eingriff im Kontext der Eugenik ausführen lassen.<sup>117</sup> Da in den ersten ‚socialen‘ Kastrationen eugenische und kriminalpräventive Motive zusammenfielen, ist der Analyserahmen in Zusammenhang mit Eugenik auf den Bereich der Sexualität zu erweitern. Davon ausgehend, dass die Veränderung des Sexuellen sowohl als wichtiger Marker wie auch als Motor gesellschaftlichen Wandels zu verstehen ist, erlaubt diese Ausweitung, die Vorstellungen einer ‚Liberalisierung‘ der Sexualität lange vor der ‚sexuellen Revolution‘ der 68er Bewegung in den Blick zu nehmen.<sup>118</sup> Denn Forel und andere Sexualwissenschaftler waren nicht nur eugenischen und/oder kriminalpräventiven Ideen verpflichtet, sie strebten grundlegende Sexualreformen an. Die ‚Liberalisierung‘ der Sexualität war aber nicht mit einer grenzenlosen Promiskuität gleichzusetzen, wie Forel immer wieder deutlich machte. Denn wem es nicht gelang, seinen Trieb und damit die Reproduktion zu kontrollieren und an den gesellschaftlichen Notwendig- und Nützlichkeiten auszurichten, bei dem waren Eingriffe wie die ‚sociale‘ Kastration zwingend durchzuführen. Damit stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis eugenische und kriminalpräventive, bzw. ‚hereditäre Minderwertigkeit‘ und ‚Sexualpversionen‘ zueinander standen? Welche Bedeutung hatte die Frage des Begehrens für die Akzeptanz eugenischer Eingriffe und umgekehrt? Welchen Einfluss hatten die demokratischen und rechtsstaatlichen Bedingungen auf die Ausgestaltung eugenischer Praktiken? In Bezug auf die kriminalpräventive Kastration stellt sich auch die Frage nach der Ausbildung des forensischen Praxisfeldes und der juristisch-psychiatrischen Kooperation, die für die kriminalpräventive Kastration konstitutiv war.<sup>119</sup> Während die ersten ‚socialen‘ Kastrationen sowohl an Frauen und Männern ausgeführt wurden, differenzierte sich dieser Eingriff bis in die 1920er und 1930er Jahre zu geschlechtsspezifischen Praktiken aus. Mit dem Instrument der Sterilisation wurde das Feld der Reproduktion reguliert, das vorwiegend Frauen betraf, während die Kastration als Instrument zur Regulierung von Sexualdelinquenz ausschliesslich bei Männern angewandt wurde.

Damit hatte die Praxis der kriminalpräventiven Kastration ein Geschlecht: Sie war männlich. Wenn jedoch in Zusammenhang mit Devianz das Geschlecht explizit thematisiert wird, dann handelt es sich vorwiegend um das ‚weibliche‘ Geschlecht wie Gransee und Stammermann

---

117 Wolff, Die Kastration, 15. Aschwanden, Kastration, 22.

118 Wecker et al: Sexualität und Eugenik. Zur Regulierung des sexuellen und reproduktiven Verhaltens. 9–23. In: Wecker et al: Eugenik und Sexualität. Zur Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 16.

119 Zum Einfluss eugenischer Denk- und Handlungsmuster in der forensischen Psychiatrie siehe Germann, Urs: Psychiatrie und Strafrecht: Entstehung, Praxis und Ausdifferenzierung der forensischen Psychiatrie in der deutschsprachigen Schweiz 1850 – 1950. Zürich 2004. 73–87.



in ihrer Studie zeigen.<sup>120</sup> Das hat den Effekt, dass mit der Koppelung von ‚Devianz‘ und ‚Frau‘ ein Subtext generiert wird, indem ‚Devianz‘ als Metapher für ‚Weiblichkeit‘ funktioniere.<sup>121</sup> ‚Frau‘ und ‚Weiblichkeit‘ funktioniert als Abweichung von der Norm, als ‚das Andere‘, und reproduziere damit implizit das, was sich im 19. Jahrhundert als ‚Sonderanthropologie der Frau‘ formiert und durchgesetzt hat. Zugleich wird mit der Verknüpfung von ‚Geschlecht‘, ‚Frau‘ und ‚Devianz‘ die sich ebenfalls im 19. Jahrhundert durchsetzende Vorstellung, dass ‚Frauen ein Geschlecht sind‘, während Männer eines haben, produziert und reproduziert. Die ‚Norm‘ selbst werde dabei durch den weissen, bürgerlichen und heterosexuellen Mann als ‚der Mensch‘ repräsentiert.<sup>122</sup> Die sich mit dem geringen Anteil der Frauen an der Kriminalität beschäftigenden kriminalanthropologischen und kriminalbiologischen Theoretiker der Jahrhundertwende erklärten ihr kriminelles ‚Defizit‘ biologisch mit ihrem Geschlechtscharakter. Die geschlechtlich bedingte Schwäche der Frau diene als Erklärung ihres ‚kriminellen Defizits‘, die sich in der generell niedrigen Frauenquote der Kriminalstatistik zeigte.<sup>123</sup> Aber auch ‚weibliche‘ Verbrechen wurden in Zusammenhang mit den reproduktiven Funktionen, mit ihrem Geschlecht begründet.<sup>124</sup> Selbst in neueren Ansätzen diene der ‚Defizit-Ansatz‘ zur Begründung der geringen Kriminalitätsgefährdung: Beschränkte Handlungsfreiheit, dem Strafrecht vorgelagerte soziale Kontrollen und fehlende ökonomische Potenz.<sup>125</sup> Das Gesetz ist aber nicht nur eine Ressource der ‚Produktion‘ von Geschlecht, es produziert und reproduziert auch normale und vor allem marginalisierte Formen von Männlichkeit, es stellt Differenzen zwischen Männlichkeiten her.

Das Gesetz und seine Vertreter repräsentierten die hegemoniale, die dominierende Form von Männlichkeit und produzierten diese gleichzeitig mit marginalisierten Formen von Männlichkeiten: zum Beispiel Sexualstraftäter. Bereits Sexualdelinquenz war geschlechtsspezifisch strukturiert. Während Delikte wie Abtreibung oder Prostitution typisch

---

120 Vgl. Gransee, Carmen / Stammermann, Ulla: Feminismus und kritische Kriminologie. Oder: Was kann eine sich kritisch verstehende Kriminologie vom Feminismus lernen? 82–96. In: Kriminologisches Journal. 23, 2. 1991.

Gransee, Carmen / Stammermann, Ulla: Kriminalität als Konstruktion von Wirklichkeit und die Kategorie Geschlecht. Versuch einer feministischen Perspektive. Pfaffenweiler 1992. In der Statistik der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind bezüglich Kriminalität gruppenspezifisch explizit aufgeführt: Jugend, Frauen und Ausländer.

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/19/22/publ.html?publicationID=4360> (14.05.2013).

121 Temme, Gaby / Künzel, Christine: Einleitung. 7–26. In: Gaby Temme / Christine Künzel (Hg.): Hat Strafrecht ein Geschlecht? Zur Deutung und Bedeutung der Kategorie Geschlecht in strafrechtlichen Diskursen vom 18. Jahrhundert bis heute. Bielefeld 2012. 7–26.

122 Vgl. Honegger, Die Ordnung der Geschlechter. 1991.

123 Schwerhoff, Gerd: Aktenkundig und gerichtsnotorisch: Einführung in die Historische Kriminalitätsforschung. 150.

124 Uhl, Karsten: Das „verbrecherische Weib“. Geschlecht, Verbrechen und Strafen im kriminologischen Diskurs 1800–1945. München 2000. 43–55.

125 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 151. Wulffen, Erich: Der Sexualverbrecher: Ein Handbuch. Berlin 1910. 262.

‚weibliche‘ Delikte waren, wurden wegen Notzucht, Unzucht mit Minderjährigen oder ‚Exhibitionismus‘ praktisch nur Männer angeklagt und verurteilt. Im Fokus dieser Arbeit stehen – dies sei vorweggenommen – nur zwei Deliktformen: Unzucht mit Minderjährigen und ‚Exhibitionismus‘. Bei den in Basel kastrierten Delinquenten handelte es sich mit einer Ausnahme um ‚Pädophile‘ und ‚Exhibitionisten‘. Im Gegensatz zu den bisherigen Arbeiten, die die kriminalpräventive Kastration aufgriffen und mit der Bezeichnung Sexualdelinquenten und Homosexuelle postulieren, dass Homosexuelle wegen ihrer Homosexualität kastriert worden seien, lässt sich dies für die Praxis von Basel ausschliessen. Auch bei den von Schlatter aufgeführten Fällen handelte es sich um wegen sonstiger Sexualdelinquenz angeklagter Männer. In der Studie von Wolf von 1934 finden sich keine Fälle, in denen Homosexuelle wegen ihrer Homosexualität kastriert worden wären.<sup>126</sup> Ich gehe davon aus, dass, wenn in Zusammenhang mit der kriminalpräventiven Kastration von Homosexualität die Rede ist, es sich dabei vorwiegend um Delinquenten handelte, die wegen homosexueller Unzucht mit Minderjährigen angeklagt worden waren. Diese Annahme wird durch die Tatsache gestützt, dass kriminalpräventive Kastrationen bis Mitte der 1930er Jahre eher die Ausnahme bildeten und in der zeitgenössischen Forschung die immer wieder gleiche, kleine Anzahl Fälle bearbeitet wurde. Erst Ende der 1930er Jahren wurde dieser Eingriff vermehrt ausgeführt, als die Gesetzgebung in der Schweiz die Homosexualität bereits entkriminalisiert hatte.<sup>127</sup>

Wie lässt sich nun die kriminalpräventive Kastration als eine Praxis der Herstellung von Männlichkeit fassen? Um sie als solche in den Blick zu bekommen, muss die Untersuchung auf die der Entscheidung vorgängigen, oft viele Jahre dauernden behördlichen und individuellen Bemühungen ausgedehnt werden. Erst mit dieser Ausweitung kann sie als eine Praxis der Herstellung von Männlichkeit beschrieben und analysiert werden. Denn die Entscheidung für oder gegen eine Kastration bildete lediglich die ‚letzte Option‘ eines länger andauernden Prozesses, der im ‚Normalfall‘ einen Zeitraum zwischen zehn und fünfzehn Jahren umfasste. Die meist jahrelang andauernden behördlich-medizinischen und Eigenbemühungen der Sexualdelinquenten lassen sich als Transformation von einer Fremd- zur Selbstführung beschreiben. Damit können die Verstrickungen von disziplinierenden Techniken und Selbsttechnologien, von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Sicherheit, von Freiwilligkeit und Zwang sichtbar gemacht werden. Bezieht man diese Bemühungen in die Praxis mit ein, dann lässt sich die Kastration nicht mehr als lediglich

---

126 Wolf, Die Kastration, 181. Das Delikt bezeichnet Wolf als Unzucht mit Knaben, Homosexualität.

127 Homosexualität war in der Schweiz mit dem Inkrafttreten des Strafgesetzbuches (StGB) von 1942 entkriminalisiert worden, darauf komme ich in Kapitel 4.5 noch zu sprechen. Diese zeitliche Diskrepanz zeigt sich auch bei den eugenischen Sterilisationen. Vgl. Dubach, Verhütungspraxis, 26–28. Dabei zeigte sich weiter eine Diskrepanz zwischen der Bedeutung von Eugenik im zeitgenössischen Sterilisationsdiskurs und der Begründung der Sterilisationen seit den 1920er Jahren, die eher sozial begründet waren.

punitiver Akt, sondern als Endergebnis kooperativer Normalisierungsbemühungen beschreiben, bei deren Scheitern die Möglichkeit der Entmannung dann als paradoxe Herstellung von Männlichkeit funktionierte. Doch wieso beschränkte sich die kriminalpräventive Kastration auf Exhibitionisten und Pädophile? Welche Formen von Männlichkeiten werden in dieser Praxis sichtbar? Wie verhielten sich die verschiedenen Formen von Männlichkeit zueinander? Und in welchem Verhältnis standen die verschiedenen Formen von Männlichkeit zur Geschlechterdichotomie? Welche Instrumente standen den Behörden und der Psychiatrie zur Verfügung, um die Delinquenten zu einer ‚normalen‘ sexuellen Lebensführung zu befähigen? Und woran orientierten sie sich in ihren Verbesserungsbemühungen?

Im Rahmen eines Strafverfahrens standen den Behörden sowohl Zwangsmittel als auch Instrumente der Disziplinierung zur Verfügung. Eine Kastration anzuordnen lag jedoch ausserhalb ihres Kompetenzbereiches. Damit wären sie wegen Körperverletzung anklagbar geworden.<sup>128</sup> Von Zwangspraktiken in juristischem Sinne kann in Zusammenhang mit einer kriminalpräventiven Kastration in der Schweiz nicht gesprochen werden. Vielmehr blieb ihre Vornahme den üblichen rechtlichen Bedingungen eines medizinischen Eingriffs unterworfen: Die betroffene Person hatte einzuwilligen und der Eingriff hatte einem therapeutischen Zweck zu dienen. Inwieweit im Rahmen eines Strafverfahrens von ‚Freiwilligkeit‘ gesprochen werden konnte, war denn auch einer der im zeitgenössischen Diskurs am heftigsten umstrittenen Aspekte. Da jedoch jede Form der Vergesellschaftung gewisse Fremd- und Selbstzwänge impliziert, sind auch nicht alle Entscheidungen ausserhalb eines strafrechtlichen Rahmens ‚frei‘. Denn Entscheidungen sind immer in soziale und gesellschaftliche Kontexte eingebunden, und auch in diesen sehen sich Individuen Entscheidungszwängen ausgesetzt. Entscheidungen treffen zu können und treffen zu müssen, bildet einen integralen Teil des modernen Individuums und kann als Prozess der Individualisierung beschrieben werden. Im Rahmen dieser Arbeit werde ich nicht der Frage, wie ‚freiwillig‘ die Einwilligung in die Kastration war, nachgehen, sondern der Frage, wie der Entscheidungszwang im Rahmen der gegebenen Strukturen hergestellt werden konnte.<sup>129</sup> Wem kam die Macht zu, diesen Entscheidungszwang zu formulieren? Welches waren die Bedingungen und welches die Voraussetzungen, die dazu führten, Delinquenten vor diese Entscheidung zu stellen? Wie wusste man, wann genau diese Entscheidungsoption zu formulieren war? Wieso willigten Delinquenten ein, sich kastrieren zu lassen? Wie gestaltete sich der Entscheidungsprozess? Welches waren die Handlungslogiken der verschiedenen Akteure? Welchem Orientierungsraster folgten Entscheidungszwang und Entscheidungsfindung? Welche gesellschaftlichen Deutungsmuster und Werthierarchien

---

128 Grunder, Hans Ulrich: Dynamiken von Integration und Ausschluss. Zürich 2009. 13, 73.

129 Lemke, Eine Kritik der politischen Vernunft, 306–310.

lassen sich anhand des Entscheidungsprozesses erkennen?

## **Quellengrundlage und methodisches Vorgehen**

Der Quellenkorpus umfasst einerseits wissenschaftliche Publikationen und wissenschaftliche Monographien, andererseits die Krankendossiers der Sexualdelinquenten der psychiatrischen Kliniken in Basel. Die in den Quellen dokumentierte und beschriebene Kastrationspraxis analysiere ich nach diskursanalytischen und nach akteurbezogenen Gesichtspunkten, um das Interagieren von überindividuellen Diskursen und handelnden Subjekten fassbar zu machen.

Da die Kastration um 1900 in verschiedenen Diskurszusammenhängen auftauchte, fokussiere ich auf jene Publikationen, in denen sie in Zusammenhang mit Sexualdelinquenz als mögliche Therapie formuliert wurde. Diese Publikationen bildeten den – wie ich ihn bezeichne – Diskurs der kriminalpräventiven Kastration, der mit verschiedenen Brüchen und Verschiebungen bis heute andauert.<sup>130</sup> Der erste Teil der Untersuchung, in dem die Formation und Etablierung dieses Diskurses um 1900 im Vordergrund steht, orientiert sich an der historischen Diskursanalyse Foucault'scher Prägung.<sup>131</sup> Davon ausgehend, dass sich bestimmte historische Aussageweisen in regelhaftem und strukturiertem Auftreten manifestieren, können sie als Diskurs beschrieben und analysiert werden.<sup>132</sup> Bei den Aussageweisen handelt es sich um formal strukturierte und sinnstiftende Einheiten, die in einem spezifischen Set von Praktiken produziert wurden und den Diskurs bilden. Indem dieser das Wahre vom Falschen, das Vernünftige vom Unvernünftigen, das Normale vom Nicht-Normalen trennt und damit auch Prozesse steuert, mit denen sich die Gesellschaft gegen das von der Normalität Abweichende verteidigt, kommt dem Diskurs ordnende Funktion zu.<sup>133</sup> Dabei lassen sich Muster der Ideen und Argumente erkennen, die in ihrer spezifischen Anordnung Kohärenz und Sinn erzeugen. Damit gibt der Diskurs vor, was über einen spezifischen Gegenstand zu einem gewissen Zeitpunkt gesagt und wie über diesen gesprochen werden kann.<sup>134</sup> Durch sein Vermögen, verschiedene Aussagen so zu verknüpfen, dass sie sich zu ‚Wahrheiten‘ verdichten, die dann als naturgegeben erscheinen, kommt dem Diskurs Macht zu.<sup>135</sup> Die in den Diskursen geformten Wahrheiten bilden das Wissensarchiv, das gemäss Bublitz in seiner Gesamtheit reguliert, was in einer Kultur

---

130 Sigusch, Organotherapien 323. <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/gesetzesaenderung-polen-beschliesst-chemische-kastration-von-paedophilen-a-656747.html> (13.05.2013).

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Eine-zwangsweise-Kastration-ist-ethisch-und-rechtlich-abwegig/story/22323344> (13.05.2013).

131 Foucault, Michel: Archäologie des Wissens. Frankfurt a/M 1981. 24.

132 Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse. Tübingen 2001. 7.

133 Foucault, Der Wille zum Wissen, 58.

134 Landwehr, Geschichte des Sagbaren, 84.

135 Landwehr, Geschichte des Sagbaren, 85.

gedacht und gesagt werden kann.<sup>136</sup> Der Diskurs gibt aber auch vor, wer über die Möglichkeit verfügt, sich zum Diskursgegenstand zu äussern, um gehört zu werden. Im Falle der kriminalpräventiven Kastration in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren dies vor allem Psychiater und juristische Personen. Es handelte sich um einen Diskurs, der vorwiegend von Experten geführt wurde.

Die Machtwirkung des kriminalpräventiven Diskurses bestand darin, dass er die Entfernung gesunder Testikel zu dem Zweck, einen ‚abweichenden‘ Geschlechtstrieb zu behandeln, überhaupt denkbar machte und als sinnvoll, rational und akzeptabel darstellte.<sup>137</sup> Um diesen Macht- und Sinngebungsprozess zu erfassen, werde ich die repetitiven, den Diskurs strukturierenden und den Diskurs tragenden Elemente in ihren Beziehungen zueinander analysieren und deren Veränderungen nachgehen. Dabei handelt es sich um diskursive Elemente wie ‚Gemeingefährlichkeit‘, ‚unkontrollierbarer Geschlechtstrieb‘, ‚Prävention‘, ‚sexuelle Perversion‘, ‚Opfer‘ oder ‚Erlösung‘, die immer wieder auftauchen, die ihre Position zueinander im zeitlichen Verlauf aber ändern. Im kulturellen Wissensarchiv verfügbar waren weiter die ‚alten‘, beziehungsweise historischen Kastrationspraktiken in ihren jeweils unterschiedlichen Sinnzusammenhängen. Auf diese griffen die zeitgenössischen Akteure zurück und konnten mit der Bezeichnung der Kastration als ‚Opfer‘, ‚Erlösung‘ oder ‚Strafe‘ kontextuell angepasst spezifisch Sinn und Bedeutung erzeugen. Dabei werde ich berücksichtigen, in welchen Zusammenhängen welche Aspekte der Kastration hervorgehoben wurden.

Eingebunden werden konnte der Diskurs der kriminalpräventiven Kastration in bereits bestehende institutionelle Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen. Von dort her konnte er seine wirklichkeitsprägende Kraft entfalten, mit der das Leben der Menschen beeinflusst und verändert wurde.<sup>138</sup> Diskurse lenken die Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen von Akteuren, sie funktionieren als handlungsleitendes Wissen.<sup>139</sup> Dennoch determiniert der Diskurs das Handeln der Akteure nicht vollständig. Vielmehr stehen Diskurse und Akteurhandeln in einem sich gegenseitig bedingenden Verhältnis, ebenso wie die psychiatrischen Fälle und das psychiatrische Wissen. Denn als angewandte Wissenschaft richtet sich ihr Erkenntnisinteresse auf die Therapie und die Heilung. Ihr Erkenntnisziel ist die Beherrschung von ‚Krankheitszuständen‘.<sup>140</sup> Da

---

136 Bublitz, Hannelore: Archäologie des kulturellen Unbewussten. Zum Wissensarchiv und Wissensbegehren moderner Gesellschaften. Frankfurt a/M 1999. 83–84.

137 Foucault, Die Ordnung des Diskurses, 47.

138 Foucault, Archäologie des Wissens, 48–49.

139 Martschukat, Jürgen: „The Death of Pain“. Erörterungen zur Verflechtung von Medizin und Strafrecht in den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. 126–148. In: Jürgen Martschukat: Geschichte schreiben mit Foucault. Frankfurt a/M. 2002. 128.

140 Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache XIX.

Krankheitskonzeptionen in einem engen, reflexiven Verhältnis mit ihren Anwendungen, den Therapien stehen, ist das handlungsleitende Wissen einem hohen Erfolgsdruck ausgesetzt.<sup>141</sup> Was in den individuellen Fällen hervorgebracht wurde, wirkte wissenschaftlich bearbeitet auf den Diskurs und damit auf das handlungsleitende Wissen zurück.<sup>142</sup> In den wissenschaftlichen Publikationen selbst treten Fälle jedoch nur verkürzt, seriell dargestellt und nach spezifischen Aspekten strukturiert auf.<sup>143</sup> Nicht der Einzelfall, sondern seine direkte und veränderliche Beziehung zu einer Vielzahl von anderen Fällen verlieh dem klinischen Blick seine Autorität und ermöglichte es, die verstreuten Wahrnehmungen in ein einheitliches Wissen umzuwandeln.<sup>144</sup>

Die psychiatrischen Falldossiers, auf deren Beschreibung und Herstellung ich in Kapitel 4.2 näher eingehe, dienen mir, als wissenschaftlich noch nicht bearbeitetes Material, zur Grundlage, um das konkrete Akteurhandeln sichtbar zu machen. Der Quellenkorpus umfasst 22 Dossiers über durchgeführte Kastrationen. Ich stütze mich vorwiegend auf die psychiatrischen Akten, da die Psychiatrie, der in dieser Praxis verschiedene Funktionen zukamen, eine zentrale Rolle spielte. Ihre Handlungskompetenz bezüglich der Sexualdelinquenten erhielt sie jedoch erst im juristischen Rahmen. Nicht eingehen werde ich auf die strafrechtlichen Prozesse. Die Betroffenen, die der Psychiatrie zugewiesen wurden, waren bereits für schuldig befunden, beziehungsweise angeklagt worden. Keine Berücksichtigung findet auch der Strafvollzug, da die meisten von der Justiz angeordneten Massnahmen durch die Psychiatrie selbst durchgeführt wurden. Der Fokus liegt auf der Psychiatrie und ihrer Kooperation mit der Justiz. Diese Kooperation wies bereits ausgebildete Strukturen auf, innerhalb derer die Kastrationen ermöglicht wurden.

Fallstudien kommt als Gegenstand der Erkenntnis in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen unterschiedliche und auch umstrittene Bedeutung zu.<sup>145</sup> So gilt die Fallstudie einerseits als ‚Sichtweise‘, als etwas Singuläres, das nicht repräsentativ ist. Ihr

---

141 Borck, Cornelius: Anatomien medizinischer Erkenntnis. Der Aktionsradius der Medizin zwischen Vermittlungskrise und Biopolitik. 9–52. In: Borck Cornelius (Hg.): Anatomien medizinischen Wissens. Medizin – Macht – Moleküle. Frankfurt a/M 1996. 32.

142 Hirschauer, Stefan: Die Fabrikation des Körpers in der Chirurgie. 86–121. In: Borck Cornelius (Hg.): Anatomien medizinischen Wissens. Medizin – Macht – Moleküle. Frankfurt a/M 1996. 86.

143 Putz, Christa: Narrative Heterogenität und dominante Darstellungsweise. 92–117. In: Sibylle Brändli / Barbara Lüthi / Gregor Spuhler (Hg.): Zum Fall machen, zum Fall werden. Wissensproduktion und Patientenerfahrung in Medizin und Psychiatrie des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a/M.2009. 95–98.

144 Putz, Narrative Heterogenität, 101.

145 vgl. Kramer, Klaus (Hg.): Die Fallrekonstruktion. Sinneverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Frankfurt a/M 2000. Brändli, Sibylle / Lüthi, Barbara / Spuhler, Gregor (Hg.): Zum Fall machen, zum Fall werden. Wissensproduktion und Patientenerfahrung in Medizin und Psychiatrie des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a/M 2009. Germann, Urs / Meier, Marietta (Hg.): Fallgeschichten. 19–23. In: *travers. Zeitschrift für Geschichte* 2. Zürich 2006.

wird lediglich hypothesenüberprüfende Funktion zugestanden.<sup>146</sup> Andererseits gilt sie als ‚Königsweg‘ der Erkenntnis. Denn ein wesentliches Kennzeichen der Einzelfallstudie sei das Erfassen von Komplexitäten, das insbesondere bei sinnrekonstruktiven Ansätzen zentral sei und sich nur anhand von Einzelfallstudien erschliessen lasse.<sup>147</sup> Mich an einen sinnrekonstruierenden Ansatz anlehnend, werde ich diese Praxis anhand der Falldossiers erschliessen. Sie machen es nicht nur möglich, die Entscheidungsfindung, sondern auch den dem Entscheid vorangehende Prozess der behördlichen und individuellen Ermächtigungsbemühungen sichtbar zu machen. Zu analysieren sind dabei anhand der im Einzelfall getroffenen Entscheidungen und Massnahmen die komplexen Handlungskonstellationen und Motivgeflechte im Rahmen des institutionellen Settings. Mit den im Spannungsfeld von Psychiatrie, Justiz, Gesellschaft und Individuum stattfindenden Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen werden die Subjekte als soziale Akteure, denen Handlungsfähigkeit und -möglichkeiten zukommen, sichtbar.<sup>148</sup> Zugleich lassen sich mit den sich verknüpfenden Fremd- und Selbstlenkungspraktiken auch die Fähigkeiten der Delinquenten erfassen, sich an sozialen Normen zu orientieren und sich an ihnen auszurichten, oder diesen auch Widerstand entgegenzusetzen. Anhand der Fallstudien lassen sich einerseits die immer gleichen Abläufe und Strukturen herausarbeiten, andererseits das Individualisierende jedes einzelnen Falles ausleuchten.

Als kriminalpräventiv bezeichne ich die Kastrationen in dieser Arbeit, um ihren sozialen Gehalt zu verdeutlichen und sie von den medizinisch indizierten Kastrationen abzugrenzen, die sich auf den individuellen Erhalt oder die Wiederherstellung von Gesundheit beziehen. Sexualdelinquenten und Sexualdelikte verweisen auf ‚Sexualität‘, von der ich voraussetze, dass sie ein wirkungsmächtiges Konstrukt ist. Wenn in dieser Arbeit von Sexualdelinquenz die Rede ist, handelt es sich ‚nur‘ um die Delikte des Exhibitionismus und der Unzucht mit und vor Kindern, die auch als Pädophilie bezeichnet wurde. Weitere Begriffe, die für diese Deliktform gebraucht wurden, waren – sehr selten verwendet – ‚Kinderschänder‘ oder ‚Kindsmissbrauch‘. Wenn ich im Weiteren von Sexualdelinquenten spreche, so sind damit nur die Personen gemeint, die gegen diese beiden Straftatbestände verstossen haben. Und da es sich ausschliesslich um Männer handelt, wird auch nur die männliche Form verwendet.

---

146 Meulemann, Heiner: Einzelfallstudie. 92. In: Günter Endruweit, / Gisela Trommsdorff (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. 2. völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2002. 92.

147 Hildebrand, Bruno: Einzelfallforschung. 291. In: Ernst Brunotte / Hans Gebhardt / Manfred Meurer / Peter Meusburger Josef Nipper (Hg.): Lexikon der Geographie in vier Bänden. Bd. 1. Heidelberg 2001. 291.

148 Foucault, Michel: Subjekt und Macht. 269–294. In: Daniel Defert et al. (Hg.): Michel Foucault. Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band IV. 1980–1988. Frankfurt a/M 2005. 286. Lemke / Krasmann / Bröckling, Gouvernementalität, 10.

## Aufbau der Arbeit

Die Arbeit umfasst den Zeitraum von 1900 – als Forel die Frage, ob es nicht humaner sei, „einen Menschen lebenslänglich einzusperren, als ihn zu castriren“, erstmals in dieser Art und Weise formulieren konnte – bis 1960, dem Ende meiner Erlaubnis zur Akteneinsicht. In den 1960er Jahren findet aber auch die Praxis der kriminalpräventiven Kastration in Basel ihr Ende.<sup>149</sup> Die Arbeit ist chronologisch gegliedert und umfasst zwei Teile. Im ersten Teil, den Zeitraum zwischen 1900 und den 1930er Jahren umfassend, werden die gesellschaftlichen Verwerfungen und der Kampf um die gesellschaftliche Neuordnung beschrieben, in die sich die Eugeniker und Sexualwissenschaftler einordneten. Anhand des Topos eines ‚unkontrollierbaren‘ Geschlechtstriebes werde ich, von den vier Fällen von Wil ausgehend – den ersten ‚socialen‘ Kastrationen, die in Europa durchgeführt wurden –, der sich daraus entwickelnden Dynamik des eugenischen Diskurses folgen und die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Gefährdung, ‚unkontrollierbarem‘ Geschlechtstrieb und der Herstellung von Akzeptabilität der ‚socialen‘ Kastration aufzeigen. Obwohl bereits in den Fällen von Wil, die zwei Männer und zwei Frauen betrafen, Ansätze geschlechtsspezifischer Argumente sichtbar wurden, waren die Befürworter anfänglich davon überzeugt, dass wegen der Einfachheit des Eingriffes – die Rede war von der Vasektomie – sich vor allem Männer dafür ‚eigneten‘. Mit dem Unterbruch und der Wiederaufnahme eugenischer Postulate nach dem Ersten Weltkrieg unter veränderten Bedingungen sowie den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, werde ich den diskursiven Verschiebungen und institutionellen Voraussetzungen nachgehen, die dann zu einer Verhütungspolitik führten, die vor allem Frauen betraf. Gleichzeitig emanzipierte sich der Diskurs der kriminalpräventiven Kastration von seinem eugenischen Entstehungskontext und wurde zur Massnahme der Kriminalitätsbewältigung, die ausschliesslich an Männern ausgeführt wurde. Ermöglicht wurde er auch durch die Revision und Vereinheitlichung der bis dahin kantonal geregelten Strafrechte und durch die Bemühungen der Psychiatrie, im Umgang mit Sexualdelinquenz als Expertin die Deutungshoheit zu erlangen. Die ersten ‚socialen‘ Kastrationen bildeten dabei einen der verschiedenen Ausgangspunkte, von denen aus die Trennung von Begehren und Reproduktion vorangetrieben wurde.

Der zweite Teil befasst sich mit der Praxis in Basel im Zeitraum von 1935 bis 1960. Der bereits eingangs erwähnte Fall von Emil A. wird mich dabei durch die verschiedenen

---

<sup>149</sup> Das Archiv der psychiatrischen Poliklinik Basel im Universitätsspital umfasst den Zeitraum zwischen 1923, der Eröffnung der Poliklinik, und 1970. Da ich wegen des Ordnungssystems alle Akten durchgehen musste, umfasste die Suche auch die Jahre nach 1960. Es fanden sich nur noch zwei Fälle, die ihre Anfänge in den 1940er Jahre hatten. Ende der 1960er Jahre konnte ich zwei Fälle finden, in denen eine sogenannte chemische Kastration durchgeführt wurde. Peter Aebersold hat in seiner Arbeit zur Umsetzung von Artikel 14 und Artikel 15 des StGB im Zeitraum zwischen 1960 und 1965 schweizweit noch 60 Fällen von Sexualdelinquenten gefunden, bei denen eine Kastration durchgeführt wurde. Aebersold, Die Verwahrung und Versorgung, 46.



Aspekte dieser Praxis in Basel führen, ergänzt durch die weiteren Fälle, um diese in ihrer Gesamtheit auszuleuchten. Der Fall Emil A. ist insofern repräsentativ, als er alle konstitutiven Elemente dieser Praxis aufweist: Delinquenz, Verurteilung, psychiatrische Begutachtung, psychiatrische Kontrollen, Pathologisierung, Herstellung von Männlichkeit, Rückfälligkeit und die Entscheidungsoption. Von den psychiatrischen Anstalten ausgehend werden die strukturellen Voraussetzungen der Praxis sowie die Psychiatrie als Erzeugerin der Akten beschrieben. Wieso vorwiegend ‚Exhibitionisten‘ und ‚Pädophile‘ kastriert wurden, wird im Kapitel ‚Delikte, Delinquenten und Diagnosen‘ diskutiert. Von den zeitgenössischen Bemühungen der Psychiatrie ausgehend, die Sexualdelinquenz als ihr Hoheitsgebiet zu vereinnahmen, wurde mit der Verknüpfung von Delinquenten und Diagnosen die Sexualdelinquenten als ‚Anormale‘ dargestellt. Der Fall Emil A. führt mich dann weiter in die psychiatrische Begutachtung, die als Ort der ‚Wahrheitsfindung‘ funktionierte und sich als eine Praxis der Herstellung und Marginalisierung von Männlichkeiten zeigte. Weiter wird auf die verschiedenen Wirkungen, die das Gutachten, beziehungsweise die Gutachten im Fallverlauf entfalten konnten, eingegangen. Ihm wird auch in der Herstellung der Entscheidungsoption zentrale Funktion zukommen. Doch vor der Entscheidungsfindung werde ich auf die behördlichen, psychiatrischen und individuellen Bemühungen der Ermächtigung eingehen. Diese bildeten ein heterogenes Ensemble von ‚Menschenregierungskünsten‘ – Disziplinartechniken, Regierungstechniken und -praktiken sowie Selbsttechniken –, mit denen auf den Delinquenten eingewirkt wurde und er auf sich selbst einwirkte. Wann genau diese Bemühungen als gescheitert erklärt wurden und wer sie als gescheitert erklären konnte, wird Gegenstand des letzten Kapitels sein. Dieses befasst sich mit dem Entscheidungsprozess und dem damit zusammenhängenden Akteurhandeln. Mit dieser Praxis kann sichtbar gemacht werden, wie sich gemäss Foucault unterhalb der Ebene der bürgerlichen Fiktion von Freiheit und freiem Bürger wirkungsmächtige Regulierungs- und Unterwerfungsformen herausgebildet haben.<sup>150</sup>

---

150 Foucault, Der Wille zum Wissen, 22.

## 2 Die Kastration

### 2.1 Die Kastration: Ein ‚schillernder‘ Begriff

Kastration ist ein ‚schillernder‘ Begriff, der nicht nur die Entfernung der Keimdrüsen bezeichnet, sondern, mit Sexualität, Macht, Potenz, Gewalt und Männlichkeit assoziiert, auch grosse symbolische Wirkung ausübt. Bis in die 1920er Jahre wurden unter den Begriff Kastration verschiedene Eingriffe an den Geschlechtsorganen subsumiert.<sup>151</sup> Seit den 1920er Jahren wird unter Kastration allgemein nur noch die Entfernung der männlichen Keimdrüsen verstanden und bei der Bezeichnung „Kastraten werde im Wesentlichen nur an männliche Personen gedacht“.<sup>152</sup> Mit der Entdeckung der Röntgenstrahlen Anfang 1900 wurde neben dem chirurgischen Eingriff die sogenannte ‚unblutige‘ Röntgenkastration möglich. Sie wurde wegen ihrer Folgeprobleme jedoch bald wieder aufgegeben. Und seit der Möglichkeit der Synthetisierung der männlichen ‚Sexual-Hormone‘ wird die entsprechende Hormonabgabe als ‚chemische Kastration‘ angewandt, die jedoch reversibel ist.<sup>153</sup>

Der Begriff Kastration leitet sich vom lateinischen ‚castrare‘ ab und bedeutet ‚berauben, schwächen oder entkräften‘. Die indoeuropäischen Wurzeln des Wortes enthalten das Wort ‚Messer‘ oder ‚schneiden‘.<sup>154</sup> ‚Schneiden, berauben, schwächen und entkräften‘ sind die zentralen Assoziationen des Begriffs und seiner Synonyme ‚Entmannung‘ oder ‚Emaskulierung‘.<sup>155</sup> Während sich der lateinische Begriff eher von der Wirkung herleitet, verweist ihre indogermanische Wurzel auf einen Akt der Gewalt. Die Kastration sei die wohl „älteste der bekannten Operationen“.<sup>156</sup> Bis ins 19. Jahrhundert war sie aus unterschiedlichen Gründen vorwiegend an Männern ausgeübt worden.<sup>157</sup> Die äusserlich am Körper anliegenden Keimdrüsen sind einfach zu entfernen. Die weiblichen Keimdrüsen hingegen liegen im inneren der Bauchhöhle. Ihre Entfernung bedingt die Öffnung des

---

151 Marcuse, Max: Kastration. 325–337. In: Max Marcuse (Hg.): Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. Bonn 1926. 325.

152 Marcuse, Kastration, 325.

153 Die Behandlung mit Antiandrogenen wurde Ende der 1960er Jahre eingeführt. Sie hat die chirurgische Kastration weitgehend verdrängt. Berner, Wolfgang / Hill, Andreas / Briken, Peer: Therapie bei sexueller Delinquenz. 308–322. In: Volkmar Sigusch: Sexuelle Störungen und ihre Behandlung. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2007. 314–317. Öffentlich thematisiert wurde die chemische Kastration in einem Fall in Basel, als ein bekannter Pädophiler nach einem Ausgang nicht mehr zurückkehrte. Im Verlaufe der Suche nach ihm wurde öffentlich gemacht, dass er chemisch kastriert sei und die Wirkung der chemischen Kastration ca. 3 Monate anhalte. <http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/bekannter-paedophiler-kehrt-nach-spaziergang-nicht-mehr-zurueck-127734331> (10.03.2014).

[http://www.swissinfo.ch/ger/news/newsticker/international/Ein\\_in\\_der\\_Region\\_Basel\\_bekannter\\_Paedophiler\\_auf\\_der\\_Flucht.html?cid=38080704](http://www.swissinfo.ch/ger/news/newsticker/international/Ein_in_der_Region_Basel_bekannter_Paedophiler_auf_der_Flucht.html?cid=38080704) (10.03.2014).

154 Monick, Eugene: Castration and male rage. The phallic wound. Toronto 1991. Taylor, Gary: Castration. An abbreviated history of western manhood. New York 2002. Vorwort.

155 Taylor, Castration, 12.

156 Mallow, Siegfried: Beitrag zur Kastration von Sexualverbrechern. Leipzig 1933. 501.

157 Sigusch, Organotherapie, 324.

Bauchraumes, was erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts systematisch möglich wurde.<sup>158</sup>

Die chirurgische Kastration ist – so der aktuelle medizinische Konsens – ein schwerwiegender, irreversibler Eingriff mit weitreichenden Folgen.<sup>159</sup> Nicht nur wird die Fortpflanzungsfähigkeit aufgehoben, der Eingriff beeinflusst, wie seit Anfang des 20. Jahrhunderts bekannt ist, auch das hormonelle Gleichgewicht. Im Erwachsenenalter ausgeführt, können als Folge einer Kastration Antriebsarmut, Veränderung der Behaarung, Fettleibigkeit mit Stoffwechselstörungen, Störungen des Fettstoffwechsels und/oder des Zuckerstoffwechsels mit Folgen wie Zuckerkrankheit, Bluthochdruck oder Osteoporose auftreten. Angenommen wird, dass bei Männern die Libido und Potenz nachlassen, sich die Aggressionsbereitschaft verringere und die Gefahr von Prostatakarzinomen reduziere.<sup>160</sup> Drastischer werden die Folgen einer Kastration an vorpubertären männlichen Jugendlichen beschrieben. Neben dem Ausbleiben des Stimmbruchs und fehlender Entwicklung der männlichen Geschlechtsmerkmale komme es zu Hochwuchs und Störung der Verknöcherung, zum Ausbleiben der Körperbehaarung, Antriebsarmut, Muskelschwäche, rascher Ermüdbarkeit, Ausbleiben des Sexualverlangens, Neigung zu Fettleibigkeit, zu einem ‚verweiblichten‘ Aussehen, zu psycho-sozialen Schwierigkeiten, Diskriminierung und Entwurzelung.<sup>161</sup> Wegen ihrer Folgen wird die Kastration heutzutage in den meisten Gesellschaften abgelehnt. Sie gilt als strafbare Körperverletzung und wird nur unter der Bedingung, dass mit dem Eingriff Gesundheit und Leben gerettet werden können, nicht als solche geahndet. Zudem muss die Einwilligung der betroffenen Person vorliegen und der Eingriff fachlich korrekt ausgeführt werden. Die Entfernung der weiblichen Keimdrüsen wegen Tumoren oder Zysten wird gewöhnlich als Ovariectomie bezeichnet.<sup>162</sup> Möglich ist eine Kastration bei transsexuellen Menschen, die sich einer Geschlechtsangleichung unterziehen möchten,<sup>163</sup> oder bei intersexuellen Menschen, um ihre Geschlechtszugehörigkeit zu vereindeutigen. In diesen Zusammenhängen gilt sie zwar als ‚therapeutisch‘, ist jedoch umstritten, weil der Eingriff auf einem dichotomen, polarisierten

---

158 Imboden, Gabriela / Kaiser, Anelis / Ratmoko, Christina : Das ‚bewegte‘ Geschlecht. 104–127. In: Dominique Grisard / Jana Häberlein / Anelis Kaiser / Sybille Saxer (Hg.): Gender in Motion. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung. Frankfurt a/M 2007. 109–113.

159 Wille, R.: Zum heutigen Stand der Kastrationsforschung. Kastration: Therapie oder Kriminalprophylaxe? 189–197. In: Hermann Pohlmeier / Erwin Deutsch / Hans-Ludwig Schreiber (Hg.): Forensische Psychiatrie heute. Ulrich Venzlaff zum 65. Geburtstag. Berlin 1986. 189.

160 Brockhaus: Kastration. Band 9 Iru-Kle. Mannheim 1982. 238–239.

161 Brockhaus, Kastration, 239–239.

162 <https://www.tk.de/rochelexikon/> (13.05.2012).

163 Transsexuelle Menschen gehören körperlich eindeutig einem der Geschlechter an, streben aber danach, dem anderen, für sie ‚richtigen‘ Geschlecht anzugehören. In diesem Zusammenhang kann der Körper hormonell und/oder chirurgisch angepasst werden. Vgl. Namaste, Viviane: Sex change, social change. Reflections on identity, institutions and imperialism. 2. Auflage. Toronto 2011. Lindemann, Gesa: Das paradoxe Geschlecht. Transsexualität im Spannungsfeld von Körper, Leib und Gefühl. 2. Auflage. Wiesbaden 2011.

Geschlechtermodell basiert, und ‚Abweichungen‘ davon pathologisiert und als interventionsbedürftig erklärt werden.<sup>164</sup> Bekannt sind auch die Hijras Indiens, Kastraten, die oft mit Transsexuellen im Westen gleichgesetzt werden.<sup>165</sup>

Seit Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigen sich die Wissenschaften mit der Kastration. Dabei kamen den ‚alten‘ Praktiken in den verschiedenen ‚modernen‘ Kastrations-Diskursen unterschiedliche legitimatorische und abgrenzende Funktionen zu.

## 2.2 Die ‚alten‘ Praktiken der Kastration.

Als gewalttätige Praxis findet sich die Kastration in verschiedenen Mythen der Weltentstehung. In diesen leitete die Kastration als Gewaltakt einen Macht- und Generationenwechsel ein.<sup>166</sup> Gewalttätig war auch die Praxis, besiegte Feinde zu kastrieren. Sie bildete Teil der Kriegsführung und diente dazu, den Feind sowohl für den Kriegsdienst wie auch zur Fortpflanzung unfähig zu machen.<sup>167</sup> Ihr symbolischer Gehalt konnte jedoch vom Kontext abhängig verschieden sein: Als Demütigung des besiegten Feindes und/oder als Abschreckung künftiger Feinde.<sup>168</sup> Es wurde davon ausgegangen, dass die männliche Zeugungskraft, Macht und Potenz ihren Sitz in den Testikeln haben.<sup>169</sup> Dem Soziologen Norbert Elias diente unter anderem diese gewalttätige Form der Kastration, beziehungsweise der Verzicht auf sie zur Herleitung seiner These des Zivilisationsprozesses.<sup>170</sup> Der Verzicht

---

164 Intersexualität oder Hermaphroditismus, wie eine ältere Bezeichnung lautete, ist aus medizinischer Sicht, wenn ein Mensch genetisch, anatomisch oder hormonell nicht eindeutig einem der beiden Geschlechter zugeordnet werden kann. In vielen Fällen werden schon bei Kindern Operationen mit entsprechenden Folgen vorgenommen, um ihr Geschlecht zu ‚vereindeutigen‘. Auch Klöppel, Ulrike: XX0XY ungelöst: Hermaphroditismus, Sex und Gender in der deutschen Medizin. Eine historische Studie zur Intersexualität. Bielefeld 2010. Auch Schweizer, Katinka et al (Hg.): Intersexualität kontrovers: Grundlagen, Erfahrungen, Positionen. Beiträge zur Sexualforschung. Bd. 96. Giessen 2012. Zehnder, Kathrin: Zwitter beim Namen nennen. Intersexualität zwischen Pathologie, Selbstbestimmung und leiblicher Erfahrung. Bielefeld 2010.

165 Vgl. Kämmerer, Tanja: Weder Mann noch Frau: Hijras – eine Untersuchung zum dritten Geschlecht in Indien. Marburg 2010. Kumar Sharma, Satish: Hijra. The labelled deviants. New Dehli 2009. Nanda, Serena: Neither man nor woman. The Hijras of India. 2. Auflage. Belmont 1999.

166 Tuchel, Susan: Kastration im Mittelalter. Düsseldorf 1998. 11–14.

167 Belegt wird dies etwa für die alten Ägypter, den Norden Afrikas, Nubier, Kaffa, und auch im mittelalterlichen Europa war diese Praxis üblich. Vgl. Duerr, Hans Peter: Obszönität und Gewalt. Der Mythos vom Zivilisationsprozess, Bd. 3. Frankfurt a/M 1995. 271, 283. Tuchel, Kastration im Mittelalter, 19. Kaiser, Rolf: Die künstliche Unfruchtbarmachung von sexuellen Triebtätern. München 1981. 23. Auch die Chinesen kannten diese Praxis. Scholz, Piotr: Der entmannte Eros. Eine Kulturgeschichte der Eunuchen und Kastraten. Düsseldorf 1997. 122.

168 „Vielfach erwies es sich jedoch als vorteilhafter, den überwundenen Gegner nicht zu liquidieren, sondern ihn nur zu kastrieren, ihm auf diese Weise also seine Angriffslust und Stärke zu nehmen, aber das armselige, kleine Leben ihm zu lassen. Heim, Nikolaus: Operation „Triebtäter“. Kastration als ultima ratio. Gespräche mit kastrierten Sexualsträtlern. Hamburg 1998. 5. Scholz, Der entmannte Eros, 32. Xingas, Georg: Die Kastration als Sicherungsmassnahme gegen Sittlichkeitsverbrecher. Berlin 1936. 13.

169 Duerr, Obszönität und Gewalt, 275. Scholz, Der entmannte Eros, 32–34.

170 Den Zivilisationsprozess Europas zwischen 800 und 1900 beschrieb der Soziologe Norbert Elias als Wandel der Sozial- und Persönlichkeitsstrukturen. Wachsende gegenseitige Abhängigkeiten in einer sich differenzierenden Gesellschaft hätten eine zunehmende Selbst- und Affektkontrolle erzwungen. Ausgebildet hätten sich als Persönlichkeitsstrukturen unter anderem Rationalisierung (Berechnen von Folgen von Handlungen), sinkende Gewaltbereitschaft (gegenüber Mitglieder der eigene Gruppe) und eine zunehmend

darauf, den besiegten Gegner zu kastrieren, sei der ‚Triebkontrolle‘ geschuldet, die den ‚zivilisierten‘ Mensch auszeichne und habe zur ‚Humanisierung‘ von Kriegen geführt. Der Ethnologen Hans Peter Duerr seinerseits widerlegte Elias These unter anderem mit dieser gewalttätigen Praktik. Auch in Kriegen ‚zivilisierter‘ Gesellschaften werde der Gegner noch immer kastriert.<sup>171</sup>

Eine weitere Form der Gewalttätigkeit bildete die Kastration als Körperstrafe der Vormoderne.<sup>172</sup> Es war eine Verstümmelungsstrafe, die sich von der Todesstrafe, und letztlich von heidnischen Menschenopfern ableiten lasse, hielt der Jurist Franz fest.<sup>173</sup> Sie gehörte einem Strafsystem an, das seine Macht durch die Verfügung über den Tod demonstrierte. Der Körper bildete die Zielscheibe der strafenden Repression. Dem Rechtsprinzip der Talion, der Vergeltung folgend, sollte „an dem Gliede, das gesündigt hat“ auch die Strafe vollzogen werden.<sup>174</sup> Hauptsächliche Anwendung fand sie in Zusammenhang mit Sittlichkeitsdelikten.<sup>175</sup> Gleichzeitig galt die Beschädigung der Keimdrüsen als Straftatbestand der Körperverletzung, die mit dem Tod zu bestrafen war.<sup>176</sup> Die Kastration verschwand allmählich aus dem Katalog der Körperstrafen, eine letzte sei in Europa 1545 durchgeführt worden.<sup>177</sup> Während sie aus den Strafgesetzbüchern verbannt worden war, tauchte sie als Strafe in rassistischem Zusammenhang im Jahre 1855 im Territorium Kansas in Nordamerika wieder auf. Das entsprechende Gesetz schrieb vor, dass „Neger und Mulatten, die an einer weissen Frau ein Notzuchtsdelikt begangen haben, kastriert werden“ sollten.<sup>178</sup> Die Kastration wurde bei Schwarzen häufig auch als Form der Lynchjustiz angewandt. Nach der Emanzipation der Schwarzen, mit der sie den weissen Männern rechtlich gleichgestellt wurden, konnte ihnen mit einer körperlichen ‚Entmännlichung‘ der Status der Gleichheit und ‚Männlichkeit‘ entzogen werden. Denn im damaligen Verständnis

---

kontrollierte und unterdrückte Sexualität. Triebkontrolle als definierende Aneignung des zivilisierten Menschen. Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bände. Basel 1939.

171 Der Brauch, getötete Feinde zu verstümmeln, diente den amerikanischen Ureinwohnern dazu, zu zeigen, dass sie diese nicht für Männer hielten. Dieser Brauch bestätigte den ‚zivilisierten‘ Siedlern die ‚Unzivilisiertheit‘ der Ureinwohner. Die Vorfälle in Amerika ereigneten sich zur gleichen Zeit als die Engländer 1746 in der Schlacht von Culloden den gefallenen Hochlandschotten die Genitalien abgeschnitten hätten. Duerr, Obszönität und Gewalt, 277, 280. Scholz, Der entmannte Eros, 33.

172 Kaiser, Die künstliche Unfruchtbarmachung, 23.

173 Franz, Herbert: Zur Geschichte der Kastration als Kriminalstrafe im Deutschen Strafrecht. Köln 1939. 16.

174 Franz, Kastration als Kriminalstrafe, 53.

175 Xingas, Kastration, 8, 11. Kaiser, Die künstliche Unfruchtbarmachung, 24–25. Die Kastration diente seit Wilhelm dem Eroberer (1027–1087) als Ersatz für die Todesstrafe bei Münzdelikten. In Schottland bestand bis um 1800 ein Gesetz, welches den Diebstahl mit Kastration zu ahnden forderte. Heim, Operation „Triebtäter“, 6. Xingas, Kastration, 7, 11. Franz, Kastration als Kriminalstrafe, 15. Kemmerich, Max. Kultur\_Kuriosa, 1. Bd, München 1910. 35–36.

176 Kaiser, Die künstliche Unfruchtbarmachung, 26.

177 Franz, Kastration als Kriminalstrafe, 62.

178 Xingas, Kastration, 12.

waren die Bürgerrechte gleichbedeutend mit ‚wahrer‘ Männlichkeit.<sup>179</sup> Begründet wurde die ‚Entmannung‘ von Schwarzen mit der Behauptung, der Betroffene hätte eine weisse Frau vergewaltigt. Damit kam es zu einer Verschiebung in der Herstellung von Männlichkeit von einer Rechts- auf die Körperebene und zu einer Sexualisierung schwarzer Männer wie schon bei den Frauen. Wurde im 19. Jahrhundert die Kastration in Zusammenhang mit ‚unerlaubter‘ Sexualität als Eingriff an männlichen Schwarzen angewandt, kam es um 1900 zu einer Ausweitung. In vielen westlichen Zivilisationen wurde die Kastration in Umgang mit ‚perverser Sexualität‘ diskutiert und fand in Europa nach 1900 als kriminalpräventive Kastration ihren Niederschlag – „allerdings in einem ganz veränderten Sinn“, wie der Jurist Franz festhielt.<sup>180</sup> Auf diesen ‚veränderten Sinn‘ komme ich noch zu sprechen.

Auch im Mittelalter war die Kastration in Form der Selbstjustiz immer wieder angewandt worden. Der bekannteste Fall war die Entmannung des französischen Philosophen und Gelehrten Petrus Abaelard (1079–1142). Wegen der Liebesbeziehung zu seiner Schülerin Héloïse (1100–1164) liess ihre Familie ihn von einem ‚Tierbeschneider‘ entmannen.<sup>181</sup> Abaelard beklagte seine eigene ‚Schamlosigkeit‘, „Gottes Gnade hat mich beraubt, nein, mich erlöst von diesen verächtlichen Organen – sie heissen einfach Schamglieder, weil man sie mit ihren eigentlichen Namen nicht nennen kann –, dass Gott mich von ihnen erlöst hat, das bedeutet doch nur, er hat den Lasterschmutz beseitigt, um so die Sittenreinheit zu retten.“<sup>182</sup> Auch wenn er wegen seiner ‚Schamlosigkeit‘ die Kastration als gerechte Strafe akzeptierte, bildete sie in seinen Augen dennoch keinen zulässigen Eingriff, um ‚Keuschheit‘ zu erlangen.<sup>183</sup> Die Ansicht Abaelards war konform mit der katholischen Lehre. Diese lehnte seit dem 6. Jahrhundert die Kastration als Mittel ab, um Keuschheit zu erlangen, und grenzte sich damit explizit auch von anderen Religionen ab.

Denn ausser im Zusammenhang mit gewalttätigen Praktiken wurde die Kastration auch in verschiedenen religiösen und sakralen Zusammenhängen angewandt. Im Ritual mit sakralem Charakter diente das mit ihr verbundene Opfer oder Selbstopfer als Weg der Erlösung und symbolisierte den Sieg über den Tod.<sup>184</sup> Im Attiskult existierte die Tradition der Selbstkastration aus religiöser Verzückung. Mit dem Auftreten asketischer Ideale habe sich das Motiv gewandelt, Selbstkastrationen seien nun aus Triebfeindlichkeit ausgeführt

---

179 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 188–189.

180 Franz, Kastration als Kriminalstrafe, 63.

181 Es war Héloïses Onkel Fulbert, der die Straffaktion veranlasst habe. Heim, Operation „Triebtäter“, 4. Scholz, Der entmannte Eros, 224–232.

182 Zitiert aus Scholz, Der entmannte Eros, 230.

183 Scholz, Der entmannte Eros, 232.

184 Scholz, Der entmannte Eros, 9, 149. Browe, Peter: Zur Geschichte der Entmannung. Eine religions- und rechtsgeschichtliche Studie. Breslau 1936. 13. Kaiser, Die künstliche Unfruchtbarmachung, 20. Boulanger, Horst: Die sozial- und Legalbewährung von Sexualdelinquenten nach beantragter Kastration in Schleswig-Holstein. Kiel 1985. 1–2.

worden, um sich vom ‚Stachel des Fleisches‘, der ‚sexuellen Begierde‘ zu befreien.<sup>185</sup> Der Jesuit Browe, der vor dem Hintergrund der Zwangskastrationen im nationalsozialistischen Deutschland eine erste ausführliche Studie zur Geschichte der Kastration verfasste, behauptete, dass die kultische Selbstentmannung im Orient ihre Begründung darin habe, dass an eine freiwillige sexuelle Enthaltsamkeit nicht geglaubt wurde.<sup>186</sup>

Der sexuellen Keuschheit kam auch im Christentum zentrale Bedeutung zu. Die Christianisierung erfolgte zu einer Zeit, als die heidnischen Kulte und Mysterien nicht nur Entmannungsriten kannten, sondern auch sakral bedingte Enthaltsamkeit weit verbreitet war. An diese konnte die christliche Lehre anknüpfen.<sup>187</sup> Konfrontiert war die katholische Kirche nicht nur mit den sakralen Entmannungen, sondern auch mit der Praxis des Eunuchentums, wie es im Orient weit verbreitet war. Dort nahmen Eunuchen oft gesellschaftlich wichtige Positionen ein und wurden als asexuelle, verstandesbegabte, treue, tapfere Diener mit grosser Klugheit und Festigkeit des Charakters beschrieben.<sup>188</sup> Zugleich seien sie als niederträchtig und hinterlistig gefürchtet worden.<sup>189</sup> Oft seien es erzwungene Kastrationen gewesen, die auf das Machtverhältnis zwischen jenen, die kastrierten, und den Kastrierten verwiesen. Vielfach wurden Sklaven oder Bedienstete kastriert und damit die Verfügungsgewalt über deren Körper demonstriert.<sup>190</sup> Das „Überhandnehmen“ der Eunuchen und ihrer „verderblichen Auswirkungen für die Sittlichkeit und die Familie“ hätten später in Rom zum Verbot der Kastration von Sklaven geführt, hielt Browe in seiner Darstellung fest.<sup>191</sup> Auf dem Konzil von Nicäa wurde auch die religiös motivierte Kastration verboten.<sup>192</sup> „Wirklich“ gottgefällig, schrieb Browe, sei nur die willentliche Enthaltsamkeit, der „Eunuch im Geiste und Wille“. Denn die Sünde hänge nicht alleine vom ‚sündigen‘ Gliede sondern auch vom freien Willen ab.<sup>193</sup> Die Eunuchen, die für den ‚Sittenzerfall‘ verantwortlich gemacht wurden, verschwanden im Okzident allmählich aus dem öffentlichen Leben. Weiterhin weit verbreitet blieb dieses Brauchtum jedoch im Orient.<sup>194</sup> Browe benutzte diese

---

185 Heim, Operation „Triebtäter“, 4.

186 Browe, Geschichte der Entmannung, 17.

187 Scholz, Der entmannte Eros, 145.

188 Browe, Geschichte der Entmannung, 6, 28, 38. Scholz, Der entmannte Eros, 12, 223.

189 Heim, Operation „Triebtäter“, 5.

190 Moxnes, Halvo: Putting Jesus in his Place. A radical vision of household and kingdom. 40–57. In: Clark: Anna: The History of Sexuality in Europe. A sourcebook and reader. London, 2011. 45.

191 Browe, Geschichte der Entmannung, 48.

192 Browe, Geschichte der Entmannung, 4, 18, 25, 28, 31. Moxnes, Putting Jesus in his Place, 47. Scholz, Der entmannte Eros, 35, 152, 232. Kaiser, Die künstliche Unfruchtbarmachung, 21. Der wohl berühmtesten ‚Selbstverschnittene‘ des Christentums war Origenes, der seinen Schritt mit der Bibel begründete, dem jedoch vorgeworfen wurde, seinen Leib verstümmelt zu haben.

193 Browe, Geschichte der Entmannung, 31, 5. Scholz, Der entmannte Eros, 147. Entsprechende Stellen finden sich etwa in Matthäus 19.12, wo steht, dass es geborene Eunuchen gebe, solche die durch Menschenhand zum Eunuchen wurden und die Eunuchen um des Himmelreiches willen. Paed III 58,3 schreibt, dass nicht jene, die unfähig zum Liebesgenuss sind, sondern jene, die nicht wollen, als wahre Eunuchen zu bezeichnen seien.

194 Scholz, Der entmannte Eros, 121, 125. Browe, Geschichte der Entmannung, 37. Auch Sun Yaoting: Der letzte Eunuch des Kaisers Puyi. Das Leben Sun Yaotings, letzter Eunuch des Kaisers Puyi, erzählt von ihm

Kastrationspraxis, um die europäische Kultur und die katholische Kirche als höherstehende Zivilisation vom Orient abzugrenzen. Das Ideal des weissen, bürgerlichen Mannes vor Augen, der seine ‚Fleischeslust‘ mit seinem Willen dominierte, wurden Männer orientalischer Kulturen als ‚verweiblicht‘, als nicht ‚richtige‘ Männer abgewertet. Der Oxford English Dictionary definierte ‚Oriental‘ als ‚Submission‘ und ‚Schwäche‘.<sup>195</sup> Verknüpft wurden in diesem Ordnungssystem ‚männlich‘ mit ‚westlich‘, wobei sich der Westen selbst als maskulin verstand, der den Orient und den Rest der Welt als ‚feminin‘ konzeptualisierte, den es zu erobern und zu zivilisieren galt.<sup>196</sup> Die Abgrenzung über die ‚männliche‘ Potenz und ihre ‚willentliche Kontrolle‘ waren zentrale Aspekte in der Herstellung hegemonialer Männlichkeit.

Die Kastration als Weg zur sexuellen Enthaltsamkeit spielte in der christlich dominierten Sphäre keine Rolle mehr, bis Ende des 18. Jahrhunderts im Osten Europas die Skopzen auftauchten, die Selbstkastrationen vornahmen. Doch zuvor hatte sich die katholische Kirche noch mit dem Problem der ‚Kastraten-Sänger‘ zu beschäftigen. Bei diesen handelte es sich um sogenannte Frühkastraten, Knaben, die vor dem Stimmbruch kastriert worden waren, um ihre ‚Knabenstimme‘ zu erhalten.<sup>197</sup> In der byzantinischen Kirchenmusik, die lange führend war, kam den Kastratenstimmen eine wichtige Funktion zu: Mit ihrer Stimme erzeugten sie ‚engelsgleiche‘ sakrale Musik.<sup>198</sup> Die ersten von Spanien herkommenden Sänger wurden im 16. Jahrhundert in den sixtinischen Chor aufgenommen. Im 17. Jahrhundert hatten sie sich in Italien sowohl in der Kirche wie auf der Opernbühne durchgesetzt.<sup>199</sup> Während sie sich vor allem hier – andere Länder kannten diese Praxis weniger – Ruhm und Ehre erwerben konnten, trugen sie ihrerseits viel zum Ruhm der sixtinischen Kapelle bei.<sup>200</sup> Auch bei der

---

selbst. Leipzig 1993. Er war Hofkastrat am Hofe Puyi und hat in seiner Selbstbiografie Zeugnis über diese Tradition abgelegt. Unter anderem beschreibt er die Durchführung der Kastration. Teilweise hatten Kaiser bis zu 2000 Konkubinen, die von Eunuchen bewacht wurden, dazu kamen noch die vielen Kastraten für alle anderen Tätigkeiten am Hofe. Bei diesen handelte es sich unmissverständlich um Kastraten, um eine ‚sexuell neutrale‘ Dienerschaft. Bei der Abdankung des Kaisers 1912 war die ‚Verbotene Stadt‘, das Zentrum des Reichs der Mitte, mit mehr als 100'000 Eunuchen bevölkert gewesen. Bekannt wurde diese Praxis durch Bernardo Bertoluccis Film, „Der letzte Kaiser“ von 1987, der in der Verbotenen Stadt gedreht werden konnte.

195 Eng, David L.: Racial Castration. Managing Masculinity in Asian America. London 2001. 1.

196 Connell, Hegemoniale Männlichkeit, 206–207.

197 Im 17. bis 20. Jahrhundert wurden Knaben vor ihrer Pubertät kastriert um die begehrten ‚Kastraten-Stimmen‘ zu erhalten. Diese Stimmen zeigen eine eigene Qualität, die nicht mit den üblichen Frauen-, Männern- oder Kinderstimmen vergleichbar ist. Da es keine adäquaten Hörbeispiele gibt und die Urteile der Zeitgenossen sehr widersprüchlich waren, ist es schwierig, diese Stimme einzuordnen. Als besonders eindrücklich galten der hohe Klang, die Klangstärke und der lange Atem. Vgl. Herr, Corinna: Gesang gegen die „Ordnung der Natur“? Kastraten und Falsettisten in der Musikgeschichte. 2. revidierte Auflage. Kassel 2013. 47–57. Unser, Sibylle: Der Kastrat und seine Männlichkeit. Hamburg 2009.

198 Selbst die Kirchenarchitektur, die Kuppeldecke, diente der Musik, der Entfaltung der ‚engelsgleichen‘ Stimmen. Scholz, Der entmannte Eros, 253.

199 Browe, Geschichte der Entmannung, 89.

200 Browe, Geschichte der Entmannung, 90. Einige der Sänger wechselten von den kirchlichen Chören in die Oper, wo sie ab den 1620er Jahren auftraten und ebenfalls grosse Erfolge feiern konnten. Mit dem Wandel der italienischen Oper wurde der Gesang immer wichtiger und die gut ausgebildeten Kastrati konnten sich profilieren. Die ‚Heldenrolle‘ der Oper zeichnete sich nicht durch eine ‚tiefe Männerstimme‘, sondern durch die



Damenwelt sollen sie beliebt gewesen sein.<sup>201</sup> Die sexuellen Eskapaden der Kastratensänger waren einer der Topoi, der in Zusammenhang mit der Wirkung der Kastration auf den Geschlechtstrieb im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts immer wieder aufgegriffen wurde. Die katholische Kirche, die die Kastration nur aus medizinischen und strafrechtlichen Gründen anerkannte, erliess jedoch erst 1905 ein explizites Verbot, da sie von den Sängern profitierte.<sup>202</sup> Browe behauptete – wohl geleitet durch Männlichkeitsvorstellungen des 20. Jahrhunderts –, dass die soziale Position der Kastraten „unsicher und voll Erniedrigungen“ gewesen sei. „Gerade der Verlust ihrer Männlichkeit weckte in ihnen den glühenden Wunsch, der Welt zu zeigen, dass sie trotzdem etwas wert waren und sogar die anderen Männer überragten.“<sup>203</sup> Diese Auffassung teilte auch der Musikwissenschaftler Ortkempe. Die Operation habe „ihnen die hohe Stimme bewahrt und gleichzeitig das Geschlecht genommen“. Es seien keine „richtigen“ Männer gewesen, „aber ihre Sexualität war durchaus nicht gänzlich wegoperiert“.<sup>204</sup> Beide gingen davon aus, dass mit der Kastration den Sängern ein essenzielles, Männlichkeit definierendes Attribut fehlte.

Wie legitimierte die Kirche eine Praxis, die sie ansonsten ablehnte?<sup>205</sup> Sowohl Gegner als Befürworter argumentierten mit dem christlichen Grundsatz, dass der Mensch nicht Herr über seinen Körper, sondern lediglich dessen Verwalter sei. Die Entfernung eines Organs sei nur dann legitim, wenn damit der Gesamtorganismus gerettet werde, erklärten die Gegner. Die Befürworter hingegen erachteten die ‚Opferung‘ der ‚unwichtigeren‘, für das Überleben nicht notwendigen Keimdrüsen als legitim, wenn dabei der ‚wichtigere‘ Knaben-Kehlkopf gerettet werden konnte.<sup>206</sup> Die Gegner beurteilten alle Organe in Bezug zum Körper als gleichwertig, während die Befürworter sie in einem hierarchischen Verhältnis anordneten. Weiter legitimierten die Befürworter diese Praxis damit, dass sie dem öffentlichen Wohle diene, da die Kastraten-Stimme für die sakrale Musik nicht nur nützlich, sondern notwendig sei. Ausserdem mache die Entmannung die Knaben reich.<sup>207</sup> Einzige Voraussetzung sei die Gefährlosigkeit des Eingriffes sowie die Einwilligung der Knaben. Die Gegner kritisierten,

---

virtuose Stimme der Kastraten aus. Ortkempe, Hubert: Engel wider Wille. Die Welt der Kastraten. Berlin 1993. 7, 9. Scholz, Der entmannte Eros, 251. Heim, Operation „Triebtäter“, 4. Browe, Geschichte der Entmannung, 95. 201 Scholz, Der entmannte Eros, 261. Das Publikum umging dieses Verbot, indem die Kastrati als galante Begleiter dienten, eine gesellschaftlich anerkannte Form der Beziehung verheirateter Frauen mit Männern ausserhalb der Ehe.

202 Browe, Geschichte der Entmannung, 101.

203 Browe, Geschichte der Entmannung, 95.

204 Ortkempe, Engel wider Wille, 7.

205 Browe, Geschichte der Entmannung, 99–101.

206 Browe, Geschichte der Entmannung, 102.

207 Browe, Geschichte der Entmannung, 106.

dass den Sängern mit der Kastration die Heirat versperrt bliebe und sie ohne eheliche Kanalisation ihrem Trieb ausgeliefert seien.<sup>208</sup>

Browe sah die im nationalsozialistischen Deutschland eingeführte eugenische Zwangssterilisation und die Zwangskastration durch die kirchliche Abkehr in der Kastrationsfrage bei den Kastratensängern mitlegitimiert. Er kritisierte die Staatsgewalt, die in Form einer Güterabwägung die Rechte des Individuums und den Schutz der Gesellschaft zueinander in Beziehung setze und den Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte körperliche Integrität mit dem Schutz der Bevölkerung legitimiere. Sie inszeniere sich damit als absolute Macht, die über die Körper ihrer Subjekte verfüge. Der deutsche Jurist Georg Xingas, ein Befürworter der nationalsozialistischen Zwangskastration, sah auch in der Kastration zu künstlerischen Zwecken keine Verstümmelung.<sup>209</sup> Er stellte diese Form der Kastration ebenso wie die kriminalpräventive Kastration im 20. Jahrhundert als konsensuelle gesellschaftliche Praxis dar, die allen Vorteile bringe. Was aber auch Xingas ablehnte, war die Selbstkastration aus religiösen Gründen, wie sie die Skopzen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausführten.

Das russische Wort *скопеец* bedeutet Eunuch. Die Skopzen, Mitglieder einer slawisch-religiösen Sekte, führten rituelle Verstümmelungen der äusseren Genitalien oder Kastrationen durch, um die ‚Fleischlichkeit‘ des Menschseins zu überwinden und Gott ein Opfer zu bringen.<sup>210</sup> Die Sekte der Skopzen war jedoch verboten und wurde im Zarenreich verfolgt.<sup>211</sup> Im Kontext der russischen Machtverhältnisse war es der Zar, der als Herrscher über die Körper seiner Untertanen verfügte. Mit der Selbstkastration eigneten sich die Skopzen dieses Recht an.<sup>212</sup> Um vor Gericht die Mitglieder der Skopzen zu erkennen, wurde der Arzt Eugen Pelikan (1824–1884) in den 1870er Jahre damit beauftragt, eine Studie zu verfassen. Auf diese griffen die Wissenschaftler im 20. Jahrhundert immer wieder zurück. Pelikan beschrieb die Folgen der Kastration als das Fehlen des „männlichen Samens auf den menschlichen Organismus“: Der Körper der Kastrierten werde dem weiblichen ähnlich.<sup>213</sup> Auch auf Ebene der Psyche zeigten sich bedeutende „Abweichungen vom Normalzustand“: Nicht die „leiseste Regung edler Triebe“, kein Pflichtgefühl und „fehlende Männlichkeit“. „Höhere Flüge der Phantasien“ seien ihnen so fremd wie Leuten von

---

208 Browe, Geschichte der Entmannung, 104. Des Weiteren blieben die Eunuchen von der kirchlichen Weihe ausgeschlossen, weil ihre Entmannung nicht auf einem Defekt, sondern auf einer willentlichen Beschädigung beruhte und damit von der Kirche als sündhaft und unerlaubt galt.

209 Xingas, Die Kastration, 130.

210 Kaiser, Die künstliche Unfruchtbarmachung, 21.

211 Pelikan, E.: Gerichtlich-medizinische Untersuchungen über das Skopzenthum in Russland nebst historischen Notizen. Giessen 1876. Es waren bereits mehrere ähnliche Berichte verfasst worden, es gab jedoch keine standardisierten Untersuchungen, was mit seinem Bericht nun geleistet wurde. Pelikan, Skopzenthum, I

212 Vgl. Engelstein, Laura: Castration and the Heavenly Kingdom. A russian Folktale. Ithaca, 1999.

213 Pelikan, Skopzenthum, 44–45.

beschränkter Verstandesauffassung. Ein kaum entwickeltes „sittliches Gefühl“, „Selbstsucht“, „Schlauheit“, „Falschheit“, „Hinterlist“ und „Habsucht“ seien ihre herausragendsten Charaktereigenschaften. Sie zeichneten sich aber auch durch „Anhänglichkeit“, „Liebe zu Kindern“, „Arbeitsliebe“, „Eifer“, „Pünktlichkeit“ und ein regelmässiges und geordnetes Leben aus.<sup>214</sup> Es handelte sich um ‚Eigenschaften‘, mit denen Gelehrte gerne auch die Tugenden und Laster der Frauen beschrieben. Bei der Frau hingegen konnte Pelikan keinen grossen Einfluss der Kastration auf den allgemeinen Gesundheitszustand und/oder den Körperbau beobachten. Wobei es sich bei den Eingriffen an Frauen nicht um Kastrationen im Sinne der Entfernung der Keimdrüsen handelte, sondern um Eingriffe wie Infibulation oder Abschneiden der Brüste, die ebenfalls als Kastration bezeichnet wurden.<sup>215</sup>

Immer anerkannt war die Kastration für medizinische Zwecke. Oft wurden Krankheiten, insbesondere ‚Geisteskrankheiten‘, in Zusammenhang mit sexuellen Ausschweifungen und Problemen gebracht und damit die Kastration begründet.<sup>216</sup> Beschrieben wurden Fälle von ‚Narrheit‘, Epilepsie, ‚Nachtwandeln‘ oder ‚Liebestollheit‘, die erfolgreich mit einer Kastration behandelt worden seien.<sup>217</sup> Angewandt wurde sie auch bei Elephantitis, bei ‚Satyriasis‘ oder Gicht. Letzteres beruhte auf Beobachtungen Hippokrates, dass Eunuchen weder Podagra<sup>218</sup> bekamen noch kahlköpfig wurden, welche als typische Zeichen von Gicht galten.<sup>219</sup> Eine gängige Praxis bis in die Moderne war die Kastration bei Hodenbruch und bei Krankheiten, bei denen Hoden, Samenleiter oder das Glied selbst angegriffen waren.<sup>220</sup> Ausgeführt worden waren Kastrationen in der Vormoderne meist von Badern, Bruchschneidern und anderen handwerklich ausgerichteten Chirurgen vor allem bei Männern.

Weit verbreitet war die Praxis der Kastration auch in der Landwirtschaft. Hier diente sie zur Optimierung der Nützlichkeit der Tiere, zur Verhinderung unerwünschten Verhaltens und zur Unterbindung der Reproduktion.

Die als ‚barbarisch‘ bezeichneten Kastrationspraktiken dienten – wie bereits erwähnt –, der katholischen Kirche und später auch westlichen Wissenschaftlern dazu, den Westen von der orientalischen Welt abzugrenzen und die Überlegenheit der westlichen Kultur zu behaupten. Während dem Orientalen sexuelle ‚Triebhaftigkeit‘ zugeschrieben wurde, zeigte sich die

---

214 Pelikan, Skopzenthum, 119–122.

215 Pelikan, Skopzenthum, 195. Bei Frauen handelte es sich um Eingriffe wie Beschneidung der Vulva, Entfernung der Klitoris und der kleinen Schamlippe, sowie die Entfernung der Brust, während bei Männern die Entfernung der Hoden als ‚kleines Siegel‘ und die Entfernung von Hoden und Penis als ‚grosses Siegel‘ bezeichnet wurde.

216 Browe, Geschichte der Entmannung, 54.

217 Mallow, Kastration von Sexualverbrechern, 501.

218 Als Podagra wird die schmerzhafteste Schwellung einer Großzehe (Grosszehengrundgelenk) bezeichnet, die zwei Drittel der GichtpatientInnen befällt. <http://de.mimi.hu/krankheit/podagra.html> (13.05.2013).

219 Browe, Geschichte der Entmannung, 55–57. Heim, Operation „Triebtäter“, 6.

220 Browe, Geschichte der Entmannung, 57. Scholz, Der entmannte Eros, 27.

westliche Überlegenheit insbesondere in der Fähigkeit der willentlichen sexuellen Selbstkontrolle, ein zentraler Aspekt in der Herstellung hegemonialer Männlichkeit. Als um die Jahrhundertwende die Kastration als möglicher Eingriff im Umgang mit ‚abweichender‘ Sexualität diskursiviert wurde, musste ein erheblicher Aufwand betrieben werden, um sie als ‚rational‘ und ‚vernünftig‘ von den ‚alten‘ Praktiken abzugrenzen. Denn wie alle chirurgischen und medizinischen Interventionen war auch die Kastration im 19. Jahrhundert nur noch im Rahmen medizinischer Rationalitäten erlaubt. Diese Beschränkung war eingebunden in eine grundlegende Transformation des medizinischen Systems im 18. und 19. Jahrhundert. Wissensgrundlage der modernen Kastrationspraktiken bildete ein Sammelsurium an Beobachtungen, Erzählungen und Hörensagen. In diesem wurden verschiedene Wissensfelder zusammengeführt und miteinander verknüpft: Eunuchentum, religiöse Mythen, Gesang, Landwirtschaft, Körperstrafen, Krieg und Religion. Es ging um Testikel und Phallus, Macht, Potenz und Aggression, sexuelle Persionen, Hingabe und Opfer, Erlösung, sexuelle Abstinenz sowie Nutzbarmachung, Optimierung und Unfruchtbarkeit.

### **2.3 Die Eroberung des Körperinneren: Der Wandel des medizinischen Systems**

Die bis dahin dominierende Konzeption von Körper und Krankheit, die Humoralpathologie, wurde im 18. und 19. Jahrhundert durch den sogenannten Lokalismus abgelöst. Während die Humoralpathologie den Körper als offenes System annahm, in dem die Säfte zirkulierten und Krankheit als Ungleichgewicht der Säfte angenommen wurde, kam es mit dem Wandel zum Lokalismus zu einer Verräumlichung von Krankheiten. Krankheiten erhielten einen ‚Sitz‘, einen Ort, wo sie sich als Verletzung oder Störung eines Organs, eines Körpergliedes oder einer körperlichen Funktion manifestierten. Diese Verletzung oder Störung wurde dann als Ursache der Krankheit angenommen und mit den beobachtbaren Symptomen in Verbindung gebracht.<sup>221</sup> Gemäss Foucault beruhte diese Transformation auf dem Wandel der Beziehungsstruktur des Sichtbaren zum Unsichtbaren. Zwischen den Dingen und den Wörtern entstanden neue Beziehungen.<sup>222</sup> Mit der Humoralpathologie verschwand auch die Vielfalt der körperlichen Existenzen. Was blieb, war der eine, der normierenden Macht des ärztlichen Blickes unterworfenen Körper.<sup>223</sup> Geschaffen wurde ein abgegrenzter Körper, bei dem die Haut als Grenze funktionierte, die das ‚Innen‘ vom ‚Aussen‘ trennte und die als ‚äusseren Hülle‘ diente.<sup>224</sup> Zugleich erschloss sich die Medizin, insbesondere die Chirurgie, im 19. Jahrhundert das Körperinnere. Wie alle medizinischen Eingriffe wurde auch die Kastration Teil der modernen Schulmedizin. Dabei erfuhr sie während eines kurzen Zeitraumes einen ‚Geschlechtswechsel‘: Im medizinischen Kontext war im letzten Drittel des

---

221 Foucault, Michel: Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks. München 1973. 187.

222 Foucault, Die Geburt der Klinik, 10, 206.

223 Sarasin, Reizbare Maschinen, 85.

224 Vgl. Benthien, Claudia: Haut. Literaturgeschichte, Körperbilder, Grenzdiskurse. Hamburg 1999.

19. Jahrhunderts mit ‚Kastration‘ die Kastration der Frau gemeint.<sup>225</sup> Der bis dahin vorwiegend an Männern ausgeführte Eingriff wurde in diesem Zeitraum nur in jenen seltenen Fällen durchgeführt, in denen die erkrankten Hoden Gesundheit und Leben des Mannes bedrohten, während gleichzeitig die Kastration bei Frauen breite Anwendung fand.

## **2.4 ‚Geschlechtswechsel‘: Die Kastration der Frau**

Der anfänglich philosophisch und gesellschaftlich begründete ‚Sonderstatus‘ der Frau erhielt im Laufe des 19. Jahrhunderts eine körperliche und damit ‚naturgegebene‘ Grundlage.<sup>226</sup> Die weiblichen Keimdrüsen waren bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den wissenschaftlichen Fokus gerückt und hatten die Gebärmutter als ‚Zentrum‘ und ‚Ursache‘ von Frau und Weiblichkeit abgelöst.<sup>227</sup> Rund um den Eierstock formierte sich eine medizinische Spezialdisziplin: Die Gynäkologie. Ihre Spezialisierung erfolgte im Kontext des Diskurses der ‚Sonderanthropologie‘. In diesem repräsentierte der Mann als ‚Norm‘ gedacht den ‚Menschen‘, während die Frau davon abweichend als Geschlechtswesen konzipiert einen ‚Sonderstatus‘ zugewiesen erhielt.<sup>228</sup> Die ‚innige‘ Verbindung der Frau mit ihrem Geschlecht wurde unter anderem von der Lokalisation der Keimdrüsen abgeleitet und bestätigt: Diese liegen im Körperinneren.<sup>229</sup> Nicht nur die Lokalisation der Keimdrüsen unterschied die Frau vom Mann, im ganzen Körper suchten und suchen die Wissenschaftler nach geschlechtsspezifischen Differenzen: Skelett, Nerven, Muskeln, bis in die Zellen hinein fanden sie diese.<sup>230</sup> Wichtige Organe der Differenz waren das Gehirn als Ort von Intelligenz, Vernunft und Wille sowie die Geschlechtsorgane als Ort von Begehren, Fortpflanzung und Geschlecht. Auch der Geschlechtstrieb zeigte sich als unterschiedlich: Dem als aktiv und aggressiv angenommenen männlichen Trieb stand der passive, auf Reproduktion fokussierende Geschlechtstrieb der Frau gegenüber.<sup>231</sup> Die Befriedigung männlicher Sexualität nahm breiten Raum ein und orientierte sich an der Vorgabe der Mässigkeit, damit dem Körper durch die Ejakulation nicht zu viel wichtige Substanz entzogen werde.<sup>232</sup> Das

---

225 Marcuse, Kastration, 325.

226 Laqueur, Thomas: Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud. Frankfurt a/M 1992. 195–206.

227 „Allein durch ihre Eierstöcke ist die Frau was sie ist“ hatte der Mediziner Achilles Chereau (1817–1885) 1844 behauptet. Zitiert in: Laqueur, Auf den Leib geschrieben, 200. Siehe auch: Hegar, Alfred: Ueber die Exstirpation normaler und nicht zu umfänglichen Tumoren degenerirter Eierstöcke. 297–307. In: Centralblatt für Gynäkologie. Nr. 17 Jg.. 1877. 297–298.

228 Honegger, Die Ordnung der Geschlechter, 143–151.

229 Sarasin, Reizbare Maschinen, 374. Honegger / Heintz, Zum Strukturwandel, 35.

230 Vgl. Gallagher, Catherine / Laqueur, Thomas: The Making of the Modern Body. Sexuality and Society in the Nineteenth Century. Berkeley 1987. Laqueur, Auf den Leib geschrieben, 172–235. Schmersahl, Katrin: Medizin und Geschlecht. Zur Konstruktion der Kategorie Geschlecht im medizinischen Diskurs des 19. Jahrhunderts. Opladen 1998. Fausto-Sterling, Sexing the Body. 23. Sarasin, Reizbare Maschinen, 192–196, 336–334, 346.

231 Rohleder, Hermann: Die Masturbation. Eine Monographie für Ärzte, Pädagogen und gebildete Eltern. 3. verbesserte und vermehrte Auflage. Berlin 1912. 37. Honegger / Heintz, Zum Strukturwandel, 31.

232 Schmale, Geschichte der Männlichkeit, 211.

„normale“ weibliche Begehren hingegen war passiv und fand ihre Erfüllung in der Reproduktion. Damit bedurfte alles, was von einer reproduktionsorientierten, moralisch einwandfreien Geschlechtlichkeit abwich, der therapeutischen Intervention. Die Pole der weiblichen Abweichung bildeten ‚Nymphomanie‘ und ‚Frigidität‘. Beide Formen wurden als Verfehlungen des sexuellen Zweckes der Frau interpretiert: Der Reproduktion.<sup>233</sup> Um die ‚Abweichungen‘ zu beheben, stand der Medizin des 19. Jahrhunderts ein ganzes Arsenal an chirurgischen Manipulationen zur Verfügung, die von Klitorisreizung über Klitorisentfernung, Verätzen oder Zusammennähen der Schamlippen, Einlegen von Pessaren bis hin zur Entfernung gesunder Ovarien reichten.<sup>234</sup>

Mit den technischen Entwicklungen hatte sich die Chirurgie in den 1860er Jahren auch den systematischen Zugriff auf die in der Bauchhöhle liegenden Ovarien erschlossen. Die Entfernung erkrankter Ovarien wurde als Ovariectomie bezeichnet. Bald fingen gynäkologische Chirurgen an, auch gesunde Ovarien zu entfernen: Die Frauen wurden kastriert. Erste derartige Eingriffe führte 1872 der Gynäkologe Alfred Hegar (1830–1914) in Deutschland und Robert Battey (1828–1895) in den USA aus. Auch wenn sie schnell weite Verbreitung fand, blieb die Kastration der Frau heftig umstritten. Die Indikationen reichten von unspezifischen Schmerzen über diffuse Krankheitsbilder bis zu ‚sexuellen‘ Abweichungen wie ‚Nymphomanie‘ oder Hysterie.<sup>235</sup> Das bei „Hysterischen“ oft „krankhaft erregte“ Sexualleben führe meist zu „schamloser Prostitution, Onanie, nacktem Herumgehen im Zimmer, Eifersuchtswahn oder zur Frigidität“ wie der Psychiater und Forensiker Richard von Krafft-Ebing (1840–1902) in seinem bekannten Werk „Psychopathia sexualis“ festhielt.<sup>236</sup> Die vom Zweck der Reproduktion abweichenden Verhaltensweisen legitimierten den Eingriff der Kastration.<sup>237</sup> Ihr Ziel war die „Beseitigung der Brunst und eines abnorm gesteigerten Geschlechtstribs“, die als krankheitsverursachend angenommen wurden.<sup>238</sup> Theoretische Grundlage bildete die ‚Reflexions-Theorie‘, die postulierte, dass sich über die Nerven vermittelte Krankheitssymptome an jedem beliebigen Ort des Körpers manifestieren

---

233 Maasen, Genealogie der Unmoral, 394.

234 Rohleder, Die Masturbation, 296. Hegar, Operative Gynäkologie, 909. Friedrich, N.: Ueber die Behandlung der Hysterie mittelst Cauterisation der Clitoris. 1514–1515. In: Wiener Medizinische Blätter. 5. Jg., Nr. 49. Wien 1882. 1514–1515. Worch, Oskar: Die Kastration und ihre Wirkungen auf den Organismus. Der gegenwärtige Stand nach der Frage von der innern Sekretion. Halle a/S 1909. 5. Shorter, Edward: Moderne Leiden. Zur Geschichte der psychosomatischen Krankheiten. Hamburg 1994. 145, 149.

235 Strähl, Othmar: Beiträge zu den Anzeigen der Castration. Basel 1888. 8.

236 Krafft-Ebing, Richard von: Psychopathia sexualis. Eine klinisch-forensische Studie. Stuttgart 1886. 91. Zur Kastration von ‚hysterischen‘ Frauen vgl. Weickmann, Dorion: Rebellion der Sinne. Hysterie – ein Krankheitsbild als Spiegel der Geschlechterordnung (1880–1920). Frankfurt a/M 1997. Schmersahl, Medizin und Geschlecht, 195–201. Longo, Lawrence D.: The Rise and Fall of Battey’s Operation: A Fashion in Surgery. 244–267. In: Bulletin of the History of Medicine. Volume 53, Nr. 2. Baltimore 1979. 246. Jette Jung, Sophia: Erfolgt und Scheitern der Hegar-Operation. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung über die Kastration der Frau im 19. Jahrhundert. Frankfurt a / M 2007. Imboden et al, Das ‚bewegte‘ Geschlecht, 109–113.

237 Strähl, Beiträge zu den Anzeigen der Castration, 8. Shorter, Moderne Leiden, 133.

238 Hegar, Über die Exstirpation normaler und nicht zu umfänglichen Tumoren degenerierter Eierstöcke, 300.

könnten.<sup>239</sup> Damit konnte jeglicher Schmerz oder jede Störung mit den Ovarien in Zusammenhang gebracht werden. Der Ausfall wurde dabei als ‚natürlicher‘ Vorgang einem ‚verfrühten‘ Klimakterium gleichgesetzt. Dass zugleich die Reproduktionsfähigkeit aufgehoben wurde, war im medizinischen Diskurs wenig relevant. Trotz der vorherrschenden Annahme, dass die Ovarien das Wesen der Frau ausmachen und sie als Ursache vieler Krankheiten und ‚Abweichungen‘ verstanden wurde, blieben die Folgen ihrer Entfernung merkwürdig unbeachtet.<sup>240</sup> Jette Sophia Jung stellt in ihrer Arbeit die These auf, dass die Ovarien bereits in den 1880er Jahren ihr ‚allumfassendes‘ Bedeutungspotential für ‚Weiblichkeit‘ eingebüsst hätten. Zudem sei die Aufhebung der Reproduktionsfähigkeit den bevölkerungspolitischen Vorstellungen der Zeit entgegengekommen.<sup>241</sup> Denn mit der Kastration konnte erstmals gezielt in die Funktion der Reproduktion, in das Begehren und in das Geschlecht von Frauen eingegriffen und diese reguliert werden. Es war ein Eingriff, der im 20. Jahrhundert, verschiedenen Interessen dienend, das Feld der Reproduktion strukturieren sollte.

Um 1900 verlor die Kastration der Frau an Bedeutung und erlebte einen erneuten ‚Geschlechtswechsel‘: Mit Kastration war jetzt wieder die Kastration des Mannes gemeint. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts waren die männlichen Keimdrüsen in verschiedenen Zusammenhängen in den Fokus der Wissenschaftler gerückt. Das neu erwachte Interesse schlug sich in einer Vielzahl an Publikationen aus den Bereichen Psychiatrie, Neurologie, Sexualwissenschaft und auch Justiz nieder. Es waren verschiedene Wissensfelder, in denen sich das formierte, was rückblickend als Diskurs der Kastration bezeichnet werden kann.<sup>242</sup> Der Diskurs um die Bedeutung der männlichen Keimdrüsen entfaltete sich zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die ‚bürgerliche Männlichkeit‘ ‚in der Krise‘ befand.

‚Krisen des Mannes‘, beziehungsweise ‚Krisen der Männlichkeit‘ erscheinen in regelmässigen Abständen, wie Jürgen Martschukat und Olaf Stieglitz in ihrer Einführung zur Geschichte von Männlichkeiten feststellen. Sie betreffen explizit oder implizit den weissen, heterosexuellen bürgerlichen Mann als Repräsentant der hegemonialen Männlichkeit.<sup>243</sup> Die

---

239 Sarasin, Reizbare Maschinen, 212–217.

240 Warker, Ely van de: The Fetish of the Ovary. 366–373. In: American Journal of Obstetrics and Diseases of Women and Children. Nr. 54. New York 1906. 366.

241 Jung, Erfolg und Scheitern der Hegar-Operation, 133.

242 Breidenstein, Geschlechtsunterschied und Sexualtrieb, 216–217.

243 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge“, 82. Die Rede von der Krise kann sich bisweilen auch auf eine subordinierte Form von Männlichkeit beziehen. Hier markierte sie jedoch keine vorübergehende Position; vielmehr formuliert sie eine strukturelle Dauerkrise, die über Defizite in Relation zu dem hegemonialen Modell von Männlichkeit hergestellt werden. Die ‚Krise des Mannes‘ ist auch gegenwärtig ein wieder stark aufkommendes Thema indem der weisse, heterosexuelle Mann als ‚Opfer‘ der Emanzipation diskursiviert wird. Zum Beispiel Hollstein, Was vom Manne übrig blieb. <http://blog.bazonline.ch/mamablog/index.php/32844/kein-respekt-fur-manner>. (16.07.2013) Hermann, Paul- Gruner / Kuhla, Eckhard (Hg.): Befreiungsbewegung für

‚Krisenanrufung‘, beziehungsweise die Behauptung einer ‚Krise des Mannes‘ setzt dabei ein positiv besetztes Bild von Männlichkeit voraus, getragen von der Vorstellung einer ‚authentischen‘ und wünschenswerten Form von Männlichkeit.<sup>244</sup> Es wird ein ‚Aussen‘ von einem ‚Innen‘ geschieden und für die ‚Krise der Männlichkeit‘ werden dann von aussen einwirkende kulturelle, wirtschaftliche oder soziale Phänomene verantwortlich gemacht.<sup>245</sup> Martschukat und Stieglitz zeigen, dass damit das Bild einer von ‚aussen‘ bedrohten ‚natürlichen, essentiellen‘ Männlichkeit geschaffen wird. ‚Männlichkeit‘ ist jedoch, wie die Geschlechtergeschichte und insbesondere auch Judith Butler für die Kategorie ‚Frau‘ gezeigt haben, keine essentielle, fixierte Grösse, sie muss vielmehr immer wieder performativ hergestellt werden.<sup>246</sup> Der performativen Herstellung liegen jedoch permanente Veränderungen inne, die die (immer unsichere) ‚Stabilität‘ des Systems erschüttern. Erreichen diese Erschütterungen eine gewisse Stärke, können sie als Krise wahrgenommen werden, wie sie Martschukat und Stieglitz für die ‚Männlichkeit‘ um 1900 feststellen.<sup>247</sup> Mit einer ‚Krisenanrufung‘ geht es dann weniger um die Wiederherstellung einer ‚bedrohten, vergangenen‘ Form von Männlichkeit, die in dieser vermeintlich stabilen Form nie existierte. Über die Krisentropie wird vielmehr eine neue (veränderte) normative Männlichkeit hergestellt und in Stellung gebracht, wie verschiedene Studien zeigen.<sup>248</sup>

Um 1900 war die ‚Stabilität‘ der Geschlechter und der Geschlechterdifferenz ins Wanken geraten. Selbst der Körper hatte sich nicht als der Garant der Geschlechterdifferenzen erwiesen, als der er angenommen worden war.<sup>249</sup> Die Bedrohungen, die das ‚bürgerlich-männliche‘ Subjekt zu bedrängen schienen, äusserten sich um 1900 unter anderem im

---

Männer. Auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie. Giessen 2009. Ines Kappert hingegen kommt zum Schluss, dass mit der Diskursivierung des Mannes als ‚Opfer‘ der Emanzipation, dieser ‚naturgemäss‘ mit Aggression reagiert und genau dadurch sich und sein Interesse weiterhin ins Zentrum stellen könne. Selbst die Kapitalismuskritik sei letztlich bloss eine Reetablierung patriarchaler Männlichkeitskonzepte. Vgl. Kappert, Ines: Der Mann in der Krise. Oder: Kapitalismuskritik in der Mainstreamkultur. Bielefeld 2008. Auch Sarasin, Reizbare Maschinen, 430–431.

244 Connell, Der gemachte Mann, 105.

245 Aktuell ist der ‚Feminismus‘ an der ‚Ent-Männlichung‘ schuldig. Vertreter dieser Auffassung sind etwa Hollstein, Was vom Manne übrig blieb. Sich dieser These kritisch annehmend Pohl, Rolf: Männer – das benachteiligte Geschlecht? 104–135. In: Mechthild Bereswill / Anke Neuber (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster 2011.

246 Butler, Judith: Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Berlin 1995. 33–38. Bublitz, Hannelore: Judith Butler zur Einführung. 3. Auflage. Hamburg 2010. 8, 17.

247 Martschukat und Stieglitz fragen denn auch, ob diese Erschütterungen, wenn von den Rändern her denkend nicht als Chance zu verstehen seien. Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 84.

248 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 86. Opitz-Belakhal, Claudia: "Krise der Männlichkeit" – ein nützliches Konzept der Geschlechtergeschichte? 31–51. In: L'homme, Jg. 19, Heft. 2 Zürich 2008. Völkel, Bärbel: Krisenmanagement über den „Umweg“ Geschichte. Wie Jungen anschlussfähige Erfahrungen in die Geschichte hinein konstruieren. 31–65. In: Martin Lücke (Hg.): Helden in der Krise. Didaktische Blicke auf die Geschichte der Männlichkeiten. Historische Geschlechterforschung und Didaktik Bd. 2. Berlin 2013.

249 Stoff, Ewige Jugend, 426. Zum damaligen Stand der Diskussion vgl. Tandler, Julius / Grosz, Siegfried: Die biologische Grundlage der sekundären Geschlechtscharaktere. Berlin 1913. Ihr verarbeitetes Material reichte von Experimenten, Beobachtungen ‚alter‘ Kastrationen bis zur Praxis der Kastration von Frauen.



Phantasma der ‚Verweiblichung der Kultur‘.<sup>250</sup> Es waren verschiedene Sprachfiguren wie der ‚effeminierte Mann‘, ‚Mann-Weiber‘, ‚emanzipierte, vermännlichte Frau‘, die Phänomene dieser Bedrohung bildeten. Die ‚Feminisierung‘ nahm in verschiedenen, zu einer ‚Krise der Moderne‘ gebündelten Diskursen einen zentralen Stellenwert ein.<sup>251</sup> Bei dem bedrängten ‚männlichen Ich‘ handelte es sich um den bürgerlichen Mann, der sich von verschiedenen Seiten bedroht sah. Die ‚Krisenanrufung‘ um 1900 ist jedoch weniger durch ‚äussere‘ Faktoren als vielmehr durch die ‚Essenz‘ bürgerlicher Männlichkeit des 19. Jahrhunderts selbst ausgelöst worden, die sich in der Diagnose ‚Neurasthenie‘ verdichtet hatte. Unter den weissen bürgerlichen Männern des 19. Jahrhunderts hatte sich die ‚Nervenschwäche‘ epidemiengleich ausgebreitet.<sup>252</sup> Als eine Spielart der ‚weiblichen Hysterie‘ drohte sie das ‚geschlechtsspezifische Fundament‘ der bürgerlichen Gesellschaft zum Einsturz zu bringen.<sup>253</sup> Als Ursache der Krankheit wurde genau diejenige Anforderung diagnostiziert, die den bürgerlichen Mann des 19. Jahrhunderts auszeichnete und die ihn von der Frau und anderen Männlichkeiten abgrenzte: Die rationale Selbstbeherrschung.<sup>254</sup> Überspitzt formuliert machte ihn – den bürgerlichen ‚Mann‘ – genau das krank, was ihn zugleich als bürgerlicher ‚Mann‘ auszeichnete.

Die Krise des bürgerlichen Mannes, die sich in der Diagnose ‚Nervenschwäche‘ verdichtete, fiel mit dem Wandel der Körperkonzeption zusammen. Die bis Ende des 19. Jahrhunderts dominierende Vorstellung eines durch die Nerven regulierten Körpers wurde von der Konzeption einer ‚chemischen‘ Regulation der physiologischen Vorgänge und Prozesse abgelöst.<sup>255</sup> Während der Diskurs der Kastration der Frau im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts noch vollständig der Vorstellung einer ‚nervösen‘ Regulation verpflichtet gewesen war, setzte das erwachte Interesse an den männlichen Keimdrüsen mit der Suche nach den ‚inneren Botenstoffen‘ ein. Diese ‚Botenstoffe‘ sind chemische Wirkstoffe, die wichtige Lebensprozesse in unserem Körper steuern und regulieren. Auf der Suche nach diesen ‚Stoffen‘ kam der Kastration, insbesondere der Entfernung der Hoden, als Experiment zentrale Bedeutung zu. Das neu erwachte Interesse an der Kastration des Mannes schlug sich in verschiedenen medizinischen Wissenschaften nieder. Unter anderem im Disput

---

250 Bublitz, Zur Konstitution von „Kultur“ und Geschlecht, 45.

251 Rider, Jacques, le: Das Ende der Illusion. Die Wiener Moderne und die Krisen der Identität. Wien 1990. 165.

252 Vgl. Miller Beard, Georg: American nervousness consequences. A supplement to nervous exhaustion (neurasthenia). New York 1972 [1881]. Miller Beard, George: Sexual neurasthenia. New York 1886. Haken, Rebecca von: Dr. George Miller Beard (1839–1883) und seine Lehre von der Neurasthenie. Konjunktoren eines Konzepts. Heidelberg, 2004. Das Konzept der Neurasthenie stiess in Deutschland auf grosses Echo. Roelcke, Volker: Krankheit und Kulturkritik. Psychiatrische Gesellschaftsdeutungen im bürgerlichen Zeitalter (1790–1914). Frankfurt a/M 1999. 122–137.

253 Weickmann, Rebellion der Sinne, 129.

254 Sarasin, Reizbare Maschinen, 417–418.

255 Oudshoor, Nelly: Beyond the natural body. An Archeology of Sex Hormone. London 1994 17.

der Psychiater Conrad Rieger (1855–1939) und Paul Julius Möbius (1853–1907).

## 2.5 Die männliche Keimdrüse als Gegenstand der Wissenschaft

Rieger hatte sich im Rahmen eines Versicherungsfalles mit der Frage zu beschäftigen, wie viel Invaliditätsleistung der Verlust der Hoden wert war. Er kam zum Schluss, dass die Hoden für die Arbeitsfähigkeit irrelevant waren. Als gravierend stufte er jedoch die moralischen Folgen des Verlustes ein: Der Ausschluss von der Ehe wegen der Aufhebung der Fortpflanzungsfähigkeit.<sup>256</sup> Auch wenn er dem Betroffenen eine 50prozentige Invalidität zusprach, weil der Hodenverlust im Strafrecht als schwere Körperverletzung galt, war er überzeugt, dass ausser der Aufhebung der Fortpflanzungsfähigkeit der Verlust der Hoden keine weiteren Folgen habe.<sup>257</sup> Der dadurch entfachte Disput mit Möbius war Teil einer bereits länger andauernden medizinischen Debatte um die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Körper und Geist gab, und wenn ja, wie der beschaffen sei, sowie die Frage von ‚angeboren‘ oder ‚erworben‘. Rieger ging in Gegensatz zu Möbius davon aus, dass die ‚Psyche‘ relativ eigenständig war, was er mit einigem Aufwand anhand der Keimdrüse und ihrer Entfernung darzulegen versuchte.<sup>258</sup> Wissenschaftlich problematisch war, dass es kaum medizinische Fälle gab, die den Verlust beider Hoden bei gesunden Männern dokumentierte.<sup>259</sup>

Da es kaum wissenschaftlich erhobenes Wissen über die Folgen der Kastration des Mannes gab, war Rieger wie andere dazu gezwungen, auf Beobachtungen ‚alter‘ Praktiken zurückzugreifen. Anhand dieser belegte er seine Überzeugung, dass die Kastration beim Mann ausser dem Verlust der Sexual-Funktion keine schädigenden Folgen habe.<sup>260</sup> Den Einwand, „dass das Hirn der heilsamen Einflüsse beraubt sei, die ihm aus dem Hodensekret zufließen“<sup>261</sup> verwarf er als „alberne Organ-Saft-Theorie“.<sup>262</sup> Die Bedeutung, die den Testikeln zugesprochen werde, lasse sich nicht wissenschaftlich begründen, sie seien auf

---

256 Rieger, Conrad: Welche Folgen im Sinne des Unfall-Versicherungs-Gesetzes hat der Verlust beider Hoden? 261–263. In: Aertzliche Sachverständigen-Zeitung. Organ für die gesammte Sachverständigenthätigkeit des praktischen Arztes. 2. Jg. Nr. 12. Berlin 1896. 261.

257 Rieger, Verlust der Hoden, 262.

258 Der Streit entzündete sich an der Phrenologie. Ihr Begründer Franz Joseph Gall (1758–1828) ordnete Eigenschaften und Zuständen, bestimmten, klar abgegrenzten Hirnarealen zu. Er postulierte einen Zusammenhang zwischen Charakter und Geistesgaben und Schädel- beziehungsweise Gehirnmform. Unter anderem behauptete Gall der Geschlechts-Trieb sei im Kleinhirn lokalisiert. Dass der Mann einen ‚lebhafteren‘ Geschlechtstrieb habe, lasse sich am grösseren Kleinhirn ablesen. Eine spätere Form der Phrenologie war die Schädelvermessung. Es waren wichtige Vorläufer und Bezugspunkte der modernen Neuro- und Kognitionswissenschaften. Sowohl Pelikan wie auch Möbius griffen diese Lehre wieder auf, die Rieger als Schwindel verwarf. Rieger, Conrad: Die Castration in rechtlicher, socialer und vitaler Hinsicht. Jena 1900. III–XXXV.

259 Rieger, Verlust der Hoden, 262.

260 Rieger, Castration, 102.

261 Rieger, Verlust der Hoden, 263.

262 Rieger, Castration, 103.

soziale Vorurteile zurückzuführen, hielt er fest. Soziale Vorurteile begründet auch die geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung. So würden Ärzte die Entfernung der Ovarien als irrelevant erachten, da ältere Frauen generell als ‚ovarienlos‘ angenommen würden. Wenn jedoch die „Organ-Saft-Theorie“ zutreffe, müsste der „Verlust des Ovariensaftes“ sich nicht auch bei der kastrierten oder menopausalen Frau zeigen, fragte Rieger? Als weiteres Vorurteil bezeichnete er die unterschiedliche Bedeutung, die den Keimdrüsen aufgrund der Anzahl ihrer ‚Produkte‘, das heisst dem unterschiedlichen Reproduktionspotenzial von Ovarien und Testes zugesprochen wurde: Die Ovarien produzierten nur eine begrenzte Zahl an Eiern, die Testikel jedoch eine Unzahl an Samen. Dann seien die Ovarien in ihrer Lokalisation ‚natürlicherweise‘ geschützt, während die exponierten Testikel einen Extraschutz bräuchten, der sich in der Gesetzgebung niedergeschlagen habe. Dazu komme noch ein geradezu mythologischer Charakter der Testikel.<sup>263</sup>

Sein Opponent Paul Julius Möbius griff in seiner Replik die Frage auf, ob die Keimdrüsen als Grundlage der Geschlechterdifferenz angenommen werden könnten. Die wissenschaftlichen Entwicklungen hätten gezeigt, dass beim männlichen Geschlecht auch eine weibliche Anlage vorhanden sei und umgekehrt, „sodass sich die Möglichkeit einer Mischung männlicher und weiblicher Geschlechtsmerkmale ergibt.“<sup>264</sup> Zudem habe die Kastration der Frau ergeben, dass der weibliche Typus fester und unabhängiger von den Keimdrüsen zu sein scheine als der männliche, „eine Frau ist auch ohne Eierstöcke Weib“.<sup>265</sup> Der Mann hingegen werde durch den Eingriff leichter verändert als das Weib, wobei die Auswirkungen sich different auf die Leistungsfähigkeit auswirkten. Insbesondere bei Berufen, die Leidenschaft und Mut erforderten, wirke sich der Hodenverlust negativ aus. Wenig bis keinen Einfluss habe sie bei Berufen, bei denen die Intelligenz gefordert sei, „im Sinne eines Professors“. Hier wirke sich die Kastration sogar positiv aus, „wenn er nachher fleissiger, fügsamer, wenig durch ‚Allotria‘ abzulenken ist.“<sup>266</sup>

Im Gegensatz zu Rieger sprach Möbius den männlichen Keimdrüsen zentrale Bedeutung zu, die sich in ihrer Wirkung differenziert zeigten. Eigenschaften wie Mut und Kreativität brachte er mit den männlichen Keimdrüsen in Zusammenhang, nicht jedoch Intelligenz. Während Rieger sich gegenüber der sich formierenden Lehre der ‚inneren Sekretion‘ ablehnend verhielt, anerkannte Möbius sie und leitete unter anderem daraus die Bedeutung der männlichen Keimdrüsen ab. Um jedoch genaueres über das Wirken dieser ‚Säfte‘ für Körper

---

263 Rieger, Castation, 104.

264 Möbius, Paul Julius: Über die Wirkungen der Castration. Halle a/S. 10.

265 Möbius, Über die Wirkungen der Castration, 10.

266 Möbius, Über die Wirkungen der Castration, 95.

und Geist des Mannes zu erfahren sei und bleibe die „Castration das wichtigste Erkenntnismittel“.<sup>267</sup>

## 2.6 Brown-Séquard: Die Frage der Verjüngung

In den wissenschaftlichen Fokus gerückt waren die männlichen Keimdrüsen und die von ihnen abgesonderten „Stoffe“ – der „Organsaft“ wie Rieger sie bezeichnete – durch den Physiologen Charles Edouard Brown-Séquard (1814–1894). Vom Schwinden seiner geistigen und körperlichen Kräfte beunruhigt, machte er sich zu seinem eigenen ‚Versuchskaninchen‘, davon überzeugt, dass die von den (männlichen) Keimdrüsen abgesonderten Stoffe – ‚chemische Botenstoffe‘ – energetisierend, vitalisierend und verjüngend wirkten. Im Selbstexperiment spritze er sich eine aus zerstampften Hoden junger Meerschweinchen und Hunden gewonnene Flüssigkeit. Enthusiastisch äusserte er sich über die Effekte. Ausgangspunkt seiner ‚Verjüngungs-Kur‘ war die Vorstellung, dass die Alterung der Keimdrüsen Ursache des gesamtkörperlichen Alterungsprozesses sei. Nicht mehr ‚Samenverschwendung‘ und sexuelle Exzesse schwächten den Mann, wie noch im 19. Jahrhundert angenommen wurde, sondern die alternden Keimdrüsen, war Brown-Séquard überzeugt. Im Umkehrschluss nahm er an, mit einer Verjüngung durch die Sexualorgane könne der ganze Mensch verjüngt werden.<sup>268</sup> Mit seinen Versuchen löste er eine intensive Suche nach den behaupteten ‚Botenstoffen‘ aus. In dieser etablierte sich die Kastration als Experimentalsystem, um neues Wissen über dieses Organ und seine Bedeutung für Geschlecht und Sexualität, aber auch über die Folgen seiner Entfernung zu generieren.<sup>269</sup>

Den Gedanken der Verjüngung aufgreifend, experimentierte später auch Eugen Steinach (1861–1944) mit ‚Verjüngungsoperationen‘. Er nahm Hoden- und Ovarientransplantationen vor, bestrahlte die Eierstöcke mit Röntgenstrahlen und unterband die Samenstränge mit Vasektomien.<sup>270</sup> Die Wirkungen erklärte er mit der von ihm als ‚Pubertätsdrüse‘ bezeichneten sogenannten Leydschen Zellen. Diese erst kürzlich entdeckten Zellen und deren Funktion nahm er als Ursache von Kraft und Männlichkeit an. Sie entfalteten sich erst in der Pubertät zwischen den bereits vorhandenen Samenkanälchen. Solange sie gesund und blühend

---

267 Möbius, Über die Wirkungen der Castration, 11.

268 Morus, Richard Lewinsohn: Der Wunderdoktor aus Mauritius oder die Kunst der Verjüngung. München 1963.

269 vgl. Aminoff, Michael J.: Brown-Séquard an improbable genius who transformed medicine. New York 2011. Aminoff, Michael J.: Brown-Séquard, A visionary of Science. New York 1993. Olmsted, M. D.: Charles-Edouard Brown-Séquard. A Nineteenth Century Neurologist and Endocrinologist. Baltimore 1946. Zur Auseinandersetzung mit der Wissenschaft Brown-Séquards siehe Borell, Merrilely Elaine: Origins of the hormone concept, internal secretions and physiological research 1889–1905. Ann Arbor 1987. Während Brown-Séquard für seine Versuche der Verjüngung noch Spott und Hohn erntete, machte in den 1920er Jahren der österreichische Physiologe Eugen Steinach mit seinen Verjüngungsoperationen Furore. Vgl. Stoff, Ewige Jugend. 2004. Zu Experimentalsystem und zur Herstellung von wissenschaftlichem Wissen siehe Rheinberger, Experimentalsystem und epistemische Dinge. 2006.

270 Stoff, Ewige Jugend, 30. Morus, Der Wunderdoktor, 272.

seien, bleibe auch ‚der Träger‘ gesund und frisch. Steinachs Idee war es, die Samenkanälchen mit einer Vasektomie zu veröden und damit Platz für die ‚Pubertätsdrüse‘ zu schaffen. Dabei differenzierte er zwischen ‚innerer Sekretion‘, die von dieser Drüse ausgehend für die Ausbildung des männlichen Wesens, die Sinnenlust und Kampfstimmung zuständig sei, und der ‚äusseren Sekretion‘, die für die Reproduktion zuständigen Samen absondere.<sup>271</sup> Reproduktion und Begehren waren beim Mann zwei voneinander unabhängige Sexualfunktionen, was sich auch in ihrer getrennten Lokalisation in den Testikeln zeigte. Damit gab Steinach der Forderung der Sexualwissenschaftler, Reproduktion und sexuelles Begehren zu trennen, eine körperlich-materielle Grundlage.

Weiter beschrieb Steinach die Hodentransplantation auch als ‚Therapie‘ bei Homosexualität. Mit Magnus Hirschfeld versuchte er zu beweisen, dass Sexualpathologien Keimdrüsen-, beziehungsweise Pubertätsdrüsenpathologien seien.<sup>272</sup> Die „letzte Ursache sexualpathologischer Entgleisungen“ sei nicht im Gehirn, sondern in den Geschlechtsdrüsen zu finden. Damit erschien die Entfernung des ‚kranken‘ Organs als logische Folge, „es ist der Hoden. Also muss er ‚raus‘.“<sup>273</sup> Die Annahme, dass der männliche Geschlechtstrieb Ursache ‚sexueller Anomalien‘ in den Testikeln lokalisiert sei, legitimierte dann auch die kriminalpräventive Kastration. Doch bevor ich auf diese zu sprechen komme, noch kurz zur Kastration und ihre Bedeutung bei Freud.

## **2.7 Der Phallus: Symbol von Macht und Männlichkeit**

Einen wichtigen Beitrag zur Kastration, beziehungsweise zur Bedeutung von Phallus und Testikel leistete Freud mit seiner Theorie der sexuellen Entwicklung. Er bediente sich der griechischen Sage des Ödipus, die er in spezifischer Weise interpretierte. Die reale Kastration im Mythos wurde in der Theorie Freuds zur symbolischen Kastration, beziehungsweise zur Angst vor der Kastration. Eingebettet war sie in der frühkindlichen Entdeckung des anatomischen Geschlechtsunterschiedes – wobei der Besitz des Penis als ‚Normalfall‘ galt – der bei Knaben und Mädchen unterschiedliche Entwicklungen auslöste.

Beim Knaben führe diese Entdeckung zur ‚Kastrationsangst‘. Diese bezeichnete er als die Angst, vom Vater kastriert zu werden, weil er – der Knabe – seine Mutter begehre.<sup>274</sup> Die Angst sollte sich mit der Zeit dahingehend auswirken, dass sich beim Knaben das inzestuöse in ein ‚normales‘ Begehren umwandelt. Das Mädchen hingegen, das entdeckte, dass es

---

271 Stoff, Ewige Jugend, 42.

272 Hirschfeld, Magnus: Kastratenstudien. Untersuchungen über sexuellen Chemismus. 81–95. In: Max Marcuse (Hg.): Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. Februar. Berlin 1912.

273 Slotopolsky (Dukor), Benno: Sexualchirurgie. 104–117, 143–157. In: Marcuse Max (Hg.): Zeitschrift für Sexualwissenschaft. XII. Band. Leipzig 1925. 108.

274 Nasio, J.-D.: 7 Hauptbegriffe der Psychoanalyse. Wien 1999. 7.

keinen Penis hat, lehne die ‚kastrierte‘ Mutter ab und wende sich dem Vater zu. Von ihm begehre es ein Kind, das es mit einem Penis gleichsetze. Die ‚Kastrationsangst‘ des Knaben und der ‚Penisneid‘ des Mädchens dienten Freud dazu zu erklären, wie das ursprünglich inzestuös ausgerichtete sexuelle Begehren des Kindes nach dem gegengeschlechtlichen Elternteil sich allmählich auf Personen ausserhalb der Familie richtete.<sup>275</sup> Ziel der ‚normalen‘ Sexualentwicklung sei der genitale Sex zwischen heterosexuellen Erwachsenen mit Fokus auf das männliche Eindringen und die ‚Entladung der Geschlechtsprodukte‘.<sup>276</sup> Die psychoanalytische Theorie der Sexualentwicklung prägte die Vorstellung der sexuellen Entwicklung des Kindes zum Mann oder zur Frau sowie die grundlegenden Vorstellungen von Mann und Frau und deren Beziehungen im 20. Jahrhundert tiefgreifend. Ausgangspunkt war der Penis als ‚Normalfall‘. Dem Mann als ‚Phallusträger‘ wurde dabei die Frau als ‚phallusloser Nicht-Mann‘ gegenübergestellt. Weiblichkeit „emerges when annihilation of masculinity takes place by means of castration“.<sup>277</sup> Die Mutter, das heisst die Frau, figurierte in diesem Modell als ‚kastrierter Mann‘. Mit dem Konzept der ‚Kastration‘, beziehungsweise ‚Kastrationsangst‘ und ‚Penisneid‘ wurde das soziale, hierarchisch organisierte relationale Geschlechterverhältnis, wie es sich im Bürgertum des 19. Jahrhunderts durchsetzte, sowie die individuelle Sexualentwicklung theoretisch gefasst und verabsolutiert. Lacan übertrug später den die väterliche Macht repräsentierenden Phallus verallgemeinernd auf die Gesellschaft und setzte die Macht des Vaters mit den Gesetzen der Gesellschaft gleich, deren Durchsetzung unter Androhung der (symbolischen) Kastration erfolge.<sup>278</sup> In der semiotischen Gegenüberstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit sei Männlichkeit der nicht markierte Begriff, der Ort symbolischer Autorität. Der Phallus bilde den massgeblichen Signifikanten. Weiblichkeit hingegen werde symbolisch durch Mangel definiert, sie sei ‚defizitär‘.<sup>279</sup>

Der Phallus wurde im 20. Jahrhundert zum Symbol der patriarchalen Gesellschafts- und Geschlechterordnung, wie sie sich in der westlichen Welt seit der Aufklärung ausgebildet hatte. Er durchdringt als zentrale Metapher Kultur und Gesellschaft. Phallus und Kastration erlaubten es dabei, Machtverhältnisse symbolisch darzustellen.<sup>280</sup> Der psychoanalytischen

---

275 Bei dem Kastrationskomplex geht es auch um die Verhütung autoerotischer Handlungen, vor allem jedoch steht dieser in Zusammenhang mit der Geschlechter-Differenz. Vgl. Green, Andre: Der Kastrationskomplex. Tübingen 1996.

276 Dannecker, Martin: Männliche und weibliche Sexualität. 80–94. In: Ilka Quindeau / Volkmar Sigusch (Hg.): Freud und das Sexuelle. Neue psychoanalytische und sexualwissenschaftliche Perspektiven. Frankfurt a/M 2005. 87.

277 Monick, Castration, 10.

278 Lacan, Jacques: Über die Bedeutung des Phallus, (1958). 121–132. In: Schriften II. 3. Auflage. Berlin/Weinheim 1991. 121–132. Nasio, 7 Hauptbegriffe, 21–28.

279 Connell, Der gemachte Mann, 91.

280 Butler, Judith: Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt a/M 2001. Bischoff, Doerte: Logozentrismus/Phallozentrismus. 242–243. In: Renate Kroll, Metzler Lexikon Gender Studies / Geschlechterforschung. Ansätze – Personen – Grundbegriffe. Stuttgart 2002. 242–243.

Theorie der sexuellen Entwicklung liegt die Vorstellung einer dem Menschen aller Zeiten und Kulturen inhärenten Entwicklung zugrunde; sie suggeriert eine immerwährende ‚conditio humana‘, in der dem Phallus zentrale Bedeutung zukommt. „To remove, damage or insult phallos is to remove, damage or insult a man’s deepest sense of himself as a male person. This is castration, understood psychologically. Testes and phallos together comprise the masculine gender System... (…),“ die Kastration als Metapher „refers to a man’s deepest fear that his manhood might be lost or seriously compromised“.<sup>281</sup> Die Kastration symbolisierte Machtverlust, beziehungsweise Machtlosigkeit und repräsentierte die Stellung der Frau in der Gesellschaft. Die Symbolik der Kastration griff in den 1970er Jahren auch German Greer auf. Sie bezog sie jedoch auf die Frau, um ihre sexuelle Emanzipation einzufordern und die durch Erziehung verursachte ‚Kastration‘ weiblicher Abhängigkeit und Unterwerfung unter den Mann zu beenden.<sup>282</sup> Auch bei ihr symbolisiert Kastration Unterwerfung, Abhängigkeit und Schwäche. Nicht aber weil die Frau ‚mangelhaft‘, ohne Penis geboren werde, sondern weil sie sich selbst kastriere und sich dem patriarchalen System unterwerfe und unterworfen werde. Einer ‚richtigen‘ Kastration unterworfen wurden hingegen die Sexualstraftäter.

## **2.8 Die ‚sociale‘ Kastration zur Regulierung von Reproduktion und Begehren**

„Obwohl es sehr nahe lag, die Entmannung auch gegen Sexualpathologien anzuwenden, so ist davon doch im Altertum und Mittelalter kaum die Rede“; erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts habe man, „zuerst in Nordamerika und in der Schweiz und dann in anderen Ländern angefangen, exzessiven Masturbanten, Homosexuellen, Notzuchtverbrechern und Exhibitionisten durch doppelseitige Vasektomie oder durch Kastration zu helfen“, hielt Browe in seiner Studie fest.<sup>283</sup> Mit der Isolierung des Geschlechtstribs, der Ausdifferenzierung verschiedener Abweichungen nach dem Grad seiner quantitativen Veränderungen und seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen sowie schliesslich der Stilisierung dieser Abweichungen als krankhaft liess die Medizin im 19. Jahrhundert immer engere Kreise um das Sexuelle schliessen. Mit der wissenschaftlichen ‚Aufwertung‘ der männlichen Keimdrüse war auch die Kastration beim Mann als therapeutischer Eingriff in den medizinischen Fokus gerückt. Davon ausgehend, dass der Geschlechtstrieb reduziert werde, wurde sie als Therapie angewandt: „Wiederholt haben Personen, die unter einer abnormen Stärke oder einer ihnen nicht genehmen Richtung des Geschlechtstriebes litten, Ärzte veranlasst, die

---

<http://infowars.wordpress.com/2007/06/19/werbung---wie-manner-kastriert-werden/> (15.08.2013). Hier wird in einer Autowerbung die Kastration verwendet, um den ‚Verlust‘ von Männlichkeit und die Herrschaft der Frauen zu beschreiben. <http://news.de.msn.com/politik/politik.aspx?cp-documentid=154749974> (15.08.2013).

<http://de.danielpipes.org/4130/vorhersage-von-mark-steyn-europa-ist-am-ende> (15.08.2013) oder

<http://www.blick.ch/people/schweiz/hausi-leutenegger-eva-mendes-hat-ja-so-recht-158377> (15.08.2013).

281 Monick, Castration, 10.

282 Vgl. Greer, Germaine: The female Eunuch. London 1993.

283 Browe, Geschichte der Entmannung, 59.

Kastration an ihnen vorzunehmen“.<sup>284</sup> Voraussetzung war die Annahme, dass das ‚Begehren‘, der Geschlechtstrieb in den Testikeln lokalisiert sei. ‚Abweichendes‘ Sexualverhalten mit seinen vermeintlich physiologischen und psychischen Folgen sowie eine morbide Phantasie wurden zur Legitimation für den sexualmedizinischen Interventionsbedarf beim Mann.<sup>285</sup>

Es sind ‚normalisierende‘ Therapien, die sich des Begehrens und eugenische Technologien, die sich der Reproduktion annehmen. Die Medizin der Persionen und die Programme der Eugenik bilden innerhalb der Technologie des Sexes die beiden grossen Neuerungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.<sup>286</sup> Die Verknüpfung Persion/Entartung bildeten die Grundlage für die Legitimation der chirurgischen Regulierung von Sexualität und Reproduktion sowie die Bruchstelle im Umgang mit abweichender Sexualität. „Die Schweiz gehört zu den ersten Staaten, die die Kastration in den Dienst der Verbrecherbekämpfung stellten. Dies geschah allerdings nicht durch eine gesetzliche Regelung im eigentlichen Sinne, sondern lediglich durch die Sanktionierung dieser Massnahme durch den Staat“ hielt der Jurist Rossetti 1943 in seiner Dissertation fest.<sup>287</sup> Erste derartige ‚staatlich‘ sanktionierte Eingriffe wurden in Europa im kantonalen Asyl Wil durchgeführt. Ihre Publikation dynamisierte die bisher eher theoretisch geführten Diskussionen eugenischer Massnahmen und diente ihren Befürwortern zugleich als Legitimation für die Anwendung dieser Eingriffe.

---

284 Hirschfeld, Kastratenstudien, 88.

285 Maasen, Genealogie der Unmoral, 404.

286 Foucault, Der Wille zum Wissen, 142.

287 Rossetti, Oscar: Die strafrechtliche Bekämpfung des Exhibitionismus in der Schweiz. Affoltern um Albis 1943. 77.



## 3 Der Entstehungskontext der kriminalpräventiven Kastration

### 3.1 Die vier Fälle von Wil

Im 16. Jahresbericht des kantonalen Asyls Wil<sup>288</sup> von 1907 findet sich unter der Rubrik „Die Grundsätze der Krankenbehandlung“ folgende Mitteilung: „4 Pflinglinge wurden nach reiflicher Ueberlegung kastriert. [...] Es versteht sich von selbst, dass diese Mittel nur als Ultimum Refugium, nachdem alle übrigen Behandlungsmethoden sich als erfolglos erwiesen haben, nach reiflichster und gründlichster Beurteilung und im Einverständnis mit den Kranken, ihren Angehörigen und den Behörden angewendet werden darf.“ Da die vier Zöglinge entlassen werden konnten, „...muss diese Operation als eine segensreiche bezeichnet werden.“<sup>289</sup>

Bei den vier Betroffenen handelte es sich um zwei Frauen und zwei Männer, die wegen ihres als ‚gefährlich‘ geltenden Sexualverhaltens im psychiatrischen Asyl Wil verwahrt worden waren. Die erste Patientin war eine 25-jährige Frau. Sie leide an „Epilepsie mit zeitweise heftigen Tobsuchtsanfällen; dazu zeige sie in ausgesprochener Weise ‚Nymphomanie‘ und habe sich schon zweimal schwängern lassen.“<sup>290</sup> Als „Nymphomanie“ hatte der Psychiater Eugen Bleuler einen „übertriebenen Geschlechtstrieb, der unter Umständen sich bis zur vollen Unbeherrschbarkeit“ führe, beschrieben.<sup>291</sup> Das Denken und das Verlangen „dieser Menschen“ sei nur auf die Sexualsphäre gerichtet „und da ihr Fleisch schwach ist, kommen sie, unterstützt durch ihre Phantasie, zu den grössten Perversitäten geschlechtlichen Handelns.“<sup>292</sup> Mit ‚Menschen‘ waren in diesem Falle Frauen gemeint. Bei ihnen war zu befürchten, dass gemäss Psychiater ihr „übermässiges Verlangen nach Geschlechtsverkehr“ zur Prostitution und zu unerwünschten Schwangerschaften führe. Die wegen „Nymphomanie“ in Wil versorgte Frau hatte bereits zwei Kinder, die nicht nur unehelich, sondern auch „blödsinnig“ waren und auf Kosten der Heimatgemeinde im Armenhaus versorgt werden mussten. Die Patientin, eine „körperlich kräftige“ und arbeitsfähige Frau, habe nun schon seit längerem ihre Entlassung gefordert mit der Begründung, sie könne „ihr Brot selbst verdienen“. Wegen ihrer „Nymphomanie“ und der damit verbundenen „Gefahr“ erneuter Schwangerschaften sei aber eine peinlich genaue Überwachung notwendig, die ausserhalb der Anstaltsmauern kaum zu gewährleisten sei. Um der Patientin dennoch die Entlassung zu ermöglichen, sei ihr nun die Kastration vorgeschlagen worden. Problemlos habe sie in den Eingriff eingewilligt, ist im Jahresbericht festgehalten. Der Eingriff wurde

---

288 Das Asyl Wil war 1892 eröffnet worden. <http://www.psychiatrie-nord.sg.ch/home/standorte/wil.html> (14.06.1913).

289 16. Jahresbericht des Kantonalen Asyls Wil für das Jahr 1907. St. Gallen 1908. 17.

290 Jahresbericht Wil, 1907, 16.

291 Bleuler, Eugen: Lehrbuch der Psychiatrie. 5. Auflage. Berlin 1916. 415. Auch Wyrsch, Jakob: Gerichtliche Psychiatrie. Ein Lehrbuch für Juristen und Mediziner. 2. ergänzte Auflage Bern 1955. 205.

292 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 90.

ausgeführt, die Patientin erholte sich rasch und konnte entlassen werden, sie verdiene ihr Brot nun schon seit einem halben Jahr wieder selbst.

Ähnlich zeigte sich der zweite Fall einer ebenfalls ledigen Frau, die mit ihren unehelichen Kindern ihrer Heimatgemeinde finanziell ‚zur Last‘ fiel. Sie leide an „angeborenem Schwachsinn mit zeitweisen Aufregungszuständen“ und einem ausgesprochen „starken Sexualtrieb“, lautete die Diagnose der Psychiater, ansonsten sei sie eine gute Arbeiterin. Sie befand sich nun schon seit drei Jahren im Asyl und forderte „ihr Brod selbst zu verdienen.“<sup>293</sup> Die Gemeinde konnte sich jedoch wegen der drohenden Gefahr weiterer Schwangerschaften nicht entschliessen, eine Entlassung zu befürworten. Auch dieser Patientin wurde eine Kastration vorgeschlagen, in die sie einwilligte. Nach den Eingriffen wurden die Ovarien der beiden Frauen untersucht und bis auf „kleincystische Degenerationen“ als ‚normal‘ befunden.

Beim ersten der beiden Patienten handelte es sich um einen 31-jährigen, körperlich gut gebauten Mann, der jedoch gemäss Jahresbericht schon seit seiner Jugend ‚psychische Abnormitäten‘ wie ‚Tierquälerei‘, ‚Lügen‘ und ‚ruchlose Streiche‘ gegenüber Erwachsenen zeigte. „Im Pubertätsalter entwickelte sich sein Sexualtrieb zu krankhafter Intensität, zur wahren Satyriasis“, einem „krankhaft gesteigerten männlichen Sexualtrieb“ ist im Jahresbericht zu lesen.<sup>294</sup> Der Patient habe zudem einen Hang zum Alkoholmissbrauch, er sei an „Säuferwahnsinn“ erkrankt und habe in alkoholisiertem Zustand zahlreiche kriminelle Delikte begangen. Wegen Amtsanmassung, Ungehorsam, Fälschung, Betrug, Unterschlagung und Diebstahl sei er bereits zu mehreren Freiheitsstrafen verurteilt worden – später sei er dann wegen „grober unsittlicher Handlungen mit Minderjährigen“ zur Beobachtung und Begutachtung in das Asyl Wil eingewiesen worden. Anhand ihrer Beobachtungen kamen die Psychiater zum Schluss, dass er an einer „psychischen Degeneration leidet, besonders auf dem Gebiet des Trieblebens“ mit einer Verschlimmerung durch Alkoholmissbrauch. Obwohl die Folgen des Alkoholmissbrauchs während der Internierung allmählich verschwanden, machte sich die „Satyriasis“ offenbar weiterhin stark bemerkbar, sodass der „Patient zuletzt, als alle angewandten Mittel sich erfolglos erwiesen hatten, dringend die Kastration verlangte“. Diese wurde angesichts der völligen Aussichtslosigkeit des Zustandes auf Besserung mit der Zustimmung seiner Eltern und der zuständigen Behörden ausgeführt. „Da diese Operation auf den Sexualtrieb einen günstigen Einfluss ausübte, wurde Patient im Frühling dieses Jahres auf Wohlverhalten hin beurlaubt.“ Er machte sich zwar bald wieder eines Diebstahls schuldig, aber auf

---

293 Wieso die beiden Frauen in der psychiatrischen Anstalt verwahrt worden waren, wird im Jahresbericht nicht erwähnt. Wie aber in späteren Publikationen deutlich wird, diente diese Massnahme zur Kontrolle und Überwachung ihrer als unkontrollierbar geltenden ‚Geschlechtstriebe‘. Oberholzer, Emil: Kastration und Sterilisation von Geisteskranken in der Schweiz. Halle a/S 1911. 41–44, 79–82, 83–90, 90–100.

294 Jahresbericht Wil, 1907, 17.

‚sexuellem Gebiet‘, auf welchem seine hauptsächliche ‚Gemeingefährlichkeit‘ bestand, liess er sich nichts mehr zu Schulden kommen, war im Jahresbericht zu lesen.<sup>295</sup>

Der vierte und letzte Fall betraf einen 32-jährigen, ‚geistig sehr regsamen‘ und ‚gut begabten‘ homosexuellen Mann. Sein „Sexualtrieb erwies sich schon früh als übermächtig und führte zu unsittlichen Handlungen mit minderjährigen Personen des gleichen Geschlechts“. Er wurde auf die Delikte bezogen als ‚unzurechnungsfähig‘ diagnostiziert und verwahrt, und nach einem vierjährigen Aufenthalt in ‚gebessertem Zustand‘ entlassen. Nach anderthalb Jahren Deliktfreiheit wurde er dann offenbar wieder rückfällig, er verbüsste eine Gefängnisstrafe, wurde nach der Entlassung aber bald schon wieder straffällig und erneut in die psychiatrische Anstalt interniert. „Ins Asyl zurückversetzt verlangte Patient nach reiflicher Ueberlegung ganz energisch die Kastration mit der Drohung, sie an sich selbst auszuführen, wenn seinem Verlangen nicht entsprochen werde.“ Nach ‚objektiver‘ Beurteilung sei dies das einzige Mittel, das Aussicht auf Erfolg versprach und so wurde die Kastration ausgeführt. „...vom Moment der Operation gab der Patient an, frei von seinem Trieb zu sein. [...] Wenn sich unsere Hoffnung erfüllt, dass sein Zustand auch in Zukunft so bleibt, so muss diese Operation als eine der segensreichsten erklärt werden.“<sup>296</sup>

Es sind dies die ersten publizierten Fälle in Europa, in denen die Kastration als modern-chirurgischer Eingriff mit einer ‚socialen‘ Begründung psychiatrisch indiziert ausgeführt worden waren. Diesen vier Fällen kommt dabei wegweisende Bedeutung zu, sie markierten einen Bruch im Umgang mit Psychiatriepatienten und -patientinnen. Zum ersten Mal war die ‚alte‘ Technik der Kastration als modern-psychiatrische Massnahme bei Psychiatriepatienten und -patientinnen mit einer als ‚anormal‘ beurteilten Sexualität angewandt worden. Wie kam es zu diesem radikalen Bruch? Wieso griff die Psychiatrie bei ihren Patienten zu einer solch radikalen Massnahme wie der Kastration? Welches waren die Voraussetzungen und welches die Bedingungen, die die Kastration für sie als akzeptable Massnahme erscheinen liess? Und wieso wurde die für die psychiatrische Entwicklung ansonsten wenig bedeutende Anstalt Wil Wegbereiterin der ‚socialen‘ Kastrationen?

Dass es gerade die Anstalt Wil war, wo die ersten ‚socialen‘ Sexualeingriffe durchgeführt wurden, dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass der Verein Schweizerischer Irrenärzte<sup>297</sup> im Jahr zuvor dort seine 36. Jahresversammlung abgehalten hatte. Auf dieser Tagung hatten die Irrenärzte auf Antrag des Psychiaters Anton Good hin beschlossen, die Berechtigung der

---

295 Jahresbericht Wil, 1907, 17.

296 Jahresbericht Wil, 1907, 18.

297 ‚Irrenarzt‘ war die damals gebräuchliche Bezeichnung für Psychiater.

„socialen Indikation zur Sterilisierung Geisteskranker“ zu anerkennen.<sup>298</sup> Es war denn auch Anton Good, der diese ersten Kastrationen indizierte. Sein Ziel war es, die betroffenen Frauen unfruchtbar zu machen, um Nachkommenschaft zu verhindern und die Männer von weiteren Sexualdelikten abzuhalten. Damit konnten die Pfleglinge entlassen werden.<sup>299</sup> ‚Geisteskranke‘ von der Fortpflanzung auszuschliessen war eine eugenische Forderung, die vereinzelt schon Ende des 19. Jahrhunderts erhoben worden war.

Mit der Anerkennung der ‚socialen‘ Sexualeingriffe und der kurz darauf folgenden Kastrierung der vier ‚Pfleglinge‘ nahm die Schweiz in der Umsetzung eugenischer Massnahmen zusammen mit den USA eine Pionierrolle ein. Eugenik ist die ‚Wissenschaft von der Verbesserung der Erbanlage der Bevölkerung‘, auf die ich im nächsten Kapitel noch genauer eingehe. Dass die Schweizer Psychiatrie so kurz nach der psychiatrischen Anerkennung ‚socialer‘ Kastrationen solche bereits durchführte, ist dennoch erstaunlich. Die Vorstellung, ‚Verbrechen‘ und ‚Geisteskrankheiten‘, wenn sie auf einer erblichen Anlage beruhten, durch die operative Aufhebung der Zeugungsfähigkeit auszurotten, hatte bis dahin noch als „Möglichkeit einer noch fernen Zeit“ gegolten“ wie in einem Artikel der Münchener Medizinischen Wochenschrift zu lesen war.<sup>300</sup> So hatte der Deutsche Verein der Psychiatrie auf seinen Jahresversammlungen von 1904 und 1905 beschlossen, zuerst die wissenschaftlichen Grundlagen der Vererbung von Geisteskrankheiten genauer zu erforschen, bevor Massnahmen wie Eheverbote oder sterilisierende Eingriffe angewandt werden sollten. Da zudem die Beschädigung oder Entfernung gesunder Organe gemäss Strafrecht als strafbare Körperverletzung galt, war unklar, ob solche Eingriffe rechtlich überhaupt zulässig waren.<sup>301</sup> Trotz der wissenschaftlichen und rechtlichen Einwände hatten sich die Schweizer Psychiater – im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen – entschieden, mit der konkreten Umsetzung voranzugehen und aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen dann weitere Forderungen abzuleiten.<sup>302</sup>

Erstaunlich an diesen vier Fällen war auch, dass sie zuerst in einem Jahresbericht publiziert worden waren. Jahresberichte adressieren nicht ein Fachpublikum, sie richten sich

---

298 Protokoll der 36. Jahresversammlung des Vereins schweiz. Irrenärzte im kantonalen Asyl Wil. Pfingstmontag und Dienstag den 12. und 13. Juni 1905. 7–24. In: Verein Schweizerischer Irrenärzte (Hg.): Zur 37. Jahresversammlung, Genf 1906. 7–24.

299 Good, Anton: Ein psychiatrisches Postulat an das Schweizerische Strafgesetz. 257–280. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. 23. Jg., Basel 1910. 259–260.

300 „Tagesgeschichtliche Notizen“ 1461–1462. In: Münchener Medizinische Wochenschrift. Nr. 50, XLIV Jg., München 1897. 1461–1462.

301 Wilhelm, Eugen: Die Beseitigung der Zeugungsfähigkeit aus sozialen oder sozialpolitischen Gründen in rechtlicher Beziehung. In: Kriminalpsychologie. 9. Jg., Heidelberg 1912. 470–482. Wilhelm war der Auffassung, dass ein Eingriff auch mit der Einwilligung der Betroffenen strafbar war, wenn er keinem Heilzweck diene. Aus den bestehenden Gesetzen lasse sich nirgends herauslesen, dass der Staat Eingriffe oder Freiheitsentzug aus rassenhygienischen Gründen gutheisse.

302 Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 125.

normalerweise an die Geldgeber, Aufsichtsorgane und sonstige Interessierte. In ihrer Darstellung sind sie knapp und summarisch gehalten. Als Rechenschaftsberichte, die vor allem statistische und finanzielle Angaben sowie Angaben zu den Aktivitäten des vergangenen Jahres enthalten und kurz auf die Aussichten für das kommende Jahr eingehen, berichten sie manchmal auch über Aussergewöhnliches. Erstaunlich an diesem spezifischen Jahresbericht der Anstalt Wil war nicht nur die explizite Erwähnung und Hervorhebung der Kastrationen, die unter der Rubrik ‚Grundsätze der Krankenbehandlung‘ aufgeführt worden waren, sondern die ausführliche Darstellung dieser vier Fälle. Damit wurde der Bruch im Umgang mit Psychiatriepatienten und -patientinnen auch formal im Jahresbericht anhand der Darstellung markiert. Normalerweise erreicht ein Jahresbericht auch nur eine kleine Leserschaft. Der Kriminalist und Psychiater Paul Näcke (1851–1913),<sup>303</sup> dem dieser Jahresbericht zugänglich war, erachtete die vier Fälle jedoch als dermassen wichtig, dass er sie in einem wissenschaftlichen Beitrag in der Fachzeitschrift *Neurologisches Centralblatt* einem breiteren Fachpublikum bekannt machte.<sup>304</sup> Wie Näcke selbst auf den Jahresbericht aufmerksam geworden war, lässt sich aus den Quellen nicht erschliessen. Er war jedoch ein bekannter, forensisch tätiger Psychiater und Mitbegründer der Kriminalistik und in der Wissenschaftsgemeinde breit vernetzt, der sich bereits seit einigen Jahren mit dem Thema der ‚Degenerierten‘ beschäftigte. So könnte er den Bericht vom Direktor der Anstalt Wil erhalten haben. Jedenfalls wurde nach der Bekanntmachung der vier Fälle durch Näcke in vielen wissenschaftlichen Publikationen auf diese ersten ‚socialen Castrationen‘ an Psychiatriepatienten und -patientinnen Bezug genommen und auf sie verwiesen.<sup>305</sup> Bereits in der darauffolgenden Ausgabe des *Neurologischen Centralblattes* äusserte sich ein Dr. Otto Juliusburger (1867-1952) dazu. Er meinte, für jene, die sich explizit und öffentlich dafür einsetzten „unverbesserliche Elemente fortpflanzungsunfähig zu machen“ oder bei „Trinkern“ das Eingehen der Ehe an eine „kleine Operation“ wie die Vasektomie zu knüpfen, brauche es jetzt keine weiteren Begründungen mehr.<sup>306</sup> Die vier Fälle der Anstalt Wil galten den Befürwortern eugenischer Eingriffe als erfolgreiche Beispiele, sie kamen – metaphorisch gesprochen – einem Dammbruch gleich. In der nun entstehenden Debatte um die Berechtigung und konkrete Anwendung von ‚socialen‘ Kastrationen dienten sie als Vorbild. Durch ihr ständiges Zitieren entstand der Eindruck, dass eugenische Massnahmen weiter verbreitet waren, als dies tatsächlich der Fall war. Sie dienten in den

---

303 zu Näcke siehe Friedländer, Erich: Paul Naecke. 266–269. In Theodor Kirchhoff (Hg.): *Deutsche Irrenärzte. Einzelbilder ihres Lebens und Wirken*. Berlin 1924. 266–269.

304 Näcke, Paul: Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen auf europäischem Boden. 326–354. In: *Neurologisches Centralblatt*. 28. Jg. Nr. 10. Leipzig 1909. 326, 330.

305 In den Jahresberichten des Asyls Wil sind keine weiteren Fälle ‚socialer‘ Kastrationen mehr zu finden. Aus der Publikation von Oberholzer wird jedoch klar, dass weitere Kastrationen durchgeführt worden waren. Oberholzer, *Kastration und Sterilisation*, 32.

306 Juliusburger, Otto: Kurze Bemerkung zu Näckes Aufsatz: Die ersten Kastrationen aus sozialen Gründen auf europäischen Boden. 354–355. In: *Neurologisches Centralblatt*. Nr. 7, 28. Jg.. Leipzig 1909. 354–355.

nun folgenden Auseinandersetzungen um die Berechtigung dieser Eingriffe den Befürwortern als Beweis dafür. Die Anwendung der ‚socialen‘ Kastration legitimierte sich durch sich selbst.

Doch trotz der ‚irrenärztlichen‘ Anerkennung blieb sie rechtlich wie auch medizin-ethisch heikel und unsicher. Denn die Kastration galt allgemein als ‚massiver‘ Eingriff, sie wurde oft als ‚Verstümmelung‘ bezeichnet, sie qualifizierte rechtlich als schwere Körperverletzung, und medizinisch-ethisch war umstritten, ob die Entfernung gesunder Organe als ‚therapeutisch‘ bezeichnet werden konnte.<sup>307</sup> Die Unsicherheiten und Unbestimmtheiten dieser Praktik spiegelten sich unter anderem im legitimatorischen Aufwand, wie er sich auch bei den vier beschriebenen Fällen zeigte. Nicht nur wurde hervorgehoben, dass die Kastration erst nach ‚reiflicher Überlegung‘ und nur als ‚ultimum refugium‘ in Frage kommen könne. Auch hatte die Klinik bei allen involvierten Akteuren – das sind die Betroffenen selbst, deren Angehörige sowie die zuständigen Behörden und Gemeinden – die Einwilligung eingeholt. Im Bericht wurde die Kastration der vier Pfleglinge denn auch als den Interessen aller Akteure und Akteurinnen dienend beschrieben, als Erfolg, Gewinn und Nutzen sowohl für die Betroffenen selbst wie auch für die Gesellschaft.<sup>308</sup> Dabei wurde der individuelle Nutzen der Betroffenen als ebenso wichtig wie der gesellschaftliche Nutzen hervorgehoben. Dennoch blieben die rechtliche wie auch die medizinische Berechtigung und die damit zusammenhängende Frage nach dem therapeutischen Wert in den weiteren Diskussionen der Dreh- und Angelpunkt dieser Praktiken, ohne dass eine abschliessende Antwort gefunden werden konnte und kann. Denn in ihrem Kern ging es bei dieser Praxis um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, beziehungsweise um das in der Moderne angelegte Paradox von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Sicherheit. Mit den als ‚social‘ indizierten Kastrationen wurden das Recht, beziehungsweise die Pflicht der Individuen, sich fortzupflanzen, und die staatlich garantierte körperliche Integrität aufgehoben und dem Schutz der Gesellschaft untergeordnet. Das Ziel der Eingriffe war die Transformation der ‚sexuell gemeingefährlichen‘ Psychiatriepatienten und -patientinnen in ‚harmlose‘ Menschen und ihre Reintegration als ‚nützliche‘ Mitglieder in die Gesellschaft.<sup>309</sup> Mit dem Versprechen auf Entlassung wurde der Eingriff für die Betroffenen, und mit dem Versprechen, die Finanzen zu schonen, auch für die involvierten Behörden akzeptabel gemacht. Bei den vier ‚Pfleglingen‘ schien die Kastration

---

307 Rieger, Verlust der Hoden., 262–263. Auch: „Ist ein chirurgischer Eingriff gestattet, welcher nicht den Zweck hat, eine Krankheit zu Heilen?“ 1459–1460. In: Schweizerische Rundschau für Medizin. No. 40, 5. Jg.. Basel 1910. 1459–1460.

308 Die positiven Effekte für den Sexualstraftäter (und die Gesellschaft) seien nicht zu vernachlässigen, damit forderte 2009 der psychiatrische Forensiker Ralph Aschwanden die Kastration von Sexualdelinquenten als Option im Umgang mit psychotherapeutisch oder medikamentös nur ‚ungenügend‘ erreichbaren Sexualstraftätern zu anerkennen. Aschwanden, Kastration, 31.

309 Kraepelin, Emil; Die Abschaffung des Strafmasses. Ein Vorschlag zur Reform der heutigen Strafrechtspflege. Stuttgart 1880. 34.

denn auch zum gewünschten Ziel geführt zu haben, sie konnten entlassen werden und wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen.

In der Falldarstellung zeigen sich die vier Fälle sehr ähnlich. Alle vier galten wegen ihres ‚sexuell abweichenden Verhaltens‘ als ‚sozial gefährlich‘ und waren deswegen in der psychiatrischen Klinik interniert worden. Abgesehen davon galten sie als arbeitsfähig und wurden als fähig beurteilt, ihr Leben selbständig zu bestreiten. Ebenfalls hatten alle gemäss Jahresbericht den Wunsch geäussert, aus der Anstalt entlassen zu werden. Aus Sicht der Behörden und der Psychiatrie konnte dem jedoch nicht entsprochen werden. Denn die Internierung in die Klinik erschien als einzige sichere Möglichkeit, die ständige Überwachung und Kontrolle ihres Sexualverhaltens zu garantieren und damit weitere unerwünschte Folgen zu verhindern. Obwohl sie offenbar – wie hervorgehoben wurde – fähig waren, ihr Leben eigenständig zu führen, blieben sie interniert, weil eine Kontrolle ihres Sexualverhaltens anders nicht möglich zu sein schien. Die Internierung alleine gewährleistete eine durchgehende Kontrolle des ‚Geschlechtstriebes‘. Die Anstalt übernahm bei ihnen die Funktion einer ‚Aussen-‘, beziehungsweise ‚Fremd-Kontrolle‘ ihres Geschlechtstriebes, sie diente als Substitution für die bei ihnen als fehlend angenommene ‚Selbstkontrolle‘. Die Internierung war eine mehr oder weniger akzeptierte Praxis zur Wahrung der sittlichen Ordnung und Herstellung ‚normaler‘ Sexualität. Diese traditionelle Form der Kontrolle ‚unerwünschten Sexualverhaltens‘ wurde nun bei allen Vieren durch eine Kastration ersetzt. Danach konnten sie entlassen werden. Der Eingriff substituierte die institutionelle Kontrolle.

Das die Fälle verbindende Element war der Topos der ‚sexuellen Gefährlichkeit‘, der jedoch geschlechtsspezifisch unterschiedlich war. Die beiden unehelichen Mütter waren wegen Mittellosigkeit und ‚unsittlichem Lebenswandel‘ von den Vormundschaftsbehörden in die psychiatrische Klinik eingewiesen worden.<sup>310</sup> Im Zentrum der Argumentation standen bei ihnen ihre Reproduktionsfähigkeit und die Folgen ihres sexuellen Handelns sowie die daraus resultierenden Kosten für die Allgemeinheit.<sup>311</sup> Bei der mit ‚Epilepsie‘ diagnostizierten Frau was im Jahresbericht noch angefügt, dass die Kinder „ebenfalls epileptisch“ seien und „sich blödsinnig im Armenhause ihrer Heimatgemeinde“ befänden, damit wurde in einem Fall auch ein eugenisches Argument ins Feld geführt.<sup>312</sup> Ziel der Kastration war die Aufhebung der Fortpflanzungsfähigkeit, um weitere uneheliche und auch ‚kranke‘ Nachkommen zu verhindern, die auf Gemeindegeldern versorgt werden mussten. Die beiden Männer hingegen waren der psychiatrischen Anstalt in Zusammenhang mit Sexualdelikten durch die Justiz

---

310 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 41, 79.

311 Jahresbericht Wil 1907, 16.

312 Jahresbericht Wil 1907, 16.

zugewiesen worden.<sup>313</sup> Bei ihnen spielten die Fortpflanzungsfähigkeit und die finanziellen Aspekte in der Begründung der Eingriffe keine Rolle. Im Fokus standen ihr Begehren, beziehungsweise ihre verbotenen sexuellen Handlungen. Sie galten wegen ihres als ‚degeneriert‘ und ‚unkontrollierbar‘ qualifizierten Geschlechtstriebes als ‚gemeingefährlich‘.

Mit der Kastration bot sich eine sichere und günstige medizinisch-technische Lösung an, mit der es der Psychiatrie gelang, die Wünsche und Ziele aller involvierten Akteure in Übereinstimmung zu bringen und sich als erfolgreiche Problemlöserin zu positionieren. In der von ihr indizierten Technik der ‚socialen‘ Kastration verschränkten sich ‚Normalisierung‘ des Begehrens und eugenischer Ausschluss von der Reproduktion.

Ihren Anfang genommen hatten die ‚socialen‘ Kastrationen an der sozialen Peripherie der Gesellschaft, der psychiatrischen Anstalt. Von hier aus fanden sie ihren Niederschlag allmählich in weiteren Institutionen und breiteten sich von diesen in die ganze Gesellschaft aus.<sup>314</sup> Die Fälle von Wil lassen sich dabei als eine Art ‚soziales Experiment‘ verstehen, um die Reaktionen der Betroffenen, der involvierten Institutionen und Behörden und nicht zuletzt der Gesellschaft zu erproben. Auch wenn eugenische Zwecke bei der Begründung der ersten ‚socialen‘ Kastrationen praktisch keine Rolle spielten, bildete die Eugenik, auf die ich im folgenden Kapitel näher eingehe, den notwendigen Rahmen für die Umsetzung dieser Eingriffe.

### **3.2 Der Entstehungskontext: Eugenik**

„An die Kastration als Elimination Entarteter vom Zeugungsgeschäfte oder zur Bändigung wilder Triebe ist schon seit sehr langem von einzelnen gedacht worden“, schrieb der Psychiater Paul Näcke 1900.<sup>315</sup> Er hatte eine programmatische Schrift verfasst, in der er forderte, dass insbesondere in Anstalten internierte „Gewohnheitsverbrecher, Verbrecher aus impulsivem Triebe, verbrecherische Naturen und Sittlichkeitsverbrecher, die sich oft als geisteskrank oder psychopathisch erwiesen“, zu kastrieren seien. Die grösste Gruppe der zu Kastrierenden seien jedoch die „Imbecillen“ wegen ihres oft starken Geschlechtstriebes. Ebenso die Epileptiker und Geisteskranken sowie die unheilbaren Trinker, schwere Fälle von

---

313 Alkoholismus und Sexualdelikte waren typisch ‚männliche‘ Verhaltensweisen, beziehungsweise wurden vor allem bei Männern problematisiert. Vgl. Sarasin, Reizbare Maschine, 230.

314 Etwa in der Fürsorge vgl. Hauss et al, Eingriffe ins Leben, Zürich 2012. Wyss, Markus: Der Eugenikdiskurs in der Fürsorge und Bildung von Gehörlosen und Schwerhörigen in der Schweiz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Schweizer Gehörlosengeschichte. Zürich 2011. In der Heilpädagogik vgl. Wolfisberg, Carlos: Heilpädagogik und Eugenik. Zur Geschichte der Heilpädagogik in der deutschsprachigen Schweiz, 1800–1950. Zürich 2002.

315 Näcke, Die ersten Kastrationen 230. Näcke, Paul: Die Kastration bei gewissen Klassen von Degenerirten als ein wirksamer sozialer Schutz. 58–84. In: Archiv für Anthropologie und Kriminologie. 3. Bd., Heft 2 + 3. Leipzig 1900. 58.



Hysterie, Neurasthenie und Chorea.<sup>316</sup> Die sich „unkontrolliert vermehrenden“ „Degenerierten“ würden die Bevölkerung „schädigen“ und deren Gesundheit „verschlechtern“. Den bis dahin gängigen Mitteln der Geburtenkontrolle wie Eheverbot, Einsperrung oder mechanische Verhütung sprach er jeden Nutzen ab: Sie würden nicht zum gewünschten Ziel führen und seien teuer, Belehrung und „Appellation“ an den „guten Willen“ seien nutzlos. Enthaltensamkeit und Mässigkeit könnten vom „gemeinen Manne“, der nur seiner Lust folge, nicht erwartet werden. So bliebe einzig die Kastration, die einfach und billig, und die bei Männern durch eine Vasektomie zu ersetzen sei.<sup>317</sup> Bei den Frauen – führte Näcke weiter aus –, sei es etwas komplizierter, es sei noch nicht klar, inwieweit die von Kehrler entwickelte Tubenligatur (Sterilisation) wirke. Daraus folgerte Näcke, dass man „sich also bez. der Castration fast ausschliesslich an die Männer zu halten“ habe.<sup>318</sup> Dem Vorbehalt, dass die Kastration die Persönlichkeitsrechte tangiere, wie ihre Gegner monierten, begegnete Näcke mit dem Argument, sie sei ein weit geringerer Eingriff in die Freiheit und Rechte der Individuen als eine lebenslängliche Internierung. Zudem sei es die Aufgabe des Staates, prophylaktisch einzugreifen, dies tue er ja auch schon beim Impf- und Schulzwang. Er schlug vor, die geburtenverhütenden chirurgischen Eingriffe zuerst bei den in Anstalten Internierten anzuwenden, später müsse der Staat dann aber auch die „freien Elemente“ ins Auge fassen und eine entsprechende gesetzliche Grundlage schaffen.<sup>319</sup> Der Artikel war in der Fachzeitschrift „Archiv für Anthropologie und Kriminologie“ publiziert worden. Näckes Forderungen erschienen dem Herausgeber der Zeitschrift jedoch dermassen radikal, dass er sich veranlasst sah anzumerken: „Es ist kaum anzunehmen, dass der vorliegende Vorschlag des berühmten Psychiaters jemals irgendwo zur Durchführung gelangen wird.“<sup>320</sup> Aus den entschuldigenden Worten des Verlegers wird deutlich, dass eugenische Sexualeingriffe um 1900 bereits denkbar, jedoch noch nicht akzeptiert waren. Nur wenige Jahre später, 1909, konnte Näcke dann auf die Umsetzung seiner 1900 gestellten Forderungen verweisen, nämlich auf die vier Fälle von Wil. Die Berechtigung der Kastration bei „antisozialen Elementen“ sei damit aus dem Stadium theoretischer Erwägung in das Gebiet der Tat überführt worden, eugenisch indizierte Kastrationen seien als berechtigt anzusehen, war Näcke überzeugt.<sup>321</sup>

---

316 Näcke, Kastration bei gewissen Klassen, 74, 79–80.

317 Näcke, Kastration bei gewissen Klassen, 72–73.

318 Näcke, Kastration bei gewissen Klassen, 74, 77.

319 Näcke, Kastration bei gewissen Klassen, 80–81.

320 Juliusburger, Kurze Bemerkung zu Näckes Aufsatz, 355.

321 Näcke, Kastration bei gewissen Klassen, 58.

## Der gesellschaftliche Kontext um 1900

Die Eugenik lässt sich als wissenschaftlich-technologische Antwort auf den radikalen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse des ausgehenden 19. Jahrhunderts verstehen.<sup>322</sup> Der akzelerierte Wandel um die Jahrhundertwende wurde als Krise wahrgenommen. Es handelte sich jedoch weniger um eine einzige Krise, als um eine Vielfalt an Krisenerscheinungen. Eine der Krisenerscheinungen zeigte sich im Bereich der Wirtschaft beziehungsweise ihren Folgen. Der die Industrialisierung antreibende Manchesterliberalismus des 19. Jahrhunderts, den ihre Vertreter mit dem ‚freien Spiel der Kräfte‘ legitimierten, hatte eine verarmte und unter katastrophalen Bedingungen lebende Bevölkerungsschicht hervorgebracht. In Übertragung der Prinzipien der Evolutionstheorie auf die Gesellschaft und die Wirtschaft wurde davon ausgegangen, dass im ‚Kampf ums Dasein‘ das als ‚erblich minderwertig‘ angenommene ‚Proletariat‘ allmählich ‚eliminiert‘ und die Gesellschaft dadurch biologisch verbessert werde. Doch wurde das ‚Lumpenproletariat‘ durch das ‚freie Spiel der Kräfte‘ nicht wie erwartet ‚ausgetilgt‘. Im Gegenteil, kritisierten die Eugeniker, durch die wissenschaftlichen Fortschritte werde es am Leben erhalten und seine ‚unkontrollierte‘ Reproduktion ermöglicht, während gleichzeitig bei den ‚erblich Hochwertigen‘ ein Geburtenrückgang festzustellen war. Als sich die wirtschaftliche Krise um 1900 in Form ökonomischer Instabilitäten und wachsenden sozialen Spannungen zuspitzte, war das sozialdarwinistisch legitimierte wirtschaftliche Prinzip des ‚laissez-faire‘ nicht mehr haltbar.<sup>323</sup> Es hatte nicht zum gewünschten Ziel geführt. Vielmehr hatte nach Ansicht der Eugeniker das Prinzip des ‚laissez-faire‘ die Selektionsthese des Darwinismus in ihr Gegenteil verkehrt.<sup>324</sup>

Die Krise um 1900 war aber nicht nur eine Krise des wirtschaftlichen Liberalismus, sie war auch eine Krise des politischen Liberalismus und des Bürgertums, genauer, des bürgerlichen Mannes.<sup>325</sup> Im 19. Jahrhundert waren mit dem Liberalismus und seinem Ideal eines Individuums, dem ein Höchstmass an Selbstverantwortung und Freiheit zukommen soll, vor allem die Freiheitsrechte für das Bürgertum ausgedehnt worden. Verschiedene Kräfte wie Gewerkschaften, Sozialdemokraten oder Frauenbewegungen, die sich im 19. Jahrhundert geformt hatten, hatten Ende des Jahrhunderts begonnen, ihre bürgerlich garantierten Rechte ebenfalls einzufordern. Es waren Forderungen, die von den bürgerlichen Männern als Bedrohung der bürgerlichen Ordnung wahrgenommen worden waren.<sup>326</sup> Das bürgerliche

---

322 Weingart et al., Rasse, Blut und Gene, 50–58.

323 Kühl, Die Internationale der Rassisten, 20.

324 Weingart et al., Rasse, Blut und Gene, 129–137. Kühl, Die Internationale der Rassisten, 21.

325 Zur Krise des Bürgertum vgl. Mommsen, Hans: Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. 288–315. In: Jürgen Kocka (Hg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987. Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. 2. Band: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 3. Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1918. München 1995.

326 Bublitz, Diskursanalyse, 39. Roelcke, Krankheit und Kulturkritik, 125–127.

Individuum und sein Selbstverständnis, wie es sich im 19. Jahrhundert herausgebildet und konstituiert hatte, wurde Ende des Jahrhunderts von seinen eigenen Ideen und Idealen bedrängt und überrollt. Mit der ‚Krisenanrufung‘ des bürgerlichen Mannes um 1900, die auch durch die ‚Essenz‘ bürgerlicher Männlichkeit – die rationale Selbstbeherrschung – ausgelöst worden war, war nicht die ‚gescheiterte‘ Männlichkeit wiederherzustellen. In Stellung gebracht wurde eine neue (veränderte) normative Männlichkeit.<sup>327</sup>

Die Erschütterungen um 1900 – nicht nur der bürgerlichen Männlichkeit – lassen sich als ‚Kultur- und Orientierungskrise‘ eines vermeintlich stabilen Systems verstehen. Sie lässt sich als eine Krise beschreiben, die sich im ‚Innen‘ des Modernisierungsprozesses angebahnt hatte und sich nun um 1900 in Diskursen über Dekadenz, Kulturverfall, Niedergang der Zivilisation und ähnlichen Bedrohungsszenarien äusserte, die die bürgerliche Ordnung zu destabilisieren schienen.<sup>328</sup> Die herkömmlichen, vermeintlich stabilen Werte, Normen und Orientierungsmuster waren obsolet geworden, neue Werte und Orientierungen hatten sich noch nicht herauskristallisiert und etabliert. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe waren durch die Pole Optimismus und Fortschrittsglaube auf der einen Seite und Kulturkritik und Angst vor dem Zerfall der gesellschaftlichen und der sittlichen Ordnung auf der anderen strukturiert. Es waren Kämpfe um Macht und Einflussnahme, und um die Durchsetzung neuer Normen und Leitbilder, die an Phänomenen wie Geschlechtskrankheiten<sup>329</sup>, Alkoholismus, Abtreibung<sup>330</sup>, Prostitution<sup>331</sup>, Ehe<sup>332</sup> und Homosexualität,<sup>333</sup> aber auch in Debatten um die Frage von Nationalität entbrannten. Die verschiedenen, jeweils eigenständigen Diskurse überschnitten, verstärkten oder opponierten sich gegenseitig in vielfältiger Weise, ihr verbindendes Element war Sexualität. Denn über Sexualität, die die Aspekte Geschlecht, Begehren und Reproduktion sowie ihre Regulierung beinhaltete, funktionierte die Disziplinierung des Individuums wie auch die Regulierung der Bevölkerung.

---

327 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 86. Opitz-Belakhal, Krise der Männlichkeit, 31–51. Völkel, Krisenmanagement, 31–65.

328 Die Krise Ende des 19. Jahrhunderts als Orientierungskrise fiel mit den Anfängen des schweizerischen Sozialstaates zusammen. Vgl. Siegenthaler, Hansjörg: Fridolin Schuler und die Anfänge des modernen Wohlfahrtsstaates. 9–33. In: Hansjörg Siegenthaler (Hg.): Wissenschaft und Wohlfahrt. Moderne Wissenschaft und ihre Träger in der Formation des schweizerischen Wohlfahrtsstaates während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zürich 1997. 9–33.

329 Vgl. Puenzieux, Dominique / Ruckstuhl, Brigitte: Medizin, Moral und Sexualität. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Syphilis und Gonorrhöe in Zürich 1870–1920. Zürich 1994. Ziegler, Beatrice: Arbeit – Körper – Öffentlichkeit. Berner und Bieler Frauen zwischen Diskurs und Alltag (1919–1945). Zürich 2007. 264–298.

330 Vgl. Rey, Anne-Marie: Die Erzeugelmacherin. Das 30-jährige Ringen um die Fristenregelung. Memoiren. Zürich 2000.

331 Ziegler, Arbeit – Körper – Öffentlichkeit, 234–264.

332 Vgl. Putz, Christa: Verordnete Lust. Sexualmedizin, Psychoanalyse und die „Krise der Ehe“, 1870–1930. Bielefeld 2011.

333 Vgl. Eder, Franz: Homosexualitäten. Diskurse und Lebenswelten 1870–1970. Enzyklopädie des Wiener Wissens. Bd. 12. Weitra 2011.

Formiert hatte sich das Feld der Bevölkerungspolitik bereits Mitte des 18. Jahrhunderts. In diesem wurde die Bevölkerung als ökonomische Ressource begriffen und zum Wissensobjekt transformiert. Die gewonnenen Erkenntnisse begründeten dann staatliche Eingriffe. Der anfänglich dominierenden Vorstellung, dass eine wachsende Bevölkerung automatisch die Vermehrung des staatlichen Wohlstandes bedeute, hatte der Ökonom Robert Malthus (1766–1834) Ende des 18. Jahrhunderts widersprochen. Vielmehr wachse die Bevölkerung exponentiell, die Nahrungsmittelproduktion jedoch nur linear, was zu Hungersnöten und gesellschaftlichen Unruhen führe, war er überzeugt.<sup>334</sup> Das ‚malthusianische‘ Prinzip des ungleichen Wachstums hatte Darwin später in die Evolutionstheorie integriert und mit dem evolutionsbiologischen Prinzip des ‚survival of the fittest‘ verknüpft.<sup>335</sup> Diese Prinzipien waren von den sogenannten Sozialdarwinisten auf die Gesellschaft übertragen worden. Sie gingen davon aus, dass sich die Bevölkerung gemäss den verfügbaren Nahrungsmitteln selbst reguliere, und sich im ‚freien Spiel der Kräfte‘ die ‚Besten‘ durchsetzen und fortpflanzten, was jedoch nicht geschah. Als sich dann um die Jahrhundertwende die Eugeniker in das Feld der Bevölkerungspolitik einordneten, kritisierten sie den ‚Malthusianismus‘ und forderten eine differenzierte Reproduktionspolitik.<sup>336</sup> Denn das ‚Naturprinzip‘ der ‚Selektion der Besten‘ sahen sie durch die sozialen und technischen Fortschritte in ihr Gegenteil verkehrt. Sie wünschten, die Reproduktion nach qualitativen Merkmalen zu organisieren, und behaupteten, dass sie über das für die Selektion notwendige Wissen verfügten. Die Frage der differentiellen Reproduktion verknüpften sie mit Sexualreformen. Davon ausgehend, dass dem Menschen das Recht auf ‚Sex‘ zustehe, forderten sie die Trennung von Begehren und Reproduktion und verwurfen die bis dahin gültige Koppelung von Begehren, Reproduktion und Ehe, wie sie im 19. Jahrhundert als selbstverständlich angenommen und als Norm vorausgesetzt wurde. Nach Ansicht der Eugeniker sollte allen Individuen ein Recht auf sexuelle Betätigung zugestanden werden, fortpflanzen dürfen sich aber nur noch die ‚erblich Hochwertigen‘.<sup>337</sup>

Die Eugeniker mischten sich in die sozialen und politischen Kämpfe um Kontrolle, Disziplinierung und Regulierung von Sexualität und Fortpflanzung ein, bei denen es auch um die Neugestaltung der Beziehung von Moral, Lust und Reproduktion ging. Mit den Auseinandersetzungen um Sexualität, die als Knotenpunkt zwischen Individuum und Gesellschaft funktioniert, wurde auch das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft problematisiert und neu gestaltet, dabei wurden die Individuen in neuer Art und Weise

---

334 Malthus' Formel behauptete, die Bevölkerung wachse exponentiell, die Nahrungsmittelproduktion jedoch nur linear. Damit komme es zu einer Verknappung der Nahrungsmittel. Vgl. Malthus, Thomas Robert: *An essay on the principle of population. And a summary view of the principle of Population*. London 1788.

335 Vgl. Darwin, Charles: *Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl*. Nachwort von Gerhard Heberer. Stuttgart 2007.

336 Weingart et al, *Rasse, Blut und Gene*, 17, 33, 39–40.

337 Forel, August: *Malthusianismus oder Eugenik?* München 1911. 8.

regulativen Zugriffen zugänglich gemacht. Verknüpft war die Regulierung der Sexualität mit Fragen zu (Geschlechts-)Identität, Gesellschaft und Nation.<sup>338</sup> Im Spannungsfeld moralischer Anforderungen, staatspolitischer Notwendigkeiten und Zwecke, professioneller Interessen und individueller Bedürfnisse bildeten die verschiedenen Phänomene dieses Feldes – Geschlechtskrankheiten, Ehe, Abtreibung, Homosexualität, Prostitution – gesundheitspolitische, moralische, wirtschaftliche und juristische Konfliktpotenziale. Als wissenschaftliche Akteure positionierten sich auch Mediziner und Psychiater als Experten in diesem Feld. Ihnen kam bei der Problematisierung eine zentrale Position zu, zugleich vermochten sie auch ihre spezifischen Lösungen einzubringen und durchzusetzen.<sup>339</sup> Sie definierten die gesellschaftlichen Umbrüche und ihre Veränderungen als in ihrem Kern ‚medizinische‘ Probleme, die entsprechende ‚medizinische‘ Antworten erforderten. Die Leitlinie ihres Handelns bildete das Konzept ‚Gesundheit‘ – Gesundheit sowohl des Individuums wie der gesamten Bevölkerung. Gesundheitliche Normen, wie sie im 19. Jahrhundert zuerst das Bürgertum befolgte, wurden nun – mit Hilfe des Staates – auf alle gesellschaftlichen Gruppierungen ausgeweitet. Gefordert wurde von allen Bürgern und Bürgerinnen ein ähnlicher – nämlich ein ‚gesunder‘, das heisst ein ‚ordentlicher‘, ‚selbstdisziplinierter‘, ‚selbstkontrollierter‘ und ‚vernünftiger‘ Lebensstil.<sup>340</sup> Die Durchsetzung von Gesundheitsregeln diente der Disziplinierung der ‚unteren‘ Bevölkerungsschichten, zugleich entwickelte sich eine ‚gesunde‘ Lebensführung zum zentralen Instrument der gesellschaftlichen Integration.<sup>341</sup> Die Herstellung und der Erhalt der Gesundheit dienten der Steigerung der Arbeitskraft, die bereits im 19. Jahrhundert ins Zentrum staatlichen und individuellen Handelns gerückt war.<sup>342</sup>

Über die eigene Gesundheit, die ihm als Massstab diente, grenzte sich das Bürgertum von jenen ab, die als ‚ungesund‘, ‚unrein‘ und ‚unkontrolliert‘ galten. Denn das ‚positive‘, ‚gesunde‘ und ‚reine Eigene‘, das sich weder genau bestimmen noch fixieren liess, funktionierte durch Ausschlussverfahren über das ‚Andere‘, das ‚Kranke‘, das ‚Fremde‘, das ‚Anormale‘ und dessen Ausgrenzung.<sup>343</sup> Eine Strategie in der Bewältigung von Devianz

---

338 Wecker, Eugenik – individueller Ausschluss und nationaler Konsens, 165–179. Wecker, Frauenkörper, Volkskörper, Staatskörper, 209–226. Mottier, Veronique: Narratives of National Identity, Sexuality, Race and the Swiss „Dream of Order“. 533–558. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie. Bd. 26. Zürich 2000. 533–558.

339 Siegenthaler, Fridolin Schuler und die Anfänge des modernen Sozialstaates, 15. Auch Göckenjan, Gerd: Kurieren und Staat machen. Gesundheit und Medizin in der bürgerlichen Welt. Frankfurt a/M 1985.

340 Göckenjan, Kurieren und Staat machen, 12.

341 Frevert, Ute: Akademische Medizin und soziale Unterschichten im 19. Jahrhundert: Professionsinteressen – Zivilisationsmission – Sozialpolitik. 41–59. In: R. Wittern (Hg.): Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, Nr. 4. Stuttgart 1985. 41–59.

342 Siegenthaler, Fridolin Schuler, 17.

343 Auch Bugmann, Mirjam / Sarasin, Philipp: Forel mit Foucault. Rassismus als „Zäsur“ im Diskurs von August Forel. 43–69. In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen 29. Bern 2003. 60.

bildete dabei die Pathologisierung dieses ‚abweichenden‘ Verhaltens, das die bürgerliche Gesellschaft mit der Durchsetzung ihrer Normen erst hervorgebracht hatte. Die bürgerlichen Normen, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatten, standen um 1900 jedoch in der Kritik. Insbesondere im Bereich der ‚Sittlichkeit‘ wurden Reformen gefordert. Gerade auch Vertreter des Bürgertums wie der Psychiater Forel und andere medizinische und psychiatrische Experten äusserten ihre Meinung dazu.<sup>344</sup> Eine der zentralen Forderungen war die Trennung von Reproduktion und Begehren, die bislang, aneinander gekoppelt und durch die Ehe legitimiert, die Geschlechter- und Gesellschaftsordnung strukturiert und garantiert hatten. Der bürgerlichen Schicht zugehörig, verstanden die Eugeniker ihre Ideen und Konzepte als Teil einer Bevölkerungs- und Fortpflanzungspolitik im Dienste einer gesünderen Menschheit. Die eugenischen Regulierungsbemühungen richteten sich auf die erbliche Qualität der Nachkommenschaft und legitimierten wissenschaftlich fundierte Massnahmen, die über partielle gesellschaftliche Inklusion und Exklusion mitentschieden.

Die auf Qualität ausgerichtete Bevölkerungs- und Fortpflanzungspolitik diene der Intensivierung der Lebensprozesse, der Leistungssteigerung und der Verbesserung des ‚Volkskörpers‘, sie entfaltete sich im 20. Jahrhundert als Kern der Biomacht. Biomacht hat Foucault als eine Regulierungsmacht beschrieben, die bereits im 18. Jahrhundert als eine produktive nicht unterdrückende Macht entstanden war und die die Bevölkerung als ‚Produktionsmaschine‘ nutzt(e), um Güter, Reichtum und (gesunde) Individuen zu erzeugen.<sup>345</sup> Indem sie sich um den individuellen Körper herum formiert und sich auf seine Zurichtung ausrichtet, fokussiert sie sich auf das Leben. Sie zielt auf die Optimierung der Kräfte der Individuen und damit zugleich auf die Regulierung der gesamten Bevölkerung. Denn ihr wichtigster Angriffspunkt ist gemäss Foucault, die Sexualität. „Die Sexualität liegt letztlich genau an der Verbindungsstelle zwischen der individuellen Disziplinierung des Körpers und der Regulierung der Bevölkerung“.<sup>346</sup> Die Biomacht wurde Ende des 19. Jahrhunderts zu einem erstrangigen politischen Instrument der Bevölkerungspolitik. Als Folge der sich durchsetzenden Biomacht hat Foucault die Normalisierungsgesellschaft beschrieben: Eine Gesellschaft, in der sich die Subjekte selbst an statistisch ermittelten Normen ausrichten und damit die Normen zugleich mit- und reproduzieren.<sup>347</sup> Kern der modernen Biopolitik bildete der sexuell-generative Zusammenhang, der alles erlaubte, was

---

344 Gefordert wurden Sexualreformen auch von nicht medizinischen Experten, etwa von Vertretern der Arbeiter-Bewegung. Die Sexualreformen, wie sie Forel vorschlug, Gleichstellung von Mann und Frau, Gleichstellung unehelicher und ehelicher Kinder oder die Anwendung geburtenverhütender Mittel stiess auf viel Ablehnung und Widerstand. Unter dem nationalsozialistischen Regime wurde das Buch ‚Die sexuelle Frage‘ wegen seiner ‚liberalistischen Ideen‘, die den nationalsozialistischen Ideen widersprächen verboten. Vgl. Meier, Rolf: August Forel, 1848–1931. Arzt, Naturforscher, Sozialreformer. Ausstellungskatalog. Zürich 1986. 85–94.

345 Foucault, Wille zum Wissen, 145. Foucault, Michel: Die Maschen der Macht. (1981/1985) 220–239. In: Daniel Defert, Francois Ewald (Hg.): Analytik der Macht. Verlag Suhrkamp, Frankfurt a/M 2005. 220–239.

346 Foucault, Die Maschen der Macht, 230.

347 Foucault, Wille zum Wissen, 162.

sich nicht unkontrolliert fortpflanzte und anderen schadete. Dass alles erlaubt sei, was anderen nicht schadet, kann dennoch nicht als Versprechen einer zügellosen Promiskuität verstanden werden, wie ich im Weiteren zeigen werde. Vielmehr wurden Bedingungen geschaffen, so dass die Menschen den Gebrauch ihre sexuellen Freiheiten in Übereinstimmung mit den staatlichen Notwendigkeiten und gesellschaftlichen Normen und Regeln brachten. Der Staat und seine Institutionen garantierten einerseits die Rechte und Freiheiten seiner Bürger und Bürgerinnen. Andererseits sah er seine Aufgabe auch im Schutz der Gesellschaft, indem er zugleich die Relativierung und die Beschneidung der garantierten individuellen Freiheitsrechte legitimierte.

Das Versprechen, die bürgerlichen Freiheiten und Rechte auszuweiten, war mit der Durchsetzung einer prinzipiengeleiteten rationalen Lebensführung aller Bürger und Bürgerinnen verknüpft. In den Genuss der freiheitlichen Privilegien sollten nur jene kommen, die ‚einsichtig‘ einen ‚vernünftigen‘ und ‚gesunden‘ Lebensstil zu pflegen wussten, die ‚Anderen‘ waren davon auszuschliessen. Um die Durchsetzung eines ‚vernünftigen‘, Lebensstils aller zu garantieren, standen dem Staat, den Behörden und Institutionen verschiedene Massnahmen und Instrumente zur Verfügung, mit denen sie auf die Individuen einwirken konnten – wenn nötig auch mit Zwang. In der Schweiz zum Beispiel ermöglichten es Praktiken wie die ‚administrative Versorgung‘ bereits im 19. Jahrhundert, jene Individuen, die ihre Freiheiten ‚missbrauchten‘ – ‚Ausschweifende‘, ‚Arbeitsscheue‘, ‚Trunksüchtige‘, ‚Dirnen‘ oder ‚Vaganten‘ –, aufgrund eines administrativen, nicht rechtsmittelfähigen Entscheides in Zwangsarbeits- oder Trinkerheilanstalten zu internieren.<sup>348</sup> Legitimiert wurde ein solche Internierung, wenn die Betroffenen als ‚Gefahr‘ für die bürgerliche Gesellschaft und ihre Werte wahrgenommen wurden. Mit diesen Praktiken wurden die bürgerlichen Werte nicht nur als Normen durchgesetzt und gefestigt, mit und durch sie wurde erst sichtbar, welche Verhaltensweisen im Rahmen dieser Werte noch als ‚akzeptabel‘ und welche bereits als ‚deviant‘ galten. Es waren Praktiken der Herstellung von (sozialer) Devianz und die Auslotung ihrer Grenzen.<sup>349</sup>

Auch der Psychiatrie standen einige Instrumente der Sozialdisziplinierung und des sozialen Ausschlusses oder der Integration zur Verfügung. Eine der Technologien war das

---

348 Lippuner, Sabine: Bessern und Vewahren: Die Praxis der administrativen Versorgung von „Liederlichen“ und „Arbeitsscheuen“ in der thurgauischen Zwangsarbeitsanstalt Kalchrein (19. und frühes 20. Jahrhundert). Frauenfeld 2004. 9. Auch Rietmann, Tanja: „Liederlich“ und „arbeitsscheu“. Die administrative Anstaltsversorgung im Kanton Bern (1884–1981). Zürich 2012. Strebel, Dominique: Weggesperrt. Warum Tausende in der Schweiz unschuldig hinter Gittern sassen. Zürich 2010. Lengwiler et al, Bestandesaufnahme, 33. [http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Bericht\\_Lengwiler\\_de.pdf](http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Bericht_Lengwiler_de.pdf) (15.09.2013). Zur öffentlichen Debatte siehe <http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/uebersicht/hilfe-fuer-betroffene-von-zwangsmassnahmen-1.18047575> (15.09.2013) oder auch [http://www.beobachter.ch/dossiers/administrativ-versorgte/artikel/administrativ-versorgte\\_ein-dunkles-kapitel/](http://www.beobachter.ch/dossiers/administrativ-versorgte/artikel/administrativ-versorgte_ein-dunkles-kapitel/) (15.09.2013).

349 Lippuner, Bessern und Verwahren, 11.

psychiatrische Konzept der Zurechnungsfähigkeit. Jene, denen ‚Vernunft‘, beziehungsweise ‚Zurechnungsfähigkeit‘ ganz oder teilweise abgesprochen wurde, konnten von den bürgerlichen Rechten und Freiheiten ebenfalls partiell oder vollständig ausgeschlossen werden.<sup>350</sup> Die Trennung der Vernunft von der Unvernunft und ihre Beurteilung hatte die Psychiatrie sich im 19. Jahrhundert als ihr Feld der Expertise angeeignet. Damit bestimmte sie massgeblich mit, wer als ‚vernünftig‘ und ‚zurechnungsfähig‘ in den Genuss der bürgerlichen Rechte kam und wer nicht. Sie eignete sich die Definitionsmacht an, was als ‚vernünftig‘ galt und was nicht. Die über ihre Expertise legitimierte psychiatrische Ausschlussung wurde heftig kritisiert, da sie die (staatlich garantierte) Freiheit der Menschen beschränken konnte.<sup>351</sup> Bereits bei der Reform des ‚Irrenrechts‘ im 19. Jahrhundert hatte die Frage, in welchen Fällen der Schutz der Gemeinschaft über die bürgerlichen Freiheitsrechte des Individuums zu setzen sei, zu intensiven Debatten geführt. Einen zentralen Punkt der Debatte bildete die Frage, unter welchen Voraussetzungen es der Psychiatrie möglich sein sollte, die Handlungsfreiheit von Individuen zu beschränken und sie zu internieren. Die Vorstellung, die Freiheit des Individuums ohne dessen Wille aufheben zu können, stand einem bürgerlich-liberalen Verständnis von Freiheitsrechten diametral gegenüber, eine Internierung kam dem ‚bürgerlichen Tode‘ gleich.<sup>352</sup> Aus dieser Perspektive galt die Psychiatrie als Bedrohung der bürgerlichen Werteordnung. Die Psychiatrie ihrerseits verstand sich selbst jedoch als Vertreterin und Hüterin der bürgerlichen Ordnung. Sie sah durch geistesranke Personen nicht nur das gesellschaftliche Miteinander gefährdet, es seien gerade die geistigen Störungen und Beeinträchtigungen, die das betroffene Individuum der Freiheit beraube, nämlich der Freiheit, sich am bürgerlichen Leben zu orientieren und sich in jenem bewegen zu können.<sup>353</sup> Das ‚Freiheitsverständnis‘ der Psychiatrie orientierte sich an einer bürgerlichen Lebensführung und ihr Eingreifen legitimierte die Psychiatrie mit ihrer doppelten Schutzfunktion, dem Schutz der Geistesranke wie auch dem Schutz der Gesellschaft. Sie sah sich sowohl dem ranke Individuum wie auch der Gesellschaft gegenüber verpflichtet.

Die Einbindung der Psychiatrie in das System der Sozialdisziplinierung im 19. Jahrhundert, das auf einer strengen institutionellen Trennung von Machthabern und Machtlosen

---

350 Zu den juristischen und medizinischen Auseinandersetzungen um das Konzept der ‚Zurechnungsfähigkeit‘ und ‚verminderte Zurechnungsfähigkeit‘ vgl. Gschwend, Lukas: Zur Geschichte der Lehre der Zurechnungsfähigkeit. Zürich 1996. German, Psychiatrie und Strafjustiz, 49–69, 139–149.

351 Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 143.

352 Vgl. Ritter, Hans Jakob: Bürgerlicher Tod. Von der Angst, gesund ins Irrenhaus eingesperrt zu werden. 63–78. In: Stefan Nellen et al (Hg.): Paranoia city. Der Fall Ernst B. Selbstzeugnis und Akten aus der Psychiatrie um 1900. Basel 2007. 63–78. Bernet, Brigitte: Der bürgerliche Tod: Entmündigungsangst, Psychiatriekritik und die Krise des liberalen Subjektentwurfs um 1900. 117–154. In: Marietta Meier et al (Hg.): Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich, 1870–1970. Zürich 2007. 117–154. Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 79–98.

353 Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 99–103.



basierte,<sup>354</sup> ging mit einem Wandel des epistemischen Verständnisses von ‚Wahnsinn‘ einher. Seit der Aufklärung galten nicht mehr einfach ‚Wahnvorstellungen‘ als ‚Wahnsinn‘, also Vorstellungen, die auf einem ‚Irrtum‘ oder einer ‚Täuschung‘ beruhten, es war der ‚kranke Wille‘, der in den psychiatrischen Fokus rückte. ‚Wahnsinn‘ wurde neu im Verhältnis zum gewöhnlichen, ‚normalen‘ Verhalten wahrgenommen. ‚Wahnsinnig sein‘ wurde jetzt als eine Störung im Handeln, Wollen und Fühlen, im Entscheiden und in der Nutzung der persönlichen Freiheit betrachtet. Damit änderten sich auch die therapeutischen Interventionen.<sup>355</sup> So diente die Einschliessung in eine psychiatrische Klinik der Diagnosestellung und der Klassifikation der verschiedenen Krankheitsarten. Sie wurde aber auch zum Ort der Konfrontation, wo der ‚kranke Wille‘ der ‚Irren‘ auf den ‚gesunden, normalen‘ Willen des Arztes traf und es zur Konfrontation, zum Kampf, zur Unterwerfung und zur Beherrschung des ‚kranken Willens‘ kam.<sup>356</sup> Der Psychiatrie stand dabei ein Arsenal an Interventionsmöglichkeiten zu Verfügung, die von Isolierung, Dauerbad, Befragungen, moralischen Ermahnungen, Arbeitspflicht, Belohnungen, Hypnose, Suggestion und anderem mehr beruhte, mit denen auf den Willen der Patienten und Patientinnen eingewirkt wurde. Dieses Arzt-Patienten-Arrangement war jedoch mit der ‚Entzauberung‘ des Psychiaters Jean-Martin Charcot (1825–1893) Ende des 19. Jahrhunderts erschüttert worden.<sup>357</sup> Die Psychiatrie befand sich um 1900 in der Krise. In Frage gestellt worden war die Macht der Psychiatrie, auf ihre Patienten und Patientinnen einzuwirken, nicht jedoch ihr spezifisches Wissen und die Wahrheit ihrer Aussagen.<sup>358</sup> Neu geordnet werden musste aber das Machtverhältnis von Psychiater und Patienten und Patientinne. Es differenzierte sich in verschiedene Ansätze aus: Erstens die Antipsychiatrie, die die Macht der Psychiatrie grundsätzlich in Frage stellte und den Wahnsinn vollständig aus dem Bereich der Medizin herauszulösen versuchte. Zweitens die Psychoanalyse, die das Verhältnis Arzt-Patienten neu ordnete, indem sie die Wahrheit und die ärztliche Macht in ein angemessenes Verhältnis zu bringen versuchte.<sup>359</sup> Und drittens die von Foucault als ‚pharmazeutische‘ Psychiatrie bezeichnete Ausrichtung, die zwischen Diagnose und Therapie einen direkten Zusammenhang herstellte mit dem Ziel, die Natur einer Krankheit zu erkennen und ihre Äusserungsformen zu unterdrücken.<sup>360</sup> Die ‚socialen‘ Kastrationen lassen sich als Teil einer ‚pharmazeutischen‘ Psychiatrie verstehen, die aber nicht die Unterdrückung von

---

354 Foucault, Michel: Die Macht der Psychiatrie. Vorlesung am Collège de France, 1973–1974. Frankfurt a/M 2005. 498.

355 Foucault, Die Macht der Psychiatrie, 493.

356 Foucault, Die Macht der Psychiatrie, 494.

357 Zu ‚Charcots Hysterietheater‘ siehe Schlichter, Annette: Die Figur der verrückten Frau. Weiblicher Wahnsinn als Kategorie der feministischen Repräsentationskritik. Tübingen: edition diskord 2000 oder Didi-Huberman, Georges: Die Erfindung der Hysterie. Die photographische Klinik von Jean-Martin Charcot. Paderborn 1997.

358 Foucault, Die Macht der Psychiatrie, 501.

359 Foucault, Die Macht der Psychiatrie, 501.

360 Foucault, Die Macht der Psychiatrie, 499.

Krankheitsäusserungen zum Ziel hatte, sondern die ‚Ausrottung‘ einer als erblich bedingt angenommen ‚Minderwertigkeit‘. Zwischen ‚Erbgut‘ und ‚Krankheitssymptomen‘ wurde eine Ursache-Wirkung-Beziehung hergestellt. Die ‚sociale‘ Kastration bot sich der in der Krise befindenden Psychiatrie als Lösung vielfältiger sozialer Probleme an, die pathologisiert und damit therapeutischen Interventionen zugänglich gemacht worden waren.

## **Technische und wissenschaftliche Voraussetzungen der Eugenik**

Wie in der Einleitung erwähnt, sind die wissenschaftlichen Grundlagen der Eugenik gut aufgearbeitet, sodass ich nur kurz auf die wichtigsten Ideen eingehen werde. Die Eugenik etablierte sich als ein wissenschaftliches Deutungs- und Handlungsmuster, das auf der Vererbungslehre und der Evolutionslehre basierte. Sie zielte auf eine ‚Verbesserung‘ des ‚Volkskörpers‘ ab und war dabei ebenso wissenschaftlich fundiert wie moralisch-politisch orientiert. Ein zentrales Konzept der Eugenik bildete die Vorstellung von Vererbung, die der französische Psychiater Benedict Augustin Morel (1809–1873) Mitte des 19. Jahrhunderts in Form einer wissenschaftlichen Theorie in die Psychiatrie eingeführt hatte. ‚Degeneration‘ beschrieb er als erblich übertragbare krankhafte Abweichung vom normalen menschlichen Typus, die zum Untergang führe.<sup>361</sup> Diese Konzeption von Vererbung bezog sich nicht mehr nur auf Individuen, sondern umfasste die gesamte Bevölkerung.<sup>362</sup> Die ‚Degenerationstheorie‘ Morels bildete Teil der Transformation des psychiatrischen Wissens. Der Wandel beinhaltete, dass die Intelligibilität der Krankheit nicht mehr auf der Gruppierung ihrer Symptome beruhte, sondern auf dem Bezug zu einer verborgenen Kausalität.<sup>363</sup> Doch noch war ‚Vererbung‘ kein deterministisches Konzept. Es wurde angenommen, dass äussere Einflüsse und Verhaltensweisen das Erbgut zu ändern vermögen. Diese Konzeption von ‚Vererbung‘ wurde als ‚Lamarckismus‘ bezeichnet.<sup>364</sup> Mit der Veröffentlichung der Evolutionslehre des Naturforschers Charles Darwin (1809–1882) von 1869 hatte das Konzept der ‚Vererbung‘ eine neue Dimension erhalten. Den Malthusianismus aufgreifend, ging Darwin jedoch davon aus, dass es potenziell einen Nachkommensüberschuss gebe, die Ressourcen jedoch begrenzt seien. So komme es zum Existenzkampf, in dem sich nur die

---

361 Morel hatte seine Konzeption der Degeneration anhand von Beobachtungen des Proletariats der Gegend von Rouen und der Umgebung gewonnen. Morel, Benedict Augustin: *Traité des dégénérescences physiques, morales et intellectuelles de l'espèce humaine*. Paris 1857. Jeanmonod, Gilles et al: *La stérilisation légale des malades mentaux et infirmes mentaux dans le canton de Vaud*. Genf 1928–1985. Castel, Robert: *Die psychiatrische Ordnung. Das goldene Zeitalter des Irrenwesens*. Frankfurt a/M 1979. 296.

362 Zur Rezeption und Weiterentwicklung des Konzeptes Degeneration siehe Roelcke, Krankheit und Kulturkritik, 80–100.

363 Castel, *Die psychiatrische Ordnung*, 292.

364 Jean-Baptiste Pierre Antoine de Chevalier de Lamarck (1744–1829) war Botaniker und Zoologe, der als erster eine Evolutionstheorie entwickelt hatte. Die Höherentwicklung und Artenvielfalt erklärte er durch wiederholte Urzeugung und der Vererbung erworbener Eigenschaften. Die Erwerbung erworbener Eigenschaften wurde als Lamarckismus bezeichnet. Vgl. Meyer, Jürgen: *Darwin, Mendel, Lamarck & Co.. Die Partitur der Evolution zum Homo sapiens*. Stuttgart 2013. 17–24.

‚Bestangepassten‘ fortzupflanzen und damit ihr Erbgut weiterzugeben vermochten.<sup>365</sup> ‚Heredität‘ und ‚natürliche Selektion‘ bildeten die zentralen Prinzipien dieses Prozesses. Darwin konnte damit die Entwicklung des Lebens und ihre fortschreitende Ausdifferenzierung beschreiben und den Prozess der Weiterentwicklung von Leben in seiner Komplexität erklären. Auch wenn er die Funktionsweise der Vererbung nicht erklären konnte, wurde die Evolutionstheorie breit rezipiert und bald als ‚Sozial-Darwinismus‘ auf die Gesellschaft übertragen.

Den Begriff ‚Eugenik‘ im modernen Sinne hatte Franzis Galton (1822–1911), ein Vetter Darwins, 1869 eingeführt.<sup>366</sup> Er hatte Eugenik als eine Wissenschaft beschrieben, „die sich mit allen Einflüssen befasst, welche die angeborenen Eigenschaften einer Rasse verbessern und welche diese Eigenschaften zum grösstmöglichen Vorteil der Gesamtheit zur Entfaltung bringe“.<sup>367</sup> Im Gegensatz zur wissenschaftlichen Grundauffassung seiner Zeit und dann angeregt durch die Evolutionstheorie, hatte er bereits in den 1860er Jahren die These postuliert, dass Talent und Charakter überwiegend deterministisch vererbt würden, der Einfluss der Umwelt hingegen unwichtig sei. Weiter nahm er eine Akzentverschiebung auf das Prinzip der Auslese vor, indem er behauptete, dass durch die Zivilisationsbedingungen die ‚natürliche‘ Selektion im Kampf ums Dasein ausgeschaltet werde.<sup>368</sup> Seine national ausgerichtete, als politisches Programm mit gezielten Eingriffen postulierte Eugenik, die er als Wissenschaftsdisziplin zu etablieren wünschte, fand jedoch erst mit den Krisenerscheinungen um die Jahrhundertwende breitere Rezeption und Akzeptanz.<sup>369</sup>

Die Ideen Galtons wurden insbesondere von Medizinern und Politikern aufgenommen. Sie beschworen die Bedrohung, die für den Volkskörper und die Nation von ‚erblich Minderwertigen‘ ausging, die sich in grosser Zahl fortpflanzten und mit ihrem ‚schlechten Erbgut‘ den ‚Volkskörper‘ schwächten. Schuld seien just jene kulturellen Fortschritte, die ansonsten als Zeichen der ‚Höherwertigkeit‘ der ‚nordischen Rassen‘ und deren Überlegenheit interpretiert wurden. Insbesondere die Entwicklungen der Medizin sahen die Eugeniker als Ursache einer ‚verkehrten Selektion‘ und forderten, die ausser Kraft gesetzte

---

365 Vgl. Wuketits, Frank: Gene, Kultur und Moral. Soziobiologie – Pro und Kontra. Darmstadt 1990.

366 Galton, Francis: Hereditary Genius. An inquiry into its laws and consequences, London 1869. Galton postulierte, dass die Eigenschaften vererbt seien und begründete dies damit, dass alle ‚grossen‘ Männer in der Geschichte aus den gleichen, wenigen Familien stammten. Als Grundlage diente ihm „a very painstaking biographical handbook lately published by Routledge and Co., called ‚Men of the Time‘“ sowie die Tierzucht. Galton, Hereditary, 7. Zu den deutschen Pionieren der Rassenhygiene vgl. Ploetz, Alfred (1860–1940): Grundlinien einer Rassen-Hygiene. 1. Theil: Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen. Berlin 1895. Schallmeyer, Wilhelm (1857–1919): Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker. Eine staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie. Reihe ‚Natur und Staat‘. Beiträge zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre. Jena 1903. Auch Kevles, In the name of Eugenics, 3–19.

367 Galton, Hereditary Genius, 7.

368 Weingart et al, Rasse, Blut und Gene, 114.

369 Kühl, Die Internationale der Rassisten, 20.

‚natürliche Selektion‘ durch eine rationale, wissenschaftlich begründete Selektion zu ersetzen und mit den entsprechenden medizinischen Instrumenten durchzusetzen. Es wurde angenommen, dass sowohl verschiedene Geisteskrankheiten, ‚soziale Untüchtigkeit‘ und ‚moral insanity‘ ebenso wie Talent, ‚guter Charakter‘ und ‚soziale Tüchtigkeit‘ als vererbare Eigenschaften an die Nachkommen weitergegeben werden.<sup>370</sup> Als der Histologe und Zoologe August Weismann (1834–1914) dann 1892 experimentell aufzuzeigen vermochte, dass individuelle Veränderungen nicht im Erbgut übernommen, sondern dieses invariant weitergegeben werde und sich das Erbgut nur durch die Kombination des elterlichen Erbgutes und durch Mutationen verändere, erhielten deterministische Vererbungsannahmen eine wissenschaftlich fundierte Grundlage.<sup>371</sup> Mit der Wiederentdeckung der Mendel’schen Vererbungsgesetze um 1900 transformierte sich die Vererbung zu einem ‚harten‘ deterministischen Konzept, Lamarck’sche Positionen wurden unhaltbar, behielten aber punktuell ihren Einfluss bei.<sup>372</sup> Mit der ‚Biologisierung‘ von Vererbung, die nun als ein chemisch-physisch-materielles Geschehen verstanden wurde, das sich nach spezifischen Gesetzmässigkeiten verhielt, wandelten sich auch Konzepte von Krankheit, Gesundheit und Therapie. So wurden Ende des 19. Jahrhunderts im Umgang mit ‚vererbten‘ und damit ‚unheilbaren‘ Krankheiten neue Therapiekonzepte entwickelt, die nicht mehr auf Heilung, sondern auf Prävention und Verhinderung beruhten, und deren Umsetzung nicht zuletzt durch medizinisch-technische Entwicklungen ermöglicht wurden.

Die wissenschaftliche Transformation bezüglich des Erbguts wirkte sich auch auf die Regulierung, beziehungsweise Selbstregulierung von Sexualität aus. Noch bis zur Jahrhundertwende wurde davon ausgegangen, dass sexuelle (und andere) Exzesse der Eltern das Erbgut ihrer Kinder direkt beeinflussten und sich in Form von ‚signa degenerationis‘ an und in deren Körpern manifestierten. Die Kinder, beziehungsweise deren gesundheitlicher Zustand – so die Annahme – reflektiere das gesundheitliche Verhalten der Eltern. Die Eltern hatten ihre Sexualität an der Norm der ‚Mässigung‘ auszurichten, um ihre

---

370 Laube, Günther: Der eugenische Sexualeingriff. Rostock 1940. 13.

371 Weingart et al, Rasse Blut und Gene, 83. Weismann, August: Das Keimplasma. Eine Theorie der Vererbung. Jena 1892.

372 Gregor Mendel (1822–1884) war Priester und Abt der Augustinerabtei St. Thomas, wo er im Garten Kreuzungsversuche durchführte und die später nach ihm benannten Vererbungsregeln aufstellte. Diese fanden bei den Zeitgenossen wenig Anklang und wurden dann um 1900 ‚wiederentdeckt. Vgl. Gould, Stephen: The structure of evolutionary theory. Cambridge 2002. Forel hielt noch lange an seiner Theorie der ‚Blastophthorie‘ fest, die behauptete, Alkohol habe ‚keimschädigende Wirkung‘, er ‚vergifte‘ die Keimzellen und schädige die Nachkommenschaft auf Keimebene. Vgl. Germann, Urs, „Alkoholfrage“ und Eugenik. Auguste Forel und der eugenische Diskurs in der Schweiz. 144–154. In: traverse I. Zürich 1997. 144–154. Die Vorstellung, dass Erbeigenschaften durch Umweltbedingungen bestimmt werden, vertrat der sowjetische Biologe Tron Lyssenko. Die Theorie wurde als ‚sozialistische Theorie‘ von Stalin gefördert und führte zu Missernten und vergrösserte die Hungersnöte. Vgl. Sojfer, Valerij Nikolaevic: Lyssenko and the tragedy of Soviet science. New Brunswick 1994. Lecourt, Dominique: Lyssenko. Histoire réelle d’une „science prolétarienne“. Paris 1995. Stanchevici, Dimitri: Stalinist genetics; the constitutional rhetoric of T.D. Lyssenko. Amityville 2012.

Kinder nicht zu schädigen. Der ‚Diskurs der Mässigung‘ war getragen von der Vorstellung der Regulierbarkeit der eigenen Gesundheit durch sein Verhalten, aber auch der direkten Beeinflussbarkeit der ‚Erbanlage‘ eventueller Nachkommen. Er war vom Glauben geprägt, „dass es der oder die Einzelne weitgehend selbst in der Hand habe, über Gesundheit, Krankheit oder gar den Zeitpunkt des Todes zu bestimmen“. <sup>373</sup>

Die Eugeniker brachen nun radikal mit dieser Vorstellung, das ‚Erbgut‘ lag ausserhalb menschlicher Beeinflussung. Eltern konnten mit ihrem Verhalten das ‚Erbgut‘ ihrer Nachkommenschaft nicht mehr beeinflussen. Vielmehr diente das Verhalten potenzieller Eltern den Eugenikern dazu, Rückschlüsse auf deren Erbgut zu machen. ‚Anomales‘ Verhalten, ‚Geisteskrankheiten‘, ‚Verbrechen‘, ‚moral insanity‘ und anderes wurden neu als ‚signa degenerationis‘ interpretiert, die auf ein ‚minderwertiges Erbgut‘ der Handelnden selbst verwiesen und damit deren Ausschluss von der Reproduktion begründeten, um die Weitergabe der ‚Degeneration‘ zu verhindern. Die Gesundheit des (zukünftigen) Kindes blieb weiterhin im Fokus der Medizin, die Vorstellung jedoch, wie diese Gesundheit zu erreichen war, transformierte sich vollständig und setzte zwei miteinander verbundene grundlegende gesellschaftliche Änderungen in Gang, beziehungsweise verstärkte diese: Einerseits die Entkoppelung von Begehren und Fortpflanzung, andererseits die Modifikation der Bedeutung des Zivilstandes. <sup>374</sup> Bis dahin hatte der Zivilstand nämlich sowohl auf gesetzlicher wie gesellschaftlicher Ebene als Grenzlinie gedient und die Nachkommenschaft in ‚erwünscht‘ und ‚unerwünscht‘ getrennt. Mit der Durchsetzung eugenischer Praktiken und der Durchsetzung der Sexualreformen verlor er jedoch seine dominierende Bedeutung. Die Qualität des ‚Erbguts‘ wurde zu einem ebenso wichtigen Massstab. <sup>375</sup> Die von den Eugenikern geforderten Reformen umfassten unter anderem die Aufhebung der traditionellen Kriterien einer Eheschliessung zu Gunsten einer wissenschaftlichen Beurteilung der ‚erblichen Qualitäten‘ der beiden Partner, um ‚gesunden‘ Nachwuchs zu garantieren. <sup>376</sup> Als Ziel der Reformen hatte Forel die Verbesserung „unserer Rasse mit Bezug auf Körperkraft und Gesundheit“ wie auch auf „ethische Qualitäten, Charakter, Willensfestigkeit und Intelligenz“ beschrieben. Er forderte, dass uneheliche Kinder nicht stigmatisiert werden

---

373 Sarasin, Reizbare Maschinen, 435.

374 Postulat 1: Rechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen und der ledigen Mütter mit den verheirateten, damit die öffentliche Brandmarkung unehelicher Geburten endlich aufhöre. Forel, Ethische und rechtliche Konflikte im Sexualleben, 65.

375 Forel, August: Die Sexuelle Frage. Eine naturwissenschaftliche, psychologische, hygienische und soziologische Studie für Gebildete. München 1905. 375. Forel war überzeugt, wenn seine Forderungen bezüglich Sexualität und Reproduktion in Form von Gesetzen ihren Niederschlag gefunden haben, „wird der Unterschied zwischen der Ehe und dem freien Liebesverhältnisse fast nur noch ein formeller sein.“ Forel, Ethische und rechtliche Konflikte. 60–66.

376 Was sich später teilweise in Form von Ehefähigkeitszeugnisse oder Ehestandsdarlehen niederschlug. Vgl. Weingart et al, Rasse, Blut und Gene, 274–280. Forel, Malthusianismus, 19.

dürften, solange ihr Erbgut sich als ‚hochwertig‘ erwies.<sup>377</sup>

Damit die Eugeniker ihre Forderungen nach Prävention und Ausschluss der Reproduktion durchsetzen konnten, waren sie anfänglich auf den Staat und seine Institutionen und Behörden angewiesen. Diese konfigurierten nicht nur den rechtlichen Kontext, sie ermöglichten auch den Zugriff auf die Individuen. Die zentrale und bevorzugte Strategie der Eugeniker war jedoch weniger die Durchsetzung von Zwangsmassnahmen, als vielmehr ‚Aufklärung‘ und ‚Erziehung‘ der Bevölkerung durch Publikationen, Vorträge und Ausstellungen, so dass ‚Erbkranke‘ sich ihrer Verantwortung bewusste wurden und freiwillig auf Nachkommen verzichteten.<sup>378</sup> So wie sich das Bürgertum mit spezifischen Verhaltensregeln bereits im 19. Jahrhundert um die Gesundheit der Nachkommenschaft sorgte, sollte diese Sorge nun allen Individuen überantwortet werden, die sich den daraus folgenden Entscheidungszumutungen zu unterziehen hatte. Insbesondere ‚der Frau‘ sprachen die Eugeniker aufgrund der Mutterrolle ein höheres Verantwortungsbewusstsein und ein ‚besseres Verständnis‘ für ‚eugenische‘ Angelegenheiten zu. Daher setzten sich einige Eugeniker anfänglich auch stark für die rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau ein, um sie in ihrer Partnerwahl unabhängiger zu machen.<sup>379</sup> Mit der Koppelung der ‚genetischen‘ Verantwortlichkeit und der politischen Gleichberechtigung ging es den Eugenikern nicht um Schaffung eines neuen ‚Frauenbildes‘, vielmehr diente diese Koppelung der Stabilisierung der bürgerlichen Frauen- und Mutterrolle.<sup>380</sup> Während sich eugenische Massnahmen und Vorstellungen relativ schnell durchsetzten, brauchte die Durchsetzung der (rechtlichen) Gleichberechtigung der Frau (in der Schweiz) jedoch noch viele Anläufe.<sup>381</sup>

Die Eugenik lässt sich bezüglich ihrer Massnahmen in eine ‚negative‘ und eine ‚positive‘ Eugenik unterscheiden. Mit ersterer wurde bezweckt, die ‚Minderwertigen‘ von der Fortpflanzung auszuschliessen. Die ‚positive Eugenik‘ hingegen ermunterte jene zur ‚fleissigen‘ Reproduktion, deren Nachkommenschaft als ‚erblich hochwertig‘ angenommen wurde. Als Vertreter eugenischer Positionen konnte sich die Psychiatrie sowohl als

---

377 Forel, Ethische und rechtliche Konflikte, 64–66.

378 Wolfisberg, Heilpädagogik und Eugenik, 154–160.

379 Näcke, Die Kastration bei gewissen Klassen von Degenerierten, 1. Forel, Ethische und rechtliche Konflikte, 65. Auch Frauenrechtlerinnen setzten sich für eugenische Belange ein. Die Gleichstellung der Frau hielt jedoch nicht Schritt mit der Umsetzung eugenischer Eingriffe und war im Kontext der Eugenik bald auch kein Thema mehr. Wecker, Regina: „So günstig es in vielen Fällen wirkt, wenn durch die Sterilisation die Sexualität von Hemmungen befreit wird...“. Geschlecht, Eugenik und Sexualität. 137–161. In: Regina Wecker / Sabine Braunschweig / Gabriela Imboden / Hans Jakob Ritter: Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. 147–152. Auch Zürcher, Regula: Frauen für die Volksgesundheit. St. Gallen 2010.

380 Forel, Ethische und rechtliche Konflikte, 65. Forel, Malthusianismus, 29. Forel, Sexuelle Frage, 94–133.

381 Vgl. Joris, Elisabeth / Wegmüller, Renate: „Stimmen, wählen und gewählt zu werden sei hinfort unsere Devise und unser Ziel“. Kurze Geschichte des Frauenstimmrechts. Wettingen 2011. Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hg.): Der Kampf um gleiche Rechte, Basel 2009. Mesmer, Beatrix: Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971. Zürich 2007.

normsetzende als auch normdurchsetzende Institution im Feld der Reproduktion etablieren. Ihr Fokus richtete sich anfänglich auf den Bereich des ‚abweichenden Sexualverhaltens‘, wo sie, wie in der Anstalt Wil, die ersten eugenischen und kriminalpräventiven Massnahmen umsetzte. Mit dem Inkrafttreten des Schweizerischen Zivilgesetzbuches 1912 konnte sie ihren Einflussbereich ausweiten, indem die psychiatrische Abklärung in verschiedenen Bereichen festgeschrieben wurde. Dabei kam bei der Popularisierung und Verbreitung eugenischer Ideen dem Schweizer Psychiater Auguste Forel in Europa eine Vorreiterrolle zu.

### **August Forel: Pionier der Eugenik und der kriminalpräventiven Kastration**

Auguste Forel, der sich schon zu Lebzeiten um seinen Nachruf gekümmert hatte, war eine facettenreiche, hoch ästimierte Persönlichkeit. Ihm gelang es, die Spannungen der Jahrhundertwende – Fortschrittsglaube und Untergangsängste – in einem kohärenten, komplementären Zusammenhang mit seiner Person zu bringen.<sup>382</sup> Erst in den letzten Jahren ist sein Wirken kritischer bewertet worden.<sup>383</sup> Forel war als Psychiater, Gehirnanatom und Gerichtsmediziner tätig, er leitete von 1879 bis 1898 die psychiatrische Anstalt ‚Burghölzli‘ in Zürich, die unter ihm zur Kadenschmiede künftiger Direktoren psychiatrischer Anstalten in der Schweiz wurde.<sup>384</sup> Er war Sozial- und Sexualreformer, setzte sich für gleiche Rechte für Frauen ein und betätigte sich sehr aktiv in der Alkoholabstinenzbewegung. Er war Sozialist und Pazifist, und hatte, last but not least, als Ameisenforscher weltweiten Ruhm erlangt.<sup>385</sup> Forel war aber auch Pionier der Eugenik und ihrer Umsetzung in der Schweiz und in Europa.

In seiner Studie „Die sexuelle Frage“ von 1905 behauptete er, dass er schon seit mehr als 20 Jahren für die Idee der menschlichen Zuchtwahl einstehe. Er habe in den 1890er Jahren die

---

382 Forel, August: Rückblick auf mein Leben. Zürich 1935. Tanner, Jakob: „Keimgifte“ und „Rassendegeneration“. Zum Drogendiskurs und den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Eugenik. 249–263. In: Ulrich Pfister / Maurice de Tribolet (Hg.): Itinera, Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999. 249.

383 Vgl. Leist, Anton (Hg.): Auguste Forel – Eugenik und Erinnerungskultur. Zürich 2006. Auch [http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/stadt\\_region/auguste-forels-dunkle-seiten-ausleuchten-1.17674900](http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/stadt_region/auguste-forels-dunkle-seiten-ausleuchten-1.17674900) (17.09.2013). <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/articleCNDQT-1.106051> (17.09.2013) Auch Bugmann / Sarasin, Forel mit Foucault, 43–69.

384 Dazu gehörten etwa Ernst Rüdin (1874–1952) oder Eugen Bleuler (1857–1939), die die Nachfolge Forels am Burghölzli übernahmen. Weiter im Burghölzli ausgebildete Anstaltsdirektoren waren Anton Delbrück, Adolf Meyer; John E. Staehelin (1891–1969), der die psychiatrische Universitätsklinik ‚Friedmatt‘ von 1929 bis 1959 leitete. Vgl. Haenel, Thomas: Zur Geschichte der Psychiatrie. Gedanken zur allgemeinen und Basler Psychiatriegeschichte. Basel 1982. Weiter hatten sich Gustav von Bunge, Richard Wedekind, Alfred Ploetz, Carl und Gerhart Hauptmann und Agnes Blum bei Forel aus- und weitergebildet. Weingart et al, Rasse, Blut und Gene, 188–193. Auch Becker, Peter: Zur Geschichte der Rassenhygiene. Wege ins Dritte Reich. Stuttgart 1988. Der Begriff der ‚Rassenhygiene‘ geht auf Alfred Ploetz zurück, das deutsche Synonym für Eugenik. Seine Vorstellungen hielt er in der Studie „Über die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen. Ein Versuch über Rassenhygiene und ihr Verhältnis zu den humanen Idealen, besonders zum Socialismus“ von 1895 fest. Das an „sociale Praktiker“ gerichtete Werk stiess jedoch nicht auf grosses Interesse. Grösser war die Resonanz auf die Publikation von Schallmayer, Wilhelm „Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker. Eine staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie“, die 1903 publiziert worden war. Weingart et al, Rasse, Blut und Gene, 197.

385 Vgl. Meier, Forel, 1848–1931, 85–94.

damalige medizinische ‚Mode‘ der weiblichen Kastration genutzt, um ein Mädchen aus ‚socialen‘ Motiven kastrieren zu lassen: „Ich liess auch ein hysterisches vierzehnjähriges Mädchen kastrieren, deren Mutter und Grossmutter Kupplerinnen und Dirnen waren und die sich bereits aus Vergnügen jedem Knaben auf der Strasse hingab, weil ich dadurch der Entstehung unglücklicher Nachkommen vorbeugen wollte.“<sup>386</sup> Für ihn bestand kein Zweifel, dass „in den schlimmsten Fällen Zuflucht“ zur Kastration zu nehmen sei, sie sei ein „milderes Schutzmittel“ als eine Einsperrung. Die Kastration „wäre besonders solchen Menschen gegenüber am Platze, deren pathologische Zwangszustände derart sind, dass sie sich absolut nicht zusammennehmen können und jeder Belehrung und jedem vernünftigen Zuspruch unzugänglich sind, weil ihnen danach eine grössere Freiheit gewährt werden könnte.“<sup>387</sup> Forel liess diese ‚sociale‘ Kastration, die er erst retrospektiv als ‚eugenisch‘ bezeichnete, im Kontext der etablierten, jedoch heftig umstrittenen Praxis der Kastration der Frau durchführen. Zu diesem Zeitpunkt – Dubach hat diesen spezifischen Fall auf 1895 datiert<sup>388</sup> – war die Kastration noch der einzige Eingriff, der eine sichere, irreversible Geburtenverhütung garantierte. Er wurde vorwiegend angewandt, wenn eine Schwangerschaft oder Geburt die Gesundheit oder das Leben der Frau bedrohten. Die Kastration war – wie im Kapitel 2.4 dargestellt –, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auch als therapeutischer Eingriff bei Frauen genutzt, die als ‚hysterisch‘, mit ‚sexuellen Abnormitäten‘ oder physisch diffusen Symptomen diagnostiziert worden waren.<sup>389</sup> Auch in Forels Fall diente der Eingriff gemäss Krankenakte der ‚Beruhigung des Geschlechtstriebes‘, um die Patientin wieder in die Gesellschaft eingliedern zu können. Die Kastration war deswegen auch als ‚social‘ bezeichnet worden. Mit dem Sexualeingriff war die ‚sexuelle Normalisierung‘ der Patientin bezweckt worden. Eine ‚eugenische Absicht‘ – der Entstehung unglücklicher Nachkommen vorzubeugen – reklamierte Forel erst nachträglich. Er nahm retrospektiv eine Werteverchiebung vor, indem er den ‚socialen‘ Zweck in einen ‚eugenischen‘ umdeutete. Auch die ersten Sexualeingriffe, denen kein individueller medizinisch-therapeutischer Zweck zu Grunde lag, waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts oft als ‚social‘ bezeichnet worden. In ihren Indikationen überschritten sich verschiedene Begründungen, wobei der eugenischen anfänglich eine eher unterstützende Nebenfunktion zukam, wie die Fälle von Wil zeigten. Erst ab der zweiten und dritten Dekade des 20. Jahrhunderts, mit den einsetzenden praktischen Erfahrungen, deren Reflexion und einer

---

386 Forel, Die Sexuelle Frage, 381. Die Studie ‚Die Sexuelle Frage‘ erschien 1913 in einer ‚gekürzten Volksausgabe‘ und hat 1930 die Auflage von 100 000 überschritten.

387 Forel, Sexuelle Frage, 381, 382.

388 Dubach, Verhütungspolitik, 41–46.

389 Imboden et al, Das bewegte Geschlecht, 109–113. Dubach, Verhütungspolitik, 46.



breiteren Diskussion im Kontext der Geburtenpolitik, erhielt die eugenische Begründung einen (mehr oder weniger) eigenständigen Wert.<sup>390</sup>

Weiter behauptet Forel in seiner Studie, neben der Kastration des ‚hysterischen Mädchens‘ auch einen männlichen Patienten aus ‚socialen‘ Gründen kastriert zu haben: „Ich gestehe hier ganz offen, dass ich an einem psychisch kranken Scheusal, das in meiner Anstalt sich befand und wegen Schmerzen im Samenstrang, die Kastration selbst verlangte, diese Operation vornehmen liess, obwohl die Sache für mich mehr eine Vorbeugungsmassregel gegen Kindererzeugung durch den Kranken als einen Eingriff, seines persönlichen Leidens wegen bedeutete.“<sup>391</sup> Auch bei diesem Mann, der 1892 kastriert worden war und dessen Fall als Beginn der Kastration aus ‚modern-psychiatrischen‘ Gründen gilt,<sup>392</sup> lag eine medizinische Indikation mit einem therapeutischen Zweck zu Grunde, die Forel nun ebenfalls in eine ‚sociale‘, beziehungsweise ‚eugenische‘ Begründung umdeutete.<sup>393</sup> Obwohl er diese beiden Fälle und ihre retrospektiv eugenische Interpretation erst 1905 veröffentlichte, hatte er Sexualeingriffe zu ‚socialen‘ Zwecken bereits 1898 in einer Replik auf die Kritiken eines Dr. Schaefer, Direktor der Irrenanstalt in Lengerich, verteidigt. Dr. Schäfer hat die eugenische Gesetzgebung des Staates Michigan als „Curiosum“ bezeichnet, und die daran geknüpften Forderungen, zukünftig auch in Europa zu solch „radicalen“ Massnahmen zu greifen, heftig kritisiert. Wohl habe die Wissenschaft grosse Fortschritte in der Erforschung der Erblichkeit gemacht, aber sie könne doch nicht dem Gesetze diktieren, Menschen mit unverschuldeten körperlichen und psychischen Gebrechen mit einer körperlichen Verstümmelung zu strafen. Die Wissenschaft zeige andere, humane Wege zur Verhinderung von Verbrechen und von Geisteskrankheiten auf. Damit in Zusammenhang stehend kritisierte Schaefer auch die Entwicklung, Verbrecher nicht mehr nach ihren Taten zu bestrafen, sondern die Strafe von ihrer Persönlichkeit und ihrer Fähigkeit zur geregelten Lebensführung abhängig zu machen.<sup>394</sup> Forel wiederum publizierte eine Replik auf diese Kritik, in der er die ‚socialen‘ Sexualeingriffe auch für Europa wünschte und verteidigte: „Auf die Gefahr hin, im Namen der heutigen Mode der Humanität, nach dem uralten Recept der Verketzerung alles Neuen, von meinen verehrten Herrn Collegen Dr. Schaefer in Lengerich,

---

390 Vgl. Imboden, Gabriela / Ritter, Hans Jakob et al.: Abtreibung und Sterilisation – Psychiatrie und Geburtenkontrolle. Zur Entwicklung im Kanton Basel-Stadt, 1920–1960. 38–50. In: Veronique Mottier / Laura von Mandach (Hg.): Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe. Zürich 2007 oder Dubach, Roswitha: Abtreibungspolitik und Sterilisationspraxis in Zürich in den 1930er Jahren. Folgerungen für die zürcherische Sterilisationsdebatte. 51–62. In: Veronique Mottier / Laura von Mandach (Hg.): Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe. Zürich 2007.

391 Forel, Sexuelle Frage, 381–382.

392 Wolf, die Kastration, 15. Aschwanden, Kastration, 22.

393 Dubach, Verhütungspolitik, 45.

394 Schaefer, Dr.: Correspondenz. 40. In: Münchener Medizinische Wochenschrift, 45. Jg., Nr. 1. München 1898. 40.

und von Anderen niedergedonnert zu werden, möchte ich (...) Folgendes erwidern: Ist es humaner, einen Menschen lebenslänglich einzusperren, als ihn zu castriren?“<sup>395</sup> In diesem Zusammenhang kam Forel auch auf ‚seine‘ beiden Fälle zu sprechen und darauf, wie er eine ‚medizinische‘ Indikation benutzt habe, um ‚eugenische‘ Zwecke zu erreichen: „Keiner derselben hat darüber geklagt, im Gegentheil, denn Beiden ging es besser, und es ist eine wahre Beruhigung, diese Menschen ausserdem ohne die Gefahr ihrer Vermehrung frei lassen zu können.“<sup>396</sup> Man sollte mit der „schwächlichen und falschen modernen Gefühlsduselei aufräumen“, neuere Erkenntnisse der Wissenschaft erforderten eben auch Änderungen eingerosteter Ansichten und Gesetze zum Wohle der Menschheit. Die beiden Kontrahenten zeigten zwar Einigkeit bezüglich der Ausgrenzung und Internierung spezifischer Personen und eines auf Wissenschaft beruhenden Umgangs mit diesen. Uneinig waren sie sich über das Instrumentarium der Intervention und darüber, welche Bedeutung dem Begriff ‚human‘ dabei zukam. Forel nahm in seiner Argumentation eine Umwertung vor, indem er seine eigene Position als ‚fortschrittlich‘ und ‚human‘ bezeichnete, während er die Position von Schaefer als ‚veraltet‘ und ‚inhuman‘ disqualifizierte.

Forel hatte bei den beiden Fällen noch eine weitere diskursive Verschiebung vorgenommen. Während in der Praxis der Kastration ‚hysterischer‘ Frauen die Aufhebung der Fortpflanzungsfähigkeit kaum je thematisiert worden war,<sup>397</sup> rückte er diese in den Vordergrund und versah sie mit einem (nicht-intendierten) eugenischen Zweck, um den ‚unglücklichen Nachkommen‘ viel Leid zu ersparen. Als die Anstalt Wil beschloss, die Kastration bei ihren Schützlingen vorzuschlagen, begründete erstmals explizit keine medizinische Indikation die Eingriffe. Aber auch bei den Fällen von Wil wurde, wie bei Forels Fällen, der Nutzen für die Patienten und Patientinnen in den Vordergrund gerückt und der Eingriff als ‚social‘ und ‚therapeutisch‘ bezeichnet. Die nachträgliche Umdeutung der Zwecke dieser Kastrationen diene als Strategie, um die Umsetzung eugenischer Massnahmen mit der breiteren Rezeption des eugenischen Diskurses akzeptabel zu machen, wie es auch Dubach für die Schweiz und Angela Gugliotta für die Sterilisationspraxis der USA nachgewiesen haben.<sup>398</sup>

Dass die ‚sociale‘ beziehungsweise die ‚eugenische‘ Kastration noch viel Widerstand hervorrufe, bedauerte Forel. „Sehr eifrige und weitgehende Kämpfer für die Reformen haben für solche Fälle die Kastration vorgeschlagen (neuerdings zum Beispiel Rüdin), was allseitig

---

395 Forel, Correspondenz, 68.

396 Forel, Correspondenz, 68.

397 Imboden et al, Das bewegte Geschlecht, 109–113.

398 Gugliotta, Angela: „Dr. Sharp with His Little Knife“. Therapeutic and Punitive Origins of Eugenic Vasectomy – Indiana, 1892–1921. 371–406. In: Journal of the History of Medicine. 53. Oxford 1998. 371–406.

Dubach, Verhütungspolitik, 51.

einen Entrüstungsschrei hervorrief. Unsere überempfindliche, modernen Kulturmenschen vertragen solche Gedanken nicht.“<sup>399</sup> Es sei nicht mehr wie „früher, in der guten alten Zeit“, als „unfähige“ und „ungenügende“ Menschen, welche „die Gesellschaft schädigten kurz und bündig hingerichtet, gehängt oder geköpft“ werden konnten. Dies sei insofern erfolgreich gewesen, da sich diese Leute nicht mehr weiter vermehrt hätten und die Gesellschaft mit ihren „entarteten Keimen schädigten“. <sup>400</sup> Selbst in ‚alte Tötungspraktiken‘ interpretierte Forel einen eugenischen Zweck hinein, um seine radikalen Forderungen zu legitimieren. Trotz der ‚irrenärztlichen‘ Anerkennung ‚eugenischer‘ Eingriffe 1906 blieben diese jedoch sowohl juristisch wie medizin-ethisch auch in der Schweiz weiterhin heikel.

Der Wandel von der Ablehnung chirurgischer Eingriffe hin zur allmählichen Rechtfertigung zeichnete sich in der Sprache ab, die an Aggressivität zunahm, um damit die Akzeptabilität der Eingriffe zu erhöhen. Die ‚Degenerierten‘ und ‚Entarteten‘ des 19. Jahrhunderts wurden zu den ‚Schmarotzern‘, ‚Seelenminderwertigen‘, ‚Schädlingen‘, ‚Sadisten‘ und ‚ethisch defekten Menschen‘ des 20. Jahrhunderts, wie Forel sie bezeichnete. Und weiter: Sie seien eine „gesellschaftlichen Pest“, <sup>401</sup> die die Bevölkerung „verseuche“ und „schwäche“, die „Unheil“ und „schlimme Keime in die Gesellschaft“ trage. <sup>402</sup> Die ‚Entarteten‘ wurden von den Eugenikern zu ‚Gesellschaftsfeinden‘ stilisiert, gegen die sich die Gesellschaft verteidigen musste. Strukturiert war dieser Diskurs, wie Mirjam Bugmann und Philipp Sarasin zeigen, durch ein rassistisches Phantasma, das die ‚Hochwertigen‘ von den ‚Minderwertigen‘ trennte, indem der Rassismus als ‚Zäsur‘ funktionierte. <sup>403</sup> Dabei wurden ‚erblich Minderwertige‘ implizit mit ‚minderwertigen Rassen‘ gleichgesetzt, die sich in einem anthropologischen Sinne zwar als Menschen, nicht aber als ‚Kulturmenschen‘ qualifizierten. <sup>404</sup> Mit Zuschreibungen wie ‚Schädlinge‘, ‚Scheusale‘ oder ‚Schmarotzer‘ wurden sie ‚entmenschlicht‘. Ihre besondere ‚Gefährlichkeit‘ für die Gesellschaft lag in ihrer, wie Forel erklärte, oft ‚ungemein erotischen‘ Veranlagung, sie galten als ‚unkontrollierbare Triebgesteuerte‘. Er war daher überzeugt, dass sexuelle Abstinenz, wie es die ‚Moralprediger‘ und ‚Sittenwächter‘ vorschlugen, bei ihnen unmöglich sei. Denn im Gegensatz zum ‚gesunden, normalen‘ Menschen, der sich durch Willenskraft sexuell zu beherrschen vermochte, fehle diesen ‚pathologischen Helden‘ jegliche ‚Selbstbeherrschung‘. <sup>405</sup> Wie *den* ‚Negern‘, *den* ‚Arabern‘ oder *den* ‚Barbaren‘ wurde auch

---

399 Forel, Sexuelle Frage, 381.

400 Forel, August: Hygiene der Nerven und des Geistes. Bücherei der Gesundheitspflege. Bd. 9. Stuttgart 1903. 86.

401 Forel, Malthusianismus oder Eugenik? 8. Forel, Sexuelle Ethik, 19.

402 Wecker, Eugenik, 166.

403 Bugmann / Sarasin, Forel mit Foucault, 54.

404 Forel, Malthusianismus, 9.

405 Forel, Ethische und rechtliche Konflikte, 36.

den ‚Minderwertigen‘ eine ‚unkontrollierbare sexuelle Triebhaftigkeit‘ zugeschrieben.<sup>406</sup> Der eugenische Diskurs des 20. Jahrhunderts funktionierte als Strategie der Ausgrenzung, in welcher dem Begriff ‚Rasse‘ als dem phantasmagorischen Kern die Funktion der ‚Ent-Menschlichung‘ zukam, die, gekoppelt mit dem Topos einer ‚unkontrollierbaren‘ Sexualität, die ‚eugenischen‘ Eingriffe geradezu notwendig machten.<sup>407</sup>

Denn August Forel, ein Pionier dieses Diskurses, war kein Befürworter sexueller Abstinenz. Er verstand den Trieb als dem Menschen zugehörig, jedem Menschen sollte es möglich sein, sich sexuell zu betätigen, aber nicht alle sollten sich fortpflanzen.<sup>408</sup> Doch förderte die Befriedigung der sexuellen Lüste ohne reproduktiven Zweck nicht eine ‚frivole Genusssucht‘? Und verlor damit die Ehe, eine Grundstütze des Staates, als Regulierungsprinzip von Begehren und Fortpflanzung nicht an Bedeutung? Wie konnte die sittliche Ordnung aufrechterhalten werden, wenn alle, ohne Folgen befürchten zu müssen, ihren Lüsten nachgehen konnten? Das Verhältnis von Lust, Reproduktion und Sittlichkeit musste neu konfiguriert werden. Denn, dass auch die Eugeniker mit ihren sexualreformerischen Anliegen nicht einfach den sexuellen Hedonismus fördern wollten, machte Forel in seinen Schriften immer wieder deutlich. „Übergenuss, Promiscuität, Prostitution, Luxus oder Tand“, warnte er, führe zur Entartung, „heftige“ und „ungezügelter“ Leidenschaften sind Zeichen einer „geistigen und erblichen Minderwertigkeit“. <sup>409</sup> Die neue Sexualmoral, wie sie Forel und anderen Eugenikern vorschwebte – nämlich Nachkommen für die ‚Hochwertigen‘, Befriedigung der Lust für alle – verlangte von allen ‚Selbstdisziplin‘ und ‚Selbstbeherrschung‘. So waren nach Ansicht von Forel nicht alle ‚erblich Belasteten‘ zu sterilisieren; jene, die zu einer selbstkontrollierten Geburtenkontrolle fähig waren und die mit ‚Vernunft, Disziplin und totaler Alkoholabstinenz‘ ihr Sexualleben zu kontrollieren vermochten, waren davon ausgenommen. Sie waren in der Anwendung von Schutzmitteln gegen die Zeugung aufzuklären und zu ihrem selbstständigen Gebrauch zu ermächtigen.<sup>410</sup> Nur bei jenen, „deren pathologische Zwangszustände derart sind, dass sie sich absolut nicht zusammennehmen können und jeder Belehrung und jedem vernünftigen Zuspruch unzugänglich sind“, die im ‚alten System‘ zur Kontrolle ihrer Sexualität interniert worden wären, ihnen sollte mit ihrer Einwilligung in den Sexualeingriff ermöglicht werden, ein selbstständiges Leben zu führen, ohne dass sie mit ihrem ‚Geschlechtstrieb‘ die Gesellschaft schädigten und die moralische Ordnung in Unordnung brachten.<sup>411</sup> Ihnen sollte

---

406 Vgl. Mosse, George: Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen. München 1985.

407 Bugmann / Sarasin, Forel mit Foucault, 62–66.

408 Forel, Malthusianismus, 3.

409 Die oft ins ‚ungeheure gehende Züchtung‘ sei ethisch wie sozialhygienisch negativ. Forel, Sexuelle Ethik, 19.

410 Den Kinderwunsch sollten sich ‚erblich belastete‘ Ehepaare mit einer Adoption erfüllen. Forel, Ethische und rechtliche Konflikte, 59. Forel, Malthusianismus, 27. Forel, Die sexuelle Frage, 382.

411 Forel, Ethische und rechtliche Konflikte, 59. Forel, Malthusianismus, 16, 29.

die gesellschaftliche Integration durch die Exklusion von Reproduktion und teilweise auch Begehren ermöglicht werden.

Die im Kontext der Eugenik durchgeführten Sexualeingriffe erfolgten in Kooperation von Medizin und Behörden. Sie waren eine Erweiterung des Machtapparates, in dem sich Wissen und Macht verschränkten und die Eingriffe in die Privatsphäre der Individuen legitimierten. Während wissenschaftliches Wissen die Praxis strukturierte und begründete, und die Wissenschaftler sich als Experten positionieren konnten und zugleich die Verwissenschaftlichung des Sozialen vorantrieben, ermöglichte der Staat, der über den rechtlichen Rahmen verfügte, den Zugriff auf die Betroffenen.<sup>412</sup> Die medizinischen Experten wurden ermächtigt, über Bereiche des Lebens anderer Menschen zu bestimmen, die sie in ‚höher-‘ und ‚minderwertige‘ Erbträger schieden. Die Individualrechte der unerwünschten Minderheiten wurden dabei dem Zugriff eines bürokratisch-wissenschaftlichen Machtdispositivs preisgegeben. Sowohl die Praxis der Eugenik wie auch die Praxis der Kastration von Sexualstraftätern sind Phänomene des 20. Jahrhunderts. Sie erwiesen und erweisen sich als plastisch und anpassungsfähig, so dass sie in unterschiedlicher Intensität und gewandelten Formen bis heute aktuell geblieben sind. Sie bilden einen Kreislauf aus Wissensproduktion und sozialer Verhaltensregulierung, die Foucault als „Mikrophysik der Macht“ bezeichnet hat, die in einem sich immer wieder verändernden Umfeld die Leben der Menschen regulierten und regulieren.<sup>413</sup>

### **3.3 Die Ausdifferenzierung der ‚socialen‘ Kastrationen**

#### **Eugenische Begrifflichkeiten**

Näcke, der bereits um 1900 eugenische Sexualeingriffe befürwortet hatte, konnte nun Ende der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts auf die ersten ‚socialen‘ Kastrationen und Gesetze hinweisen. Die Anerkennung durch die schweizerischen ‚Irrenärzte‘ von 1905 und die daraufhin ausgeführten Eingriffe im Asyl Wil sah er denn auch als wichtigen Schritt in der Umsetzung eugenischer Forderungen. Sie dienten ihm zugleich als Bestätigung und Berechtigung seines Ideals, ‚minderwertige‘ Menschen von der Fortpflanzung auszuschliessen, um die Gesellschaft zu schützen.<sup>414</sup> Doch wer genau waren die ‚Degenerierten‘, die Forel auch als ‚Schmarotzer‘, ‚Seelenminderwertige‘, ‚Schädlinge‘ oder ‚ethisch defekte Menschen‘ bezeichnete? Wie waren sie zu erkennen? Und wie definierten die Eugeniker ‚Minderwertigkeit‘?

---

<sup>412</sup> Lutz, Raphael: Verwissenschaftlichung des Sozialen. 165–193. In: Geschichte und Gesellschaft. 22. Jg. Bd. 2. 1996. 165–193.

<sup>413</sup> Foucault, Überwachen und Strafe, 86.

<sup>414</sup> Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 232.

Idealerweise zeichnet sich eine Fachsprache durch ihre Exaktheit und Eindeutigkeit aus, die keine oder praktisch keine Interpretationsmöglichkeiten zulässt. Viele eugenische wie auch psychiatrische Begrifflichkeiten der Jahrhundertwende waren jedoch polysemantisch, sie waren uneindeutig, ungenau, und oft unterschieden sie sich nur wenig von ihrem Alltagsgebrauch. Näcke war sich der Problematik der Ungenauigkeit der verwendeten Begrifflichkeiten bewusst. „Minderwerthigkeit“ sei ein vager Begriff hielt er fest, „da wir die psychisch-physiologische Variationsbreite des sogenannten Normalen noch gar nicht kennen. Hier wird vorläufig noch lange viel Subjectives herrschen.“<sup>415</sup> Forel beschrieb genauer, was er unter ‚minderwertig‘ verstand, nämlich die „siechen, verbildeten, blöden, geistig verschrobenen, verbrecherisch angelegten, faulen, verlogenen, eitlen, verschmitzten, geizigen, leidenschaftlichen, impulsiven, haltlosen“ Menschen.<sup>416</sup> Es waren negativ konnotierte moralische Charakterbeschreibungen, die den ‚minderwertigen‘ Menschen vom ‚hochwertigen‘ bürgerlichen Menschen trennte. Im Begriff ‚Minderwertigkeit‘ amalgamierten physiologische und soziale ‚Eigenschaften‘, die, von einer vermeintlichen ‚biologischen‘ Grundlage abgeleitet, den ‚sozialen Wert‘ einer Person bestimmten. Von diesem zugeschriebenen ‚sozialen Wert‘ wurde auf die Qualität des Erbguts geschlossen. Dieser ‚soziale Wert‘ wiederum war – wie Eugeniker immer wieder hervorhoben – stark durch die soziale und wirtschaftliche ‚Nützlichkeit‘ definiert. Anknüpfen konnten sie mit ihrer Vorstellung von ‚Nützlichkeit‘ an das liberale Konzept von individueller Freiheit und Verantwortung im 19. Jahrhundert. Mit der Durchsetzung dieses Konzeptes war der ‚Leistungsausweis‘ des Einzelnen in den Vordergrund der Beurteilung gerückt, der durch bürgerliche Normen und Vorstellungen wirtschaftlicher Prosperität definiert war.<sup>417</sup>

Die Vagheit und Mehrdeutigkeit ihrer Sprache eröffnete den Eugenikern bei der Umsetzung ihrer Forderungen ein relativ offenes Feld, das einen weiten Interpretations- und Handlungsspielraum zuliess. Alle möglichen sozialen Eigenschaften und Charakterzüge gerieten in ihr Einzugsgebiet. Soziale Probleme wurden biologisiert und medizinischen Zugriffen zugänglich gemacht.<sup>418</sup> Das Konzept der Eugenik, wie es 1869 formuliert und anfangs des 20. Jahrhunderts umgesetzt worden war, war im Verständnis ihrer Protagonisten eine Wissenschaft, die jedoch wenig fundiert, mit unscharfen Begrifflichkeiten operierend in der Praxis eine grosse ‚situative Plastizität‘ zeigte.<sup>419</sup> Neben der sprachlichen

---

415 Näcke, Degeneration, 200, 206.

416 Forel, Die sexuelle Frage, 18, Forel, Sexuelle Ethik, 18.

417 Senn, Marcel: Neue Rechtstheorien nach Massgabe von Rassenlehren und Sozialdarwinismus zwischen 1860 und 1914. 27–41. In: Ignacio Czeguhn / Eric Hilgendorf / Jürgen Weitzel (Hg.): Eugenik und Euthanasie 1850–1945. Frühformen, Ursachen, Entwicklungen, Folgen. Baden-Baden. 31.

418 Weingart et al., Rasse, Blut und Gene, 145. Roelcke, Krankheit und Kulturkritik, 96–100.

419 Wecker, Regina et al: Eugenik und Sexualität – Widersprüche und Ambivalenzen. 163–186. In: Regina Wecker et al: Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 163. Vgl. Schwartz, Michael: Die Mehrheit und die „Minderwertigen“. Eine globalhistorische

Unbestimmtheit waren es auch die verschiedenen, voneinander unabhängigen Diskursstränge mit jeweils eigenen Entstehungsgeschichten und Traditionen, die sich im eugenischen Diskurs in unterschiedlichen Intensitäten miteinander verknüpften, sich gegenseitig verstärkten oder abschwächten und sich wieder voneinander lösten, die zu ihrer Plastizität beitrugen. Es waren Diskurse zu Alkoholkonsum, der Degeneration, der Vererbung, der Kriminalität, der Armut, der Prävention, der sexuellen Perversionen, der Rasse und der Bevölkerung. Je nach Kontext und Akteuren konnten noch weitere Diskursstränge eingebunden werden.<sup>420</sup> Mit ihren vielfältigen Verschränkungen und Verknüpfungen verbreiteten sich eugenische Argumente in verschiedenen Gebieten und bildeten ein dichtes Netz aus Kontrolle und Regulierung, das auch die soziale Politik der Schweiz prägte.<sup>421</sup> Hervorgebracht und vermittelt wurden eugenische Denk- und Handlungsmuster interdiskursiv in einem interdisziplinären Arbeitsfeld. Auch wenn der Diskurs der Eugenik, der stark auf den Ausschluss der ‚Minderwertigen‘ fokussierte, einen Diskurs der Diskriminierung darstellte, lagen ihm auch integrative Momente inne. Mit der Identifizierung und der Übernahme eugenischer Normen – die sich in Denk- und Verhaltensweisen äusserten – bot er die Möglichkeit der Integration, beziehungsweise der Reintegration und partiellen Partizipation an der bürgerlichen Gesellschaft, wie es sich in den Fällen von Will zeigte. Die soziale Reintegration der vier ausgeschlossenen ‚Pfleglinge‘ in die Gesellschaft erfolgte unter Ausschluss von Fortpflanzungsfähigkeit und Begehren.

### **Synonyme Verwendung von Kastration und Sterilisation**

Die Vagheit des sprachlichen Gebrauchs der Eugeniker zeigte sich anfänglich auch in der Verwendung der Begriffe Kastration und Sterilisation. Obwohl sich die Eugeniker früh der Differenzen bewusst waren, gebrauchten sie die beiden Begriffe oft synonym. Der Begriff Kastration mit seinen verschiedenen Traditionen bezeichnete bis in die 1920er Jahre verschiedene Eingriffe, die neben der Entfernung von Penis und Hoden beim Mann auch ein Arsenal an Manipulationen an den weiblichen Geschlechtsorganen miteinschloss. Es war ein

---

Sicht auf Eugenik und „Euthanasie“ im 20. Jahrhundert. 127–146. In: Ignacio Czeguhn / Eric Hilgendorf / Hürgen Weitzel (Hg.): Eugenik und Euthanasie, 1850–1945. Frühformen, Ursachen, Entwicklungen, Folgen. Baden-Baden 2009. In der Sowjet-Union wurden erste Ansätze einer ‚bolschewistischen Eugenik‘ bereits um 1930 abgewürgt und im italienischen Faschismus blieb aufgrund seiner Abhängigkeit vom Katholizismus Eugenik auf rhetorische Forderungen beschränkt. Vgl. Schwartz, Sozialistische Eugenik, Bonn 1995. In dem amerikanischen Staat Indiana waren die Sterilisations-Praktiken von Heim zu Heim verschieden, während in einigen Heimen keine Eingriffe ausgeführt worden waren, wurde drei Viertel der Eingriffe in einem einzigen Heim ausgeführt. Vgl. Stern, Alexandra Minna: From Legislation to Lived Experience: Eugenic Sterilization in California and Indiana, 1907–79. 95–116. In: Paul A. Lombardo (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genom, Indiana 2011. 99.

420 Wolfisberg, Heilpädagogik, 141–145.

421 Bei der Etablierung eugenischer Argumente in der Sozialpolitik kamen etwa den Wohltätigkeitsorganisationen wie der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG), der Pro Juventute, der Schweizerischen Vereinigung für Anormale (SVfA), Pro Infirmis und weiteren eine wichtige Rolle zu, wobei die Psychiatrie als Experte für geistige Gesundheit die Führungsrolle übernahm. Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 154. Wolfisberg, Heilpädagogik und Eugenik, 163.

weites Spektrum von Eingriffen, die unter dem Begriff Kastration subsumiert wurden.<sup>422</sup> Bei der Sterilisation hingegen handelte es sich um einen um die Jahrhundertwende neu entwickelten chirurgischen Eingriff. Korrespondierend mit der noch dominierenden sozialen Vorstellung, dass Reproduktion und Begehren zusammengehören, wurden die beiden Aspekte auch auf körperlicher Ebene als zusammengehörig angenommen. Entsprechend wurden den beiden Eingriffen anfänglich ähnliche Wirkungen zugesprochen: Sie hoben die Fortpflanzungsfähigkeit auf und sie reduzierten den Geschlechtstrieb. Die verschiedenen Funktionen der Keimdrüsen waren eben erst dabei, erforscht zu werden und die Wirkungen der beiden Eingriffe noch unklar und diffus. Erst mit den Weiterentwicklungen der Wissenschaften, insbesondere der Endokrinologie, und ihrer Reflexion schärften sich die Differenzen zwischen Sterilisation und Kastration und führten zur Ausdifferenzierung der beiden Eingriffe bezüglich ihrer Anwendungen und Wirkungen. Der Begriff Kastration wurde ab Mitte der 1920er Jahre nur noch für die Entfernung der männlichen Keimdrüsen verwendet.<sup>423</sup> Mit der Durchsetzung der Symbolik der Freud'schen Sexualtheorie und der Bedeutung der männlichen Keimdrüsen in der sich formierenden Endokrinologie bezog sich die Kastration nur noch auf den Mann, auf die Entfernung der männlichen Keimdrüse und den damit assoziierten Verlust von Macht und Potenz.

### **Die sich entfaltende Dynamik nach den ersten ‚socialen‘ Kastrationen**

Mit den ersten Sexualeingriffen und ihrer Publikation entfaltete der Diskurs der Eugenik eine neue Dynamik. Die Unfruchtbarmachung, die „nichts Geringeres als die Ausrottung von Verbrechen und Geisteskrankheit“ zum Ziel hatte und die 1897 noch als „Utopie“ in eine „ferne Zukunft“ verwiesen worden war, sei zur Realität geworden ist in der Münchener Medizinischen Wochenschrift zu lesen.<sup>424</sup> Mit den ersten ‚socialen‘ Kastrationen rückten die Massnahmen und die Bedingungen ihrer Umsetzung in den Fokus der eugenisch-medizinischen Debatten. Den vier Fällen von Wil folgten bald weitere Fälle, die mit mehreren diskursiven Verschiebungen und Werteverstärkungen, aber auch neuem wissenschaftlichen Wissen einhergingen, mit denen die Eingriffe, die keinem individuell-therapeutischen Zweck dienten, dennoch akzeptabel gemacht wurden. Mit den Ergebnissen des Histologen und Zoologen Weismann transformierte sich ‚Heredität‘ zu einem wissenschaftlich begründeten deterministischen Konzept. Weismann verwarf die Vorstellung, dass sich Veränderungen durch Umwelteinflüsse weitervererben. Auch die ‚regenerativen‘ Aspekte der Vererbung, wie sie Näcke noch 1899 vertreten hatte, verschwanden aus dem

---

<sup>422</sup> Marcuse, Kastration, 325.

<sup>423</sup> Marcuse, Kastration, 321.

<sup>424</sup> „Tagesgeschichtliche Notizen“. 1461–1462. In: Münchener Medizinische Wochenschrift, Nr. 50, XLIV Jg. München, 1897. 1461–1462.



Diskurs der Eugenik.<sup>425</sup> Mit der Durchsetzung des deterministischen Konzeptes von Vererbung wurde, wie bereits gezeigt, die Sprache der Eugeniker aggressiver. Die ‚Minderwertigen‘ wurden zu ‚Gesellschaftsfeinden‘, die es ‚auszurotten‘ galt.<sup>426</sup> Die ‚traditionelle‘ Praxis der Internierung zur Überwachung der Sexualität wurde als ‚inhumaner‘ gesellschaftlicher Ausschluss kritisiert, während die Sterilisation und Kastration – ‚kleine, ungefährliche Eingriffe‘ – als ‚human‘ und gesellschaftlich integrierend dargestellt wurden. Die Behauptung des individuellen Nutzens verlor in der Legitimierung insbesondere der eugenischen Eingriffe an Bedeutung, der Nutzen für die Bevölkerung legitimierte die Eingriffe nun hinreichend. Mit der Entlassung Internierter aus den Institutionen und der Behauptung der finanziellen Entlastung konnte sich die Psychiatrie, deren therapeutische Erfolge um 1900 noch gering waren und deren Patienten und Patientinnen oft jahre- und jahrzehntelang interniert blieben, als erfolgreiche und ‚humane‘ Problemlöserin positionieren. Zugleich konnte der chronischen Platznot in den ‚Irrenanstalten‘ entgegengewirkt werden.<sup>427</sup>

Indem die Bedrohung der Gesellschaft durch die ‚Minderwertigen‘ ins Zentrum des eugenischen Diskurses gerückt wurde, konnte die Zeugung ‚kranker und entarteter‘ Kinder als ‚eines der schwersten Vergehen‘ erklärt werden. Es sei „das grösste Unglück für Staat, Rasse und die menschliche Gesellschaft überhaupt“ bekräftigte der Psychiater Ludwig Gerngross.<sup>428</sup> Den Schutz der Bevölkerung beschwörend postulierten die Eugeniker die Sterilisation und Kastration als die einzig effizienten Instrumente gegen die durch die ‚Minderwertigen‘ drohende ‚Entartung‘.<sup>429</sup> Bereits 1911 formulierte der Psychiater Emil Oberholzer in seiner Darstellung der Kastrations- und Sterilisationspraxis die Verhinderung von ‚minderwertigen‘ Nachkommen als alleinigen Zweck der Eingriffe.<sup>430</sup> Die bis dahin logische und erwünschte Folge und Norm des sexuellen Verkehrs – Nachkommen zu zeugen – wurde bei den ‚Minderwertigen‘ zum Verbrechen. Die Eugeniker, die den Untergang der Zivilisation durch die ‚Minderwertigen‘ beschworen, priesen sich selbst mit dem Versprechen einer ‚gesünderen‘ und ‚reineren‘ Bevölkerung als ihre Retter an.<sup>431</sup> Doch noch waren dem Zugriff der Ärzteschaft auf die ‚Minderwertigen‘ enge Grenzen gesetzt.

---

425 Er ging davon aus, dass analog zur Degeneration die ‚Kreuzung mit gesundem Blute‘ zu einer Regeneration, einer Verbesserung des Erbguts und damit der Bevölkerung führen. Näcke, Paul: Degeneration, Degenerationszeichen und Atavismus. 200–224. In: Archiv für Anthropologie und Kriminalistik. Bd. 1, Heft 2 + 3. Leipzig 1899. 200–224.

426 Sury, Kurt von: Die Berechtigung der sozialen Indikation zur Sterilisation und ihre forensische Beurteilung, in: Vierteljahresschrift für gerichtliche Medizin und öffentl. Sanitätswesen. 3. Folge. XLIII. Berlin 1912. 12.

427 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 257.

428 Gerngross, Friedrich Ludwig: Die Sterilisation und Kastration als Hilfsmittel im Kampfe gegen das Verbrechen. München 1913. Gerngross bezog sich in seiner Schrift auf die von Oberholzer publizierten Fälle.

429 Näcke, Die ersten Kastrationen, 228.

430 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 1.

431 Näcke, Kastration bei gewissen Klassen, 60.

## Die Praxis der Einwilligung und die Forderung nach einer rechtlichen Grundlage

Denn die rechtliche Grundlage und die medizinische Begründung der Eingriffe waren und blieben heikel und umstritten.<sup>432</sup> So zeigte sich Näcke 1909 verblüfft darüber, wie einfach die Eingriffe in Wil hätten durchgeführt werden können. Problemlos hätten alle involvierten Parteien eingewilligt. Dabei war die Einwilligung in die ‚sociale‘ Kastration nicht alleine zwischen Psychiater und Patienten und Patientinnen ausgehandelt worden, es waren – wie auch die weiteren Fälle zeigen – die verschiedensten Institutionen und Behörden in den Prozess der Einwilligung involviert. Das Einholen der verschiedenen Einwilligungen wurde von den Eugenikern zuerst als notwendig, bald aber als lästig empfunden. Auch die weiteren gesellschaftlichen und rechtlichen Hindernisse, die der eugenischen Logik einer biologischen Rationalisierung und ‚Verbesserung‘ im Wege standen, wurden kritisiert. Besonders stossend erschien dem Psychiater Emil Oberholzer insbesondere bei Frauen, dass der Eingriff vom ‚guten Willen‘ des betroffenen Individuums abhängig sei, an dessen Entscheidung sich der Arzt zu halten habe, auch wenn sie ansonsten als ‚unzurechnungsfähig‘ oder als ‚schwachsinnig‘ galten.<sup>433</sup> Aber nicht nur an die Einwilligung der direkt Betroffenen hatten sich die Ärzte zu halten, auch den Entscheiden der Behörden und Institutionen war Folge zu leisten. „Solange man bei der Sterilisation und Kastration aus sozialen Gründen in der Praxis auf die Zustimmung der Armenbehörden angewiesen ist“, werde eine Behandlung verunmöglicht, selbst wenn die Betroffene einverstanden wäre, kritisierte Oberholzer die aktuelle Situation.<sup>434</sup> „In dieser Beziehung wird es erst dann besser werden, wenn es möglich ist, die Operation auf Grund einer gesetzlichen Handhabe auszuführen, so dass es auch nicht nötig ist, vorher zahlreiche behördliche und richterliche Instanzen zu durchlaufen, wo gleichfalls die mannigfaltigsten Einflüsse mitspielen und ausschlaggebend werden können“ war Oberholzer überzeugt.<sup>435</sup> Die Kritik, dass die vielen am Entscheidungsprozess beteiligten Behörden und Institutionen für die Durchführung eugenischer Sterilisationen kontraproduktiv seien war nur punktuell zutreffend. Meist willigten diese problemlos ein. Oft waren sie es selbst, die bei ihren Schützlingen eine Sterilisation veranlassten.<sup>436</sup> Da eine rechtliche Grundlage fehlte, die es den Medizinern erlaubte die Eingriffe in eigener Kompetenz vorzunehmen, hielten die Psychiater daran fest, alle involvierten Behörden und Institutionen in den Einwilligungsprozess einzubeziehen. Die breit

---

432 Kritisiert wurde die fehlende rechtliche Grundlage etwa durch Wilhelm, Die Beseitigung der Zeugungsfähigkeit, 470–482.

433 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 19, 40, 50.

434 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 44, 66.

435 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 75.

436 Oberholzer kritisierte die Einwilligungspraxis nur, wenn die Einwilligung verweigert wurde. Ansonsten lobte auch er die Einfachheit der Einwilligung. „Wie in allen Fällen des Asyls Wil, so ist auch hier die grosse Einfachheit des Prozedere in der Praxis bemerkenswert.“ Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 59.

abgestützten Einwilligungen dienten ihnen als Schutz gegen eventuelle Klagen. Denn die Vertreter der verschiedenen Institutionen, die unter anderem mit der Beaufsichtigung und dem Schutz der Betroffenen beauftragt waren, waren gegebenenfalls auch zur Anklage berechtigt. Die Psychiater von Wil schienen aber nicht nur die Einwilligung problemlos erhalten zu haben, die Eingriffe waren auch ohne Widerstand seitens der Chirurgie und Gynäkologie ausgeführt worden. Doch noch waren nicht alle Chirurgen bereit, solche Eingriffe auszuführen.

1910 hatte der Jurist H. Bircher eine entsprechende Anfrage eines Chirurgen erhalten. Seine Antwort publizierte er in der Zeitschrift „Schweizerische Medizinische Rundschau“.<sup>437</sup> Der Chirurg habe bereits 1891 die Anfrage erhalten, ob es nicht eine „Wohltat“ wäre, einer Frau mit sieben Kindern, die wegen „selbstverschuldetem Siechtum“ in einer Krankenanstalt interniert war, „zur Abwendung grösseren Unglücks, wie man sagt, „das Münz nähme“? Selbstverständlich habe der Chirurg dieses Ansinnen abgewiesen.<sup>438</sup> Ein paar Jahre später sei der Chirurg erneut mit einem ähnlichen Anliegen konfrontiert worden, diesmal mit Referenz auf die Fälle von Wil. Ob der Sexualdelinquent W.B. nicht kastriert werden könne wie in Wil, wo „aus einem gemeingefährlichen Menschen wieder ein harmloser, brauchbarer Arbeiter gemacht worden war.“<sup>439</sup> W.B., der nach Verbüssen seiner Strafe wegen ‚sexueller Gemeingefährlichkeit‘ in einer ‚Irrenanstalt‘ interniert worden war, forderte die Freilassung, da er die Strafe abgesessen habe. Die Anstaltsleitung wollte aber nur zustimmen, wenn er sich kastrieren liess. Weil bei einem solchen Eingriff kein körperliches Leiden beseitigt werde, lehnte der Chirurg das Ansinnen ab. Dennoch holte er sich den juristischen Rat von H. Bircher und wollte wissen, ob W.B. kastriert werden dürfe, um dessen Freilassung zu ermöglichen. Doch auch Bircher kam zum Schluss, dass die aktuelle Gesetzeslage einen solchen Eingriff nicht zulasse. Er forderte ihn auf abzuklären, ob von W.B.’s. Geistesbeschaffenheit nicht erwartet werden könne, „dass er seinen übernormalen Sexualtrieb mit seinem Willen bemeistert, oder ob dieser Trieb nicht dadurch in erlaubte Bahnen geleitet werden kann, dass B. zum Beispiel eine eheliche Verbindung eingeht.“<sup>440</sup> Sollte dies nicht möglich sein, sei W.B. dauernd in einer Anstalt für Geisteskranke zu internieren. Zudem könne nicht von einer ‚freiwilligen‘ Entscheidung gesprochen werden wie es das Gesetz voraussetze, da W.B. keine andere Möglichkeit sähe, seine Freiheit zu erlangen, als in die Kastration einzuwilligen.

---

437 Bircher, Heinrich: „Ist ein chirurgischer Eingriff gestattet, welcher nicht den Zweck hat, eine Krankheit zu Heilen?“ 1459–1462. In: Schweizerische Rundschau für Medizin. No. 40, 5. Jg., Basel 1910.

438 Bircher, Ist ein chirurgischer Eingriff gestattet, 1459.

439 Bircher, Ist ein chirurgischer Eingriff gestattet, 1460.

440 Bircher, Ist ein chirurgischer Eingriff gestattet, 1461.

In der juristischen Antwort begründete der ‚freie Wille‘ die Ablehnung der Eingriffe. Der Jurist ging davon aus, dass die ‚willentliche Selbstkontrolle des Geschlechtstriebes‘ die Voraussetzung der Entlassung bilden müsse. Und dass die ‚freie Willensbestimmung‘ bezüglich der Einwilligung in die Kastration im gegebenen Kontext nicht erfüllt sei. Dies qualifizierte die ‚sociale‘ – in diesem Falle die kriminalpräventive Kastration aus Sicht des Juristen als strafbare Körperverletzung. Für die rechtliche Anerkennung müsse zuerst eine Gesetzesänderung vorgenommen werden, hielt Bircher fest. Dieser spezifische Fall war auch an der Versammlung der juristisch-psychiatrischen Vereinigung Zürich behandelt worden. Die Diskussion drehte sich hier um die Frage der ärztlichen Berufspflicht. War der Arzt alleine der Heilung kranker Menschen verpflichtet? Sollte er nicht vielmehr auch da einzugreifen habe, wo „allein seine Tätigkeit grosses Unheil in rationeller Weise verhüten kann“, wie der Jurist E. Hafer meinte?<sup>441</sup> Die Frage der rechtlichen Regelung drehte sich darum, wem der Arzt verpflichtet sei: In erster Linie dem Patienten oder der Gesellschaft? Wessen Belange hatte der Arzt zu berücksichtigen?

Das Postulat des Psychiaters Good von 1910 hingegen verwies auf die steigende Akzeptanz eugenischer Eingriffe, auch seitens der Justiz. Hatte Forel noch um die grundlegende Berechtigung des Eingriffes gekämpft, konnte Good nur wenige Jahre später bereits mit der Forderung nach einer rechtlichen Grundlage an die Juristen herantreten. Diese sollte vor allem dem Schutze der Ärzte dienen. Er wünschte, dass die eugenischen Eingriffe nicht mehr „heimlich“ oder im Kontext einer medizinischen Massnahme vorgenommen werden müssen.<sup>442</sup> Die Schaffung einer legalen Grundlage sollte mit der Erweiterung der ärztlichen Berufspflicht einhergehen und es der Ärzteschaft ermöglichen, die von ihr als ‚erblich belastet‘ bezeichneten Personen zum Schutze der Gesellschaft von der Reproduktion auszuschliessen.<sup>443</sup> Der Wille der Betroffenen sollte dabei kein Hindernis mehr bilden. In seinem Postulat, das sich an Juristen richtete, distanzierte sich Good explizit von der Verwendung des Begriffes Kastration. Der klinge viel zu „zoologisch“, erwecke unangenehme Assoziationen und sei immer mit „Nebenfolgen unliebsamer Art“ verbunden.<sup>444</sup> So habe er bei den vier Fällen in Wil auch nicht die Kastration empfohlen, wie Näcke behauptete, „wir sprachen von Sterilisation, also einem Eingriff, der ohne die Entfernung der Geschlechtsdrüsen eine fernere Befruchtung verunmögliche“.<sup>445</sup> Dass er die

---

441 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 24–25.

442 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 258, 259.

443 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 258, 261, 266, 267, 277–278. Siehe auch von Sury, Die Berechtigung der sozialen Indikation.

444 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 259, 260, 261.

445 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 259, 260, 261, 275, 276. Diese Aussage widersprach jedoch der Aussage im Jahresbericht, dass die pathologische Untersuchung der Ovarien diese als normal befunden habe. Die beiden männlichen Fälle verwendete Oberholzer für eine Studie, in der er die Wirkung der Kastration auf den Geschlechtstrieb bei Männern untersuchte. Oberholzer, Emil: Über die Wirkung der Kastration auf die

Eingriffe in diesem Kontext als Sterilisation bezeichnete, obwohl es sich um Kastrationen gehandelt hatte, wie spätere Publikationen zeigen, ist in diesem Kontext als Strategie der Akzeptabilität zu interpretieren.<sup>446</sup> Konnte Good nicht davon ausgehen, dass aus Sicht der Juristen die Aufhebung einer organischen, nicht lebensnotwendigen Funktion strafrechtlich als weniger gravierend gewichtet wurde als die Entfernung eines gesunden Organs? Eine noch grössere Akzeptanz eugenischer Sterilisationen erhoffte er sich durch die erst kürzlich entdeckte Röntgensterilisation. Mit dieser falle der chirurgische Eingriff ganz weg, „ausser dem Verlust der Zeugungsfähigkeit“ bleibe das „Geschlechtsleben völlig unbeeinflusst“.<sup>447</sup> Good differenzierte sprachlich explizit zwischen Kastration und Sterilisation und bezeichnete letztere als wenig invasiv. Er hob hervor, dass das ‚Geschlechtsleben‘, das heisst, die ‚Geschlechtstriebe‘ erhalten bleibe. Die Betroffenen wurden zwar ihrer Reproduktionsfähigkeit, nicht aber ihres sexuellen Begehrens enthoben. Dass das Begehren erhalten bleibe hob auch Näcke hervor. Effekt dieser expliziten Differenzierung zwischen Reproduktion und Begehren war, dass dem Begehren auch ohne reproduktive Zwecke zentrale Bedeutung zugeschrieben wurde. Good kam in seinen Ausführungen jedoch zum Schluss, dass Kastrations- und Sterilisations-Gesetze, wie sie in Staaten der USA eingeführt worden waren, sich in der Schweiz kaum durchsetzen liessen.<sup>448</sup> Die ablehnende Haltung gegen eine rechtliche Regelung sah Oberholzer in der fehlenden wissenschaftlichen Grundlage, den fehlenden Erbprognosen und in moralischen Vorbehalten begründet.<sup>449</sup> Trotz der fehlenden Rechtsgrundlage und der teils ablehnenden Haltung seitens der Justiz wurden weiterhin kriminalpräventive Kastrationen und eugenische Sterilisation durchgeführt.

### **Die Vasektomie: Die Bevorzugung von Männern für eugenische Eingriffe**

Good behauptete in seiner Schrift an die Juristen, in Wil Sterilisationen und nicht Kastrationen durchgeführt zu haben. Dass in Wil bei den männlichen Patienten Vasektomien ausgeführt wurden, davon war auch Näcke überzeugt. Denn er ging davon aus, dass auch die Vasektomie eine auf den ‚Geschlechtstrieb‘ dämpfende Wirkung habe, „auch soll sich nicht selten nach der Operation der Charakter mildern.“<sup>450</sup> Dabei berief er sich auf den Gefängnisarzt H. C. Sharp, der Ende des 19. Jahrhunderts an Häftlingen erste ‚sociale‘

---

Libido sexualis. 829–843. In: Max Marcuse: Sexual-Probleme. Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. Dezember. Berlin 1912. 829–843.

446 Im Jahresbericht von Wil von 1907 steht, dass die Ovarien nach ihrer Entfernung noch auf Pathologien hin untersucht worden seien. Und in späteren Schriften von Oberholzer, Maier und Dukor/Slotopolsky bezeichnen sie die Eingriffe definitiv als Kastrationen, als Entfernung der Keimdrüsen. Darauf komme ich noch zu sprechen.

447 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 274. Zu den Röntgenstrahlen vgl. auch Dommann, Monika: Durchsicht, Einsicht, Vorsicht. Zur Geschichte der Röntgenstrahlen 1896–1963. Zürich 2003.

448 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 270. Zu den eugenischen Gesetzen siehe Maier, Hans W.: Die Nordamerikanischen Gesetze gegen die Vererbung von Verbrechen und Geistesstörung und deren Anwendung. Hall a/S 1911.

449 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 25–29, 36.

450 Näcke, Die Kastration bei gewissen Klassen, 7.

Vasektomien ausgeführt hatte, um den Geschlechtstrieb zu ‚dämpfen‘. Die Vasektomie, die Sterilisation des Mannes, bei der die Samenstränge durchtrennt werden, war in den 1890er Jahren in Schweden und England als therapeutischer Eingriff bei Prostatahypertrophie, der Vergrößerung der Prostata, entwickelt worden.<sup>451</sup> Sie war – ebenso wie die Kastration – beim Mann ein einfacher Eingriff, der ambulant ‚in zwei Minuten‘ ausgeführt werden konnte.<sup>452</sup> Der amerikanische Arzt Albert Ochsner (1858–1925), der diesen Eingriff entwickelt hatte, beobachtete bei seinen Patienten, dass diese nach einer Vasektomie zwar fortpflanzungsunfähig, nicht aber impotent wurden. Er schlug vor, diesen Eingriff auch in „eugenischem Sinne“ anzuwenden, um „Degenerierte“ an der Fortpflanzung zu hindern. Der amerikanische Gefängnisarzt Sharp griff diesen Gedanken auf und erprobte ihn zuerst an einem männlichen Gefängnisinsassen, der ‚exzessiv‘ onanierte. Sharp war dabei noch in der Vorstellung verhaftet, dass ‚exzessiver‘ Sex zu geistiger und körperlicher ‚Degeneration‘ führe. Davon ausgehend, dass die Vasektomie eine Schrumpfung der Testikel zur Folge hatte, nahm Sharp auch an, dass sie sich ‚dämpfend‘ auf den Geschlechtstrieb auswirke. Dies beobachtete er dann auch tatsächlich bei ‚seinem‘ sterilisierten Gefangenen.<sup>453</sup> Nicht nur habe der Häftling seit dem Eingriff die Kontrolle über seinen Geschlechtstrieb erlangt, er sei auch im Schulunterricht besser und schaffensfreudiger geworden, verkündete er. Zwischen dem Eingriff und seinen Beobachtungen stellte Sharp eine ursächliche Verbindung her und war überzeugt, den Delinquenten von seiner ‚moralischen Degeneration‘ geheilt zu haben.<sup>454</sup> Er sprach der Vasektomie einen therapeutischen Wert zu. Weitere Gefängnisinsassen wurden ermuntert sich sterilisieren zu lassen, bei praktisch keinem von ihnen sei es zu ungünstigen Folgen gekommen. Im Gegenteil, die meisten Gefangenen würden sich wohler fühlen, berichtete Sharp. Nachdem er innerhalb von zehn Jahren 456 Vasektomien durchgeführt hatte, begann er, sich für eine eugenische Gesetzgebung einzusetzen.<sup>455</sup>

Der Sterilisation von männlichen Gefängnisinsassen kam in den Anfängen eugenischer Eingriffe in den USA zentrale Bedeutung zu. Auch die Befürworter von Sexualeingriffen in Europa sahen, um eugenische Ziele zu erreichen, die Sterilisation anfänglich vor allem für

---

451 Die Prostatahypertrophie, die Vergrößerung der Vorsteherdrüse wurde in den 1880er mit einer Kastration behandelt, davon ausgehend, dass die Prostata schrumpfen werde. Wolf, Die Kastration, 13–14.

452 Carlson, Elof Axel: The Hoosier Connection: Compulsory Sterilization as Moral Hygiene. 11–25. In: Lombardo, Paul A. (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genom. Indiana 2011.

453 Gugliotta, „Dr. Sharp with His Little Knife“, 378.

454 Sharp führte die ersten Vasektomien als therapeutische Eingriffe aus. Erst mit der Zeit entwickelte er explizit eugenische Begründungen und setzte sich dann für eine Gesetzgebung ein, auch um sich selbst zu schützen. Stern, From Legislation to lived Experience, 99. Auch Carlson, The Hoosier Connection, 20. Maier, Nordamerikanischen Gesetze, 16.

455 Zur eugenischen Gesetzgebung in Indiana vgl. Lantzer, Jason S.: The Indiana Way of Eugenics. Sterilization Laws, 1907–74. 26–41. In: Paul A. Lombardo (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genom. Indiana 2011. 26–41.

Männer vor. Dass die Betroffenen jedoch so einfach in den Eingriff eingewilligt hatten, erstaunte den Psychiater Näcke doch sehr. War die Einwilligung so einfach zu erhalten, weil sie die (einzige) Möglichkeit bot, entlassen zu werden, wie der Psychiater Emil Oberholzer meinte? Dieser war überzeugt, dass der Druck der Internierung die Leute dazu brachte, sich diesem Eingriff zu unterziehen.<sup>456</sup> Und willigten die Aufsichtsbehörden lediglich wegen der finanziellen Anreize ein? Auch dies dürfte ein wichtiger Grund gewesen sein. Dennoch sah Näcke nicht die Möglichkeit einer schnellen Entlassung oder die Schonung der Finanzen als Ursache der problemlosen Einwilligung. Die Leute, so seine Erklärung, liessen sich so einfach kastrieren, weil ihnen – und mit ‚ihnen‘ waren explizit nur Männer gemeint – klar gemacht werden konnte, dass die ‚potentia coeundi‘, Lust und Potenz erhalten blieben. Nur die ‚potentia generandi‘, die Reproduktionsfähigkeit werde beim Eingriff aufgehoben.<sup>457</sup> Näcke war überzeugt, wenn die zu Operierenden wussten, dass „der Liebesakt als solcher nicht verkümmert“, würden die vor die Wahl gestellten schweren Verbrecher und „Entarteten“ sich sofort für eine „Castration“ entscheiden.<sup>458</sup> Dass Begehren und Potenz erhalten blieben, hob er in seinem Text von 1909 mehrmals hervor. Auch die Schweizer Psychiater Good und Oberholzer betonten diesen Aspekt in ihren Publikationen über die Praxis ‚socialer‘ Sexualeingriffe immer wieder.<sup>459</sup> Denn, fuhr Näcke weiter, die „potentia generandi“, das Potential der Reproduktion werde völlig überschätzt, „vergessen wir nicht, dass der Fortpflanzungstrieb als solcher beim Manne kaum oder gewiss nur selten besteht.“ Ihm komme es im Moment des Coitus nur auf das Vergnügen an, „an das ernste und verantwortliche Geschäft der Fortpflanzung denkt er nicht!“<sup>460</sup>

Ganz anders bei der Frau. Bei ihr liege „die Sache leider nicht so günstig und eine schnelle und harmlose Kastrationsmethode mit Erhaltung der Ovarien sei erst noch aufzufinden.“<sup>461</sup> Noch immer sei ein solcher Eingriff gefährlich, wie die Praxis der Kastration von Frauen wegen Hysterie Ende des 19. Jahrhunderts zeige. Es sei verschwiegen worden, wie viele Frauen an der Operation gestorben seien oder danach an Störungen litten.<sup>462</sup> Auch mit ihrem Surrogat, der von Kehler vorgeschlagenen Tubendurchschneidung verhalte es sich nicht anders. Zudem sei nicht sicher, ob diese eine hundertprozentige Verhütung garantiere. Der Eingriff bei der Frau war aus Sicht von Näcke nicht nur wegen seiner Gefährlichkeit

---

456 Oberholzer machte explizit, dass ohne Druck der Internierung, es kaum möglich sein werde, die Leute dazu zu bringen, sich einem solchen Eingriff zu unterziehen. Oberholzer, Emil: Dauernde Anstaltsversorgung oder Sterilisierung? 54–60. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Bd. 15. 1912. In einer späteren Publikation wiederholte Oberholzer, dass die Drohung einer Internierung als Druckmittel dienen, „in diesem Sinne üben wir auch jetzt einen gewissen Zwang aus...“. Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 138.

457 Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 228.

458 Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 228, 233.

459 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 260.

460 Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 228.

461 Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 229.

462 Näcke, Die Kastration bei gewissen Klassen, 74, 76.

problematisch. Er behauptete auch, dass im Gegensatz zum Manne bei der „ethisch höher stehenden Frau“ der Verlust der Reproduktionsfähigkeit schlimm sei, selbst bei der frigiden Frau stünde der „Schrei nach dem Kinde“ im Vordergrund.<sup>463</sup> Dass Frauen sich nicht für eugenische Eingriffe eigneten, befand er aber als nicht weiter schlimm, da die Frau mit dem Klimakterium sowieso fortpflanzungsunfähig werde und generell weniger kriminell sei.<sup>464</sup> Einzig wegen eines „übermässigen Geschlechts-genusses“ könnte ein Sexualeingriff bei Frauen in Betracht kommen, dafür sei die Kastration jedoch ungeeignet, wie die erhöhte Libido mancher klimakterischer Frauen zeige.<sup>465</sup>

Waren Frauen nur auf ihre Reproduktion fixiert, wie Näcke suggerierte? Wäre es nicht auch denkbar, dass eine sichere Verhütung, wie sie die Sterilisation auch bot – wenigstens einem Teil der Frauen entgegengekommen wäre?<sup>466</sup> Und war die Frage der Nachkommenschaft für den Mann wirklich so unbedeutend, wie es Näcke darstellte? Bedeuteten Kinder nicht auch Kontinuität der (männlichen) Familienlinien? Waren sie nicht zentrales Element einer bürgerlichen Ehepolitik? Erreichte der Mann nicht erst als Vater ein Stadium höchster Reife und Erfüllung?<sup>467</sup> Und repräsentierten der männliche Samen und die Reproduktionsfähigkeit nicht auch zentrale Attribute von Männlichkeit?<sup>468</sup> Verblüffend war auch das Versprechen eines ‚folgenlosen‘ Geschlechtsverkehrs. Wurde damit der männlichen Promiskuität nicht Vorschub geleistet? War männliches Sexualverhalten nur dann problematisch, wenn es mit dem Gesetz in Konflikt kam?

Mit der Bevorzugung des Mannes für eugenische Eingriffe folgte Näcke zuerst einer technischen Logik. Bei der Vasektomie und der Kastration des Mannes handelte es sich um einfach auszuführende Eingriffe. Bei der Frau hingegen bedingten sowohl die Sterilisation wie auch die Kastration eine aufwändige und noch immer gefährliche Öffnung des Bauchraumes. Wegen ihres Geschlechtscharakters hielt Näcke die Frau nicht geeignet für eugenische Eingriffe: Ihr auf Reproduktion beschränktes Dasein, ihre überlegene Moral und ihre zeitlich begrenzte Fortpflanzungsfähigkeit. Wegen ihres ‚Geschlechtscharakters‘ galten Frauen auch als weniger kriminell und schieden vorerst für eugenische Massnahmen aus, da

---

463 Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 228.

464 Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 229. Näcke, Kastration bei gewissen Klassen, 75, 76.

465 Näcke, erste Kastrationen aus socialen Gründen, 229.

466 Schwangerschaften bildeten oft eine ‚Armutsfalle‘ und Verhütung war ein wichtiges Anliegen vieler Frauen im 19. und 20. Jahrhundert. Eder, Kultur der Begierde, 177, 184–185.

467 Mit der Trennung von Arbeit und Familie hatte sich im 19. Jahrhundert die Vaterrolle verändert. Durch die arbeitsbedingte saisonale Abwesenheit entwickelte sich ein neues Verständnis der Vaterrolle. Dennoch setzte sich durch die äusseren Zwänge bedingt eine Verdrängung der Männer aus der aktiven Vaterrolle im 20. Jahrhundert fort. Schmale, Geschichte der Männlichkeit in Europa, 204–206.

468 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 191.



sie nicht zu der Zielgruppe gehörten, die als Erste diesen Eingriffen zu unterwerfen waren.<sup>469</sup> Denn wie in den USA, forderte Näcke, sollte auch in Europa bei den „degeneriertesten Elementen“ wie „Gewohnheitsverbrechern“, „Verbrechern aus impulsivem Triebe“, „Gewaltverbrechern“ und „rückfälligen Sittlichkeitsverbrechern“ begonnen werden, um „die Sache nicht zu diskreditieren“.<sup>470</sup> Bei der Sterilisierung von ‚Verbrechern‘, die bereits gesellschaftlich ausgeschlossen waren, war kaum mit Widerstand zu rechnen. Zudem war mit der die Eugenik begründenden Degenerationslehre vermehrt auch kriminelles Verhalten als Zeichen einer ‚erblichen Minderwertigkeit‘ gedeutet worden.<sup>471</sup> Es seien, fährt Näcke weiter, die Nachkommen von erblich bedingten „Schwachsinnigen“, von Schizophrenen, von „zirkulär Irren“, von „erblich bedingten Fallsüchtigen, Veitstanzkranken, Blinden, Tauben und mit körperlichen Missbildungen Versehrten sowie Alkoholkranken“, die „das Hauptkontingent der schwer kriminellen Menschen“ stellten.<sup>472</sup> Geisteskrankheit und Kriminalität – so scheint es –, bedingten sich gegenseitig. Mit dem Ausschluss der „erblich Minderwertigen“ von der Fortpflanzung gehe „die praktische Verbrechensbekämpfung Hand in Hand mit der Entartungsbekämpfung“, zeigte sich auch der Arzt Herbert Hüllstrung überzeugt.<sup>473</sup> Eugenische Massnahmen wurden als Instrument der Verbrechensbekämpfung propagiert.<sup>474</sup> Zugleich legitimierte die Verbrechensbekämpfung die Anwendung eugenischer Massnahmen. Da es sich bei den Insassen von Gefängnissen vor allem um Männer handelte, fokussierte die Umsetzung auf sie.<sup>475</sup> Wenn Näcke die Frau auf Grund ihres Geschlechtscharakters von eugenischen Massnahmen ausschloss, dann sprach er unterschiedslos von allen Frauen, er bezog den Ausschluss auf die Kategorie Frau. Wenn er diese Eingriffe vor allem für Männer vorsah, dann waren damit nicht unterschiedslos alle Männer gemeint.

Mit dem Versprechen auf einen ‚sorgenfreien Beischlaf‘ hoffte Näcke die Akzeptanz für die Einwilligung herzustellen. Denn der Vollzug des Beischlafes bildete einen zentralen Aspekt von Männlichkeit, wie bei Krafft-Ebing in „Psychopathia sexualis“ zu lesen war. Für „die Entstehung und die Erhaltung des Selbstgefühls beim Manne“ sei der Geschlechtstrieb

---

469 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 262. Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 234. Zur ‚Schwäche‘ der Frau vgl. Möbius, Paul Julius: Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes. Halle a/S 1900.

470 Näcke, Die ersten Kastrationen aus socialen Gründen, 234.

471 Vgl. Magnan, Valentin: Psychiatrische Vorlesungen. Leipzig 1891. Carmalt, William H.: Heredity and Crime. New Haven 1909.

472 Forel, August: Verbrechen und konstitutionelle Seelenabnormitäten. München 1907. 7–18. Boehme, Albrecht: Psychotherapie und Kastration. Die Bedeutung der Psychotherapie als Erziehungs- und Ausscheidungsmethode für sexuell Abwegige und Sittlichkeitsverbrecher. Dargestellt an Fällen aus der Kriminalpraxis, unter Heranziehung der Graphologie als Hilfswissenschaft. München 1935. 40.

473 Hüllstrung, Herbert: Über gesetzliche Bestimmungen und Erfolge der Zwangssterilisierung und Zwangskastration. Düsseldorf 1934. 8.

474 Roelcke, Krankheit und Kulturkritik, 96–98.

475 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 150.

essenziell. Dies zeige sich deutlich bei den in ihrer Potenz reduzierten Männern, die „moros, missgünstig, egoistisch, eifersüchtig, philiströs, energielos, von geringem Selbst- und Ehrgefühl und feige“ seien.<sup>476</sup> Auch wenn Krafft-Ebing die Lustbefriedigung nur in der Ehe zu reproduktiven Zwecken festschrieb, war bereits im 19. Jahrhundert der nicht auf Reproduktion beschränkte sexuelle Genuss von Experten diskursiviert worden, wenigstens bei Männern.<sup>477</sup> Und zeigte nicht auch der Geburtenrückgang deutlich, dass die zwingende Verknüpfung von Begehren und Reproduktion nicht unbedingt befolgt wurde?<sup>478</sup> Individuelle Verhütung war – trotz des Diktums der Zusammengehörigkeit von Reproduktion und Lust – schon früh in verschiedenen Formen praktiziert worden.<sup>479</sup> Sex um der Lust willen dürfte den Lesern von Näckes Texten, die sich an Seinesgleichen richteten – bürgerliche Experten – bekannt und auch als akzeptable Praxis anerkannt gewesen sein, ebenso wie die Vorstellung, dass der Geschlechtsgenuss für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Mannes essenziell sei. Was ihn, den bürgerlichen Mann vom Mann der Unterschicht trennte, war jedoch das ‚ernste und verantwortliche Geschäft der Fortpflanzung‘. Es war der bürgerliche Mann, der sich um die Gesundheit seiner Nachkommenschaft kümmerte, der um sie besorgt war, während der Proletarier nur seinen Trieb zu befriedigen suchte. Als ‚triebgesteuert‘ wurde er in die Nähe der Tiere gerückt, der ohne Verantwortungsbewusstsein für die Nachkommenschaft seinen Geschlechtsgenuss befriedigen wollte.<sup>480</sup> Gezeichnet wurde das Bild des Arbeiters, der sein eheliches Recht, wenn nötig, auch gewalttätig einforderte und sich bezüglich Geburtenplanung wenig kooperativ und verantwortungsbewusst zeigte.<sup>481</sup>

Während Näcke also der Frau ein grundlegendes Recht auf Reproduktion zusprach, differenzierte er bei Männern zwischen jenen, deren Nachkommenschaft erwünscht und jenen, deren Nachkommenschaft unerwünscht waren. Für den reproduktiven Ausschluss reichte jedoch die Sterilisation. Da er zudem wie Sharp davon überzeugt war, dass die Vasektomie sich zugleich ‚dämpfend‘ auf den Geschlechtstrieb auswirke, diente der Eingriff gleichzeitig noch den ‚Trieb normalisierenden‘ Zwecken.

---

476 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 12.

477 Sarasin, *Reizbare Maschinen*, 375–386.

478 Eder, *Kultur der Begierde*, 177.

479 Vgl. Burri, Hans-Rudolf: *Die Bevölkerung Luzerns im 18. und frühen 19. Jahrhundert. Demographie und Schichtung einer Schweizer Stadt im Ancien Régime*, Luzern 1975. Auch Dienel, Christiane: *Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918*. Münster 1995. 50–63. Weeks, Jeffrey: *Sex, politics and society. The regulation of sexuality since 1800*. London/New York 1981. 44–48. Auch Eder, *Kultur der Begierde*, 196.

480 vgl. Mosse, *Nationalismus und Sexualität*.

481 Eder, *Kultur der Begierde*, 182–183.

## Die Sterilisation der Frau

Obwohl auch Good festhielt, dass die Sterilisation bei Männern einfacher durchzuführen sei, zeichnete sich bei seiner Darstellung von sieben Fällen – zwei Männer und fünf Frauen – bereits die geschlechterspezifische Entwicklung eugenischer Massnahmen in der Schweiz ab.<sup>482</sup> Denn trotz der anfänglichen – wenigstens theoretischen – ‚Bevorzugung‘ von Männern und der explizit ‚männerfreundlichen‘ Strategie der Akzeptabilität waren es in der Schweiz vor allem Frauen, die aus eugenischen Gründen sterilisiert wurden. Wie kam es zu diesem ‚Geschlechtswechsel‘? Mit welchen Entwicklungen war dieser verbunden?

Die Sterilisation der Frau war in einem medizinisch-therapeutischen Kontext explizit zur Empfängnisverhütung entwickelt worden. Sie sollte angewandt werden, wenn Schwangerschaft oder Geburt das Leben oder die Gesundheit der Frau bedrohten, oder um einen Abort zu verhindern. Im ersten Fachartikel über die Sterilisation von 1898 hatte der Gynäkologe Kehrner noch explizit festgehalten dass sie einzig aus medizinischen Gründen zu indizieren sei und nicht „dazu dienen soll, liebesbedürftigen Mädchen und Frauen den ausserehelichen Sexualverkehr zu erleichtern“.<sup>483</sup> Während die Eugeniker die Sterilisation bei Männern mit dem Erhalt von Lust und Potenz akzeptabel zu machen versuchten, warnten die Gynäkologen bei Frauen vor möglichen ‚sittlichen Gefahren‘.

Um die Sterilisation als Instrument einer sicheren Geburtenkontrolle war es Anfang des 20. Jahrhunderts zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Bei diesen ging es um die Kontrolle der Reproduktion, die mit Fragen von Sittlichkeit und Moral verknüpft waren. Strukturiert waren die Auseinandersetzungen durch rechtliche Vorgaben, professionspolitische Ansprüche sowie bevölkerungspolitische Überlegungen.<sup>484</sup> Mit der Etablierung und der technischen Weiterentwicklung der operativen Sterilisations-Technik kam es im Kontext von Geburtenkontrolle und Bevölkerungspolitik bald zur Ausweitung des Anwendungsbereichs. Die medizinische Indikation war unbestritten. Während die Gynäkologie die Legitimität der sozialen Indikation debattierte, dominierte die Psychiatrie das Feld der eugenischen Indikation, was der Historiker Hans Jakob Ritter mit der festen Verankerung der Degenerationstheorie in der Psychiatrie erklärt.<sup>485</sup> Die ‚sociale‘ Indikation der Gynäkologie unterschied sich dabei von den als ‚social‘ bezeichneten Sexualeingriffen der Eugeniker. Bei Ersteren ging es um die Geburtenverhütung bei Frauen in prekären sozialen und wirtschaftlichen Situationen, die durch häufige Schwangerschaften und

---

482 Gilles et al.: Eugénisme et stérilisation, 159–168.

483 Kehrner, F. A.: Sterilisation mittels Tubendurchschneidung nach vorderem Scheidenschnitt. 961–965. In: Centralblatt für Gynäkologie. Bd. Heft 31. Leipzig 1897.

484 Dubach, Verhütungspolitik, 56–58.

485 Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 127.

Geburten in ihrer Gesundheit zusätzlich geschädigt wurden. Mit einer Sterilisation sollte es den betroffenen Frauen ermöglicht werden, ohne weitere Schwangerschaften und Geburten ihren Verpflichtungen als Gattin, Mutter und Arbeiterin nachzukommen.<sup>486</sup> Die Eugeniker lehnten die soziale Indikation der Gynäkologen anfänglich jedoch ab. So forderte der Psychiater Good, dass Paare in finanziell misslicher Lage, wenn von ihnen gesunder Nachwuchs zu erwarten sei, zu unterstützen und nicht zu sterilisieren seien.<sup>487</sup> Diskutiert wurde die Sterilisation in den 1930er Jahren auch als sichere Verhütung bei Ehepaaren, die sich keine weiteren Kinder mehr wünschten – ein Wunsch, der nicht mehr durch eine prekäre soziale Lage gegeben war. In diesem Zusammenhang diente die Sterilisation als Instrument der Familienplanung. Während ein Teil der Mediziner als Sozial- und Sexualreformer sich schon früh für die individuelle Ermächtigung der Reproduktionskontrolle einsetzten und hofften, im Kampf gegen Armut und Elend auch eine neue, wissenschaftlich basierte ‚Sexualmoral‘ durchzusetzen, wünschten die meisten Ärzte, die Kontrolle der Reproduktion in ihren Händen zu halten. Dies zeigte sich unter anderem auch in den Sterilisations-Richtlinien von 1937 in Basel.<sup>488</sup> Diese legten die Bedingungen für eine Sterilisation fest. Sie waren erlassen worden, um die etablierte Praxis der ‚socialen‘ Sterilisationen abzusichern. Auch die eugenische Sterilisationsindikation wurde darin als zulässig festgehalten. Von der Forderung nach einer rechtlichen Regelung hingegen hatten sich die Psychiater in der Schweiz schon nach dem Ersten Weltkrieg distanziert. Denn die Praxis zeigte, dass sich eugenische Eingriffe auch ohne spezifische Gesetzgebung problemlos durchführen liessen.

### **Abtreibung, Sterilisation und Geschlecht**

Gerade die fehlende gesetzliche Grundlage ist denn auch für die geschlechtsspezifische Anwendung eugenisch motivierter Sterilisationen in der Schweiz mitverantwortlich, wie Regina Wecker feststellte.<sup>489</sup> Sie hat die geschlechtsspezifische Anwendung der Sterilisation mit der ‚nationalen Identität‘, beziehungsweise der ‚Selbstdefinition der Schweiz‘ in Zusammenhang gebracht. In einer engen Kooperation von medizinischen Experten und Behörden konnte mit der Umsetzung in einem rechtlichen Graubereich das Bild einer ‚freiheitlichen Schweiz‘ aufrechterhalten werden.<sup>490</sup> Der Zugriff erfolgte in einem engen

---

486 Vgl. Imboden / Ritter, Die medizinische Indikation, 71. Dubach, Verhütungspolitik, 56–60. Eder, Kultur der Begierde, 183–185. Oberholzer, Die Kastration und Sterilisation, 28, 29.

487 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 262.

488 Die ausgearbeiteten Richtlinien legten die Voraussetzungen einer selbstgewünschten Sterilisation fest: Das Vorhandensein gesunder Kinder, der schriftlich verfasste Wunsch und die schriftliche Bestätigung, über den Eingriff aufgeklärt worden zu sein. StABS, SD REG 1 3 0 38, „Richtlinien für die Stellungnahme der Medizinischen Gesellschaft Basel in der Frage der operativen Sterilisation (Indikationen)“.

489 Good, Ein psychiatrisches Postulat, 260, 262–267. Zur Geschlechtsspezifität eugenischer Sterilisationen in der Schweiz vgl. Wecker, „So günstig es in vielen Fällen wirkt“, 137–161.

490 Wecker, Frauenkörper, Volkskörper, Staatskörper, 225–226. Wecker, Regina: „Liederlich“. Eugenik, Sexualität und Geschlecht. 272–280. In: Ulrich Pfister / Maurice de Tribolet (Hg.): Itinera 21.

Zusammenspiel von Behörden und Institutionen. Zwar waren die institutionellen Zugriffsmöglichkeiten beschränkt, doch mit der Ausweitung des institutionellen Netzwerkes weiteten sich auch diese aus. Die ersten, für die eugenische Akzeptanz wichtigen Eingriffe an Patienten und Patientinnen waren in geschlossenen Anstalten durchgeführt worden. Ab Mitte der 1920er Jahren verschob sich die eugenische Sterilisationspraxis in die ambulante Psychiatrie, das sind die psychiatrischen Polikliniken. Diese Verschiebung stand in engem Zusammenhang mit der Abtreibung, die ihr einen erweiterten Zugriff auch auf Frauen ausserhalb der Anstaltsmauern ermöglichte. Denn in den heftigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Abtreibung war es der Psychiatrie gelungen, der ‚psychiatrischen‘ Indikation Anerkennung zu verschaffen. Das heisst, eine Abtreibung war auch dann legitim, wenn die Frau durch die Schwangerschaft oder Geburt voraussichtlich psychischen Schaden nahm. Lag bei der abtreibungswilligen Frau keine medizinische Indikation vor, wurden sie der Psychiatrie zugewiesen. Diese klärte die Möglichkeit des Eingriffs ab und knüpfte in den gegebenen Fällen die Einwilligung an eine Sterilisation.<sup>491</sup> Wurde seitens der Psychiatrie eine ‚erbliche Minderwertigkeit‘ diagnostiziert, wurde der Wunsch der Frau nach einer Abtreibung – die nur medizinisch begründet werden konnte –, mit dem Ziel der Psychiatrie, ‚minderwertigen Nachwuchs‘ zu verhindern verknüpft. Während die Abtreibung aus rechtlichen Gründen nur medizinisch indiziert legal war, wurde mit der eugenischen Mit-Begründung der daran geknüpften Sterilisation letztlich auch die Abtreibung eugenisch mitindiziert. Wie verschiedene Untersuchungen zur Schweiz zeigten, bildete die eugenische jedoch oft nur eine der Begründungen zur Sterilisation. Meist war es ein ganzes Bündel von Gründen, die von ‚eugenisch‘ bis ‚sozial unfähig‘ zur Elternschaft reichten.

Die Praktiken, die sich in den 1920er Jahren herausgebildet und etabliert hatten, waren kantonal unterschiedlich. So wurde eine Abtreibung in Basel und Bern<sup>492</sup> nur teilweise an eine Sterilisation gekoppelt, in Zürich folgte die Psychiatrie der medizinischen Logik der Aneinanderkoppelung von Abort und Sterilisation, was Dubach als Junktim bezeichnete. Verheiratete Frauen, die in Zürich eine psychiatrisch indizierte Abtreibung wollten, mussten sich zwingend auch sterilisieren lassen.<sup>493</sup> Die Verknüpfung der Abtreibung mit einer

---

Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999. 272–280.

491 Die Untersuchung der Akten der Psychiatrischen Poliklinik in Basel zwischen 1923 und 1960 zeigt, dass circa 47 Prozent der ambulanten Patientinnen wegen einer Abort-Begutachtung die psychiatrische Poliklinik aufsuchten. Imboden / Ritter: Abtreibung und Sterilisation – Psychiatrie und Geburtenkontrolle, 45.

492 Junge, ledige Mütter standen auch in den 1940er Jahren in Bern im Fokus eugenischer Eingriffe. Gallati, Die Praxis der Berner Vormundschaftsbehörden, 128.

493 In Basel war diese Koppelung fakultativ. Vgl. Imboden, Gabriela / Ritter, Hans Jakob: „Die medizinische Indikation wird durch eugenische Überlegungen sehr wesentlich unterstützt.“ Zur psychiatrischen Begutachtung von Abtreibung und Sterilisation im Kanton Basel-Stadt. 49–76. In: Regina Wecker et al (Hg.), Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 49–76.

Sterilisation ermöglichte es der Psychiatrie, Druck auszuüben. Willigte die Frau in die Sterilisation nicht ein, verweigerte die Psychiatrie die legale Abtreibung. Den Behörden und der Psychiatrie standen zudem noch weitere Druckmittel zu Verfügung, um eine Sterilisation zu erwirken: Die Kindswegnahme, die Kürzung finanzieller Unterstützung oder die Androhung einer Internierung.<sup>494</sup> Zugewiesen wurden der psychiatrischen Poliklinik aber auch Frauen, bei denen die zuweisenden Instanzen eine Sterilisation für angebracht hielten

Mit der Anbindung der eugenischen Sterilisation an die Abtreibung kam es in der Regulierung der Reproduktion zu einer engen Kooperation zwischen Psychiatrie und Gynäkologie. Die eugenisch begründete Sterilisation wurde Teil des medizinisch regulierten Bereichs der Reproduktion. Dabei waren Frauen aufgrund ihrer reproduktiven Fähigkeiten und den damit verbundenen ärztlichen Kontrollen sowie ihrer Aufgabe als Mutter einem vermehrten institutionellen Zugriff ausgesetzt. Für die geschlechtsspezifische Umsetzung in der Schweiz war diese Möglichkeit des Zugriffs zentral. Verstärkt wurde sie durch die rechtlich und sozial schwache Stellung der Frau.<sup>495</sup> Dabei bestätigte sich, was von der bürgerlichen Gesellschaft bereits angenommen wurde: Dass Reproduktion und Nachkommenschaft der Zuständigkeitsbereich der Frau sei. Auf diese Weise wurde die Geschlechter- und Gesellschaftsordnung gestützt und stabilisiert. Zugleich konnte das Selbstverständnis einer ‚freiheitlichen‘ Schweiz (der Männer) aufrechterhalten werden, indem es eben nicht zu einer ‚Zwangspraxis‘ gekommen war wie in Deutschland.<sup>496</sup> Dass die Geschlechterrolle und die rechtliche Stellung der Frau für die Geschlechtsspezifität der Eingriffe in der Schweiz wesentlich waren, darauf deutet auch die Umsetzung im Kanton Waadt hin. Dort trat 1928 ein ‚Sterilisationsgesetz‘ in Kraft, das Zwangseingriffe ermöglichte. Dieses führte in der Umsetzung jedoch nicht zu einer zahlenmässigen Ausgewogenheit der Geschlechter wie in Deutschland unter der Zwangsgesetzgebung.<sup>497</sup> Vielmehr stellte der Psychiater Hans Steck verblüfft fest, dass zwischen 1929 und 1936 in vierundsiebzig von fünfundsiebzig Fällen die Sterilisation bei Frauen indiziert worden waren. Nur in einem Fall wurde die Sterilisation bei einem Mann ausgeführt.<sup>498</sup> In den USA ist der hohe Männeranteil

---

65. Dubach, Verhütungspolitik, 151–158. Cagnazzo, Karin: „Entrechtung bis in die Eingeweide“. Psychiatrische Sterilisationsentscheide im Kanton Bern. 1918–1953. 157–182. In: Gisela Hauss et al (Hg.): Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950). Zürich 2012. 170–181.

494 Bis dahin könne die Drohung einer Internierung als Druckmittel dienen, „in diesem Sinne üben wir auch jetzt einen gewissen Zwang aus“. Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 138. Vgl. Imboden / Ritter, „Die medizinische Indikation wird gestützt“, 68–71.

495 Vgl Metz-Becker, Marita: Der verwaltete Körper. Die Medikalisierung schwangerer Frauen in den Gebärhäusern des frühen 19. Jahrhunderts. Frankfurt a/M 1997. Seidel, Hans-Christoph: Eine neue „Kultur des Gebärens“. Die Medikalisierung von Geburt im 18. und 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart 1998.

496 Wecker, Eugenik – individueller Ausschluss, 177.

497 Vgl .Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, Opladen 1986.

498 Steck, Hans: Die Durchführung des Waadtländischen Sterilisationsgesetzes. 227– 232. In: Stavros Zurukzogu: Verhütung erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 230, 232.

in der Umsetzung eugenischer Eingriffe hingegen mit dem Ort der ersten Eingriffe zu erklären: Dem Gefängnis.

## **Eheverbot und eugenische Sterilisation**

Die Sterilisation als eugenische Massnahme löste nicht nur die Internierung zur Kontrolle des Sexualverhaltens ab, sie war auch in Zusammenhang mit einem Eheverbot diskutiert worden. Eheverbote regeln den Zugang zur Ehe und damit auch der Zugang zu legitimem Sex und zur Reproduktion. Das Recht auf eine freie Eheschliessung war ein liberales Postulat des 19. Jahrhunderts.<sup>499</sup> Mit der Revision der Bundesverfassung, die 1874 in Kraft trat, wurden die traditionellen Eheverbote aufgehoben. Ausgeschlossen von der Ehe blieben einzig die Geisteskranken. Sie galten als nicht urteils- und damit auch nicht als vertragsfähig. Daher konnten sie auch keinen Ehevertrag eingehen.<sup>500</sup> Der Ausschluss der Geisteskranken zielte auf den Ausschluss einzelner Individuen. Im Rahmen der Vereinheitlichung der kantonalen Zivilgesetzgebung wurde Ende des 19. Jahrhunderts der Eheausschluss auch in eugenischem Zusammenhang diskutiert. Mit dem Einbezug eugenischer Ideen verschob sich der Referenzrahmen. Der Ausschluss bezog sich nicht mehr auf das Individuum selbst, das nicht vertragsfähig war. Referenzrahmen des Ausschlusses bildete nun die gesamte Bevölkerung, die durch die Nachkommen von Geisteskranken geschädigt werden könnte. Auch wenn im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) von 1912 der eugenische Eheausschluss nicht aufgenommen wurde, etablierte sich eine Praxis der eugenischen Eheverbote.<sup>501</sup> Denn noch bevor das ZGB in Kraft getreten war, hatten Eugeniker begonnen, das Eheverbot öffentlich als wirkungslos und kontraproduktiv zu kritisieren. Der in der zürcherischen psychiatrischen Anstalt Burghölzli tätige Psychiater Wolfgang Maier beurteilte es als nicht ausreichend, um die Vererbung ‚antisozialer Eigenschaften‘ zu verhindern. Um seine Aussage zu begründen, bediente er sich des Topos der ‚sexuellen Unbeherrschtheit‘ der ‚Minderwertigen‘. Bekanntlich, behauptete Meier, würden „viele Klassen der Defekten noch mehr wie der Durchschnitt der Gesunden zum ausserehelichen Geschlechtsverkehr neigen“.<sup>502</sup> Auch Forel sprach diesen ‚pathologischen Helden‘ jegliche Selbstbeherrschung ab.<sup>503</sup> Und Loewenfeld war überzeugt, dass mit einem Eheverbot bei den unteren Klassen

---

499 Eheausschlüsse waren bis ins 19. Jahrhundert hinein wirtschaftlich, sozial und religiös begründet. Die Ehefähigkeit war zudem mit dem Bürgerrecht gekoppelt, da die Frau mit der Ehe automatisch ihr Bürgerrecht verlor und jenes ihres Mannes übernahm. Gemeinden versuchten, unerwünschte oder armengemässige Frauen ‚auszuheiraten‘ oder, bei Männern, eine solche Heirat zu verhindern. Vgl. Ryter, Annamarie: Als Weibsbild bevogtet. Zum Alltag von Frauen im 19. Jahrhundert. Liestal 1994. 74. Auch Wecker, Regina: Eheverbote und Eugenik in der Schweiz. Konzepte und Praktiken im historischen Kontext. 17–36. In: Ueli Mäder et al (Hg.): Soziale Disziplinierung und Kontrolle. Basel 2012.

500 Die Ehe ist rechtlich gesehen ein Vertrag zwischen drei Parteien, zwischen dem Heiratskandidaten und der Heiratskandidatin sowie zwischen diesen und dem Staat.

501 ZGB 1912, Art. 97. Zur Praxis des eugenischen Eheverbotes vgl. Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 106–124.

502 Maier, Die Nordamerikanischen Gesetze, 7.

503 Forel, Ethische und rechtliche Konflikte, 36.

wenig zu erreichen sei, denn „der Sexualtrieb, dem die legitime Befriedigung versagt bleibt, wird hier auf ausserehelichem Wege, wie es zum grossen Teile schon jetzt geschieht, sich Genüge verschaffen. In höheren Klassen haben Eheverbote zweifellos grössere Wirkung, hier komme dem Gesundheitszustand des Ehepartners eine grössere Rolle zu.“<sup>504</sup> Ausgebildet hatte sich eine Praxis, in der psychiatrisch abzuklärenden Nupturienten, die als fähig beurteilt wurden, eine Ehe zu führen, deren Nachwuchs jedoch als unerwünscht galt, die Ehe mit der Einwilligung in eine Sterilisation die Ehe erlaubt wurde.<sup>505</sup> Ermöglicht wurde diese Praxis, weil das ZGB die psychiatrische Gutachtertätigkeit zur Abklärung der Ehefähigkeit in den gegebenen Fällen ebenso festschrieb wie bei einer Scheidung oder einer Bevormundung. Gestützt wurde sie dann durch ein Urteil des Bundesgerichtes von 1921 in einem Fall von ‚Ehenichtigkeitserklärung‘ eines Geisteskranken. Die Bundesrichter argumentierten, dass das Gesetz den „Abschluss der Ehe wegen Geisteskrankheit gerade dann hindern, bzw. vernichten“ wolle, wenn er „aus Gründen der Rassenhygiene verwerflich erscheint“.<sup>506</sup> Basierend auf dem Konzept der ‚Urteilsfähigkeit‘, die eine der Voraussetzungen der bürgerlichen Freiheiten, Rechte und Pflichten war, wurde der Zugang zur Ehe neu als vom Willen der Betroffenen unabhängige individuelle Zuschreibung geregelt.

Mittels ZGB war es der Psychiatrie gelungen, sich als Expertin in der Beurteilung der Urteilsfähigkeit in verschiedenen Bereichen fester in das administrative Netz einzubinden und in einer arbeitsteiligen Kontrolle die Familienpolitik mit ihren spezifischen Vorstellungen von ‚gesund‘ mitzugestalten. Da im Zivilgesetzbuch nur die Abklärung der Zurechnungsfähigkeit, nicht aber spezifische medizinischen Diagnosen vorgeschrieben waren, konnte die Psychiatrie sich einen weiten Handlungsspielraum sichern. Mit dem modernen Zivilgesetzbuch waren die Beziehungen zwischen Individuum, Familie und Staat neu geordnet worden. Vorbild der rechtlichen Regelung war das ‚bürgerliche Familienmodell‘, das im ZGB als Garant für die bürgerliche Ordnung gegen individualistische Auflösungstendenzen der Moderne instrumentalisiert worden war.

### **Zum Erreichen eugenischer Ziele reicht die Sterilisation**

Die Trennung der anfänglich als ‚social‘ bezeichneten Kastration, in der sich den Trieb normalisierende und eugenische Zwecke verbanden, differenzierte sich allmählich aus. Bereits bei Näcke, der die beiden Begriffe oft synonym verwendete, zeichnete sich der

---

504 Loewenfeld, Leopold: Über medizinische Schutzmassnahmen (Kastration, Sterilisation) gegen Verbrechen und andere soziale Übel, mit besonders Berücksichtigung der amerikanischen Gesetzgebung. 300–327. In: Max Marcuse: Sexual-Probleme. Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. 6. Jg.. Frankfurt a/M 1910. 320.

505 Dabei handelt es sich nur um jene Fälle, die der Psychiatrie zur Abklärung der Ehefähigkeit zugewiesen worden waren. Bei diesen konnte sie im gegebenen Fall die Zulassung mit einer Sterilisation verknüpfen. Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 238–272.

506 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 210.



differenzierende Umgang ab. Der Schweizer Psychiater Hans Wolfgang Maier (1882–1945), der auch die ersten von Sharp ausgeführten Vasektomien im Kontext der Eugenik als Verhinderung ‚minderwertigen‘ Nachwuchses interpretierte, erachtete diese als ausreichend zum Erreichen eugenischer Ziele. Die Kastration schloss er als eugenische Massnahme explizit aus. Sich auf die neusten Erkenntnisse der Endokrinologie berufend, bezeichnete er die Folgen einer Kastration als zu ‚tiefgreifend‘. Diese würden sich nicht aufs Sexualleben beschränken, sondern das ganze Wesen verändern. Neben der körperlichen Verstümmelung komme es zu Beeinträchtigungen des Allgemeinbefindens. Dass die Kastration als Instrument der Eugenik allmählich ihre Berechtigung verlor, darauf verwies auch die Debatte um das 1909 eingeführte kalifornische Gesetz. Dieses schrieb die Kastration bei in Anstalten internierten ‚schwachsinnigen‘ Kindern und bei Gefängnisinsassen vor.<sup>507</sup> Als die erste Kastration ausgeführt werden sollte, wurden seitens der Mediziner Zweifel laut, ob das Gesetz überhaupt berechtigt und verfassungskonform war. Unklar war auch die Zuständigkeit, die an die Frage geknüpft war, ob es sich denn bei diesem Eingriff um eine Strafe oder um eine ärztliche Massnahme handelte? Das heisst, war die Kastration durch die Justiz oder die Medizin anzuordnen? Die Befürworter verteidigten das Gesetz als „Notwendigkeit“ gegen die „unheimliche Fortpflanzung der Defekten“, und die Beschneidung der Rechte der „Minderwertigen“ wurden im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt und Hygiene als akzeptabel erklärt.<sup>508</sup> Auf diese Auseinandersetzung hin wurde die Kastration im kalifornischen Gesetz durch eine Sterilisation ersetzt, da diese den eugenischen Zwecken genüge. Generell hatte sich bis zum Ersten Weltkrieg ein Konsens herausgebildet, dass für das Erreichen eugenischer Ziele die Sterilisation völlig genüge.

### **Die Kastration: Instrument der Disziplinierung ‚schwachsinniger‘, lediger Mütter**

Über die Frage, welche Sexualeingriffe in der Schweiz an wem und zu welchen Zwecken ausgeführt wurden, gibt die Dissertation des Psychiaters Emil Oberholzer von 1911 Aufschluss. Es handelte sich um einen Erfahrungsbericht über die bisherige Praxis und ihre wissenschaftliche Reflexion. Denn abgesehen von den Fällen von Wil war die Anwendung eugenischer Sterilisationen noch immer vorwiegend als Forderung in theoretischen Erörterungen innerhalb der Fachgemeinschaft präsent. Oberholzer beabsichtigte mit seiner Arbeit „der Frage der Verhütung der Fortpflanzung gewisser kranker und degenerierter Menschen einen festeren Boden zu geben und allgemeine Anerkennung zu verschaffen“. Dazu verwendete er das ‚reichhaltige Material‘ der im Burghölzli und im kantonalen Asyl Wil gemachten Erfahrungen. Er wollte aufzeigen, was bereits „ausserhalb einer gesetzlichen

---

507 Maier, Die Nordamerikanische Gesetze, 11–12.

508 Auch von Sury sprach den ‚Minderwertigen‘ die Individualrechte ab. Sury, Die Berechtigung der sozialen Indikation, 15.

Regelung“ erreicht worden war, aber auch auf die Mängel und Probleme der bisherigen Praxis hinweisen.<sup>509</sup> Ihm standen im Ganzen neunzehn Fälle zur Verfügung, davon stammten acht aus der Anstalt Wil und elf Fälle aus dem Burghölzli. Darunter befanden sich auch die acht bereits bekannten Fälle.<sup>510</sup> Insgesamt handelte es sich um fünfzehn Frauen und vier Männer. Bei fünf der Frauen war eine Sterilisation und bei sechs eine Kastration vorgenommen, bei den anderen Fällen war der Eingriff nur diskutiert, nicht aber durchgeführt worden.<sup>511</sup> Von den vier Männern waren drei kastriert und bei einem der Eingriff ebenfalls nur diskutiert worden. Damit waren seit den ersten publizierten Fällen von Wil und dem Fall von Forel von 1898 keine weiteren Männer mehr aus ‚socialen‘ Gründen kastriert worden. Hingegen kamen einige neue Fälle von Frauen dazu. Bei diesen handelte es sich vorwiegend um junge, ledige Frauen und uneheliche Mütter, von denen sechs kastriert worden waren.

Bei diesen bezweckten die Eugeniker neben der Aufhebung der Reproduktionsfähigkeit die gleichzeitige Reduktion des ‚Geschlechtstriebes‘. Denn ihnen wurde die Fähigkeit der sexuellen Selbstkontrolle abgesprochen und fehlender Widerstand gegen sexuelle Übergriffe vorgeworfen. So befand sich unter den weiblichen Fällen von Oberholzer der Fall S., „eine moralisch schwer defekte Frau, die ihre sexuellen Triebe nicht beherrschen kann“.<sup>512</sup> Und L. sei „grösseren Anforderungen des Lebens zweifellos nicht gewachsen, am wenigsten da, wo das Triebleben mitspielt“.<sup>513</sup> Und bei P. sei eine Entlassung vor der Kastration nicht möglich, „weil die Gemeinde, der bereits zwei uneheliche Kinder der Pat. zur Last fielen, sich nicht entschliessen konnte, in eine neue Entlassung zu willigen, da sie mit Recht eine neue Schwängerung befürchtete“.<sup>514</sup> Die „schwachsinnige“ Kindsmörderin B. verkehre „geschlechtlich, ohne an die Folgen zu denken, sie sei unfähig, sich gegen weitere gewissenlose Schwängerer zu schützen und für eventuelle Kinder zu sorgen“.<sup>515</sup> Kastriert wurde auch G., ein mit „moralischer Idiotie“ diagnostiziertes 19-jähriges Dienstmädchen. Sie war mehrmals wegen kleinerer Diebstähle verurteilt worden, sie log und sie fiel wegen ihrer

---

509 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 9. Die Studie enthält nicht alle bis dahin ausgeführten Fälle, wie Bernhard Küchenhoff darlegte. Küchenhoff, Bernhard: Eugenisch motiviertes Handeln im „Burghölzli“ am Anfang des 20. Jahrhunderts. 11–19. In: Schweizer Archiv für Neurologie und Psychiatrie, Bd. 154 / 1. Zürich 2003.

510 Die vier Fälle von Wil, die 1907 im Jahresbericht publiziert worden waren. Die beiden von Forel in ‚Die sexuelle Frage‘ beschriebenen und die beiden in der Zeitschrift Medizinische Rundschau diskutierten Fälle.

511 Vier Frauen, drei ledig und eine verheiratet, waren in Zusammenhang mit Kindsmord in die psychiatrische Klinik eingewiesen worden. In einem Fall erfolgte die Sterilisation in Zusammenhang mit einem Abort und viermal wurde sie im Kontext einer medizinischen Indikation ausgeführt. Eine der Frauen starb am Tag nach dem Eingriff an einer Peritonitis, wobei Oberholzer nicht zwingend einen Zusammenhang zwischen Eingriff und Tod sah. Weil ein letaler Ausgang möglich sei, müsse der Eingriff gut abgewogen werden. Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 57.

512 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 49.

513 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 36.

514 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 43.

515 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 27.

unangepassten luxuriösen Kleidung auf, und sie habe nachts Männerbesuch, war in der Fallbeschreibung zu lesen. Ihre „moralische Verkommenheit“ zeigte sich für den Psychiater symptomatisch darin, dass sie, um sich an ihrer Schwester zu rächen, mit deren Mann schlief und schwanger wurde. Die Patientin wurde nach einer Haftstrafe unter psychiatrische Aufsicht gestellt, und der Leiter der Anstalt Wil, Dr. Schiller, empfahl den Abort mit einer anschliessenden Kastration. Diese begründete er damit, dass G. sich „in der menschlichen Gesellschaft immer unmöglich machen [wird] und bald in einer Anstalt [wird] versorgt werden müssen, wo sie unter dauernder Aufsicht steht und ihre antisozialen und sexuellen Triebe unschädlich gemacht werden können“.<sup>516</sup> Selbst eine Internierung bot keine Garantie einer lückenlosen Kontrolle des Sexualverhaltens. Denn für eine geschlossene Anstalt sei es keine leichte Aufgabe, derartige Fälle jahrzehntelang so zu überwachen, dass eine Schwängerung verhütet werde. Eine Kastration wurde damit zwingend notwendig. Als bemerkenswert wurde ihr jugendliches Alter beim Eingriff hervorgehoben. Schiller empfahl, das ‚Schicksal‘ des Geschlechtstriebes zu verfolgen sowie auf die Folgeerscheinungen zu achten.<sup>517</sup>

Bei der 15-jährigen H., aus einer „moralisch zweifelhaften Familie“ stammend, war eine „moralische Idiotie“ diagnostiziert worden. In die Klinik eingewiesen wurde sie, nachdem ihr Vater Anzeige erstattet hatte, als er die Minderjährige „mit Burschen im Bett erwischte“. Seit ihrem 13. Lebensjahr habe sie Geschlechtsverkehr, doch sei nicht sie verführt worden, vielmehr habe sie die Burschen verführt, selbst vor einer inzestuösen Beziehung mit ihrem Bruder sei sie nicht zurückgeschreckt, behauptete Oberholzer.<sup>518</sup> H. wurde wegen ihres „vollständigen Mangels an Sexualhemmungen“ als „ernste Gefahr“ für Personen beiderlei Geschlechts bezeichnet, und Oberholzer war sich sicher, dass sie in Freiheit ihre frühere Lebensführung wieder aufnehmen werde.<sup>519</sup> Am dringendsten sei es bei ihr zu verhindern, dass sie die ererbte Anlage auf ihre Kinder übertrage, was eine schwere, kaum wieder gut zu machende Gefährdung der Allgemeinheit bedeute. Mit einer Sterilisierung wäre eine Schwängerung praktisch ausgeschlossen, diese habe aber keinen Einfluss auf ihren Sexualtrieb. Schiller schlug vor, „im Anschluss an die Tubensterilisation“ eine ‚Verengerung‘ der Vagina vorzunehmen, „so dass der sexuelle Verkehr aus anatomischen Gründen unmöglich wird“.<sup>520</sup>

Die ‚Vaginaverengung‘ war einer der Eingriffe, der bereits im 19. Jahrhundert bei ‚sexuell erregbaren‘ Frauen als medizinisch indiziert angewandt worden war und der nun auch bei

---

<sup>516</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 46.

<sup>517</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 50.

<sup>518</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 51.

<sup>519</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 52.

<sup>520</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 53.

der 15-jährigen H. die sexuellen Aktivitäten verunmöglichen sollte.<sup>521</sup> Wegen des zu erwartenden Widerstandes schlug Schiller jedoch ‚nur‘ die Kastration vor, auch wenn über die Folgen bei Frauen in ihrem Alter wenig Sicheres bekannt war. Von den Erfahrungen der männlichen Frühkastraten ausgehend nahm er an, dass neben den körperlichen und den fraglichen psychischen Folgeerscheinungen das Erlöschen des Geschlechtstriebes zu erwarten sei. Trotz der aus psychiatrischer Sicht „desolaten Situation“ sah er letztlich wegen der rechtlichen Unsicherheiten von einem Eingriff ab. „Moralische Idiotie“ sei keine gesetzlich anerkannte Geisteskrankheit, H. könnte als Volljährige eine Klage einreichen und den Ärzten Schwierigkeiten bereiten. „In analogen Fällen wird man vorläufig nach allem mit einem operativen Eingriff bis nach der Pubertät und Erlangung der Volljährigkeit warten müssen, um dann die Kastration auszuführen, im Hinblick darauf, dass dadurch wohl die sexuelle Libido verringert wird, sonst aber keine Ausfallserscheinungen eintreten.“<sup>522</sup> Auch die 18-jährige W., die mit dem Wunsch der Armenbehörde, sie zu sterilisieren, ins Burghölzli gebracht worden war, wurde als intellektuell zurückgeblieben und mit einer „moralischen Idiotie“ diagnostiziert. Festgestellt wurde bei ihr ein Missverhältnis zwischen den (noch) unentwickelten Hemmungen durch Intellekt, Erfahrung und Charakter und dem stark entwickelten Sexualtrieb, der durch den bisherigen geschlechtlichen Verkehr vielleicht noch gesteigert worden sei. Es sei möglich, dass sich „seine Intelligenz nachträglich noch ein wenig bessert und es damit durch weitere Erfahrung und eine mehrjährige Erziehung lernt, seine Triebe etwas besser zu beherrschen...“, dennoch war Oberholzer überzeugt, dass sich diese junge Frau „im Leben kaum halten könne“.<sup>523</sup> Besonders stossend war für ihn, dass ihr „jedes Bedürfnis besser zu werden“ fehle, insbesondere ihre Sexualität wolle sie nicht beherrschen. Indiziert wurde bei dieser jungen Frau eine Kastration, um einerseits den Sexualtrieb aufzuheben oder wenigstens zu reduzieren und andererseits, um die Patientin zu erziehen.

Die als ‚schwachsinnig‘ Beurteilten mutierten um die Jahrhundertwende zu jenen ‚Staatsfeinden‘, die als ‚Parasiten‘ und als ‚sexuelle Triebhafte‘ die grösste Bedrohung für die Gesellschaft darstellten.<sup>524</sup> Mit dem Begriff ‚Schwachsinn‘ wurde der betroffenen Person die Fähigkeit des ‚vernünftigen‘ Denkens und Handelns und damit ihr Anrecht auf die

---

521 Im 19. Jahrhundert gab es eine Reihe Eingriffe an den weiblichen Genitalorganen, um ‚exzessive sexuelle Betätigungen‘, insbesondere Onanie zu verunmöglichen. Vgl. Hulverscheidt, Marion: Weibliche Genitalverstümmelung: Diskussion und Praxis in der Medizin während des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum. Frankfurt a/M 2002. Pethes, Nicolas et al (Hg.): Menschenversuche. Eine Anthologie 1750–2000. Frankfurt a/M 2008. Auch Schmiersahl, Medizin und Geschlecht, 195–201. Betschart, Marianne Elisabeth: Weibliche Genitalverstümmelung in der Schweiz zwischen 1871 und 1919. Basel 2008. Friedrich Ludwig Gerngross verwies auf diese Praktiken als mögliche Lösung, damit sich sterilisierte Frauen nicht prostituieren. Gerngross, Sterilisation und Kastration, 12.

522 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 56.

523 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 57, 58.

524 Castel, Françoise / Castel, Robert / Lovell, Anne: Psychiatrisierung des Alltags. Frankfurt a/M 1982. 61.

bürgerlichen Freiheiten abgesprochen. Obwohl ‚Schwachsinn‘ als Diagnose umstritten und nicht allgemein anerkannt war, fand sie dennoch weite Verwendung und diente auch dazu, Sexualeingriffe zu legitimieren. Diese ‚Diagnose‘ umfasste eine Bandbreite von intellektuellen Kapazitäten, die von fehlender Schulbildung bis zur geistigen Behinderung reichen konnten.<sup>525</sup> Die intellektuelle Kapazität war Ende des 19. Jahrhunderts eine wichtige Kategorie der psychiatrischen Beurteilung geworden. Mit den Arbeiten der beiden Psychologen Alfred Binet und Théodore Simon von 1905, die einen ersten brauchbaren Intelligenztest entwickelten, wurde ‚Geistesschwäche‘, beziehungsweise ‚Intelligenz‘ messbar.<sup>526</sup> Es sei „ein Minus an Geist“, ein Defizit der intellektuellen Fähigkeiten, um vergleichen, abstrahieren, urteilen und beurteilen zu können; im Fokus stand die Verstandsfähigkeiten, die Vernunft, deren Grundlage die Intelligenz bildete.<sup>527</sup> Als Intelligenz hatte der Psychiater Tramer die „Anpassungsfähigkeit an neue Aufgaben und Bindungen des Lebens“ definiert.<sup>528</sup> Das psychiatrische Konzept des ‚Schwachsinn‘ beschränkte sich nicht auf die Verstandestätigkeit. Sie zog den ganzen Charakter in die Beurteilung mit ein. Der Schwachsinnige, hielt Tramer fest, sei „ein Mensch, der infolge seiner mangelhaften Beschaffenheit nicht nur der Intelligenz, sondern auch des Charakters, überhaupt der ganzen Person, die durchschnittliche Aufgaben des Lebens nicht in selbständiger Weise zu lösen vermag, wobei der Intelligenzschwäche die wichtigste Rolle zukommt“.<sup>529</sup> Insbesondere bei der Sexualität wirke sich der Schwachsinn negativ aus. Während der Geschlechtstrieb bei den „schwersten Graden des Schwachsinn“ kaum zur Ausbildung komme und „schwachsinnige“ Jünglinge kaum Partnerinnen fänden, werden „schwachsinnige Mädchen“ meist leichte sexuelle Opfer. Wegen dieser Gefahr und ihrer Gefährdung durch eine „starke sexuelle Triebhaftigkeit“ müsse den weiblichen „Schwachsinnigen“ besondere Aufmerksamkeit zukommen. Wünschenswert wäre eine nachgehende Fürsorge, die aber nicht immer möglich sei. „Der einfachere, sicherere und billigere Weg ist die Unfruchtbarmachung, Sterilisation, nicht Kastration“ hielt Tramer fest.<sup>530</sup> Die Sterilisation ‚schwachsinniger, triebstarker Mädchen‘ bildete zwar eine billige und sichere Methode, um unerwünschten Nachwuchs zu verhindern. Doch drohte nun eine andere

---

525 Binswanger, Otto: Über den moralischen Schwachsinn. Mit besonderer Berücksichtigung der kindlichen Altersstufe. Berlin 1903. 25.

526 Alfred Binet und Théodore Simon entwickelten 1905 den ersten Intelligenztest. Der Test bestand aus einer Reihe verschiedenartigen Aufgaben, mit steigendem Schwierigkeitsgrad. Zum Teil bestanden die Aufgaben aus einfachen Fragen und Problemen des Alltags, zum Teil um logische oder mathematische Aufgaben.

Voraussetzung war, dass die Anleitung verstanden wurde. Vgl. Gould, Stephen: Der falsch vermessene Mensch. Frankfurt a/M 1988. Gardner, Howard : Abschied vom IQ. Die Rahmen-Theorie der vielfachen Intelligenzen. Stuttgart 2001. Mensh, Elaine / Mensh, Harry: The IQ Mythology. Class, Race, Gender, and Inequality. Carbondale 1991.

527 Tramer, M.: Der Schwachsinn (Oligophrenie). 98–115. In: Stavros Zurukzoglu, Verhütung erbkranken Nachwuchses, Basel 1938. 98.

528 Tramer, Der Schwachsinn, 99.

529 Tramer, Der Schwachsinn, 100.

530 Tramer, Der Schwachsinn, 110.

Gefahr. Weil sich das „schwachsinnige Mädchen“ jetzt „ungehemmt dem Sexualverkehr hingeben und für diesen gebraucht werden“ konnte, befürchtete Tramer, dass es nun drohe zur „gefährlichen“ Überträgerin von Geschlechtskrankheiten zu werden.<sup>531</sup> Das ‚schwachsinnige Mädchen‘ wurde zum behördlichen Dilemma.

In seiner Dissertation beurteilte Oberholzer die als ‚schwachsinnig‘ diagnostizierten Frauen, die alle aus der Unterschicht stammten, als ‚unbelehrbar‘, als ‚unverbesserlich‘ und ‚moralisch verkommen‘. Er stellte sie als ausgesprochen verwerflich dar, um den Eingriff der Kastration und damit den Ausschluss von Sexualität und Mutterschaft zu legitimieren. Wie die Fallbeschreibungen und die expliziten Ausführungen zeigen, waren sich die Psychiater bewusst, dass ein Teil der Frauen missbraucht worden war, dass sie sich nicht wehren konnten oder sich nicht zu wehren trauten. Die nachgehende Fürsorge, die es als ihre Aufgabe verstand, die körperliche Integrität dieser jungen Frauen zu schützen, hatte in mehreren Fällen eine mit einer Sterilisation verbundene Entlassung explizit abgelehnt, um die jungen Frauen vor weiteren sexuellen Übergriffen zu schützen.<sup>532</sup> Oberholzer kritisierte diese Entscheidung und stellte die Legitimität der behördlichen Schutzfunktion in Frage, indem er die jungen Frauen nicht als Opfer sexueller Handlungen, sondern als ‚Verführerinnen‘ darstellte, als Mädchen, die in seinen Worten „den geschlechtlichen Missbrauch suchten“. Er fragte, ob es nicht menschlicher wäre, an Stelle einer Internierung diese Frauen „gewissen sexuellen Gefahren“ auszusetzen?<sup>533</sup> Den sexuellen Missbrauch interpretierte er als ihr individuelles ‚Versagen‘ auf Grund ihrer „geistigen Schwäche“ und den „fehlenden Abwehrkräften“, die im Kontext der Eugenik als ‚hereditär‘ verursacht angenommen eine Kastration legitimierte. Aus Sicht der Eugeniker waren nicht die jungen Frauen, die leicht Opfer sexueller Übergriffe werden konnten, zu schützen, sondern die Gesellschaft vor den allfälligen Folgen solcher Übergriffe.

Die Kulpabilisierung des sexuell missbrauchten Opfers hat die Historikerin Claudia Töngi in ihrer Studie zu auch sexuellen Gewalterfahrungen im ländlichen Kanton Uri des 19. Jahrhunderts, als Abwehrstrategie der bürgerlichen Gesellschaft interpretiert.<sup>534</sup> Die Anwendung von Gewalt entspreche nicht dem positiven bürgerlichen Männerbild, so werde die Schuld dem Opfer – meistens Frauen – angelastet. Sie werden als Verführerin hingestellt

---

531 Tramer, Der Schwachsinn, 111. Laube, Der eugenische Sexualeingriff, 20.

532 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 15, 41. Der Heilpädagoge Heinrich Hanselmann war überzeugt, dass mit einer ‚nachgehenden Fürsorge‘ die Fortpflanzung eingedämmt und damit die Sterilisation überflüssig gemacht werden könne. Hanselmann, Heinrich / Benjamin, Erich : Lehrbuch der Psychopathologie des Kindesalter für Ärzte und Erzieher. Zürich, Leipzig 1938. 322.

533 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 65. Oberholzer machte auch religiöse Gründe für die Verweigerung einer Sterilisation verantwortlich.

534 Töngi, Claudia: Um Leib und Leben. Gewalt, Konflikt, Geschlecht im Uri des 19. Jahrhunderts. Zürich 2004.

und mit der Etablierung der psychiatrischen Forensik vermehrt auch als ‚Hysterikerin‘, ‚Nymphomanin‘ oder ‚Schwachsinnige‘ pathologisiert.<sup>535</sup> Dabei ging – wie Tanja Hommen in ihrer Studie zeigt<sup>536</sup> – der Gewaltbegriff im Sexualstrafrecht nicht von der Handlung des Täters, sondern von der Reaktion der Frau aus. Sie musste sich genügend und eindeutig wehren und dem ‚Drängen‘ des Täters ihren ‚festen Willen‘ entgegensetzen, damit eine sexuelle Handlung als gewalttätig qualifiziert wurde.<sup>537</sup> Die Grenze zwischen Missbrauch und Verführung war fließend und im Falle eines Prozesses hing die Beurteilung vom Kontext, den geschlechtsspezifischen Vorstellungen und Verhaltensweisen der Akteure, sowie vom sozialen Status der Beteiligten und ihrer sozialen Einbindung in die Gemeinschaft ab. Prekär war dabei insbesondere die Situation junger, unverheirateter Frauen in familiennahen Arbeits- und Lebensverhältnissen, die durch ihre schwache soziale und rechtliche Stellung männlichen Zugriffen relativ wehrlos ausgesetzt waren.<sup>538</sup> Im Kontext der Eugenik wurden die betroffenen Frauen nicht nur für die Übergriffe verantwortlich gemacht und der Übergriff als persönliches Versagen erklärt. Ihr Verhalten wurde pathologisiert und als Expression eines ‚minderwertigen Erbguts‘ erklärt. Mit dem eugenisch legitimierten Eingriff wurden sie neu auch von der Möglichkeit der Mutterschaft ausgeschlossen und zugleich schutzlos weiteren Übergriffen ausgeliefert. Dabei ist der Ausschluss von der Reproduktion im Kontext der bürgerlichen Geschlechterordnung als gravierend anzusehen, da Frauen ihren gesellschaftlichen Wert über Reproduktion und ihre Rolle als Gattin und Mutter zugesprochen erhielten.<sup>539</sup> Auch wenn die Eugeniker behaupteten, der Zweck und das Ziel sei die Verhütung ‚minderwertiger Nachkommenschaft‘, scheint zumindest bei einem Teil der Frauen die Kastration auch ein punitives Moment zu enthalten. Sie sollten für ihr ‚ungebührliches‘ Verhalten bestraft und für das Umfeld ‚erträglicher‘ gemacht werden. Die Kastration als eugenisches Instrument diente damit auch dazu, Überschreitungen bürgerlicher Normen auf Kosten junger, unverheirateter Frauen zu sanktionieren und die ‚verletzte‘ sittliche Ordnung wiederherzustellen. Zugleich wurde der sexuelle Missbrauch an dieser Personengruppe als gesellschaftliches Phänomen zum Verschwinden gebracht. Junge unverheiratete Frauen galten generell als ‚sittlich gefährdet‘ und als ‚schutzbedürftig‘. Eine Funktion, die der Staat, aber auch parastaatliche Institutionen und Vereine übernahmen und bis in die 1920er Jahren ein dichtes Netzwerk von Behörden, Institutionen und privaten Vereinen bildete.<sup>540</sup> Es war denn gerade auch das fürsorgerische Schutz- und

---

535 Töngi, Um Leib und Leben, 324.

536 Hommen, Tanja: Sittlichkeitsverbrecher. Sexuelle Gewalt im Kaiserreich. Frankfurt a/M 1999. 210.

537 Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 210.

538 Töngi, Um Leib und Leben, 383–385.

539 Welche Bedeutung diese Eingriffe für die jungen Frauen selbst hatten, lässt sich aus den publizierten Artikeln und den darin aufgeführten Fallbeschreibungen nicht erschliessen.

540 Dazu gehörten unter anderem Sittlichkeitsvereine, Heime für ‚gefallene‘ Mädchen und andere fürsorgerische Einrichtungen. Diese bildeten für bürgerliche Frauen Möglichkeiten ausserhäuslicher Betätigungen. Sie konnten damit einer ‚ihrem Wesen angemessene‘ Arbeit nachgehen, ihren Macht- und

Gefährdungskonzept, das zur Schutzlosigkeit dieser jungen Frauen gegenüber behördlichen Eingriffen führte und damit erst die eugenischen Eingriffe ermöglichte.<sup>541</sup>

Selbst bei einvernehmlichen unehelichem Geschlechtsverkehr wurde im Konfliktfalle, oder wenn es zu einer Schwangerschaft kam, die moralische Verantwortung der Frau auferlegt und sie den verschiedenen Sanktionen ausgesetzt.<sup>542</sup> Der uneheliche Geschlechtsverkehr war zwar nicht kriminalisiert, doch gesellschaftlich unerwünscht. Die Möglichkeit der Schwangerschaft, beziehungsweise die Angst davor, galt denn auch als disziplinierendes Instrument der Abschreckung vorehelichen Geschlechtsverkehrs. Kam es dennoch zu einer unehelichen Schwangerschaft, dann standen den Behörden verschiedene Instrumente zur Verfügung, um die ledigen Mütter zu kontrollieren und zu disziplinieren.<sup>543</sup> Die einfachen Zugriffsmöglichkeiten waren durch die sozial und rechtlich vulnerable Stellung lediger Mütter gegeben. Im 19. Jahrhundert und bis zum in Kraft treten des ZGBs 1912 hatte sich bezüglich unehelicher Kinder das Maternitätsprinzip als Normalfall durchgesetzt. Das heisst, uneheliche Kinder erhielten den Namen und das Bürgerrecht ihrer Mutter. Ihr wurde die Verantwortung für die Kinder übertragen. Da jedoch das mütterliche Klagerecht, etwa zur Alimentenzahlung, immer stärker eingeschränkt wurde und im ZGB von 1912 dann ganz fehlte, schwächte die Stellung der ledigen Mütter. Diese gesetzlichen Einschränkungen ihrer Handlungsmöglichkeiten dienten insbesondere dem Schutz von Ehemännern und Vätern und damit der bürgerlichen Familie, die vor Ansprüchen ‚unzüchtiger‘ Frauen und ‚Dirnen‘ geschützt werden sollte.<sup>544</sup> Die Folgen des ausserhehlichen Geschlechtsverkehrs wurden moralisch und finanziell explizit den Frauen aufgebürdet. Auch beinhaltete das Maternitätsprinzip nicht die Erziehungsberechtigung. Mit der Aufhebung der Geschlechtervormundschaft mit dem ZGB wurde der unehelichen Mutter zwingend ein Beistand zur Seite gestellt.<sup>545</sup>

Mit den ausserhalb der bürgerlichen Norm von Ehe, Sexualität und Familie stehenden ledigen Müttern, deren Nachwuchs die Verkörperung ihrer sittlichen Verfehlungen bildete,

---

Kompetenzbereich erweitern und zugleich ihre Normvorstellung durchsetzen. Puenzieu / Ruckstuhl, Medizin, Moral und Sexualität, 175–180. Heintz / Honnegger, Zum Strukturwandel, 36–39. Sutter, Gaby: Zwischen Integration und Ausschluss. Fürsorge und Sozialarbeit in der Stadt Bern 1900 bis 1960. Bern 2008.

541 Hauss, Gisela: Die alltägliche Praxis der St. Galler Vormundschaft. Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter fürsorglicher Kontrolle. 41–85. In: Hauss, Gisela et al (Hg.): Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950). Zürich 2012. 57. Es waren die verschiedenen Behörden, Institutionen und Vereine, die diese jungen Frauen der Psychiatrie zuwiesen. Das heisst, die Psychiatrie war in der Anwendung ihrer Eingriffe auf die Kooperation anderer Institutionen angewiesen.

542 Ryter, Als Weibsbild bevogtet, 49.

543 Den Aspekt sexueller weiblicher Promiskuität sprach auch Laube noch 1941 an. Es habe sich herausgestellt, dass insbesondere sterilisierte Frauen glaubten, einen Freibrief für ungezügelter Geschlechtsverkehr erlangt zu haben, da eine Furcht vor Schwangerschaft nicht mehr besteht. Laube, Der eugenische Sexualeingriff, 20.

544 Ryter, Als Weibsbild bevogtet, 46.

545 Ryter, Als Weibsbild bevogtet, 47.



schrieben sich die Eugeniker in den Sittlichkeits-Diskurs der Zeit ein. Der Kampf gegen die Unsittlichkeit zielte vorwiegend auf die weibliche Sexualität ab.<sup>546</sup> Dabei zeigte sich, dass die Grenzen zwischen ‚sexueller Gefährdung‘ und ‚sexueller Gefahr‘ fließend waren. So galten ledige Mütter sowohl als ‚sittlich gefährdet‘ – ohne männlichen Schutz waren sie leichte Beute sexueller Übergriffe –, wie auch als ‚sittliche Gefahr‘. Mit ihrem ‚liederlichen Lebenswandel‘ gefährdeten sie die Moral ihrer Kinder und die moralische Ordnung. Sie bedrohten das bürgerliche Familienmodell. Insbesondere das Fehlen des familiären Oberhauptes, des Vaters und Gatten, bedurfte dringend der behördlichen Intervention.<sup>547</sup> Mit dem Diskurs der Eugeniker wurde das von den ledigen Müttern und ledigen, jungen Frauen ausgehende Gefahrenpotential potenziert indem die ‚sittlichen Gefahren‘ mit der ‚biologischen Gefahr‘ der ‚erblichen Minderwertigkeit‘ verknüpft wurden. Diese Frauen bedrohten mit ihrem Sexualverhalten und dessen Folgen die sittliche Ordnung und schädigten die Gesundheit des ‚Volgskörpers‘. War Näcke in seinen theoretischen Erörterungen noch davon überzeugt gewesen, dass männliche Delinquenten die grösste eugenische Gefahr darstellten, scheinen es in der schweizerischen Praxis zu Beginn vor allem junge ledige Mütter und Frauen gewesen zu sein. Bei dieser Gruppe von Frauen konnten die Psychiater trotz einiger behördlicher Widerstände davon ausgehen, dass sie aufgrund ihrer sozial und rechtlich schwachen Position dem behördlich-institutionellen Zugriff und damit den eugenischen Sexualeingriffen letztlich wenig entgegensetzen vermochten.

### **Die Kastration von Sexualdelinquenten als Instrument der Kriminalprävention**

Während es bei Frauen in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu weiteren Eingriffen gekommen war, waren bei den Männern keine neuen Fälle dazugekommen. Bei den vier Fällen von Oberholzer handelte es sich um den bereits bekannten Fall von Forel von 1892 und die beiden kastrierten Männer von Wil sowie dem Fall aus Münsingen, über den in der Medizinischen Rundschau berichtet worden war. Obwohl der Fall von Forel später als die „erste Kastration aus moderner psychiatrischer Indikation“, als erste kriminalpräventive Kastration bezeichnet wird,<sup>548</sup> war dieser Patient als Einziger nicht in Zusammenhang mit Sexualdelinquenz interniert und kastriert worden. Forel hatte ihn zwar als „psychisch krankes Scheusal“ bezeichnet, und Oberholzer hielt fest, die Krankengeschichte „enthüllt ein Stück menschlichen Elendes schlimmster Art. Zu nichts zu gebrauchen und überall auf die Dauer unerträglich“, doch bezog sich diese Beurteilung nicht

---

546 Die bürgerliche Frau konnte sich dabei von den ‚gefallenen‘ und ‚befleckten‘ Mädchen als ‚Helferin‘, ‚Beschützerin‘ und ‚Reine‘ abgrenzen und damit die schichtspezifische Hierarchie bewahren und reproduzieren. Puenzieux / Ruckstuhl, Medizin, 184.

547 Oft wurden den unehelichen Müttern ihre Kinder weggenommen. Hauss, Die alltägliche Praxis, 54. Nicht nur die unehelichen Mütter, auch die überfüllten Wohnungen der Unterschichtsfamilien galten als Gefahr für die ‚sittliche Entwicklung‘ der Kinder, oder die mangelnde Beaufsichtigung.

548 Wolf, Kastration, 15.

auf den Geschlechtstrieb. Aus der Krankenakte übernahm Oberholzer für die Falldarstellung, dass er über „unerträglichen Schmerzanfällen“ in den Hoden gejammert habe und deswegen kastriert worden sei.<sup>549</sup> Es war der Fall, den Forel retrospektiv als eugenisch umgedeutet hatte. Diese Umdeutung wurde von Oberholzer bestärkt, indem er dem Eingriff ebenfalls einen eugenischen Zweck zuschrieb.<sup>550</sup> Die weiteren drei Fälle, bei denen die Kastration in kriminalpräventivem Zusammenhang diskutiert und die beiden Fällen von Wil, bei denen die Kastration ausgeführt wurden, standen jedoch alle in Zusammenhang mit Sexualdelikten. Die Betroffenen waren von der Justiz in die psychiatrische Anstalt eingewiesen worden. Bei den beiden durchgeführten Operation handelte es sich – auch wenn Good und Näcke widersprachen – definitiv um Kastrationen: Den Betroffenen wurden die Hoden entfernt. Oberholzer hatte 1912 über sie anhand der psychiatrischen Akten die Studie „Über die Wirkung der Kastration auf die Libido sexualis verfasst“, in der er die Wirkung der Kastration auf den Geschlechtstrieb beschrieb.<sup>551</sup>

K.R. war, wie in der Fallbeschreibung zu lesen ist, ein 1875 geborener Tagelöhner, bei dem eine konstitutionelle Psychose und „erbliche Belastung“ diagnostiziert und der auf öffentliche Kosten im Asyl Wil versorgt worden war. Er zeige ein unbändiges Wesen, eine unverbesserliche Faulheit, einen starren Eigensinn und einen Hang zur Lüge. Ihm fehle jedes Gefühl für Anstand und Ordnung, zitierte Oberholzer aus den Akten. Schon früh sei K.R. zur Onanie verführt und zur „Päderastie verwendet“ worden.<sup>552</sup> In einer Erziehungsanstalt versorgt, habe ihm Masturbation bald nicht mehr gereicht, er vergriff sich an seinen Mitschülern. Auch nach seiner Entdeckung und Bestrafung gelang es ihm nicht, seinen „abnormen Trieb“ zu unterdrücken. Mit 17 kehrte er zu seinem Vater zurück, wurde von diesem wegen seiner sexuellen Praktiken fortgejagt und beging in der Folge kleinere Diebstähle. Er wurde verurteilt und verdingte sich danach als Tagelöhner. „Während dieser Zeit soll ihm eine grosse Zahl von Knaben durch Verführung zum Opfer gefallen sein.“<sup>553</sup> Er wurde verurteilt und bestraft, in seinen Heimatkanton ausgewiesen und dort wegen weiterer sexueller Delikte und seines unsteten Lebenswandels zur Überwachung ins Arbeitshaus gebracht. Mit 21 wurde er entlassen. Bald danach sei es bereits wieder zu Betrugereien und zu weiteren Anklagen wegen unzüchtiger Handlungen mit Personen des gleichen Geschlechts gekommen, für die er ebenfalls verurteilt wurde. Kurz nach der Entlassung war K.R. wieder rückfällig und im Rahmen des Strafverfahrens der psychiatrischen Anstalt Burghölzli überwiesen worden, um seinen Geisteszustand zu begutachten. Ein Jahr nach

---

549 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 100–105.

550 Forel, Sexuelle Frage, 381–382. Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 103.

551 Oberholzer, Über die Wirkung der Kastration auf die Libido sexualis, 829.

552 K. R. war zu ‚homosexuellen Zwecken‘ missbraucht worden.

553 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 104–105.

seiner Einweisung habe sich K.R. gereizt gezeigt, er zweifle am befriedigenden Resultat des Anstaltaufenthaltes. „Schliesslich proponierte er als ultimum refugium, sich kastrieren zu lassen.“ Diesem Wunsch kam die Psychiatrie aber nicht nach. Nach viereinhalb Jahren wurde er entlassen. Als er kurz darauf wegen einer „Dienstehrverletzung“ angeklagt wurde, verschwand er aus der Schweiz. Später wurde er in Deutschland wegen „Vornahme unzüchtiger Handlungen an Knaben unter 14 Jahren“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und ins Asyl Wil zurückgeschoben.<sup>554</sup> Er verlangte erneut, kastriert zu werden, „in der Hoffnung, dann eher aus der Anstalt heraus zu kommen“, und richtete dasselbe Verlangen an seinen Vater und die Heimatgemeinde. „Er erwartet von der Kastration alles Heil und droht mit Selbstkastration, wenn die Operation nicht bewilligt werden sollte.“<sup>555</sup> 1907 wurde er im Kantonsspital St. Gallen kastriert. In der Fallbeschreibung wird das Bild eines jungen Mannes gezeichnet, der sich nirgends einordnen konnte und der die Gesellschaft durch Kleinkriminalität und seine ‚sexuelle Gefährlichkeit‘ bedrohte. Denn K.R. leide „unter einem übermächtigen, durch Verführung frühzeitig erwachten Geschlechtstrieb bei konträrer Sexualempfindung“. Sein „von Zeit zu Zeit“ „unbeherrschbarer Trieb“ haben ihn in Konflikt mit dem Gesetz gebracht. Für die „Einschätzung des Resultates“ der Kastration sei von Bedeutung, dass K.R. „ein in gewisser Richtung gut begabter Mensch [ist], der, von dem übermächtigen Trieb befreit, etwas zu leisten versprach“.<sup>556</sup> Die sich auf die „ganze Lebensführung erstreckende Besserung“ sei „bemerkenswert“, hob Oberholzer hervor. K.R. bemühe sich „ehrlich und redlich, mit besten Kräften aus sich nach einer schweren und ihn drückenden Vergangenheit einen für die Gesellschaft brauchbaren und arbeitsamen Menschen zu machen“.<sup>557</sup> Die Kastration sei aus „individuellen Gründen ausgeführt worden“, ihr Erfolg sei an erster Stelle ein „medizinischer“, „der menschlichen Gesellschaft sei ein brauchbares Mitglied wiedergegeben“, beschrieb Oberholzer den ‚erfolgreichen‘ Eingriff.<sup>558</sup> Bei K.R. waren weder Reproduktion noch eugenische Aspekte relevant. Beschrieben wurde die Geschichte eines Mannes, der nach einer langen ‚Leidensgeschichte‘ mit seinem Wunsch nach einer Kastration von seinem ‚Leid erlöst‘ wurde.

Beim zweiten Fall aus dem Asyl Wil handelte es sich um einen 31-jährigen ledigen Coiffeur, bei dem eine „konstitutionelle Psychose“ diagnostiziert worden war. Während seiner Coiffeurlehre sei er zum Alkoholiker geworden und 21-jährig vom Vater in eine Trinkerheilanstalt gebracht worden. Er habe konstant gegen die Anstaltsdisziplin verstossen und konnte, da sein Vater nicht mehr zahlen wollte, seine Entlassung bewirken. Dann habe

---

554 K.R. hatte einen Billeteur als ‚Kamel‘ bezeichnet. Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 106–107.

555 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 107.

556 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 109.

557 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 110.

558 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 112.

er Jahre zwischen Trinkerheilanstalt, Armenhaus und Gefängnis verbracht und sich dazwischen vagabundierend herumgetrieben. 1901 sei er wegen sexuellen Missbrauchs minderjähriger Mädchen angeklagt und zur Begutachtung in ein ‚Irrenhaus‘ gebracht worden. Seine geschlechtlichen Verfehlungen führe er auf den Alkohol zurück, „unter dem Einfluss des Alkohols und seines abnormen Sexualtriebes werde er zum Tier, da koitiere er dasselbe Mädchen zwei-, dreimal hintereinander“ gab der Coiffeur dem Psychiater zur Auskunft. Der Gutachter diagnostizierte eine in der Pubertät entwickelte „pathologische Intensität“ des Sexualtriebes.<sup>559</sup> Auch bei diesem Patienten dauerte die Begutachtung über ein Jahr an, er klagte über „unerträgliche Geschlechtslust“ und verlangte die Kastration. Auch er habe mit Selbstkastration gedroht. Die Kastration war dann 1907 ausgeführt und damit seine Entlassung ermöglicht worden.<sup>560</sup> In der psychiatrischen Nachbetreuung wurde ein allmähliches Nachlassen seiner sexuellen Potenz festgestellt, worüber sich der Patient unglücklich zeigte und die Kastration bereute.<sup>561</sup> Dennoch rechtfertigte Oberholzer die Kastration als „die einzige Behandlung, von der noch Erfolg zu erwarten war“, nachdem alle anderen angewandten Mittel versagt hatten und man den Patienten nicht einfach seinem „traurigen Schicksal“ habe überlassen wollen. Die „Hauptgefährlichkeit“ des Patienten sah Oberholzer auf dem Gebiet des Trieblebens, nämlich die sexuellen Handlungen an Minderjährigen, die nun mit der Kastration beseitigt worden seien. Nicht zuletzt sei damit „die Möglichkeit der Vererbung seiner schwer pathologischen Anlage“ verhindert worden, fügte Oberholzer noch an.

Beim dritten Fall handelte es sich um einen „erblich schwer belasteten“, auf öffentliche Kosten verpflegten Metzgerlehrling. Er war bereits als Siebenjähriger auf Veranlassung der Mutter in einer psychiatrischen Anstalt interniert worden mit der Begründung, er sei eine „sittliche Gefahr“ für seine kleinen Geschwister. Er habe die Schwester „coitiert“ und benutzte den Bruder zur Päderastie. Er selbst sei von Erwachsenen im Haus „päderastiert“ worden. „In der Anstalt war er wegen seinem krankhaften Sexualtrieb einer der allerschwierigsten Pfleglinge. Weil er andere Patienten zu homosexuellen Aktivitäten verführte, wurde er probeweise auf die Frauenseite versetzt.“<sup>562</sup> Da er auch die Frauen sexuell belästigte, wurde er bald wieder in die Männerabteilung zurückversetzt.<sup>563</sup> Neben seiner „abnormen Sexualität“ zeige der Knabe auch „ethische Defekte“. Weder Züchtigung, Einsperren, noch Vergünstigungen würden ihn zu friedlichem Betragen bewegen, war in den

---

559 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 114, 117.

560 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 115.

561 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 117.

562 Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 128.

563 In psychiatrischen Anstalten dominierte eine strikte Geschlechtertrennung, unter anderem um ‚geschlechtliche Aktivitäten‘ so weit wie möglich zu unterbinden. Vgl. Braunschweig, Sabine: „Dauernd erotisch erregt“. Sexualität und Pflegealltag. 111–135. In: Regina Wecker et al (Hg.): Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013.

Akten festgehalten worden. Die Armenbehörde schlug vor, ihn zu kastrieren. Damit „hätte man seine sexuelle Gefährlichkeit nicht mehr fürchten müssen und ihn, soweit nur diese in Betracht kam, eher entlassen können“.<sup>564</sup> Wegen der schädlichen Folgen kam sie in seinem Alter jedoch nicht in Frage. 1900 verfügte die Sanitätsdirektion die Entlassung des nun Elfjährigen. Als Sechzehnjähriger kam er nach einem erneuten Missbrauch seiner Schwester wiederum zur Begutachtung ins Burghölzli. Hier zeigte er sein „altes“ Benehmen und man verfügte schliesslich seine dauernde Versorgung. Er entwich, fand eine Stelle und arbeitete von nun an zuverlässig und absolvierte problemlos die Rekrutenschule. Als er aufgrund einer Weiterbildung ein Leumundszeugnis brauchte, wurde seine Flucht bekannt und er zurück ins Burghölzli gebracht. Hier zeigte sich der inzwischen 19-jährige Patient einsichtig. Er habe sich längere Zeit gut gehalten und „beabsichtige, seine Eltern auch in Zukunft zu unterstützen und schämte sich seiner früheren Lebensführung“.<sup>565</sup> Oberholzer musste zwar eingestehen, dass er mit dem Strafgesetz nicht mehr in Konflikt gekommen sei und sich ordentlich gehalten habe. Dennoch blieb er dabei, dass es sich bei ihm um einen Menschen mit einer „konstitutionellen Störung“ handle, die Ursache der zahlreichen sexuellen Anomalien sei. Auch sei ein starker „moralischer“ und ein geringerer „intellektueller Defekt“ vorhanden.<sup>566</sup> Oberholzer mutmasste, dass die Besserung lediglich aus „praktischen“ Gründen erfolgt sei. Es sei möglich, dass der sexuelle Ursprung der Delikte einen „moralischen Defekt“ vortäuschen könne. Dann nämlich, wenn die Fähigkeit, die „sexuellen Triebkräfte richtig zu verwenden“ dem „abnorm starken Geschlechtstrieb“ nicht gewachsen sei.<sup>567</sup> Oberholzer bedauerte, dass gegenwärtig an einen Eingriff nicht zu denken sei, auch wenn die Besserung fraglich erscheine. Die erst ausserhalb der Klinik erfolgte ‚Besserung‘ nach jahrelangem Klinikaufenthalt brachte Oberholzer in Erklärungsnotstand. Sie widersprach der deterministischen Hereditätslehre, welche die wissenschaftliche Grundlage der chirurgischen Eingriffe bildete. Zudem erfolgte sie ausserhalb der psychiatrischen Reichweite: Nicht ihre Therapien brachten Besserung, sondern der Patient selbst war dafür verantwortlich.

Bei den Kastrierten handelte es sich um Männer, die zum Zeitpunkt der Kastration bereits eine längere ‚Anstaltskarriere‘ hinter sich hatten, ‚Kleinkriminelle‘ mit einem unstemem Lebenswandel, bei denen mit keiner der bis dahin verfügbten Sanktionen die gewünschte Wirkung erzielt werden konnte. Die drei kastrierten Männer waren der psychiatrischen Klinik auch mehrmals in Zusammenhang mit Sexualdelikten oder ‚abnormem Sexualverhalten‘ zugewiesen worden. Die ersten Einweisungen in die Klinik erfolgten durch das familiäre

---

<sup>564</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 131.

<sup>565</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 130.

<sup>566</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 130.

<sup>567</sup> Oberholzer, Kastration und Sterilisation, 134.

Umfeld, weil der Knabe Erziehungsschwierigkeiten bereitete oder der Vater über den Alkoholkonsum seines Sohnes besorgt war. Die Falldarstellungen zeigen sich dann als psychiatrisch generierte Biografien, in denen sich die Leben der Betroffenen auf die Kulminierung von Abweichungen verengten.<sup>568</sup> Die Dargestellten erscheinen darin als ‚Scheusale‘ und ‚Monster‘. Es sind die Biografien gescheiterter Existenzen. Einen Teil ihres Scheiterns bildete das Versagen der sexuellen Lebensführung: Es waren Männer, beziehungsweise in einem Falle ein missbrauchter Junge, die als unfähig erschienen, ihre sexuelle Befriedigung am Erlaubten und Normalen auszurichten. Ihr Scheitern wurde von der Psychiatrie als Manifestation eines ‚minderwertigen‘ Erbguts interpretiert. Darauf verwiesen die sich meist schon in der Kindheit manifestierenden ‚Abnormitäten‘ und ‚Abweichungen‘ sowie die Rückfälligkeit trotz der behördlichen Interventionen und psychiatrischen Bemühungen. Diese Erfolglosigkeit wurde als Versagen den Betroffenen selbst zugeschrieben und sie damit als ‚Unverbesserliche‘ markiert. Auf der anderen Seite wurde einer ‚Verbesserung‘, wie sie sich im letzten Falle zeigte, mit grossem Misstrauen begegnet. Sie sei lediglich aus ‚praktischen‘ Gründen erfolgt wie Oberholzer mutmasste. Noch war ungewiss, ob dieser ‚Läuterung‘ zu trauen war, ob es sich dabei um eine ‚echte Läuterung‘ handelte und ob sie andauerte. Konnte es bei einer ‚konstitutionellen Störung‘, das heisst, bei einer ‚ererbten Veranlagung‘ überhaupt zu einer ‚Verbesserung‘ kommen? Im Gegensatz zur misstrauisch beäugten ‚Läuterung‘, die ausserhalb der Klinik und ohne psychiatrische Hilfe erfolgte, wurde die Kastration als Instrument einer ‚echten‘ Besserung dargestellt. Nicht nur reduziert sie die Sexualdelinquenz, ihr wurde auch beruhigende Wirkung auf den Charakter zugeschrieben: Die betroffenen Männer konnten als nützliche Mitglieder wieder in die Gesellschaft integriert werden. Die erfolgreiche gesellschaftliche Reintegration bildete ein zentrales Argument in der Legitimierung der kriminalpräventiven Kastration. Mit ihr hatte eine ‚Therapie‘ in die psychiatrische Praxis Eingang gefunden, die keine genuine psychiatrische Therapie darstellte, sondern aus einem anderen medizinischen Fachgebiet stammte, dennoch bei psychiatrischen Problematiken Anwendung fand. Sie wurde benutzt, wenn psychiatrische Therapien und Instrumente nicht zum gewünschten Ziel führten, wenn sie scheiterten.

### **3.4. Die Etablierung ‚socialer‘ Eingriffe**

#### **Die Eugenik stellt sich der Öffentlichkeit vor**

Eugenik, die bis dahin vor allem im Expertenkreis debattiert worden war, konnte 1911 an der Dresdner Hygiene-Ausstellung erstmals einer breiten Bevölkerung vorgestellt werden. Die Ausstellung, die der Aufklärung der Bevölkerung über Gesundheit und Hygiene diene, umfasste ein breites Spektrum an Themen, die von Versicherungen, Infektionskrankheiten,

---

<sup>568</sup> Auf die Herstellung psychiatrischer Lebensläufe gehe ich im Kapitel 4.4 noch näher ein.

Kleidung, Ernährung bis zur Präsentation wissenschaftlicher Instrumente reichte. Die Eugeniker<sup>569</sup> machten in der Abteilung „Rassenhygiene“ auf ihr Anliegen aufmerksam. Es sei der „erste Versuch, die Tataschen der Fortpflanzung, Vererbung und Rassenhygiene in allgemein verständlicher Zusammenfassung“ darzustellen.<sup>570</sup> Eine internationale Gruppe von Veterinärmedizinern, praktizierenden Ärzten, Zoologen, Pflanzenzüchtern und Psychiatern, darunter auch die Schweizer Psychiater Eugen Bleuler (1857–1939), Johann Josef Jörger (1860–1933), Hans Wolfgang Maier (1882–1945), Emil Oberholzer (1883–1958) und Ernst Rüdin (1874–1952), leisteten Beiträge zur Ausstellung. Anhand von Pflanzen und Tieren wurden auf Schautafeln Fortpflanzung, Vererbung und ihre Gesetzmässigkeiten erläutert. Ein Bereich widmete sich der Vererbung beim Menschen. „Das Keimplasma ist weitaus der mächtigste Faktor, der die Beschaffenheit der Individuen bestimmt“ hiess es dazu im Ausstellungskatalog.<sup>571</sup> Anhand von Stammbäumen wurde die Vererbung ‚neutraler‘, ‚positiver‘ und ‚negativer‘ Eigenschaften dargestellt.<sup>572</sup> Nach welchen Gesetzmässigkeiten Eigenschaften als ‚positiv‘ oder ‚negativ‘ einzuordnen waren, darauf gingen die Wissenschaftler nicht näher ein. Die Schweizer Eugeniker waren mit den Schautafeln „Heredität der moralischen Idiotie“ präsent. Anhand eines Familienstammbaumes wurde von einem „Verbrecher“ ausgehend die Verbreitung des „schlechten Erbmaterials“ dargestellt. Diese „gemeingefährlichen Kranken“ seien „zur Verhütung der Fortpflanzung des Defektes“ mit Sterilisationen zu bekämpfen und nicht mit Gefängnisstrafen, war auf dem Plakat zu lesen. Der Bündner Psychiater Jörger präsentierte anhand der „Familie Zero“, wie „eine Sippe von Wanzen der menschlichen Gesellschaft entsteht“. Den Niedergang der „Familie Zero“ hatte die Heirat eines Mannes aus einem tüchtigen Bauerngeschlecht mit einem „heimatlosen und vagabundierenden Weibe“ eingeläutet. In der Darstellung war es eine Frau, die das „minderwertigen Erbgut“ in die Familie eingebracht hatte und diese ‚infizierte‘.<sup>573</sup>

Der schweizer Psychiater Oberholzer präsentierte die Schautafel „Castration und Sterilisation von Geisteskranken aus sozialen Gründen“. Bei den dargestellten Fällen handelte es sich um die bereits bekannten, ‚promiskuitiven‘ ledigen Frauen, die – wie auf den Schautafeln zu lesen war –, als „Geistesschwache“, „Imbezille“ oder auch „moralisch Defekte“ kastriert worden waren.<sup>574</sup> „Dieser letztere Weg der Unschädlichmachung“ war im

---

569 Teilgenommen haben 31 Ärzte und Medizin-Professoren, 21 Psychiater, 12 Biologen, sowie Anthropologen und Statistiker. Gruber, Max von / Rüdin, Ernst: Fortpflanzung, Vererbung, Rassenhygiene. Illustrierter Führer durch die Gruppe Rassenhygiene der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden. München 1911. 4–6.

570 Gruber, Fortpflanzung, 1.

571 Gruber, Fortpflanzung, 76.

572 Gruber, Fortpflanzung, 96.

573 Gruber, Fortpflanzung, 101.

574 Gruber, Fortpflanzung, 99.

Ausstellungskatalog zu lesen, sei bekanntlich bereits in Nordamerika betreten worden. Auch in der Schweiz habe man in den Fällen, wo die Zustimmung des Patienten zu erlangen sei, damit angefangen. Wie die Eugeniker mit ihren Anliegen auf der Hygieneausstellung rezipiert wurden, ist wenig bekannt. Grosse öffentliche Aufmerksamkeit erhalten hatte aber der erste Internationale Kongress der Eugenik 1912 in London. Dabei hatte sich die internationale Presse vorwiegend mokierend über die Eugenik und Eugeniker geäußert und sie mit Karikaturen und Witzen als Fanatiker und Grössenwahnsinnige verspottet.<sup>575</sup>

## **Der Erste Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit**

Bis zum Ersten Weltkrieg trieben ihre Protagonisten die Etablierung der Eugenik als Wissenschaft auf internationaler Ebene voran, um ihren Anliegen höhere politische Durchsetzungskraft zu verleihen.<sup>576</sup> Geeignet hatte man sich auf die Programmatik des Norwegers Jon Alfred Mjøn (1860–1939), der zwischen dem „Recht auf Leben“ für alle und dem „Recht auf Nachkommen“ ausschliesslich für „Hochwertige“ unterschied und bei der Umsetzung auf die Förderung der Reproduktion der „Hochwertigen“ fokussierte. Die „Minderwertigen“ seien zu internieren und in Ausnahmefällen zu sterilisieren.<sup>577</sup> Systematische eugenische Unfruchtbarmachungen wie in den USA waren wegen der fehlenden wissenschaftlichen Grundlage in Europa noch nicht opportun.<sup>578</sup> Einzig in der Schweiz war es zu ersten Sexualeingriffen gekommen, die im Kontext eugenischer Legitimation oft auch der ‚Bändigung wilder Triebe‘ dienten. Dem Topos eines ‚unkontrollierbaren Geschlechtstriebes‘ kam auch in den USA in der Begründung der Sexualeingriffe anfänglich zentrale Bedeutung zu.<sup>579</sup>

Die ‚socialen‘ Sexualeingriffe symbolisieren den Wandel im Umgang mit den ‚sexuell Anormalen‘. Die bis dahin geltende Praxis der Unterwerfung unter ein Anstaltsregime, um eine lückenlose Kontrolle zu garantieren, bedeutete den stigmatisierenden Ausschluss aus der Gesellschaft. Die durch die Anstaltsmauer symbolisierte starre Ausgrenzung begann sich um 1900 allmählich zugunsten flexibler psychiatrischer Interventionen aufzuweichen. Es war vor allem die Bewegung für geistige Hygiene, die, wie Robert Castel für die USA im 20. Jahrhundert zeigt, sich der geistigen Gesundheit der gesamten Bevölkerung zuwandte. Mit Hilfe medizinischer und psychologischer Techniken galt es, die psychische Gesundheit des

---

<sup>575</sup> Kühl, Die Internationale der Rassisten, 26, 40–64.

<sup>576</sup> Kühl, Die Internationale der Rassisten, 37–39.

<sup>577</sup> Laube, Der eugenische Sexualeingriff, 15.

<sup>578</sup> Kühl, Die Internationale der Rassisten, 35–37. Kevles, In the Name of Eugenics, 90. Wobei in Deutschland ab 1923 der Zwickauer Amtsarzt Gustav Boeters einerseits das Parlament mit Sterilisationsentwürfen eindeckte und zugleich illegale eugenische Sterilisationen durchführte, bis er suspendiert worden war. Schwartz, Sozialistische Eugenik, 127, 271.

<sup>579</sup> Laughlin, Harry: Eugenical sterilization in the United States. Chicago, Psychopathic Laboratory of the Municipal Court of Chicago. Chicago 1922. 1–4. Maier, Nordamerikanische Gesetze, 24.



Einzelnen und des Kollektivs zu stärken und zu optimieren.<sup>580</sup> Die geistige Hygiene bildete den paradigmatischen Leitbegriff für die Reform der amerikanischen und der europäischen Psychiatrie der Zwischenkriegszeit, die verstärkt auf Prävention abzielte, was auch die Eugeniker mit ihren Massnahmen bezweckten. In den Fokus rückten vermehrt die körperliche und geistige Gesundheit der ‚Normalen‘. Ihre Gesundheit sollte unter Anleitung von Experten mit ihrem spezifischen Wissen erhalten und gestärkt werden. Das Wissen – auch eugenisches – wurde über Vorträge, populärwissenschaftliche Publikationen, Ausstellungen und anderes mehr verbreitet, es galt die Bevölkerung aufzuklären und zu erziehen. Die Ausrichtung der Lebensführung nach den von Experten angeleiteten Gesundheitsvorstellungen sollte nicht als Zwangsmassnahme implementiert werden, sondern Individuen hervorbringen, die sich an den gesundheitlichen Normen und Wertvorstellungen orientierten und ausrichteten, die sich diese aneigneten und mittels Selbst- und Fremdtechnologien inkorporierten. Die präventiv wirkenden Techniken wurden allmählich auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt und das Leitmotiv der psychischen (und auch körperlichen) Gesundheit diente vermehrt als Leitfaden der alltäglichen Lebensführung. Das Konzept der ‚geistigen Gesundheit‘ erscheint dabei als Vehikel, um die Norm einer gesunden Lebensführung, wie sie sich das Bürgertum bereits im 19. Jahrhundert angeeignet hatte, auf die ganze Bevölkerung auszudehnen. Dabei ging es nicht mehr um die Ausrichtung an einem Soll, das heisst an einer starren präskriptiven Norm wie noch im 19. Jahrhundert, die als eindeutige Grenze das Normale vom Anormalen trennte. Die stigmatisierende Ausgrenzung durch eine starre Norm verschob sich zugunsten flexibler Interventionen.<sup>581</sup> Es entstand ein Feld, in dem sich Normalität durch die Messung der Realität als statistische Verteilung zeigte. Es formte sich ein Bereich des Normalen, an dem sich der/die Einzelne auszurichten hatte, auch in der Sexualität. Die allmähliche Trennung von Begehren und Reproduktion, wie sie von den Sexualreformern gefordert wurde und sich um 1900 abzuzeichnen begann, setzte eine Dynamik des Begehrens frei, die zugleich wieder ‚gebändigt‘ werden musste. Denn das Recht der Befriedigung des Geschlechtsgenusses bedeute nicht, „dass jeder Mensch seinen sexuellen Gelüsten ohne weiteres nachgeben solle“, wie Forel schrieb.<sup>582</sup> Die im Kontext der Eugenik akzeptabel gemachten Sexualeingriffe trieben den Prozess der ‚Freisetzung‘ des Begehrens und seiner Trennung von der Reproduktion voran und funktionierten zugleich als ihr Sicherheitskalkül. Sie dienten der Absicherung der gesellschaftlichen Ränder. Zugleich wurden sie zum Erfolg einer sich in Krise befindenden Psychiatrie, die sich als Beschützerin der sittlichen Ordnung und der Reinerhaltung des Volkskörpers dienend positionieren konnte.

---

580 Castel / Castel / Lovell, *Psychiatisierung des Alltags*, 120.

581 Zu Normalität und Normalismus vgl. Link, *Versuch über den Normalismus*.

582 Forel, *Sexuelle Ethik*, 21.

## Radikalisierung und Aufspaltung der Eugenik in den 1920er Jahren

In einem veränderten Kontext erhielt die Eugenik nach dem Ersten Weltkrieg eine neue Dynamik. Diese zeigte sich unter anderem in der Bedeutung von Kriegen, die von den Eugenikern als Instrument der Selektion im Evolutionsprozess der Völker verstanden wurde. Vor 1914 befürworteten viele Eugeniker Kriege als Instrument der evolutionsbiologischen Selektion. Mit den Verwüstungen des Ersten Weltkriegs kam es zu einem Umdenken und zum Konsens, dass der Krieg aus eugenischer Sicht kontraproduktiv wirke: Die „stärksten“ und „besten“ Männer seien an der Front gefallen, während die „Minderwertigen“ überlebt hätten und sich vermehrten. Dies habe verheerende Auswirkungen auf die „Gesundheit“ des Volkskörpers waren sie nun überzeugt.<sup>583</sup> Mit ihrer Definition der „erblich Minderwertigen“ als „innere Feinde“ hatte der Krieg seine Spuren auch in der Sprache der Eugeniker hinterlassen und einen neuen Legitimationsschub gegeben. Sie drängten jetzt darauf, dass die bis dahin vor allem intellektuell geführte Debatte um eugenische Sexualeingriffe endlich in die Praxis umzusetzen sei.<sup>584</sup> Wegen den finanziellen Aufwendungen im Kontext der auch ökonomisch kriegsversehrten Ländern, galt die Internierung als Instrument der Geburten- und Sexualkontrolle als nicht mehr haltbar.<sup>585</sup> Trotzdem herrschte insbesondere in Deutschland weiterhin grosse Zurückhaltung bei der Forderung eugenisch begründeter Sexualeingriffe: Wegen der unsicheren wissenschaftlichen Grundlage bezüglich der Heredität. Wegen der Haltung des Reichsgerichts, wonach Eingriffe zwingend einen therapeutischen Zweck haben müssen. Und wegen des konstatierten und heftig debattierten Geburtenrückgangs. So blieb eine Eingabe Gustav Emil Boeters (1869–1942) im Jahr 1921 an das Sächsische Reichsgericht, Zwangssterilisationen zu legalisieren, chancenlos.<sup>586</sup> Und die deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene hielt die Forderung zwangsmässiger Unfruchtbarmachung noch im Jahr 1922 nicht für ratsam. Sie befürchtete, dass durch Übertreibungen „die Sache“ kompromittiert werden könnte.<sup>587</sup> In den 1920er Jahren wurde die Diskussionen um ein ‚Recht auf Leben‘ mit der Schrift des Psychiaters Alfred Hoche und des Rechtsgelehrten Karl

---

583 Kühl, Die Internationale der Rassisten, 42, 50. Vor dem Ersten Weltkrieg wurde Krieg als positiv wirkendes Selektionsinstrument diskutiert.

584 Kühl, Die Internationale der Rassisten, 43, 52.

585 Kühl, Die Internationale der Rassisten, 50. Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 203.

586 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 207. Zum Fall Boeters: Er hat sich schon seit 20 Jahren mit der Vererbungslehre beschäftigt, als besonders gefährlich erachtete er die ‚leicht Schwachsinnigen‘. Er hat sich in seinen Bestrebungen engagiert und ist deswegen als Bezirksarzt suspendiert worden. Der Landesgesundheitsrat kam zum Schluss, dass die Voraussage von Erblichkeit gering sei, und für gewisse Sexualverbrecher sei die Kastration nötig. Boeters behauptete, die Kastration nicht aufgenommen zu haben, um nicht noch mehr Opposition hervorzurufen. Der Gesundheitsrat kam zum Schluss, dass Zwangssterilisationen nicht geboten seien. Maier verwies auch darauf, dass gemäss Oberlandesgericht Celle Sexualeingriffe legitim seien, wenn die Betroffenen sich einverstanden erklärten. Auf dieser Basis seien im staatlichen Krankenstift in Zwickau auch schon eine Anzahl Operationen vorgenommen worden. Boeters, Gustav: Die Kastration von Sexualverbrecher. 369–370. In: Münchener Medizinischer Wochenschrift. 77. Jg. Nr. 9. München 1930. Boeters, Gustav: Die Unfruchtbarmachung Geisteskranker, Schwachsinniger und Verbrecher aus Anlage. 341. In: Zeitschrift für Medizinalbeamte und Krankenhausärzte. Bd. 38. Berlin 1925. 341.

587 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 209.

Binding, „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“, jedoch radikalisiert. In dieser leiteten die beiden Gelehrten den Wert des individuellen Lebens von seinem gesellschaftlichen Wert ab und prägten den Begriff „lebensunwert“. Zur Beschreibung des „unwerten Lebens“ verwendeten sie Begrifflichkeiten wie „das furchtbare Gegenteil echter Menschen“, „Ballastexistenzen“ oder „leere Menschenhülsen“. Es waren vorwiegend finanzielle Aspekte, die die Überlegungen von Hoche und Binding leiteten.<sup>588</sup> Durchgesetzt wurden negativ-eugenische Massnahmen in Deutschland schliesslich in den 1930er Jahren mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.<sup>589</sup> Mit diesem konnten eugenische Sterilisationen ab 1934 flächendeckend und zwangsweise durchgesetzt werden. Die Schriften von Hoche und Binding, die vorwiegend ökonomisch motiviert waren, dienten den Nationalsozialisten dazu, ihr Vernichtungsprogramm zu legitimieren.

Auch der durch den Krieg unterbrochene internationale Zusammenschluss der Eugeniker wurde nach Kriegsende unter der Führung der Amerikaner wieder aufgenommen, wobei die deutschen Eugeniker auf Grund ihrer Rolle im Ersten Weltkrieg vorerst ausgeschlossen blieben. 1921 wurde der zweite internationale Eugenikkongress organisiert. Die Teilnahme der experimentell arbeitenden Genetiker sollte dabei helfen, der Eugenik eine fundierte wissenschaftliche Basis zu verschaffen, so dass sie als seriöse Wissenschaft präsentiert werden konnte. Zusätzlich wurden Vorkehrungen getroffen, um ein öffentliches Desaster wie 1912 zu vermeiden.<sup>590</sup> Zentrales Thema der Internationalen Vereinigung der Eugeniker war die Durchsetzung einer differentiellen Geburtenbeschränkung im Kontext des Geburtenrückgangs, wie er bei vielen ‚zivilisierten Staaten‘ seit einiger Zeit konstatiert worden war.<sup>591</sup> Um die geburtenverhütenden Eingriffe dennoch akzeptabel zu machen, wurde die abnehmende Geburtenrate der ‚zivilisierten Völker‘ mit der Rassenforschung verknüpft und damit versucht, die Verwissenschaftlichung der Eugenik voranzutreiben. Voraussetzung der Rassenforschung war die Annahme genetisch bedingter, sowohl

---

588 „Die Frage, ob der für diese Kategorien von Ballastexistenzen notwendige Aufwand nach allen Richtungen hin gerechtfertigt sei, war in den verflossenen Zeiten des Wohlstandes nicht dringend; jetzt ist es anders geworden, und wir müssen uns ernstlich mit ihr beschäftigen.“

<http://www.staff.uni-marburg.de/~rohrmann/Literatur/binding.html> (25.02.2014). Auch Naucke, Wolfgang: Ein fortwirkender juristischer Einbruch in das Tötungsverbot: Binding/Hoche. Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Mass und ihre Form. 1920. 71–86. In: Ignacio Czeguhn / Eric Hilgendorf / Hürten Weitzel (Hg.): Eugenik und Euthanasie 1850–1945. Frühformen, Ursachen, Entwicklungen, Folgen. Baden–Baden 2009.

589 Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Bearbeitet und erläutert von Arthur Gütt / Ernst Rüdin / Falk Ruttko. München 1934.

590 Die Professionalität und Wissenschaftlichkeit wurde überwacht, die Vorträge mussten vorher eingereicht werden, ein erfahrener Pressesprecher übernahm den Kontakt mit der Presse. Kühl, Die Internationale der Rassisten, 55.

591 Fischer, Wolfram: Wirtschaft und Gesellschaft Europas 1850–1914. 1–107. In: Wolfram Fischer et al (Hg.): Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd 5. Stuttgart 1985. 16. Stiner, Otto: Der Geburtenrückgang in der Schweiz. Glarus 1925. Guggisberg, Hans: Massnahmen der Sanitätsbehörden im Kampfe gegen den Geburtenrückgang. Vortrag, gehalten an der Sanitätsdirektorenkonferenz am 4./5. April 1941 in Lausanne. Bern 1941.

körperlicher wie auch geistiger Differenzen zwischen den ‚Rassen‘.<sup>592</sup> Die Menschheit wurde in ‚Rassen‘ und auf einer aufsteigenden, linearen evolutionsbiologischen Entwicklungslinie hierarchisch angeordnet. Die ‚weisse (nordische) Rasse‘ wurde als Höhepunkt der zivilisatorischen Entwicklung postuliert, die jedoch durch Rassenmischungen bedroht war. Die Rassentheorie, wie sie geisteswissenschaftliche Theoretiker im Kontext der sich formierenden Nationalstaaten im 18. und 19. Jahrhundert konzipiert hatten, wurde von den Eugenikern auf Basis der Evolutionstheorie und der Mendel’schen Vererbungsregeln verwissenschaftlicht und modernisiert. Die Intensivierung der Rassenforschung diente der Förderung der ‚weissen Rasse‘ unabhängig von ihren nationalen Grenzen. Hergestellt wurde ein die ‚zivilisierten‘ Nationen übergreifendes Konstrukt einer ‚nordischen, europäischen, weissen‘, kurz ‚europoiden Rasse‘. Das Konstrukt der ‚Rasse‘ diente dann als Zäsur, um auch die eigene Bevölkerung in ‚Hochwertige‘ und ‚Minderwertige‘ zu scheiden und der Ausschluss der ‚Minderwertigen‘ vom Volkskörper mittels Sexualeingriffen zu legitimieren.

Die Internationale Vereinigung der Eugeniker wurde bis in die 1930er Jahre als wie dogmatischer. Jede von ihren Rassentheorien abweichende Strömung wurde aus der Organisation ausgeschlossen, während die auf den Mendel’schen Vererbungsregeln beruhende Rassenforschung vorangetrieben wurde. Die seit Ende der 1920er Jahre lauter werde Kritik der experimentell arbeitenden Genetiker an der Ausrichtung der Internationalen Eugenik führte auf dem 3. Internationalen Eugenik-Kongress von 1932 beinahe zum Eklat. Die wenigen noch teilnehmenden Genetiker kritisierten die Basis der Eugenik als wissenschaftlich nicht haltbar. Diese bestand in der vorgenommenen Unterteilung der ‚Rassen‘, der eindeutigen Unterscheidung zwischen Erbgut und Umwelt und der Reduzierung der Vererbungsprozess auf die Mendel’schen Gesetze. Der Vorwurf an die Eugenik lautete, eine von Rassen- und Klassenvorurteilen zersetzte Pseudowissenschaft zu sein. Es kam zur Aufspaltung der Eugenik in eine ‚dogmatische‘ Eugenik und eine Reformeugenik. Während die Internationale der Eugenik sich noch stärker auf ihre Dogmen versteifte, passten die national ausgerichteten eugenischen Gesellschaften ihre Forderungen der sich verändernden wissenschaftlichen Basis und dem sich wandelnden gesellschaftlichen Umfeld an.<sup>593</sup> Insbesondere die Radikalisierung der nationalsozialistischen Rassenpolitik beschleunigte die Modernisierung anderer national ausgerichteter eugenischer Organisationen. Die ‚dogmatische‘ Eugenik verlor an Einfluss.

## **Die Umsetzung eugenischer Massnahmen in den USA**

In den USA hatte sich der Krieg dynamisierend auf die Umsetzung eugenischer

---

<sup>592</sup> Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 152–158. Kühl, Die Internationale der Rassisten, 64–94.

<sup>593</sup> Kühl, Die Internationale der Rassisten, 43, 52.

Massnahmen ausgewirkt. Bis 1921 waren 3233 Eingriffe, 1853 an Männern und 1380 an Frauen, vorgenommen worden, davon 172 Kastrationen. Es handelte sich um 2700 ‚Geisteskranken‘, 403 ‚Schwachsinnige‘ und 130 ‚Verbrecher‘, wobei ein grosser Teil der Häftlinge, die in den USA sterilisiert worden waren, in dieser Auflistung als ‚geisteskrank‘ oder ‚geistesschwach‘ aufgeführt sein dürften.<sup>594</sup> Wie im Kapitel zur Vasektomie bereits erwähnt, hatten in den USA die eugenischen Sterilisationen ihren Anfang im Gefängnis genommen. In einzelnen Bundesstaaten war die Durchführung der Vasektomien an Häftlingen explizit festgeschrieben worden.<sup>595</sup> Mit der wachsenden Akzeptanz wurde die eugenische Sterilisation auch für Internierte weiterer, insbesondere psychiatrischer Anstalten vorgeschrieben. Daher zeigte sich bis in die 1920er Jahre eine Verschiebung von den Häftlingen hin zu den ‚Geisteskranken‘ und ‚Geistesschwachen‘. Damit wurden vermehrt auch Frauen der Unfruchtbarmachung unterworfen.<sup>596</sup> Bis Anfang der 1920er Jahre hatten sich in den USA in zehn Staaten entsprechende Gesetze durchgesetzt,<sup>597</sup> die teilweise bis zum Ersten Weltkrieg noch auf heftigen Widerstand gestossen waren. In fünf Staaten waren entsprechende Gesetze jedoch als verfassungswidrig wieder aufgehoben worden. Zudem hatten nicht alle dafür vorgesehenen Institutionen von dem Recht, Zwangssterilisationen durchzuführen Gebrauch gemacht.<sup>598</sup> Im Bundesstaat Indiana, wo auf Initiative von Sharp hin und Kraft des Gesetzes bis 1910 bereits 873 ‚Defekte‘ – meist ‚Verbrecher‘ – fortpflanzungsunfähig gemacht worden waren, war das Gesetz mit dem Wechsel des Gouverneurs aufgehoben worden. Es wurde nun nach dem Ersten Weltkrieg, den veränderten Umständen angepasst, wieder in Kraft gesetzt.<sup>599</sup> Auch in Kalifornien kam es, ohne dass das Gesetz aufgehoben wurde, ebenfalls zu fortlaufenden Anpassungen.<sup>600</sup> Auftrieb erhalten hatten die eugenischen Eingriffe durch das richtungsweisende Urteil des Bundesgerichts im Fall ‚Buck v Bell‘ in den 1920er Jahren zu Gunsten der Eugenik.<sup>601</sup> Durch die Folgen des Krieges – viele ‚gesunden‘ Männer waren im Krieg gefallen, während die ‚Schwachen‘ und ‚Minderwertigen‘ sich zu Hause fortpflanzen konnten –, führte zu einer

---

594 Frank, *Praktische Erfahrungen*, 6. Maier, *Zum gegenwärtigen Stand*, 201. Die Zahlen sind irritierend, insbesondere die Anzahl der ‚Verbrecher‘. Sharp hatte behauptet, bereits 873 Gefängnisinsassen sterilisiert zu haben, wobei das Gefängnis als Ort eugenischer Eingriffe in den USA teilweise gesetzlich festgeschrieben war.

595 In vielen der Gesetze der USA wurde das Gefängnis explizit als Ort eugenischer Massnahmen genannt. Laughlin, *Eugenical Sterilization*, 118.

596 In der Gefängnispopulation dominiert der Anteil der Männer. Vgl. Stöckle-Niklas, Claudia: *Das Gefängnis - eine eingeschlechtliche Institution*. Bonn 1989.

597 Auch Stern, *From Legislation to lived Experience*, 95–116.

598 Laughlin, *Eugenical Sterilization*, 135.

599 Maier, *Nordamerikanische Gesetze*, 23. Der neue, demokratische Gouverneur erachtete das Gesetz als verfassungswidrig. Das Sterilisations-Gesetz wurde aufgehoben, aber später wieder eingeführt. Vgl. Carlson, *The Hossier Connection*, 21. Lantzer, *The Indiana Way of Eugenics*, 26–44. In Kalifornien, wo die meisten eugenisch motivierten Sterilisationen durchgeführt worden waren, gab es keine grösseren Widerstände oder Gerichtsfälle. Vgl. Stern, *From Legislation to Lived Experience*, 95–116.

600 Stern, *From Legislation to lived Experience*, 99.

601 <http://supreme.justia.com/cases/federal/us/274/200/case.html> (25.02.2014).

<http://www.eugenicsarchive.org/html/eugenics/static/themes/39.html> (24.02.2014).

weiten Verbreitung und Akzeptanz eugenischer Eingriffe, so dass noch weitere Bundesstaaten eugenische Massnahmen legiferierten. Als auch die Einwanderungspolitik in den USA nach eugenischen Vorstellungen reguliert und die Prohibition im Kampfe gegen den Alkohol – ein ebenfalls eugenisches Postulat – eingeführt worden waren, feierten die Eugeniker dies als Umbau der USA in einen eugenischen Musterstaat.<sup>602</sup>

## Die Entwicklung der eugenische Umsetzung in der Schweiz

In der Schweiz nahm die Psychiatrie, die sich zunehmend als Sachwalterin der geistigen Gesundheit der Gesamtbevölkerung verstand, verschiedene politische Strömungen auf und mischte sich mit ihren eugenischen Forderungen in die entsprechenden Debatten ein, etwa in die ‚Überfremdungsdebatte‘, wie sie im Ersten Weltkrieg entstanden war.<sup>603</sup> Eugen Bleuler bezeichnete die ‚Überfremdung‘ als ein ‚psychiatrisches‘, da auch ein biologisches Problem. Er forderte, dass die Frage der nationalen Identität unter Mitwirkung der Psychiatrie zu lösen sei.<sup>604</sup> Wegen der sprachlichen und kulturellen Vielfalt war es aber kaum möglich, die Schweiz ‚rassenbiologisch‘, beziehungsweise die Schweizer und Schweizerinnen als ‚Rasse‘ zu konzeptualisieren, auch wenn es zu entsprechenden Bemühungen gekommen war.<sup>605</sup> In Zusammenhang mit dem auch in der Schweiz wahrgenommenen Geburtenrückgang formierte sich in der Psychiatrie eine fachliche Diskussion, in der der Überfremdungsdiskurs mit nationalistischen, wissenschaftlichen, rassistischen und bevölkerungspolitischen Identitätsdiskursen verschränkt worden war.<sup>606</sup> Eingang gefunden hatte auch die Forderung Hoches und Bindings, ‚unwertes Leben‘ zu töten. Das kantonale Parlament Berns sah sich 1923 mit der Frage konfrontiert, ob es nicht auch möglich wäre, die Platz- und finanziellen Probleme der psychiatrischen Anstalten mit dem Töten „unheilbar Geisteskranker und

---

602 Kühl, Die Internationale der Rassisten, 54, 85.

603 Zur „Überfremdungsdebatte“ siehe Kury, Patrick: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich 2003. Lüthi, Barbara / Erlanger, Simon / Kury, Patrick: „Überfremdung“ oder die Politik der Ausgrenzung: Ein Vergleich Schweiz – USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Diskurs – Handeln – Erfahrung: Ein Forschungsbericht. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Vol. 53, H. 4. Basel 2003. 437–446.

604 Imboden, Gabriela: „Abweisung wegen erblicher Belastung.“ Eugenik und deren praktische Umsetzung am Beispiel der Einbürgerung in Basel von 1931–1969. 57–69. In: Christian Mürner (Hg.): Die Verbesserung des Menschen – von der Heilpädagogik zur Humangenetik. Kritische Sichtweisen aus der Schweiz. Biel 2002. Auch in den USA wurde die Immigration nach dem Ersten Weltkrieg vermehrt unter biologischen Gesichtspunkten gesteuert und reguliert. Vgl. Lüthi, Barbara: Invading Bodies. Medizin und Immigration in den USA, 1880–1920. Frankfurt a/M 2009.

604 Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 196, 215–218.

605 Vgl. Keller, Christoph: Der Schädelvermesser: Otto Schlaginhaufen – Anthropologe und Rassenhygieniker. Eine biographische Reportage. Zürich 1995. Kreis, Georg: Der „homo alpinus helveticus“: Zum schweizerischen Rassendiskurs der 1930er Jahren. 175–190. In: Guy P. Marchal / Aram Mattioli: Erfundene Schweiz: Konstruktionen nationaler Identität. Zürich 1992.

606 Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 150. Die Verschränkung dieser Diskurse fand ihren Niederschlag dann auch im eugenischen Ausschlussgrund im Bürgerrechtsgesetz des Kanton Basel-Stadt. Vgl. Imboden, Gabriela: „Die geistesschwache Tante.“ Einbürgerung und Eugenik in der Stadt Basel. 264–271. In: Itinera, Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999.

Idioten“ zu lösen?<sup>607</sup> Obwohl dieser Vorschlag nicht konsensfähig war – während viele der Parlamentarier dazu schwiegen, lehnten ihn die sich dazu äussernden Parlamentarier als den christlichen Grundwerten entgegenstehend ab –, rückte die Schweizer Psychiatrie erst 1940 in Abgrenzung zur radikalen Eugenik des national-sozialistischen Deutschlands vollständig von dieser Position und dem Begriff ‚unwertes Leben‘ ab. „In der Schweiz werden auch Kranke, die ihr keinen Dienst erweisen, gepflegt und nicht getötet“, hielt der damalige Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie, John E. Staehelin fest.<sup>608</sup> Wolfgang Maier, der sich bis in die 1920er Jahre als Experte der rechtlichen Regelung psychiatrisch indizierter Sexualeingriffe positioniert hatte, beurteilte die Forderungen wie sie Boeters in Sachsen eingebracht hatte, als zu weitgehend. Von einer gesetzlichen Regelung empfahl er abzusehen, da sich eine öffentliche Debatte negativ auswirken könnte und dann auch die Eingriffe, die heute schon möglich seien, verunmöglichen würden.<sup>609</sup> Die Ärzte wünschten keine Einschränkungen ihrer Kompetenz durch Kollektivgutachten oder Kommissionsbeschlüsse, wie sie eine gesetzliche Regelung gebracht hätte.<sup>610</sup> Zudem seien in den USA, wo Gesetze die Eingriffe vorschrieben, auch nur bescheidene Erfolge erzielt worden.<sup>611</sup> Maier hielt fest, dass die bisherige Praxis problemlos funktioniere und die Psychiatrie vermehrt auch ausserhalb der Anstaltsmauer tätig sei. Die Schweizer Psychiater wünschten ihren Kompetenz- und Handlungsspielraum im Bereich der Sexualeingriffe ohne spezifische gesetzliche Regelung zu wahren und die Fälle individuell zu beurteilen. Herausgebildet hatte sich eine administrative Praxis, die auf einem stillschweigenden Abkommen zwischen Justiz und Psychiatrie beruhte und relativ problemlos funktionierte. Käme es zu einer Anklage, könne man sich auf das ZGB und die Motive für das Eheverbot beziehen, da bei diesem rassenhygienische Gründe stark betont worden seien.<sup>612</sup> Als 1934 in Deutschland das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in Kraft trat, grenzte sich die Schweizer Psychiatrie dezidiert von Zwangsmassnahmen ab.<sup>613</sup> Eugenische

---

607 Ziegler, Béatrice: Abtreibungs- und Sterilisationspolitik im Banne der Eugenik in Bern: 240–248. In: Itinera, Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999. 242. Ziegler, Béatrice: „Frauen zwischen sozialer und eugenischer Indikation“. 293–301. In: Veronika Aegerter et al. (Hg.): Geschlecht hat Methode. Ansätze und Perspektiven der Frauen- und Geschlechtergeschichte. Beiträge der 9. Schweizerischen Historikerinnentagung, Zürich 1998. Der Stadtarzt Hauswirth, der den Vorschlag eingebracht hatte, argumentierte jedoch nicht eugenisch, sondern wie Hoche und Binding mit finanziellen Gründen. Er wollte mit der radikalen Forderung auch auf die desolaten Zustände psychiatrischer Anstalten aufmerksam machen und hoffte auf eine bessere Alimentierung.

608 Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 156.

609 Maier, Hans W.: Zum gegenwärtigen Stand der Frage der Kastration und Sterilisation aus psychiatrischer Indikation. 200–219. In: Otto Bumke et al (Hg.): Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie. Bd. 88. Berlin 1925. 210, 217.

610 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 210.

611 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 217.

612 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 210. Maier hatte sich bis in die 1920er Jahre zur wichtigsten psychiatrischen Stimme bezüglich einer gesetzlichen Regelung psychiatrisch indizierter Sexualeingriffe etabliert.

613 Wantoch, Hans: Zur Frage der Sterilisation und Kastration geistig und sexuell Abnormer. 572–575. In: Schweizerische Medizinische Wochenschrift. 1934. Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 157–174, 196, 215–218.

Massnahmen hatten mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbar zu sein. Hervorgehoben wurde die Freiheit des Individuums auch bei eugenischen Eingriffen.

## **Die eugenische Sterilisation und die kriminalpräventive Kastration in den 1920er Jahren**

Die Anzahl Fälle psychiatrisch indizierter Sexualeingriffe war in der Schweiz bis zum ersten Weltkrieg klein geblieben. Es handelte sich um rund 24 Fälle.<sup>614</sup> Bis Mitte der 1920er Jahre waren noch ein paar weitere Fälle dazugekommen. Sowohl Hans Wolfgang Meier wie auch Frank Sigwart, zwei im Burghölzli tätige Psychiater, publizierten 1925 je eine Studie über den Nutzen und die Legitimation der Sexualeingriffe.<sup>615</sup> Beide unterschieden dezidiert zwischen der Indikation einer Kastration und einer Sterilisation und ihren jeweiligen Zwecksetzungen. Als Wissensgrundlage für die Studien dienten ihnen die entsprechenden Fälle aus der psychiatrischen Anstalt Burghölzli, der psychiatrischen Poliklinik Zürich sowie dem Kantonalen Asyl Wil. In diesen Studien zeichnete sich bereits die Praxis ab, wie sie für die Schweiz typisch werden sollte. In den beiden Studien findet sich bereits das ganze Repertoire der Begründung ‚socialer‘ Sterilisationen, wobei der eugenische Grund meist nur einer von mehreren ist.

Sowohl Maier wie Sigwart strukturierten und diskutierten die Eingriffe, beziehungsweise ihre Legitimierung, geschlechtsspezifisch. Abgehandelt wurde zuerst die Sterilisation, dann die Kastration bei Frauen. Es war ein weites Spektrum an psychiatrischen Diagnosen, die bei ihnen eine Sterilisation begründeten: Chronische, nervös-psychische Erschöpfung, manisch-depressive Anfälle, Schizophrenie mit Neigung zur Verblödung, Verschlimmerung von Epilepsie in der Schwangerschaft und Neigung zu sonstigen Wochenbett- und Lactationspsychosen.<sup>616</sup> Die Sterilisationen dieser Frauen seien teils aus ‚socialen‘, teils aus ‚rassenhygienischen‘ Gründen indiziert worden, zum Teil auch kriminalpräventiv, um (weitere) Kindsmorde oder Suizidversuche auszuschliessen.<sup>617</sup> Es waren insbesondere junge uneheliche Frau, die oft als ‚schwachsinnig‘ diagnostiziert in den Fokus der Psychiatrie rückten. Dabei wurden die Eingriffe in diesen Fällen weniger mit dem Schutz der Gesellschaft begründet, vielmehr wurde von Maier und Sigwart der ‚Schutz‘ der Frau als Grund für die Sterilisation angeführt. Denn ‚schwachsinnige‘ Frauen seien durch uneheliche Fortpflanzung in ihren individuellen Lebensbedingungen schwer beeinträchtigt und waren daher von der Reproduktion auszuschliessen. Zudem wurde als weitere Begründung angeführt, dass sie meist unfähig seien, „ihren Kindern die primitivste Erziehung zuteil

---

614 Dubach, Verhütungspolitik, 316.

615 Frank, Praktische Erfahrungen, 6. Die beiden sterilisierten Männer waren aus ‚rassenhygienischen‘ Gründen sterilisiert worden.

616 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 206.

617 Frank, Praktische Erfahrungen, 65.



werden zu lassen“.<sup>618</sup> Die Psychiatrie, die noch vor kurzem den Schutz dieser Frauen vor sexuellen Übergriffen durch Behörden ablehnten, um ohne deren Einwände Eingriffe vornehmen zu können, setzte sich nun selbst als deren ‚Schützer‘ in Szene um die geburtenverhütenden Eingriffe durchzuführen. Dabei ging es ihnen nicht um den Schutz vor sexuellen Übergriffen, sondern um die jungen Frauen vor ‚sich selbst‘ und ihrer angeblichen ‚Unfähigkeit‘ zur Mutterschaft zu schützen. Diese Gruppe von Frauen blieb bis in die 1970er Jahre im Visier der psychiatrischen Sterilisationspraxis.

Der Eingriff der Kastration sollten bei der Frau nur in jenen seltenen Fällen zum Zuge kommen, in denen andere Behandlungen erfolglos blieben, schlug Maier vor. Sie sei bei „Geisteskrankheiten“ als Therapie anzuwenden, wenn „durch Beseitigung der Sexualvorgänge ein günstiger Einfluss auf die psychische Erkrankung“ zu erwarten sei, sie diene der allgemeinen „Beruhigung“ geisteskranker Frauen.<sup>619</sup> Insbesondere, wo „der Trieb während der Menstruationszeit“ zu grosser Aufregung führe.<sup>620</sup> Dabei verwies Maier explizit auf die Praxis der Kastration von ‚hysterischen‘ Frauen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.<sup>621</sup> Auch wenn die Kastration bei geisteskranken Frauen zu diesem Zeitpunkt noch als mögliche Therapie erwähnt wurde, verschwand sie bald völlig aus dem Repertoire psychiatrischer Eingriffe.

Bei Männern hingegen wurde die Kastration zum meist angewandte Sexualeingriff, die Sterilisation spielte bis Ende der 1950er Jahre kaum mehr eine Rolle. So standen Sigwart und Maier für ihre Studien 19 Kastrations-Fälle zur Verfügung, bei denen es sich ausschliesslich um Sexualdelinquenten handelte. Das sind Männer, die wegen Sexualdelikten verurteilt und von der Justiz in die Psychiatrie eingewiesen wurden. Die Indikationsstellung erwies sich als äusserst komplex. Denn eine Kastration komme nur, hielt Maier fest, „bei gewissen, dauernd gemeingefährlichen und damit auch sich selbst wieder schädigenden Sexualverbrechern (Satyriasis, beständiger Rückfall in Exhibitionismus usw.) als allerletztes Hilfsmittel in Betracht.“<sup>622</sup> Zentral für den Erfolg sei die sorgfältige Auswahl. Es müsse genau abgeklärt werden, welche Komponente der Libido überwiege: Die „körperliche“ oder die „psychische“. Mehr oder weniger „normale“ Individuen, bei denen „nach einiger Abstinenz ganz elementar der Trieb sich geltend macht, die oft widerstrebende Psyche fast unwiderstehlich übermannt und, wenn es sich um eine übermässig starke oder pervers geartete Libido handelt, zu individuell oder soziale gefährlichen Handlungen

---

618 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 213.

619 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 200. Frank, Praktische Erfahrungen, 42.

620 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 203.

621 Foucault, Wille zum Wissen, 126.

622 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 214.

führt.“<sup>623</sup> Überwogen jedoch die psychische Komponente, sei die Kastration wenig hilfreich, da „der eigene Wille zur Unterdrückung nur schwach oder gar nicht vorhanden ist, darf ein wesentlicher Erfolg nicht erwartet werden.“<sup>624</sup> Die Voraussetzung für eine Kastration war der Wille und der Wunsch des Delinquenten nach sexueller ‚Normalität‘. Hergestellt wurde das Bild von Männern, die die ‚richtige‘ Intention zeigten, den Trieb im Rahmen der bürgerlichen Normalität befriedigen zu wollen, dazu aber nicht fähig waren, weil der Wille ‚zu schwach‘ und/oder der Trieb ‚zu stark‘ war. Sie wurden von ihrem Trieb, der damit als ‚unkontrollierbar‘ galt, ‚übermannt‘. Der ‚unkontrollierbare Geschlechtstrieb‘ begründete denn auch die Kastration. Voraussetzung einer ‚erfolgreichen‘ Kastration war somit ein ‚Wille zur Verbesserung‘, denn ohne diesen, erwies sich die Kastration als wenig ‚erfolgreich‘, wie Maier und Sigwart zum Schluss kamen. Bei diesen ‚Unverbesserlichen‘ blieb nur die Internierung in der Klinik übrig.

Auch bei der Kastration trete der „sociale Zweck“ zu Gunsten des individuellen Interesses mit einer Tendenz zur Heilung zurück stellte Maier fest.<sup>625</sup> War eine sorgfältige, individualisierende Auswahl getroffen worden, zeigte sich die Kastration als erfolgreicher Eingriff. So konnten Sigwart in seiner Studie berichten, dass fünfzehn der neunzehn kastrierten Männer dauernd in Freiheit lebten. Sie seien mit dem Eingriff sehr zufrieden. „Einige loben direkt, dass seither erst ein anständiges, normales Leben für sie begonnen habe.“<sup>626</sup> So liesse sich ein „äusserst gemeingefährlicher“ Gewohnheitsverbrecher seit der Kastration nichts mehr zu Schulden kommen, ein anderer ansonsten tüchtiger Mann, der wegen seines „übermässig starken Geschlechtstriebes“ in den Ruin getrieben worden sei, habe sich inzwischen wieder emporgearbeitet. Ein „sozial unfähiger Delinquent“ sei mit der Kastration ein „ganz anderer Mensch“, und der „gutmütige, aber antriebslose Mann mit Zwang zum Exhibieren“ sei „fröhlicher“ geworden, er arbeite regelmässig.<sup>627</sup> Durch die Kastration werde die ganze Persönlichkeit umgewandelt.<sup>628</sup> Der Einfluss der Keimdrüse zeigte sich beim Mann – so scheint es –, als viel tiefgreifender als bei der Frau.

In ihren Darstellungen verwendeten Maier und Sigwart die wenigen Fälle, die bis Mitte der 1920er Jahre ausgeführt worden waren, als eugenisches Gedankengut gesellschaftlich noch wenig akzeptabel war. In ihrer Argumentation wird entsprechen der persönliche Nutzen der Betroffenen als ebenso wichtig hervorgehoben, wie der gesellschaftliche, um die Akzeptabilität der Eingriffe zu erhöhen. Auch wenn die Befürworter mit ihren ausführlichen

---

623 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 203.

624 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 204.

625 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 215.

626 Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 202.

627 Frank, Praktische Erfahrungen, 9, 12, 11, 16, 18, 23, 39.

628 Frank, Praktische Erfahrungen, 6.

Falldarstellungen die Sexualeingriffe generell als Erfolge präsentierten, war ihnen bewusst, dass mit der Sterilisierung weniger Internierter das Ziel einer ‚gesünderen, reineren‘ Bevölkerung kaum zu erreichen war. Dennoch wollten sie an den eugenisch motivierten Eingriffen festhalten, soweit sie aus der „wissenschaftlichen Erfahrung heraus berechtigt und in vorsichtiger und humaner Weise“ durchgeführt würden, wie Maier meinte.<sup>629</sup> Vor einer gesetzlichen Bestimmung warnte er jedoch ebenso wie vor einer allzu grossen Ausweitung dieser Praxis. Diese könne unerwünschte öffentliche Reaktion provozieren. Keinem eugenischen Zwecke diene die kriminalpräventive Kastration. Mit dieser konnte sich die Psychiatrie jedoch als Problemlöserin, als Mittlerin zwischen Gesellschaft und Individuum präsentieren, und damit ihren gesellschaftlichen Nutzen zeigen. Da sie ‚schöne‘ Erfolge zeigte, wie Maier und Sigwart überzeugt waren, sollte sie ebenfalls weitergeführt werden.

### **3.5 Strafrecht, ‚Sittlichkeitsdelikte‘ und die kriminalpräventive Kastration**

#### **Die Krise des bürgerlichen Strafrechts um 1900**

Seine Akzeptanz schöpfte das bürgerliche Strafrecht aus den aufklärerischen Reformen im 18. und 19. Jahrhundert. Es löste die tradierten, für die Bevölkerung relevanten Normen ab und beschnitt gleichzeitig die feudalen Privilegien und geduldeten Gesetzeswidrigkeiten. Die Individuen transformierten sich von Objekten eines willkürlichen absolutistischen Rechts zu Rechtssubjekten, die gleichermassen von strafrechtlichen Sanktionen bedroht waren. Mit der Formierung der Nationalstaaten wurden die Gesetze allgemeingültig und verbindlich und die Verfahrensregeln vereinheitlicht. In diesem Prozess monopolisierte der Staat die Strafgewalt in seinen Händen.<sup>630</sup> Dabei wurde Kriminalität bürokratisiert und zu einem Teil der staatlichen Verwaltung. Verwaltung funktionierte dank der Kraft ihres Wissens als ‚Herrschaft des Alltages‘. In ihr wird das menschliche Verhalten zum Objekt wissenschaftlich-technischer Weltbemächtigung.<sup>631</sup> Verwaltung und Bürokratisierung zeichnen die Moderne ebenso aus wie Rationalisierung, Technisierung und Verwissenschaftlichung, während der Anspruch auf das Gewaltmonopol den modernen Staat auszeichnet.

Voraussetzung des bürgerlichen Rechts war ein universelles Rechtssubjekt, das auf Grundlage eines freien Willens und seiner Vernunft handlungsfähig und damit auch rechtlich verantwortlich war.<sup>632</sup> Willensfreiheit, Handlungsfähigkeit und Vernunft bedingen sich gegenseitig und konstituieren das bürgerliche Subjekt, wie es auch im bürgerlichen

---

<sup>629</sup> Maier, Zum gegenwärtigen Stand, 218.

<sup>630</sup> Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 95.

<sup>631</sup> Aspekte der Bürokratisierung sind geregelte Kompetenzen, klare Über- und Unterordnung, Trennung von der privaten Lebensführung, Schriftlichkeit, Fachschulung (Prüfungen, Laufbahnprinzip), Vollberuflichkeit und Amtsführung nach festen Regeln. Vismann, Cornelia: Akten. Medientechnik und Recht. 2. Auflage. Frankfurt a/M 2001. 8–9.

<sup>632</sup> Krasmann, Susanne: Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart. Konstanz 2003. 21.

Strafrecht vorausgesetzt ist. Dabei schreibt das Strafrecht vor, welche Handlungen als gesetzeswidrig gelten und beinhaltet zugleich den monopolisierten Sanktionsanspruch des Staates. Mit der Aneignung des Gewaltmonopols hat der Staat alleine die Autorität zu sanktionieren, zugleich nahm und nimmt er sich das Recht heraus, Zwang und Gewalt auszuüben, wenn er es für nötig erachtet. Politik und Recht sind nur möglich, wenn der Staat zu seiner Durchsetzung auf physische Gewalt zurückgreifen und Gegengewalt wirksam ausschliessen kann. Die Durchsetzung der staatlichen Ordnung gründet letztlich auf Gewalt, beziehungsweise Gewaltandrohung.<sup>633</sup>

Das Strafrecht ist Teil der sozialen Kontrolle. Es funktioniert als Teil des soziokulturellen Normalisierungsprozesses, durch den die verschiedenen Formen von Abweichungen erst erzeugt werden, die je nach Verrechtlichung dann als Delinquenz auftreten. Rechtssetzung wie Kriminalisierung lassen sich als Aushandlungsprozesse verschiedener Akteure mit divergierenden Interessen und unterschiedlichen Durchsetzungsvermögen verstehen.

Die Strafgesetzgebungen sind bemüht, die Straftatbestände präzise zu definieren und systematisch zu ordnen. Damit soll der Bürger vor der Willkür richterlichen Ermessens geschützt und grösstmögliche Rechtssicherheit gewährleistet werden.<sup>634</sup> Seit der Aufklärung setzte sich in westlichen Gesellschaften allmählich eine durch Vernunft geleitete Neukonzipierung der Strafrechte durch. Entwickelt wurden moderne Theorien des Verbrechens wie auch neue politische Rechtfertigungen des Strafens. Es brach ein neues Zeitalter der Bestrafung an.<sup>635</sup> Die im vormodernen Strafregime üblichen Körperstrafen, die die Verfügbarkeit der Herrschenden über die Beherrschten und ihre Körper demonstrierten, waren dem Talionsprinzip, dem Rechtsprinzip der Vergeltung verpflichtet. Demjenigen, der Schaden zugefügt hatte, sollte durch die Strafe der gleiche oder symbolisch gleiche Schaden zugefügt werden.<sup>636</sup> Usus waren Körperstrafen wie Vierteilen, Rädern, Pfählen, Verbrennen, Ersäufen, Einmauern und andere, und wie bereits im Kapitel 2 erwähnt, auch die Kastration, die „beinahe ebenso alt, wie die Menschheit selbst“ sei.<sup>637</sup> Sie diente in verschiedenen Rechtsordnungen als Verstümmelungsstrafe bei Unzucht und ersetzte teilweise als

---

633 Vgl. Freve, Bernhard: Wer hat Angst vor'm bösen Mann? Ein Studienbuch über Sicherheit und Sicherheitsempfinden. Baden-Baden 1998.

634 Krasmann, Kriminalität, 20. Hommen, Tanja: Sittlichkeitsverbrechen. Sexuelle Gewalt im Kaiserreich. Frankfurt a/M 1999. 24.

635 Foucault, Überwachen und Strafen, 14.

636 Ein älterer Ausdruck für Körperstrafen ist Leibesstrafe. Sie umfasste Eingriffe wie das Abschlagen von Gliedmassen, Brandmarken, Stäupen, Auspeitschen, Abscheren von Haaren (bei Frauen) und Bart (Männer), öffentliches Anprangern und ähnliches. Vgl. Richter, Lars: Die Geschichte der Folter und Hinrichtung vom Altertum bis zur Jetztzeit. Wien 2001. Schild, Wolfgang: Folter, Pranger, Scheiterhaufen. Rechtssprechung im Mittelalter. München 2010. 156–189.

637 Etwa die Lex Salica und die Lex Ribuaria. Franz, Herbert: Zur Geschichte der Kastration als Kriminalstrafe im Deutschen Strafrecht, Köln 1939. Der Begriff Unzucht umfasste vor 1900 mehr als sexuelle Handlungen. Wolf, Kastration, 7.

abgemilderte Form die Todesstrafe. Noch bevor die Strafe am Körper der Verurteilten vollzogen wurde, hatte – von der Inquisition herkommend – der Körper mit der auf ihn wirkenden Folter bereits als Ort der Wahrheitsfindung gedient.<sup>638</sup> Wobei die Folter als Instrument der Wahrheitsfindung nicht so systematisch Anwendung fand wie oft angenommen. Meist reichten bereits die lebensfeindlichen Haftbedingungen, um ein Geständnis – ‚die Königin der Beweise‘ – zu erhalten.<sup>639</sup> Mit der Modernisierung des Strafrechts wurde auch das Strafreime transformiert, die Körperstrafen wurden abgeschafft und durch ‚humanere‘ Strafen wie Freiheitsentzug, Bussen und ähnliches ersetzt. In der Schweiz war die ‚körperliche Tortur‘ mit der Installierung der helvetischen Republik aufgehoben und mit der revidierten Bundesverfassung 1874 Art. 65 endgültig untersagt worden.<sup>640</sup> Auch die Marter als Technik der Wahrheitsfindung wurde durch andere Techniken ersetzt.

Trotz des Verzichts auf Folter und Körperstrafen stand weiterhin der Körper im Zentrum der Strafe. Er wurde jedoch nicht mehr wie im alten Strafreime als Demonstration der Macht beschädigt und zerstört, sondern sollte als gelehrig und nützlich unterworfen werden.<sup>641</sup> Die Unantastbarkeit der körperlichen Integrität von Delinquenten und der Verzicht auf Schmerzen erregende Prozeduren, um ein Geständnis zu erhalten, sind „eminente kulturelle Fortschritte“. <sup>642</sup> Bis ins 19. Jahrhundert haben sich die Sanktionen weg von den öffentlich zelebrierten Körperstrafen hin zur Strafe als Akt der Verwaltung gewandelt.<sup>643</sup> Nicht mehr im öffentlichen Spektakel lag die abschreckende Wirkung, im Gegenteil die öffentliche Darstellung von Gewaltzufügung galt jetzt als Ursache von Gewalttaten. Es war die Gewissheit der Bestrafung, die die abschreckende Wirkung erzeugte.<sup>644</sup> Selbst die Todesstrafe wurde ‚humanisiert‘.<sup>645</sup> In den Fokus des neuen Strafreimes rückte das Gefängnis. Der Freiheitsentzug und die Suspendierung der bürgerlichen Rechte sind dem Wertesystem des Kapitalismus angepasste Strafen: Das seiner Freiheit enteignete Individuum wird temporär aus der Gesellschaft ausgeschlossen und hat sich der strengen Gefängnisordnung unterzuordnen, um es – so die Intention – wieder ‚gesellschaftsfähig‘ zu machen.

---

638 Kemmerich, Kultur Kuriosa, 1. Bd., 35–36.

639 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnorisch, 62.

640 Thormann, Philipp: Schweizerisches Strafrecht. Rektoratsrede gehalten an der 84. Stiftungsfeier der Universität Bern. Bern 1919. 15.

641 Foucault, Überwachen und Strafen, 25.

642 Loewenfeld, Leopold: Über medizinische Schutzmassnahmen (Kastration, Sterilisation) gegen Verbrechen und andere soziale Übel, mit besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Gesetzgebung. 300–327. In: Max Marcuse: Sexual-Probleme. Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. 6. Jg. Frankfurt a/M 1910. 303.

643 Foucault, Überwachen und Strafen, 17.

644 Foucault, Überwachen und Strafen, 16.

645 Martschukat, „The Death of Pain“, 126–148.

Die sich im 18. Jahrhundert entwickelnde neue Form der Bestrafung zielte auf die Umformung der Individuen ab. Das Gefängnis ermöglichte die permanente Überwachung des isolierten Häftlings.<sup>646</sup> Die ständige Überwachung, die disziplinierenden Massnahmen und die Erforschung des Charakters waren Techniken dieser Strafform. Sie wirkten auf die Internalisierung des äusseren Zwangs und die Befähigung des Individuums zu einer selbstdisziplinierenden gesetzeskonformen Lebensführung hin. Sie wurden der streng geregelten Gefängnisordnung unterworfen, um sie auf ein an die ‚bürgerliche‘ Ordnung angepasstes Leben in ‚Freiheit‘ vorzubereiten. In der Ordnung der Moderne war an die Stelle des einzelnen, spektakulär grausamen Strafrituals die alltägliche, lückenlose, stetige, disziplinierende Strafe des Zucht- und Arbeitshauses getreten. Die disziplinierende Wirkung der anonymen Machttechnologien war weiterhin auf den Körper gerichtete, derselbe wurde jedoch nicht mehr mit Gewalt und Pein zur Raison gebracht. Es galt, die Ordnung der Gesellschaft in die Körper der Individuen einzuschreiben, sie an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernisse anzupassen, zur biologischen und ökonomischen Produktivität zu animieren und sie damit ‚nützlich‘ zu machen.<sup>647</sup> Ziel und Zweck der Bestrafung war nicht mehr nur Vergeltung oder Sühne der Tat, sondern ‚Korrektur‘ und ‚Verbesserung‘ sowie die Normierung des individuellen Verhaltens. Humanisierung und zugleich perfekte Disziplinierung sind die Kennzeichen des modernen Strafrechts. Die disziplinierende Wirkung des Gefängnisses beschränkte sich nicht alleine auf seine Insassen, sie sollte sich vielmehr als konstante Drohung manifestieren und so kriminalpräventive Wirkung erzeugen.<sup>648</sup> Denn die Freiheit des Individuums setzte einen allgegenwärtigen anonymen Zwang voraus, um seine Freiheit zu garantieren.<sup>649</sup> Obwohl das Gefängnis schon früh als reformbedürftig galt, setzte es sich als Straf- und Besserungsinstanz durch.

Als Ende des 19. Jahrhunderts die Zunahme von Kriminalität und eine vermehrte Rückfälligkeit konstatiert wurden, kamen Zweifel an der Wirksamkeit des bürgerlichen Strafsystems auf.<sup>650</sup> Mit der sich formierenden Kriminologie kam es um 1900 zu einer grundsätzlichen Verschiebung in der Wahrnehmung von und im dem Umgang mit Kriminalität, bei der die Psychiatrie massgeblich beteiligt war.

---

646 Foucault, Überwachen und Strafen, 221–229.

647 Foucault, Überwachen und Strafen, 174–176.

648 Thormann, Schweizerisches Strafrecht, 21.

649 Foucault, Michel: Sexualität und Einsamkeit. 25–53. In: Michel Foucault / Richard Sennett: Von der Freundschaft. Berlin 1986. 36. Lemke, Eine Kritik der politischen Vernunft, 311.

650 Thomas, Terry: Sex Crime. Sex Offending and Society (Crime and Society). Cullompton 2002. 37–47.

## **Die Ausbildung eines forensisch-medizinischen Praxisfeldes im 19. Jahrhundert**

Das neue, durch den Humanismus der Aufklärung erweckte Interesse am Menschen produzierte Wissen über Individuen und verschob den Fokus in der Strafjustiz und im Strafvollzug allmählich von der Tat hin auf den Täter beziehungsweise die Täterin. Im Umgang mit Kriminalität wirkten nicht mehr nur die Richter, die Beamten und die Aufseher. Vermehrt beteiligten sich auch Ärzte, Psychiater, Psychologen und Pädagogen daran. Denn mit der Verallgemeinerung des bürgerlichen strafrechtsrelevanten Prinzips der Verantwortlichkeit hatte die Psychiatrie die dieser zugrunde liegende Willensfreiheit problematisiert. Als Effekt der psychiatrischen und juristischen Auseinandersetzungen und Aushandlungen hatte sich in den 1830er Jahren ein forensisch-psychiatrisches Praxisfeld formiert und etabliert. Ausserdem bildete sich zwischen den beiden Disziplinen bald eine relativ stabile Arbeitsteilung heraus, die über das Konzept der Zurechnungsfähigkeit aneinander gekoppelt war.<sup>651</sup> Die Strafgesetzgebung, die die medizinische Abklärung bei ‚zweifelhaften Gemütszuständen‘ vorschrieb, ermöglichte damit eine fallweise Medikalisierung kriminellen Verhaltens. Grundsätzlich wurden Straftäter und -täterinnen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weiterhin nach ihren Taten gemäss dem Schuldstrafrecht bestraft, nur punktuell wurde dieses Prinzip aufgehoben. Kriminelle Vergehen wurden weiterhin vorwiegend als moralisches Versagen interpretiert.<sup>652</sup> Dennoch war es der Psychiatrie gelungen, sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts als Instanz in der Verbrechensbekämpfung zu etablieren.

## **Die Transformation des Strafrechts: Von der Tat zum Täter**

Die Bestrafung, wie sie das bürgerliche Strafrecht vorsah, schien jedoch nicht die gewünschte Wirkung zu entfalten.<sup>653</sup> Die statistischen Erfassungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigten eine Zunahme der Verbrechen.<sup>654</sup> Seit den 1860er Jahren wiesen Strafrechtler vermehrt auf die Gruppe der ‚Gewohnheitsverbrecher‘ hin, also auf jene, die immer wieder straffällig wurden, was die Statistiken mit der Kategorie ‚Rückfälligkeit‘ erfassten. Diese ‚Gewohnheitsverbrecher‘, die keiner Verbesserung zugänglich erschienen, sowie die Zunahme von Kriminalität wurden als Versagen des bürgerlichen Strafrechts wahrgenommen und interpretiert. Die ‚Krise‘ des bürgerlichen Strafrechts war eine der Bedingungen, die zu einem weiteren Wandel im Umgang mit Kriminalität führte. Der Fokus

---

<sup>651</sup> Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 15.

<sup>652</sup> Wetzell, F., Richard: Bio-Wissenschaften und Kriminalität. Eine historische Perspektive. 315–328. In: Lorenz Böllinger et al (Hg.): Gefährliche Menschenbilder. Biowissenschaften, Gesellschaft und Kriminalität. Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat Bd. 47. Baden–Baden 2010. 315.

<sup>653</sup> Foucault, Überwachen und Strafen, 340–342.

<sup>654</sup> Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 313–314. Statistisch erfasst worden war auch eine Vermehrung der ‚Entarteten‘.

verschob sich von der Tat auf den Täter: Die Folge dieser Verschiebung war die Individualisierung von Kriminalität.<sup>655</sup>

Bedeutsam für diese Transformation war der soziale Ansatz des deutschen Juristen Franz von Liszt (1851–1919). Er wollte die Funktion des Strafrechts nicht mehr alleine auf Bestrafung und Abschreckung beschränkt wissen und forderte eine „Humanisierung“ des Strafrechts. „Kriminalpolitik“ müsse Teil der „Sozialpolitik“ sein, und im Vordergrund müsse die Rehabilitation und Resozialisierung der Delinquenten stehen, um weitere Straftaten zu verhindern und die Gesellschaft vor Kriminalität zu schützen.<sup>656</sup> Liszt war davon überzeugt, dass die sozialen Faktoren der Kriminalität bedeutender waren als die individuellen. Zwischen Kriminalbiologie und Kriminalsoziologie differenzierend – erstere beschäftigte sich mit den individuellen Ursachen von Verbrechen, letztere mit den sozialen –, war Liszt dennoch bestrebt, die divergierenden Ansätze zu vereinen.<sup>657</sup> Es war jedoch gerade seine auf Kriminalprävention und Individualprognose angelegte Vorgehensweise, die mithilfe, Kriminalität zu individualisieren, als individuelle Problematik zu etablieren und den Fokus auf den Täter, die Täterin zu richten. Pionier dieser Sichtweise war der Forensiker Richard von Krafft-Ebing. Seine Bekanntheit hatte er zwar in erster Linie wegen seines Werkes „Psychopathia sexualis“ erlangt. Seine wissenschaftliche Bedeutung liegt jedoch in der psychiatrischen Forensik.<sup>658</sup> Er brandmarkte die Rechtswissenschaft „als Hohn aller Cultur und Humanität“ und forderte bereits 1875 die „subjektive Seite des Verbrechens, des Verbrechers, seiner Motive, seiner psychischen Individualität“ zu berücksichtigen.<sup>659</sup> Anstelle der bisherigen Bestrafung nach Vergeltungsprinzip sei eine Beurteilung nach einer Schutz- und Besserungstheorie wie bei den Geisteskranken einzuführen, forderte auch der deutsche Psychiater Emil Kraepelin (1856–1926).<sup>660</sup> Er kritisierte, dass die gleichmässige Bestrafung der Tat, ohne den Täter, seinen Geisteszustand und seine Motive zu berücksichtigen, oft wirkungslos bliebe. Gerade beim „Gewohnheitsverbrecher“ gelte es, „den trotzigsten Sinn zu brechen und das verwilderte Gemüth zu erziehen, die perversen Triebe zu unterdrücken und die Energie des Wollens in andere Bahnen zu lenken, hier versagt das Strafmass vollständig seine Wirkung.“<sup>661</sup> Kraepelin forderte, „Einsichtsfähigkeit“ als Voraussetzung der „Willensfreiheit“ anzuerkennen. Die Delinquenten unterteilte er in jene, die „Einsicht“ in die Strafbarkeit ihrer Handlungen zeigten und jenen, denen jede „Einsicht“ fehlte. Die Strafe

---

<sup>655</sup> Uhl, Das verbrecherische Weib, 40–42.

<sup>656</sup> Krasmann, Die Kriminalität der Gesellschaft, 16.

<sup>657</sup> Liszt, Franz von: Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 22. Auflage. Berlin 1919. 57–61. Auch Krasmann, Die Kriminalität der Gesellschaft, 18.

<sup>658</sup> Sigusch, Geschichte der Sexualwissenschaft, 178–182.

<sup>659</sup> Krafft-Ebing, Richard Freiherr von: Lehrbuch der gerichtlichen Psychopathologie. 1875. 2. Zur Würdigung von Krafft-Ebing als psychiatrischer Forensiker siehe Sigusch, Geschichte der Sexualwissenschaft, 175–193.

<sup>660</sup> Kraepelin, Die Abschaffung der Strafe, 12.

<sup>661</sup> Kraepelin, Die Abschaffung der Strafe, 14.



habe man nach der „Einsichtsfähigkeit“ zu bemessen: Die „Einsichtsfähigen“ seien zu bessern, die „Einsichtsunfähigen“ sollten „ihre Schuld büßen“. Dabei stützte sich Kraepelin auf den Juristen Otto Mittelstädt (1835–1899), einen Vertreter des Talionsprinzips, der der Ansicht war, Verbrecher müssten „erbarmungslos und grausam gequält werden, damit die Majestät des Rechtes aufrecht erhalten werde.“<sup>662</sup> Er ging von der Autonomie des Täters aus und verstand den Zweck der Strafe als Vergeltungsschlag gegen den „willentlich“ handelnden Ordnungsstörer. Er bestand darauf, die aus freiem Willen begangene Tat hart zu bestrafen, „der Strafgefangene soll harte Sklavenarbeit thun, weil er in Strafknechtschaft ist. Er soll rücksichtslos angespannt und erbarmungslos angetrieben werden.“<sup>663</sup> In der staatlichen Bestrafung zeichnete sich jedoch eine andere Richtung ab. Bestraft wurden vermehrt nicht mehr einfach verbotene Handlungen, bestraft wurden ‚Perversionen‘, ‚Triebe‘ und ‚Begehren‘, vollzogen an einem juristischen Subjekt.<sup>664</sup>

Um die Zunahme der Verbrechen und der Rückfälligkeit zu erklären, eröffneten sich mit der Rezeption der Degenerationstheorie in der Psychiatrie und der sich formierenden Kriminologie neue Erklärungsmodelle: Kriminelles Verhalten wurde vermehrt als Zeichen einer ‚erblichen Minderwertigkeit‘ erklärt.<sup>665</sup> Grossen Einfluss auf die Kriminalbiologie hatte Ende des 19. Jahrhunderts der Psychiater und Kriminologe Cesare Lombroso mit seinem Werk „L’Uomo delinquente“ von 1876.<sup>666</sup> Auf deutsch wurde es 1886 unter dem Titel „Der Verbrecher in anthropologischer, ärztlicher und juristischer Beziehung“ veröffentlicht. ‚L’uomo delinquente‘ symbolisierte die Transformation des bisherigen Tatstrafrechts zum neuen Täterstrafrecht. Die Vorstellung des ‚uomo delinquente‘ basierte auf der Hereditätslehre. Lombroso ging so weit zu behaupten, die „Verbrecherpersönlichkeit“ lasse sich anhand von Stigmata bereits am Äusseren erkennen. Eugenische Massnahmen wurden als Instrument der Verbrechensbekämpfung propagiert und legitimiert.<sup>667</sup> Eine Sichtweise, wie sie auch der Oberste Gerichtshof in den USA im Fall ‚Buck v Bell‘ von 1927 in der Urteilsbegründung übernommen hatte. Er legitimierte die Zwangssterilisation mit der Begründung, dass es besser sei, wenn die Gesellschaft die Fortpflanzung „lebensuntüchtiger“ Menschen

---

662 Kraepelin, Die Abschaffung der Strafe, 35. Kraepelin zitierte für seine ‚neue Konzeption‘ des Bestrafens Otto Mittelstädt. Dieser ist einer derjenigen, die die Ordnung der Welt als Abbild der göttlichen Ordnung verstehend, den Zweck der Strafe als Vergeltungsschlag gegen den Ordnungsstörer forderten. Er bestand darauf, die Tat, und nur die Tat, mit terroristischer Peinigung zu bestrafen. Mittelstädt, Otto: Gegen die Freiheitsstrafen. Ein Beitrag zur Kritik des heutigen Strafsystems. Leipzig 1879.

663 Strasser, Verbrechermenschen, 10.

664 Foucault, Überwachen und Strafe, 19.

665 Vgl. Magnan, Psychiatrische Vorlesungen. Carmalt, Heredity and Crime.

666 Lombroso, Cesare: L’uomo delinquente. In rapporto all’antropologia, alla giurisprudenza ed alle discipline carcerarie. Turin 1876. Deutsche Übersetzung Lombroso, Cesare: Der Verbrecher (Homo delinquens) in anthropologischer, ärztlicher und juristischer Beziehung. 2 Bd. Hamburg 1887–1896.

667 Roelcke, Krankheit und Kulturkritik, 96–98.

verhindere, bevor deren Nachwuchs ins „Elend oder Verbrechen“ abgleite.<sup>668</sup> Mit dem Ausschluss der „erblich Minderwertigen“ von der Fortpflanzung gehe „die praktische Verbrechensbekämpfung Hand in Hand mit der Entartungsbekämpfung.“<sup>669</sup> Die Eugeniker behaupteten, dass die Nachkommen von erblich bedingten „Schwachsinnigen“, von Schizophrenen, von „zirkulär Irren“, von „erblich bedingten Fallsüchtigen“, „Veitstanzkranken“, Blinden, „Tauben“ und mit körperlichen Missbildungen Versehrten sowie Alkoholkranken „das Hauptkontingent der schwer kriminellen Menschen“ stellten.<sup>670</sup> Mit der Fokussierung auf die ‚Täterpersönlichkeit‘ wurde nicht einfach Wissen über ‚Verbrecher‘, ihre Taten und Ursachen produziert und vermehrt. Geschaffen wurde der ‚Verbrechermensch‘. Es waren Identitätskonstruktionen, die der bürgerlichen Identität diametral entgegengesetzt waren.<sup>671</sup> Zugleich wurde die Willensfreiheit einer wachsenden Zahl von Straftätern und -täterinnen in Frage gestellt und die Betroffenen der Psychiatrie zur Abklärung zugewiesen.

Mit der Verschiebung von der Tat auf den Täter und der Ausweitung psychiatrischer Begutachtungen wandelte sich auch das Strafreime: Der ‚geborene Verbrecher‘ war anders zu bestrafen als der ‚Gelegenheitsverbrecher‘.<sup>672</sup> Der vermehrt auf Prävention abzielende und auf die Verbesserung fokussierende Umgang mit ‚Rechtsbrechern‘ beinhaltete nicht nur die Frage nach der Ursache der Tat, sondern auch die Frage, mit welchen Massnahmen eine ‚Verbesserung‘ der ‚Täterpersönlichkeit‘ erzielt werden könnte und wie mit den ‚Unverbesserlichen‘ umzugehen sei. Entsprechend ausdifferenziert wurden verschiedene Strafformen und Massnahmen in das Strafrecht eingeführt.<sup>673</sup> Repressive Sanktionen wurden mit integrativen Massnahmen kombiniert. Dem Richter sollte die Möglichkeit gegeben werden, bei Ersttätern den Strafvollzug einzustellen und eine bedingte Strafe auszusprechen. Mit dieser wurde die Strafe aufgeschoben und dem verurteilten Täter eine Probezeit auferlegt, innerhalb der er sich bewähren konnte.<sup>674</sup> Der Täter oder die Täterin

---

668 Vgl. Schwartz, Die Mehrheit und die „Minderwertigen.“ 127–146. Den Fall genau aufgerollt hat der Historiker und Jurist Lombardo, Paul A.: *Three Generations, No Imbeciles. Eugenics, the Supreme Court and Buck v. Bell*. Baltimore 2010.

669 Hüllstrung, Über gesetzliche Bestimmungen, 8.

670 Forel, Verbrechen und konstitutionelle Seelenabnormitäten, 7–18. Boehme, Psychotherapie und Kastration, 40.

671 Strasser, Peter Verbrechermenschen. Zur kriminalwissenschaftlichen Erzeugung des Bösen. 2. erweiterte Neuauflage. Frankfurt a/M 2005. 143.

672 Senn, Neue Rechtstheorien, 38.

673 Hilgendorf, Eric: Biologismus im Recht – gestern und heute. 161–174. In: Igancio Czeguhn et al (Hg.): *Eugenik und Euthanasie, 1850–1945*. Baden–Baden 2009. 167. Der Psychoanalytiker Boehme spricht von „Erziehungsfähigkeit“. Ersttäter sollten einer „Nacherziehung“ unterworfen werden mit dem Ziel, die Einsicht der Betroffenen in ihren „Erkenntnis- und Willensdefekte“ zu schulen und zu „bessern“. Fehlt es den Betroffenen an „Erziehungsfähigkeit“, treten die Sicherungsmassnahmen in Kraft. Boehme, Psychotherapie und Kastration, 41.

674 Artikel 42 bis 46 des Schweizerischen Strafgesetzbuches listet die Bedingungen auf, unter denen eine Strafe (Geldstrafe, Gemeinnützige Arbeit oder Freiheitsstrafe) in eine bedingte Strafe umgewandelt und aufgeschoben werden kann. Die bedingte Strafe gewährt einem Täter, einer Täterin eine Probezeit, in der er oder sie sich bewähren kann, während dieser kann das Gericht verschiedene Massnahmen anordnen. Hat sich der Täter oder

sollte in seinem beziehungsweise ihrem ‚normalen‘ Lebensalltag integriert bleiben, stand aber unter Kontrolle und Beobachtung spezialisierter Behörden und dem sozialen Umfeld. Er oder sie durfte sich keiner weiteren Delikte zu Schulden kommen lassen, ansonsten wurde die bedingte in eine unbedingte Strafe umgewandelt. Meisterte die verurteilte Person ihre Probezeit ohne weitere Probleme, wurde die Strafe ganz fallengelassen.<sup>675</sup> Fruchteten die staatlichen ‚Verbesserungsbemühungen‘ nicht in gewünschter Weise, wurde dies als Indifferenz gegenüber der Strafe, dem Strafrecht und damit auch der gesellschaftlichen Ordnung wahrgenommen und als Zeichen der ‚Unverbesserlichkeit‘ gedeutet. Die Bedeutung von ‚Unverbesserlichkeit‘ wandelte sich im Kontext des Strafrechts zeitgleich zu ‚Gemeingefährlichkeit‘. Beim ‚Unverbesserlichen‘ wurde angenommen, dass er in Freiheit immer wieder rückfällig und damit zur ‚Gefahr‘ für die Gesellschaft wurde. Die ‚Gefahr‘, die vom ‚Unverbesserlichen‘ ausging, wurde als ‚gemeingefährlich‘ mit der Bezeichnung der ‚Unverbesserlichkeit‘ gleichgesetzt und dem Täter als Eigenschaft zugeschrieben, um damit den dauernden gesellschaftlichen Ausschluss zu legitimieren.<sup>676</sup> Der erst mit der Ausdifferenzierung der Täter geschaffene ‚Gemeingefährliche‘ legitimierte die Einführung von Sicherungsmassnahmen, wie sie bisher nur im Irren- und Armenpolizeirecht möglich gewesen waren.<sup>677</sup> Zum Schutze der Allgemeinheit waren der Betroffene ‚unschädlich‘ zu machen und in Form einer Verwahrung oder sonstigen zeitlich unbegrenzten Wegsperrung aus der Gesellschaft auszuschliessen. Die Befürworter von entsprechenden Massnahmen waren überzeugt, dass der mit den Strafmassregeln verfolgte Zweck erwünschte und dem Staate nützliche Resultate hervorbringen würde, ohne dass dadurch das sich an Gerechtigkeit orientierende Strafprinzip der Sühne leide.<sup>678</sup> Ihre Kritiker hingegen äusserten rechtsstaatliche Vorbehalte: Selbst ‚gefährliche‘ Täter dürften nicht einfach masslos ihrer Freiheit beraubt werden. Auch für sie sollten die Strafen gelten, die auf dem Schuldprinzip beruhten. Verwahrungsmassnahmen seien willkürliche staatliche Gewaltakte.<sup>679</sup> Trotz solcher Befürchtungen setzten sich die Massnahmen im Umgang mit ‚Verbrechern‘ durch. Bei deren Durchführung musste regelmässig überprüft werden, ob eine Besserung des Täters eingetreten sei. Mit der Verschiebung des Fokus auf die Persönlichkeit des Täters rückte der Schutz der Gesellschaft in den Vordergrund. Sie galt es zu verteidigen und vor ihren ‚Feinden‘ und Bedrohungen zu schützen. Das Verhältnis von Individualrechten, Rechtsstaatlichkeit und Gesellschaftsschutz hatte sich zu Gunsten Letzteren verschoben.

---

die Täterin bewährt, wird die Strafe nicht vollzogen. Im anderen Falle kann die Strafe nachträglich in eine bedingte umgewandelt und vollzogen werden. [http://www.gesetze.ch/sr/311.0/311.0\\_004.html](http://www.gesetze.ch/sr/311.0/311.0_004.html) (12.03.2013).

675 Auf die möglichen Massnahmen, Techniken und Instrumente, die den Behörden zur Verfügung standen um auf die Delinquenten einzuwirken, komme ich im Kapitel 4.5 ‚Die Verbesserungsmaschinerie‘ noch genauer zu sprechen.

676 Delaquis, Ernst: Sichernde Massnahmen gegenüber unzurechnungsfähigen und vermindert zurechnungsfähigen Verbrechern. 485–602. In: Zeitschrift für Schweizer Recht. Nr. 32. 1913. 485–602.

677 Lippuner, Verbessern und Verwahren, 13.

678 Thormann, Schweizerisches Strafrecht, 21.

679 Thormann, Schweizerisches Strafrecht, 22.

Auch in der Schweiz war durch die Wahrnehmung, dass der bisherige Strafapparat nicht genügte, sowie im Kontext der Vereinheitlichung der kantonalen Strafrechte,<sup>680</sup> die Forderung laut geworden, dass mit der künftigen Kriminalgesetzgebung und deren Umsetzung die ‚gemeingefährlichen Gewohnheitsverbrecher‘ ‚unschädlich‘ gemacht werden müssten.<sup>681</sup> Mit Inkrafttreten des eidgenössischen Strafgesetzbuches von 1942 wurde – in den Artikeln 10 bis 15 – auch die psychiatrische Begutachtung gesamtschweizerisch geregelt. Zwingend vorgeschrieben war eine psychiatrische Begutachtung bei Taubstummheit und Epilepsie.<sup>682</sup> Die psychiatrischen Einschätzungen erlaubten es, ‚Gewohnheitsverbrecher‘, ‚unzurechnungsfähige‘ und ‚vermindert zurechnungsfähige‘ Delinquenten zu verwahren, ‚arbeitsscheue‘ und ‚trunksüchtige‘ Delinquenten in Arbeits- und Trinkerheilanstalten einzuweisen und bei jugendlichen Straftätern erzieherische Massnahmen anzuordnen.<sup>683</sup> Im Rahmen der Vereinheitlichung des Schweizerischen Strafgesetzes gelang es der Psychiatrie, sich als politische Kraft zu etablieren und ihr Mitwirken im Bereich des Strafrechts und des Strafvollzugs auszuweiten.<sup>684</sup>

Als Reaktion auf die Ernüchterung der Justiz über die als beschränkt wahrgenommene positive Wirkung des Strafrechts hatte die Psychiatrie auf Basis ihrer Theorie der Heredität neue Erklärungsmuster entworfen und neue Strategien in Form eines medikalisierten Massnahmerechts zur Bewältigung von Kriminalität entwickelt. Die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Psychiatrie intensivierte sich um die Jahrhundertwende. Um 1900 hatte sich eine positivistische Kriminalanthropologie etabliert, die sich als interdisziplinäre Wissenschaft intensiv mit den Motiven einer Tat und der Persönlichkeit von ‚Verbrechern‘ beschäftigte, verbunden mit einem therapeutischen Programm, welches die Transformation des Kriminellen bezweckte. Neben dem deterministischen Ansatz, der Kriminalität als Eigenschaft des Individuums festschrieb, blieben auch soziale Ansätze relevant, die Ursachen und Motive von Kriminalität aus den sozialen Gegebenheiten und Umständen erklärten. Das Spannungsfeld zwischen ‚Anlage‘ und ‚Umwelt‘ strukturierte die kriminologischen Erklärungsansätze. Humanisierung, die Radikalisierung des Strafgesetzes und Ausdifferenzierung der Sanktionsarten sowie die Pluralisierung der Delinquentenbilder

---

680 Stooss, Carl: Carl Stooss. 205–235. In: Hans Planitz (Hg.): Die Rechtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Bd. 2. Leipzig 1924. 213. Auch: Thormann, Schweizerisches Strafrecht, 16.

681 Stoos, Carl: „Die Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“. 84–111. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Jg. 6. Bern 1893. 84.

682 Eidgenössisches Strafgesetz. Artikel 10, Artikel 11, Artikel 12, Artikel 13 (taubstumme und epileptische sind in jedem Fall zu untersuchen) umfassen die Abklärung des Geisteszustandes, während Artikel 14, Artikel 15, und Artikel 42 die Bedingungen für eine Massnahme beschreiben. Artikel 90 regelt die Begutachtung Jugendlicher. Und Artikel 43 die Begutachtung von „Liederlichen und Arbeitsscheuen in Arbeitserziehungsanstalt.“ Der Psychiatrische Gutachter wurde auch zur Begutachtung von Opfern von Straftaten beigezogen. Geregelt in Artikel 184, Artikel 187, Artikel 188, Artikel 190.

683 Thormann, Schweizerisches Strafrecht, 22.

684 Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 162.

bedingten sich gegenseitig.<sup>685</sup> Es entstand eine regulative Kriminalpolitik, die repressive und kurative Elemente kombinierte und das Strafrecht mit sichernden Massnahmen ergänzte. Sie zielte neben der Besserung auch auf Heilung oder Unschädlichmachung und diente damit sowohl der Verbrechensbekämpfung wie auch der Befriedigung des gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisses.<sup>686</sup>

Mit der vermehrten Pathologisierung kriminellen Verhaltens und der gleichzeitigen Forderung, das Strafrecht im Sinne eines medikalisierten Massnahmerechts umzugestalten, war insbesondere die Psychiatrie an der Transformation des bürgerlichen Strafrechts und seines Strafregimes beteiligt. In ihrem – nicht alleine auf das Strafrecht beschränkten – professionellen Expansionsprozess weitete sie ihren Geltungsbereich aus.<sup>687</sup> Indem zwischen den Polen Geisteskrankheit und geistiger Gesundheit ein Bereich der ‚geistigen‘ oder ‚psychischen Abnormitäten‘ geschaffen wurde, der Devianz und Kriminalität eng aneinander koppelte, war die professionelle Abklärung und Beurteilung des ‚geistigen‘ Zustandes der Delinquenten und Delinquentinnen durch die Psychiatrie gefordert. Straftäter oder -täterinnen wurden – in gewissem Ausmass – Objekte eines humanwissenschaftlichen Strafwissens, das mit der Ausdifferenzierung und Schaffung neuer institutioneller Zugriffe einherging.<sup>688</sup> Robert Castle stellt in seiner Untersuchung zur Psychiatrie des 20. Jahrhunderts fest, dass seit der Bildung der bürgerlichen Gesellschaft ein Prozess der Rechtszersetzung in Gang sei, indem durch spezifisches Wissen das Gesetzeswesen ausgehöhlt werde; immer mehr steuere Gutachtertätigkeit Entscheidungsprozesse, in denen es um das gesellschaftliche Los von Menschen gehe.<sup>689</sup> Für die Ausweitung ihres Zuständigkeitsbereiches hatte sich die Psychiatrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vehement eingesetzt und gekämpft mit der Begründung, dass die Autonomie des Subjektes durch eine Vielzahl biologisch und psychologisch determinierender Einflüsse in Frage gestellt sei.<sup>690</sup> Dennoch hatte sich die Justiz nicht von den Leitlinien des freien Willens, der Schuld- und der Zurechnungsfähigkeit oder einer Strafpraxis, die sich nach dem Grad der moralischen Verfehlung richtete, verabschiedet. Denn die Massnahmen, die aufgrund ‚verminderter‘ oder ‚aufgehobener Zurechnungsfähigkeit‘ ausgesprochen wurden und mit denen man den Betroffenen den ‚freien Willen‘ absprach, reproduzierten und bestätigten zugleich die Vorstellung eben dieses ‚freien Willens‘. Auf dem grundlegenden Prinzip der

---

685 German, Urs: Die schweizerische Strafrechtsreform zwischen (nationaler) Integration und (individuellem) Ausschluss. 265–289. In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen 29. Bern 2003. 267.

686 Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 472.

687 Zangger, Heinrich: Die moderne Stellung der gerichtlichen Medizin. Die Beziehungen zwischen Medizin und Recht Zürich 1912. 3.

688 Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 469.

689 Castel, Die psychiatrische Ordnung, 22.

690 Strasser, Peter: Verbrechermenschen. Zur kriminalwissenschaftlichen Erzeugung des Bösen. 2. erweiterte Neuauflage. Frankfurt a/M 2005. 14.

„Willensfreiheit“ basierend war die Kooperation von Justiz und Psychiatrie einem Normalitätsdispositiv verpflichtet.<sup>691</sup> Als „freisten Mensch“ beschrieb Forel den „anpassungsfähigsten“ Menschen, denjenigen, „der sich am besten in alles füge“.<sup>692</sup> Soziale Anpasstheit wurde zum Gradmesser individueller Freiheit.

### **Geschlecht, Sexualstrafrecht und ‚Sittlichkeitsdelikte‘**

Den Wendepunkt im Umgang mit Sexualdelinquenten hat Foucault beispielhaft anhand der Geschichte eines Landarbeiters von 1867 beschrieben. Dieser habe sich, wie es Usus gewesen sei, ein paar ‚Zärtlichkeiten‘ von einem kleinen Mädchen ergattert. Er war von den Eltern angezeigt und im Verlaufe des Prozesses mehreren medizinischen Experten vorgeführt worden. Ein solches bis dahin als Kleinigkeit wahrgenommenes Ereignis sei von diesem bestimmten Augenblick an Gegenstand nicht bloss einer kollektiven Intoleranz, sondern einer juristischen Aktion, einer medizinischen Intervention, einer klinischen Prüfung und einer umfangreichen theoretischen Verarbeitung geworden.<sup>693</sup> Die ‚Kleinigkeit‘ der von einem Mädchen ‚ergatterten Zärtlichkeiten‘ wurde zur strafbaren Tat und zur behandlungsbedürftigen Pathologie. Dieser Fall diene Foucault dazu, den Prozess der Pathologisierung abweichenden Sexualverhaltens zu exemplifizieren. Was auffällt ist, dass für Foucault das Geschlecht keine Rolle zu spielen schien beziehungsweise vorausgesetzt wurde. Dennoch ist das Geschlecht für das Sexualstrafrecht zentral, wie ich zeigen möchte: Beim Sexualverbrecher handelte es sich um einen Mann. Dies sei kein Zufall, konstatierte der Jurist Erich Wulffen in seinem Standardwerk „Der Sexualverbrecher“, denn „als schwerste Sittlichkeitsverbrechen“ habe „unsere Strafgesetzgebung solche Tatbestände aufgestellt, die als Täter in der Regel nur ein Mann begehen kann.“<sup>694</sup> Anders formuliert, das Recht produziert den männlichen Sexualverbrecher.<sup>695</sup>

Sexualdelikte zeichnen sich durch eine vermeintlich ‚klare‘ Struktur aus: Opfer waren Frauen/Kinder – Täter waren Männer. Diese geschlechtsspezifische Täter-Opfer-Vorstellung, in der Frauen und Kinder nur als Opfer und Männer nur als Täter in Erscheinung treten, ist verschiedentlich kritisiert worden.<sup>696</sup> Männliche Gewalt richtet sich oft auch gegen Männer, etwa in Ehr- und Raufhändeln, in denen es vor allem um den Komplex Männlichkeit, Gewalt

---

691 Germann, Psychiatrie und Strafrecht, 308-309.

692 Forel, Verbrechen, 3.

693 Foucault, Wille zum Wissen, 45.

694 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 444.

695 Zur Problematik von Recht und Geschlecht siehe Temme, Gaby / Künzel, Christine: Einleitung. In: Gaby Temme / Christine Künzel (Hg.): Hat Strafrecht ein Geschlecht? Zur Deutung und Bedeutung der Kategorie Geschlecht in strafrechtlichen Diskursen vom 18. Jahrhundert bis heute. Bielefeld 2012. 7–26.

696 Töngi, Um Leib und Leben, 127–159. Zu Männern als Opfer von Gewalttaten vgl. Zitzmann, Ellen M.: Opfer Mann? Männer im Spannungsfeld von Täter und Opfer. Marburg. 2012. Zu Mädchen als Täterinnen vgl. Heeg, Rahel: Mädchen und Gewalt. Bedeutung physischer Gewaltausübung für weibliche Jugendliche. Wiesbaden 2009.

und Ehre ging.<sup>697</sup> Auch das Stereotyp der ‚friedfertigen‘ Frau und der Frau als Opfer lasse sich aus den Akten nicht bestätigen, so die Kritikerinnen. Frauen hätten ihre Interessen sehr wohl mit Nachdruck zu verteidigen gewusst, sowohl verbal wie auch mit gewaltsamen Mitteln. Jedoch scheint in den von bürgerlichen Männern produzierten Akten deren Werterhaltung durch. Frauengewalt wurde bagatellisiert, ironisch-abwertend kommentiert oder, wenn Geschlechtergrenzen überschritten wurden, auch dämonisiert.<sup>698</sup> Wollten Frauen im Falle von Gewalterfahrungen vor Gericht Gerechtigkeit erlangen, mussten sie sich konsequent als Opfer inszenieren, um dem erwarteten Weiblichkeitsbild zu entsprechen. Sowohl Frauen als auch Männer mussten sich entsprechend als ‚Frauen‘ und als ‚Männer‘ inszenieren, um in der geschlechtsspezifischen Struktur juristischer Verfahren Gehör zu finden. Die Produktion erwarteter ‚Weiblichkeit‘ schlug sich auch bei Sexualdelikten entsprechend in den Akten nieder. So mussten Frauen im Falle einer ‚Notzucht-Klage‘ glaubwürdig beweisen, dass sie sich züchtig verhalten und gegen den Übergriff gewehrt hatten.<sup>699</sup> Die geschlechtsspezifische Opfer-Täter-Struktur bezüglich Gewalt und sexueller Gewalt wird aktuell vermehrt aufgebrochen, indem auch Männer als Opfer von Gewaltverbrechen erkannt und anerkannt werden. Doch bleibt das Eingeständnis wie auch die Anerkennung des Mannes als Opfer einer Gewalttätigkeit weiterhin schwierig.<sup>700</sup>

Dass als Täter solcher Angriffe – gemeint waren Sexualdelikte – „regelmässig nur Männer in Betracht“ kommen, entspreche „der Natur geschlechtlicher Handlungen“ erklärte der Jurist Wolfgang Mittermaier.<sup>701</sup> Hergestellt wurde ein Zusammenhang zwischen ‚Natur‘, ‚Geschlecht‘ und ‚Sexualtrieb‘, der Ende 19. Jahrhundert in seiner heutigen Form ‚entdeckt‘ beziehungsweise konstruiert wurde. Als der Psychiater und Forensiker Kraft-Ebbing die erste Ausgabe seiner breitenwirksamen Publikation ‚Psychopathia sexualis‘ 1886 veröffentlichte, beschrieb er den Geschlechtstrieb als Naturtrieb, „der allgewaltig, übermächtig nach Erfüllung verlange“, und dass er wichtig sei.<sup>702</sup> Er warnte auch davor, dass der Mensch (Mann) nicht „willenloser Sklave“ seines „wollüstigen Dranges“ werden dürfe. Denn der Geschlechtstrieb war nicht nur Motor der Zivilisation, ohne Kontrolle und Disziplinierung drohte er alles zu zerstören. „Als entfesselte Leidenschaft gleicht die Liebe einem Vulkan,

---

697 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 121–130.

698 Töngi, Um Leib und Leben, 392.

699 Hommen, Sittlichkeitsverbrecher, 211.

700 Vgl. Jungnitz, Ludger et al (Hg.): Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Opladen 2007. Insbesondere Homosexuelle werde Opfer von Gewalterfahrungen. Vgl. Whisnant, Clayton J.: Male homosexuality in West Germany between persecution and freedom, 1945–69. Basingstoke 2012. Čizmić, Lucas-David: Gewalterfahrungen von Männern in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Einblick in ein tabuisiertes Problemfeld. Eine Studie zu traumatischen Erfahrungen und Folgeschäden Hamburg 2011.

701 Mittermaier, Wolfgang: Sexualdelikte. 707–709. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. 2. stark vermehrte Auflage. Bonn 1926. 709.

702 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 6.

der alles versengt, verzehrt, einem Abgrund, der alles verschlingt – Ehre, Vermögen, Gesundheit.“<sup>703</sup> Eine der Gefährdungen bildete in den Augen Krafft-Ebings der „vielfache Missbrauch der Generationsorgane“.<sup>704</sup> Er war in seinem Denken der Degenerationshypothese und der Vorstellung der Mässigkeit im Gebrauch der Generationsorgane verpflichtet und ging noch davon aus, dass ‚Unmässigkeit‘ zur Degeneration führe. Die ‚monströsen Verirrungen des sexuellen Trieblebens‘ deutete er als Zeichen des sittlichen und damit des staatlichen Zerfalls.<sup>705</sup>

Wie die meisten seiner Zeitgenossen schrieb auch Krafft-Ebing dem Mann ein „lebhafteres“ geschlechtliches Bedürfnis zu als der Frau. „Dem mächtigen Drange der Natur folgend“, sei er aggressiv und stürmisch in seiner Liebeswerbung.“<sup>706</sup> Das temporär dominierende Begehren trete nach seiner Befriedigung wieder hinter andere Interessen zurück. Sei jedoch seine Sinnlichkeit zu gross, gerate der Mann in die Abhängigkeit der Frau. Eine solche Abhängigkeit bedrohe nicht nur das (männliche) Individuum, sondern die ganze Gesellschaft, wie er anhand von vielen Fallbeispielen zeigte. Dennoch hielt er den Geschlechtstrieb für „die Entstehung und die Erhaltung des Selbstgefühls beim Manne“ als essenziell. Dies zeige sich bei den in ihrer Potenz reduzierten Männern „so schön“, sie seien „moros, missgünstig, egoistisch, eifersüchtig, philiströs, energielos, von geringem Selbst- und Ehrgefühl, feige“.<sup>707</sup> Ganz anders verhalte es sich der Frau, sei sie geistig normal entwickelt und wohlerzogen, so sei ihr sinnliches Verlangen ein geringes. Ihre Aufgabe sei es, das „stürmische“ Begehren des Mannes im Rahmen der Ehe zu domestizieren. Während die männliche Triebbefriedigung durch die Ehe „veredelt“ wurde, erschöpfte sich das Begehren der Frau mehr oder weniger in der Reproduktion.<sup>708</sup> Es war aber auch das eheliche Arrangement, mit dem die Frau durch die ‚freie‘ Wahl ihres Partners den Zustand als Objekt transzendieren konnte. Mit der Ehe wurde sie zum „Subjekt“.<sup>709</sup> Die bürgerliche Frau, der Krafft-Ebing ‚sexuelle‘ Selbstbestimmung attestierte, und der bürgerliche Mann, dessen ‚Trieb übermächtig nach Erfüllung verlange‘, hatten im geschlechtsspezifischen Arrangement der bürgerlichen Ehe ihren Ort zu finden, in dem der männliche Geschlechtstrieb domestiziert wurde, während die Frau in der Reproduktion ihren Sinn fand.<sup>710</sup> Die Befriedigung der

---

703 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 2.

704 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 21.

705 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 6.

706 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 11. Rohleder, *Die Masturbation*, 37.

707 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 12.

708 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 13.

709 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 4. Krafft-Ebing grenzte die, westlichen, modernen Gesellschaften von anderen, als weniger zivilisiert angenommenen Gesellschaften unter anderem damit ab, dass in diesen die Frauen verheiratet und damit zum ‚Sexobjekt‘ gemacht werden. Mit der freien Partnerwahl habe die bürgerliche, beziehungsweise die Frau westlicher Kulturen den in anderen Kulturen herrschenden Zustand als Sexualobjekt transzendiert. Die monogame Ehe bildete für Krafft-Ebing eine der Grundlagen der Superiorität christlich-westlicher Zivilisationen.

710 Sarasin, *Reizbare Maschinen*, 362.



sexuellen Lust und Potenz, für die Reproduktion essenziell und für die Gesundheit nützlich, bildete eine unverzichtbare menschliche (männliche) Aktivität. Ihre Erfüllung, Ermöglichung und Domestizierung hatte sie jedoch nur in der Ehe zu finden.<sup>711</sup> Gemäss den Soziologinnen Claudia Honegger und Bettina Heintz sei die Frau – „einst begehrllich und lebendig“ –im Arrangement der bürgerlichen Ehe jedoch zur „guten Mutter“ verformt und auf diese Rolle reduziert worden, um als Instrument im Kampf gegen (männliche) Exzesse und Persionen zu dienen.<sup>712</sup>

Entsprechend erschien in den Augen Krafft-Ebings ein Mann, „welcher das Weib flieht, und das Weib, welches dem Geschlechtergenuss nachgeht“ denn auch als „abnorme Erscheinungen“.<sup>713</sup> Weiter beschrieb er alle ausserhalb der Ehe vollzogenen Sexualhandlungen als „Persionen“.<sup>714</sup> Im Fokus standen insbesondere die „Persionen“ und „Perversitäten“ von Männern, die meisten seiner Fallbeispiele handelten von „männlichem Sexualverhalten“.<sup>715</sup> Auch wenn Krafft-Ebing noch von einer Zusammengehörigkeit von Begehren und Reproduktion ausging und bezüglich der ‚Persionen‘ der ‚Degenerationshypothese‘ verpflichtet war, zeichnete sich in der wissenschaftlichen Konzeptualisierung von Sexualität und ‚sexuellen Persionen‘ ein Wandel ab. Exemplarisch dafür stand Iwan Bloch (1872–1922). Der Sexualwissenschaftler war der Auffassung, „sexuelle Anomalien“ seien als „allgemein menschliche, ubiquitäre Erscheinungen“ aufzufassen, als Variationen des Geschlechtstriebes.<sup>716</sup> Der Geschlechtstrieb, führte er weiter aus, sei jedoch im Stande, die „Intelligenz und Willensfreiheit selbst des zurechnungsfähigen Menschen zeitweilig zu beschränken und sogar gänzlich aufzuheben.“<sup>717</sup> Albert Moll (1862–1939), ebenfalls ein Pionier der Sexualwissenschaften, distanzierte sich bezüglich der ‚Sexualpersionen‘ von der ‚Degenerationshypothese‘ und war überzeugt, dass beim Menschen der Fortpflanzungstrieb kaum mehr ins Gewicht falle.<sup>718</sup> Den Geschlechtstrieb differenzierte er in einen Detumescenz- und einen Kontrektationstrieb. Ersteren definierte er als „organische(n) Drang zur Entleerung eines Sekrets“ während der Zweite zur „körperlichen und geistigen Annäherung“ dränge.<sup>719</sup> Der Psychiater Leopold Loewenfeld (1847–1924) erklärte die

---

711 Sarasin, Reizbare Maschinen, 362.

712 Honegger / Heintz, Zum Strukturwandel, 31, 36.

713 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 10.

714 Krafft-Ebing, Richard Freiherr von: Psychopathia sexualis. Eine klinisch-forensische Studie. 7. Auflage. Stuttgart 1905. 63.

715 Oosterhuis, Harry: Stepchildren of Natur. Krafft-Ebing, Psychiatry and the Making of Sexual Identity. Chicago 2000. 204–208.

716 Bloch, Iwan: Das Sexualleben unserer Zeit. Zehnte bis zwölfte, verbesserte Auflage. Berlin 1919. 687.

717 Bloch, Iwan: Beiträge zur Aetiologie der Psychopathia Sexualis. Erster Teil. Dresden 1902. 244. Bloch, Iwan: Beiträge zur Aetiologie der Psychopathia sexualis. Zweiter Teil. Dresden 1903. 368–373.

718 Moll, Albert: Untersuchungen über den Libido Sexualis. Berlin 1897. 4.

719 Moll, Untersuchungen, 521, 94.

sexuellen Vorgänge als ein Zusammenspiel von Gehirn und den Geschlechtsorganen.<sup>720</sup> Bei Erwachsenen dominiere das im Hirn lokalisierte Geschlechtszentrum die geschlechtlichen Funktionen. Sei der Geschlechtstrieb aktiviert worden, könne sexuelle Erregung allein durch das Gehirn erzeugt werden. Bei der Sexualdelinquenz traf gemäss Loewenfeld ein „abnorm gesteigerter Geschlechtstrieb“ auf einen „ethischen Defekt“, der sich als fehlende „Widerstandsfähigkeit“ gegen „kriminelle Antriebe“ manifestierte, auch auf „fehlende Vernunft“ hinwies.<sup>721</sup> Denn der geistesgesunde Erwachsene sei durch die intellektuelle Leitung seines Triebes völlig selbstbestimmt.<sup>722</sup> Doch seien die „reizbaren Phantasien“ eine „gefährliche“ Begleiterscheinung des Geschlechtstriebes, hielt der Kriminologie Wulffen in seinem Werk „Der Sexualverbrecher“ fest.<sup>723</sup> Des weiteren könne eine unkontrollierte Phantasie beim „ethisch Defekten“ und „Willensschwachen“ den Geschlechtstrieb dermassen reizen, dass dieser nicht mehr fähig war, ihn zu kontrollieren. Der Geschlechtstrieb als ‚physiologisches‘ Bedürfnis, dessen Befriedigung durch den Verstand geleitet zu erfolgen hatte, konnte also durch diesen zugleich gereizt werden. So war nicht nur der Geschlechtstrieb als Gegenstand von Bewusstsein zu kontrollieren und zu regulieren, auch die ‚Verstandestätigkeit‘, die Phantasie war einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen und brachte damit das hervor, was zu kontrollieren war: Den Geschlechtstrieb.<sup>724</sup> Fehlende Kontrolle und Regulation der Gedanken beziehungsweise der Phantasie wurden als Defizit des Intellekts, und der Vernunft, fehlende Beherrschung als Defizit des Willens angenommen. Ein Zusammenspiel von ‚Willensschwäche‘, ‚reizbarer Phantasie‘, ‚ethischen Defekten‘ und einem ‚starken‘ beziehungsweise ‚abweichenden‘ Geschlechtstrieb bildete die Ursache der sexuellen Persionen, die auch auf ein ‚minderwertiges Erbgut‘ verweisen konnten.

Es waren die ‚unerschrockenen‘ Männer der Wissenschaften, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts den ‚Eros‘ entfesselten, ihn von der Reproduktion entkoppelten und die Befriedigung des geschlechtlichen Bedürfnisses als notwendig erklärten. Zugleich waren sie darum bemüht, ihn wieder zu bändigen. Denn die Wahrung von „Zucht und Sitte“ sei eine der wichtigsten Existenzbedingungen für das staatliche Gemeinwesen, so das übereinstimmendes Fazit der Sexualwissenschaftler.<sup>725</sup> Um die „sittliche“ Ordnung zu wahren und zu schützen, sei im Interesse der Gemeinschaft ein Teil der individuellen

---

720 Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 304–305.

721 Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 308–309.

722 Strasser, Charlot: Zu Bekämpfung der Sexualdelikte. Sonderabdruck aus der Schweizerischen Medizinischen Wochenschrift. Nr. 39 und 40 1924. 7.

723 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 8.

724 Sarasin, Reizbare Maschinen, 419.

725 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 94.

Persönlichkeitsrechte einzuschränken.<sup>726</sup> Die gesellschaftlich anerkannte Ordnung im Geschlechtsleben sei als Rechtsgut zu betrachten.<sup>727</sup> Es war das Strafrecht, das definierte, welche gesellschaftlichen Bereiche als ‚sittliche‘ Rechtsgüter zu schützen waren: Schutz der sittlichen Ordnung, Schutz der Ehe sowie Schutz der ‚individuellen Sexualsphäre‘.<sup>728</sup> Die konkreten Straftatbestände zur Wahrung der ‚Sittlichkeit‘ umfassten Handlungen wie Ehebruch, Notzucht, Pädophilie, Inzest, Sodomie, Homosexualität, Prostitution, Missbrauch, Erregung öffentlichen Ärgernisses bis hin zur Verbreitung ‚unzüchtiger‘ Schriften.<sup>729</sup>

Dass vor allem Männer als Täter im Fokus der Behörden standen, führte der Jurist Wulffen auf den „geschlechtsspezifischen Charakter“ verschiedener Gesetze zurück. So gälten als „schwerste Sittlichkeitsverbrechen“ solche, die ausschliesslich von Männern begangen werden könnten, während Frauen auf Grund „ihrer sexuellen Passivität“ im Allgemeinen keine Sittlichkeitsdelikte begehen würden.<sup>730</sup> Die geschlechtsspezifische Strukturierung gründete auf der Annahme eines ‚starken‘ und ‚aggressiven‘ männlichen Geschlechtstriebes, der sich punktuell ‚entladen‘ müsse. Selbst im konsensuellen Geschlechtsverkehr wurde dem (Arbeiter-)Mann ein gewalttätiges Moment zugesprochen.<sup>731</sup> Der Schutz der ‚sexuellen Individualsphäre‘ beinhaltete den Schutz von Frau und Kindern vor dem ‚aggressiven‘ männlichen Trieb. Die Sprache war von Delikten wie ‚Nothzucht‘, ‚gewaltsame Unzucht‘, ‚Schändung Willenloser‘, ‚Verführung‘ oder ‚Unzucht mit und an Kindern‘, Missbrauch und Gewaltanwendungen. Damit übernahm der Staat eine Schutzfunktion für die Intimsphäre von Frau und Kind und begrenzte die männliche Verfügungsgewalt der hierarchisch strukturierten und rechtlich fundierten Geschlechterordnung. Das ‚sexuelle Freiheitsrecht‘ der Frau beschränkte sich jedoch mehr oder weniger auf den Schutz ihrer ‚Geschlechtsehre‘.<sup>732</sup> Entsprechend war sie angehalten, ihre ‚sexuelle Unversehrtheit‘ als besonders wertvolles Gut zu verteidigen.<sup>733</sup> Zum schützenswerten Rechtsgut erhoben wurde auch die ‚kindliche Sexualität‘. Der Tatbestand ‚Unzucht‘ mit Kindern war erst mit den bürgerlichen Gesetzesbüchern eingeführt worden. Begründet wurde der Schutz der Jugend mit deren Unerfahrenheit und Beeinflussbarkeit und ihrer sittlichen und gesundheitlichen Gefährdung.<sup>734</sup> Das ursprünglich festgelegte Schutzalter von 12 Jahren wurde bald auf 14

---

726 Quanter, Rudolf: Die Sittlichkeitsverbrechen im Laufe der Jahrhunderte und ihre strafrechtliche Beurteilung. Neudruck von 1925. Wiesbaden 2003. 24–32. Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 29.

727 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 32.

728 Mittermaier, Sexualdelikte, 707.

729 Härdy, Oscar: Handkommentar zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Bundesgesetz und das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb. 2. vollständig neubearbeitete Textausgabe mit Erläuterungen und Verweisungen unter Berücksichtigung der Rechtsprechung. Bern 1951. 109–118.

730 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 262.

731 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 397, 409. Eder, Kultur der Begierde, 174.

732 Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 50.

733 Mittermaier, Sexualdelikte, 709. Die Frage bei Notzuchtsdelikten drehte sich dann oft darum, ob sich die Frau genügend gewehrt hatte. Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 209. Töngi, Um Leib und Leben, 374–376.

734 Mittermaier, Sexualdelikte, 709.

Jahren heraufgesetzt und auf „Kinder beiderlei Geschlechts ausgeweitet.“<sup>735</sup> Der Schutz von Frau und Kindern bildete denn auch eine der Legitimationen der ‚Entmannung‘: Der ‚gemeingefährliche‘ männliche Geschlechtstrieb war für das weibliche Geschlecht und die Kinder ungefährlich zu machen.<sup>736</sup>

Die Strafjustiz, die lange Zeit mit der Sexualität in Gestalt der ‚ungeheuerlichen‘ und ‚widernatürlichen‘ Verbrechen konfrontiert gewesen war, beschäftigte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts vermehrt mit der ‚kleinlichen‘ Verurteilung der Menschen, die sich geringfügiger Vergehen schuldig machten oder sich unbedeutenden Persionen hingaben.<sup>737</sup> Insbesondere die Persionen hatte die Psychiatrie im 19. Jahrhundert als Wirkungsfeld ihrer Expertise vereinnahmt. Entsprechend forderte sie auch den Umgang mit Sexualdelinquenz als ihre Domäne, für deren Bewältigung sie ihre Instrumente als geeigneter betrachtete. Den Sexualdelikten kam in der forensischen Psychiatrie eine besondere Rolle zu.<sup>738</sup>

### **Der ‚Kampf‘ um die Sexualdelinquenten**

Im 20. Jahrhundert war die Psychiatrie sehr darum bemüht, sich den Bereich der Sexualdelinquenz anzueignen.<sup>739</sup> „Auf keinem Gebiet des Strafrechts ist ein Zusammenarbeiten von Richter und medicinischem Experten so geboten, wie bei den sexuellen Delikten“, war Krafft-Ebing überzeugt.<sup>740</sup> Und Loewenfeld konstatierte, dass Lombroso nicht nur die Kenntnisse über das Verbrechen bedeutend erweitert habe, sondern, dass dessen Werk „auch die erfreuliche Folge“ habe, „Juristen und Ärzte zu gemeinschaftlicher Arbeit auf dem Gebiet der Kriminalistik“ veranlasst zu haben.<sup>741</sup> Bei der „Sonderstellung, welche die Sittlichkeitstäter innerhalb der Kriminalität einnehmen“, sollte es zur „Selbstverständlichkeit werden, dass diese in die Hand der Ärzte gehören“, waren die Psychiater überzeugt.<sup>742</sup> Denn wer nur „durch Schädigung anderer Menschen seinen Trieb befriedigen“ könne, sei „als gefährlicher Geisteskranker zu behandeln und unschädlich zu machen, nicht aber zu bestrafen“. <sup>743</sup> Der psychiatrische Experte, so die Forderung, stehe dem Richter in der Urteilsfindung mit seinem Sachverstand bei und könne so auch die

---

735 Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 25–26, 28. Thomas, Sex Crime, 8.

736 Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 304.

737 Foucault, Wille zum Wissen, 43–44. Vgl. Driesmans, Heinrich: Sittlichkeitsverbrechen in alter und neuer Zeit. 177–182 In: Max Marcuse (Hg.): Sexual-Probleme, Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. März. Berlin 1910. Driesman beschreibt, wie sexuelle Handlungen, die im 18. Jahrhundert ‚gang und gäbe‘ waren, Ende des 19. Jahrhunderts als ‚Verbrechen‘ wahrgenommen und geahndet wurden, und bezeichnet es als „Hauch von ‚moral insanity‘, der über der Gesellschaft schwebte“. Thomas, Sex Crime, 43–44, 51.

738 Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 282–183.

739 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 1. Wulffen, Sexualverbrecher, 8–10. Cornu, Katamnese, 1.

740 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 94.

741 Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 300.

742 Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 301. Strasser. Charlot: Psychiatrie und Strafrecht. Zürich 1927. 125, 171. Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 1. Cornu, Katamnese, 1.

743 Forel, Sexuelle Ethik, 21.

ungeheure Verantwortung des Richters mittragen. Psychiatrie und Justiz seien „zwei ineinanderwirkende“ sich „ergänzende“ wissenschaftliche Disziplinen“. <sup>744</sup> Weiter behauptete die Psychiatrie, dass sie über die besseren und wirksameren Instrumente im Umgang mit den Sexualstraftätern verfüge. Noch in den 1980er Jahre kritisierte der Sexualwissenschaftler Edouard Schorsch die „Sinnlosigkeit von Haftstrafen gerade bei Sexualdelinquenten, deren innere Problematik sich während der Haft häufig eher verschärft als mildert, so dass der Rückfall vorprogrammiert ist“, was auch von juristischer Seite beklagt werde. <sup>745</sup> Auch Wulffen war 1910 überzeugt dass bei „willensgeschwächten“ Sexualverbrechern in der Einsamkeit der Zelle der Trieb durch die Phantasie noch mehr angeregt werde, und sie in die Freiheit entlassen wieder rückfällig würden. <sup>746</sup>

Der Sexualdelinquent: War er ein Verbrecher oder ein Kranker? War er zu bestrafen oder zu behandeln? Obwohl in den sich formierenden Sexualwissenschaften die Bandbreite möglicher Sexualhandlungen auch als ‚Variationen‘ des Geschlechtstriebes und Sexualdelikte oft als situativ oder durch die misslichen sozialen Umstände bedingt angenommen wurden, rückte in der Auseinandersetzung mit der Justiz die Sexualdelinquenz als ‚pathologisches Phänomen‘ in den Fokus. <sup>747</sup> Mit der Behauptung, dass Sexualdelikte ‚pathologisch‘ seien, konnte die Psychiatrie ihren Forderungen Nachdruck verleihen und ihren Anspruch legitimieren. Diese Sichtweise begründete auch die Kritik an der Justiz, der vorgeworfen wurde, die neuesten medizinischen Erkenntnisse nicht zur Kenntnis zu nehmen. So bestehe die ständige Gefahr „Urtheile und Strafen über solche zu verhängen, die wissenschaftlich für ihre Handlungen unzurechnungsfähig dastehen“. <sup>748</sup> Besonders heftig fiel die Kritik des Psychiaters und Psychoanalytikers Charlot Strasser in den 1920er Jahren aus, der diesen Bereich auch für freischaffende Psychiater zugänglich zu machen wünschte. Dem „juristischen Staatsbeamten“ warf er vor, einzig am Erhalt seiner Vormachtstellung interessiert zu sein. <sup>749</sup> Dazu komme, dass die Justiz ein von politischen Strömungen getriebener Spielball sei, der nur die Strafe um der Vergeltung und der Abschreckung willen kenne. Dabei sei offensichtlich, dass die Freiheitsstrafe nicht zum gewünschten Ziele führe. Im Gegenteil, sie sei die denkbar schlechteste Lehrmeisterin, um den Geschlechtstrieb beherrschen zu lernen. Vielmehr bilde die Gefängnisstrafe den Boden für neue Delikte,

---

<sup>744</sup> Strasser, Psychiatrie und Strafrecht, 63.

<sup>745</sup> Schorsch, Edouard et al: Perversion als Straftat. Dynamik und Psychotherapie. Berlin 1985. 1.

<sup>746</sup> Wulffen, Der Sexualverbrecher, 8.

<sup>747</sup> Mit kleinen Kindern würden insbesondere die mit der Aufsicht beauftragten Kindermädchen ‚Unzucht‘ in Form von ‚Spielereien‘ an den kindlichen Geschlechtsorganen betreiben. Bei älteren Kindern seien es oft Lehrer, die viel Zeit mit ihnen verbrächten, oder schon seit einer Weile abstinent lebende Vagabunden. Oder alte ‚Wüstlinge‘, die an verjüngende Effekte von jungen Mädchen glaubten. Bloch kommt auch auf die durch die misslichen sozialen Bedingungen bedingte Kinderprostitution zu sprechen. Bloch, Das Sexualleben, 655–662. Auch Wulffen, Der Sexualverbrecher, 408–409.

<sup>748</sup> Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 94.

<sup>749</sup> Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 2.

lautete einer der immer wieder hervorgebrachten Vorwürfe.<sup>750</sup> So geschehe es, dass ein Verbrecher, „der gemeingefährlicher als ein Mörder oder ein wildes Thier sei“ nur bestraft und wieder freigelassen werde.<sup>751</sup> Für die Zunahme der Rückfälligkeit machte die Psychiatrie denn auch das Strafsystem sowie den Juristen als ‚seelenloser‘ Beamter verantwortlich.

Ganz anders sah der Mediziner hingegen sich selbst und seine Möglichkeiten zur Intervention. Im Gegensatz zur Justiz handle er unabhängig, alleine nach objektiven Kriterien. Er sei der „wahre“ Hüter der gesellschaftlichen Ordnung. Für deren Schutz seien der „unabhängige therapeutische Wille“ und das „Gewissen“ des Arztes die bessere Gewähr als jedes noch so gute Gesetz.<sup>752</sup> Denn der Arzt wolle einzig als „Helfer“ und „Heiler“ dienen, wie es seiner Berufung entspreche.<sup>753</sup> Er könne dem Strafrecht die Mittel zur Verfügung stellen, die für die erfolgreiche Bekämpfung des Triebverbrechens geeignet seien. Die Sexualdelinquenten seien als Kranke einer „Heilbehandlung“ zuzuführen.<sup>754</sup> Dabei komme bei der schwierigen Behandlung der „sexuellen Persionen und Anomalien“ der Menschenkenntnis, dem Takt und dem feineren Verständnis des Arztes eine grössere Bedeutung zu als einer bestimmten ärztlichen Behandlungsmethode.<sup>755</sup> Der Sexualwissenschaftler Bloch war überzeugt, dass bereits die Möglichkeit, sich endlich einem Zuhörer und Ratgeber anvertrauen zu können, der objektiv, ruhig, verständnisvoll und durch seinen Beruf in alle Geheimnisse des menschlichen Seelen- und Trieblebens sowie dessen körperlichen Bedingungen eingeweiht war, positive Auswirkung hätte. Diese Tatsache gewähre den „Unglücklichen, vom Dämon eines unseligen Triebes Gepeinigten“ innigen Trost und heilsame Beruhigung.<sup>756</sup> Der Psychiater als wohlwollender Experte, die Beichte als ‚erlösendes‘ Moment, das Geständnis, das ‚befreit‘. Foucault hat das Geständnis denn auch als die Matrix bezeichnet, die die Produktion des wahren Diskurses über den Sex beherrscht. Anfänglich in die Praktiken der Busse eingebunden, hat sich durch verschiedene Transformationen die Psychiatrie als eine Geständnis-Wissenschaft formiert. Ihre Inhalte stützen sich auf die ihr gegenüber gemachten oder erzwungenen Geständnisse. Die Macht des Psychiaters stützt sich nicht alleine auf seine Funktion, es einzufordern: Er entschlüsselte und codifizierte das Gesagte und konstituierte dadurch Wahrheit.<sup>757</sup> Als wichtigste ärztliche Aufgabe hatte Strasser dann die erzieherische „Umbildung der

---

750 Mittermaier, Sexualdelikte, 708.

751 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 94.

752 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 3. Hüllstrung, Gesetzliche Bestimmungen, 11.

753 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 2.

754 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 64. Lüthy, Gerold: Die Bedeutung der Kastration im Strafrecht. Zürich 1937. 52. Loewenfeld, Über Schutzmassnahmen, 301.

755 Bloch, Das Sexualleben, 678.

756 Bloch, Das Sexualleben, 681.

757 Foucault, Der Wille zum Wissen, 78. Auf die Generierung von Wissen und ‚Wahrheit‘ komme ich im Kapitel 4 ‚Die Wahrheitsfindung‘ noch genauer zu sprechen.

Gesamtpersönlichkeit, des Gesamtcharakters“ beschrieben.<sup>758</sup> Die Strafe, als Busse für die Schuld, die mit ‚Korrektur‘ und ‚Verbesserung‘ des Delinquenten verknüpft war, beabsichtigte, ihn der bürgerlichen Ordnung angepasst als nützliches, ungefährliches Mitglied in die Gesellschaft zu reintegrieren. Die Psychiatrie versprach mit ihren Methoden einen ‚neuen‘ beziehungsweise einen ‚umgewandelten‘ Menschen zu schaffen.

Trotz der Forderung, jeden Sexualdelinquenten zwingend zu begutachten, blieb es weiterhin die Justiz, die bestimmte, bei welchen Delinquenten eine Begutachtung angeordnet wurde. Durch die Auseinandersetzungen anerkannten die juristischen Personen, dass Pathologien die Ursache von Delikten sein konnten und erwarben sich in Lernprozessen die entsprechenden Kompetenzen. Damit gelang es der Psychiatrie, ihren ‚Blick‘ im juristischen Bereich auszudehnen, indem die Rechtsexperten ihre Sichtweise zumindest teilweise übernahmen. In der Schweiz erhielt die psychiatrische Forderung einer zwingenden Begutachtung von Sexualdelinquenten 1945 durch ein Urteil des Bundesgerichts Unterstützung. Dieses hatte im Falle eines homosexuellen Delinquenten – Homosexualität qualifizierte als ‚sexuelle Perversion‘, nicht aber als Verbrechen<sup>759</sup> – dem Ermessensspielraum der Juristen in der Zuweisungspraxis Grenzen gesetzt. Es erklärte die Begutachtung bei „sexuellen Perversionen“ als zwingend. Strafhandlungen, die als Auswirkung von „Perversionen“ des Sexualtriebes begangen worden seien, sollten beim Richter oder Untersuchungsbeamten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Betroffenen wecken, hielt das Urteil fest. „Die hohe Zahl psychisch Abnormer unter den Notzüchtlern, Unzüchtlern, Exhibitionisten und Blutschändern und die Tatsache, dass die allermeisten Perversionen mit anderen psychischen Störungen (Schwachsinn, Psychopathie, Trunksucht) zusammenzutreffen pflegen, sind sicherlich Umstände, die normalerweise zu Zweifeln Anlass geben.“<sup>760</sup> Das Bundesgericht übernahm in seinem Urteil vollständig die Sichtweise der Psychiatrie.

Die Justiz ihrerseits kritisierte die durch die Psychiatrie ermöglichte Exkulpation und machte diese für die steigende Delinquenz und Rückfälligkeit verantwortlich. Denn mit einer Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsunfähig‘ oder ‚unzurechnungsfähig‘ müsse die Strafe suspendiert werden. Die Täter könnten ihrer Strafe nicht zugeführt werden und würden dann bald wieder rückfällig. Mit der Einführung von Massnahmen in das Strafrecht sowie der

---

758 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 4.

759 In Basel war Homosexualität unter Erwachsenen als Straftat bereits 1919 mit der Revision des Strafrechts nicht mehr kriminalisiert. Rüegg, Walter: Homosexualität mit besonderer Berücksichtigung des neuen schweizerischen Strafgesetzbuches von 1937. Zürich 1994. 70. Und mit der Einführung des schweizerischen Strafrechts von 1942 wurde Homosexualität schweizweit entkriminalisiert. Wobei das Schutzalter für homosexuelle Handlungen bis zur Volljährigkeit dauerte. Härdy, Handkommentar, 111–112.

760 Zbinden, Karl: Die Bedeutung des psychiatrischen Gutachtens im Strafprozess. Separatdruck aus dem 89. Jahresbericht des Hilfsvereins für Gemütskranke des Kantons Luzern. 1962. 7–8.

juristischen Anerkennung der ‚verminderten Zurechnungsfähigkeit‘ verlor dieser Vorwurf jedoch an Bedeutung. Jetzt konnten die als ‚unzurechnungsfähig‘ oder ‚vermindert unzurechnungsfähig‘ beurteilten Sexualdelinquenten verschiedenen Massnahmen unterworfen werden, die zudem zeitlich unbegrenzt waren. Sie wurden nicht mehr ‚exkulpiert‘. Das Massnahmerecht wurde jedoch von einem Teil der Juristen als grundsätzlich problematisch erachtet.

Trotz der psychiatrischen Bemühungen und trotz des Bundesgerichtsurteils von 1945 kam es nie zu einer systematischen Begutachtung aller Sexualdelinquenten. Und trotz der andauernden Dispute und gegenseitigen Kritiken funktionierte die sich ergänzende Kooperation von Justiz und Psychiatrie recht gut, wie ich auch noch anhand der Praxis von Basel zeigen werde.<sup>761</sup> Denn beide Disziplinen verfolgten die gleichen Ziele: Die ‚Verbesserung‘ ‚asozialer‘ Menschen, die sich mit ihrem Verhalten gegen die Gemeinschaft gestellt hatten sowie den Schutz der Gesellschaft. Der Schutz der Gesellschaft legitimierte denn auch die Eingriffe und die Beschneidung der Individualrechte. In einem Lern- und Aushandlungsprozess wurde der Sexualverbrecher als Person mit einer ‚kranken Persönlichkeit‘ hervorgebracht. Insbesondere der rückfällige Sexualverbrecher konnte aus Sicht der Juristen und Psychiater nicht ‚normal‘ sein, selbst wenn er, abgesehen von seinen Delikten, keine ‚Auffälligkeiten‘ zeigte.<sup>762</sup> Die sozialen Dimensionen von Sexualdelinquenz, wie sie seitens der Sexualwissenschaften Anfang des 20. Jahrhunderts noch thematisiert worden waren, verschwanden mit der Pathologisierung der Sexualdelikte. Mit der Anordnung eines Gutachtens wurde der Angeklagte zuerst zum Exploranden, dessen Charakter, Neigungen, Vorlieben und sexuelle Gewohnheiten herauszufinden waren. Anerkannte der Richter die psychiatrisch diagnostizierte ‚Pathologie‘ und ‚verminderte Zurechnungsfähigkeit‘ des Angeklagten, war dieser nicht zu bestrafen, sondern zu behandeln: Er konnte als Patient einer Massnahme zugeführt werden. Nicht mehr eine zeitlich begrenzte, sich auf das Delikt beziehende Strafe, sondern eine zeitlich unbegrenzte Therapie kam zum Zuge. Da sie juristisch nicht als Strafe qualifizierte und damit nicht Teil des von der Justiz unabhängigen Strafvollzuges war, konnte sie von der Psychiatrie, die sie bereits vorgeschlagen hatte, durchgeführt werden. Sie bestimmte auch, wann die Massnahme als erfolgreich beendet werden konnte. Strafen konnten durch Massnahmen wie eine Therapie, eine Schutzaufsicht oder – bei Sexualinquenten – eine Kastration ersetzt werden.<sup>763</sup>

---

761 Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 161.

762 Foucault, Die Macht der Psychiatrie, 360.

763 Mittermaier, Sexualdelikte, 708.



## Die medizinische Legitimation der kriminalpräventiven Kastration

Die Diskussion um die Kastration als mögliche Massnahme im Umgang mit Sexualdelinquenz wurde seit der Jahrhundertwende ausschliesslich im inneren Expertenkreis geführt. Öffentliche Aufmerksamkeit wurde vermieden, da man befürchtete, der Eingriff könne dann gänzlich verunmöglicht werden.<sup>764</sup> Denn die Widerstände gegen die Kastration seien gross: Sie könnte als „Rückfall in die Barbarei“ angesehen werden.<sup>765</sup> Ihre Befürworter wurden nicht müde zu betonen, dass der Verzicht auf Folter und Körperstrafe ein eminent wichtiger kultureller Fortschritt sei. Und dass sie sich bewusst seien, dass die Kastration eine „einschneidende“ Massnahme sei, gar einer „Verstümmelung“ gleichkomme und die Persönlichkeitsrechte tangiere. Der forensische Psychiater Benno Slotopolsky-Dukor (1897 – 1980), der sich später nur noch Dukor nannte, meinte sogar, der Kastration komme „unter den verschiedenen Formen sexualärztlicher Therapien“ die Rolle zu, die die Todesstrafe in der Justiz spiele.<sup>766</sup> Für Charlot Strasser, einen Kritiker der kriminalpräventiven Kastration, war sie ein „unverantwortlich schwerer, ‚rassenzüchtlerischer‘ Eingriff am Menschen“.<sup>767</sup> Durfte der Staat mit einem solch einschneidenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte seiner Bürger eingreifen? Wurde damit nicht die verfassungsrechtlich garantierte körperliche Integrität verletzt? Oder sind Kritiken an der kriminalpräventiven Kastration wie „Körperstrafe“, „Nazitherapie“ oder „Mittelalterzustände“ lediglich „unreflektierte emotionale Äusserungen“, wie der Psychiater Aschwanden noch 1990 meinte?<sup>768</sup> Handelte es sich bei der kriminalpräventiven Kastration einzig um eine Therapie wie andere auch? Und wenn ja, was war ihr Ziel und wie wirkte sie?

Generell richtet sich in der Medizin das Erkenntnisinteresse auf die Therapie und die Heilung. Das Erkenntnisziel ist die Beherrschung von ‚Krankheitszuständen‘.<sup>769</sup> Da Krankheitskonzeptionen in einem engen, reflexiven Verhältnis mit ihren Anwendungen, den Therapien, stehen, ist das handlungsleitende Wissen einem hohen Erfolgsdruck ausgesetzt.<sup>770</sup> Individuelle Abweichungen und Unvorhergesehenes können Besonderheiten hervorbringen, die dann zu bearbeiten sind und die sich wiederum auf das handlungsleitende Wissen auswirken.<sup>771</sup> Um die kriminalpräventive Kastration als Therapie zu legitimieren, mussten die in Frage stehenden Handlungen als ‚Krankheit‘ gelten und der Eingriff einen Heilwert aufweisen. Welche Wirkung die Entfernung gesunder Testikel hatte, war jedoch

---

<sup>764</sup> Forel, Sexuelle Frage, 381.

<sup>765</sup> Thürlimann, Rochus: Über die Indikation und den therapeutischen Erfolg der Kastration bei sexuell Perversen. Zürich 1945. 3–5. Loewenfeld, Über Schutzmassnahmen, 303.

<sup>766</sup> Slotopolsky, Sexualchirurgie, 107.

<sup>767</sup> Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 18.

<sup>768</sup> Aschwanden, Kastration, 22.

<sup>769</sup> Fleck, Entstehung und Entwicklung, XIX.

<sup>770</sup> Borck, „Anatomien medizinischer Erkenntnis“, 32.

<sup>771</sup> Hirschauer, Die Fabrikation des Körpers in der Chirurgie, 86.

umstritten. Wissenschaftlich erhobenes Wissen, wie die Kastration wirkte, fehlte um die Jahrhundertwende. Problematisch waren die kaum vorhandenen beziehungsweise die kleine Anzahl Fälle. Als Oberholzer 1912 eine Studie verfasste, um die Wirkung zu untersuchen, standen ihm lediglich drei Fälle zur Verfügung: Der Fall von Forel von 1892 und die beiden Fälle von Wil. Er kam zum Schluss, dass sich daraus keine „verallgemeinernden Folgerungen“ ziehen liessen. Doch scheine die Annahme berechtigt, dass der Verlust der Keimdrüse die Einbusse der „Geschlechtlichkeit“ zur Folge habe.<sup>772</sup> Das, was mit der Kastration zu erreichen erhofft wurde, schien einzutreten. Sie zeige aber weder bei den „abnormen geschlechtlichen Gefühlsweisen“ noch den „ethischen Defekten“ einen Einfluss, stellte Loewenfeld fest. Er hielt es aber für „sehr wahrscheinlich, dass durch die Entfernung der Hoden die Intensität dieses Triebs bei denselben entschieden herabgesetzt wird, wodurch ihre Gefährlichkeit für die Gesellschaft sich verringern oder verlieren würde“.<sup>773</sup> Die ‚Restpotenz‘ schrieb er den ‚libidogenen‘, im Blut kreisenden Stoffen zu.<sup>774</sup> Als Beleg und Beweis der Wirksamkeit der Kastration führte er die durch Näcke bekanntgemachten männlichen Fälle aus dem Asyl Wil an.<sup>775</sup> Es war vor allem der „Glauben an die Richtigkeit des Weges“, der die Psychiater an der Kastration als Therapie festhalten liess.<sup>776</sup>

Trotz vielfältiger Bedenken und Unklarheiten waren Psychiater wie Oberholzer oder Loewenstein davon überzeugt, dass die Kastration nicht nur zulässig, sondern notwendig sei. Ihren legitimatorischen Topos bildete der ‚unkontrollierbare‘ Geschlechtstrieb und die vor diesem zu schützende Gesellschaft. Mit den Forderungen nach der Zuständigkeit für die Sexualdelinquenten, sowie den wissenschaftlichen Entwicklungen und den gemachten Erfahrungen kam es bis in die 1930er Jahre zu diskursiven Verschiebungen. Nicht mehr der Schutz der Gesellschaft und die ‚Eliminierung‘ eines ‚unbändigen Geschlechtstriebs‘ standen im Vordergrund der psychiatrischen Begründung. In den 1930er Jahren erhielt, durch die Legiferierung in verschiedenen Ländern angetrieben, der Kastrationsdiskurs einen Intensivierungsschub. Die Kastration wurde als ‚Therapie‘ bezeichnet, die von den Betroffenen als ‚Erlösung‘ von einem Leiden selbst gewünscht werde. Als „Leidende“ erhofften sich diese durch den Eingriff endlich die ersehnte „Ruhe und Heilung“, war Wolf überzeugt.<sup>777</sup> Was für „normale Männer“ ein „endgültiges Unglück“ bedeute, entpuppte sich bei Sexualstraftätern als „Segen“ meinte auch der in der Schweiz tätige Psychiater Stavros

---

<sup>772</sup> Oberholzer, Über die Wirkung der Kastration, 843.

<sup>773</sup> Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 305, 307.

<sup>774</sup> Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 304–305.

<sup>775</sup> Loewenfeld, Über medizinische Schutzmassnahmen, 306.

<sup>776</sup> Böhme, Psychotherapie und Kastration, Vorwort.

<sup>777</sup> Wolf, Christian: Die Kastration des Mannes aus psychiatrischer Indikation. 237–261. In: Stavros Zurukzoglul: Verhütung erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 247. Mallow, Beitrag zur Kastration, 504.

Zurukzoglu (1896–1966).<sup>778</sup> Es sei gelungen, eine „Anzahl Menschen von einem Fluche zu befreien, der auf ihnen lastete und ihnen eine neue Möglichkeit für ein geordnetes Leben“ schenke. Wenn durch Kastration ein „gemeingefährlicher“ Sexualdelinquent zu einem „brauchbaren“ Glied der Gesellschaft gemacht werden könne, dann sei der Eingriff legitim, zeigten sich die Befürworter überzeugt.<sup>779</sup> Eine Ablehnung verstosse gegen die Berufspflicht des Arztes, Krankheiten zu heilen. Der Verzicht auf die Kastration sei eine „Grausamkeit“ gegen Straftäter, eine „Versündigung“ am Volke und „Verrat“ an der Frauen- und Kinderwelt. Auch die Aufhebung der Freiheitsstrafe oder der Internierung wurde von den Psychiatern als zum „Wohl des Patienten“ erklärt, wenn die aus der „kranken“ Lebensführung erwachsenden schweren Nachteile mit einer Kastration sistiert werden konnten.<sup>780</sup> Einige waren sich die Psychiater, dass die Kastration als Strafe abzulehnen sei. Sie sei nur sie zulässig, um „einen Kranken sozial fähig zu machen“, und auch erst, wenn alle anderen Mittel versagt hätten.<sup>781</sup> Den vereinzelt aufkommenden Wunsch nach einer rechtlichen Regelung zum Schutz des Arztes vor eventuellen Anklagen, damit das „menschliche Bedürfnis des Helfens“ nicht in Konflikt mit der rechtlichen Situation geraten könne, lehnte die Mehrheit der Ärzte jedoch ab.<sup>782</sup> Es wurde befürchtet, dass damit die medizinische Handlungsfreiheit beschränkt werde.<sup>783</sup> Sie sei in erster Linie ein therapeutischer Eingriff, und solange die Harmlosigkeit und Wirksamkeit der Zwangs-Kastration nicht erwiesen sei, eigne sie sich nicht als Massnahme in der Hand des Richters. Sie sei dem Arzte vorzubehalten.<sup>784</sup> Befürchtet wurde zudem, dass die Kastration im Rahmen eines Gesetzgebungsprozesses insbesondere seitens der katholischen Kantone auf Widerstand stossen und dann explizit verboten werden könnte.<sup>785</sup> Die Mediziner waren sich auch bewusst, dass nicht jeder ‚Sittlichkeitsdelinquent‘ an seinem ‚abnormen‘ Geschlechtstrieb litt. Einige verlangten die Kastration einzig in der Erwartung, „dass er vor Gericht eine mildere Beurteilung finden wird“.<sup>786</sup>

Trotz der Bemühungen, sie als individuelle medizinische Therapie darzustellen, die einzig der ‚Heilung‘ und damit dem Individuum diene, bezog sich die Behauptung ihrer Effektivität auf die Gesellschaft. Denn die Wirkung des Eingriffes, seine Effektivität und damit auch seine Legitimation bemass sich an der Rückfallquote. Das heisst, für die Bemessung der

---

778 Zurukzoglu, Stavros: Das Problem der Kastration. 233–236. In: Stavros Zurukzoglu: Verhütung erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 236. Wolf, Die Kastration des Mannes, 247.

779 Quervain, F. de: Resultate der Kastration bei Sexualabnormitäten. 252–253. In: Verein Schweizerischer Irrenärzte (Hg.): Zur 37. Jahresversammlung. Genf 1906. 253. Wolf, Die Frage der Kastration, 254.

780 Slotopolsky, Sexualchirurgie, 107.

781 Hackfield, A. W.: Über die Kastration bei vierzig sexuell Abnormern. 1–32. In: Monatsschrift für Neurologie und Psychiatrie. Bd. 87. Berlin 1933/1934. 1.

782 Zurukzoglu, Das Problem der Kastration, 235.

783 Hüllstrung, Über gesetzliche Bestimmungen, 11.

784 Wolf, Die Kastration des Mannes, 259.

785 Wolf, Die Kastration des Mannes, 261.

786 Slotopolsky, Sexualchirurgie, 107, 114. Loewenfeld, Über Schutzmassnahmen, 303. Lüthy, Die Bedeutung der Kastration, 47.

Effektivität war nicht das Individuum, sondern die Gesellschaft relevant. War die Gesellschaft mit der Kastration vor weiteren ‚Angriffen‘ geschützt? War sie nun sicherer? Das Studium ihrer Effektivität erwies sich jedoch als schwierig. Es gab nur wenige Fälle und oft waren die Betroffenen nach der Entlassung aus dem juristisch-psychiatrischen Setting nicht mehr auffindbar. Es war erst die breit angelegte Langzeitstudie von Albrecht Langelüddecke (1889–1979) von 1963, die eine fundierte wissenschaftliche Basis bot. Langelüddecke konnte dabei auf die unter dem Nationalsozialismus kastrierten Delinquenten zurückgreifen. Dabei kam er auf eine Rückfallquote von zwei bis drei Prozent, das heisst Rückfälle waren praktisch ausgeschlossen.<sup>787</sup> Mit dieser niedrigen Rückfallquote war die gesellschaftliche Nützlichkeit erwiesen und die Kastration konnte zumindest in dieser Hinsicht als ‚Erfolg‘ bezeichnet werden.

Ein Gegner der kriminalpräventiven Kastration war der Psychiater Strasser. Er verurteilte und lehnte sie als „barbarischen“ und „verstümmelnden“ Eingriff ab und stellte sich damit auch gegen viele seiner Berufskollegen.<sup>788</sup> Er kritisierte, dass eine „derartige ins körperliche und psychische Leben tief eingreifende Operation“ mit umstrittenem Nutzen und unsicherer wissenschaftlicher Grundlage bei teilweise geringfügigen Vergehen angewandt werde.<sup>789</sup> Dies betrachtete er als ein Problem der Anstaltspsychiatrie, die er im Umgang mit „Sexualabnormen“ generell für wenig geeignet hielt. Mit einer Statistik aus seiner Privatpraxis belegte er die Effizienz der freischaffenden Psychiater und seiner eigenen Methode.<sup>790</sup> Die Kritik Strassers an seinen Berufskollegen verwies auf den in der Psychiatrie herrschenden Gegensatz zwischen ‚harten‘ Techniken wie der Kastration, Insulinschocktherapie, Elektroschocktherapie oder Gehirnoperationen, und den ‚weichen‘ Techniken wie der Psycho- und Gesprächstherapie sowie der Suggestion.<sup>791</sup> Beide bezweckten das Gleiche: Die ‚Unschändlich-‘ und die ‚Nützlichmachung‘ durch ‚Befreiung‘ und ‚Selbstermächtigung‘ zu einer ‚normalen‘ Lebensführung.<sup>792</sup> In der Praxis der Kastration von Sexualdelinquenten gingen diese beiden Ansätze ineinander über. Die ‚harte‘ Technik der Kastration kam zum Einsatz, wenn die ‚weiche‘ Techniken nicht zum Erfolg geführt hatten. Gefordert wurde auch, spezifische Anstalten mit entsprechenden therapeutischen Angeboten für

---

<sup>787</sup> Langelüddecke, Die Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern, 15.

<sup>788</sup> Marcuse, Max: Kastration als Therapie sexueller Perversionen und Neurosen. 1739–1745. In: Medizinische Klinik. Wochenschrift für Klinik und Praxis. 1. Jg., Nr. 47. Berlin 1904. 1744. Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 16–17. Boeters, Kastration von Sexualverbrechern, 370.

<sup>789</sup> Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 17.

<sup>790</sup> Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 15.

<sup>791</sup> Zu den ‚heroischen Therapien‘ vgl. Schmuhl, Hans-Walter / Roelcke, Volker: „Heroische Therapien“. Die deutsche Psychiatrie im internationalen Vergleich. Göttingen 2013. Wobei bei Sexualdelinquenten vor allem Kastration und später Hirnoperationen als ‚heroische Therapien‘ angewandt wurden.

<sup>792</sup> Castel / Castel / Lovell, Psychiatrisierung des Alltags, 65.

Sexualdelinquenten zu schaffen.<sup>793</sup> Den Bedarf an solchen Anstalten lehnten Befürworter der Kastration wie Boeters allerdings aus finanziellen Gründen ab. Warum kostspielige, lang andauernde Psychotherapien durchführen und Extrakliniken für Sexualstraftäter einrichten, wenn mit einer Kastration für rund 60 Reichsmark das Gewünschte in kürzester Zeit zu erreichen war?<sup>794</sup>

Ob als individuelles Leiden oder als gesellschaftliche Bedrohung, die Kastration konnte an den jeweiligen Kontext angepasst sowohl als Dienst an der Gesellschaft wie auch als Dienst am Individuum legitimiert werden.<sup>795</sup> Die sich widersprechenden Positionen des Gesellschaftsschutzes und der Individualrechte brachte die Psychiatrie mit der Vorstellung eines in seinem Willen freien Bürgers in Übereinstimmung. Denn Freiheit (nicht nur) im psychiatrischen Sinne bezog sich nicht alleine auf die dem Subjekt durch das Gesetz zugestandenen Freiheiten. ‚Frei zu sein‘ bedeutete auch, sich an den bürgerlichen Normen auszurichten und entsprechend zu handeln. Ausserdem bedeutete ‚frei zu sein‘ auch die souveräne Kontrolle des eigenen ‚Geschlechtstriebes‘. Die Unfähigkeit der sexuellen Selbstkontrolle bildete in diesem Sinne nicht nur eine Gefahr für die Gesellschaft, das Individuum selbst war in seiner eigenen ‚Freiheit‘ gefährdet beziehungsweise beschränkt. Mit diesem sich an einer bürgerlichen Lebensführung orientierenden ‚Freiheitsverständnis‘ gelang es der Psychiatrie, sowohl den Schutz des Individuums als auch den Schutz der Gesellschaft mit ihrem professionellen Selbstverständnis in Übereinstimmung bringen.<sup>796</sup> Dabei beschworen die Ärzte immer wieder ihre ‚humanistische‘ Grundhaltung, mit der sie sowohl dem Wohle des Einzelnen als auch dem Wohle der Gesellschaft dienten. In Bezug auf die kriminalpräventive Kastration waren sich die Psychiater einig, dass sie wegen ihrer tiefgreifenden Veränderungen, wenn überhaupt, nur als ‚äusserstes Mittel‘ zulässig sei. „Der Staat darf nicht um einen Verbrecher zu bessern, wo es sich überhaupt nicht oder doch erst in zweiter Linie um einen notwendigen Schutz der Gesellschaft handelt, eine Operation vornehmen lassen, die dessen innerstes Wesen ergreift und in ihren Folgen auch heute noch unübersehbar ist.“<sup>797</sup>

## **Rechtliche Legitimation und rechtliche Regelungen in Europa um 1930**

Trotz der weiterhin bestehenden medizinisch-ethischen Bedenken wie auch der unsicheren wissenschaftlichen Grundlage wurde um 1930 in einer Reihe europäischer Länder die

---

793 Sowohl das Gefängnis wie auch die ‚Irrenanstalt‘ wurde als inadäquat für diese spezifische Delinquentengruppe bezeichnet. Marcuse, Kastration als Therapie, 1744. Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 16, 17. Boeters, Lösung eines schwierigen Sexualproblems, 370.

794 Boeters, Kastration von Sexualverbrechern, 370.

795 Auf diese plastische und flexible Anwendung werde ich bei der Praxis in Basel noch näher eingehen.

796 Castel / Castel / Lovell, Psychiatrisierung des Alltags, 196. Mallow, Beitrag zur Kastration, 501.

797 Gerngross, Kastration und Sterilisation, 15.

kriminalpräventive Kastration gesetzlich geregelt. Im Fokus der Regelung stand die eugenische Sterilisation, in ihrem ‚Fahrwasser‘ wurde aber auch die Kastration explizit oder implizit mitgeregelt. Den Auftakt zur Gesetzgebung in Europa machte, wie bereits erwähnt, der Kanton Waadt 1929 mit dem Gesetz zur ‚Unfruchtbarmachung geistig Minderwertiger‘. Obwohl die Mehrheit der Schweizer Psychiater zu diesem Zeitpunkt eine gesetzliche Regelung sowohl der eugenischen Sterilisation als auch der kriminalpräventiven Kastration explizit ablehnten, war es auf Bestrebungen von Psychiatern in Lausanne in die ‚Irrengesetzgebung‘ der Waadt in Artikel 28 aufgenommen worden.<sup>798</sup> Die Gesetzgebung beinhaltete anfänglich nur die Regelung der Sterilisation. Wenig später war auch „die Kastration in die Gesetzes-Auslegung des Artikel 28bis hineinbezogen worden“. Die „interpretatorische“ Ausweitung des Sterilisationsgesetzes auf die kriminalpräventive Kastration sei jedoch „etwas anfechtbar“ glaubte der Psychiater Hans Steck (1891–1980).<sup>799</sup> Doch war sie, mit der Bewilligung des Sanitätsrates, schon vor 1929 bei ‚kriminellen Schwachsinnigen‘ ausgeführt worden. Sie war unter den ‚Schirm‘ der gesetzlichen Sterilisations-Regelung gebracht.<sup>800</sup>

Nur ein paar Monate später führte Dänemark ein entsprechendes Gesetz ein. Kastriert werden konnten „Personen, deren abnorme Stärke oder Richtung des Geschlechtstriebes sie dazu treibt, Verbrechen zu begehen und die dadurch Gefahr für sich selbst und die Allgemeinheit hervorrufen.“ Der Gesetzesartikel beruhte zunächst auf Freiwilligkeit: Der Betroffene hatte einen Antrag zu stellen, der nach einer „ärztlichen Belehrung über die Folgen des Eingriffs“ ausgeführt werden konnte.<sup>801</sup> Das Gesetz diente dazu, Erfahrungen zu sammeln und sollte später angepasst werden. 1935 wurde es revidiert mit dem Ziel, die ‚Wirkungskraft‘ auszuweiten. Die bisher nur bei ‚psychisch anormalen‘ Personen erlaubten Sexualeingriffe wurde nun auch bei ‚normalen‘ Personen zugelassen. Eingeführt wurde die Zwangskastration, die das Gericht bei Notzucht, (Schändung, Unzucht mit Schwachsinnigen), Unzucht mit Kindern und besonders bei Homosexualität anordnen konnte.<sup>802</sup> In Schweden wurde 1934 die eugenische Sterilisation, nicht jedoch die kriminalpräventive Kastration, und in Norwegen sowohl die Sterilisation als auch die Kastration rechtlich geregelt. Das Gesetz erlaubte, den Geschlechtstrieb einer ‚geisteskranken‘ oder ‚geistesschwachen‘ Person zu beseitigen, wenn sie auf Grund eines

---

798 Hans Steck führte den Wunsch, der französisch sprechenden Psychiater die eugenische Sterilisation zu regeln auf den ‚romanischen Geist‘ zurück, der eine klare juristische Lösung ‚unbestimmten Toleranzen‘ vorzog. Steck, Hans: Das waadtländische Sterilisationsgesetz. 227–232. In: Stavros Zurukzoglu: Verhütung erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 228.

799 Steck, Das waadtländische Sterilisationsgesetz, 230.

800 Die Gesetzestexte finden sich in Zurukzoglu, Stavros: Dokumente über Eugenik. 264–327. In: Stavros, Zurukzoglu: Verhütung erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 264–315. Steck, Das waadtländische Sterilisationsgesetz, 227–232. Oder Lüthy, Die Bedeutung der Kastration, 70.

801 Zurukzoglu, Dokumente über Eugenik, 328.

802 Lüthy, Die Bedeutung der Kastration, 81.

„abnormen“ Geschlechtstriebes Sittlichkeitsverbrechen begehen könnte.<sup>803</sup> Norwegen legte den Fokus auf die „Geisteskranken“ und „Geistesschwachen“, bei denen bereits die Möglichkeit eines Sexualdelikts den Eingriff präventiv legitimierte. Das finnische Gesetz von 1935 erlaubte sowohl die auf Freiwilligkeit beruhende eugenische Sterilisation als auch die kriminalpräventive Kastration. Entsprechend der dänischen Regelung konnte die betroffene Person einen Antrag stellen, der dann von einem Medizinalrat zu beurteilen war. In Estland trat 1936 ein Gesetz in Kraft, dass die eugenische Sterilisation und Abtreibung regelte ohne die kriminalpräventive Kastration zu erwähnen. England verfügte über entsprechende Richtlinien und in Holland wurde noch abgewartet. Die Zeit sei noch nicht reif für „ein massenhaftes Experiment“ waren die Befürworter überzeugt. Gegen eine Gesetzgebung sprachen die unsichere wissenschaftliche Grundlage und das durch Naturrecht, Religion und Moral gegebene Verbot, die Fortpflanzungsfähigkeit aufzuheben, sowie mögliche Unruhen bei einer sich ausweitenden Praxis.<sup>804</sup> Explizit verboten war die kriminalpräventive Kastration in Frankreich und Italien. Eine gewichtige, einflussreiche Stimme bildete dabei die katholische Kirche, die die Unfruchtbarmachung grundsätzlich ablehnte, auch wenn vereinzelt Vertreter der katholischen Kirche versuchten, die Sterilisation auch aus katholischer Sicht zu legitimieren.<sup>805</sup>

In Deutschland war es bereits in den 1920er Jahren zu ersten Forderungen gekommen, die Sterilisation gesetzlich zu regeln, um die rechtlichen Unsicherheiten zu beseitigen. Hier wurden Sterilisation und Kastration bis dahin auch mit Einwilligung der Betroffenen als strafbare Körperverletzung interpretiert. Trotz der rechtlichen Unsicherheiten hatte der Psychiater Boeters schon in den 1920er Jahren eugenische Sterilisationen und kriminalpräventive Kastrationen ausgeführt und entsprechende Gesetzesvorlagen eingereicht.<sup>806</sup> Die Kastration sollte, wie Mallow forderte, als sichernde Massnahme bei

---

803 Zurukzoglu, Dokumente über Eugenik, 300.

804 Zurukzoglu, Dokumente über Eugenik, 310. Dass das protestantische Holland davon absah, ist insofern bemerkenswert, als ansonsten die Ablehnung vor allem mit der katholischen Kirche in Zusammenhang gebracht wird.

805 In katholischen Ländern wie Spanien, Portugal, Frankreich oder Italien wurde davon abgesehen. Aschwanden, Kastration, 22. Im nationalsozialistischen Deutschland befürwortete der Jesuit und Biologie Hermann Muckermann (1877–1962) die eugenische Sterilisation und kriminalpräventive Kastration. Vgl. Muckermann, Hermann: Eugenik und Katholizismus. Berlin/Bonn 1934. Muckermann, Hermann: Attitude of Catholics towards Darwinism and Evolution. St.Louis/Freiburg i/Br. 1906. Zu Muckermann siehe auch Schmuhl, Walter: Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945. Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus Band 9. Göttingen 2005. Zu Eugenik und Katholizismus siehe die Beiträge „Netzwerke – Katholizismus“. In: Regina Wecker et al (Hg.): Wie nationalsozialistisch ist die Eugenik? Internationale Debatten zur Geschichte der Eugenik im 20. Jahrhundert. Wien 2005. 205–245.

806 Vgl. Boeters, Gustav: Die Lösung eines schwierigen Sexualproblems. 1683–1686. In: Münchener Medizinische Wochenschrift. Bd. 76. München 1929. Boeters, Gustav: Lex Zwickau. Entwurf zu einem Gesetz für den Deutschen Reichstag über "Die Verhütung unwerten Lebens durch operative Maßnahmen" in der Fassung vom 18. Oktober 1925. 139–149. In: Zeitschrift für Sexualwissenschaft. 13, Nr. 4. München 1926/1927. Boeters, Die Kastration von Sexualverbrechern, 360–370.

„schwerer endogener“ Kriminalität, genauer bei „schwachsinnigen Kindsmörderinnen, rückfälligen Kinderschändern, aktiven Päderasten an schutzbedürftigen Knaben“ dienen.<sup>807</sup> 1933 wurde unter den Nationalsozialisten dann das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ verabschiedet, das 1934 in Kraft trat. Es sah die Einrichtung von Erbgesundheitsgerichten vor, die bei ‚Erbkranken‘ die Sterilisation anordnen konnten. Gleichzeitig sollte mit einer doppelten Zielsetzung, rassenpolitisch und kriminalpolitisch härter gegen Kriminelle, die als ‚erblich belastet‘ galten, vorgegangen werden. Gegen die in einem Gesetz zu vereinende Regelung der eugenischen Sterilisation und der kriminalpräventiven Kastration regte sich jedoch Widerstand. Rassenpolitische und kriminalpolitische Ziele sollten nicht vermischt werden, die eugenische Sterilisation sei keine Sicherungsmassnahme und sollte von solchen deutlich abgegrenzt sein. Diese Sichtweise setzte sich durch. Die Novelle zur Sterilisation von ‚Verbrechern‘, mit der das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ ergänzt werden sollte, wurde nicht eingesetzt. Die Zwangskastration hingegen wurde im „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ geregelt, das 1934 in Kraft trat. Anzuwenden war die Zwangskastration bei Notzucht, Nötigung, Unzucht mit Kindern, Erregung öffentlichen Ärgernisses oder bei öffentlicher Befriedigung des Geschlechtstriebes, bei sexuell motivierten Gewaltdelikten nach zwei Verurteilungen zu mindestens einem Jahr Strafe, und wenn der Delinquent als ‚gefährlich‘ galt. Ausgenommen blieben anfänglich explizit Homosexuelle, die auf Grund des § 175, der sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte, Verurteilten, da die bei ihnen gemachten Erfahrungen ‚ungünstig‘ und die Bedenken gross waren.<sup>808</sup> Waren die Homosexuellen anfänglich von der Kastration ausgeschlossen geblieben, wurde unter den Nationalsozialisten, insbesondere der Gestapo, die Bekämpfung von Homosexualität als wichtiges Ziel erklärt. So kam es 1935 zur Ausweitung der Zwangskastration auch auf Homosexuelle.<sup>809</sup>

In der Schweiz hatte sich mit den ersten ‚socialen‘ Kastrationen von Wil im Kontext der Eugenik bis in die 1930er Jahre die kriminalpräventive Kastration als eigenständige Praxis etabliert, die auch ohne spezifische Rechtsgrundlage auskam. Dem ‚Topos‘ eines ‚unkontrollierbaren Geschlechtstriebes‘ und die Darstellung der zu Kastrierenden als ‚sexuelle Monster‘ und gesellschaftliche ‚Gefahr‘ dienten der Legitimation und der Herstellung von Akzeptanz. Dabei wurde die Kastration anfänglich oft als disziplinierendes und reproduktionsverhinderndes Instrument bei ‚ledigen‘, meist als ‚schwachsinnig‘

---

807 Mallow, Beitrag zur Kastration, 505.

808 Nieden, Susanne zur: Entmannung. Zum juristisch-medizinischen Umgang mit abweichendem Sexualverhalten im Nationalsozialismus. 791–808. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 53. Jg., Heft 9. Berlin 2005. 795.

809 Lüthy, Die Bedeutung der Kastration, 95–112. Homosexuelle wurden wenig später von den Nationalsozialisten zu ‚Staatsfeinden‘ erklärt. Nieden, Entmannung, 797.



bezeichneten Frauen angewandt. Die Medizin der Perversionen und das Programm der Eugenik, die in der ‚socialen‘ Kastration noch ihre Verbindung zeigten, differenzierten sich allmählich in die geschlechtsspezifischen Praktiken der eugenischen Sterilisation und der kriminalpräventiven Kastration aus. Mit dem Aufbau der ambulanten psychiatrischen Praktiken verlagerten sich beide Praktiken aus unterschiedlichen Gründen weg von der geschlossenen Anstalt und erweiterten sich in die Gesellschaft hinaus. Die eugenische Sterilisation strukturierte dabei das Feld der Reproduktion mit und wurde hauptsächlich bei Frauen ausgeführt. Die kriminalpräventive Kastration verlagerte sich in den Bereich der Verbrechensbekämpfung. In harten Auseinandersetzungen kämpfte die Psychiatrie um die Dominanz im Umgang mit Sexualdelinquenten, bis sich schliesslich eine Kooperation von Justiz und Psychiatrie formierte, die nicht durch Konkurrenz, sondern durch gegenseitige Ergänzung funktionierte. Erst in dieser Kooperation konnte die Kastration bei Sexualdelinquenten als ‚Therapie‘ und Massnahme Anwendung finden. Dabei wandelten sich die die Gesellschaft bedrohenden ‚Monster‘ und ‚gemeingefährlichen Asozialen‘, die mit einer Kastration ‚unschädlich‘ zu machen waren, bis in die 1930er Jahre zu an ihrem ‚Trieb‘ leidenden Opfern, die mit einer Kastration zu ‚erlösen‘ waren. Diese Transformation war sowohl durch den wissenschaftlich ausgelösten Bedeutungswandel der Kastration als auch durch die weiterhin rechtlich heikle Lage sowie die ‚janusköpfige‘ Position der Psychiatrie in der Justiz gegeben. In dieser wurde der Eingriff generell als Wunsch der Betroffenen und als ‚freiwillig‘ dargestellt und war in diesem Sinne mit dem Berufsrecht, das medizinische Eingriffe regelte, kompatibel. Jedoch erfolgte sie generell im Kontext eines Strafrechtverfahrens. Wie es innerhalb dieses rechtlichen Rahmens zu diesem Wunsch kam und was genau ‚Freiwilligkeit‘ in diesem Kontext bedeutete, werde ich nun an der Praxis von Basel genauer darstellen. Die dazu verwendeten Krankenakten ermöglichen dabei einen vertieften Einblick in die Funktionsweise dieser Praxis. Diese Akten enthalten die Grundlage, die wissenschaftlich bearbeitet, den Diskurs der kriminalpräventiven Kastration fundierte. Wie im Rahmen der Gesetze und administrativen Abläufe die Kastration möglich gemacht wurde, soll nun anhand der Praxis von Basel zwischen 1935 und 1960 dargestellt werden.

## 4 Die Praxis der kriminalpräventiven Kastration in Basel

### 4.1 Der Fall Emil A.

Mit der Rekonstruktion der Fallgeschichte von Emil A., mit dem ich die Arbeit bereits einleitete, wende ich mich nun der Praxis von Basel zu. Bei Emil A. handelte es sich, wie bereits kurz dargestellt, um einen Mann, der mehrmals wegen ‚unzüchtiger Handlungen an und mit Kindern‘ angeklagt worden war. Wegen seiner Delikte war es zwischen ihm, den Behörden und der Psychiatrie zu mehreren Zusammenstößen gekommen, die Spuren in Form eines beziehungsweise mehrerer Dossiers hinterlassen haben. Bei einem Dossier handelt es um ein Bündel fragmentarischer Schriftstücke, die mir als Quelle zur Rekonstruktion der ‚Fallgeschichte‘ Emil A. dienen. Erst durch meine Recherchearbeit und meinen Rekonstruktionsprozess wird der Fall Emil A. zur Fallgeschichte, die mich durch die Praxis in Basel führen wird, ergänzt und vervollständigt durch die weiteren Fälle kastrierter Sexualstraftäter.<sup>810</sup>

Fälle dienen auch in der Justiz und der Medizin als wichtiges ‚Anschauungsmaterial‘. Sie bilden die Konkretisierung, die Umsetzung von Gesetzestexten oder abstrakter Theorien. Fälle sind aber auch Produkte administrativer Praktiken von Verwaltungsbehörden. Damit lassen sich mit und anhand von ihnen auch administrative Abläufe und Entscheidungsprozesse rekonstruieren. Der Fall Emil A. ist in diesem Sinne sowohl ‚typisch‘ als auch ‚individuell‘. Als ‚Produkt‘ einer administrativen Praxis weist er alle zentralen Elemente derselben auf: Die Anzeige, die Anklage, die Begutachtung, die Bestrafung, die Durchführung von Massnahmen. Zugleich zeigt er durch die spezifische Handhabung der gegebenen Strukturen, die involvierten Akteure, die sich daraus ergebende Handlungsdynamik und das persönliche Umfeld ‚Eigenheiten‘ auf. In diesem Sinne ist die Praxis der Kastration auch eine individualisierende Praxis. Foucault postulierte, dass der moderne Mensch den individualisierenden Praktiken – das sind Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten – im Lebensalltag unterworfen sei. Es handle sich um Entscheide unter Restriktionen. Individualisierung sei ein wichtiger Baustein zur Konstitution und Aufrechterhaltung der Macht.<sup>811</sup> Anhand der Einzelfälle lassen sich einerseits durch die wiederholenden Elemente die Strukturen und Abläufe der Praxis herausarbeiten. Andererseits ermöglicht es die Analyse der Einzelfälle, die Handlungsreichweite und Handlungsspielräume der involvierten Akteure auszuloten. ‚Der Fall‘ ist in diesem Sinne etwas Allgemeines, insofern er sich im Kontext gegebener gesellschaftlicher Strukturen gebildet hat. Zugleich ist er aber auch besonders, insofern er sich in Auseinandersetzungen

---

810 Schaffner, Martin: Fall und Fallgeschichten. 11–21. In: Stefane Nellen / Martin Schaffner / Martin Stingelin (Hg.): Paranoia City. Der Fall Ernst B.. Selbstzeugnis und Akten aus der Psychiatrie um 1900. Basel 2007. 12.

811 Foucault, Michel: Subjekt und Macht. 243–261. In: Daniel Defert / Francois Ewald (Hg.): Analytik der Macht. Frankfurt a/M. 2005. 248–250.

mit diesen ‚individualisiert‘ hat.<sup>812</sup>

Die Fälle, das heisst ihre Herstellung, wissenschaftliche Verarbeitung und Reflexion bildeten die Wissensgrundlage des psychiatrischen Diskurses der kriminalpräventiven Kastration. Diskurs und Fall stehen in einem reflexiven, sich gegenseitig bedingenden Verhältnis. Standen im Diskurs die Plausibilisierung und Legitimierung des Eingriffes – sowohl die rechtliche als auch die medizin-ethische – im Vordergrund, so zeigten sich diese Aspekte in der Praxis als wenig relevant. Im alltäglichen Handeln stand im Umgang mit den Sexualdelinquenten zuerst ihre Ermächtigung zu einer ‚normalen‘ Lebensführung im Vordergrund. Dabei spielte die Frage der Kastration beim ersten Kontakt von Psychiatrie und Delinquent noch keine Rolle. Die Thematisierung einer Kastration war in keiner Weise notwendig oder in den administrativen Prozessen angelegt. Es gab keine zwingende Logik, die von der verbotenen sexuellen Handlung zur Kastration führten. Wie genau es zur Thematisierung der Kastration kam und wie sich ein solcher Entscheidungsprozess gestaltete, offenbart erst der Blick in das psychiatrische Krankendossier. Diese für den ‚internen‘ Gebrauch bestimmten und produzierten Akten erlauben einen ‚näheren‘ Blick auf die Praxis, da ihr Inhalt noch keiner wissenschaftlichen Bearbeitung unterlag. Da sie unter anderem die administrativen Abläufe und Entscheidungen dokumentieren, ermöglichen sie es, der Dynamik eines Falles bis hin zur Frage der Kastration genauer nachzugehen und sowohl die Normalisierungs- als auch die Entscheidungsprozesse zu analysieren.

Emil A., dessen Fall ich nun näher darstelle, war einer der – wie Foucault sie nannte – ‚infamen Menschen‘. Einer jener ‚unbedeutenden Menschen‘, die in den Dokumenten anzutreffen sind. In und mit diesen Akten wurde ein Teil des Schicksals von Emil A. entschieden.<sup>813</sup> Sie dokumentieren die Verwaltung von Emil A.s Delinquenz und sie enthalten die Informationen, welche Entscheide jeweils getroffen und wie diese begründet wurden.<sup>814</sup> Um seine Fallgeschichte darzustellen, stütze ich mich vorwiegend auf die Psychiatrieakten, da der Psychiatrie als Gutachterin wie auch als Vollzieherin von sichernden Massnahmen zentrale Funktion in dieser Praxis zukam. Die ‚Fallakte‘ von Emil A. beinhaltet alle durch die Psychiatrie gesammelten, aus verschiedenen Quellen stammenden relevanten Informationen, die in Zusammenhang mit Anklagen, Abklärungen, Verurteilungen und Strafvollzug verschriftlicht worden waren und ihren Weg in das psychiatrische Dossier fanden, ebenso wie die von der Psychiatrie selbst angefertigten Aktenstücke. Anhand der im psychiatrischen Falldossier gesammelten Informationen werde ich zuerst das ‚Schicksal‘ von

---

812 Hildebrand, Bruno: Einzelfallforschung. 291. In: Ernst Brunotte et al (Hg.): Lexikon der Geographie in vier Bänden, Bd. 1. Heidelberg / Berlin 2001. 291.

813 Foucault, Michel: Das Leben der infamen Menschen. Berlin 2001. 15–17.

814 Auf die Institution Psychiatrie und ihre Akten komme ich im nächsten Kapitel noch zu sprechen.

Emil A. nachzeichnen, wie es durch die Akten vermittelt erkennbar wird. Diese beschreiben nicht das Leben von Emil A. als solches. Sie beschreiben sein Leben, wie es die Psychiatrie in Zusammenhang mit Emil A.'s Sexualdelinquenz herstellte und es sich nun in den Akten präsentiert.<sup>815</sup>

Emil A.<sup>816</sup> wurde 1907 geboren, er war ledig und Tapezierer von Beruf. Bis zum Tod seiner Mutter gab es über den damals Siebenjährigen nichts Auffallendes zu berichten. Er wuchs in geordneten Familienverhältnissen auf. Sein Vater sei zwar Alkoholiker, aber über Geisteskrankheiten, ‚abnorme‘ Charaktere oder Sexualpersionen in der Familie konnte der Gutachter nichts in Erfahrung bringen. Bald nach dem Tode der Mutter fingen die Probleme mit und für Emil A. an. Darauf, was genau vorgefallen war, wird nicht näher eingegangen. Festgehalten ist lediglich, dass der Vater von der Vormundschaftsbehörde verlangte, Emil bei einer Bauernfamilie zu versorgen, da er „Erziehungsschwierigkeiten“ mache. In diesem Zusammenhang erhielt Emil A. auch einen Vormund. Während seines Aufenthalts bei der Bauernfamilie wurde, wie die Psychiatrie aus den Vormundschaftsakten entnahm, der Junge wegen Bettnässens geschlagen und verhöhnt. Die Bauersleute schilderten ihn als „unfolgsam“ und „faul“. Die Vormundschaftsbehörde sah sich veranlasst, den 10-Jährigen in die Anstalt Klosterfiechten zu bringen, eine Anstalt für schwererziehbare Knaben. Später gibt Emil A. an, dass er bis zum 16. Lebensjahr unter dem Bettnässen gelitten und deswegen auch starke Minderwertigkeitsgefühle gehabt habe. Die Vormundschaftsbehörde beschrieb Emil A. als schlechten Schüler: Er habe eine langsame Auffassungsgabe und Denkweise, zudem musste er die zweite Klasse repetieren. Später, bei der psychiatrischen Begutachtung, meinte Emil A., er hätte gerne eine Lehre als Buchbinder oder Holzbildhauer gemacht, weil er sich aber zu wenig begabt gefühlt habe, habe er den Sattlerberuf ergriffen, da sei gerade eine Lehrstelle frei gewesen. Doch in dieser Lehre habe es ihm nicht gefallen. Der Lehrmeister habe getrunken und seine Kunden betrogen. Zu seiner eigenen Arbeitsleistung äusserte sich Emil A. beim Gutachter nicht. Dieser entnahm aus der Vormundschaftsakte, dass Emil A. „arbeitsunlustig“ und „untauglich“ gewesen sein soll. Diese Information fand nun ihren Weg in das psychiatrische Gutachten. Emil A. brach die Lehre als Sattler ab und fing eine neue Lehre als Tapezierer an. Da das Geschäft seines Lehrmeisters in Konkurs ging, musste er die Lehre in einem anderen Betrieb beenden. Er schloss sie 1927 erfolgreich ab. Nach der Lehre absolvierte er ohne Probleme die Rekrutenschule und arbeitete danach in seinem Beruf. 1932 gründete er

---

815 Schaffner, Fall und Fallgeschichten, 11.

816 Die folgenden Angaben stammen aus dem Patientendossier der psychiatrischen Poliklinik von Emil A. Dieses besteht aus der Akte, welche die Schriften, die innerhalb der Klinik Verwendung fanden (eine A5 Karte, auf der Notizen der Gespräche, Telefonate, Abschriften aus den Vormundschaftsakten und ähnliches enthalten sind) sowie den administrativen Teil der Akten, das sind zwei Gutachten, schriftlicher Verkehr mit anderen Ämtern, Berichte und anderes. PUP, KG Emil A., 1907.

sein eigenes Geschäft. Er wurde im Allgemeinen als tüchtig und fleissig beschrieben. Er hatte aber oft finanzielle Schwierigkeiten, „da er die Mittel nicht richtig einteile und unnötige Anschaffungen mache“, wie der Gutachter eine frühere Freundin von Emil A. im Gutachten zitierte.

„Für die Beurteilung A.s ist es sehr wichtig, seine sexuelle Entwicklung genau zu verfolgen.“<sup>817</sup> Neben der schulischen und beruflichen Karriere war es vor allem das Sexualleben, das die Psychiater in diesen Fällen interessierte, daher gingen sie ausführlich darauf ein. Seine ersten sexuellen Erfahrungen habe er als 14-Jähriger in der Anstalt Klosterfiechten gemacht, gab Emil A. an. Er sei von einem älteren Kameraden zu Onanie verführt worden und sie hätten öfters gemeinsame Onanie „betrieben“. Zum Knaben selber habe er keine Zuneigung verspürt. Er habe jedoch ein schlechtes Gewissen gehabt und befürchtet, er könnte durch die Onanie seine Gesundheit schädigen. Befragt wurde Emil A. nach seinen Phantasien beim Onanieren und seinen sexuellen Träumen in dieser Zeit. Daran konnte er sich aber nicht mehr erinnern. Hingegen erwähnte er in einem der Gespräche, dass er als 14-Jähriger von seinem Vater ein Buch über Geschlechtskrankheiten erhalten habe, das ihm grosse Angst gemacht habe. Sein erstes sexuelles Erlebnis mit einer Frau hatte er als 19-Jähriger: Er sei von seiner zukünftigen Stiefmutter verführt worden. Ein nächstes sexuelles Erlebnis hatte er als 21-Jähriger mit einem etwa 15-jährigen Mädchen. Nach anfänglichen sexuellen Spielereien habe er versucht „mit ihr zu koitieren“. Als im Moment des „Einführens seines Penis in die Scheide des Mädchens“ jedoch die Vermieterin – die wohl ahnte, was nebenan vor sich ging – an die Zimmertür geklopft habe, sei er so sehr erschrocken, dass sein Glied sofort erschlafft sei. Er habe vor „Angst und Schrecken kaum ein Wort“ reden können und sei sehr beschämt gewesen. Das dabei empfundene Angstgefühl habe er später „in ähnlichen Situationen“ immer wieder erlebt. Diese von Emil A. gemachten Angaben bestätigte seine damalige Freundin, das Ereignis habe einen „tiefen Eindruck“ auf ihn gemacht. Sie erzählte dem Gutachter, dass sie weit entwickelt und bereit zum Sexualverkehr gewesen sei. Sie beschrieb Emil A. als „auffällige Persönlichkeit“, er habe sich oft extravagant gekleidet und unter Stimmungsschwankungen gelitten. 1932 hatte er das nächste intime Verhältnis mit einer damals 23-jährigen unehelichen Mutter, mit ihr habe er normalen Geschlechtsverkehr gehabt. Weil seine Freundin jedoch gefühlskalt gewesen sei und nie einen Orgasmus gehabt habe, sei er nie voll befriedigt gewesen und habe das Gefühl gehabt, sie wolle nur „versorgt“ sein. Auch diese Freundin wurde vom Gutachter befragt. Sie bestätigte die Angaben von Emil A. und meinte noch, ihr sei nie etwas „Abnormes“ an ihm aufgefallen.

---

817 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, KG Emil A., 1907.

Zu einer ersten verbotenen Sexualhandlung kam es 1933 mit seinem 11-jährigen Neffen. Der Junge habe wegen Platzmangels in seinem Bett übernachtet. Im Gespräch mit dem Psychiater behauptete Emil A. zuerst, er habe den Jungen lediglich an sich gedrückt. Erst zu einem späteren Zeitpunkt erklärte er, er habe sich zu dem Knaben hingezogen gefühlt, „wurde sexuell erregt, liebkoste ihn, betastete mit der Hand sein Genitale, onanierte, ohne dass der Knabe etwas davon gemerkt habe“. Seine Hausvermieterin war argwöhnisch und zeigte ihn an, zog ihre Anzeige jedoch wieder zurück.<sup>818</sup> Im gleichen Jahr verlobte sich Emil A. mit einem deutschen Dienstmädchen. Mit ihr habe er normalen Sexualverkehr gehabt. Emil A. beschrieb sie als lügenhaft und ordinär. Er habe an die Auflösung der Verlobung gedacht. Bei einem Besuch bei ihrer Familie habe er dann versucht, mit ihrer Schwester zu schlafen, er habe jedoch so grosse Angst gehabt, erwischt zu werden, dass er impotent gewesen sei und sich mit Onanie begnügen musste. Wegen dieses Versagens habe er sich sehr geschämt und sei deprimiert gewesen. Die damalige Verlobte beschrieb Emil A. als exakten und fleissigen Handwerker mit gutem Verdienst. Er habe aber einen „leichten Charakter“ und über seine Verhältnisse gelebt, „mir gegenüber war er gut und zuvorkommend“.<sup>819</sup> Sie habe die Verlobung wegen der Strafanzeige aufgelöst.

Weiter berichtete Emil A., dass er 1935 in einer religiösen Familiengemeinschaft<sup>820</sup> die Tochter kennen und schätzen gelernt und sich 1939 mit ihr verlobt habe. „Er habe mit ihr aus Rücksicht auf ihre Eltern und aus Angst vor einer Schwängerung keinen Sexualverkehr gehabt.“<sup>821</sup> Der Hauptgrund sei jedoch seine Angst vor dem Versagen gewesen. Seine Braut beschrieb ihn als solide, anständig, fromm und intelligent. Auch die Familie seiner Verlobten, bei der er ein Zimmer gemietet hatte, beschrieb ihn als sehr anständig, zuvorkommend, arbeitsam und als guten Handwerker. Er habe sich immer tadellos aufgeführt, war wie ein Familienmitglied, manchmal etwas leichtfertig mit dem Geld. Sein Verhalten habe nie Anlass zu irgendwelchen Zweifeln an seinem Charakter gegeben. Neben der Beschreibung von Emil A. als tüchtigen Handwerker mit guten Manieren gab es zu dieser Zeit aber bereits Gerüchte, dass er Knaben in seine Werkstatt nähme „und mit ihnen Sauereien betreibe“ und dass er kleine Mädchen in der Werkstatt ausziehe. Die Nachbarinnen, die dem Gutachter von diesen Gerüchten erzählt hatten, meinten, er sei zwar „etwas willenlos“ und könne auch kleinlich und rachsüchtig sein, im Grossen und Ganzen sei er aber ein „guter Kerl“. 1941 kam es zu einer zweiten Anzeige und zur ersten Anklage wegen „unzüchtigen Handlungen mit vielen jeweils 5- bis 7-jährigen Mädchen“. Oft waren es Wiederholungen seines ersten

---

818 Wieso die Nachbarin die Anzeige zurückzog, darüber findet sich in diesen Akten keine Hinweise.

819 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, KG Emil A., 1907.

820 Was der Gutachter mit einer ‚religiösen Familiengemeinschaft‘ genau meinte, wird nicht erläutert. Aus den Akten wird nur deutlich, dass es sich um eine Familie handelt, die ihr Leben nach religiösen Regeln ausrichtet, in die auch Emil A. aufgenommen wurde. Die Gläubigen leben zusammen im gleichen Haushalt.

821 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, KG Emil A., 1907.

derartigen Deliktes, das sich gemäss seinen Angaben 1937 ereignet hatte. Er sei damals unterwegs zu einem Kunden gewesen, als ihn ein etwa 5-jähriges Mädchen gebeten habe, sie im Hauseingang hochzuheben, damit sie die Namen auf den Briefkästen lesen könne. Da sei ihm erstmals der Gedanke gekommen. Er habe dem Mädchen unters Höschen gegriffen und seine Geschlechtsteile gestreichelt. Bei späteren Delikten stellte er die Mädchen dann auf den Boden und machte weiter, oder er onanierte vor ihnen. Emil A. beschrieb die Delikte als Ausweg, weil er keinen Geschlechtsverkehr hatte und keinen wollte. Nach der Tat habe er jeweils starke Gewissensbisse gehabt, aber es sei jeweils wie eine Gewalt über ihn gekommen, wie ein Fluch. Er habe es fast als Erlösung empfunden, verhaftet zu werden.

Der Staatsanwalt forderte ein psychiatrisches Gutachten, das der Gerichtsarzt – der kein Psychiater war – verfasste.<sup>822</sup> Dieser nahm die Aussagen von Emil A. ins Gutachten auf: Es habe ihn dazu getrieben, er habe einen „inneren Drang“ verspürt, wenn er Kinder antreffe, könne er sich nicht zurückhalten, es sei wie ein Fluch. Auf Grundlage der Vormundschaftsakten, der Anklageschrift und der Untersuchung kam der Gerichtsarzt zum Schluss, dass Emil A. als „erblich belasteter, schizoider Psychopath“ bezeichnet werden müsse. Es sei anzunehmen, dass ein Teil der Delikte unter dem Einfluss psychischer Verstimmungen aufgetreten seien. Emil A. sei aber immer fähig gewesen, die Strafbarkeit der Handlungen zu erkennen und sich dagegen zu entscheiden. Seine Hemmungen seien nicht aufgehoben, jedoch heruntergesetzt gewesen. Aus diesem Grunde erklärte ihn der Gerichtsarzt als „vermindert zurechnungsfähig“.<sup>823</sup>

Emil A. gestand seine Taten vollumfänglich. Er wurde im August 1941 verurteilt: Er habe sich an über 100 Kindern in ähnlicher Weise wie beim ersten Mädchen sittlich vergangen. In der Beurteilung berücksichtigte der Richter verschiedene Aspekte: Zu seinen Gunsten spreche, dass es die erste Verurteilung sei, dass seine Aussagen mit den eingeholten Auskünften übereinstimmten und dass er wegen der „erblichen Belastung“ seitens seines Vaters die Delikte mindestens teilweise unter dem Einfluss psychischer Störungen vorgenommen habe. Hinzu kam die Ansicht des Richters, dass die Opfer kaum nachhaltig moralisch geschädigt worden seien, ausser dem Schock und einer dauernden Beeinträchtigung des Gefühls für moralische Sauberkeit. Zu seinen Ungunsten spreche jedoch das planmässige, jahrelange Vorgehen, mit dem er die „Bevölkerung in Schrecken“ versetzt habe. Die Ausführung der Verbrechen am „helllichten Tage“ zeuge von einem „intensiven verbrecherischen Willen“. Wegen seines jahrelangen „Delinquierens“ und der ungewöhnlich hohen Anzahl der Fälle sei er als „gemeingefährlich“ zu beurteilen. Der Richter anerkannte trotz des „verbrecherischen Willens“ die psychiatrische Beurteilung einer „verminderten Zurechnungsfähigkeit“ des

---

822 18.06.1941 Gutachten Gerichtsarzt, Abschrift. In: PUP, KG Emil A., 1907.

823 18.06.1941 Gutachten Gerichtsarzt, Abschrift. In: PUP, KG Emil A., 1907.

„erblich belasteten Psychopathen mit psychischen Störungen zu Tatzeit“. Er übernahm die Beurteilung des Gutachters, es bestehe die Möglichkeit, dass Emil A. nicht im Vollbesitz seiner Urteils- und Willensfähigkeit gewesen sei und das Ehrlose seiner Handlungsweisen nicht erkannt habe. Wichtig sei jedoch, dass der „gemeingefährliche Angeklagte“ möglichst lange von weiteren Untaten abgehalten werde. Die Höchststrafe wurde durch die verminderte Zurechnungsfähigkeit und den guten Leumund gemindert. Emil A. wurde anstatt zu Zuchthaus zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.<sup>824</sup>

Während des Gefängnisaufenthaltes stellte Emil A. mehrere Gesuche, um eine frühere Entlassung zu erwirken. Diese wurden jeweils wegen der hohen Anzahl der Delikte abgewiesen. 1943 nahm er Kontakt mit einem Psychiater der Psychiatrischen Poliklinik von Basel, auf die ich noch zu sprechen komme auf, mit der Bitte, ihm zu einer vorzeitigen Entlassung zu verhelfen. Er habe seit seiner Verhaftung viele Einsichten und Selbsterkenntnisse gehabt, und glaube, dass die ausserordentlich hohe Strafe ihren Zweck nun erfüllt habe, eine bedingte Entlassung sei angezeigt. Bei dieser ersten Begegnung erklärte Emil A. dem Psychiater seine Delikte nochmals damit, dass er periodisch „überreizt“ und „die Sache mit den Kindern ein Notbehelf“ sei. Der Psychiater der Poliklinik, der vorgängig die Akten der Justiz eingesehen hatte, notierte sich nach der ersten Begegnung auf der Patienten-Karte: „Klein, schwächlich aussehend, erblich belasteter Psychopath, verminderte Zurechnungsfähigkeit, Delikte unter Einfluss psychischer Störungen, verbrecherischer Wille, Willenlosigkeit beim Geldausgeben, guter Leumund. Diagnose: Psychopath und Neurotiker (psychopathisch: Selbstunsicherheit, Geltungsbedürfnis, Moralschwäche), neurotisch aus abnorm psychischer Entwicklung wie physische Impotenz, Entwicklungshemmung der Sexualität mit Stehenbleiben auf infantiler, bisexueller Stufe“.<sup>825</sup> Weiter hielt der Psychiater vom Gespräch mit Emil A. dessen Aussage fest, dass die Delikte ein Ausweg seien, wenn er keinen Verkehr hatte oder nicht haben wollte, weil er Angst davor habe. Er mache sich immer Gewissensbisse, aber es sei jeweils „wie eine Gewalt wieder über ihn gekommen“.<sup>826</sup> Mit Hilfe des Psychiaters stellte Emil A. erneut ein Gesuch, um früher entlassen zu werden. Dieser hielt fest, dass Emil zwar grob auffällig gewesen sei, sich zwischenzeitlich aber gebessert habe. Seine Erotik und Sexualität seien auf einer infantilen Stufe stehen geblieben, da aber angenommen werden könne, dass ein Teil neurotisch bedingt sei, könne sie noch eine Normalisierung erfahren. Jedenfalls sei ein energischer Versuch mit einer Psychotherapie angezeigt. Er könne unter Schutzaufsicht und

---

824 06.08.1948 Urteil des Straßgerichts Basel-Stadt, Abschrift. In: PUP, KG Emil A., 1907. Zu Zuchthaus verurteilt wurden Delinquenten mit längeren bis lebenslänglichen Strafen. Im Zuchthaus herrschen verschärfte Strafbedingungen. Vgl. Foucault, Überwachen und Strafen. Bienert, Andreas: Gefängnis als Bedeutungsträger. Frankfurt a/M 1996.

825 18.06.1946 Gesprächsnotiz PUP Patienten-Karte. In: PUP, KG Emil A., 1907.

826 18.06.1946 Gesprächsnotiz PUP Patienten-Karte. In: PUP, KG Emil A., 1907.



psychiatrischer Kontrolle sowie der Kontrolle durch die religiöse Gemeinschaft, in der er lebe, bedingt entlassen werden. Emil A. wurde mit der Auflage einer 3-jährigen Probezeit unter Schutzaufsicht und der Verpflichtung, sich bis Ende der Probezeit regelmässigen ärztlichen (psychiatrischen) Kontrollen zu unterziehen, frühzeitig aus dem Gefängnis entlassen.

Nach seiner Entlassung erschien Emil A. monatlich zu einem Gespräch in der psychiatrischen Poliklinik, wo er immer wieder erklärte, dass es gut gehe, er viel arbeite und oft Sex mit Prostituierten und anderen Frauen habe. Nur wenige Monate später bat die Schutzaufsicht die psychiatrische Poliklinik, Erkundigungen einzuziehen, „irgendwas stimme nicht“.<sup>827</sup> Mit dieser Aufgabe betreut wurde die in der psychiatrischen Poliklinik tätige Fürsorgerin. Sie erkundigte sich bei den Nachbarn, mit einem positiven Ergebnis: Der Patient sei fleissig, entgegenkommend und anständig, es gebe nichts Auffälliges oder Abnormes zu berichten. 1946 wandte sich dann das Justizdepartement an die psychiatrische Poliklinik, der Schutzaufseher habe ihnen mitgeteilt, dass Emil A. seinen „alten Leiden zu unterliegen“ scheine. Er komme spät nach Hause, sei verschuldet und treibe sich mit jungen Mädchen herum, die er zu verführen versuche. Einem 15-jährigen Ausläufer habe er viele „sexuelle Geschichten“ erzählt. Der Psychiater, der Emil A. betreute, wurde aufgefordert, die Behandlung zu intensivieren um ihn von seinem Leiden zu heilen und von neuen Delikten abzuhalten. Doch konnte Emil A. glaubhaft darstellen, dass er sich einer „ordentlichen Lebensführung“ befleißigte und es nichts zu beanstanden gebe. 1947 wurde er dann aus der bedingten Haft und der psychiatrischen Kontrolle entlassen. Gleichzeitig wurde die seit seiner Kindheit bestehende Vormundschaft aufgehoben.

Am 15. November 1948 wurde Emil A. von einem Polizisten in Zivil auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zur erneuten Begutachtung in die psychiatrische Klinik gebracht. Er eröffnete beim Eintrittsgespräch, er habe sich „dieses Übel“ nie abgewöhnen können. Es würde ihm helfen, wenn er sich einmal mit Ärzten aussprechen könne. Der die Aufnahme machende Psychiater nahm den Patienten als ruhig, überlegt und recht vernünftig wahr. Emil A. mache einen ordentlichen Eindruck. Mit einem Gutachten sollte seine Zurechnungsfähigkeit abgeklärt werden, da er sich bereits Anfang des Jahres 1946 – zu dem Zeitpunkt, als die Schutzaufsicht die psychiatrische Poliklinik aufgefordert hatte, Ungereimtheiten bei Emil A. näher zu untersuchen – wieder an Kinder „herangemacht“ habe. Er habe beispielsweise einen 14-jährigen Knaben, der für ihn Botengänge machte, beim „Herumzickeln“ wie unabsichtlich an den Geschlechtsteilen berührt. Oder er habe versucht,

---

<sup>827</sup> Der Begriff ‚Schutzaufsicht‘ wird in der Schweiz auch heute noch verwendet, es handelt sich um Bewährungshilfe. Die Anfänge der Schutzaufsicht gehen in der Schweiz ins 19. Jahrhundert zurück. Verschiedene Gruppierungen bemühten sich um die Erziehung und Unterstützung von Gefangenen. Es wurde auch materielle Hilfe gewährt. Vgl. Studer, Brigitte et al (Hg.): Zwischen Aufsicht und Fürsorge: Die Geschichte der Bewährungshilfe im Kanton Bern. Bern 2011.

der 14-jährigen Tochter einer befreundeten Familie, mit der er oft tanzen ging, an den Busen zu fassen, was ihm auch manchmal gelang. Dann habe er versucht, Mädchen, die ihn in der Werkstatt besuchten, an den Geschlechtsteilen zu betasten und zu küssen. Manchmal habe er sein Geschlechtsteil hervorgeholt und onaniert. Emil A. beteuerte, dass er immer wieder versucht habe, die von ihm als strafbar erkannten Handlungen aufzugeben, was ihm durch eine grosse Willensanstrengung, durch seine religiöse Einstellung und durch eine nette Frauenbekanntschaft manchmal wochen- bis monatelang gelungen sei. Er habe „schwere innere Kämpfe durchgemacht, sei aber immer wieder an seinem Verlangen gescheitert“. Der Gutachter bestätigte die Diagnose einer Sexualentwicklung, die auf infantiler Stufe stehen geblieben sei. Seine „Triebstärke“ beurteilte der Gutachter als normal. Und die gezielte Vorgehensweise spreche gegen „Drangzustände“. Für die Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit sei die Gesamtpersönlichkeit wichtig. Der Gutachter beschrieb Emil A. als jugendlich aussehend. Er zeige einen Hang zur Geltungssucht, er wolle sich besser ausdrücken als es ihm seine Schulbildung erlaube. Er sei normal intelligent und könne daher nicht als „schizoider Psychopath“ gelten, er habe aber eine „anlagebedingte Moralschwäche“. Er müsse als zurechnungsfähig betrachtet werden. Damit entfalle die Möglichkeit, eine psychotherapeutische Massnahme anzuordnen. „Wir halten das aber auch für keinen Nachteil“, hielt der Psychiater fest.<sup>828</sup> Emil A. habe in den behördlich beauftragten Ärzten in erster Linie staatliche Kontrollorgane gesehen und sich ihnen nicht anvertraut. Eine therapeutische Behandlung könnte nach Verbüssen der Strafe auf freiwilliger Basis erfolgen. Und zuletzt fügte der Gutachter noch bei: „Bei erneutem Rückfall würden wir eine Kastration, gegen die sich Expl. zur Zeit heftig sträubt, oder dann eine Verwahrung empfehlen müssen.“<sup>829</sup> Emil A. wurde verurteilt, entgegen der Beurteilung des psychiatrischen Gutachters nahm der Richter jedoch eine leicht verminderte Zurechnungsfähigkeit an und verhängte eine entsprechend gemilderte Strafe.

1954 heiratete Emil A., und im folgenden Jahr kam sein Sohn zur Welt. Trotz sexueller Schwierigkeiten in der Ehe beurteilte er diese als gut und zufriedenstellend. Sie schien aber keinen Einfluss auf seine Delinquenz zu haben. 1957 wurde er erneut wegen pädophiler Sexualdelikte angeklagt. In ihrem Auftrag an die psychiatrische Poliklinik für eine Begutachtung kam die Staatsanwaltschaft auf die Kastration zu sprechen, wie sie im Gutachten von 1949 bei einem Rückfall als Möglichkeit erwähnt worden war. Sie deutete an, dass sich Emil A. für eine Kastration bereit erklärt habe.<sup>830</sup>

---

828 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, KG Emil A., 1907.

829 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, KG Emil A., 1907.

830 17.06.1957 Staatsanwaltschaft an Psychiatrische Universitätsklinik, Auftrag Gutachten. In: PUP, KG Emil A., 1907.

Nur einen Monat später, am 18. Juli 1957, verfasste die psychiatrische Poliklinik das Indikationsschreiben für die Kastration von Emil A. an die chirurgische Poliklinik. In diesem wurde er als „gemeingefährlicher“ Pädophiler beschrieben, der trotz Heirat weiter delinquierte. Selbst die Psychotherapie habe nicht zum Ziel geführt. Die negativen Charaktereigenschaften hätten eine Heilung durch die psychotherapeutische Massnahme vereitelt. Der Patient wünsche nun die Kastration, von ihr alleine erwarte er noch eine entscheidende Verbesserung. Der Gutachter hob im Indikationsschreiben hervor, dass trotz der „verminderten Zurechnungsfähigkeit“, die eine Versorgung nötig mache, Emil A. in Bezug auf den Eingriff vollumfänglich urteilsfähig sei. Er wurde am 24. Juli 1957 kastriert. Das von der Staatsanwaltschaft geforderte Gutachten für die Urteilsfindung verfasste der Psychiater erst nach der Kastration. In diesem verwies er auf die bereits bestehenden Gutachten und stellte fest, dass es trotz der Heirat, von der sich Emil A. die Befreiung seiner sexuellen Probleme versprochen hatte, zu weiteren pädophilen Delikten gekommen sei. Er wünsche sich nun die Kastration, um endlich „frei“ zu sein. Nochmals betonte der Gutachter, dass er nicht unter „abnormer Triebstärke, Drangzuständen oder inneren Zwängen“ gehandelt habe, „wir glauben, dass Emil A. eine hochgradig abnorme Persönlichkeit ist mit ausgeprägten Symptomen einer abnormen psychischen Entwicklung und einer verminderten Fähigkeit, das Unrecht einzusehen“.<sup>831</sup> Der Gutachter empfahl eine Verwahrung, bis die Wirkung der Kastration eingetreten sei. Der Richter folgte dieser Empfehlung. Emil A. wurde im September 1957 in die psychiatrische Anstalt Friedmatt eingewiesen.

Im Sommer 1958 beantragte Emil A. die frühzeitige Entlassung. Im Antrag an die Strafvollzugs-Kommission hielt der Psychiater fest, dass sich als Folge der Kastration eine Gewichtszunahme und Stimmungsschwankungen eingestellt hätten. Emil A. habe inzwischen sein seelisches Gleichgewicht gefunden und glaube ein Anrecht auf eine versuchsweise Entlassung zu haben. Wie die meisten kastrierten Sexualdelinquenten gebe er an, völlig „beruhigt zu sein“ und Kinder ohne das „geringste Bedürfnis“ anschauen zu können. Er habe sich während des Klinikaufenthaltes „gut verhalten, regelmässig gearbeitet und auch die richtige Einsicht“ bekundet.<sup>832</sup> Im Oktober 1958 entschied sich die Strafvollzugs-Kommission für eine probeweise Entlassung unter der Bedingung psychiatrischer Kontrollen, einer Schutzaufsicht und der Androhung der Rückversetzung in die psychiatrische Anstalt, wenn die Bedingungen nicht eingehalten würden. Ein Jahr später wurde Emil A. auch aus der psychiatrischen Kontrolle und der Schutzaufsicht entlassen. Damit endet die Akte von Emil A. in der Psychiatrie und der Justiz.

---

831 07.08.1957 Psychiatrische Gutachten. In: PUP, KG Emil A., 1907.

832 23.08.1958 Psychiatrische Anstalt Friedmatt an Justizdepartement. In: PUP, KG Emil A., 1907.

Der ‚Fall‘ Emil A., wie er sich aus den Akten erschliesst, erzählt die Geschichte eines problemlosen Jungen aus geordnetem Elternhaus, der mit dem Tod seiner Mutter zum ‚Problemfall‘ mit einer längeren ‚Anstaltskarriere‘ wurde, die erst mit der Kastration ihr Ende fand. Er, der immer wieder von seinen Ängsten, sexuell zu versagen, erzählte, wurde von der Psychiatrie als „unehrlicher“, „infantiler“, „moralschwacher“ und an „Stimmungsschwankungen“ leidender „schizoider Psychopath“ beurteilt. Zugleich wurde er als fleissiger, arbeitsamer, selbstständiger Handwerker beschrieben, der für seine Familie Sorge und sozial gut integriert sei. Trotz intensiven behördlichen und psychiatrischen Einwirkens und eigenen Anstrengungen gelang es Emil A. nicht, seine sexuelle Lebensführung zu ‚normalisieren‘ und gesetzeskonform zu praktizieren. Sein Unvermögen machte ihn nicht nur zum Delinquenten, es disqualifizierte ihn auch als Mann. Obwohl die Psychiatrie seine Problematik in seiner Persönlichkeit festmachte, war es ein somatischer Eingriff – die Kastration –, welcher erst den erwünschten ‚Erfolg‘ brachte und ihn in einen gesetzeskonformen Bürger und ‚normalen‘ Mann transformierte. Die gesellschaftliche Integration ging mit der Exklusion aus dem Bereich der Sexualität einher. Die Kastration bildete den ‚dramatischen Höhepunkt‘ und zugleich das aktenmässige Ende des ‚Falles‘ Emil A.: Der Fall eines an Versagensängsten leidenden und an der Kontrolle seiner Sexualität gescheiterten Mannes.

Anhand des Falles von Emil A. werde ich nun die spezifischen Elemente, die die Praxis der kriminalpräventiven Kastration konstituieren, und deren Effekte am Beispiel Basel herausarbeiten. Dazu werde ich zunächst die Krankengeschichten als historische Quelle evaluieren und auf ihren Ort der Herstellung, die Psychiatrie eingehen.

## **4.2 Die Institution, das institutionelle Netzwerk und die Akten**

„Die Strafstatistik kennt die kastrierten Sittlichkeitsdelinquenten nicht und darf sie auch nicht kennen“, hielt der Berner Psychiater Frédéric Cornu in seiner Habilitationsstudie über die Kastration von Sexualstraftätern fest.<sup>833</sup> Eine Tatsache, die er für ungewöhnlich genug hielt, um sie in seiner Studie zu erwähnen. Tatsächlich existieren in der Schweiz keine Statistiken über die Anzahl der kastrierten Sexualdelinquenten und es gibt kaum Anhaltspunkte, wie oft diese ‚Massnahme‘ angewandt wurde. Wie viele Sexualstraftäter nicht nur in Basel, sondern in der Schweiz überhaupt kastriert wurden, kann vorläufig nur geschätzt werden. Der Zürcher Psychiater Hans Maier ging davon aus, dass bis 1934 im Kanton Zürich etwa 50 ‚Entmannungen‘ durchgeführt wurden. Der Chirurg Christian Wolf ging für den gleichen

---

<sup>833</sup> Cornu, Katamnesen, 4. Zur Problematik der historischen Kriminalstatistik vgl. Schwerhoff, Gerd: Kriminalitätsgeschichte im deutschen Sprachraum. Zum Profil eines „verspäteten“ Forschungsgebietes. 21–67. In: Andreas Blauert / Gerd Schwerhoff (Hg.): Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne. Konstanz 2000. 29.

Zeitraum schweizweit von 58 Fällen aus.<sup>834</sup> Treffen die Zahlen einigermaßen zu, dann wären vom ersten Eingriff 1898, dessen Zweck Forel nachträglich als ‚kriminalpräventiv‘ bezeichnete, bis Mitte der 1930er Jahre um die 50 Sexualdelinquenten, davon die meisten in Zürich kastriert worden. Der Historiker Urs Germann schätzt die Anzahl der kriminalpräventiven Kastrationen gesamtschweizerisch bis 1970 auf circa 500–800. Dabei dürfte die Zahl der Fälle, in denen eine Kastration in Betracht gezogen worden war, deutlich grösser gewesen sein. Auch über die Anwendung der chemischen Kastration, die ab Mitte der 1960er Jahre unter Psychiatern und Juristen grosse Hoffnungen auf eine feindosierte, minimal invasive Regulation männlicher ‚Hypersexualität‘ weckte, gibt es keine historischen Untersuchungen.<sup>835</sup>

Diese statistische ‚Lücke‘ dürfte weniger auf behördliche Nachlässigkeit als auf die spezifischen institutionellen Logiken zurückzuführen sein, in denen ein solcher Eingriff nicht vorgesehen war. Keiner der institutionell handelnden Akteure sah sich veranlasst, diese Massnahme explizit auszuweisen. Seitens der Justiz galt die Kastration als ‚medizinischer‘ Eingriff, die keine Strafe oder Massnahme darstellte und entsprechend nicht statistisch zu erfassen war. Die Chirurgie ihrerseits erfasste zwar die Art der Eingriffe, aus ihren Statistiken geht aber nicht eindeutig hervor, weswegen eine Kastration jeweils vorgenommen wurde. Seitens der Psychiatrie wurden zwar die medizinisch anerkannten Abtreibungen und Sterilisationen statistisch erfasst, nicht aber die Kastrationen. Die kriminalpräventive Kastration ‚fehlte‘ nicht nur in den Statistiken, auch in vielen Lehrbüchern der Psychiatrie wurde „die operative Kastration als Behandlungsmöglichkeit von Sittlichkeitsdelinquenten kaum erwähnt“ wie der Psychiater Cornu feststellte.<sup>836</sup>

Als entsprechend aufwändig erwies sich die Suche nach den Falldossiers. Cornu wurde in den sogenannten Gutachtenbüchern des Kantons Bern, die alle psychiatrischen Gutachten bis 1968 enthielten, fündig.<sup>837</sup> Bis 1968 fand er in diesen 127 Gutachten, in denen eine Kastration thematisiert wurde. Zwar existiert auch in der psychiatrischen Klinik Friedmatt in Basel ein solches Gutachtenbuch, doch waren die meisten Sexualdelinquenten nicht in der psychiatrischen Anstalt Friedmatt, sondern in der psychiatrischen Poliklinik begutachtet und betreut worden. Und dort gibt es kein solches Gutachtenbuch. Um dennoch die

---

<sup>834</sup> Wolf, Kastration, 3.

<sup>835</sup> Germann, „Entmannung“ oder dauerhafte Verwahrung, 133. Dass die chemische Kastration heute angewendet wird, verdeutlicht ein kürzlich in Basel bekannt gewordene Fall.

<http://www.blick.ch/news/schweiz/basel/kinderschaender-christoph-egger-auf-der-flucht-wie-lange-wirkt-seine-chemische-kastration-id2711460.html> (15.05.2014). Auch [https://fredi-lerch.ch/index.php?id=130&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=451&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d7d0c049d80755b153d4fab66368b887](https://fredi-lerch.ch/index.php?id=130&tx_news_pi1%5Bnews%5D=451&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d7d0c049d80755b153d4fab66368b887) (15.05.2014).

<sup>836</sup> Cornu, Katamnese, 3.

<sup>837</sup> In der Studie von Cornu gibt es keinen Hinweis, wann das erste Gutachten geschrieben wurde. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die ersten psychiatrischen Gutachten Ende des 19. Jahrhunderts verfasst wurden.

entsprechenden Fallakten zu finden, habe ich systematisch alle Urteile des Strafgerichts Basel-Stadt zwischen 1925 und 1960 gesichtet und all jene Sexualdelinquenten erfasst, bei denen ein psychiatrisches Gutachten angeordnet worden war. In einem zweiten Schritt habe ich dann anhand der Namen sowohl im psychiatrischen Archiv der Friedmatt als auch im Archiv der psychiatrischen Poliklinik die Patientendokumentation gesichtet. Für den Untersuchungszeitraum zwischen 1935 bis 1960 konnte ich auf diese Weise 22 Fälle von Kastrationen finden.<sup>838</sup> Die erste Kastration wurde 1935 ausgeführt. Der nächste Eingriff folgte 1939. Weiter wurden 1941, 1943, 1946, 1947, 1949, 1950, 1951, 1955 1957, 1958, 1960 je eine Kastration sowie 1952, 1953 und 1959 je zwei Kastrationen durchgeführt. 1956 waren es drei Eingriffe. In den 1930er Jahren waren somit zwei, in den 1940er Jahren fünf und in den 1950er Jahren 15 Sexualdelinquenten kastriert worden. 15 der Delinquenten waren verheiratet, sieben ledig. Der Jüngste war bei der Kastration 28, der Älteste 54 Jahre alt. Im Rahmen der Recherche fand sich noch ein Fall, der seinen Anfang in den 1950er Jahren nahm, die Kastration wurde jedoch erst 1969 ausgeführt. Da meine Bewilligung zur Einsichtnahme der Akten jedoch auf das Jahr 1960 beschränkt wurde, werde ich auf diesen Fall nicht weiter eingehen. In weiteren 19 Fällen war eine Kastration erwogen worden. In zwei der 19 Fälle beurteilte die Psychiatrie die Kastration als nicht notwendig. In zwei Fällen wurden die Delinquenten Ende der 1960er Jahren mit chemischen Kastrationen behandelt. In neun Fällen lehnten die Betroffenen die Kastration explizit ab. Und in fünf Fällen ist unklar, ob der Eingriff durchgeführt wurde oder nicht. Dazu kommt noch ein Fall, in dem der Betroffene sich zunächst in Basel geweigert hatte, in eine Kastration einzuwilligen. Er wurde dann wenig später im Kanton Zug kastriert. Wegen der lückenhaften und unübersichtlichen Datenlage lässt sich nicht genau sagen, wie viele Delinquenten für welche Delikte schweizweit kastriert wurden.

Mit 22 Fällen in 30 Jahren handelt es sich um eine sehr kleine Zahl von Fällen, nicht einmal ein Fall pro Jahr im Untersuchungszeitraum. Bereits das Delikt der ‚Sexualdelinquenz‘ machte nur einen geringen Anteil an der Gesamtkriminalität aus.<sup>839</sup> Die Thematisierung der Kastration erfolgte bei diesen wiederum nur bei einem kleinen Teil.<sup>840</sup> Und definitiv ausgeführt wurde sie dann lediglich bei einzelnen Delinquenten. Damit zeigte sich die Praxis der kriminalpräventiven Kastration als rigoroser Selektionsprozess.<sup>841</sup> Die Anzahl der kastrierten Sexualdelinquenten war zahlenmässig irrelevant. Gesellschaftliche Relevanz lässt sich aber nicht alleine von der statistischen Bedeutung her ableiten. Schon Ende des

---

838 Dieses sind die Mindestzahlen. Herbert Theiler bespricht in seiner Studie zehn Fälle aus Basel, acht der Fälle konnte ich identifizieren, zwei der Fälle konnte ich nicht finden. Vgl. Theiler, Herbert: Untersuchung an kastrierten Sexualperversen. Basel 1959.

839 Seifert, Simone: Der Umgang mit Sexualstraftätern. Bearbeitung eines sozialen Problems im Strafvollzug und Reflexion gesellschaftlicher Erwartungen. Wiesbaden 2014. 29.

840 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 13.

841 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 13.

19. Jahrhunderts haben einzelne spektakuläre ‚Sittlichkeitsverbrechen‘ die Menschen erregt.<sup>842</sup> Seit den 1990er Jahren erhalten spezifische Sexualdelikte hohe öffentliche Aufmerksamkeit. ‚Sensationelle‘ Einzelfälle dominieren wochenlang die Medien, in denen die Täter dann gerne als ‚Monster‘ dargestellt werden. Einzelfälle führen seither regelmässig zur Forderung nach einer Verschärfung der entsprechenden Gesetze, obwohl Sexualdelinquenz tendenziell eher rückläufig ist.<sup>843</sup> Nimmt man die öffentliche Aufregung um diese Einzelfälle als Seismograph der gesellschaftlichen Befindlichkeit, können sie als ‚Verdichtung‘ aktueller gesellschaftlicher Problematiken verstanden werden. Denn welche Verhaltensweisen problematisiert und kriminalisiert werden, ist historisch bedingt und wandelt sich entsprechend im Laufe der Zeit ebenso wie der Umgang mit ihnen.<sup>844</sup> Doch ist hervorzuheben, dass die Anfänge der kriminalpräventiven Kastration um 1900 nicht die Folge öffentlichen Unmuts oder öffentlicher Forderungen war, sondern ein Projekt der Psychiatrie im Kontext ihrer professionellen Krise.

Die als administrativer Akt in eine rechtlich geregelte behördliche Kooperation eingebundene Kastration wurde in der Schweiz im arbeitsteiligen Arrangement von Justiz und Psychiatrie ohne gesetzliche Grundlage ermöglicht. Die institutionelle Zusammenarbeit erfolgte wie bei allen anderen Delinquenten auch bei den Sexualdelinquenten über die ‚Zurechnungsfähigkeit‘. In der Praxis der kriminalpräventiven Kastration war die juristisch-medizinische Kooperation eine der notwendigen Voraussetzungen. Denn in der Straffjustiz sind mit der Aufhebung der Körperstrafe keine auf den Körper zugreifenden, ‚verstümmelnden‘ Massnahmen mehr möglich. Und ausserhalb des strafrechtlichen Kontextes waren Kastrationen kaum relevant. In der psychiatrischen Poliklinik finden sich im Zeitraum zwischen 1925, der Eröffnung der Poliklinik, und 1960 nur zwei Fälle, in denen Patienten oder Angehörige selbst die Kastration verlangten. Wegen der rechtlichen und medizin-ethischen Problematik gab der Psychiater nur in einem Fall die Einwilligung.<sup>845</sup> Bei

---

842 Wulffen, Sexualverbrecher, 464–465. Komfort-Hein, Susanne / Scholz, Susanne: Lustmord: Medialisierung eines kulturellen Phantasmas um 1900. Königstein/Taunus 2007.

843 Seifert, Der Umgang mit Sexualstraftätern, 29. Boor, Wolfgang de / Haffke, Bernhard / Lange-Joest, Christa (Hg.): Was tun mit den Sexualstraftätern? Rationalität und Irrationalität der Reaktionen in Politik, Justiz und Gesellschaft. Köln 2000. Böllinger, Lorenz: Sexualstrafrecht. Permanenz und Penetranz. 69–76. In: Daniel Klimke (Hg.): Exklusion in der Marktgesellschaft. Wiesbaden 2008. Berner, Wolfgang / Hill, Andreas / Briken, Peer: Therapie bei sexueller Delinquenz. 308–322. In: Volkmar Sigusch: Sexuelle Störungen und ihre Behandlung. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2007. 308. In der Schweiz mit der sogenannten ‚Verwahrungsinitiative‘, die eine ‚lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter‘ forderte, diese in einer Abstimmung 2004 angenommen. <http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis294t.html> (14.03.2013).

844 Eine Analyse der aktuellen Situation machen Lautmann, Rüdiger / Klimke, Daniel: Machtwechsel. Das Sexualstrafrecht im neoliberalen Staat. 126–173. In: Cornelius Prittwitz / Lorenz Böllinger / Michael Jasch / Susanne Krasmann / Helge Peters / Herbert Reinke / Dorothea Rzepka / Karl F. Schumann (Hg.): Kriminalität der Mächtigen. Baden-Baden 2008.

845 12.05.1959 Indikationsschreiben PUP an Chirurgische Poliklinik BS. In: PUP, Akte Anton K., 1905. In einem zweiten Fall war es der Vater eines jungen Mannes, der über die sexuellen Eskapaden seines Sohnes verärgert war. Die Psychiatrie lehnte dieses Ansinnen jedoch ab.

diesem handelte es sich um einen neuapostolischen Pastor. Er wünschte 1959 die Kastration wegen seiner homosexuellen Neigung und der starken Hingezogenheit zu jungen Burschen. Mit ihr wollte er sich selber gegen die ‚Versuchung immunisieren‘. Der Psychiater willigte nur ungern ein.<sup>846</sup>

Bei Emil A. war die Kastration bei der zweiten Beurteilung vom Gutachter als Option ins Spiel gebracht worden. Dieser ‚sträubte‘ sich jedoch dagegen und war nicht bereit einzuwilligen. Wieso er bei der dritten Anklage dennoch einwilligte und sich der Kastration unterzog, wird noch genauer dargestellt und analysiert werden.

### **Die Psychiatrie als Teil des städtisch-institutionellen Netzwerkes**

Die ‚Irrenanstalt‘, wie die psychiatrische Anstalt im 19. Jahrhundert noch bezeichnet worden war, ist vitaler Teil moderner Gesellschaften, da sie im Prozess der Herstellung gesellschaftlicher ‚Normalität‘ die Grenzen dieser Normalität aufzeigt beziehungsweise jene Personen absorbiert, deren ‚Abweichungen‘ zu gross und nicht mehr akzeptabel sind. Zugleich ist sie ein Ort, der Personen mit Problemen Asyl gewährt. Mit der Professionalisierung der Psychiatrie und dem Ausbau der Irrenanstalten im 19. Jahrhundert wurde die Psychiatrie neben einem Ort der ‚Verwahrung‘ und ‚Disziplinierung‘ auch zu einem Ort des Heilens und des Wissens.<sup>847</sup> Der Bau der ‚Irrenanstalt‘ an der Peripherie der Städte entsprach dabei dem damals dominierenden therapeutischen Prinzip der Isolation. Es galt, die ‚Irren‘ aus ihrem ‚krankmachenden‘ Umfeld herauszunehmen und sie in die Ordnung der Klinik einzufügen. Die Anstalt galt als das ‚wirksamste Mittel‘, um die Patienten und Patientinnen vor schädlichen Einflüssen zu schützen und sie zu heilen. Damit repräsentierten die Kliniken den peripheren und dennoch konstitutiven Charakter der ‚Anormalen‘ für die Gesellschaft und versinnbildlichte zugleich die Vorstellung der Stadt als ‚krankmachender Ort‘.<sup>848</sup> Die Psychiatrie selbst funktioniert durch ein Regelsystem, mit dem soziales Verhalten und Handeln koordiniert und vorhersehbar gemacht werden soll.<sup>849</sup> Ihre Wirkungsweise erfolgt über Anreize, Vorgaben und Sanktionen, mit denen sie die Entscheidungen und Handlungen der Individuen zu beeinflussen intendiert. Die ‚Insassen‘

---

846 12.05.1959 Indikationsschreiben an Chirurgische Poliklinik Basel-Stadt. In: PUP, Akte Anton K., 1905.

847 Staehelin, John E.: Kantonale Pflege- und Heilanstalt Friedmatt Basel. Zürich 1933. 12. Dörner, Klaus / Plog, Ursula: Irren ist menschlich. Lehrbuch der Psychiatrie / Psychotherapie. 5. überarbeitete Neuauflage. Bonn 1989 469–474.

848 Brink, Cornelia: Grenzen der Anstalt. Psychiatrie und Gesellschaft in Deutschland 1860–1980. Göttingen 2010.

849 Die Kalkulierbarkeit und Vorausberechenbarkeit des menschlichen Verhaltens war ein zentraler Aspekt der Industrialisierung. Dörner / Plog, Irren ist menschlich, 465–467.



der psychiatrischen Anstalten müssen sich den Regeln und der Ordnung der Institution unterwerfen und unterliegen einer mehr oder weniger konstanten Überwachung.<sup>850</sup>

Die vielfältigen Funktionen der Klinik – Heilung, Disziplinierung, Verwahrung und Wissen – wirken weniger gegenseitig ausschliessend als sich ergänzend und verstärkend und haben sowohl integrierende als auch exkludierende Effekte. Der Soziologe Erving Goffman bezeichnet die Psychiatrie in der Form einer geschlossenen Anstalt als eine ‚totale Institution‘. Dabei geht er von einem quasi abgeschlossenen System ohne Bezug zur Gesellschaft aus.<sup>851</sup> Diese Konzeption einer ‚totalen Institution‘ wurde unter anderem von Foucault kritisiert. Die Psychiatrie, auch wenn ihre Anstalten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der Peripherie der Städte gebaut worden waren, bilden keinen von der Gesellschaft losgelösten Bereich. Vielmehr stand und steht sie in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Problematisierungen. Die Mauern repräsentieren visuell eine Grenze, die die Anstalt von ihrer Umgebung abgrenzte und ein ‚Innen‘ und ‚Aussen‘ herstellt, dennoch ist das ‚Innere‘ der Anstalt nicht auf sich selbst zurückgeworfen. Ihr Wirkungsbereich beschränkt sich nicht auf ihr soziales ‚Innenleben‘. Denn zwischen Patient und Patientin, Anstaltsarzt und Gesellschaft besteht eine Wechselwirkung, die durch den psychiatrischen ‚Blick‘ vermittelt wird.<sup>852</sup> Es ist ein ‚Blick‘, der sich an den sozialen Bewertungsmaßstäben orientiert, sich aber nicht auf diese reduzieren lässt. Denn die Psychiatrie, die ihre Verwissenschaftlichung vorantreibt, ist ebenso ihren wissenschaftlichen Grundsätzen verpflichtet. Dennoch wirken sich gesellschaftlicher Wandel oder politische Veränderungen auf den ärztlichen Blick aus. Im Gegenzug können aber auch neue Formen des Wissens ihrerseits gesellschaftlichen Wandel mit initiieren, wie Foucault in seiner Studie „Die Geburt der Klinik“ für Frankreich gezeigt hat.<sup>853</sup> Dabei nimmt die Psychiatrie wichtige gesellschaftliche Funktionen wahr. Indem sie als ‚sinnlos‘ und ‚unerklärlich‘ erscheinende Verhaltensweisen als gesellschaftliche Problematiken verdichtet, ontologisiert, individualisiert und klassifiziert und mit medizinischen Codes versieht. Mit den medizinischen Bezeichnungen wird das ‚Unverständliche‘ – wie es auch ein Teil der Sexualdelikte darstellt – fassbar gemacht und verliert damit seine ‚Bedrohlichkeit‘.<sup>854</sup> Mit dem sich entwickelnden

---

850 Bleuler, Eugen: Die allgemeine Behandlung von Geisteskrankheiten. Zürich 1898. 22. Castel, Die Ordnung der Psychiatrie, 294.

851 Merkmale einer totalen Institution sind ihre Allumfasstheit, das Leben ihrer Mitglieder findet an dieser einzigen Stelle statt, wo sie einer zentralen Autorität unterworfen sind. Alle Tätigkeiten und Lebensäußerungen sind exakt geplant und werden durch Regeln in ihren Abläufen vorgeschrieben und überwacht. Den Eintritt, die Einweisung in eine solche Institution hat Goffman als ‚bürgerlichen Tod‘ bezeichnet. Goffman, Erving: Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt a/M 1973.

852 Bernet, Brigitta: „Eintragen und ausfüllen“. 62–91. In: Sibylle Brändli / Barbara Lüthi / Gregor Spuhler (Hg.): Zum Fall machen, zum Fall werden. Wissensproduktion und Patientenerfahrung in Medizin und Psychiatrie des 19. Und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a/M 2009. 66–67.

853 Vgl. Foucault, Die Geburt der Klinik.

854 Bernet, „Eintragen und ausfüllen“, 67.

modernen Verwaltungs- und Wohlfahrtsstaat wurde die Psychiatrie immer mehr Teil des behördlich-institutionellen Netzwerkes, in dem sie ihre spezifischen Aufgaben wahrnimmt. Dabei beschränkt sich ihr Wirkungsbereich nicht auf ihre sichtbare Repräsentation, die Institution, vielmehr zeigt sie sich als ein sich dynamisch entwickelndes und in die Gesellschaft diffundierendes Praxisfeld.

Die Basler ‚Irrenanstalt‘ Friedmatt war 1886 im Rahmen des Ausbaus der psychiatrischen Anstalten in der Schweiz – wie damals üblich – an der Peripherie der Stadt eröffnet worden.<sup>855</sup> Wie andere psychiatrische Anstalten war sie ein Ort, an dem geistesranke Personen adäquat behandelt, gepflegt und geheilt werden konnten. Zugleich war sie eine moralische Anstalt, in der verhaltensauffällige Personen durch das Anstaltsregime diszipliniert und erzogen werden sollten. In den Jahren nach 1900 und vor allem in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich die Stellung der Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt allmählich. Sie begann sich mit dem Zivilstandsamt, den Gerichten, der Vormundschaftsbehörde, der Staatsanwaltschaft und anderen kantonalen und städtischen Institutionen in ein administratives Netz einzufügen. Vermehrt wurde es üblich, dass Anstaltsärzte im Auftrag der Behörden den geistigen und psychischen Gesundheitszustand verschiedener Personen in zivil- und strafrechtlichen Fragen abklärten und Empfehlungen abgaben. Mit dem Zivilgesetzbuch, das 1912, und dem Schweizerisch Strafgesetzbuch (StGB), das 1942 in Kraft trat, konnte die Psychiatrie ihre Expertise in der Beurteilung geistiger Zustände schweizweit festschreiben, sich damit in der Bevölkerungspolitik als massgebende Instanz etablieren und sich zugleich fester in das institutionelle Netzwerk einbinden. Parallel dazu etablierten sich die psychiatrischen Anstalten als Ort wissenschaftlicher Forschung. Neben den bisherigen Leitideen des ‚Heilens und Pflegens‘ und auch des ‚Sicherstellens‘ und ‚Disziplinierens‘ trat neu die Leitidee von ‚Wissenschaftlichkeit‘ und ‚Forschung‘. Vorgeschlagene und durchgeführte Massnahmen mussten nicht mehr allein den rechtlichen Bedingungen genügen, sondern entsprechend den wissenschaftlich gesicherten Befunden durchgeführt werden. Damit überschritten sich institutionelle Macht und psychiatrisches Expertenwissen. Den Ärzten kam eine beträchtliche Verfügungsmacht zu. Die Einweisung in eine Klinik erfolgte in den meisten Fällen auf Grund eines ‚fürsorglichen Freiheitsentzugs‘ (FFE). Diese Art der Einweisung war „die gesellschaftliche Antwort auf die spektakulärsten Äusserungen der Geisteskrankheit.“<sup>856</sup> Emil A. etwa, war zweimal im Rahmen des Strafverfahrens zwangsweise in die Friedmatt interniert worden. Das erste Mal zur Begutachtung, um ihn über einen längeren Zeitraum beobachten zu können, und das zweite Mal nach der Kastration, zur Überwachung ihrer

---

855 Zum Ausbau der Psychiatrischen Anstalt Friedmatt siehe: Haenel, Zur Geschichte der Psychiatrie, 36–37.

856 Castel, die psychiatrische Ordnung, 250. Ritter, Bürgerlicher Tod. 63–78. Bernet, Der bürgerliche Tod, 116–153.

Wirksamkeit. Diese Einweisung erfolgte auf Grundlage des StGB Art. 14, mit dem anstelle einer Strafe eine Massnahme angeordnet werden konnte. Der ‚freiwillige‘, nicht amtlich erzwungene Eintritt in die Klinik, erfolgte häufig auf Betreiben von Familienmitgliedern.

### **Die psychiatrische Poliklinik Basel**

Federführend in der Praxis der kriminalpräventiven Kastration in Basel war jedoch nicht die Anstalt Friedmatt, sondern die Psychiatrische Poliklinik. Hier wurden die meisten Sexualdelinquenten abgeklärt und im Rahmen der verfügbaren Massnahmen betreut und kontrolliert. Die Psychiatrische Poliklinik bildete 1923 eine wichtige Expansion der psychiatrischen Tätigkeit. Als niederschwelliges Angebot mitten in der Stadt lokalisiert, sollten die psychiatrischen Dienste der ganzen Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Ein weiteres Ziel der ambulanten Einrichtung war die Nachbetreuung stationärer Patienten und Patientinnen, damit diese früher entlassen werden konnten. Zugleich sollten die nicht internierten ‚seelisch Abnormen‘ durch die ambulante Klinik einfacher zu einem Aufenthalt in der Friedmatt bewegt werden können. Damit galt es dem Zwangscharakter, welcher der Anstaltspsychiatrie anhaftete, entgegen zu wirken und die Akzeptanz der Psychiatrie zu fördern, um ihre Einflussnahme auf den Alltag der Bevölkerung zu erhöhen.<sup>857</sup> Administrativrechtlich unterstand die Poliklinik der Direktion der psychiatrischen Anstalt Friedmatt. Die anfänglich an drei Nachmittagen offene Poliklinik wurde von in der Friedmatt tätigen Psychiatern betreut.<sup>858</sup>

Die psychiatrische Poliklinik etablierte sich schnell als wichtige Einrichtung im städtisch-institutionellen Netzwerk.<sup>859</sup> Sie führte vielfältige konsiliarische Dienste, Abklärungen und Begutachtungen für andere Institutionen und Behörden durch. Dabei war sie in Bereichen wie Einbürgerung, der Durchsetzung von Eheverböten, Scheidungsempfehlungen oder Heimplatzierungen tätig. Sie verordnete Massnahmen wie Sterilisationen, Abtreibungen, Versorgungen, Verwahrungen oder Kastrationen, sie wurde konsultiert, wenn es Probleme in der Schule oder anderen sozialen Einrichtungen gab. Die Patienten wurden der psychiatrischen Poliklinik meist durch andere Institutionen zugewiesen. Die psychiatrisch empfohlenen Massnahmen wurden wiederum in anderen Institutionen durchgeführt. Bei den

---

857 Haenel, Geschichte der Psychiatrie, 132–133. Staehelin, Friedmatt, 33.

858 Anfänglich bestehend aus einem Zimmer der allgemeinen medizinischen Poliklinik in der Hebelstrasse 1, ab 1933 am Petersgraben 1. Geführt wurde die Klinik von 1923–1926 von Klaesi, 1926–1932 von G. Stutz, 1932–1942 von H. Binder, 1942–1945 F. Singeisen, 1945–1960 C. Haffter, 1960–1967 J. Janner, 1968–1997 R. Battegay. Haenel, Die Psychiatrische Universitätspoliklinik, 2. 1923 wurden 175 Konsultationen durchgeführt, 1943 waren es bereits 1180, seit Mitte der 70er Jahre werden ca. 4000 Personen pro Jahr behandelt. Haenel, Die psychiatrische Poliklinik, 11–12.

859 Der Aufbau der modernen Verwaltung in Basel hat sich mit der Kantonsverfassung von 1874 beschleunigt. Vgl. Schaffner, Martin: Geschichte des politischen Systems von 1833 bis 1874. 37–53. In: Lukas Burckhardt et al (Hg.): Das politische System Basel-Stadt. Basel 1984.

Sexualdelinquenten hingegen, die ihr durch die Justiz zugewiesen wurden, übernahm die PUP die von ihr empfohlene und vom Richter angeordnete Massnahme selbst.

In der Poliklinik war die Verfügungsmacht der Psychiater über ihre Patienten und Patientinnen beschränkter als in der Anstalt. Einerseits war sie – insbesondere zu Beginn – auf die Zuweisung von Klienten aus anderen Institutionen sowie die Kooperation der Patienten angewiesen, die die Klinik nur punktuell aus eigenem Antrieb aufsuchten. Die zuweisenden Institutionen ihrerseits waren nicht an die Empfehlungen der Psychiatrie gebunden. So nahm der Richter bei Emil A. trotz der anders lautenden psychiatrischen Beurteilung eine ‚verminderte Zurechnungsfähigkeit‘ an, was eine Strafmilderung zur Folge hatte. Für die Anordnung einer Massnahme nach Artikel 14 und Artikel 15 des StGB war jedoch eine psychiatrische Begutachtung zwingend. So konnte bei Emil A. eine sichernde Massnahme 1957 erst nach der psychiatrischen Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘ angedroht werden. Durch das sich gegenseitig unterstützende und absichernde institutionelle Netzwerk multiplizierten sich die Möglichkeiten, Druck auszuüben.

In den ersten Jahren ihrer Tätigkeit waren die Arbeitsmöglichkeiten der psychiatrischen Poliklinik stark beschränkt, da nur ein Raum zur Verfügung stand und die Konsultationszeiten sehr reduziert waren. Es waren etwa 250 Personen, die in den 1920er Jahren jährlich die Poliklinik aufsuchten oder ihr zugewiesen wurden. Auch musste sich das ambulante psychiatrische Angebot erst noch in das städtische Netzwerk einfügen und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen und Behörden etablieren. Bis Anfang der 1930er Jahre hatten sich in verschiedenen Bereichen allmählich geregelte administrative Abläufe und Prozesse herausgebildet, die sich konkret in den Akten niederschlugen, etwa bei der Abtreibung oder der Einbürgerung. Zu Beginn der 1930er Jahre nahmen die Konsultationen sprunghaft zu; nachdem die PUP neue Räumlichkeiten erhalten hatte, erreichte ihre Tätigkeit 1937 mit circa 1715 Patienten und Patientinnen einen ersten Höhepunkt. Danach pendelte sich die Anzahl Patienten und Patientinnen bis Kriegsende bei jährlich circa 1200 ein. Die niedrigere Anzahl ist auf die kriegsbedingten personellen Engpässe zurückzuführen, die Poliklinik musste mehrmals während längerer Zeit geschlossen werden.

In den 1930er Jahren begann in Basel die Umsetzung ‚eugenisch‘ motivierter Massnahmen. Nicht nur hat sich in dieser Zeit die Zusammenarbeit bei der Abtreibung und Sterilisation etabliert, 1935 Jahren wurde auch der erste Sexualstraftäter aus kriminalpräventiven Gründen kastriert. Gesetzlich festgeschrieben wurde jetzt die bis dahin informell gehandhabte Praxis ‚eugenisch‘ begründeter Abweisungen und ihre damit einhergehende

psychiatrische Begutachtung von Einbürgerungskandidaten und -kandidatinnen.<sup>860</sup> Die gesellschaftliche Situation, etwa die wirtschaftlichen Engpässe und das Abwehr-Dispositiv dieses Zeitraumes, schlug sich in diesem Bereich der psychiatrischen Tätigkeit nieder und verdeutlicht die Wechselwirkungen zwischen Psychiatrie und Gesellschaft.<sup>861</sup> So wurden in den 1940er Jahren Bürgerechtsbewerber und -bewerberinnen vor allem auch bezüglich ihrer potentiellen Qualität als Schweizer Staatsbürger und Staatsbürgerinnen beurteilt und im negativen Fall eugenisch begründet abgewiesen.<sup>862</sup> Für die Sterilisation, die nicht explizit rechtlich geregelt worden war, arbeitete die Medizinische Gesellschaft Basel 1937 Richtlinien aus, die sowohl die sozial als auch die eugenisch indizierten Sterilisationen unter gewissen Bedingungen zuließen.<sup>863</sup> In den 1940er Jahren finden sich zahlenmässig die meisten an eine Schwangerschaftsunterbrechung gekoppelten und eugenisch mitmotivierten Sterilisationen.<sup>864</sup> Neben wirtschaftlichen und sozialen Aspekten betraf diese Praxis vor allem die Gruppe der als ‚debil‘ und ‚psychopathisch‘ diagnostizierten Frauen, denen die soziale Fähigkeit zur Mutterschaft abgesprochen wurde. Wirkung zeigte auch das Schweizerische Strafgesetz, das 1942 in Kraft trat und den Schwangerschaftsabbruch schweizweit restriktiv regelte.

In der Nachkriegszeit nahm die Anzahl der Patienten und Exploranden konstant zu und mit ihr die konsiliarischen, gutachterlichen, betreuerischen und kontrollierenden Aufgaben. Eine Entlastung gab es mit der Eröffnung der psychiatrischen Poliklinik für Kinder und Jugendliche 1945.<sup>865</sup> Mit der Einführung von Psychopharmaka Anfang der 1950er Jahre kam es nochmals zu einer Modifikation der ambulanten Tätigkeit: Patienten und Patientinnen konnten dank der Medikamente früher oder überhaupt aus der Friedmatt entlassen werden. Dies erforderte aber oft eine intensive Nachbetreuung, die auch die Kontrolle der Medikamenteneinnahme beinhaltete. Dies war eine Aufgabe, die oft die Psychiater der

---

860 Vgl. Imboden, „Abweisung wegen erblicher Belastung ...“, 57–69.

861 Die Abwehrhaltung wurde als ‚geistige Landesverteidigung‘ bezeichnet. Vgl. Jost, Hans Ulrich / Imhof, Kurt: Geistige Landesverteidigung. Helvetischer Totalitarismus oder antitotalitärer Basiskompromiss? 364–380. In: Schweizerischen Landesmuseum Zürich (Hg.): Die Erfindung der Schweiz 1848–1998. Bildentwürfe einer Nation. Katalog zur Sonderausstellung des Schweizerischen Landesmuseums Zürich zum 150jährigen Bestehen des Schweizerischen Bundesstaates und zum 100-Jahr-Jubiläum des Museums. Zürich 1998. 364–380.

862 ‚Unschweizerisches Verhalten‘ wurde als ‚pathologisch‘ beurteilt und hereditär hergeleitet. Imboden, „Abweisung wegen erblicher Belastung...“, 67–68.

863 „Richtlinien für die Stellungnahme der medizinischen Gesellschaft Basel in der Frage der operativen Sterilisation (Indikation)“ und „Erklärungen betreffend die Unfruchtbarmachung der Frau (Sterilisation)“. In: StABS. SD REG 1 3 0 38. Auch Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 274–276.

864 In diesen Fällen bewilligte die Psychiatrie die gewünschte Abtreibung nur, wenn die Patientin zugleich in die Sterilisation einwilligte. Imboden, Gabriela / Ritter, Hans Jakob: „Die medizinische Indikation wird durch eugenische Überlegungen sehr wesentlich unterstützt.“ Zur psychiatrischen Begutachtung von Abtreibung und Sterilisation im Kanton Basel-Stadt. 49–76. In: Regina Wecker et al (Hg.): Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. Imboden et al., Abtreibung und Sterilisation. 38–49. Zur Koppelung von Abtreibung und Sterilisation siehe Wecker, „So günstig in vielen Fällen wirkt...“, 137–161. In Zürich wurde die Abtreibung einer verheirateten Frau zwingend an eine Sterilisation gekoppelt, was Roswitha Dubach als ‚Junktim‘ bezeichnete. Dubach, Verhütungspolitik, 180–188.

865 Haenel, Geschichte der Psychiatrie, 195.

Poliklinik übernehmen.<sup>866</sup> Etablierte Praktiken wie Abtreibung oder Sterilisation wurden weiter formalisiert und vereinfacht. Die Sterilisation setzte sich als von der Bevölkerung akzeptierte geburtenregulierende Massnahme durch. Seit Ende der 1950er Jahre waren es dann vermehrt auch Männer, die diesen Eingriff als Mittel der Geburtenverhütung wünschten und ihn problemlos und ohne psychiatrische Diagnose erhielten. In den psychiatrischen Beurteilungen von Exploranden wurde nun auch dem sozialen Verhalten und der Lebensführung in der Beurteilung grössere Bedeutung zugesprochen, während deterministische Konzepte an Bedeutung verloren. Ebenso wurde bei Ehefähigkeits- oder Einbürgerungsbegutachtungen vermehrt nur mehr eine Rückstellung empfohlen und den Betroffenen eine ‚Bewährungs- und Entwicklungsfrist‘ eingeräumt. Ab Mitte der 1950er Jahre nahm die Zahl der Begutachtungen für die Einbürgerung schnell ab. Zu nahm jedoch die Anzahl der betreuten Sexualstraftäter, die in den 1950er Jahren kastriert wurden. Während die ‚eugenisch‘ begründeten Massnahmen an Bedeutung verloren, wurde die kriminalpräventive Kastration wichtiger. Als staatliche Institution war die psychiatrische Poliklinik den gesundheits- und sozialpolitischen Zielen und Aufgaben des Stadtkantons Basel verpflichtet. Zugleich waren die Ärzte gemäss hypokratischem Eid dem Wohl ihrer Patienten, aber auch den wissenschaftlichen Grundsätzen und Grundlagen ihrer Disziplin verpflichtet. Diese doppelte Rolle wird noch Thema im Umgang mit den Sexualdelinquenten sein.

### **Die psychiatrischen Fall-Akten**

Michel Foucault hat gezeigt, wie im 17. Jahrhundert die mündliche Beichte allmählich vom administrativen Mechanismus der Registrierung überlagert wurde, was eine Verschriftlichung des Alltäglichen zur Folge hatte. Mit der Verschriftlichung erlosch das in der Beichte gemachte Geständnis nicht mehr, sondern akkumulierte sich zu einem „wachsenden Gedächtnis aller Übel der Welt“.<sup>867</sup> In dieser Dokumentenmasse enthalten sind sowohl Spuren des ‚Aussergewöhnlichen‘, jene Ereignisse, die erst zur Registrierung führten, als auch ‚Alltägliches‘, das ‚unbewusst‘ in die Akten mit einfloss. Die in den Akten hinterlassenen Spuren sind jedoch nicht ‚das Reale‘, sie spielen aber eine Rolle in dem ‚Realen‘, von dem sie sprechen und in dem sie ihre Wirkung entfalten.<sup>868</sup> Mit der bürokratischen Verschriftlichung in Akten wird über die Leben verfügt, von denen in den Akten die Rede ist.

Akten bilden die Essenz von Bürokratie und Verwaltung und dienen späteren Generationen auch als Quellengrundlage für historische Arbeiten. Als Verwaltungsdokumente bilden sie

---

866 Wichtig war etwa das Anti-Alkoholismus Medikament ‚Abusus‘, dessen Einnahme über die PUP kontrolliert wurde.

867 Foucault, Das Leben der infamen Menschen, 29.

868 Foucault, Das Leben der infamen Menschen, 14.

dabei nicht nur die Tätigkeiten der Verwaltung und administrative Strukturen und Prozesse ab und dienen der Rechtfertigung des administrativen Handelns; das in den Akten enthaltene Wissen bildet oft auch die Grundlage für administrative Entscheide. Das Wissen, auf das sich administrative Entscheidungen beziehen, entstand dabei erst in einem intensiven Prozess des Anlegens, Führens und Nutzens von Akten.<sup>869</sup> Sie wurden jeweils in institutionsspezifischen Zusammenhängen hergestellt, im Ausbau des behördlichen Netzwerkes dienten sie auch in anderen Institutionen als Informationsgrundlage. Innerhalb des städtisch-behördlichen Netzwerks herrschte ein reger Austausch von Akten und den darin enthaltenen Informationen. Bei Emil A. erhielt der mit dem Gutachten beauftragte Psychiater sowohl die vorhandenen Akten der Vormundschaft als auch die Untersuchungsakten der Justiz. Die darin enthaltenen Informationen flossen in das psychiatrische Gutachten ein und finden sich dann teilweise wieder im Urteil des Strafgerichts.<sup>870</sup> Die in einem spezifischen Kontext zu einer bestimmten Situation gesammelten Informationen und schriftlich festgehaltenen Beurteilungen konnten sich über die Akten im behördlichen Netzwerk ausbreiten. Als Entscheidungsgrundlage dienend, wirkten sich die so verbreiteten Informationen entsprechend auf das Leben der Betroffenen aus.<sup>871</sup> Akten funktionieren damit nicht nur als Medium der Wissensherstellung, ihnen kommt auch in der Kooperation verschiedener Ämter, Behörden und Institutionen als Trägermedium in der Zusammenführung verschiedener Wissensbestände und der Verbreitung von Wissen beziehungsweise Informationen zentrale Bedeutung zu. In diesem Netzwerk konnten sich dann auch ansonsten in den Krankendossiers geschützte Informationen verbreiten und, ihres medizinischen Herstellungskontextes entkleidet, Wirkung entfalten. Der behördliche Informationsaustausch diente auch der Kontrolle und Überwachung. Als Emil A. 1957 verurteilt wurde, wurde ihm zugleich der Führerausweis entzogen. Da er diesen für seine Arbeit brauchte, beantragte er 1959 dessen Rückgabe. Die Verkehrsabteilung erkundigte sich bei der Anstalt Friedmatt, ob ihm der Führerausweis zurückgegeben werden könne. In Bericht hielt der Psychiater fest, dass Emil A. sich auf eigenes Begehren habe kastrieren lassen. Er sei auf sein sexuelles Verhalten hin überprüft worden. Er könne jetzt ohne ‚unsittliche‘ Gedanken Kinder und Jugendliche anschauen. Er habe an depressiven Verstimmungen gelitten. Er sei nun geschieden. Da er die richtige Einsicht zeige und sich eine günstige Wandlung seines Charakters bemerkbar mache, könne ihm der Führerausweis

---

869 Vismann, Akten, 231.

870 06.08.1941 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

871 Galle, Sarah / Meier, Thomas: Von Menschen und Akten. Die Aktion „Kinder der Landstrasse“ der Stiftung Pro Juventute. Zürich 2009. 105–225. Auch Kaufmann, Claudia / Leimgruber, Walter (Hg.): Was Akten bewirken können. Integrations- und Ausschlussprozesse eines Verwaltungsvorganges. Zürich 2008.

ausgehändigt werden.<sup>872</sup> Dass Emil A. ein kastrierter, geschiedener Sexualstraftäter war, war nun auch in den Akten der Verkehrsabteilung festgehalten.

Psychiatrieakten sind auch Verwaltungsdokumente. Sie zeigen die Verwaltung und Verwaltungsabläufe der Institution auf. Sie dokumentieren zugleich das Verwalten sozialer Devianz und psychischer Krankheit durch die psychiatrische Anstalt und weitere Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens. Die Dossiers sind gekennzeichnet durch eine monotone Regelmässigkeit von Registrier- und Verwaltungsprozeduren. Festgehalten und dokumentiert sind dabei diejenigen Informationen, die für die psychiatrische Diagnose und Behandlung als relevant oder als ‚aussergewöhnlich‘ erachtet werden. Dabei wird das zu Dokumentierende durch das Raster der verwendeten Formulare vorstrukturiert und gefiltert. Mit der institutionellen Fokussierung auf spezifische Probleme wurde der komplexe Einzelfall überschaubar und auf einen bearbeitbaren Fall reduziert.<sup>873</sup>

Krankenakten sind aber auch das Arbeitsinstrument des Psychiaters. Sie bilden das medizinische Gedächtnis, indem sie die Umstände, die zur Einweisung in die Klinik oder zur Abklärung oder Begutachtung führten, dokumentieren. Dies umfasst die psychiatrische Diagnose, die angeordneten Therapien und Massnahmen, den Therapieverlauf mit seinen Erfolgen und Misserfolgen, eventuelle medizinische Besonderheiten während des Aufenthaltes sowie die Entlassung und deren Begründung. Minutiös werden in den Patientendossiers Details der Gesundheit und des Verhaltens der Patienten und Patientinnen sowie auch Verwandtschaftsbeziehungen, Lebens- und Vorstellungsweisen der dieser Personen verzeichnet. Festgehalten sind in den Akten aber auch Analysen und Interpretationen, Eindrücke und Kommentare der Psychiater. Sie geben die Sicht der Aktenführenden auf den Patienten wieder. Die Krankenakten und ihre spezifischen Angaben wurden und werden von der Psychiatrie auch immer wieder als Grundlage für Studien und damit zur Wissensgenerierung verwendet.<sup>874</sup>

Die seit den 1880er Jahren erstellten Patientendossiers der psychiatrischen Anstalt Friedmatt befinden sich im historischen Krankengeschichtenarchiv. Laufend werden in dieses Archiv die Dossiers von jenen Patienten und Patientinnen übernommen, welche seit zehn Jahren keinen Klinikaufenthalt mehr hatten oder verstorben sind. Jedes Dossier hat eine Nummer, die auch die Archivierungssystematik bildet. Eine Datenbank der Friedmatt

---

872 24.07.1959 Bericht Kantonale Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt an Verkehrsabteilung Basel-Stadt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

873 Vgl. Bernet, „Eintragen und Ausfüllen“, 62–91.

874 Vgl. Binder, Hans: „Psychiatrische Untersuchungen über die Folgen der operativen Sterilisierung der Frau durch partielle Tubenresektion“. 1–49, 249–276. In: Schweizer Archiv für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie. Bd. 40. Muttentz 1937/38. Wie bereits erwähnt, nutzte Theiler zehn Kastrations-Fälle aus der Psychiatrischen Anstalt Friedmatt. Theiler, Untersuchung an kastrierten Sexualperversen.



ermöglicht eine Namenssuche sowie die Suche nach Geburtsdatum, diese Daten sind dann mit der Dossiernummer verknüpft. Das Dossier selbst ist in zwei Teile unterteilt. Im ersten, oben aufliegenden Teil finden sich die während des Anstaltsaufenthalts hergestellten Akten wie Gesprächsnotizen, Pflegejournal, Tests, Therapien, Kuren oder Fieberkurven und oft einen handgeschriebenen Lebenslauf der Patienten. Der Behandlungsverlauf und die therapeutischen Massnahmen werden auf einem formalisierten Bogen nach einem einheitlichen Verfahren dokumentiert. Im Aufnahmebogen sind auf der ersten Seite die biographischen Angaben zur Person festgehalten, der Einweisungsgrund, eine vorläufige Diagnose sowie ein kurzer Bericht der Beobachtungen beim Eintritt des Patienten. Die Bögen, welche die während des Aufenthalts erfolgten Einträge enthalten, sind in zwei Kolonnen unterteilt. In der ersten Kolonne sind die Daten von Gesprächen, Kuren oder besonderen Ereignissen festgehalten, während in der zweiten Kolonne Gesprächsnotizen, Beobachtungen, Verhalten, Erfolg oder Misserfolg der angewandten Kuren sowie ihre Wirkungen meist handschriftlich notiert sind. Dokumentiert werden auch die Gespräche mit Angehörigen. Oft finden sich auch kurze Protokolle der sogenannten ‚ärztlichen Konferenzen‘. In einer solchen wurde unter der Leitung des ärztlichen Direktors auch der Patient Emil A. vorgestellt und sein ‚Fall‘ im Plenum diskutiert. Meist werden in diesen dann die definitive Diagnose gestellt und beschlossen, welche Massnahmen einzuleiten sind. In den Bögen finden sich auch Abschriften aus den Akten anderer Institutionen wie der Polizei, der Justiz, der Vormundschafts- oder Armenbehörde. Bei Emil A. finden sich auch Abschriften seiner Briefe an seine Familie. Am Ende des Bogens ist noch das Datum des Austrittes vermerkt, die Umstände sowie die eventuellen, ausserhalb der Klinik weiterzuführenden Massnahmen. In einigen Krankenakten finden sich zusätzlich noch katamnesische Angaben, wenn es nach dem Klinikaufenthalt zu weiteren Kontakten kam. Der darauffolgende zweite, administrative Teil des Dossiers umfasst alle Korrespondenzen, Gutachten, Gutschriften, das heisst die Korrespondenzen mit der ‚Aussenwelt‘, also mit Behörden, Institutionen und Angehörigen. Das Dossier umfasst die Verschriftlichung und Formalisierung von Abläufen, Prozessen, Behandlung und Verhalten des Patienten, vom Eintritt bis zum Austritt.<sup>875</sup>

Das Archiv der Psychiatrischen Poliklinik hingegen befindet sich in der Universitätsklinik des Kantons Basel-Stadt in einem der Noträume im 4. Untergeschoss. Es ist vollständig erhalten und umfasst die Patienten-Dossiers der Jahre 1923 bis 1970.<sup>876</sup> Archiviert sind die Krankengeschichten geschlechtlich getrennt und nach exaktem Geburtsdatum

---

<sup>875</sup> Ritter, Psychiatrie und Eugenik, 53–54.

<sup>876</sup> Die Akten ab 1970 befinden sich im ‚aktuellen‘, im Ergeschoss lokalisierten, für die Ärzte schnell zugänglichen Archiv des Universitätsspitals Basel.

eingeordnet.<sup>877</sup> Die Dokumente befinden sich in A-5-Couverts, auf deren Vorderseite die formalen Angaben über den Patienten oder die Patientin enthalten sind: Name, Bürgerort, Adresse, Geburtsdatum, Zivilstand, Religionszugehörigkeit, Beruf, Zuweisungsinstanz. Für jede Person wurde nur ein Dossier angelegt, auch wenn es zu mehreren Kontakten und zu unterschiedlichen Massnahmen kam. Im Couvert befinden sich A-5 Karten, auf denen die Psychiater meist in handschriftlicher Form das für sie Relevante festgehalten haben, und wenig formalisiert den Verlauf der Behandlung dokumentierten. Am oberen Rand der ersten Karte ist eine Zeile durch eine Linie abgetrennt, auf der der Name, die Diagnose und der Zuweisungsgrund erfasst sind. Unterhalb dieser Abtrennung findet sich der dokumentierte Verlauf der Krankengeschichte, Beratung oder Begutachtung. In einer Kolonne auf der linken Seite sind die Daten der Konsultationen oder Explorationen eingetragen. Rechts daneben die meist handschriftlich festgehaltenen Notizen der Gespräche. Auf diesen Karten wurden oft auch Telefonate im Zusammenhang mit dem Fall, Therapien (etwa verschriebene Medikamente) und weitere für den Psychiater relevante Informationen notiert. Auf den Karten sind auch fragmentarische Angaben enthalten, aus denen ersichtlich wird, dass es mitunter zwischen Behörden zu mündlichen Absprachen ohne schriftlichen Niederschlag kam. Das heisst die Akten geben kein ‚exaktes‘ Bild der Vorgänge und Entscheidungsprozesse. Dazu kam die Arbeitsroutine, die kaum verschriftlicht wurde. Ein Teil der Patientenkarten enthalten auch maschinengeschriebene Abschriften aus Dokumenten anderer Institutionen wie Vormundschaft, Fürsorge oder Staatsanwaltschaft. Weiter sind im Couvert enthalten: Korrespondenzen, durchgeführte Tests, zum Teil liegen auch handschriftliche Lebensläufe sowie Weihnachtskarten, Feriengrüsse oder sonstige Briefe der Patienten bei, sogenannte ‚Ego-Dokumente‘.<sup>878</sup> Die Aufteilung der Krankengeschichte in einen ‚internen‘ und einen ‚externen‘ Teil wie in der Anstalt Friedmatt, findet sich in der Poliklinik nicht. Die A5-Karten enthalten alle beschriebenen Daten ausser den schriftlichen Korrespondenzen.

Die Fallakten der PUP bleiben im Untersuchungszeitraum gleich. Einzig für die Abtreibung wurde ab Mitte der 1950er Jahre ein vorgedrucktes Formular verwendet. Der Wandel der psychiatrischen Tätigkeit in der Poliklinik schlug sich in der Ausführlichkeit der Abklärungen und der Verschiebung ihrer Tätigkeiten nieder. Die Indikationsschreiben für Abtreibung, die Gutachten für Einbürgerungen, Ehescheidungen oder Ehefähigkeit umfassten in den 1930er und 1940er Jahren oft mehrere Seiten. Die Fälle wurden ausführlich dargestellt und die Betroffenen und ihre Angehörigen oft zu mehreren Gesprächen aufgeboten. In den 1950er Jahren wurde der psychiatrische Aufwand für die Abklärungen der Einbürgerung, der

---

877 Als erstes findet sich die Person, mit dem Geburtsdatum 01.01.1878 / 02.01.1878 / 03.01.1878 und so weiter.

878 Schulze, Winfried: Ego-Dokumente. Annäherungen an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente“. 11–30. In: Winfried Schulze (Hg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte. Berlin 1996.

Abtreibung oder der Sterilisation stark reduziert. Auf den A5-Karten ist, neben den formalen Angaben, in vielen Fällen nur noch ein einmaliges Gespräch mit einer kurzen Gesprächsnotiz enthalten. Das Schriftstück an die ausführende Institution beschränkte sich auf zwei, drei Sätze. Der Wandel der psychiatrischen Tätigkeit (und der Gesellschaft) lässt sich auch an der Sprache der Dokumente feststellen. Seit Ende der 1950er Jahren werden in den Schreiben kaum mehr wertende Begriffe wie ‚moralisch‘, ‚defekt‘ oder ‚minderwertig‘ verwendet.

Die psychiatrischen Patientendossiers sind das Ergebnis des formal vorgegebenen Aufschreibesystems, der psychiatrischen Deutungsmuster und der kulturellen und politischen Ordnungsvorstellungen, die durch institutionelle, professionelle und gesellschaftliche Diskurse geprägt sind.<sup>879</sup>

### **4.3 Delikte, Delinquenten und Diagnosen**

#### **„Verabscheuungswürdigste Verbrechertypen“**

„Von allen rechtbrechenden Personen ist von jeher der Sittlichkeitsverbrecher in den Augen der grossen Menge wohl einer der verabscheuungswürdigsten Verbrechertypen gewesen“, hielt der Psychiater Adolf Heinrich Dannemann (1867–1932) fest.<sup>880</sup> Dabei definierte das ‚Sexualdelikt‘, dass sie, die Verbrecher, „sich sämtlich und grundsätzlich um den gleichen bestimmenden Faktor: das sexuelle Triebmoment“ drehten.<sup>881</sup> Einer dieser „verabscheuungswürdigsten Verbrecher“ war Emil A., der wegen vieler „unzüchtiger Handlungen mit vielen jeweils 5- bis 7-jährigen Mädchen“ angeklagt und verurteilt worden war.

Neben Emil A. waren im Zeitraum zwischen 1935 und 1960 in Basel noch vier weitere Männer wegen der gleichen Deliktform kastriert worden: Heinrich B., Walter H., Andreas M. und Ramon S.. Während ihre Opfer sowohl weiblichen wie männlichen Geschlechts waren, wurden Johann B., Roger M., Alfred M. und Anton S. wegen rein ‚homosexueller Unzucht mit Minderjährigen‘ kastriert. Insgesamt waren es neun Männer, die wegen ‚Unzucht mit Kindern‘ ‚entmannt‘ wurden. Die zweite grosse Gruppe bildeten die ‚Exhibitionisten‘. Von ihnen waren zehn Delinquenten kastriert worden: Emil B., Josef G., Wolfgang K., Josef L., Werner M.,

---

879 Im 19. Jahrhundert verschwanden die Kranken als ‚Subjekte‘ allmählich aus den medizinischen Akten. Vgl. Lachmund, Jens / Stollberg, Gunnar: Patientenwelten. Krankheit und Medizin vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Spiegel von Autobiographien. Opladen 1995. Hoffmann-Richter, Ulrike: „Das Verschwinden der Biographie in der Krankengeschichte“. Eine biographische Skizze. 204–221. In: Bios. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 2. Leverkusen–Opladen 1998.

880 Dannemann, Adolf: Zur Genese und Prophylaxe der Sittlichkeitsverbrecher. 559–588. In: Klinik für psychische und nervöse Krankheiten. Bd. 2. Halle 1907. 599.

881 Marcuse, Max: Sexualdelikte. 702–709. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. Bonn 1926. 702.

Rene M., Alfred N., Peter R., Gabriel S. und Fritz V. Darunter fielen auch ‚exhibitionistische Handlungen vor Kindern‘, die in vier Fällen zu einer Anklage geführt hatten.

Die Deliktformen ‚Exhibitionismus‘ und ‚Unzucht vor und an Kindern‘ dominierten die Praxis der kriminalpräventiven Kastration in Basel. Nicht nur in Basel, generell scheinen diese beiden Deliktformen die meisten der Kastrationen in der Schweiz zur Folge gehabt zu haben, soweit dies anhand der dürftigen Quellenlage ersichtlich ist. In Zürich bildeten ‚Exhibitionisten‘ in den 1920er Jahren 50 Prozent der Kastrations-Fälle.<sup>882</sup> Und in der breit angelegten Untersuchung des Psychiaters Wolf aus dem Jahr 1938 waren von 42 Fällen 14 Exhibitionisten, acht Pädophilie, vier Vergewaltiger und acht wegen ‚homosexueller Unzucht‘ Angeklagte sowie fünf aus anderen Gründen kastriert worden, der Rest bleibt unklar.<sup>883</sup> In der Studie von Cornu von 1973 handelte es sich bei den 127 untersuchten kastrierten Sexualdelinquenten um 74 ‚Pädophile‘, zwölf ‚Exhibitionisten‘ und 24 ‚Homosexuelle‘, die wegen ‚Unzucht mit Minderjährigen‘ angeklagt waren.<sup>884</sup> Die restlichen 17 Kastrationen verteilen sich auf verschiedene andere Delikte.<sup>885</sup> Der Jurist Peter Aebersold ist in seiner Studie zu „Verwahrung und Versorgung vermindert zurechnungsfähiger in der Schweiz“ im Zeitraum von 1961 bis 1965 mit einem Korpus von 445 Fällen noch auf 60 Kastrationen gestossen, ohne jedoch aufzuschlüsseln, wegen welcher Delikte die betreffenden Delinquenten kastriert wurden.<sup>886</sup>

Die erste Kastration in Basel von 1935 erfolgte ohne Mitwirken der Psychiatrie. Und der nächste Fall von 1939 wurde in Zusammenhang mit einer Anschuldigung wegen des Missbrauchs eines Kindes ausserhalb eines strafrechtlichen Verfahrens durch die Psychiatrie indiziert. Es handelte sich um einen jungen Mann, der immer wieder in die Friedmatt interniert wurde. Erst mit den Fällen der 1940er Jahre zeigen sich die für die Praxis typisch werdenden Abläufe und Verfahren. Der Grossteil der Kastrationen, genau 15, wurde in den 1950er Jahren durchgeführt. In den 1960er Jahren kam es noch zu zwei weiteren Fällen chirurgischer Kastrationen. Ende der 1960er Jahre wurde die sogenannte ‚chemische‘, reversible Kastration in der Psychiatrie eingeführt, die die chirurgische Kastration abgelöst haben dürfte. In einem Fall aus dem Jahr 1968, auf den ich gestossen bin, wurden dem Betroffenen ‚Sexualhormone‘ zur chemischen Kastration verabreicht. Sie zielten darauf ab, die ‚männlichen‘ Hormone auszuschalten und damit den ‚Geschlechtstrieb‘ zu dämpfen.<sup>887</sup> Diese Behandlung verlangte jedoch die regelmässige Einnahme der

---

882 Slotopolsky, Sexualchirurgie, 113.

883 Wolf, Kastration, 155–202.

884 Cornu, Katamnese, 16.

885 Cornu, Katamnese, 16.

886 Aebersold, Die Verwahrung und Versorgung vermindert Zurechnungsfähiger, 46.

887 Sigusch, Organotherapien, 329–331. Aschwanden, Kastration, 22.

Hormone. In der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung der 1960er Jahre, die sich unter anderem in der ‚Befreiung der Sexualität‘ und der Durchsetzung feministischer Anliegen manifestierte, wurde auch das Strafrecht revidiert. Mit der Revision sei dem gesetzlichen Resozialisierungsauftrag grössere Bedeutung zugesprochen worden und in der Gerichtspraxis habe sich eine zunehmende Skepsis gegenüber zeitlich unbegrenzten Massnahmen durchgesetzt, stellte der Jurist Aebersold in seiner Studie fest.<sup>888</sup> Das revidierte Strafrecht trat 1971 in Kraft.

Wenn ich im Folgenden der Einfachheit halber von Sexualstraftätern und Sexualstraftaten spreche, dann sind damit explizit ‚Exhibitionismus‘ und ‚Pädophilie‘ gemeint. Andere Formen der Sexualdelinquenz werden entsprechend bezeichnet.

## **Exhibitionismus**

Im Moment, als sie vorbeiging, sei er „mit entblösstem Glied hinter einem Gebüsch hervorgesprungen“, erklärte die Frau, die Fritz V. anzeigte.<sup>889</sup> Fritz V. wurde 1958 erstmals wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ angeklagt. Der hinter einem Baum oder Busch mit entblösstem Glied auftauchende Exhibitionist galt in der psychiatrischen Literatur als ‚typische‘ Form der Delinquenz. Ein anderer Exhibitionist, Josef L., versicherte, er habe nur vergessen, den Hosenschlitz zu schliessen. Und ein anderes Mal behauptete er, er habe seine Notdurft verrichten müssen, als die ihn anzeigende Person zufällig vorbeigekommen sei.<sup>890</sup> Josef G. hingegen liess „seinem Trieb freien Lauf“ und onanierte im Alkoholrausch in einer Parkanlage.<sup>891</sup> Alfred N. badete mit Kindern in der Birs, als er sich seiner Badehose entledigte und den Kindern nackt zeigte.<sup>892</sup> Wolfgang K. wiederum zeigte sich nackt im Park.<sup>893</sup> Der „Erfindergeist“ des Exhibitionisten sei „unerschöpflich“ schrieb der Psychiater Georg Burgl (1876–?).<sup>894</sup> Einer habe sogar Lämpchen an sein Glied gehängt, um auf es aufmerksam zu machen. Typisch sei der Exhibitionist, der sein Glied oft erst aus der Hose hole, wenn jemand vorbeigehe. Oder er bedecke es mit der Hand bis jemand komme. Typisch sei auch der mit heraushängendem Glied auf einer Bank sitzende, im Treppenhaus unter Strassen- oder Hauslaternen stehende Exhibitionist. Es gebe auch solche, die verfolgten oder umtanzten die Frau mit ihrem nackten Glied. Wieder andere erregten durch Pfeifen oder Rufen vor Parterrefenstern stehend die Aufmerksamkeit. Andere stünden am

---

888 Aebersold, Peter: Von der Kastration zur Incapacitation. Über den Umgang mit gefährlichen, insbesondere sexuell gestörten Tätern. 171–192. In: Stefan Bauhofer et al (Hg.): „Gemeingefährliche“ Straftäter. Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie. Chur / Zürich 2000. 177, 178.

889 19.03.1958, Psychiatrische Gutachten. In: PUP, Akte Fritz V., 1936.

890 07.08.1959 Gutachten. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

891 19.08.1959 Urteil Strafgericht Basel. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

892 07.10.1951 Gesprächsnotiz auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

893 26.09.1948 Abschrift der Anzeige an das Statthalteramt. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

894 Burgl, Georg: Die Exhibitionisten vor dem Strafrichter. 119–143. In: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie und psychisch-gerichtliche Medizin. Bd. 60, Heft 1. Berlin 1903. 142.

offenen Fenster und warfen Münzen oder Süßigkeiten auf die Strasse, um auf sich aufmerksam zu machen. Nur in den seltensten Fällen werde aus dem exhibitionistischen ein Akt der Notzucht.<sup>895</sup> Meist begnüge sich der Exhibitionist damit, sein Glied zu zeigen.

„Es gibt wohl kaum eine blödsinnigere Deliktform als den Exhibitionismus“, meinte der Psychiater Strasser.<sup>896</sup> Den exhibitionistischen Akt definierte Kronfeld als Demonstration, als „Zurschaustellen des eigenen Genitals vor dem ideellen Sexualpartner, der in Wirklichkeit nur zum Betrachten desselben erstrebt wird“.<sup>897</sup> Das Strafgesetz selbst kannte einen Straftatbestand des ‚Exhibitionismus‘ nicht. Vielmehr definierte der Art. 203 des StGB die Umstände, unter denen eine Handlung als ‚exhibitionistisch‘ zu bezeichnen war: „Wer öffentlich eine unzüchtige Handlung begeht, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.“ Die öffentlich unzüchtige Handlung setzte eine die „sexuellen Gefühle befriedigende oder erregende Handlung“ voraus.<sup>898</sup> Weiter definierte der Artikel die Umstände, unter welchen eine Handlung als öffentlich zu gelten hat: „Wenn sie an dem Ort und den Umständen als unpassend und stossend empfunden wird.“<sup>899</sup> Die strafrechtlich relevante sexuelle Handlung hatte an einem ‚unpassenden‘ Ort stattzufinden und der geschlechtlichen Lustbefriedigung zu dienen. Mit dieser Definition konnten auch Privaträume als öffentlich gelten. Nämlich dann, wenn mit der sexuellen Handlung bezweckt werde, die Aufmerksamkeit einer anderen Person zu erregen. Beim exhibitionistischen Akt war ein Zuschauer oder eine Zuschauerin vorausgesetzt, das Delikt konnte erst in einer sozialen Interaktion hergestellt werden. Dabei trafen die Absicht der ausführenden Person und die Interpretation der wahrnehmenden Person aufeinander, die nicht zwingend übereinstimmen mussten. Abzuklären war dann, ob die angeklagte Handlung der sexuellen Erregung diene oder nicht. Rechtsrelevant war das Motiv der Handlung, nicht die Handlung selbst. Mit der wenig präzisen Definition und der Frage, ob eine ‚Handlung‘ im Sinne des Rechts als ‚exhibitionistisch‘ zu gelten hatte oder nicht, kam dem Beurteilenden ein beträchtlicher Ermessensspielraum zu. Das Gesetz verlangte nicht nur den Beweis der Tat, auch das Motiv war zu untersuchen.

---

895 Buehl, Die Exhibitionisten 142. Aufgestellt hat der Psychiater Buehl eine Liste mit den typischen Formen des Delikts, auf die sich alle weiteren Psychiater beziehen. Wulffen, Der Sexualverbrecher, 399. Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 19.

896 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 6.

897 Kronfeld, A.: Exhibitionismus. 174–176. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. Bonn 1926. 174.

898 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 35, 40.

899 Hafer, Ernst: Schweizerisches Strafrecht besonderer Teil. Erste Hälfte: Delikte gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit, gegen das Geschlechtsleben, gegen die Ehre, gegen das Vermögen. Berlin 1939. 132. Was in Bezug auf Exhibitionismus als Öffentlichkeit zu gelten hatte, war nicht so genau bestimmbar. Rossetti beschrieb die Öffentlichkeit einer Handlung als „Unbestimmbarkeit des Personenkreises, der die Handlung wahrnehmen und an ihr ein Ärgernis nehmen könnte“, wobei mit „Ärgernis“ dasjenige eines „normal denkenden und fühlenden Menschen“ gemeint war. Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 41.

Der Straftatbestand „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ diente der Aufrechterhaltung der sittlichen Ordnung, die als ‚Rechtsgut‘ zu schützen war.<sup>900</sup> Während die sonstigen „Sexualverbrechen“ sich tendenziell eher im Versteckten zutrügen und sich im „Verborgenen“ ereigneten, durchbrach der Exhibitionist diese „Heimlichkeit“ „so unverschämt“, dass „er Abscheu und Widerwillen erregt und die Forderung nach einer Reaktion der Gesellschaft hervorruft“ schrieb Strasser.<sup>901</sup> Dennoch ging der Jurist Rossetti davon aus, dass der grösste Teil dieser Delikte überhaupt nie zur Anzeige komme. Oder die Tat von der Polizei nicht verfolgt werde, da es sich in deren Augen wegen einer solchen „Lächerlichkeit“ nicht lohne, den gesamten „Polizei- und Justizapparat in Funktion zu setzen“.<sup>902</sup> Dass die Exhibitionisten, deren sexuelle Handlungen der Psychiater Strasser als „läppisch“ bezeichnete und die Polizei gemäss Rossetti als „Lächerlichkeit“ einstufte, dennoch einen grossen Teil der kastrierten Sexualstraftäter bildeten, erscheint als Widerspruch. Dennoch liegt der Kastration dieser Tätergruppe eine Rationalität zu Grunde, die ich anhand der psychiatrischen Qualifizierung des Delikts im Folgenden herausarbeiten werde. Denn der Begriff ‚Exhibitionismus‘, der kein Rechtsbegriff war, stammte aus der Psychiatrie und bezeichnete eine der vielen ‚Persionen‘, deren sie sich seit dem 19. Jahrhundert annahm.<sup>903</sup>

Erstmals beschrieben und als Pathologie in die Psychiatrie eingeführt hatte diese Form des ‚abnormen‘ Sexualverhaltens der Mediziner Ernest-Charles Lasègue (1816–1883).<sup>904</sup> Er beschrieb sie als ein öffentliches Entblößen des Mannes vor Frauen ohne weitere Manipulationen oder Versuche, mit diesen in intimere Beziehung zu treten.<sup>905</sup> Um die Jahrhundertwende hatte sich die Annahme durchgesetzt, dass dem „Exhibitionismus“ ein „Trieb“ zu Grunde lag: Der „Zeigetrieb“. Diesen hatte Freud als „Partialtrieb“ des Geschlechtstriebs bezeichnet. Er diene der Anbahnung der sexuellen Beziehung zwischen zwei gegengeschlechtlichen Erwachsenen. In seiner ursprünglichen Form lasse er sich noch bei Kindern, primitiven Völkern und im Tierreich beobachten. Während es im Tierreich die Männchen waren, die ihre „Schönheit“ vorführten, um das Weibchen anzulocken, manifestierte er sich bei Kindern und „primitiven“ Völkern im ungenierten gegenseitigen Zeigen der Geschlechtsteile.<sup>906</sup> Freud hatte dem Zeigetrieb beim Knaben noch eine innerpsychische Funktion zugeschrieben: Er diene diesem zur Abwehr der unbewussten Kastrationsangst. Mit dem Zeigen könne er sich seines „mächtigen“ und „vollwertigen“ Penis

---

900 Rüegg, Ernst: Die unzüchtige Handlung im Strafrecht. Zürich 1935. 119, 121.

901 Strasser, Die strafrechtliche Bekämpfung, 6.

902 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 2–3.

903 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 1.

904 Zitiert in Wulffen, Sexualverbrecher, 396. Zu Lasègue siehe <http://www.universalis.fr/encyclopedie/ernest-charles-lasegue/> (15.04.2014).

905 Hochstrasser, Peter: Beitrag zur sozialen Prognose des Exhibitionismus. Zürich 1951. 3.

906 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 394–395.

versichern. Für Freud, der davon ausging, dass Kinder keine Scham kannten, musste im Prozess des Erwachsenwerdens das Individuum dahingehend erzogen werden, die Manifestationen des „Zeigetriebs“ in gesellschaftlich akzeptable Formen umzuwandeln, sie zu sublimieren. Dabei zeige sich die „zivilisierte“ Gesellschaft durchtränkt von sublimierten Manifestationen des „Zeigetriebes“. Jede „Selbstdarstellung“, jedes Kunstwerk galt in diesem Sinne als eine Äusserung des Triebes. Selbst die „allgemeine Neigung der seelischen Selbstentblössung“ sei die symbolische Verkleidung einer exhibitionistischen Sexualverdrängung.<sup>907</sup> In dieser Interpretation manifestierte sich das, was als ‚Zeigetrieb‘ postuliert wurde, bis in den Beichtstuhl hinein. Voraussetzung war die Annahme eines ‚Selbst‘, das sich in der ‚Beichte‘ zu ‚entblößen‘ hatte und sich damit ‚erkennen‘ konnte. Was Freud als sublimierte Form des ‚Zeigetriebes‘ beschrieb – der Drang zur ‚seelischen Selbstenthüllung‘ –, hat Foucault als mächtige Kultur- und Machttechnik westlicher Gesellschaften dechiffriert, auf die ich im nächsten Kapitel noch näher eingehe.<sup>908</sup>

Der ‚Zeigetrieb‘ verband die ‚Natur‘ des Menschen mit seiner ‚Kultur‘. Die Sexualwissenschaft ging davon aus, dass es sich bei diesem um einen ‚Urtrieb‘ handle, dessen Manifestationen jedoch kulturell bedingt waren und sich sowohl geschlechts- als auch klassenspezifisch different äusserten. So manifestiere sich der Zeigetrieb des bürgerlichen Mannes in Form produktiver Geistestätigkeit wie Kunst, Musik oder Literatur.<sup>909</sup> Bei der Frau hingegen, meinte nicht nur der Psychiater Arthur Kronfeld (1886–1941), bilde die „enthüllende“ Mode die gesellschaftlich gebilligte Form des „Zeigetriebes“. Das gesamte gesellschaftliche Leben sei „von der erotischen Exhibition des Weibes mitgestaltet“. <sup>910</sup> Auch wenn die Frau die „geborene Exhibitionistin“ sei, komme ihr in der strafrechtlichen Form keine Bedeutung zu.<sup>911</sup> Denn ihr öffentlich mehr oder weniger verhüllt zur Schau gestellter Körper diene nicht dazu, den eigenen Trieb zu erregen oder zu befriedigen. Er bezwecke alleine die Sexuallust des Mannes zu erregen.<sup>912</sup> Da die öffentliche, im Rahmen des Erlaubten gemachte Entblössung ihres Körpers ihre „natürlich anerkannte Bestimmung“ sei, könnten die Moralgesetze nicht verletzt werden. Umgekehrt zeigten sich die Verhältnisse in der Privatheit des Schlafzimmers. In diesem hatte der Mann dem „ursprünglichen“ Zweck folgend sein Glied zu zeigen, um den sexuellen Verkehr „anzubahnen“. Es sei ja „übrigens auch beim normalen Geschlechtsverkehr für den Mann von grosser Bedeutung, wenn das

---

907 Kronfeld, Exhibitionismus, 174–176. Wulffen, Der Sexualverbrecher, 395. Wulffen bezeichnete die Manifestationen des ‚Zeigetriebes‘ als ‚Demonstrationslust‘.

908 Foucault, Wille zum Wissen, 81–87.

909 Marcuse, Max: Äquivalente (sexuelle). 21. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. Bonn 1926. Wulffen, Der Sexualverbrecher, 395. Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 8–9.

910 Kronfeld, Exhibitionismus, 175. Wulffen, Der Sexualverbrecher, 393.

911 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 4.

912 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 4. Angenommen wurde, dass der weibliche Geschlechtstrieb passiv sei. Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 3.



Weib nicht gleichgültig bleibt, sondern auf seine Triebe ebenfalls sexuell reagiert.“<sup>913</sup> Dem Zeigetrieb kam somit in seiner ‚sexuellen‘ Funktion bezüglich öffentlich und privat jeweils umgekehrt geschlechtsspezifische Funktion zu. In der Öffentlichkeit war es der von der Frau zur Schau gestellte Körper, der die sexuelle Lust des Mannes zu erregen hatte, während diese Funktion im Schlafzimmer dem Manne zukam. Diente bei der Frau mehr oder weniger der ganze Körper als lusterzeugend, reduzierte sich im Schlafzimmer beim Mann diese Funktion auf den Penis. Dem Zeigen des Penis wurde beim Exhibitionisten die Funktion der Selbstversicherung zugesprochen.<sup>914</sup> Die Manifestationen des ‚Zeigetriebes‘ reproduzieren das bürgerliche Geschlechterverhältnis: Die Beschränkung der Frau auf ihre geschlechtliche Funktion, während der bürgerliche Mann durch Sublimierung des ‚Zeigetriebes‘ im öffentlichen Raum die Kultur hervorbringt und im privaten Raum Selbstbestätigung findet.

Die Manifestation des exhibitionistischen Triebes grenzte aber nicht nur die Frau vom Mann ab, er grenzte auch den bürgerlichen Mann, die hegemoniale Männlichkeit repräsentierend, von anderen Männlichkeiten ab. Denn die aus der bürgerlichen Schicht stammenden Sexualwissenschaften waren überzeugt, dass sich beim Mann der Unterschicht der ‚Zeigetrieb‘ in der Öffentlichkeit nicht in Form kultureller Werte, sondern einzig in Form kriminalisierter Handlungen zeige: Als Exhibitionismus. Der Jurist Wulffen führte diese ‚Tatsache‘ auf das wenig entwickelte Schamgefühl beim „niederen Volk“ und auf fehlende materielle Ressourcen zurück. Der „Exhibitionismus“ – damit ist nun die strafrechtlich relevante Form gemeint – sei eine billige Art der geschlechtlichen Befriedigung, wie auch die Sittlichkeitsverbrechen an Kindern, war Wulffen überzeugt.<sup>915</sup> Andere Sexualwissenschaftler deuteten die exhibitionistische Handlung des Gesunden auch als „raffiniertes Mittel“ zur Befriedigung eines „geschwächten Geschlechtstriebes“.<sup>916</sup> Und wieder andere meinten, es seien „alte impotente Onanisten“ und „Wüstlinge“, die ihre Genitalien in zynischer Absicht zeigten, um das Gegenüber in Verlegenheit zu bringen: Als Machtdemonstration. Zudem konnte Alkohol als „Enthemmer“ eine Rolle spielen.<sup>917</sup> Krafft-Ebing ging zwar davon aus, dass der „Exhibitionismus“ Manifestation einer „Entartung“ und damit erblich bedingt sei, doch komme diese „monströseste und perverseste sexuelle Handlung“ auch bei geistig Gesunden vor.<sup>918</sup> Der Sexualwissenschaftler Iwan Bloch, der die Annahme, dass „sexuelle Perversionen“ Zeichen der Entartung seien, verwarf, behauptete, „Perversionen“ seien auch unter gesunden Menschen weit verbreitete Variationen des Triebes.<sup>919</sup> Tendenziell galten

---

913 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 394. Kronfeld, Exhibitionismus, 174.

914 Kronfeld, Exhibitionismus, 175.

915 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 397.

916 Hochstrasser, Beitrag, 3.

917 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 396.

918 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 94. Burgl, Die Exhibitionisten vor dem Strafrichter, 137–138.

919 Bloch, Das Sexualleben, 685.

exhibitionistische Handlungen als „läppisch“, als „kindisch einfältig“.<sup>920</sup> Es waren Delikte, die bei „normalen“ und „angepassten“ Männern aus Ermangelung eines normalen „Sexualobjekts“ als „Ersatzhandlung“ vorkamen.<sup>921</sup> Die zweite Gruppe der Exhibitionisten bildeten die ‚Geisteskranken‘, die ‚Senilen‘ und die ‚Geistesschwachen‘. Bei ihnen wurde das Delikt als Problem einer oft ‚starken Triebhaftigkeit‘ und wegen der ‚Geistesschwäche‘ fehlender Selbstkontrolle zugeschrieben.

Bei Fritz V., einem der in Basel kastrierten Sexualdelinquenten, wurde mit der zweiten Anklage wegen Exhibitionismus eine psychiatrische Begutachtung angeordnet. Damit folgte der Staatsanwalt der Aufforderung der Psychiatrie, die mahnte, wiederholte exhibitionistische Vergehen hätten den Verdacht auf geistige ‚Abnormitäten‘ wachzurufen.<sup>922</sup> Diese waren zwingend psychiatrisch abzuklären. Auch bei Fritz V. ordnete der Staatsanwalt eine Begutachtung an. Bei dieser erzählte Fritz V. dem Psychiater, dass er ein schlechter Schüler gewesen sei. Er habe sich dann als junger Erwachsener vom Ausläufer zum Heizungsmonteur emporgearbeitet. In seiner Freizeit beschäftige er sich mit Radsport und Lesen und besuchte zur Weiterbildung Abendkurse. Sein Alkohol- und Nikotingenuss sei mässig und in seiner sexuellen Entwicklung habe es nie Auffälligkeit gegeben. Erstmals intim sei er mit 19 Jahren geworden. Kurz bevor er seine jetzige Gattin kennengelernt habe, sei er, weil er sich im Freien nackt ausgezogen und onaniert habe, angeklagt und verurteilt worden. Seit er aber regelmässigen Geschlechtsverkehr pflege, sei es zu keinen solchen Handlungen mehr gekommen. Bis auf jene, die zur jetzigen Anklage geführt habe. Diese erklärte Fritz V. damit, dass seine Frau unter einer Eileiterentzündung leide und ihr verboten wurde, geschlechtlich zu verkehren. Die verbotene sexuelle Handlung beschrieb er als „Erlösung“ von „sexuellen Spannungen“. Er habe eine „innere Stimme“ gehört, die habe ihn zur „Onanie angetrieben“ und zur „Exhibition aufgefordert“. Gegen diese „Stimme“ habe er sich nicht wehren können. Er fügte noch an, dass er „seine Onanie als krankhaft empfinde“ und „ärztliche Hilfe“ suchen wolle. Damit schrieb Fritz V. sich auch in den psychiatrischen ‚Onaniediskurs‘ ein. Onanie war im 18. Jahrhundert zum Gegenstand von Wissen und Medizin geworden. Die bis dahin vor allem als moralisches Problem thematisierte ‚Selbstbefleckung‘ erhielt als ‚ätiologisch bedeutsamer‘ Krankheitsfaktor ein solides medizinisches Fundament.<sup>923</sup> Die Masturbation verkörperte seit der Aufklärung das ‚Urbild‘ des Exzesses. Die Debatte um die Onanie des Mannes drehte sich denn auch um

---

920 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 52. BURL, Die Exhibitionisten vor dem Strafrichter, 127.

921 BURL, Die Exhibitionisten vor dem Strafrichter, 123.

922 BURL, Die Exhibitionisten vor dem Strafrichter, 141.

923 Szasz, Thomas: *Die Fabrikation des Wahnsinns*. Frankfurt a/M: 1976. 256.

Verschwendung und ihre gesundheitlichen Folgen.<sup>924</sup> Um 1900 wandelte sich der Diskurs der Onanie. Nicht mehr die Verschwendung war das Problem, sondern die Frage, ob sie als krankhaft zu gelten habe. Eine Frage, die unter Mediziner\*innen umstritten war.<sup>925</sup> Mit der Rezeption des Freud'schen Modells der Sexualentwicklung fand sie eine gewisse Akzeptanz beim Kind beziehungsweise beim Jugendlichen. Es war eine akzeptable Form der Befriedigung einer erwachenden Sexualität, wenn die ‚normale‘ sexuelle Betätigung sozial als noch nicht angebracht erschien. Die Onanie schied die pubertäre von der erwachsenen Sexualität. Beim Erwachsenen galt sie als ‚anormale‘ und ‚gefährliche Ersatzhandlung‘. ‚Anormal‘ insofern als sie vom ‚normalen‘ Sexualziel abwich und ‚gefährlich‘, weil sie meist mit einer lebhaften Phantasie verknüpft galt.<sup>926</sup> So dränge sich beim Exhibitionisten das Delikt zuerst als Phantasie auf. Diese nistete sich immer fester im Bewusstsein ein und „entlade“ sich dann endlich in der verbotenen Handlung, ihre Wirkung.<sup>927</sup>

Der Gutachter beschrieb Fritz V. äusserlich als „normal“, jedoch mit „swingboyhafter Aufmachung“ und einem „Verführerschnäuzchen“.<sup>928</sup> Der Begriff „swingboyhaft“ bezog sich auf die sogenannte ‚Swing-Jugend‘, eine oppositionelle Jugendkultur während der Zeit des Nationalsozialismus. Ihre Anhänger stammten meist aus der städtischen Mittelschicht. In Abgrenzung zum nationalsozialistischen Regime und zur Hitler-Jugend lehnten sie sich Swing tanzend und Jazz hörend an den amerikanischen Lebensstil an. Sie selbst gaben sich die Spitznamen ‚Swing-Boy‘ und ‚Swing-Girl‘. Für den Gutachter war in diesem Kontext jedoch nicht die Abgrenzung gegen das nationalsozialistische Regime relevant, sondern die Tatsache, dass es sich beim ‚Swing-Boy‘ um einen Jugendlichen handelte. Fritz V. war zwar körperlich ‚normal‘, er selbst gab sich mit seiner ‚Aufmachung‘ jedoch den Anschein eines Jugendlichen, und damit eines noch nicht Erwachsenen.

In einem nächsten Schritt beurteilte der Gutachter Fritz V.'s Intelligenz, die gemäss Test als „unterdurchschnittlich“ beurteilt wurde. Um was für einen Test es sich dabei handelte, ist nicht klar, da dieser dem Krankendossier nicht beigelegt war. Es ist davon auszugehen, dass es sich dabei um ein informelles mündliches Abfragen handelte, wie es die Psychiater

---

924 Hegener, Wolfgang: Zur Kritik der politischen Technologien. Aspekte der Disziplinargeschichte des geschlechtlichen Körpers. 71–89. In: Gunter Schmidt / Bernhard Strauss (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002. 79. Zu Onanie siehe auch Laqueur, Die einsame Lust.

925 Bleuler, Lehrbuch, 1. Ausgabe, 419.

926 Bleuler, Lehrbuch, 1. Ausgabe, 419.

927 Burgl, Die Exhibitionisten vor dem Strafrichter, 136.

928 Vgl. Beyer, Wolfgang: Im Swing gegen den Gleichschritt. Die Jugend, der Jazz und die Nazis. St. Pölten 2011. 105–121. Bender, Otto / Haupt, Heiko: Swing unterm Hakenkreuz. Hamburg 1933 bis 1945. Hamburg 1993. Barber-Kersovan, Alenka / Uhlmann, Gordon (Hg.): Getanzte Freiheit. Swingkultur zwischen NS-Diktatur und Gegenwart. Hamburg 2002.

Wyrsh (1892–1980) oder Bleuler in ihren Lehrbüchern beschrieben.<sup>929</sup> Sie zeigten auf, wie ohne grossen Aufwand die Intelligenz überprüft werden könne. Zunächst wurde Schulwissen abgefragt, etwa aus den Bereichen Geographie und Geschichte. Anschliessend lasse man den „Prüfling“ kopfrechnen und einen Lebenslauf schreiben. Wichtig seien auch Fragen, die die formale Fähigkeit und das selbständige Denken testeten: Warum wird ein Holzzuber an der Sonne leck? Wieso entstehen Tag und Nacht? Oder wieso musste man auf einen Brief eine Marke kleben? Dann lasse man sich noch Sprichwörter, Unterschiede zwischen ähnlichen Gegenständen und abstrakte Begriffe erklären.<sup>930</sup> Mit dieser Form von ‚Intelligenztest‘ liesse sich die mangelnde Qualität von Fritz V.s Intelligenz auch durch das fehlende Schulwissen erklären. Der Überprüfung der Intelligenz folgte die charakterliche Beschreibung des Exploranden, wie ihn der Gutachter während der Befragung wahrnahm. Dazu hielt er fest, Fritz V. vermittele das Bild einer „unsicheren“, „gehemmten“, „anlehnsbedürftigen“, „unreifen“ und „hilflosen“ Persönlichkeit. Er zeigte – um es bereits vorwegzunehmen – alle ‚Charakteristiken‘ eines ‚typischen‘ Exhibitionisten. Dann kam der Gutachter auf die deliktischen Handlungen zu sprechen, die er dann folgendermassen interpretierte: Der „Zweck“ des Delikts sei es gewesen, zu „imponieren“. Es habe Fritz V. als „Ersatzbefriedigung“ gedient, da der Ehefrau der eheliche Geschlechtsverkehr verboten war. Exhibitionismus als billige Form der sexuellen Ersatzbefriedigung für Männer der Unterschicht war eine der psychiatrischen Erklärungen.<sup>931</sup> Bei Fritz V. handelte es aber nicht einfach nur um eine ‚Ersatzbefriedigung‘. Sie verwies vielmehr auf eine ‚defizitäre Persönlichkeit‘, wie die psychiatrische Diagnose zeigte: „Selbstunsicherer Debiler mit nicht voll ausgereifter Sexualität“ bei „zeitweise (bei Abstinenz) überdurchschnittlich starkem Trieb zu Exhibitionismus.“ Wegen der „ungenügend ausgebildeten Gesamtpersönlichkeit bei abnormer Triebstärke“ beurteilte der Gutachter Fritz V. als „vermindert zurechnungsfähig“. <sup>932</sup> Die jugendliche pubertäre „Aufmachung“ von Fritz V. korrespondierte mit seinem Gesamtcharakter, sie war Zeichen desselben: Fritz V. war im Sinne bürgerlicher Männlichkeit kein ‚vollwertiger‘ Mann.

Auch Josef L., ein weiterer in Basel Kastrierter, wurde vom Gutachter als „typischer Exhibitionist“ bezeichnet.<sup>933</sup> Der attestierte ihm eine „durchschnittliche Intelligenz“. Zudem sei er – auch körperlich – eine „asthenische“, „selbstunsichere“ und „infantile Persönlichkeit“ mit einem nicht voll „ausgereiftem Geschlechtstrieb“. Der Gutachter hatte bei ihm jedoch den

---

929 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 325–327. Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 446–448. Vgl. Imboden, Gabriela: „Wollen wir unser Möglichstes tun, um das Eindringen schlechter Erbfaktoren in unsere Bevölkerung zu verhindern...“. Eugenik und Einbürgerung in der Stadt Basel, 1931–1952. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit von 1999. 65–68.

930 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 326.

931 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 398.

932 19.03.1958, Psychiatrische Gutachten. In: PUP, Akte Fritz V., 1936.

933 07.08.1959 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

Eindruck, dass eine „konstitutionelle Anomalie“ Ursache der Delikte sei. Der Exhibitionismus als Zeichen einer ‚erblichen Minderwertigkeit‘ war eine weitere gebräuchliche psychiatrische Erklärung.<sup>934</sup> Eine ‚konstitutionellen Anomalie‘ wurden denn auch bei Josef D., einem weiteren Exhibitionisten diagnostiziert.<sup>935</sup> Bei Josef G. hingegen erklärte der Gutachter die exhibitionistischen Handlungen als Resultat einer „fehlgeleiteten frühkindlichen Entwicklung“. Sein „infantil primitives Sexualverhalten“ habe in der Pubertät eine „auf stärkste fixierte Gewöhnung“ erfahren/angenommen. Zudem kämen die deliktischen Verhaltensweisen gehäuft in Zusammenhang mit Alkoholräuschen vor. Er wurde vom Gutachter als „leichtfertiger“ und „praktisch begabter“, doch „oberflächlich denkender Mensch mit wenig persönlich originellem Denken“ diagnostiziert. Er sei eine „selbstzufriedene, kernlose“ Persönlichkeit.<sup>936</sup> Der ‚Exhibitionist‘ Emil B. wurde im Gutachten als „primitiver und erheblich schwachsinniger“ Mensch, der „unfähig zur Selbstkontrolle“ sei, beschrieben.<sup>937</sup> Und auch Wolfgang K. vermochte als „neurotisch Gehemmter“ gemäss Gutachter seinen Geschlechtstrieb ebenfalls kaum zu beherrschen.<sup>938</sup> Bei den Delinquenten in Basel findet sich das gesamte Spektrum der psychiatrischen Erklärungen dieses spezifischen Deliktes.

Auch wenn der Jurist Wulffen davor warnte, beim Exhibitionisten automatisch von einer ‚erkrankten‘ Person auszugehen,<sup>939</sup> sei es der Verdienst der Psychiatrie, festgestellt zu haben, dass sexuelle Delikte in „einer grossen Zahl von Fällen von kranken und mehr oder weniger unzurechnungsfähigen Individuen begangen werden.“<sup>940</sup> Auch wenn im psychiatrischen Diskurs immer auch wieder die Rede vom ‚normalen‘ Exhibitionisten war, mahnte unter anderem Lasègue, dass „Exhibitionisten“ konsequent als „unzurechnungsfähig“ zu beurteilen seien.<sup>941</sup> Im psychiatrischen Diskurs setzte sich bald durch, dass es den „normalen Exhibitionisten“ nicht gebe und nicht geben könne. Die Persönlichkeit, „bei welcher sich diese Perversität findet, sei stets in irgendeiner Weise abartig.“<sup>942</sup> Nicht mehr ‚Geisteskrankheit‘ oder ‚Senilität‘ definierten den Krankheitsgehalt, sondern ihre ‚Abweichung‘ von der Normalität begründete sie.<sup>943</sup> Das Delikt wurde zur Manifestation der ‚anormalen‘ Persönlichkeit. Dabei setzte sich mit Freud die Ansicht durch, dass es sich bei der kriminalisierten exhibitionistischen Handlung um eine „Persistenz der infantilen Schau- und Zeigelust“ handle, die sich beim Exhibitionisten mit einer „klinischen

---

934 07.08.1959 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

935 17.10.1968 Gutachten PUP an Bezirksgericht Aarau. In: Akte Josef D., 1915

936 05.02.1951 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

937 16. 03.1953 Indikationsschreiben PUP an Chirurgie Bürgerspital. In: PUP, Akte Emil B., 1914.

938 08.06.1948 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

939 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 398.

940 Bloch, Das Sexualleben, 687.

941 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 396.

942 Kronfeld, Exhibitionismus, 175. Bloch, Das Sexualleben, 673. Wulffen, Der Sexualverbrecher, 398.

Staehelin, John E.: Untersuchungen an 70 Exhibitionisten. Berlin 1926. 476.

943 Foucault, Michel: Die Anormalen. Frankfurt a/M 2003. 205.

Gesamtpersönlichkeit“ verknüpfe.<sup>944</sup> Die „läppische Art und Weise dieser Geschlechtsbethätigung“ deute auf eine „bedeutende Schwäche der intellektuellen und ethischen Funktionen“.<sup>945</sup> Die Annahme, dass ein ‚abnormer Trieb‘ mit einer ‚übergrossen Stärke‘ Ursache sei, wie sie Krafft-Ebing noch vertrat, verlor an Relevanz.<sup>946</sup> Es war nur noch der ‚Geistesschwache‘, bei dem ‚Triebhaftigkeit‘ auf einen ‚schwachen Willen‘ und eine ‚mangelnde Hemmung‘ traf und diesen umso ‚gefährlicher‘ machte. Auf Grund ihrer mangelnden intellektuellen Kapazität konnten die Betroffenen ihrem ‚Trieb‘ keinen dezidierten Widerstand entgegensetzen, sie galten als unfähig zur Selbstkontrolle.<sup>947</sup> Dennoch sprachen die Psychiater und auch ihre Patienten immer wieder vom ‚Drang‘, oder von ‚Stimmen‘, die zu den deliktischen Handlungen antrieben. Oft begleitet oder verursacht von ‚Unlustgefühlen‘ und ‚Unruhe‘.<sup>948</sup> Auch Fritz V. hatte in seiner Begutachtung von „Stimmen“ gesprochen, die ihn dazu angetrieben hätten. In diesem als ‚Drang‘ bezeichnetem und den ‚Stimmen‘ verdichtete sich das, was sich letztlich nicht erklären liess, die Irrationalität der Handlungen bei ansonsten rationalen und mehr oder weniger normalen Männern.

Die Irrationalität dieser Delinquenzform schlug sich im psychiatrischen Diskurs in einer Vielfalt an Erklärungsversuchen nieder, deren Pole die Begriffe ‚vererbt‘ und ‚erworben‘ bildeten und die flexibel miteinander verknüpft werden konnten. Es handelte sich oft um das Zusammentreffen einer ‚konstitutionellen Anomalie‘, einer angeborenen ‚Anomalität‘ mit einem determinierenden Erlebnis, wie es bei Josef L. deutlich der Fall war.<sup>949</sup> Alkohol konnte zudem als ‚Enthemmer‘ wirken. Mehr und mehr schob sich im psychiatrischen Diskurs ‚Schwäche‘ als Erklärung des Delikts in den Vordergrund. Wulffen meinte, Exhibitionismus komme meist bei „Potenzschwächen“ vor. Der Exhibitionist wolle den Beischlaf nicht, da er oft „zufolge nervöser Schwächung gar nicht in der Lage“ sei, ihn auszuführen.<sup>950</sup> Aber auch „Weichheit und Schwäche des Willens“ wurden beim Exhibitionisten immer wieder gefunden.<sup>951</sup> Kronfeld spricht von „schüchternen“ und „vor dem Weibe unbeholfenen“ Menschen, die sich diese Art der Befriedigung aussuchten.<sup>952</sup> Und der Psychiater Staehelin (1891–1969) zählte in seiner Untersuchung als ‚typische‘ Verhaltensweisen Eigenschaften auf wie „nachgiebig, ängstlich, prahlerisch, eitel, anlehnungsbedürftig, schlaff, weich, haltlos

---

944 Kronfeld, Exhibitionismus, 176.

945 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 19. Staehelin, Exhibitionisten, 476.

946 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 52.

947 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 68.

948 Kronfeld, Exhibitionismus, 175. Staehelin, Exhibitionisten, 467.

949 Staehelin, Exhibitionisten, 468.

950 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 394.

951 Staehelin, Exhibitionisten, 469, 479.

952 Kronfeld, Exhibitionismus, 174.

oder scheu“, um nur einige zu nennen.<sup>953</sup> Bis in die 1940er Jahre hatte sich in der Psychiatrie die Konzeption des Exhibitionismus als Zeichen von Schwäche herausgebildet: Eine ‚Schwäche‘ des Willens, eine ‚Schwäche‘ des Charakters und insbesondere eine ‚Schwäche‘ der Potenz. Bei Exhibitionisten handle es sich oft um „triebschwache“ und „impotente“ Männer, „die ihrer Männlichkeit nichts zutrauen und auch nichts zutrauen dürfen“, wie Wyrsch klarstellte.<sup>954</sup> Wegen ihrer ‚Schwäche‘ waren sie nicht fähig, den ‚normalen‘ Geschlechtsakt zu vollziehen. Entstanden war die Figur des Exhibitionisten als ein ‚schwach, impotent und sexuell defizitärer‘ Mann mit einem ‚defizitären‘ Charakter. Eine ‚selbstunsichere‘, ‚infantile‘ und oft ‚gehemmte‘ Persönlichkeit mit einem nicht voll ‚ausgereiften‘ Geschlechtstrieb.<sup>955</sup> „Mag uns der Exhibitionist noch so normal erscheinen, die Tatsache der Exhibition muss uns veranlassen, gewisse psychische Störungen zu vermuten“, daher gehöre er in die Hände der Psychiater.<sup>956</sup> Im Exhibitionismus verschmolzen Delinquenz und Pathologie, die verbotene Handlung wurde zum Zeichen einer ‚pathologischen Persönlichkeit‘.

### **‚Unzucht‘ mit und/oder an Kindern**

Emil A. wurde erstmals im August 1941 wegen „Vornahme unzüchtiger Handlungen an Kindern unter 14 Jahren“ verurteilt.<sup>957</sup> Dabei führte das Gesetz nicht weiter aus, welche Handlungen als ‚unzüchtig‘ galten. Körperliche Kontakte mit Kindern gehörten ins Repertoire jeder liebevollen Beziehung zu Kindern. Was qualifizierte dann eine Handlung als ‚unzüchtig‘? Es war das ihr zugrunde liegende Motiv sowie ihre Wirkung. Die Handlung musste an oder vor dem Kind vollzogen werden oder sich auf das Kind richten sowie der Erregung der eigenen Lust dienen.<sup>958</sup> Als Wirkungen wurden ein „moralisches Verderbnis“ sowie ein „schädigender Einfluss derartiger Betätigungen auf die Phantasie des Kindes“ beschrieben.<sup>959</sup> Die rechtlichen Bedingungen zur Qualifizierung der Handlungen als Straftat wurden bei Emil A. als zutreffend beurteilt. Im Urteil hob der Richter den „ausserordentlichen und in der bisherigen Praxis des Strafgerichts kaum bekannte(n) Umfang der Verfehlungen gegenüber Kindern“ hervor. Er habe sich an über hundert Kindern in ähnlicher Weise sittlich vergangen. Er habe die Mädchen an ihren Geschlechtsteilen gestreichelt und er sei „nicht einmal vor dem als besonders niedrig zu qualifizierenden Ablecken der Genitalien der Kinder

---

953 Staehelin, Exhibitionisten, 545.

954 Wyrsch, Gerichtliche Psychiatrie, 205–207.

955 19.03.1958, Psychiatrische Gutachtens. In: PUP, Akte Fritz V., 1936. Auch Wulffen, Der Sexualverbrecher, 396.

956 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 47.

957 Das Urteil von 1941 selbst ist nicht in den Akten der PUP vorhanden. Jedoch wird in den weiteren Gutachten darauf verwiesen. Siehe 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, KG Emil A., 1907

958 Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 102.

959 Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 90.

zurückgeschreckt“, empörte sich der Richter.<sup>960</sup> Die Anzahl Delikte und ihre Form begründeten die hohe Sanktion.

Auch Emil A. erklärte seine Delikte mit einem immer stärker werdenden „inneren Drang“, der ihn „dazu“ treibe. Meistens beginne es mit „Anwandlungen“, er werde „arbeitsunlustig“, „unruhig“, „aufgeregt“ und „unverträglich“. Er verspüre ein starkes „Verlangen zum Fortlaufen“. Oft nehme er das Velo und fahre in die Stadt. „Wenn er dann ein Kind antreffe, könne er sich nicht mehr zurückhalten.“ Emil A. hob hervor, dass er die Kinder „nur unsittlich berühre“, sie aber nie „geschlechtlich“ missbraucht habe. Dies war eine rechtsrelevante Differenzierung. ‚Unsittliche Berühren‘ wurde strafrechtlich als weniger ‚schlimm‘ gewichtet als etwa ‚beischlafähnliche Handlungen‘.<sup>961</sup>

Auf den ihn begutachtenden Psychiater machte Emil A. „den Eindruck eines spätestens in der Pubertät stehen gebliebenen Charakters, gealtert und mit einigen erwachsenen Requisiten versehen, aber nicht entwickelt. Seine Einstellung zu seinen Problemen scheint realitätsfremd.“<sup>962</sup> In seinem Krankendossier ist generalisierend festgehalten, dass es sich bei den „sexuellen Perversionen“ um ein Stehenbleiben oder eine Regression auf Primitivbedürfnisse der Kinderzeit handle.<sup>963</sup> Als Ursache sexueller Perversionen könne das Versagen von normalen Beziehungen angenommen werden. So könne die Angst vor erektiler Impotenz in Gegenwart erwachsener Frauen zu „unzüchtigen Handlungen mit Kindern“ führen. Die sexuelle Perversion – in diesem Falle ‚Unzucht‘ mit und/oder an Kindern – bilde dann eine „faut de mieux“, eine Ersatzhandlung. Die den Sexualstraftäter auszeichnenden Charakteristiken – Minderwertigkeitsgefühle, erektile Impotenz, Versagensängste, ein schwieriges erstes Sexualerlebnis und Bettnässen – trafen bei Emil A. alle zu. Nachdem er sich entschlossen hatte, sich kastrieren zu lassen, ‚beichtete‘ er dem Psychiater, dass er beim Verkehr innerlich immer einen Schatten gespürt habe. Er habe ständig Zweifel gehabt, ob er einer Frau überhaupt genügen könne, ob er in dieser Beziehung vollwertig sei. Schon als Kind habe er sich wegen des Bettnässens so minderwertig gefühlt. Er habe immer sein Geschlechtsteil gehasst, weil er dadurch nicht gleich sein konnte wie die anderen.<sup>964</sup> Für den Gutachter waren aber nicht die sexuellen Problematiken Ursache der Delinquenz. Er diagnostizierte ihn als „erblich belasteten, schizoiden Psychopathen“ und erklärte ihn als „vermindert zurechnungsfähig.“<sup>965</sup> Die Delinquenz wurde als ‚Charakterdefizit‘ problematisiert.

---

960 06.08.1941 Abschrift Urteil des Strafgerichts Basel-Stadt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

961 18.06.1941 Abschrift Gutachten Gerichtsarzt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

962 27.09.1957 Gesprächsnotiz auf PUK-Krankenbogen. In: PUK, Akte Emil A., 1907.

963 07.12.1957 Gesprächsnotiz auf PUK-Krankenbogen. In: PUK, Akte Emil A., 1907.

964 07.09.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

965 Abschrift Psychiatrischen Gutachtens des Gerichtarztes auf Krankenbogen. In: PUK, Akte Emil A., 1907.



Auch Walter H. wurde als „erblich belastet“ diagnostiziert. Stammte er doch aus einer Familie, in der verschiedene Fälle von „sexueller Haltlosigkeit“, Exhibitionismus, Psychopathie und Trunksucht vorkamen. Er selbst musste die Sonderklasse besuchen und wurde in verschiedenen Heimen versorgt. Dort wurde er als 18-Jähriger zu mutueller Onanie verführt. „Mit seiner starken sexuellen Triebhaftigkeit“ bemühte er sich immer wieder um Mädchen, von denen er aber abgewiesen wurde. Angeklagt wegen „unzüchtiger Handlungen“ wurde er, als er seine Nichte und seinen Neffen missbrauchte. Es habe damit begonnen, dass er die Beine seiner Nichte streichelte, was zu weiteren „unzüchtigen Handlungen“ mit ihr und seinem Neffen geführt habe. In der psychiatrischen Begutachtung wurde bei ihm eine „schwere Debität bei affektiver Primitivität und sexueller Triebhaftigkeit“ diagnostiziert. Die Delikte seien als „Sexualnot eines triebhaften Schwachsinnigen“ zu werten, hielt der Gutachter fest. „Seine schwere Debität, die an der Grenze der Imbezillität stehe, lasse ihn seiner Triebhaftigkeit gegenüber weitgehend hilflos dastehen. Er sei nur in sehr reduziertem Masse fähig, sein Unrecht einzusehen“ und in diesem Sinne „vermindert zurechnungsfähig“.<sup>966</sup> Obwohl Walter H. zum ersten Mal straffällig geworden war, empfahl der Gutachter, dass bei einer nächsten Anklage die Verwahrung wegen „Gemeingefährlichkeit“ angezeigt sei – oder, sollte er dies ausdrücklich wünschen, die Kastration. Mit dieser Empfehlung qualifizierte der Gutachter Walter H. bereits als ‚unverbesserlich‘. Walter H.s ‚Unverbesserlichkeit‘ wurde mit der Aussage bestärkt, dass eine Behandlung von Schwachsinn nicht möglich sei. ‚Schwachsinn‘ gekoppelt an ‚Triebhaftigkeit‘ machte Walter H. zu einem ‚gefährlichen‘ Menschen, vor dem sich die Gesellschaft zu schützen hat und bei dem ein Eingriff wie die Kastration legitimiert war, wenn nicht sogar als ‚notwendig‘ erschien.

Johann B. hingegen war mehrmals wegen homosexueller pädophiler Delikte verurteilt worden. Sein ‚Objekt der Begierde‘ waren Jugendliche im Alter zwischen 14 und 15 Jahren, die er ansprach und mit denen er sich verabedete. Bei den Treffen zeigte er ihnen Bilder von nackten Frauen, streichelte ihre Beine und öffnete dabei seine eigene Hose. Er forderte die Jungen dann auf, ihn am Glied zu betasten und zu onanieren. Mit einigen der Jugendlichen sei es zur gegenseitigen Masturbation gekommen. Er habe die Knaben mit Geld angelockt und ihnen Magazine gezeigt, um sie sexuell zu erregen und dann „seinem perversen Trieb im Verkehr mit den Knaben freien Lauf zu lassen“, war im Urteil zu lesen. Der Richter beurteilte ihn als „Gefahr für die männliche Jugend“.<sup>967</sup> Die Psychiatrie, die in diesem Falle einzig die Indikation für die Kastration auszustellen hatte, begründete diese mit

---

966 Abschrift aus der KG Burghölzli. In: PUP, Akte Walter H., 1920.

967 17.05.1956 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

der Hoffnung, dass bei Johann B. „nach einer gewissen Übergangszeit der Geschlechtstrieb erlöschen und der Mann von seiner krankhaften Beherrschung durch seinen Trieb geheilt wird“. <sup>968</sup>

Auch Alfred M. „vergriff sich mehrmals sexuell“ an männlichen Jugendlichen in Form mutueller Onanie. Meist lernte er die Jungen im Schwimmbad kennen, bezahlte Ping-Pong-Taxen und machte mit ihnen Ausflüge, auf denen es dann zu den „unzüchtigen Handlungen“ kam. Diese bestanden meist in gegenseitiger Onanie. In der Akte wurde beschrieben ihn der Gutachter als „körperlich nicht abnorm“, „ausgesprochen infantil“, „charakterlich schwach“, „unaufrichtig“ und „einsichtslos“. <sup>969</sup> Auch bei der Pädophilie wurde den ‚Geistesschwachen‘ die intellektuelle Kapazität zur Selbstbeherrschung abgesprochen. Sie galten als ‚willenlose‘ Opfer ihrer Triebe. Walter H.s Dilemma war sein Wunsch nach sexueller Betätigung, wie sie dem Manne als ‚notwendig‘ zugesprochen wurde und seinem Scheitern, ein geeignetes ‚Sexualobjekt‘ zu finden.

Der „vorzeitige geschlechtliche Verkehr von Kindern“ in Form von „Unzucht Erwachsener mit Kindern“ sei eines „der traurigsten, leider sehr häufigen Vorkommnisse“, schrieb Bloch. <sup>970</sup> Obwohl sich die Psychiatrie um die Jahrhundertwende vehement für die Qualifizierung von Sexualdelinquenten als Kranke und ihre Zuführung in die Psychiatrie einsetzte, blieb das wissenschaftliche Interesse an dieser Form der ‚Perversion‘ wie auch beim Exhibitionismus gering. Die ‚Pädophilie‘, wie der Straftatbestand ‚Unzucht mit und an Minderjährigen‘, damit waren Kinder vor der Pubertät gemeint, auch bezeichnet wurde, war im Handwörterbuch der Sexualwissenschaft von 1926 eine knappe Viertelseite gewidmet, während Themen wie Prostitution, Päderastie, das heisst homosexuelle Handlungen mit Jugendlichen und jungen männlichen Erwachsenen oder männliche Impotenz jeweils einen Umfang von zehn bis 17 Seiten einnahmen. <sup>971</sup> Auch Bleuler ging in seinem Lehrbuch kaum auf den Tatbestand ‚Unzucht mit Kindern‘ ein. <sup>972</sup> Noch 1967 stellte der Psychiater Wyss fest, dass es keine grössere Untersuchung über die Persönlichkeit des ‚Pädophilen‘ gebe. <sup>973</sup>

Die Erklärungsvielfalt dieser Form der Delinquenz glich der des Exhibitionismus. Krafft-Ebing etikettierte die Pädophilen als „Wüstlinge“. Oft handle es sich bei ihnen um Personen mit einer möglicherweise abnehmenden Potenz, Insuffizienz oder psychischer Impotenz, die auf

---

<sup>968</sup> 23.10.1956. Indikationsschreiben Kantonales Krankenhaus Grabs/SG. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

<sup>969</sup> 17.04.1943 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Alfred M., 1919.

<sup>970</sup> Bloch, Das Sexualleben, 655.

<sup>971</sup> Kronfeld, Arthur: Pädophilie. 543. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. Bonn 1926. 543.

<sup>972</sup> Bleuler widmet diesem Tatbestand in seinem Lehrbuch gerade mal drei Sätze. Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 420.

<sup>973</sup> Wyss, Rudolf: Unzucht mit Kindern. Untersuchungen zur Frage der sogenannten Pädophilie. Berlin 1967. 1.

der Suche nach neuen Reizen und Erregungen sich Kindern zuwandten. Daneben finde sich diese Form der sexuellen Befriedigung auch als Ersatzhandlungen bei Personen mit Geistesstörungen. Zugleich beschrieb Bloch die Pädophilie als ein vorwiegend kulturelles Phänomen. Sie komme vor allem bei Personen vor, die viel mit Kindern zu tun hätten. Dazu gehörten Lehrer, Kindermädchen, Zahnärzte und andere. Trete im Umgang mit den Kindern eine sexuelle Erregung ein und sei kein Erwachsener verfügbar, würden sich dieser dem Kinde zuwenden. Auch Kronfeld war überzeugt, dass es oft bei Menschen vorkomme, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun hätten.<sup>974</sup> Ausgenommen davon waren Ärzte, denen die „Ansicht des nackten Mädchenkörpers ein normaler war“, wie Wulffen meinte.<sup>975</sup> Die Entstehung sexueller Begierde beim Erwachsenen im Umgang mit Kindern erschien als ein verbreitetes Phänomen. Bloch spricht zwar nicht explizit aus, dass das Kind die Lust beim Erwachsenen erzeuge; und er spricht von Erziehenden, ohne die Eltern zu erwähnen. Doch ist nicht auch anzunehmen, dass die Lust, wie sie Bloch bei Erziehern im Umgang mit Kindern annahm, ebenso bei Eltern entstehen konnte?

In seiner Studie ‚Die Anormalen‘ beschreibt Foucault, wie man die Onanie des Kindes, genauer des bürgerlichen Kindes im 18. Jahrhundert, zu problematisieren begann. Dieser Diskurs erst hat die Sexualität des Kindes hervorgebracht, für dessen ‚Reinerhaltung‘ die Eltern verantwortlich gemacht wurden, zu einer Zeit, als die Erziehung des Kindes oft noch ausserfamiliären Personen überlassen wurde. Das masturbierende Kind verwies auf mangelnde elterliche Überwachung, Vernachlässigung und ein fehlendes Interesse am Kind.<sup>976</sup> Im Zuge dieser Problematisierung hat sich die bürgerliche Kleinfamilie konstituiert, die sich um den Körper des Kindes herum anordnete. Dies wiederum erzeugte eine körperliche Nähe zwischen Eltern und Kinder, die den Inzest zum Problem werden liess. „Die für unsere Gesellschaften charakteristische inzestuöse Kleinfamilie und der sexuell saturierte winzige Raum der Familie, in dem wir aufgezogen werden und in dem wir leben, ist dadurch gebildet worden“, hielt Foucault fest.<sup>977</sup>

Freud hatte sich des Themas der inzestuösen Beziehung mit der Theorie der Sexualentwicklung angenommen. Im Eltern-Kind-Verhältnis hatte das Begehren eine eindeutige Richtung: Vom Kind zu den Eltern. Es war das Kind, das seinen gegengeschlechtlichen Elternteil begehrte und im Prozess des Erwachsenwerdens zu lernen hatte, sein Begehren auf gegengeschlechtliche ‚Sexualobjekte‘ ausserhalb der Familie zu richten. Die ‚Kastrationsangst‘ des Knaben und der ‚Penisneid‘ des Mädchens zeugten von

---

974 Kronfeld, Pädophilie, 543.

975 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 413. Die Selbstzuschreibung des moralisch einwandfreien Handels gehört zum Selbstbild der Mediziner.

976 Foucault, Die Anormalen, 427.

977 Foucault, Die Anormalen, 428.

diesem inzestuösen Begehren. Diente diese Theorie der Entlastung der bürgerlichen Familie vom Verdacht des Inzests? Diese These vertritt jedenfalls der Psychoanalytiker Jeffrey Masson. Er kommt anhand der Neuauswertung des Briefverkehrs zwischen Wilhelm Fliess und Sigmund Freud zur Überzeugung, dass Freud ‚entdeckt‘ habe, dass Kinder in vielen Familien sexuellem Missbrauch ausgesetzt seien. Er habe dann aber mit seiner Theorie der sexuellen Entwicklung entsprechende Vorfälle als Produkt der kindlichen Phantasie erklären können. Masson erklärt diesen Wandel einerseits mit der Belastung, die für Freud dadurch entstand und andererseits damit, dass er sich mit der Behauptung der inzestuösen (bürgerlichen) Kleinfamilie ins wissenschaftliche und soziale Aus manövriert hätte.<sup>978</sup> Inwieweit dies zutreffend sein könnte, kann ich hier nicht näher ausführen, aber aus der wissenschaftlichen Literatur wird deutlich, dass pädophile, auch inzestuöse Delikte sehr wohl bekannt waren.<sup>979</sup> Kamen bei Bloch und Kronfeld noch Lehrer und andere bürgerliche Vertreter als Täter in Frage, so hatte die Psychiatrie ihren Fokus bereits in eine andere Richtung adjustiert.

Inzest und Kindsmissbrauch von geistig ‚Normalen‘ erschien im psychiatrischen Diskurs um 1900 vor allem als Problem der Arbeiterfamilie und ihrer Lebensbedingungen. Diese mussten oft dicht gedrängt zu mehreren im gleichen Raum und im gleichen Bett schlafen. „Insbesondere wird die Schädlichkeit des Schlafstellenwesens durch eine Reihe von Strafprozessen illustriert, in denen es sich um schwere Sittlichkeitsverfehlungen gegen kleine Kinder handelt“, hielt Wulffen zum Thema fest.<sup>980</sup> Eine wirtschaftlich prekäre Situation, fehlendes Schamgefühl und ein fehlendes „normales Sexualobjekt“ waren gemäss Wulffen Gründe für diese Form der Delinquenz. Auch wenn die Frau als Täterin in Frage kam, waren in der Justiz vorwiegend Männer aus der sozialen Unterschicht als Täter angeklagt.<sup>981</sup> Auch aus Sicht der bürgerlichen Gesetzgeber und der Juristen waren es vor allem Männer aus der Unterschicht, denen die Kontrolle ihres Triebes Mühe zu bereiten schien.<sup>982</sup> Noch 1967 kam der Psychiater Wyss zum gleichen Befund. Unter den 140 von ihm untersuchten Sexualdelinquenten fand sich nur einer mit einem akademischen Titel. Vier der Delinquenten hatten das Lehrerseminar absolviert und fünf mit der Sekundarschule abgeschlossen. Die restlichen Delinquenten hätten nur die Primarschule, Hilfsschulen oder Schulen für

---

978 Vgl. Masson, Jeffrey: Was hat man Dir getan, Du armes Kind? Sigmund Freuds Unterdrückung der Verführungstheorie. Hamburg.1984. Masson wurde dann selbst aus der psychoanalytischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Maisch, Herbert: Familiäre Sexualdelinquenz – die neue Emotionalisierung eines alten Dramas. 84-104. In: Herbert Jäger / Eberhard Schorsch: Sexualwissenschaft und Strafrecht. Stuttgart 1997. 101.

979 Ambroise Tardieu hat sich mit dem Phänomen missbrauchter Kinder befasst. Tardieu, Amboise: Étude médico-légale sur les attentats aux mœurs. 3. édition. Paris 1857.

980 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 408. Eder, Kultur der Begierde, 197.

981 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 409. Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 85.

982 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 14.

Schwerbegabte besucht.<sup>983</sup> Bestätigt wurde die Sexualdelinquenz als Unterschichtenproblem noch in Studien aus den 1990er Jahren.<sup>984</sup> Dass als Täter nur Männer in Frage kommen, wie Mittermaier meinte, und die „schwersten Sittlichkeitsverbrechen“ nur von Männern begangen werden können, wie Wulffen feststellte, traf zu, wenn der Referenzrahmen die Kategorie Geschlecht bildete. Innerhalb der Geschlechts-Kategorie ‚Mann‘ differenzierte sich die Täterschaft jedoch schichtspezifisch aus.<sup>985</sup> Der Mann der bürgerlichen Schicht blieb als Täter bei Sexualdelikten nicht absolut, aber generell ausgeschlossen.<sup>986</sup> Sexualdelinquenz erschien als ein Problem der Unterschicht. Gezeichnet wurde in diesem Diskurs die Vorstellung des Kindes als billiges ‚Ersatzobjekt männlicher Triebabfuhr‘, die vor allem bei der Unterschicht zu finden war.

Als weitere Ursachen dieser Delinquenzform wurden Alkohol, ‚Altersblödsinn‘, Vagabundieren nach Abstinenz oder Kinderarbeit in der Fabrik angenommen.<sup>987</sup> Zu finden war sie gemäss Kronfeld aber auch bei Personen mit einer „abnormen Sexualkonstitution oder einer abnormen allgemeinen seelischen Disposition“ sowie bei „Psychopathie, Oligophrenie und psychischem oder psychosexuellem Infantilismus.“ Es seien Menschen, die sich stark durch exogene Momente affektiv und triebmässig leiten liessen, beschrieb Kronfeld die Täter.<sup>988</sup> Wyrsh zeichnete den Pädophilen in den 1940er Jahren dann als einen, der sich im Bewusstsein seiner Minderwertigkeit nicht an die reife, erfahrene Frau heranwage und sich deshalb an das unerfahrene Kind halte. Oft zu beobachten sei dies beim ‚Senilen‘.<sup>989</sup> Es sind ähnliche ‚Täterprofile‘ wie beim Exhibitionisten. Einerseits der ‚geistesschwache‘ Pädophile mit einer ‚unkontrollierbaren Triebhaftigkeit‘, der, nicht zur Selbstkontrolle fähig, ‚Opfer‘ seines Triebes wird. Und andererseits der ‚psychosexuelle infantile Psychopath‘ mit Charakter- und auch Potenzdefiziten, der ‚defizitäre‘ Mann.

Die Problematik der Pädophilie war um die Jahrhundertwende ein janusköpfiges, und damit auch ambivalentes Phänomen. Dies war gegeben durch die Figur des jungen, pubertierenden Mädchens als potentielle ‚Verführerin‘. Denn die Frage der Pädophilie und des Inzests drehte sich stark um das junge, minderjährige, doch in seiner Sexualität erwachende Mädchen. Dieses – meistens bürgerliche – Mädchen war in seiner sexuellen ‚Reinheit‘ und ‚Unversehrtheit‘ unbedingt zu schützen. Daneben gab es aber auch das sittlich

---

983 Wyss, Unzucht mit Kindern, 21.

984 Wetzels, Gewalterfahrungen, 32.

985 Mittermaier, Sexualdelikte, 709.

986 Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 209.

987 Bloch, Das Sexualleben, 660.

988 Kronfeld, Pädophilie, 543.

989 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 207.

‚verdorbene‘ Mädchen, die ‚schamlose‘ sexuelle Verführerin‘.<sup>990</sup> Mit der Figur der ‚Verführerin‘ wurde vor allem die Sexualität der Mädchen aus der Unterschicht in spezifischer Weise problematisiert. Verursacht durch den proletarischen Haushalt, in dem die Mädchen sittlich „verderben“, zeigten sie sich dann gemäss Wulffen oft als „schamlose Verführerinnen“.<sup>991</sup> Das Bild des Kindes als ein ‚Verführendes‘ – damit waren vor allem Mädchen gemeint – prägte den Diskurs und den Umgang mit der Pädophilie. Dass der Anreiz oft von den Kindern ausgehe, davon waren viele Experten überzeugt. Und Wyss verwies noch 1967 auf eine Studie hin, laut der „31% Mädchen und 28% Knaben, die in Unzuchtsdelikten mit Erwachsenen verwickelt waren, als für diese Ereignisse initiativ zu bezeichnen“ seien.<sup>992</sup> Das Kind (Mädchen) als ein ‚Verführendes‘ bildete denn auch den Kern der juristischen Debatte um die Frage des Schutzes.

Im Gegensatz zur Psychiatrie, in der auch die Pädophilie nur ein Randthema bildete, hatte der Staat den Schutz der Sexualität von Kindern im 19. Jahrhundert zu einer wichtigen Aufgabe erkoren. Der erweiterte Schutz von Kindern bildete ein Merkmal der modernen Strafgesetzgebung.<sup>993</sup> Dabei wurden um die Jahrhundertwende die sittliche Erziehung der Kinder und ihre körperliche Unversehrtheit mit sozialdarwinistischen und eugenischen Vorstellungen verknüpft: Eine gesunde Jugend sei die Grundlage einer starken Nation. Sie galt als Hoffnung einer zunehmend als krisenhaft und degeneriert wahrgenommenen Gesellschaft.<sup>994</sup> Da Kinder nicht nur als Opfer ‚verabscheuungswürdiger‘ Taten, sondern auch als ‚verdorbene Verführerinnen‘, das heisst als Täterinnen, in Erscheinung treten konnten, war unklar, wie lange das Kind zu schützen war.<sup>995</sup>

Sollte das Schutzesalter von der Geschlechtsreife abhängig gemacht werden oder war es durch eine feste Altersgrenze festzulegen? Da der Zeitpunkt der „erwachenden Geschlechtsreife“ von den Medizern und Juristen als besonders gefährlich erachtet wurde, entschied man sich für eine feste Altersgrenze. „Die Rücksichtnahme auf die sittliche Schwäche des Kindes über die erste Zeit nach Erlangung der geschlechtlichen Reife“ sowie die altersmässig unterschiedlich eintretende Geschlechtsreife waren ausschlaggebend für die Anhebung der Schutzesaltersgrenze auf 16 Jahre hielt der Jurist Rüegg fest.<sup>996</sup> Die Historikerin Hommen interpretierte den Entscheid damit, dass trotz der anhaltenden

---

990 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 409.

991 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 409.

992 Bloch, Das Sexualleben, 660.

993 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 48.

994 Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 56.

995 Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 85.

996 Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 87. Hafer, Schweizerisches Strafrecht, 129. Mittermaier, Wolfgang: Verbrechen wider die Sittlichkeit. 1–216. In: Karl Birkmeyer (Hg.): Vergleichende Darstellung des Deutschen und Ausländischen Strafrechts. Vorarbeiten zur Deutschen Strafrechtsreform. Bd. 2. Berlin 1906. 120.

„Verführerinnen“-Debatte letztlich der Schutz der Jugend als wichtiger erachtet worden sei als ein Verständnis für die Schwäche des männlichen Geschlechts.<sup>997</sup> Sie weist in ihrer Studie darauf hin, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen, wie er um die Jahrhundertwende im Kaiserreich debattiert wurde, weniger von den Bedürfnissen der zu Schützenden als von den Interessen der bürgerlichen Gesellschaft ausging. Die körperlichen und seelischen Folgen für die Kinder seien zwar konstatiert, aber als geringer erachtet worden als die moralischen Gefahren, die für die Gesellschaft entstanden. Die Verfolgung ‚unzüchtiger Handlungen‘ an Kindern habe vor allem dazu gedient, ‚Zucht und Sitte‘ als moralisches Fundament des Staates aufrechtzuerhalten.<sup>998</sup> Diese für das deutsche Kaiserreich gemachte Beobachtung traf für das schweizerische Strafgesetzbuch, das 1942 in Kraft trat, jedoch nicht (mehr) zu.

In der Schweiz wurde der Tatbestand der „Unzucht mit oder an Kindern“ im Rahmen der Vereinheitlichung der kantonalen Strafrechte diskutiert. Es war die „sittliche Schwäche“ und die „körperliche Unreife“, die „bei jedem gesunden Menschen den geschlechtlichen Angriff auf Kinder als etwas Unnatürliches und Abscheuliches erscheinen“ lasse, meinte der Jurist Mittermaier.<sup>999</sup> Wobei der Begriff „Angriff“ bei dieser Deliktform irreführend sei, denn Gewalt, Drohung oder List könne es nicht geben, da die Kindern dem Angreifer keinen Willen entgegensetzen könnten.<sup>1000</sup> Da dem Kind kein freier Wille zugesprochen wurde und wegen seiner mangelnden Einsichts- und Urteilsfähigkeit, konnte es zwischen ihm und Erwachsenen (Männern) auch nicht zu konsensuellen geschlechtlichen Handlungen kommen. Gewalt war daher keine Voraussetzung für den Missbrauch von Kindern.<sup>1001</sup> Es wurde davon ausgegangen, dass sie sowohl körperliche wie auch moralische Schäden von einem „sexuellen Angriff“ davontrügen, „moralisch verderben“ und auf die „Verbrecherbahn“ geraten könnten. „Unzüchtige Handlungen“ mit Kindern gelten rechtlich als Missbrauch.<sup>1002</sup> Im Vordergrund der Gesetzgebung habe die Schutzbedürftigkeit des geschlechtlich noch nicht entwickelten Menschen gestanden, hielt der Rüegg fest.<sup>1003</sup> Daher könne selbst ein „äusserlich als Einwilligung erscheinendes Verhalten“ nicht als Einwilligung gewertet werden.<sup>1004</sup> Mit dem StGB von 1942 lag bei Übergriffen die Verantwortung rechtlich alleine beim Erwachsenen. Eine kindliche ‚Verführung‘ war ausgeschlossen. Dies machte der Begriff Missbrauch deutlich, der das Machtgefälle der Beziehung implizierte. Den Schutz der

---

997 Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 55.

998 Hommen, Sittlichkeitsverbrechen, 60.

999 Mittermaier, Wolfgang: „Der bedingte Straferlass. Bericht an die Justizdirektion des Kantons Bern. 31–92. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Jg. 16. Bern 1903. 88.

1000 Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 82. Hafter, Schweizerisches Strafrecht, 117.

1001 Wulffen, Sexualverbrecher, 444.

1002 Rüegg, Die unzüchtige Handlung. 80–81, 90–92.

1003 Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 82.

1004 Rüegg, Die unzüchtige Handlung, 91, 100.

Kinder regelte das StGB in Artikel 191 Ziffer 1: „Wer ein Kind unter sechzehn Jahren zum Beischlaf oder zu einer ähnlichen Handlung missbraucht, wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.“ Weiter hielt der Artikel fest, dass dieser Missbrauch härter zu bestrafen sei, wenn er im Rahmen eines Abhängigkeitsverhältnisses erfolgte. Dann sei eine Zuchthausstrafe nicht unter zwei Jahren zu verfügen. Ziffer 2 des Artikels schrieb vor: „Wer mit einem Kinde unter sechzehn Jahren eine andere unzüchtige Handlung vornimmt, wer ein solches Kind zu einer unzüchtigen Handlung verleitet, wer eine unzüchtige Handlung vor einem solchen Kinde vornimmt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.“ Auch bei diesem Straftatbestand wirkte sich das Abhängigkeitsverhältnis strafverschärfend aus. Die Strafen für die Tatbestände nach Artikel 191 Ziffer 1 und Ziffer 2 wurden mit der Revision von 1950 etwas gelockert. Strafmildernd wirkte sich aus, wenn der Täter in der „irrigen Vorstellung, das Kind sei mindestens sechzehn Jahre alt“, handelte. Dies betraf vor allem Mädchen, da homosexuelle Handlungen bis zur Volljährigkeit kriminalisiert blieben.<sup>1005</sup> Die Artikel 192 und 193 bildeten einen erweiterten Jugendschutz, der festhielt, dass auch ‚Unzucht‘ mit Abhängigen über sechzehn Jahren strafbar war. Hier war das Abhängigkeitsverhältnis der ausschlaggebende Aspekt der Strafbarkeit. Artikel 194 kriminalisierte gleichgeschlechtliche Handlungen mit einer unmündigen Person ab dem sechzehnten Altersjahr bis zur Mündigkeit. Bis zum sechzehnten Lebensjahr galt ein absoluter Schutz des Geschlechtslebens. Danach galt der Schutz nur noch bei sexuellen Handlungen mit Abhängigen und homosexuellen Handlungen zwischen Minderjährigen und Erwachsenen.<sup>1006</sup> Männliche Jugendliche wurden mit dem Gesetz bis zu ihrer Volljährigkeit vor gleichgeschlechtlichen Handlungen geschützt. Das „Gesetz will nicht widernatürliche Unzucht als solche bestrafen, vielmehr will es die Jugend davor bewahren, durch Homosexuelle auf Abwege gebracht und dadurch möglicherweise auf Lebenszeit in der natürlichen Entwicklung geschädigt zu werden“, wurde im Strafurteil von Walter H. ein Urteil des Bundesgerichts zitiert.<sup>1007</sup> Dieser rechtlichen Konzeptualisierung liegt die Vorstellung zu Grunde, dass Homosexualität als durch Verführung verursacht sowie einzig der heterosexuelle Verkehr als ‚natürlich‘ anzusehen sei. Homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen hingegen waren mit dem StGB schweizweit entkriminalisiert

---

1005 Härdy, Handkommentar, 109. Die Ziffer 3 des Artikels, behandelt noch den Straftatbestand, wenn er unter der ‚irrigen Vorstellung, das Kind sei mindestens sechzehn Jahre alt‘ handelte.

1006 Hafer problematisierte die absolute Setzung des Schutzalters. Hafer, Schweizerisches Strafrecht, 129–131.

1007 15.11.1946 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.



worden.<sup>1008</sup> In Basel waren homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen bereits 1919 im Rahmen einer Revision des Strafgesetzes entkriminalisiert worden.<sup>1009</sup>

### **‚Der Exhibitionist‘ und ‚der Pädophile‘: An ihrer Potenz gescheiterte Männer**

Während in der Justiz der Schutz der ‚kindlichen Sexualsphäre‘ als wichtiges Rechtsgut in die Strafrechte des 19. und 20. Jahrhunderts übernommen wurde, blieben in der Psychiatrie Pädophilie und Exhibitionismus ein Randthema. Der Umgang mit ihnen orientierte sich – ohne dies explizit zu machen – an der Sexualtheorie von Freud.<sup>1010</sup> Dieser postulierte, dass die Auslösung und Entladung der Sexualspannung in natürlichster Weise im Geschlechtsakt geschehe.<sup>1011</sup> Und als entscheidender Vorgang galt die männliche Ejakulation.<sup>1012</sup> Mit der Sexualtheorie von Freud hatte der ‚normale‘ Sexualakt eine wissenschaftliche Grundlage erhalten. Im Fokus standen dabei Phallus und Potenz, die zu den wirkungsmächtigen Insignien einer hegemonialen Männlichkeit des 20. Jahrhunderts wurden.

Das Sexualstrafrecht, das von einem aggressiven männlichen Geschlechtstrieb ausging, war geschlechtsspezifisch strukturiert, indem für spezifische Formen der Delinquenz wie Exhibitionismus und Pädophilie vorwiegend Männer in Frage kamen. Schichtspezifisch strukturiert war es, weil beide Formen der Delinquenz als Problem der Unterschicht konzeptualisiert wurden. Sie wurden als durch die sozialen Umstände bedingte Ersatzhandlungen männlicher Triebabfuhr diskursiviert, aber auch als sexuelle Perversionen ‚Abnormer‘, ‚Geistesschwacher‘ und ‚Seniler‘. Die Rezeption der Freud’schen Sexualentwicklung mit dem heterosexuellen Geschlechtsakt als Ziel des Geschlechtsverkehrs und dem Phallus als Symbol von Mann und Männlichkeit prägten dann das Bild des Pädophilen und des Exhibitionisten nachdrücklich. Die vom ‚normalen Geschlechtsakt‘ abweichende Sexualhandlung wurde zur Manifestation der Täterpersönlichkeit. Aus der anfänglichen Vielfalt psychiatrischer Erklärungsversuche kristallisierten sich zwei dominierende Erklärungsstränge heraus: Der ‚Geistesschwache‘, der wegen seines ‚schwachen‘ Intellekts nicht fähig war, seine ‚Triebhaftigkeit‘ zu kontrollieren. Und die Figur des ‚schwachen Mannes‘, der intellektuell zwar normal war, sich aber ‚schwach‘ in seinem ‚Willen‘, ‚schwach‘ in seiner Persönlichkeit und vor allem ‚schwach‘ in seiner Potenz zeigte. Die medizinische Codierung dieser ‚Schwäche‘ lautete ‚infantil‘,

---

1008 Härdy, Handkommentar, 108. Und Hafter, Schweizerisches Strafrecht, 117. Mit dem Code Napoléon wurde, wo er wirksam wurde, die Strafbarkeit der Homosexualität zwischen Erwachsenen abgeschafft. In Basel war die Homosexualität zwischen Erwachsenen im Rahmen der Strafrechtsreform von 1919 bereits abgeschafft worden. <http://schwulengeschichte.ch/epochen/2-weg-zur-selbstbestimmung/zeittafel/> (13.03.2013).

1009 Zur kantonalen Gesetzgebung vor 1942 siehe Schlatter, „Merkwürdigerweise bekam ich Neigung zu Burschen“, 412.

1010 Sigusch, Geschichte der Sexualwissenschaft, 261.

1011 Bloch, Das Sexualleben, 48.

1012 Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis, 20.

‚psychosexuell infantil‘, ‚willensschwach‘, und ‚triebschwach‘. Die Delinquenz galt zwar weiterhin als ‚Ersatzhandlung‘. Jedoch nicht mehr, weil kein geeignetes ‚Sexualobjekt‘ verfügbar war, sondern weil dem Delinquenten die normale sexuelle Befriedigung Probleme bereitete: Die Penetration. Seiner Macht versicherte sich der (schwache) Exhibitionist indem er wisse, wenn sich das Mädchen entrüstet abwende: „Sein Glied, das Symbol seiner Männlichkeit, wird beachtet und zugleich gleichsam gefürchtet“ hielt Staehelin fest.<sup>1013</sup> Der ‚potenzschwache‘ Mann konnte sich mit dem exhibitionistischen oder pädophilen Akt seiner Männlichkeit versichern. Mit ihren Delikten und ihrem Unvermögen stellten die Delinquenten die ‚heterosexuelle, penetrierende Männlichkeit‘ in Frage, beziehungsweise durch ihre Abgrenzung und indem sie als ‚Anormale‘ qualifiziert wurden, konnte über sie ‚normale‘ Männlichkeit hergestellt, bestätigt und sichtbar gemacht werden. Der Exhibitionist und der Pädophile wurden zu Repräsentanten einer doppelt ‚defizitären Männlichkeit‘: Defizitär in ihrer Potenz und defizitär in ihrer Persönlichkeit. Die Gefahr, die von diesen beiden Formen der Sexualdelinquenz, Pädophilie und Exhibitionismus, ausging, war ihr Verstoss gegen das Prinzip der heterosexuellen Partnerschaft und der Gemeinschaft.<sup>1014</sup> Sie bildeten eine der Gefahren, gegen die sich die Gesellschaft zu schützen hatte.<sup>1015</sup>

Praktisch keine Rolle im Diskurs um die kriminalpräventive Kastration spielte das Delikt der ‚Notzucht‘, der Vergewaltigung. Dies ist zuerst der einfachen Tatsache geschuldet, dass Vergewaltiger kaum je der psychiatrischen Begutachtung überantwortet wurden. Seitens der Justiz erschienen sie selten als abklärungsbedürftig. ‚Notzucht‘ findet sich auch nicht unter den sexuellen Perversionen. Ihre psychiatrische Thematisierung beschränkte sich meist darin, welche Zeichen als Beweis der Gewaltanwendung gerichtlich relevant und wie diese zu untersuchen waren.<sup>1016</sup> Diskutiert wurde sie auch in Zusammenhang mit Abtreibung: Ob die Frucht einer Vergewaltigung legitim abgetrieben werden dürfe oder nicht.<sup>1017</sup> Die fehlende Abklärungsbedürftigkeit lag in der Art des Deliktes: Es war kongruent mit dem ‚normalen‘ Geschlechtsakt, dem aus Sicht der Psychiater natürlicherweise ein aggressives Moment innewohnte. „Der Mann liegt mit seiner Körperschwere über dem Leibe des Weibes; das Stossen der Geschlechtsbewegung beim Manne und auch beim Weibe ist latente oder offenbare Gewaltanwendung“, beschrieb Wulffen den Akt und bestätigte zugleich, welche Form der Sexualität ‚normal‘ war.<sup>1018</sup> Schon der leidenschaftlichen Umarmung, den heftigen Küssen, der Leidenschaft überhaupt lag eine gewisse Gewalttätigkeit inne. Sie manifestierte sich bereits in der Anbahnung des Geschlechtsverkehrs, wenn der Ehemann, der „den

---

1013 Staehelin, Exhibitionisten, 482.

1014 Wyss, Unzucht mit Kindern, 2.

1015 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 14.

1016 Bloch, Das Sexualleben unserer Zeit, 709.

1017 Bloch, Das Sexualleben unserer Zeit, 709.

1018 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 441.

ehelichen Verkehr zu stürmisch begehrt und die Gattin sich zurückhält, aber durch Drohungen, ja Schlagen gezwungen wird“, wie Krafft-Ebing das Anrecht auf Befriedigung beschrieb.<sup>1019</sup> Und Freud vertrat die Auffassung, dass, wenn die (männliche) ‚Werbung‘ nicht genügte, es galt, den Widerstand des (weiblichen) ‚Sexualobjektes‘ zu überwinden.<sup>1020</sup> Die sexuelle Anbahnung erschien als ein Spiel zwischen Widerstand und Überwinden des Widerstands. Die Notzucht unterschied sich einzig im Mass der Anwendung von Gewalt vom ‚normalen‘ Geschlechtsverkehr. Ziel der ‚Notzucht‘ war der Vollzug des ‚normalen‘ Sexualaktes, die männliche Penetration des gegengeschlechtlichen, erwachsenen ‚Sexualobjekts‘. In diesem Sinne verletzte der ‚Notzüchter‘ zwar das Recht der sexuellen Selbstbestimmung der Frau, nicht aber die ‚Normen der Männlichkeit‘. Er zeigte sich als potent, und im die Frau penetrierenden Akt versicherte er sich seiner Männlichkeit.

Erst Ende der 1960er Jahren erlangte der Tatbestand der Vergewaltigung grössere Aufmerksamkeit, als es der Frauenbewegung gelang, im Kontext des ‚sexuellen Aufbruchs‘ sexuelle Gewalt zu skandalisieren und als wichtiges öffentliches Thema zu positionieren. Im Vordergrund stand die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder. Angeklagt wurden die patriarchalen Strukturen und die ‚Normalität‘ männlicher Aggression, die diese Form der Gewalttätigkeit als praktisch ‚normal‘ erst ermöglichte. Der Frauenbewegung gelang es, die Problematisierung der sexuellen Gewalt mit Interessen anderer Akteure zu verknüpfen und damit ihren Forderungen grössere Durchschlagskraft zu verleihen. Unter anderem konnten die medizinischen und psychologischen Professionen ihre Tätigkeitsbereiche ausweiten. Im Strafrecht setzten sich diese Forderungen mit entsprechenden Reformen seit den späten 1970er Jahren durch.<sup>1021</sup> Es wurde vermehrt beobachtet und untersucht, ob im Strafrecht selbst, der Strafverfolgung und der Verurteilung das meist weibliche Opfer angemessen und sensibel behandelt wurde und nicht eine Exkulpation der Täter erfolgte, wie sie den ‚Verführerinnen-Debatten‘ um 1900 zu Grunde lagen. In Zusammenhang mit der Verbesserung der Stellung der Frau im Recht und vor dem Richter bei einer Vergewaltigung rückte auch der sexuelle Missbrauch von Kindern in den Fokus der Aufmerksamkeit. Diese Form der Delinquenz wurde noch in den 1950er Jahren vor allem ‚psychisch abnormen‘, ‚impotenten‘ und oft durch das Kind ‚verführten‘ Tätern aus dem weiteren Sozialbereich zugeschrieben.<sup>1022</sup> Allmählich wurde die Täterschaft auch als im sozialen ‚Nahraum‘ des Kindes präsent erkannt. Väter, Verwandte und Bekannte, Erziehungsberechtigte und auch Priester wurden als Täter entlarvt und Männer vermehrt zu potentiellen Tatverdächtigen.<sup>1023</sup>

---

1019 Krafft-Ebing, *Psychopathia sexualis*, 16. Auflage, 128.

1020 Freud, *Abhandlungen*, 143.

1021 Brownmiller, Susan: *Against Our Will. Men, Women and Rape*. New York 1975

1022 Wyss, *Unzucht mit Kindern*, 34.

1023 Seifert, *Der Umgang mit Sexualstraftätern*, 59–60.

Die Familie, bis dahin der sichere, schützende Ort für Kinder, wurde zur Gefahrenzone.<sup>1024</sup> Aus dem durch seine Sexualität sich selbst gefährdenden Kind der Aufklärung, das von seinem Umfeld permanent zu überwachen war, wurde das durch sein Umfeld gefährdete Kind der Postmoderne.<sup>1025</sup> Zu überwachen ist nun sein Umfeld, insbesondere das Männliche. Als in den 1990er Jahren Einzelfälle von Kindsmorden, als Sexualmorde medial bewirtschaftet, grosse Empörung hervorriefen, waren die Behörden gezwungen zu handeln. Einzelfälle legitimierten jetzt die Verschärfung der Strafnormen und die Forderung, Sexualstraftäter „für immer wegzuschliessen“.<sup>1026</sup> Die Pädophilen wurden zu den ‚Monstern‘ der Moderne.<sup>1027</sup> ‚Pädophilie‘, wie der Straftatbestand ‚Unzucht mit Minderjährigen‘ meist bezeichnet wird, ist jedoch ein ungenauer Begriff. Meist wird darunter ein ‚primäres sexuelles Interesse an oder Neigung zu Kindern‘ verstanden.<sup>1028</sup> Während ‚Pädophilie‘ ‚lediglich‘ die erotisch gefärbte Zuneigung zu Kindern beschreibt, handelt es sich bei konkreten sexuellen Handlungen um Missbrauch im Sinne des Gesetzes. Inzwischen hat sich jedoch ‚Pädophilie‘ zu einem Begriff mit weitreichender Deutungsmacht transformiert.<sup>1029</sup>

#### **4.4 Die ‚Wahrheitsfindung‘**

##### **Das psychiatrische Gutachten**

In Kapitel 4.2 habe ich bereits beschrieben, wie die psychiatrischen Gutachten formal aussehen und wo sie archiviert sind. Im Weiteren möchte ich nun vertieft auf die Herstellung und die Funktion von Gutachten eingehen. Das psychiatrische Gutachten ist eine Auftragsarbeit. Es wird von der Justiz angeordnet und von der Psychiatrie ausgeführt und funktioniert als ‚verschriftlichte‘ Schnittstelle zwischen den beiden Behörden. Entsprechend ist dieses Aktenstück sowohl in den juristischen Fallakten wie auch im Krankendossier der Psychiatrie abgelegt. In den Gerichtsakten ist der Anlass der Begutachtung dokumentiert, in

---

1024 Seifert, Der Umgang mit Sexualstraftätern, 60–61.

1025 Foucault, Der Wille zum Wissen, 56–57. Bauman, Über den postmodernen Gebrauch der Sexualität, 43.

1026 Seifert, Der Umgang mit Sexualstraftätern, 62. Lautmann, / Klimke, Machtwechsel, 126–127. Obergfell-Fuchs, Joachim: Die Veränderung der polizeilichen Tätigkeit im Umgang mit Sexualstraftätern. 325–337. In: André Kuhn et al (Hg.): Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafrecht aus internationaler Perspektive. Festschrift für Martin Killias zum 65. Geburtstag. Bern 2012. Zur Schweiz vgl. Albrecht, Peter: Wirklich lebenslänglich? An den Grenzen legitimer Freiheitsstrafen. 809–822. In: André Kuhn et al (Hg.): Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafrecht aus internationaler Perspektive. Festschrift für Martin Killias zum 65. Geburtstag. Bern 2012.

1027 Heim, Die Kastration, 3–5. Auch Heim, Operation „Triebtäter“.

1028 Stöckel, Matthias: Pädophilie: Befreiung oder sexuelle Ausbeutung von Kindern. Fakten, Mythen, Theorien. Frankfurt a/M 1998. 12. In den 1970er Jahre kam es zu einer ‚Pädophilenbewegung‘, die die Erforschung dieses Phänomens verlangte und die Streichung der entsprechenden Gesetzesartikel. Bekannt ist die Unterstützung einzelner Mitglieder der ‚Grünen Partei‘ in Deutschland, die jetzt teilweise auf sie zurückfallen. In den Fokus geriet dabei Daniel Cohn-Bendit. <http://www.srf.ch/sendungen/sternstunde-philosophie/zu-den-paedophilie-vorwuerten-gegen-daniel-cohn-bendit> (12.04.2014) <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cohn-bendits-paedophile-aeusserungen-danys-phantasien-und-traume-12164560.html> (12.04.2014).

1029 Dannecker, Martin: Sexueller Missbrauch und Pädosexualität. 295–299. In: Volkmar Sigusch: Sexuelle Störungen und ihre Behandlung. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2007. 295. Maisch, Familiäre Sexualdelinquenz, 84–104. Unter dem Begriff ‚Pädophilie‘ ist ein breites Spektrum von Handlungen subsumiert. Es handelt sich jedoch immer um ein Verhältnis zwischen einem Erwachsenen und einem Kind. Stöckel, Pädophilie, 12.

ihnen wird auch der Stellenwert des psychiatrischen Gutachtens innerhalb des Strafverfahrens deutlich. Innerhalb des psychiatrischen Krankendossiers dokumentiert das Gutachten den Aufenthalt beziehungsweise die Begegnungen der Patienten mit der Psychiatrie. In der psychiatrischen Krankengeschichte ist es meist als Kopie ohne die Unterschrift des Gutachters abgelegt.<sup>1030</sup>

Das psychiatrische Gutachten ist formal nach vorgegebenen Regeln aufgebaut. Die erste Seite enthält oben links den Briefkopf, und rechts das Datum. Unter dem Briefkopf befindet sich der Adressat des Schreibens. Eröffnet wird das Gutachten mit dem juristischen Auftrag. Es folgen die biographischen Angaben des Delinquenten und der oder die angeklagte/n Tatbestand/-bestände. Weiter ist die Fragestellung der Justiz aufgelistet. Die Fragen orientierten sich dabei am Wissensbedürfnis der Justizbehörden.<sup>1031</sup> Daran anschliessend folgen die Angaben, welche Unterlagen und Informationen der Gutachter für die Erstellung des Gutachtens verwendet hat. Während die erste Seite des Gutachtens streng formal strukturiert ist, enthalten die weiteren Seiten nur mehr einen thematisch strukturierten Fliesstext und die Seitenzahlen. Auch wenn die verschiedenen Teile des Fliesstextes nicht immer gleich bezeichnet und teilweise ohne Zwischenüberschriften gegliedert sind, bleibt sich der thematische Aufbau des Textes gleich. Beginnend mit der ‚Vorgeschichte‘, der Anamnese, wurde auf die familiären Verhältnisse sowie die Schul- und Berufsausbildung eingegangen. Bei den Sexualdelinquenten folgten dann ausführliche Angaben zur sexuellen Entwicklung, den sexuellen Erfahrungen und dem Sexualverhalten. Die erhobenen Informationen dienten dem Gutachter dazu, die für die Justiz zentrale Frage der Zurechnungsfähigkeit des Delinquenten zu beantworten. Oft gab er noch eine Prognose ab und/oder empfahl eine Massnahme. Erstgutachten umfassen in der Regel zwischen 15 und 30 Seiten. Zweit- und Drittgutachten sind meistens viel kürzer gehalten. Weniger formal strukturiert umfassten sie etwa zwei bis drei Seiten. Darin wurde immer wieder auf bereits ‚Bekanntes‘ aus dem oder den vorherigen Gutachten verwiesen. Nur wenn sich für die juristische Beurteilung des Falles wichtige neue Erkenntnisse ergaben, wurden diese wieder ausführlicher dargestellt. Die Struktur der Gutachten blieb im Untersuchungszeitraum gleich.

Dem Richter diene das Gutachten als Entscheidungsgrundlage, ohne dass er zwingend verpflichtet war, sich an die darin enthaltenen Beurteilungen zu halten. Um eine Massnahme wie Verwahrung oder Internierung anordnen zu können, war die Justiz meist auf die psychiatrische Kooperation und ihre Beurteilung angewiesen, da dies gesetzlich vorgeschrieben war. Die Beurteilung der ‚Geisteszustandes‘ als ‚vermindert‘ oder

---

1030 Im Gegensatz dazu hat Urs Germann in der psychiatrischen Klinik Gutachten gefunden, die Zeichen mehrmaliger Überarbeitung zeigten. Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 209.

1031 Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 211.

„unzurechnungsfähig“ und die charakterliche Qualifizierung des Delinquenten als „gemeingefährlich“ bildeten eine der Grundlagen für die richterliche Entscheidung. Da dem Gutachten in der kriminalpräventiven Praxis zentrale Bedeutung zukam und es unterschiedliche Wirkungen entfalten konnte, werde ich auf seine Herstellung und seine Funktionen anhand des Falles von Emil A., dessen Fall bereits die Einleitung dieser Arbeit bildet, nun genauer eingehen.

## **Vom Ereignis zum Gutachten**

Ich komme nochmals auf den Fall Emil A. zurück, dessen Lebenslauf, wie er sich in den psychiatrischen Gutachten darstellt habe ich bereits im Kapitel 4.1 geschildert. Im Folgenden möchte ich anhand dieses Falles – gestützt durch weitere Fälle –, vertieft auf die Herstellung und Funktionsweise psychiatrischer Gutachten eingehen und analysieren. Dabei greife ich auch bereits geschilderte Ereignisse im Leben von Emil A. nochmals auf und kontextualisiere sie.

Gegen Emil A. war erstmals 1933 eine Anzeige erstattet worden. Gemäss Artikel 118 der Strafprozessordnung in Basel war „jedermann befugt, begangene Verbrechen, die auf öffentliche Klage zu verfolgen sind, anzuzeigen“.<sup>1032</sup> Es war die Vermieterin, die ihn anzeigte. Sie hatte „Argwohn geschöpft“, als ein 11-jähriger Junge aus der Verwandtschaft bei ihm übernachtete.<sup>1033</sup> Was genau ihren Argwohn geweckt hatte und wieso sie die Anzeige tätigte, lässt sich aus den psychiatrischen Akten nicht erschliessen. Mit der Anzeige wurde aber das ‚Unbekannte‘, das nur Geahnte, das hinter der geschlossenen Tür vor sich ging und den Argwohn der Vermieterin weckte, ‚sichtbar‘ gemacht. Emil A. hatte jetzt zu erklären, was er im ‚Verborgenen‘ tat. Der Fall zeigt, dass, wie bei der Sexualdelinquenz generell, die Mitwirkungsbereitschaft der Opfer und des sozialen Umfeldes eine der Voraussetzungen war, um aus einem verbotenen vermeintlich ‚unsichtbaren Ereignis‘ im Alltag einen Fall für die Justiz zu machen.<sup>1034</sup> Oft waren es die Opfer selbst und bei Kindern deren Eltern, die die verbotenen Handlungen der Polizei zur Kenntnis brachten. Bei den exhibitionistischen Delikten konnten es auch zufällig anwesende Personen sein wie im Fall von Alfred N. Er wurde von Jugendlichen angezeigt, die beobachteten, wie er sich in der Birs badend vor Kindern auszog.<sup>1035</sup> Oder Josef D., der in einem Tea Room sitzend sein Glied unter dem Tisch entblösste. Er machte den am gegenüberstehenden Tisch sitzenden weiblichen Gast

---

1032 Strafprozessordnung Kanton Basel-Stadt vom 15. Oktober 1931.

1033 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907. Zur Anzeigepraxis siehe Dinges, Martin: Justiznutzung als soziale Kontrolle. 503–544. In: Andreas Blauert / Gerd Schwerhoff (Hg.) Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der vormoderne. Konstanz 2000.

1034 Härte, Karl: Policy und Strafjustiz. Gesetzgebung, Normdurchsetzung und Sozialkontrolle im frühneuzeitlichen Territorialstaat. Frankfurt a/M 2005. 861.

1035 07.10.1951 Gesprächsnotiz auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

auf sich und ‚sein Treiben‘ aufmerksam. Sie meldete es der Gerantin, die die Anzeige tätigte.<sup>1036</sup> Der Exhibitionismus sei zwar weit verbreitet, war Jurist Rossetti überzeugt, aber nur selten werde ein Fall angezeigt, da es vielen Frauen widerstrebe, Anzeige zu machen.<sup>1037</sup>

In der Meldung verschränkten sich gesellschaftliche Mechanismen der Sozialkontrolle mit formellen Prozessverfahren.<sup>1038</sup> Denn mit der Anzeige war die Polizei verpflichtet, eine spezifische, ihr zur Kenntnis gebrachten Handlung zu protokollieren. Dies war zugleich der erste Schritt in der Herstellung eines Falldossiers. Ob aus einem ‚Verdacht‘ wie bei Emil A. oder einer angezeigten ‚Handlung‘ wie in anderen Fällen ein strafrechtlicher Fall wurde, war zu diesem Zeitpunkt noch ungewiss. Häufig war der Täter unbekannt und musste zuerst aufgespürt werden. Oft sei es nur ein glücklicher Zufall, wenn dieser gefasst werde.<sup>1039</sup> Ein ‚geschickt‘ vorgehender Verbrecher sei oft kaum zu ergreifen und könne durch „sein jahrelanges, vergeblich verfolgtes Treiben grosse Teile der Bevölkerung in Angst“ versetzen, wird in einem späteren Urteil über Emil A. zu lesen sein.<sup>1040</sup> Doch zurück zur Anzeige von 1933. Mit ihr wurde ein spezifisches Ereignis – im Fall von Emil A. war es beim ersten Mal ein ‚Verdacht‘ gewesen – zum Gegenstand einer behördlichen Untersuchung. Das in einem alltäglichen Kontext Vorgefallene wurde dabei in die Logik des polizeilichen Aufschreibesystems übersetzt und verschriftlicht zu einem Vorfall transformiert.<sup>1041</sup> Dieser verpflichtete die Polizei, den Anschuldigungen nachzugehen. Ob sie dem tatsächlich nachkam, war wiederum von verschiedenen Aspekten abhängig. Durch die selektive Anwendung von Normen kam der Polizei als einer mit Macht ausgestatteten Kontrollinstanz eine wichtige Rolle bei der Frage zu, ob aus einem Vorfall eine Straftat wurde.<sup>1042</sup> So konnten sich geschlechtsspezifische Vorstellungen oder die Einschätzung der Relevanz der angezeigten Handlung darauf auswirken, ob die Polizei aktiv wurde oder den Fall ohne weitere Untersuchung abschloss.<sup>1043</sup> Abgeschlossen wurde ein Fall auch, wenn sich die

---

1036 17.10.1968 Gutachten PUP an Bezirksgericht Aarau. In: PUP, Akte Josef D., 1915.

1037 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 207.

1038 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 107.

1039 Rossetti, Strafrechtliche Bekämpfung des Exhibitionismus, 2.

1040 06.08.1941 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1041 Nellen, Stefan / Suter, Robert: Psychopathographien des Alltagslebens. Polizeiliche Aufschreibepraktiken im Vorraum der Psychiatrie. 49–62. In: Stefan Nellen / Martin Schaffner / Martin Stingelin (Hg.): Paranoia City. Der Fall Ernst B. Selbstzeugnis und Akten aus der Psychiatrie um 1900. Basel 2007. 50.

1042 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 77.

1043 Bei Sexualdelikten, insbesondere bei Vergewaltigungen, blieb die Anzeige oft bei der Polizei ‚hängen‘. Diese schützte eher den Mann gegen ‚grundlose Anschuldigungen‘ als den Anschuldigungen nachzugehen. Thomas, Sex Crime, 55. Oder Kury, Helmut: Wie werden Opfer von Straftaten gesehen? Zur Stigmatisierung von Verbrechenopfern. 418–444. In: Lamnek, Siegfried / Boatca, Manuela: Geschlecht – Gewalt – Gesellschaft. Opladen 2003. Auch Kahl, Thorsten: Sexualdelinquenz und Polizeiverhalten unter besonderer Berücksichtigung der Vergewaltigung. Marburg 1985. Rossetti kritisierte, dass die Auffassung weit verbreitet sei, dass es sich beim Exhibitionismus um eine ‚Lächerlichkeit‘ handle und bei der die Polizei die Mühe nicht auf sich zu nehmen brauche, sie zu untersuchen. Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 3.

Verdachtsmomente nicht erhärten liessen, oder wenn die Anzeige, wie bei Emil A. 1933, zurückgezogen wurde.<sup>1044</sup> Doch war dieser nun bei der Polizei in Zusammenhang mit einem Verdacht wegen ‚Unzucht mit Minderjährigen‘ registriert, der ‚Verdacht‘ dokumentiert und als Falldossier abgelegt. Er wurde Teil des behördlichen ‚Gedächtnisses‘. Der verschriftlichte Verdacht, dessen ‚Realität‘ ungewiss blieb, wird jedoch im späteren Gerichtsurteil noch Wirkung entfalten und „eine Realität nach sich ziehen, deren sie ein Teil ist“ wie Foucault es formulierte.<sup>1045</sup>

1941 kam es zu einer zweiten Anzeige gegen Emil A.. Die Polizei befand dieses Mal, dass „es der Mühe wert sei, den komplizierten Polizei- und Gerichtsapparat in Funktion zu setzen“. <sup>1046</sup> Ihre Aufgabe war es nun, den Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen an den Tag zu bringen. Das beinhaltete zunächst die Befragung des oder der Opfer. Weiter konnten Tatzeuginnen und Tatzeugen, Nachbarinnen und andere Personen aus dem sozialen Umfeld befragt werden. Ihre Aussagen wurden in direkter Rede protokolliert. So gab eine Nachbarin von Emil A. zur Auskunft: „A. ist ein sehr guter Kerl, aber willenslos. Er kann auch kleinlich und rachsüchtig sein. Gerüchteweise verlautete, dass er damals kleine Mädchen in seine Werkstatt genommen und dort ausgezogen habe. Er habe ihnen Schoggi gegeben. Näheres hierüber ist mir aber nicht bekannt.“<sup>1047</sup> In Gutachten flossen auch Gerüchte von Befragten ein. Diese wurden ebenfalls schriftlich festgehalten. Sie dienten dazu, ein spezifisches Bild des Angeschuldigten zu verdichten, Verdachtsmomente zu bestärken und letztlich eine kohärente Biographie herzustellen.

Die polizeilichen Untersuchungen ergaben im Fall von Emil A. genügend Evidenz und er wurde an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Der Prozess der Wahrheitsfindung wechselte damit den Kontext: Von der Polizei zur Justiz und damit auf die nächst höhere behördliche Hierarchiestufe.<sup>1048</sup> Die Staatsanwaltschaft entschied auf Grund der polizeilichen Erhebungen, ob sie Anklage erhob oder nicht. Gemäss §123 der Strafprozessordnung des Kantons Basel-Stadt war sie für das Ermittlungsverfahren zuständig.<sup>1049</sup> Um genügend Evidenz zu sammeln, standen der Behörde verschiedene Instrumente und Techniken zu Verfügung.<sup>1050</sup> Die vom Angeklagten zu verschiedenen Zeitpunkten gemachten Aussagen wurden auf Kohärenz und Stimmigkeit hin überprüft und mit den Aussagen von Betroffenen

---

1044 Wieso die Vermieterin die Anzeige zurückzog, lässt sich – wie bereits erwähnt –, aus den Psychiatrieakten nicht eruieren.

1045 Foucault, *Leben der infamen Menschen*, 14.

1046 Rossetti, *Die strafrechtliche Bekämpfung*, 3.

1047 Abschrift polizeiliche Befragung auf PUP-Akte. In: PUP, *Akte Emil A.*, 1905.

1048 Hommen, *Sittlichkeitsverbrechen*, 99.

1049 § 122, *Strafprozessordnung Basel-Stadt*, 46.

1050 Welche Instrumente der Polizei dabei zur Verfügung standen siehe Becker, Peter: *Dem Täter auf der Spur. Eine Geschichte der Kriminalistik*. Darmstadt 2005. Auch Becker, Peter / Wetzels, Richard F.: *Criminals and Their Scientists. The History of Criminology in International Perspective*. Cambridge 2006.



und von Zeugen verglichen. Der Tathergang wurde minutiös rekonstruiert und hatte zeitlich, lokal und rational nachvollziehbar zu sein. Mit verschiedenen technischen Untersuchungsinstrumenten wurde nach weiteren Spuren gesucht, um den Wahrheitsgehalt eines Geständnisses zu überprüfen oder Indizien zu sammeln, falls der Angeklagte nicht geständig war. Im Rahmen der Untersuchung verdichtete sich der Tathergang zu einer logisch abfolgenden und in sich stimmigen nachvollziehbaren Erzählung. Möglich war auch, dass sich der angeschuldigte Tatbestand nicht erhärten liess. Noch konnte die Anklage zurückgezogen oder abhängig von den Ermittlungen fallen gelassen werden.<sup>1051</sup> Im Fall von Emil A. ergaben die Untersuchungen jedoch einen „hinreichenden Verdacht“, um Anklage zu erheben.

### **Die Herstellung des psychiatrischen Gutachtens**

Im Rahmen der Ermittlung ordnete der Staatsanwalt bei Emil A. ein psychiatrisches Gutachten an. Die Begutachtung bildete dabei eine der möglichen Handlungsoptionen im Laufe eines Strafverfahrens und eröffnete zugleich weitere Handlungsmöglichkeiten.<sup>1052</sup> Als bezahlte Auftragsarbeit sollte es zur fallbezogenen Lösung beitragen. Ein Gutachten mit den darin enthaltenen Beurteilungen konnte für die Angeklagten weitreichende Konsequenzen haben. Welche Wirkungen es im Rahmen eines Strafverfahrens entfalten konnte, werde ich anhand der drei über Emil A. angefertigten Gutachten genauer aufzeigen. Der Auftrag für ein Gutachten konnte zu jedem Zeitpunkt während eines Verfahrens erfolgen: Wenn der Angeklagte als ‚auffällig‘ qualifiziert wurde, bei unklarem Tatmotiv oder als Strategie des Angeklagten, um eine Milderung der Strafzumessung zu erwirken.<sup>1053</sup> Die Selektion, wer sich einer psychiatrischen Begutachtung zu unterziehen hatte, lag im Ermessensspielraum der juristischen Akteure. Damit nahm die juristische Selektion den ‚ärztlichen Blick‘ vorweg und erweiterte ihn über die psychiatrische Anstalt hinaus.<sup>1054</sup> Durch die gesetzliche Verpflichtung, geistesranke Straftäter der Psychiatrie zuzuweisen – diese waren von Gesetzes wegen nicht schuldfähig und von einer staatlichen Bestrafung ausgenommen –, hatte sich in einem Lernprozess im Laufe des 19. Jahrhunderts und anfang des 20. Jahrhunderts der juristische Blick für ‚Anormales‘ geschärft.<sup>1055</sup> Die Erweiterung psychiatrischer Krankheitsbegriffe, die Schaffung eines unscharf definierten Bereiches der ‚Abnormitäten‘ und die Aufnahme ‚verminderter Zurechnungsfähigkeit‘ als strafrelevant führte im letzten Drittel des 19.

---

1051 Eine Anklage konnte zurückgezogen werden, wenn etwa die Glaubwürdigkeit eines Zeugen, einer Zeugin erschüttert wurde. Auf die Rolle und die Herstellung von Glaubwürdigkeit komme ich weiter unten noch zu sprechen.

1052 Das Gutachten bildete die Grundlage für die Anordnung einer Massnahme. Strasser, Psychiatrie und Strafrecht, 50.

1053 Der Richter soll nicht durch starre Regeln beschränkt werden, sondern ausschliesslich durch sein Verständnis für psychologische und psychiatrische Fragen, Bildung und Erfahrung eine psychiatrische Begutachtung anfordern. Zbinden, Die Bedeutung des psychiatrischen Gutachtens, 7.

1054 Nellen / Suter, Psychopathographien des Alltagslebens, 51.

1055 Schwerhoff, Aktenkundig und gerichtsnotorisch, 107–111.

Jahrhunderts zu einer Ausweitung der psychiatrisch-forensischen Tätigkeit. Mit der über das Konzept der ‚Zurechnungsfähigkeit‘ verknüpften psychiatrisch-juristischen Kooperation wurde ein Feld von ‚merkwürdigen Geisteszuständen‘ und ein weiterer Grenzbereich zur ‚Normalität‘ geschaffen, der einen beträchtlichen Ermessensspielraum zuließ. Wurde bei einem Sexualdelinquenten ein Gutachten angeordnet, bedeutete dies jedoch in den meisten Fällen den Beginn einer Pathologisierung des kriminalisierten Sexualverhaltens – und bestätigte damit, was die Psychiatrie bereits annahm: Dass spezifische Formen der Sexualdelinquenz ‚pathologisch‘ waren und nicht ‚normal‘ sein konnten.<sup>1056</sup> Ausschlaggebend für die Anordnung einer Begutachtung von Sexualstraftätern waren die Art der Delinquenz und die Rückfälligkeit. Nur selten war ‚auffälliges‘ Verhalten während des Ermittlungsverfahrens ausschlaggebend für eine Begutachtung. Abgesehen von jenen Fällen, die den Behörden bereits aus anderen Zusammenhängen bekannt waren, wurden die Sexualstraftäter von ihrem Umfeld generell als ‚unauffällig‘ und als ‚beruflich tüchtig‘ beschrieben. Eine von Emil A.s Freundinnen sagte aus, dass ihr an seinem Verhalten „weder in sexueller noch in anderer Beziehung etwas abnormes aufgefallen“ sei.<sup>1057</sup> Auch Emil A. führte abgesehen von seiner Sexualdelinquenz ein mehr oder weniger ‚normales‘ Leben.

Der juristische Auftrag strukturierte die Begutachtung durch eine spezifische, auf das juristische Erkenntnisinteresse ausgerichtete Fragestellung vor.<sup>1058</sup> Die lautete: „1. Ist der Angeschuldigte im Sinne von Art. 10 wegen Geisteskrankheit, Blödsinns oder schwerer Störung des Bewusstseins zur Zeit der Tat für die in Frage stehenden Delikte als unzurechnungsfähig zu betrachten? 2. Wenn nicht, ist er im Sinne von Art. 11 wegen Beeinträchtigung in seiner geistigen Gesundheit oder in seinem Bewusstsein im Zeitpunkt der Tat oder wegen mangelhafter geistiger Entwicklung als vermindert zurechnungsfähig zu betrachten?“<sup>1059</sup> Oft wurde der Gutachter auch gebeten, die Empfehlung für eine Massnahme abzugeben: „Erfordert der Zustand des Angeschuldigten im Falle der Bejahung der Fragen 1 oder 2 eine Verwahrung oder Behandlung in einer Heil- und Pflegeanstalt?“ Der Gutachter war angehalten, in seiner Antwort die medizinischen Informationen, Kategorien und Wissensstände in ‚rechtlich normative‘ Kategorien zu übersetzen. Trotz der Vorgabe, den Inhalt an den juristischen Bedürfnissen ausgerichtet zu formulieren, hatte die Antwort auch den wissenschaftlichen Kriterien der Psychiatrie zu genügen.

---

1056 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 110, 208.

1057 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1058 Der Staatsanwalt Zbinden hat das psychiatrische Gutachten als Teil der Sachbeweise (objektive Beweise) in den Konsequenzen der ‚subjektiven Tatbestandsaufnahme‘ zugehörig und den psychiatrischen Experte als Helfer definiert. Die Liste der Sachverständigen umfasst neben dem Psychiater auch Experten aus vielen anderen Bereichen. Zbinden, Die Bedeutung des psychiatrischen Gutachtens, 7.

1059 29. April 1946 Gutachten PUK an Staatsanwaltschaft. In: PUK, Akte Simon R., 1905.

Wie bereits erwähnt, beauftragte bei Emil A. der Staatsanwalt für das erste Gutachten nicht die psychiatrischen Anstalten, sondern den für die Gerichts- und Polizeimedizin zuständigen Gerichtsarzt.<sup>1060</sup> Der § 31 der Strafprozessordnung des Kantons Basel-Stadt schrieb vor, dass bei medizinischen Fragen der Gerichtsarzt als gesetzlicher Sachverständiger beizuziehen sei. „Für die Erstattung irrenärztlicher Gutachten kann an Stelle des Gerichtsarztes ein Spezialarzt als Sachverständiger bestimmt werden.“<sup>1061</sup> Die Justiz anerkannte zwar die Expertise der Psychiatrie, sie war aber nicht zwingend vorgeschrieben. Der Gerichtsarzt war auch ohne psychiatrische Ausbildung befugt, ein Gutachten über die Zurechnungsfähigkeit eines Delinquenten zu verfassen.<sup>1062</sup> Wieso der Staatsanwalt in diesem spezifischen Fall eine Begutachtung anordnete, hielt der Gerichtsarzt im Gutachten nicht fest. Einen Hinweis gibt jedoch die in der Krankenakte festgehaltene Abschrift des Gerichtsurteils. In diesem hob der Richter den „ausserordentliche[n] und in der bisherigen Praxis des Strafgerichts kaum bekannte[n] Umfang der dem Angeklagten zur Last fallenden Verfehlungen gegenüber Kindern“ hervor. Und weiter, dass Emil A. „nicht einmal vor dem als besonders niedrig zu qualifizierenden Ablecken der Genitalien der Kinder zurückgeschreckt“ sei.<sup>1063</sup> Die Anzahl sowie die Art der Sexualhandlungen überschritten den Bereich einer ‚deliktischen Normalität‘.

Mit der Anordnung eines Gutachtens kam es im Prozess der Wahrheitsfindung zu einem erneuten Wechsel des ‚Rahmens‘. Während bei der juristischen Ermittlung die Tat und die Rekonstruktion des Tathergangs im Fokus standen, rückte mit dem psychiatrischen Blick die ‚Wahrheit‘ des Täters, seiner Motive und seiner Persönlichkeit in den Vordergrund. In diesem Kontext der Wahrheitssuche ging es nun darum „seine Gedanken und Begehren, seine Vergangenheit und seine Träume, seine Krankheiten und Leiden“ an den Tag zu bringen.<sup>1064</sup> Die Aufgabe des Gutachters war eine doppelte, nämlich die ‚Wahrheit‘ über Emil A. herauszufinden und mit ihr das ‚Unverständliche‘ und ‚Merkwürdige‘ der Tat zu erklären und damit ‚verständlich‘ und ‚sinnvoll‘ zu machen. In diesem Sinne war die Begutachtung nicht nur ein ‚Ort der Wahrheitsfindung‘, ihr kam als ‚Ort der Sinngebung‘ zentrale, über den Fall hinausgehende Bedeutung zu. Denn die individualisierte psychiatrische Deutung und Erklärung des kriminellen Verhaltens hatte eine die Gesellschaft

---

1060 Im 19. Jahrhundert wurde im Rahmen der Reorganisation der Rechtspflege die Gerichtsmedizin im heutigen Sinne eingeführt. Der gerichtsärztliche Dienst wurde in Basel 1916 gegründet und 1925 mit dem Gerichtlich-Medizinische Institut institutionalisiert. <http://www.gesundheitsschutz.bs.ch/ueber-uns/institut-rechtsmedizin/geschichte.html> (14.05.2014).

1061 § 31, Strafprozessordnung Kanton Basel-Stadt (vom 15. Oktober 1931), 12.

1062 Die Frage, wer Gutachten über den ‚Geisteszustand‘ von Delinquenten verfassen durfte, war ein konstanter Streitpunkt zwischen verschiedenen medizinischen Disziplinen und der Justiz. Die Qualität der Gutachten wurde auch unterschiedlich beurteilt. Aebersold, Die Verwahrung und Versorgung, 34–38.

1063 06.08.1941 Abschrift Urteil des Strafgerichts Basel-Stadt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1064 Foucault, Der Wille zum Wissen, 76, 88.

entlastende Funktion.<sup>1065</sup> Unabhängig vom gesellschaftlichen Kontext wurde das Delikt als eine dem Individuum inne liegende ‚Problematik‘ erklärt und damit das soziale Umfeld zum ‚Verschwinden‘ gebracht. Da es die verwendeten Deutungsmuster ermöglichen, Rückschlüsse auf die ihnen zu Grunde liegenden Normvorstellungen zu machen, wird der individuelle Fall über diese wieder an die Gesellschaft zurückgegeben. Die Normvorstellungen der psychiatrischen Deutungsmuster beinhalteten insbesondere bei Sexualdelinquenten auch Normvorstellungen von Männlichkeit und männlicher Sexualität.

Der erste Schritt des Gerichtsarztes in der Herstellung des Gutachtens bestand darin, Informationen über Emil A. und sein Leben zu sammeln und zu ordnen. Innerhalb des behördlichen Netzwerkes wurde nachgefragt, ob in einer Institution bereits ein Dossier vorhanden war. Existierte ein solches, diente es, zusammen mit den Akten der Voruntersuchung sowie den Befragungen des Exploranden und Personen aus seinem Umfeld als Informationsquelle. Die psychiatrische Exploration, ein psychiatrisches Erkunden bestimmter Sachverhalte und Stimmungen mittels qualifizierter Gesprächsführung<sup>1066</sup> bildete eine diagnostische Methode, um das „Äussere“, die „Persönlichkeitseigenschaften“, die „Interessen“, die „Wertehaltungen“ und die „Denkweisen“ der zu begutachtenden Person zu untersuchen. Der Gutachter konnte sich einen „eigenen Eindruck“, ein „eigenes Bild“ vom Angeklagten machen.<sup>1067</sup>

Die ‚Exploration‘ war ein Ort der Selbstthematisierung. Der Soziologie Alois Hahn hat solche Orte als „Methode der geregelten Konfrontation mit sich selbst“ definiert und als „Biographiengeneratoren“ bezeichnet.<sup>1068</sup> Denn sich selbst zu thematisieren und zu ‚enthüllen‘, erforderte ein komplexes institutionelles Setting, wie die psychiatrische Exploration eines bildete.<sup>1069</sup> In diesem verknüpften sich institutionalisierte Formen des Bekenkens mit Techniken der Selbststeuerung. Dabei zeichnete sich die Exploration durch eine dreifach hierarchische Struktur aus: Der weitere Kontext des Strafverfahrens, das Experte–Laien-Verhältnis sowie die meist unterschiedliche Schichtzugehörigkeit mit ihrem jeweils spezifischen kulturellen und ökonomischen Hintergrund. In der Exploration sollte Emil A. nun zum Sprechen gebracht werden, um dem Gutachter und damit auch dem Richter durch seine Aussagen Einblick in seine ‚Seele‘ zu gewähren.<sup>1070</sup> Erwartet war eine ‚seelische

---

1065 Schulte, Regina: Das Dorf im Verhör. Brandstifter, Kindsmörderinnen und Wilderer vor dem bürgerlichen Gericht Oberbayern 1848–1910. Hamburg 1998. 91–92.

1066 Kubinger, Klaus D.: Psychologische Diagnostik. Theorie und Praxis psychologischen Diagnostizierens. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Göttingen 2009. 11.

1067 Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 497.

1068 Hahn, Alois: Identität und Selbstthematisierung. 7–24. In: Alois Hahn / Volker Kapp: Selbstthematisierung und Selbstzeugnis: Bekenntnis und Geständnis. Frankfurt a/M 1987. 7.

1069 Bublitz, Im Beichtstuhl der Medien, 57.

1070 Vismann, Akten, 231–232.

Selbstenthüllung', die Sigmund Freud als sublimierte Form des ‚Zeigetriebes‘, letztlich als eine Form des ‚Exhibitionismus‘ bezeichnet hatte. Als ‚Ort der Selbstenthüllung‘ diente sie der Wahrheitsfindung und umfasste sowohl die Ebene des Handelns wie auch des Fühlens, Denkens und der Phantasien. Der Blick wurde dabei auf die für die Psychiatrie relevanten Dimensionen des Lebens der Exploranden gelenkt.<sup>1071</sup> Da sich die Selbstthematizierung in diesem Kontext auf das weitere Geschehen auswirkte, war die Darstellung des Exploranden an seine Fähigkeit gebunden, sich mit den Augen der anderen – hier des Psychiaters, des Staatsanwaltes und des Richters – in Bezug auf die angeklagten Taten zu sehen. Es galt, ihren Blick beziehungsweise ihre Erwartungen zu antizipieren und sich entsprechend darzustellen. Für Emil A. ging es darum, zu wissen oder anzunehmen, was er offenbaren sollte und was nicht.<sup>1072</sup> Doch wie wusste er dies? Nach welchen Kriterien oder Massstäben richtete er seine Selbstdarstellung aus? Was leitete seine Antizipationen an? Denn seine Aussagen lassen sich nicht einfach als individuelle Imagination und Phantasie dessen interpretieren, von dem er annahm, dass der Gutachter und Richter es hören wollte. Vielmehr erfolgte in dieser antizipierenden Selbstdarstellung der Bezug auf sich selbst durch ein vermittelndes Anderes.<sup>1073</sup> Das vermittelnde Andere, das als ‚kontrollierende‘ Instanz funktionierte, bildete die diskursiv geformte Vorstellung des ‚normalen‘ Mannes. Der ‚normale‘ Mann als Repräsentant einer hegemonialen Männlichkeit oder als eine zumindest daran partizipierende Form von Männlichkeit.

Wie hatte sich Emil A. nun in der Exploration dargestellt? Festgehalten ist von seinen Aussagen, dass er nach einer schwierigen Kindheit die Lehre als Tapezierer abschloss, danach die Rekrutenschule absolvierte und mehrere Wiederholungskurse erfolgreich abschliessen konnte. Seit zehn Jahren arbeitete er als selbständiger Tapezierer. In seiner Freizeit gehe er ab und zu ins Kino und sei „solide im Alkohol“.<sup>1074</sup> Beruf, Militär und Mässigkeit beziehungsweise Selbstkontrolle bildeten die zentralen Aspekte seiner biographischen Selbstdarstellung. Damit sprach er wichtige Themen einer ‚normalen‘ Männlichkeit an. So bildete die Militarisierung des Mannes seit dem in der Aufklärung entstandenen Männlichkeitsmodell ein Kernelement der Hegemonialisierung.<sup>1075</sup> Sie galt und gilt als ‚Schule der Männlichkeiten‘ und brachte den körperlich starken und belastbaren Mann hervor, der, gewöhnt an Disziplin und Gehorsam, mutig selbst sein Leben opferte.<sup>1076</sup> Diese

---

1071 Hahn, Identität und Selbstthematizierung, 12.

1072 Bublitz, Im Beichtstuhl der Medien, 58.

1073 Bublitz, Im Beichtstuhl der Medien, 58.

1074 18.06.1941 Abschrift Psychiatrisches Gutachten auf PUK-Krankenbogen. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1075 Schmale, Männlichkeit, 195–203.

1076 Vgl. Dejung, Christof: Die Schule der Nation und ihr Lehrplan. Männerleitbilder im Schweizer Militär 1939–1945. 57–75. In: Catherine Bosshart-Pfluger / Dominique Grisard / Christina Späti (Hg.) Geschlecht und Wissen. Zürich 2004. Frevert, Ute: Das Militär als Schule der Männlichkeiten. 191–200. In: Ulrike Brunotte / Rainer Herr (Hg.): Männlichkeiten und Moderne. Geschlecht in den Wissenskulturen um 1900. Bielefeld 2007.

„Schule der Männlichkeiten“, die Emil A. erfolgreich absolviert hatte, diente als klassen-, konfessions- und regionenübergreifende Integrationsklammer. Sie verband ihn als Mann mit dem Gutachter. Zugleich reproduzierte das hierarchisch strukturierte Militär die gesellschaftliche Differenzierung und Hierarchie zwischen Männern, wie es auch in der Begutachtung zum Ausdruck kam.<sup>1077</sup> Ein weiteres zentrales Merkmal einer hegemonialen Männlichkeit bildete die Arbeit.<sup>1078</sup> Der Broterwerb und die Rolle des „Familienernährers“ dienten seit der Durchsetzung des bürgerlichen Geschlechtermodells ebenfalls als wesentlicher Aspekt in der Herstellung einer männlichen Identität.<sup>1079</sup> Der Historiker Robert Griswold hatte die Ernährerrolle als „the great organizing principle of men’s lives“ bezeichnet.<sup>1080</sup> Diese Rolle des „Familienernährers“ markierte im 20. Jahrhundert Männlichkeit in Relation zum anderen Geschlecht, während mit der am Arbeitsplatz dominierenden Konkurrenz männliche Identität im Verhältnis zu anderen Männern hergestellt wurde.<sup>1081</sup> Die in der Begutachtung strukturell bedingte hierarchische Relation zwischen Emil A. und dem Psychiater erstreckte sich auch auf ihre Tätigkeitsfelder: Akademiker und Handwerker. Im Bereich des Handwerks bildete das Berufsfeld Maler / Tapezierer jedoch einen „typischen“ Männerberuf. Emil A. zeigte sich in einem „typisch männlichen“ Berufsfeld als erfolgreich und partizipierte damit an der hegemonialen Männlichkeit.

Und weiter stellte er sich in seiner Lebensführung mit der Aussage, dass er „solide im Alkohol“ sei, als „gemäßigter“ und „selbstkontrollierter“ Mann dar. Damit grenzte er sich zugleich von seinem Vater ab, der „gerne trank“ und von der Vormundschaftsbehörde als „Trinker“ bezeichnet wurde.<sup>1082</sup> Alkohol konnte in der Herstellung von Männlichkeit sehr unterschiedliche, von den Sozietäten abhängige Funktionen einnehmen. Seit dem 16. Jahrhundert wurde Alkohol immer wieder als spezifisch männliches Problem diskutiert. Er galt je nach Kontext als Ursache von Müßiggang oder Verlust männlicher Selbstkontrolle.

---

Das Militär bot sowohl hierarchische Differenzen wie auch egalitärer Kameradschaft. Das gemeinsame Dach bildete die Nähe zur staatlichen Macht und die Verfügung über legitime Gewaltmittel. Betont wird das militärische Leitbild der patriotisch-wehrhaften Männlichkeit als nicht monolithisch. Eifler, Christine / Siefert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktion – Militär und Geschlechterverhältnis. Münster 1999. Zu Militär, Geschlecht und Geschlechtertrennung in der Schweiz vgl. Stämpfli, Regula: Triumph der Geschlechtertrennung in der Schweiz 1918–1945. 213–228. In: Christof Dejung / Regula Stämpfli (Hg.): Armee, Staat und Geschlecht. Die Schweiz im internationalen Vergleich 1918–1945. Zürich 2003. Blattmann, Lynn / Meyer, Irène (Hg.): Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz. Zürich 1998.

1077 Hagemann, Karen: „Männlicher Muth und Teutsche Ehre“. Nation, Militär und Geschlecht zur Zeit der Antinapoleonischen Kriege Preussens. Paderborn 2002. 65.

1078 Connell, Der gemachte Mann, 112. Welche Aspekte von „Männlichkeit“ dominieren, hängt von der Arbeit ab. Je nach Arbeit konnte es technisches Wissen, Körperkraft oder Intellekt sein.

1079 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 106.

1080 Griswold, Robert: Fatherhood in America. A History. New York 1993. 5. Zur relativieren ist das Prinzip als leitendes Prinzip. Broterwerb bildete eines von mehreren Leitprinzipien einer männlichen Existenz. Siehe Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 129.

1081 Martschukat, Jürgen: Die Ordnung des Sozialen. Väter und Familien in der amerikanischen Geschichte seit 1770. Frankfurt a/M 2013. 240–262. Griswold, Fatherhood in Amerika, 5. Connell, Der gemachte Mann, 112.

1082 18.06.1941 Abschrift Psychiatrisches Gutachten auf PUK-Krankenbogen. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

Dennoch wurde in verschiedenen männlichen Sozietäten der Umgang mit Alkohol in Bezug auf Männlichkeit unterschiedlich gewertet. Er konnte von völliger Abstinenz bis zum Wetttrinken in jeweils unterschiedlicher Weise der Herstellung von ‚Männlichkeit‘ dienen.<sup>1083</sup> Zentraler Aspekt in der Bewertung von positiv oder negativ blieb der Aspekt der Selbstkontrolle. So trennte der durch Alkohol hervorgerufene Kontrollverlust den versagenden vom ‚mannhaften‘ Mann, der trotz Alkoholgenusses die Kontrolle behalten konnte.<sup>1084</sup> Alkohol wurde um die Jahrhundertwende vermehrt auch in Zusammenhang mit Kriminalität diskutiert.<sup>1085</sup> Eine wichtige Rolle kam ihm auch bei fürsorgerischen Eingriffen in die Familie zu. Mit dem Ausbau der Fürsorge griff diese vermehrt dort ein, wo sie annahm, dass die Väter wegen eines Übermasses an Alkohol ihren familiären Verpflichtungen nicht nachkamen. Dies betraf vor allem Männer der Unterschicht, denen dann die ‚männlichen‘ Qualitäten der Führungs- und Versorgerrolle abgesprochen wurden.<sup>1086</sup>

Einen zentralen Aspekt der Selbstdarstellung bildete die Selbstkontrolle. Denn die ‚Sichtbarmachung‘ des eigenen Selbst kam nicht einfach einer ‚Selbstenthüllung‘ gleich. Vielmehr war von dem sich ‚Enthüllenden‘ vor allem eines verlangt: Selbstkontrolle.<sup>1087</sup> In der Selbstrepräsentation passte die sich ‚enthüllende‘ Person der Situation und den antizipierten Erwartungen an. Die angenommenen Erwartungen, vermittelt durch ein ‚Drittes‘ – hier ‚hegemoniale‘ Männlichkeit –, gaben vor, was zu ‚enthüllen‘ war und was nicht. Der Prozess der ‚Selbstenthüllung‘ beruhte damit paradoxerweise auf einer Logik der ‚Verhüllung‘, des ‚Verbergens‘.<sup>1088</sup> Während nun Emil A. im Rahmen der Exploration der Logik der selbstdarstellenden ‚Verhüllung‘ folgte, war es Aufgabe des Gutachters, das ‚Innerste‘, den ‚Kern‘ von Emil A. zu ‚enthüllen‘, seine ‚individuelle Wahrheit‘ zu finden. Damit war nicht das Geständnis der gesetzeswidrigen Handlungen gemeint – dieses hatte er bereits im Rahmen der juristischen Untersuchung abgelegt. Es ging darum, ‚alles über seinen Sex zu erfahren‘, der den ‚Kern‘ des modernen Subjekts bildete. Der Gutachter war bemüht, alles, was „zum Spiel der Lüste, der zahllosen Gefühle und Gedanken gehört, die in irgendeiner Weise den Körper und die Seele mit dem Sex verbinden“, bei Emil A. zu ‚enthüllen‘.<sup>1089</sup> In einem Spiel

---

1083 Martschukat und Stieglitz beschreiben die Beherrschung des Alkohols als Teil einer ‚Mannwerdung‘. Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 141.

1084 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 111. Alkohol wurde um 1900 in Zusammenhang mit Eugenik als Ursache von Degeneration diskutiert. Der alkoholische Rausch als Kontrollverlust widersprach zudem einer ‚nüchternen‘ selbstkontrollierten Lebensführung. Kontrollverlust und Alkoholbeherrschung wurde in den 1950er Jahren in den USA zum Gradmesser der Maskulinisierung der USA. Vgl. Perinelli, Massimo / Stieglitz, Olaf: Liquid Laughter. A Gender History of Milk & Alcohol in West German and US Film Comedies. In: Gender Forum . An Internet Platform for Gender & Women’s Studies. Vol. 13. Köln 2006. <http://www.genderforum.uni-koeln.de> (12.05.2013).

1085 Forel, Verbrechen und konstitutionelle Seelenabnormitäten, 157–168.

1086 Martschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 122.

1087 Bublitz, Im Beichtstuhl der Medien, 58.

1088 Bublitz, Im Beichtstuhl der Medien, 58.

1089 Foucault, Wille zum Wissen, 32.

von ‚Ver- und Enthüllen‘ bildete die Sexualität von Emil A. – seine Entwicklung, seine Vorlieben, seine Träume, seine Vorstellungen und seine Praktiken – auch den umfangreichsten Teil der Exploration. Emil A. musste in der Exploration versuchen so weit wie möglich zu kontrollieren, was er preis gab. Und das, was er ‚enthüllte‘ so darzustellen, dass die ‚Abweichung‘ vom ‚Normalen‘ trotz seiner Delinquenz nur gering erschien.

Er sei langsam „in die Sache hineingekommen“ gab er dem Gutachter zur Auskunft. Wobei er sich an das erste Mal nicht mehr zu erinnern vermöge. Es sei ein „innerer Drang“, der stärker werde und ihn dazu treibe. Es beginne damit, dass er „Anwandlungen“ bekomme. Dann werde er arbeitsunlustig, unruhig, aufgeregte und „unverträglich“. Er verspüre einen „Drang zum Fortlaufen“. Oft folge er diesem „Drang“, nehme das Velo und fahre in die Stadt. „Wenn er dann ein Kind antreffe, könne er sich nicht mehr zurückhalten.“ Auf Nachfragen des Gutachters gab er zu, manchmal auch gezielt in die Stadt zu fahren, um ein Kind anzutreffen. Danach habe er für „ein paar Tage Ruhe“, bis es wieder „über ihn komme.“ „Es komme immer wieder der innere Drang zu sexuellen Handlungen, es treibe ihn dazu.“ Es sei „wie ein Fluch“. Und später, wenn er es bereue und daran denke, werde er „wieder stark erregt“ und von diesem „unwiderstehlichen Drang“ erfüllt“. <sup>1090</sup> Emil A. betonte noch, dass er die Kinder „nur unsittlich berühre“, sie aber nie „geschlechtlich“ missbraucht habe. Dies war eine rechtsrelevante Differenzierung. ‚Unsittliches Berühren‘ wurde strafrechtlich als weniger ‚schwer‘ gewichtet als ‚beischlafähnliche Handlungen‘. <sup>1091</sup> Weiter gab er noch zur Auskunft, dass er, seit er sich im Lohnhof – dem Untersuchungsgefängnis in Basel – befinde, „davon“ frei sei, er habe keine Kämpfe mehr.

Was war dieser ‚Drang‘, den Emil A. als ‚Fluch‘ bezeichnete? Was ‚drängte‘ ihn und wieso nahm er an, dass der Gutachter verstand, wovon er sprach? Er schien in seiner Darstellung auf den wissenschaftlichen Diskurs des Geschlechtstriebes zu referieren. Das seit der Aufklärung dominierende männliche ‚Aktivitätsprinzip‘ strukturierte auch die Vorstellungen des ‚männlichen Geschlechtstriebes‘. <sup>1092</sup> Dieser wurde als ‚aktiv‘ und ‚aggressiv‘ nach Befriedigung drängend konzeptualisiert. <sup>1093</sup> Der Psychiater und Sexualwissenschaftler Albert Moll hatte ihn in „Detumeszenz- oder Entladungstrieb“ differenziert, und als „organischen Drang“ beschrieben. <sup>1094</sup> Freud bezeichnete ihn später als „Libido“, das „Begehren“, „die Begierde“ meinent und im engeren Sinne „Wollust, Trieb, Masslosigkeit“ beschreibend. Als Quelle des „Triebes“ nahm auch Freud an, dass die Ansammlung von „Geschlechtsprodukten“ einen „erregenden Vorgang“ im Geschlechtsorgan erzeuge. Diese

---

1090 18.06.1941 Abschrift Gutachten Gerichtsarzt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1091 Rüegg, Die unzüchtige Handlung im Strafrecht, 32–39.

1092 Schmale, Männlichkeit, 211.

1093 Wulffen, Der Sexualverbrecher, 2.

1094 Moll, Untersuchungen über den Libido sexualis, 94, 521.



als „innerer Reiz“ empfundene unangenehme „Triebspannung“ wecke den Wunsch, sie durch Befriedigung aufzuheben.<sup>1095</sup> „Der Drang des Triebes“ entstehe dabei unabhängig von Willen und Bewusstsein des Subjekts, dessen Aufgabe es sei, „die Verwirklichung des Triebes“ angemessen zu lenken und wenn nötig zurückzudrängen. Dies sei temporal möglich, die wachsende „Spannung“ müsse dann aber zu einem späteren Zeitpunkt „entladen“ werden. Die „Entladung der Geschlechtsprodukte“ – beim Mann – knüpfte Freud an das Versprechen, dass dies als Endakt des Sexualvorgangs den höchsten Betrag von Lust erzeuge.<sup>1096</sup> Die ‚Libido‘ erschien in dieser Konzeption als eine schwer zu beherrschende eigenständige ‚biologische Macht‘, die das männliche Verhalten zu steuern schien und deren Befriedigung als ‚unerlässlich‘ galt.<sup>1097</sup> Die „Qualität des Triebes“ zeigte sich in der „Objektwahl“ der „Triebentspannung“: Heterosexueller, genitaler und konsensueller Geschlechtsverkehr zwischen Erwachsenen, wenn möglich im Rahmen der Ehe. Auf diese wissenschaftlich etablierte Vorstellung des männlichen Geschlechtstriebes und seiner Funktionsweise verwies Emil A. in seiner Darstellung der kriminalisierten Handlungen.

Doch, wenn es um ‚Triebabfuhr‘ als physischer Vorgang ging, wenn es also ‚lediglich‘ darum ging, die ‚Reizung‘ durch die angesammelten ‚Samenprodukte‘ zu ‚entladen‘, hätte Onanie nicht auch gereicht? Wäre der Akt der Selbstbefriedigung nicht einfacher und gleichwohl zielführend gewesen? Wieso machte sich Emil A. immer wieder ‚die Mühe‘, sich ein Opfer zu suchen, wenn dazu noch ungewiss war, ob die Suche ‚erfolgreich‘ sein würde oder nicht? Emil A. präsentierte sich in seiner Darstellung aber nicht nur als ‚Opfer‘ seines Triebes. Er erklärte dem Gutachter auch, mit welchen Techniken er versucht habe, seinen „aufsteigenden Drang“ zu beherrschen: Onanie und religiöse Erbauung. „Er habe versucht der Bibel nachzuleben, um sich von dem sexuellen Drang zu befreien.“ Aber in Zeiten der „Anwandlungen“ gelinge ihm das nicht mehr erklärte Emil A. dem Gutachter.<sup>1098</sup> Seitens der Psychiatrie bildete im Falle der Sexualdelinquenz selbst die Onanie, die bei Erwachsenen als ‚unangebrachte‘ Form der sexuellen Befriedigung galt, da sie das ‚Triebziel‘ verfehlte, dennoch die akzeptablere Form der ‚Sexualentspannung‘. Emil A. versuchte seinerseits sich dem Gerichtsarzt bezüglich seiner Sexualität als ‚Mann‘ mit einem ‚normalen‘ Geschlechtstrieb zu präsentieren, der sich bemühte, sein Begehren in die ‚richtigen‘ Bahnen

---

1095 Freud, Drei Abhandlungen, 112.

1096 Freud, Drei Abhandlungen, 118.

1097 Quindeau, Ilka: Verführung und Begehren. Die psychoanalytische Sexualtheorie nach Freud. Stuttgart 2008. 37. Freud selbst hatte zuerst ein sozialisationstheoretisches Konzept des Geschlechtstriebes entworfen. Der Geschlechtstrieb sei nicht angeboren, sondern entstehe erst in der Interaktion von Erwachsenen und Kind. Später schlug er den Geschlechtstrieb dann jedoch ‚der Natur‘ zu. In der Rezeption des Freud’schen Modells hätten sich gemäss dem Psychoanalytiker Ilka Quindeau eine Reihe von Fehlern eingeschlichen, die letztlich zur Zuordnung des ‚Dampfkessel-Modells‘ zu Freud zur Folge hatte.

1098 18.06.1941 Abschrift Gutachten Gerichtsarzt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

zu leiten, was ihm aber nicht immer gelang. Immer wieder scheiterte er an dessen Kontrolle beziehungsweise in seiner ‚Objektwahl‘.

Dass es sich bei dem, was als ‚Drang‘ bezeichnet wurde, es sich nicht lediglich um einen physiologischen Vorgang handelte, zeigt, wenn man der Darstellung von Emil A. weiter folgt. Was er in der Begutachtung nämlich als ‚Drang‘ bezeichnete, war etwas, das er (mehr oder weniger) gezielt selbst herstellte. Wie im Gutachten festgehalten, erzählte er dem Psychiater, dass immer dann, wenn er bereute und dabei an die Delikte dachte, ihn der „Drang“ bereits wieder „überkomme“. Bereits das Denken ‚daran‘ erweckte seine Begierde, die er dann als ‚Drang‘ bezeichnete. In der Begutachtung – die Säkularisierung der Beichte – verknüpfte er geschickt Reue und Phantasie. Mit der erwünschten Reue zeigte er Einsichtsfähigkeit und anerkannte seine Schuld, und konnte die durch seine Handlungen verletzte Ordnung zumindest symbolisch wieder herstellen.<sup>1099</sup> Paradoxerweise erzeugte er in dem Moment, in dem er die Ordnung anerkannte bereits wieder die Voraussetzung für den nächsten Rechtsbruch. Seine Reue und Einsichtsfähigkeit bildeten den Anreiz zu neuen Delikten, deren Ursache er dann in der Sprache des wissenschaftlich anerkannten Diskurses formulierte.

Doch ergaben die Aussagen von Emil A. für den Gutachter einen ‚Sinn‘? Beruhten sie auf der ‚Wahrheit‘? Waren sie ‚glaubwürdig‘? War Emil A. ‚glaubwürdig‘? Eine glaubwürdige Selbstdarstellung war nicht alleine von den Inhalten abhängig. „Das ganze Benehmen des Aussagenden, der Ernst oder die Flüchtigkeit seiner Rede, die Beharrlichkeit in den Aussage oder sein beständiges Schwanken“ bildeten Aspekte in der Herstellung von Glaubwürdigkeit.<sup>1100</sup> Wie der Soziologe Erving Goffman in „Wir alle spielen Theater, die Selbstdarstellung im Alltag“ zeigt, ist die Herstellung von Glaubwürdigkeit ein hochkomplexer Prozess.<sup>1101</sup> Denn dem Begriff Glaubwürdigkeit liege ein Moment der Ungewissheit inne. Es sei eben eine Glaubens- und keine Wissensfrage, ob einer Person und ihren Aussagen geglaubt werden könne schreibt Goffman.<sup>1102</sup> Um als glaubwürdig zu gelten, musste der sich selbst Darstellende den Eindruck von Kohärenz vermitteln. ‚Erscheinung‘ und Verhalten mussten übereinstimmen.<sup>1103</sup> Glaubwürdigkeit ist aber nicht nur eine Frage der Darstellung,

---

1099 Sälter, Gerhard: Polizei und soziale Ordnung in Paris. Zur Entstehung und Durchsetzung von Normen im städtischen Alltag des Ancien Régime (1697–1715). Frankfurt a/M 2004. 448.

1100 Mittermaier, Carl Joseph: „Die Mündlichkeit, das Anklageprinzip, die Öffentlichkeit und das Geschworenengericht“. Tübingen 1845. Zitiert in: Vismann, Akten, 231.

1101 Vgl. Goffman, Erving: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. München 1996.

1102 Vgl. Kelly, Toby: The Legalization of Human Rights and the Protection of Torture Survivors. Asylum, Evidence and Disbelief. 184–200. In: Toby Kelly / Marie-Bénédicte Dembour (Hg.): Are Human Rights for Migrants? Critical Reflections on the Status of Irregular Migrants in Europe and the United States. London 2011.

1103 Goffman, Wir alle spielen Theater, 13, 25.

sondern auch der erfolgreichen Rezeption im Sinne des intendierten Eindrucks.<sup>1104</sup> Der Grad der Glaubwürdigkeit war aber auch von der gesellschaftlichen Position, das ist, dem symbolischen Kapital einer Person abhängig.<sup>1105</sup> Die Bewertung der jeweiligen Glaubwürdigkeit einer Aussage in der Exploration reflektierte die gesellschaftliche und wirtschaftliche Hierarchie. So wurden in den Gutachten Aussagen von Amtspersonen oder Arbeitgebern Kraft ihres Amtes mehr Glaubwürdigkeit zugestanden als jenen von Privatpersonen.

Zu ersterer Kategorie gehörten im Falle von Emil A. die Akten der Vormundschaftsbehörden, die dem Gutachter als weitere Informationsquelle dienten. Emil A.'s Vater hatte nach dem Tod seiner Ehefrau die Vormundschaft beauftragt, seinen siebenjährigen Sohn zu versorgen, weil er „unfolgsam“ sei.<sup>1106</sup> Die Kindswegnahme und -versorgung war mit dem Zivilgesetzbuch von 1912 schweizweit geregelt worden.<sup>1107</sup> In diesem fiel der Kinderschutzgedanke mit der bürgerlichen Kinder- und Jugendfürsorgebewegung zusammen. Vermehrt richtete sich daher die behördliche Aufmerksamkeit auf das elterliche Verhalten, das es zu überwachen galt. Über den Schutz der Kinder intensivierte der Staat seine Kontrolle über die Familie. Der Vormundschaftsbehörde wurde erlaubt, bei Eltern-Kind-Schwierigkeiten einzugreifen und entsprechende Massnahmen anzuordnen.<sup>1108</sup> Wie in den Vormundschaftsakten festgehalten, war Emil A. bis zum Tode seiner Mutter ein unauffälliger Junge gewesen. Mit der vormundschaftlichen Versorgung änderte sich dies. Er wurde in den Vormundschaftsakten durchgehend als „fauler“, „frecher“ und überall „Schwierigkeiten“ verursachender „Bettnässer“ beschrieben. Er habe deswegen in eine Erziehungsanstalt versorgt werden müssen und es nur knapp geschafft, die Lehre abzuschliessen, wie ich es in seiner ‚Fallbeschreibung‘ bereits dargestellt habe.<sup>1109</sup> Auch Emil A. bezeichnete seine Jugend als „schwierig“, jedoch weil er sich immer ungerecht behandelt gefühlt habe, liess er den Gutachter wissen, ohne weiter darauf einzugehen. Mit den Vormundschaftsakten schloss der Gerichtsarzt die Informationserhebung ab, die den ersten Teil des Gutachtens bildete.

---

1104 Goffman, Wir alle spielen Theater, 17, 25.

1105 Diese Konzeption des symbolischen Kapitals geht auf Bourdieu zurück, der vier Formen des sozialen Kapitals unterschied, die dem Individuum seine gesellschaftliche Position zuweisen: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital und soziales Kapital. Der vierten Form, dem symbolischen Kapital kommt übergeordnete Bedeutung zu und es speist sich aus den anderen Kapitalformen. Es verleiht gesellschaftliche Anerkennung, soziale Macht, Prestige, Reputation, Privilegien und gesellschaftliche Position. Es äussert sich in Sprache, Kleidung, Stil und Verhalten und entfaltet dort seine Wirkung, wo es als gemeinsame kulturelle Prägung er- und anerkannt wird. Fuchs-Heinritz, Werner / König, Alexandra: Pierre Bourdieu. Eine Einführung. Konstanz 2005. 157–171.

1106 18.06.1941 Psychiatrische Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1905.

1107 Rudin, Simone / Mäder, Ueli: Verdingkinder in der Schweiz. Soziale und rechtliche Aspekte. 149–176. In: Ueli Mäder et al (Hg.): Soziale Disziplinierung und Kontrolle. Basel 2012. 152.

1108 Rudin / Mäder, Verdingkinder, 160.

1109 18.06.1941 Psychiatrische Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

Das zweigeteilte, formal nach strikten Regeln aufgebaute Gutachten war eine Praxis der Informationsverarbeitung und -interpretation. Der erste Teil enthielt die Informationsverarbeitung: Aus dem Korpus an heterogenen Informationen, die von behördlichen Angaben über alltägliche Beobachtungen bis hin zu Beurteilungen von Laien reichten, stellte der Gutachter aus jenen Informationen, die für die wissenschaftliche ‚Verarbeitung‘ relevant waren, eine kohärente ‚Biographie‘ zusammen. Sie umfasste die Anamnese: Familie, schulischer und beruflicher Werdegang sowie die Sexualentwicklung. Sie war in indirekter Rede verfasst und enthielt teilweise wortwörtlich zitierte Aussagen der Befragten sowie Abschriften aus den verwendeten Akten. Der gutachterliche Fokus richtete sich dabei auf die von Laien gemachten Angaben über ‚Auffälligkeiten‘ und ‚Abnormitäten‘ beim Exploranden und seinen Familienangehörigen. Das Ende des ersten Teils, der Abschluss der Informationserhebung und der Übergang zum zweiten Teil des Gutachtens, war doppelt gekennzeichnet: Sowohl sprachlich wie auch visuell. Hier wechselte die Sprache von indirekter Rede zur Aussageform. Der Wechsel der Sprachform signifizierte den objektiven Wahrheitsgehalt der psychiatrischen Interpretationen und Deutungen und grenzte sie von den subjektiven Laien-Aussagen ab. Visuell wurden die für die psychiatrische Beurteilung wichtigsten Aussagen unterstrichen. Der Gutachter verarbeitete die erhobenen Informationen und übersetzte sie gemäss geltender Lehre in medizinische Codes. In diesem Teil hielt er auch seine eigenen Eindrücke und Beobachtungen fest, die er als solche kennzeichnete, die sich aber auf Grund seines Expertenstatus in ihrer Bewertung von den subjektiven Laien-Aussagen unterschieden. Der Auftrag des Gutachters war es nun, zu beurteilen, ob eine psychiatrische ‚Pathologie‘ vorhanden war, die die Zurechnungsfähigkeit beeinträchtigte. Dies hatte er für die Justiz transparent und nachvollziehbar darzustellen.

Der Gerichtsarzt begann den zweiten Teil mit der Feststellung, dass Emil A. nicht an einer Geisteskrankheit leide. Doch bestehe wahrscheinlich seitens des Vaters, der ein „Trinker“ gewesen sei, eine „gewisse erbliche Belastung“. „Ferner“ hielt der Gutachter fest, „finden sich bei ihm verschieden schizoide Züge“. Er führte dann aufgrund seiner eigenen Beobachtungen aus, welche Verhaltensweisen er als ‚Zeichen‘ dieser ‚Belastung‘ interpretierte. Emil A. sei „etwas autistisch, abgeschlossen und zeigt auch verworrene religiöse Vorstellungen“. Zudem besage die psychiatrische Theorie, „dass die Neigung zu Perversionen“ häufig bei Personen zu finden sei, die zum „schizoid-schizophrenen Formenkreis“ gehören, erklärte der Gerichtsarzt. Diese ‚Abnormität‘ zeige sich als „sprunghaftes, oft widerspruchsvolles, der Realität sich nicht oder zu wenig anpassendes

Verhalten“, das sich auch in „ihrer sexuellen Betätigungsweise“ spiegle.<sup>1110</sup> Als nächstes griff der Gerichtsarzt die von Emil A. geschilderten ‚periodischen Anwandlungen‘ auf und stellte einen Bezug zu Alkoholismus her. Ähnliche Vorgänge werden bei „Trinkern mit Dipsomanie“ beobachtet, hielt er fest. „Dipsomanie“ war die psychiatrische Bezeichnung für die im Volksmund als „Quartalssäufer“ bekannte Form des Alkoholismus. Die Betroffenen werden periodisch von „Unruhe“ und „Verstimmungen“ überkommen, so dass sie in diesen Zeiten „einem absolut unwiderstehlichen Zwang zum Trunk unterliegen“. <sup>1111</sup> Mit dieser Verknüpfung erhärtete sich die anfängliche Wahrscheinlichkeit einer „erblichen Belastung“ durch den Alkoholismus des Vaters zur Tatsache. Diese „Belastung“ hatte sich bereits in der Kindheit und Jugend von Emil A. manifestiert, wie die Vormundschaftsakten belegten. Als Ursache der „erblichen Belastung“ ist der Vater anzunehmen, den die Vormundschaft als „Trinker“ bezeichnet hatte und von dem Emil A. erzählte, dass er gerne trank.<sup>1112</sup> Die von einer Laienbehörde gemachte Aussage übernahm der Gerichtsarzt, die sich in diesem Kontext in eine Diagnose verwandelte und leitete von ihr die ‚hereditäre Belastung‘ her, beziehungsweise begründete diese nun damit. Die Diagnose des Gerichtsarztes für Emil A. lautete: „Erblich belasteter schizoider Psychopath“. <sup>1113</sup> Doch war die ‚erbliche Belastung‘ auch Ursache der Delinquenz? Hatte sie Einfluss auf die Zurechnungsfähigkeit? Um diese Fragen zu beantworten, übernahm der Gerichtsarzt die Schilderungen von Emil A. zu seiner Delinquenz, die er als glaubwürdig einschätzte. Er hielt fest, dass mindestens ein Teil der Delikte unter „Drangzuständen“ erfolgt sei. Da aber Emil A. immer in der Lage gewesen sei, die Strafbarkeit seiner Handlungen zu erkennen – hatte er seine Taten nicht auch immer bereut? –, beurteilte der Arzt ihn als „vermindert zurechnungsfähig“. Der ‚innere Drangzustand‘ wirkte sich auf die Vernunft und den Willen von Emil A. aus und war für den temporären Verlust seiner Zurechnungsfähigkeit und damit seiner Selbstkontrolle verantwortlich.

Mit der Begutachtung wurde Emil A. Teil des psychiatrischen Wissensbestandes. Die psychiatrische Perzeption und ihre Interpretation war durch das wissenschaftliche Wissen strukturiert, das auf Fällen wie Emil A. basierte. Dieses orientierte sich ebenfalls an der

---

<sup>1110</sup> Staehelin, John E.: Zur Bekämpfung der Sexualdelikte. 16–38. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. 41. Jg. Bern 1928. 21.

<sup>1111</sup> Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 205–206.

<sup>1112</sup> 18.06.1941 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907. Alkohol wurde im Kontext der Degenerationstheorie als ‚Keimgift‘ angenommen. Insbesondere Auguste Forel versuchte die ‚keimschädigende Wirkung‘ des Alkohols als Theorie der ‚Blastophthorie‘ zu etablieren, was ihm jedoch nicht gelang. Er war ein Vorkämpfer der Alkoholabstinenzbewegung und gründete auch die erste Alkoholentzugsklinik. Vgl. Tanner, „Keimgifte“ und „Rassendegeneration“, 252–253. Auch Spode, Hasso: Die Macht der Trunkenheit. Kultur- und Sozialgeschichte des Alkohols in Deutschland. Opladen 1993. Forel, Auguste: Alkohol und Geistesstörung. Basel 1905. Forel, Auguste: Die Trinksitten, ihre hygienische und soziale Bedeutung, ihre Beziehung zur akademischen Jugend. Basel 1901. Forel, Auguste: Die Reform der Gesellschaft durch die völlige Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken. Bremerhaven 1891.

<sup>1113</sup> 18.06.1941 Abschrift Gutachten Gerichtsarzt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

dominierenden Form von Männlichkeit, fokussierte und problematisierte jedoch die davon abweichenden Verhaltens- und Denkweisen. Sexualstraftäter – insbesondere Exhibitionisten und ‚Kinderschänder‘ – galten im psychiatrischen Diskurs daher als ‚grundlegend anormal‘. Ein Wissen, das sich zudem zumindest ein Teil der Juristen angeeignet hatte. Es sei die Erfahrung, die zeige, dass es am besten sei, „zum vornherein verminderte Zurechnungsfähigkeit anzunehmen und deren Bestimmung dem Sachverständigen zu überlassen“, schlug der Jurist Rossetti vor.<sup>1114</sup>

In der Begutachtung hatte sich dem Gutachter bestätigt, was er mit seinem Expertenwissen bereits annahm: Die ‚Pathologie‘ des Sexualstraftäters Emil A. Dieser wurde mit der Übersetzung der verschiedenen, selektiv erfassten Informationen in einen medizinischen Code vom Sexualstraftäter zum ‚erblich belasteten schizoiden Psychopathen‘ transformiert. Dabei bildete der unspezifisch und wenig genau definierte Begriff ‚Psychopathie‘ eine Sammeldiagnose, unter die die verschiedensten unerwünschten sozialen Verhaltensweisen als ‚pathologisch‘ subsumiert werden konnten. Die Beurteilung, ob sich ein Verhalten noch im Rahmen des ‚Normalen‘ oder bereits des ‚Abnormalen‘, des ‚Pathologischen‘ bewegte, konnte gemäss Bleuler „nur nach subjektivem Ermessen entschieden werden.“<sup>1115</sup> Während sich also Emil A. in der Begutachtung so nah wie möglich an einer ‚normalen Männlichkeit‘ darzustellen versuchte, suchte der Gerichtsarzt nach den ‚Abweichungen‘ und vermoss zuzusagen deren Abstand zur ‚Normalität‘. Gemeinsam erzeugten und reproduzierten Gutachter und zu Begutachtender in einem Spiel des ‚Ver- und Enthüllens‘ die Normalität hegemonialer Männlichkeit.<sup>1116</sup>

Mit seiner Fertigstellung wechselte das Gutachten den Kontext: Es wurde nun Teil der richterlichen ‚Wahrheitsfindung‘ und damit relevant für die Strafzumessung. Es „soll dem Richter“ helfen, die „Delikte eines Angeklagten verständlich zu machen“, beschrieb der Jurist Aebersold dessen Funktion.<sup>1117</sup> Dabei lag es im Ermessen des Richters als medizinischer Laie, die vom Experten gemachten Aussagen zu würdigen und den Empfehlungen zu folgen.<sup>1118</sup> Welche Aussagen und Beurteilungen des Gerichtsarztes erwiesen sich für den Richter im Fall von Emil A. als relevant? Wie wurden sie gewichtet und welche Wirkungen entfalteten sie in der Urteilsfindung? Der psychiatrischen Beurteilung kam im richterlichen Urteil der Stellenwert eines wissenschaftlich legitimierten Deutungsangebots zu und sie bildete einen Teil des richterlichen Abwägens für die Urteilsfindung. Denn für die

---

<sup>1114</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 47.

<sup>1115</sup> Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 507.

<sup>1116</sup> Schmale, Männlichkeit, 211. Germann, Psychiatrie und Strafrecht, 209.

<sup>1117</sup> Aebersold, Die Verwahrung und Versorgung, 34.

<sup>1118</sup> Binder, Hans: Beziehungen der Psychiatrie zum neuen Schweizerischen Strafgesetzbuch. Bern 1943. 30.

Pfäfflin, Friedemann: Vorurteilsstruktur und Ideologie psychiatrischer Gutachten über Sexualstraftäter. Beiträge zur Sexualforschung. Bd. 57. Stuttgart 1978. 1–5.

Strafzumessung ‚verrechnet‘ der Richter strafmildernde und strafverschärfende Umstände miteinander. Zu Emil A.s Ungunsten, hielt er im Urteil fest, wiege die Anzahl der Delikte wie auch das „planmässige und raffinierte Vorgehen“. Emil A. habe es verstanden, die Polizei jahrelang hinters Licht zu führen. Der Richter sprach ihm einen „intensiven verbrecherischen Willen“ zu, da er sein „Unwesen“ am helllichten Tage „trieb“. Auch beurteilte er die Art der Delikte als äusserst verwerflich.<sup>1119</sup> Stand diese Beurteilung nicht im Gegensatz zu Emil A.s eigenen Aussagen, vor allem unter „Drangzuständen“ delinquent geworden zu sein? Und hatte der Gutachter dies nicht als glaubwürdig angenommen? Entgegen der psychiatrischen Darstellung beschrieb der Richter, sich auf die Ermittlungsakten stützend, Emil A. als „raffiniert“ und „gezielt“ vorgehende Person. Als nachteilig beurteilte er weiter, dass Emil A. sich von der Anzeige 1933 nicht habe abschrecken lassen. Zu seinen Gunsten sprach hingegen, dass er nicht vorbestraft sei und einen guten Leumund habe. „Sodann wird der Angeklagte in einem gerichtsärztlichen Gutachten als erblich belasteter Psychopath mit schizoiden Zügen bezeichnet, der die ihm zur Last gelegten Delikte mindestens teilweise unter dem Einfluss psychischer Störungen vornahm“, hielt der Richter fest. Trotz der „Raffinesse“ des Vorgehens übernahm der Richter in der Urteilsbegründung die psychiatrische Beurteilung einer verminderten Zurechnungsfähigkeit, die auf den „Drangzuständen“ beruhte. Das Gutachten und die psychiatrische Beurteilung wirkten sich für Emil A. dahingehend strafmildernd aus, dass die Zuchthaus- in eine Gefängnisstrafe umgewandelt wurde.<sup>1120</sup> Die widersprüchlichen Aussagen – der Richter hatte die psychiatrische Beurteilung übernommen, die sich strafmildernd auswirkte, obwohl er zugleich das „planmässige“ Vorgehen als strafverschärfend wertete – verwiesen auf das ‚Irrationale‘, das ‚Nicht-Fassbare‘ dieser Form der Sexualdelinquenz. Im richterlichen Urteilsspruch wurde damit die Vorannahme, dass diese Form der Sexualdelinquenz nicht ‚normal‘ sein konnte, bestätigt und reproduziert. Bestätigt wurde auch der für das ‚Pathologische‘ geschärfte juristische Blick, der das Gutachten veranlasst hatte.

1949 ordnete die Staatsanwaltschaft bei Emil A. ein zweites Gutachten an. Dieses wurde nun von der psychiatrischen Poliklinik erstellt. Mit ihr hatte Emil A. während seines Gefängnisaufenthaltes Kontakt aufgenommen mit der Bitte, ihn zu unterstützen, eine frühere Entlassung zu bewirken. Dank ihrer Hilfe wurden ihm die letzten Monate der Strafe erlassen unter der Bedingung, sich einer regelmässigen psychiatrischen Kontrolle zu unterziehen. 1947 wurde er auch aus dieser entlassen. Bereits 1948 klagte ihn die Staatsanwaltschaft erneut wegen „vieler „unzüchtige(r) Handlungen mit vielen jeweils 5- bis 7-jährigen Mädchen“

---

<sup>1119</sup> 06.08.1941 Abschrift Gerichtsurteil. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

<sup>1120</sup> Art 35: Die Zuchthausstrafe ist eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr und höchstens 20 Jahren Dauer, und lebenslänglich wo das Gesetz es besonders bestimmt.

an. Dabei stellte sich heraus, dass er schon während der Probezeit unter der psychiatrischen Kontrolle rückfällig geworden war, ohne sich dem Therapeuten anzuvertrauen.

Der grösste Teil des Gutachtens war wiederum der sexuellen Entwicklung und dem Sexualverhalten von Emil A. gewidmet. Die in der Exploration zu machende ‚enthüllende‘ Selbstdarstellung erfolgte nun unter veränderten Bedingungen: Er war der Psychiatrie bereits ‚bekannt‘. In verschiedenen Institutionen existierten Akten über ihn. So auch in der psychiatrischen Poliklinik, wo er sich während seiner Probezeit regelmässigen Kontrollen zu unterziehen hatte. Von den dabei geführten Gesprächen fand das für die Psychiatrie relevante ihren Niederschlag im Patientendossier. Emil A. hatte seine Selbstdarstellung den veränderten Bedingungen anzupassen. In diesem zweiten Gutachten ist denn auch vieles mehr aus dem Sexualleben von Emil A. zu erfahren. Wie viele der Sexualdelinquenten erzählte er, dass er seine ersten sexuellen Erfahrungen mit anderen Jugendlichen beim gemeinsamen Onanieren gemacht habe. Ein erstes intimes Erlebnis mit einer Frau hatte er dann im Alter von 19 Jahren: Er sei von seiner Stiefmutter verführt worden. Er beschrieb es als wenig angenehm.<sup>1121</sup> Wie bereits erwähnt, hatte er dann ein nächstes sexuelles Erlebnis mit einem 15-jährigen Mädchen. Sie seien in seinem Zimmer gerade dabei gewesen den Geschlechtsakt zu vollziehen, als es an der Türe klopfte. Es sei (wieder!) die Vermieterin gewesen, – die bereits 1933 die Anzeige erstattete hatte, sie aber zurückzog – die wohl geahnt habe, was hinter der Tür vor sich ging. Er sei dermassen erschrocken, dass sein Penis „schlaff“ wurde und er vor Schrecken kein Wort mehr hervorbrachte. Dieses Ereignis – wie es von seiner damaligen Freundin bestätigt wurde – habe „offenbar einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht“, war im Gutachten festgehalten.<sup>1122</sup>

Kurz bevor die Vermieterin ihn 1933 zum ersten Mal wegen unsittlichen Handlungen an einem Knaben anzeigte, die sie später wieder zurückzog, habe er sich verlobt und normalen Geschlechtsverkehr gehabt, erzählte Emil A. Seine Verlobte habe jedoch, als sie von der Anzeige erfuhr, die Verlobung aufgelöst. Darauf folgten verschiedene sexuelle Kontakte, die oft mit Versagensängsten verbunden waren und meist mit seinem sexuellen Versagen endeten, gab Emil A. zur Auskunft. Als er sich dann mit einer jungen Frau aus der gleichen Religionsgemeinschaft verlobte, waren sexuelle Kontakte zu seiner Erleichterung ausgeschlossen. Vordergründig sei die sexuelle Abstinenz religiös begründet gewesen. Er gestand dem Gutachter aber, dass „der Hauptgrund seine grosse Angst vor dem Versagen im Sexualverkehr“ und er froh gewesen sei „nicht so weit gehen zu müssen“. <sup>1123</sup> Als er dann 1941 verurteilt wurde, löste seine Braut die Verlobung auf. Nach dem Gefängnisaufenthalt,

---

1121 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1122 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1123 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.



gab Emil A. dem Gutachter preis, habe er immer wieder Beziehungen zu Frauen gehabt. Oft aber habe er beim Versuch, mit einem Mädchen geschlechtlich zu verkehren, „den Akt“ nicht „fertiggebracht, da ihm das Mädchen in diesem Moment verleidete“.<sup>1124</sup> Sein sexuelles ‚Versagen‘ erklärte er als durch die ‚Mädchen‘ selbst verursacht. Dann erzählte er dem Gutachter aber auch die Geschichte eines Versuches, mit einem besonders hübschen jungen (erwachsenen) Mädchen seine Potenzschwäche mit ‚Potenz-Hilfen‘ zu überwinden. Sie wollten sexuell verkehren, „was aber 4 Nächte hintereinander wegen der Impotenz des Exploranden nicht gelang, obwohl er vorher wochenlang nicht onaniert und haufenweise „Sex 44 Pillen“<sup>1125</sup> eingenommen habe. Die Angst vor sexuellem Versagen sei bei ihm immer besonders gross gewesen“ liess Emil A. den Gutachter wissen.<sup>1126</sup>

In dieser zweiten Begutachtung zeigte sich Emil A. als ein ‚anderer‘ Mann als noch im ersten Gutachten. Er sprach nicht mehr von ‚Anwandlungen‘ und einem ‚Drang, der ihn zu den Delikten ‚antrieb‘. ‚Enthüllt‘ wurde das Bild eines Mannes, der an Versagensängsten und Potenzproblemen litt. Emil A. schien gemäss Akten unfähig zu sein, das ‚Sexualziel‘ auf ‚normale‘ Weise zu erreichen. Selbst ‚Hilfsmittel‘ schienen keine Abhilfe zu bieten. Der sich im Gutachten niederschlagende Wandel der Erklärung von Sexualdelinquenz korrespondierte mit der psychiatrischen Sichtweise, die sich bis in die 1950er Jahre durchgesetzt hatte. „Mit wenigen Ausnahmen“, hielt der Psychiater Wyrsh fest, seien Sexualdelinquenten „triebschwache und oft impotente Männer, die ihrer Männlichkeit nichts zutrauen und auch nichts zutrauen dürfen“.<sup>1127</sup> Emil A. scheiterte nicht an der Regulierung seines Triebes, sondern an seiner defizitären Potenz. Da ihm die ‚normale‘ Art und Weise der sexuellen Befriedigung versagt blieb, schien ihm die deliktische Form einen Ausweg aus seinen Versagensängsten und Erektionsstörungen zu bieten. Diese habe sich gemäss seinen Aussagen auf zufällige Weise ergeben.

Er habe, erzählte Emil A. dem Gutachter, Kinder – ohne dabei sexuelle Empfindungen zu haben – immer sehr gerne gehabt. Als er eines Tages auf einem Kundenbesuch gewesen sei, habe sich das Töchterlein des Kunden ihm auf die Knie gesetzt, ihn umarmt und geküsst. Dabei habe er zum ersten Mal eine starke Erregung empfunden. In die Delinquenz selbst sei er dann zufällig „hineingerutscht“. Als er eines Tages auf dem Weg zu einem Kunden von einem circa fünfjährigen Mädchen gebeten worden sei, sie hochzuheben, damit sie die Namen auf den Briefkästen lesen könne, sei es „wie ein Blitz“ über ihn gekommen. Er habe dem Mädchen unters Höschen gegriffen und seine Geschlechtsteile gestreichelt. Emil

---

1124 18.06.1941 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1125 Die „Sex 44 Pille“ dürfte ein Potenzmittel gewesen sein.

1126 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1127 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 206.

A. beschrieb, wie diese zufällige Situation ihm sexuelle Befriedigung verschafft habe. Die Zufälligkeit des Ereignisses von Sexualdelikten hatte auch der Psychiater Bloch 1914 schon hervorgehoben: „Vielleicht entfaltet ja auch gerade der Sittlichkeitsverbrecher keine besonders grosse kriminelle Energie“, sondern erliege der Situation des Augenblicks.<sup>1128</sup> Dies traf bei Emil A. jedoch nur beim ersten Mal zu. Danach überliess er die Begegnungen nicht mehr dem Zufall. Er ging gezielt vor und versuchte immer wieder, die gleiche Situation herbeizuführen, wie es bereits der Richter 1941 in seinem Urteil festgehalten hatte.<sup>1129</sup>

In seiner Analyse ging der Gutachter zuerst auf den Geschlechtstrieb von Emil A. ein. Er stellte fest, dass „beim Expl. eine Entwicklungshemmung seiner Sexualität besteht. Diese ist bei ihm auf einer infantilen Stufe stehengeblieben.“ Auf die nicht abgeschlossene Sexualentwicklung verwies der Umstand, dass Emil A. durch nicht „voll ausgereifte Objekte“ – Kinder – sexuell erregt werden konnte. Als Ursache nahm der Gutachter eine „qualitativ minderwertige Anlage des Sexualtriebes“ an.<sup>1130</sup> Die schon im ersten Gutachten hergestellte ‚erbliche Minderwertigkeit‘, die sich im ‚pathologischen Charakter‘ manifestierte, erklärte jetzt auch den ‚defizitären‘ Geschlechtstrieb. Dazu kämen noch neurotische Mechanismen, hielt der Psychiater fest, ausgelöst durch die ‚Verführung‘ seitens der Stiefmutter und die durch ein Missgeschick ausgelöste Impotenz. „Wir glauben deshalb annehmen zu dürfen, dass zu einer vermutlich bereits abnormen Anlage eine neurotische Entwicklung im Sinne einer Erwartungsneurose trat, die durch fortwährende neue Enttäuschungen zu einem Circulus vitiosus führte.“<sup>1131</sup> Für die Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit sei aber alleine die quantitative Seite der Sexualität massgeblich. Diese sei bei Emil A. zwar lebhaft, aber im Bereich des „Normalen“. Der Psychiater hielt fest, dass keine „Drangzustände“ vorlägen, wie es der Gerichtsarzt noch angenommen hatte. Denn Emil A. sei mit grosser Umsicht vorgegangen. Jederzeit habe er sein Vorhaben abbrechen können. Auch wenn er manchmal von der Arbeit weglaufe, um sexuelle Befriedigung zu suchen, habe er doch meist bei sich zufällig bietenden Gelegenheiten delinquent. Er sei sehr wohl fähig, seinen Geschlechtstrieb zu kontrollieren. Emil A., war nicht an seiner ‚Selbstkontrolle‘ gescheitert.

Für die Beurteilung der „Zurechnungsfähigkeit“, fuhr der Gutachter fort, sei jedoch die Beurteilung der Gesamtpersönlichkeit wichtig. Zu dieser hielt er fest, dass Emil A. „jugendlich aussehe“ und einen Hang zu „extravaganter Kleidung“ habe. Er sei körperlich normal und zeige eine durchschnittliche Intelligenz. Auch sein affektiver Rapport sei normal, daher könne er nicht als „schizoider Psychopath“ bezeichnet werden. Schliesslich beschrieb der

---

1128 Bloch, Robert: Über die Beteiligung der Jugendlichen an den Sittlichkeitsdelikten. 785–792. In: Sexual-Problem 12. Berlin 1914. 791.

1129 06. August 1941 Abschrift Urteil des Strafgerichts Basel-Stadt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1130 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1131 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

Gutachter noch seinen ‚persönlichen Eindruck‘. Dieser erst liess nun Emil A. als ‚abweichend‘ erscheinen: „Seine Bewegungen, Mimik und Sprechweise machen einen „weichen, unsicheren Eindruck“ hielt der Gutachter fest. Er habe ein „starkes Geltungsbedürfnis“, so versuche er sich in Formulierungen, die weit über seinem Bildungsniveau stünden. Auch habe er Mühe, seelische Konflikte intellektuell zu verarbeiten. Er mache den Eindruck einer „selbstunsicheren Persönlichkeit mit hoher Suggestibilität“, er zeige ein starkes „Anklammerungsbedürfnis“ und einem Hang zur „Unaufrichtigkeit“. Er stelle sich besser dar, als er sei. Seine religiöse Einstellung wirke „schwärmerisch“ und er habe ein überaus starkes Aussprachebedürfnis. Es überwiege das „Gefühlsmässige“, beschrieb der Psychiater seinen Eindruck. Es sind die typischen Beschreibungen, wie sie sich bei vielen der Sexualdelinquenten finden: Jungendliches Aussehen, ‚Weichheit‘, ‚Unsicherheit‘, ‚Schüchternheit‘ und ‚Suggestibilität‘, leichte ‚Beeinflussbarkeit‘.<sup>1132</sup> Die Beschreibung des ‚Aussehens‘ als ‚jugendlich‘ funktionierte im Gutachten als Code für eine ‚nicht fertige Männlichkeit‘. „Manche dieser perversen Psychopathen erinnern nicht nur in ihrem allgemein-psychischen Verhalten, sondern auch in körperlicher Beziehung an die Jugendlichen“ stellte John E. Staehelin, Direktor der Friedmatt fest. Die Ursache vieler Perversionen sei eine „psycho-physische Disposition“, die in Ermangelung eines besseren Ausdrucks als „infantil“ bezeichnet werden müsse und die sich bei praktisch allen Sexualdelinquenten finde.<sup>1133</sup> Daneben wurden auch Zuschreibungen verwendet, die im Rahmen der Geschlechterpolarität der ‚Weiblichkeit‘ zugeordnet waren: ‚Weichheit‘, ‚Gefühle‘, ‚Suggestibilität‘, ‚Anklammerungsbedürfnis‘.<sup>1134</sup> Mit den Beschreibungen und Zuschreibungen wurden Sexualdelinquenten in die Nähe von Jugendlichen und von Frauen gerückt und damit als defizitäre Männer markiert. Der Gutachter stellte neben der geschlechts- und altersspezifischen auch noch eine schichtspezifische Distanz zu Emil A. her: Er bezeichnete ihn als ‚geltungssüchtig‘, Emil A. wollte als ‚gebildeter‘ erscheinen als es ihm gemäss Schulbildung zustand. Dies schloss der Gutachter aus Emil A.s Verwendung von Formulierungen, die weit über seinem ‚Bildungsniveau‘ lägen. Fehlende Bildung markierte ihn als ‚Nicht-Repräsentant‘ hegemonialer Männlichkeit und vergrösserte die Distanz zum Gutachter als deren Repräsentant.<sup>1135</sup>

Dennoch befand der Psychiater, dass die ‚Abweichungen‘ nicht genügend gross seien, um als ‚pathologisch‘ gelten zu können. Emil A. sei als zurechnungsfähig zu beurteilen. Damit bestehe keine Möglichkeit für die Anwendung von Artikel 15, die Anordnung einer

---

1132 Staehelin, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 21.

1133 Staehelin, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 21.

1134 Hausen, Karin: Die Polarisierung der "Geschlechtscharaktere". Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. 363–393. In: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart 1976.

1135 Vgl. Hahn, Identität und Selbstthematization, 9–24.

Massnahme. Dies sei kein Nachteil, führte der Gutachter aus, da die behördlich angeordnete psychiatrische Behandlung des Exploranden beim ersten Mal versagt habe. Dieser habe in den Ärzten in erster Linie ein staatliches Kontrollorgan gesehen, dem er sich nicht anzuvertrauen wagte.<sup>1136</sup> Der psychiatrische Gutachter empfahl eine Gefängnisstrafe und meinte, Emil A. „wird psychiatrischer Betreuung wohl erst dann wieder bedürfen, wenn er wieder in Freiheit und den natürlichen Lebensreizen und Versuchungen des freien Lebens wieder ausgesetzt ist“. <sup>1137</sup> In seiner Prognose kam der Gutachter zu einer ungünstigen Einschätzung und hielt dazu fest: „Bei einem erneuten Rückfall würden wir eine Kastration, gegen die sich Explorand zur Zeit heftig sträubt, oder dann eine Verwahrung empfehlen müssen.“<sup>1138</sup>

Weil Emil A. sich während der ärztlichen Kontrollen nicht dem Arzt anvertraut hatte, sollte er nicht in den Genuss einer ‚Strafmilderung‘ oder einer ‚Massnahme‘ kommen, sondern der ganzen Härte der Strafe ausgesetzt werden. Daher qualifizierte der Gutachter ihn als zurechnungsfähig. Dennoch riet er zu einer psychiatrischen Führung nach dem Gefängnisaufenthalt. Erstaunlich scheint, dass er bereits in seinem ersten Gutachten und der zweiten Anklage eine Kastration oder Verwahrung als Handlungsoption thematisierte. Damit markierte er Emil A. bereits als ‚unverbesserlich‘. Es war das fehlende Vertrauen, dass Emil A. zur Last gelegt wurde und ihn als ‚unverbesserlich‘ qualifizierte. Seine ‚Unverbesserlichkeit‘ war eng mit der ambivalenten Position der Psychiatrie im Bereich der Justiz verknüpft. In dieser diene sie dem Staat als Kontrollorgan. Sie beurteilte die Delinquenten und empfahl Massnahmen, die sie dann selber durchführte. Sie übernahm staatliche Funktionen und war damit dem Staat verpflichtet. Zugleich verlangte sie von der durch sie kontrollierten Person, als Vertrauensarzt anerkannt zu werden. Die Ambivalenzen der Gutachtertätigkeit wurden innerhalb der Psychiatrie auch immer wieder kritisiert. Sie diene der Justiz als „Büttel“ und zeige eine kritiklose „Liebesdienerei gegenüber dem Gesetz“, lautete eine der Kritiken.<sup>1139</sup> In ihrem Selbstverständnis sah sich die Psychiatrie selbst als der ‚humane‘ Teil in der Strafjustiz. „Der Psychiater sieht den Täter, der vielleicht unter einer innern Fehlsteuerung leidet, anders, näher und damit Gott sei dank menschlicher und bemüht sich in seinem Gutachten, den Exploranden auch menschlicher darzustellen.“<sup>1140</sup> Es wird denn auch die psychiatrische ‚Sichtbarmachung‘ der ‚inneren Fehlsteuerung‘ sein, die bei Emil A. als ‚unverbesserlich‘ die Kastration legitimieren wird.

---

1136 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1137 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1138 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1139 Pfäfflin, Vorurteilsstruktur, Vorwort.

1140 Zbinden, Die Bedeutung des Gutachtens 13.

Trotz der gutachterlichen Beurteilung von Emil A. als ‚zurechnungsfähig‘ nahm der Richter eine ‚verminderten Zurechnungsfähigkeit‘ an und sprach erneut eine reduzierte Strafe aus. Und wieder gelang es Emil A., durch den Entscheid der Strafvollzugskommission probeweise früher aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Emil A. schien es zu verstehen, seine Möglichkeiten im Rahmen des Gesetzes zu seinen Gunsten auszuschöpfen und die Verantwortlichen von seinem Willen zur Verbesserung zu überzeugen.

1957 wurde er zum dritten Mal wegen „wiederholter und fortgesetzter unzüchtiger Handlungen mit Kindern“ angeklagt und begutachtet. Diese Begutachtung fand unter nochmals veränderten Verhältnissen statt, was sich im Zweck und im Inhalt des Gutachtens niederschlug. Inzwischen hatte Emil A. nämlich geheiratet und war Vater geworden und er hatte sich, noch bevor das Gutachten ausgestellt wurde, kastrieren lassen. Das dritte Gutachten diente jetzt vor allem dazu, dem Richter das gebrachte ‚Opfer‘ nahezubringen, damit er es für die Urteilsfindung gebührend berücksichtigen konnte. Denn aus der Einwilligung in die und der Durchführung der Kastration konnten seitens des Delinquenten keine Rechtsansprüche abgeleitet werden, sich dennoch zu dessen Gunsten auf die Urteilssprechung auswirken. Der inhaltliche Fokus lag auf der Darstellung der Kastration als Wunsch des Delinquenten, ihrer psychiatrischen Rechtfertigung und ihrer Nützlichkeit. Sie wurde zum Beweis von Emil A.s Einsichtsfähigkeit und Willigkeit. Der Gutachter begann mit der Feststellung, dass dieser bereits während der letzten psychiatrischen Kontrollgespräche wieder delinquent habe. Im Rahmen dieser Gespräche habe er meist von Geschlechtsverkehr mit Frauen und seinem häufigen sexuellen Versagen berichtet und zugleich „pädophile Phantasien immer in Abrede gestellt“. <sup>1141</sup> Grosse Hoffnung habe Emil A. in die 1954 eingegangene Ehe gehabt. Von ihr hatte er sich die Befreiung von seinem „sexuellen Drang“ erwartet. Anfänglich sei die Beziehung sexuell befriedigend gewesen. Aber bald hätten sich die Potenzschwierigkeiten wieder eingestellt. Mit der Schwangerschaft sei seine Frau dann „frigide“ und damit der eheliche Geschlechtsverkehr unmöglich geworden. Der Gutachter, der auch die Ehefrau von Emil A. befragte, war „geradezu erschüttert“ über „die Ahnungslosigkeit der Frau bezüglich der Delinquenz der letzten Jahre“, die sich vor allem in der Werkstatt und der Wohnung abgespielt habe. Sie beschrieb ihren Ehemann als rücksichts- und liebevoll und war, wie auch Emil A., mit der ehelichen Beziehung zufrieden. Der Gutachter beurteilte sie als „schwächlich und infantil“. <sup>1142</sup> Diese Beurteilung enthielt ihre Disqualifikation als Ehefrau und Gattin. Denn im bürgerlichen Eheverständnis gehörte es zu ihren Aufgaben mitzuhelfen, den Geschlechtstrieb des Ehemannes zu domestizieren und zu kanalisieren. <sup>1143</sup> Mit der Ehe wurde ihr ein Teil der

---

<sup>1141</sup> 07.09.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

<sup>1142</sup> 07.09.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

<sup>1143</sup> Heintz / Honegger, Zum Strukturwandel, 27–31.

Verantwortung für die Delinquenz ihres Mannes übertragen, sie wurde mitverantwortlich gemacht.

Den ‚Sinneswandel‘ bezüglich der Kastration erklärte der Gutachter mit der neuen Position von Emil A. als Ehemann und Vater und dem damit einhergehenden Verantwortungsbewusstsein. Früher habe er zu „Beschönigungen“ und „Unaufrichtigkeiten“ geneigt, aber „heute mit Frau und Kind scheint er sich seiner Schuld im klaren zu sein und zu sehe, wie krankhaft sein Verhalten sei“. <sup>1144</sup> Es war die mit der Heirat übernommene Position und Verantwortung des Ehemannes, wie sie im ZGB 1912 festgeschrieben worden war, die dem Gutachter als Erklärung für den ‚Sinneswandel‘ diene. Gemäss ZGB kam dem Mann die Rolle als Familienoberhaupt zu, dem sich Frau und Kinder unterzuordnen hatten. Als ‚Ernährer‘ trug er die Verantwortung für die Familie und repräsentierte sie nach aussen. Das nach dem Modell der bürgerlichen Familie geregelte Zivilrecht diene dazu, die Familie als wichtige Grundlage des Staates zu stärken. <sup>1145</sup> Mit dem Entscheid zur Kastration als Manifestation der rechtlich geregelten Verantwortlichkeit rückte der Gutachter Emil A. wieder in die Nähe ‚normaler‘ Männlichkeit. Sein neues Verantwortungsbewusstsein äussere sich darin, dass er nicht mehr straffällig werden wolle und dies jetzt mit einer Kastration ‚endgültig‘ zu erreichen suchte, hielt der Gutachter fest. Von Emil A. selbst ist, neben dem Wunsch nach einer Kastration, nur zu erfahren, dass er ständig Zweifel hatte, „ob er einer Frau überhaupt genügen könne“, ob er in dieser Beziehung „vollwertig“ sei. „Schon als Kind habe er sich wegen des Bettnässens so minderwertig gefühlt.“ Grund für seine Delinquenz sei „seine Angst vor der erektiven Impotenz in Gegenwart erwachsener Frauen“. <sup>1146</sup> Er sei froh, den „Drang“ weg zu haben, „er müsse endlich frei werden“. <sup>1147</sup> Mit dieser Begründung rückte die Kastration als therapeutischer Eingriff in den Vordergrund. Emil A. schien in einem Lernprozess die Sicht der Psychiatrie und Justiz übernommen zu haben, die als ‚Einsicht‘ gedeutet wurde. Den ‚Wunsch‘ Emil A.s erfüllte auch die Chirurgie problemlos. Er wurde am 24. Juli 1957 kastriert.

## **Die Begutachtung: Herstellung von Männlichkeit**

Die Exploration im Rahmen einer psychiatrischen Begutachtung zeigte sich als komplexe Situation der Selbstdarstellung, in der es um ‚Ver- und Enthüllung‘ ging. Im Verlauf der drei Begutachtungen und den dazwischen liegenden therapeutischen Gesprächen ‚enthüllten‘

---

<sup>1144</sup> Marschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 191.

<sup>1145</sup> Gugerli, David: „Das bürgerliche Familienbild im sozialen Wandel“. 59–74. In: Thomas Fleiner–Gerster / Pierre Gilliard / Kurt Lüscher (Hg.): Familien in der Schweiz. Freiburg i/Ü. 1991. 70–71. Arni, Entzweigungen, 23–24. Auch die ‚soziale Frage‘ diene als Vehikel, um das hegemoniale Familienmodell zu festigen. Vgl. Wecker, Regina: Zwischen Ökonomie und Ideologie. Arbeit im Lebenszusammenhang von Frauen im Kanton Basel-Stadt, 1870–1910. Zürich 1997. 301.

<sup>1146</sup> 18.06.1941 Abschrift Gutachten Gerichtsarzt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

<sup>1147</sup> 07.09.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

sich verschiedene ‚Wahrheiten‘ über Emil A.. Durch den Blick der Psychiatrie vermittelt, entstand das Bild eines in seiner Sexualität und in seinem Charakter ‚defizitären‘ Mannes. Enthüllt wurde aber auch das Bild eines Mannes, der an Potenzschwierigkeiten, an sexuellen Versagensängsten und an der Angst, nicht zu genügen, litt. Zugleich zeigte er sich als fleissiger und erfolgreicher Handwerker mit einem eigenen Geschäft, der in seinem sozialen Umfeld gut integriert und auch beliebt zu sein schien. Er ‚enthüllte‘ sich auch als eine Person, die die Behörden immer wieder für sich und ihre Anliegen gewinnen konnte und diese von ihrer Rechtschaffenheit zu überzeugen wusste. In den Akten kommt aber auch das Bild eines raffiniert vorgehenden Gesetzesbrechers zum Vorschein, dem es immer wieder gelang, die Behörden zu täuschen. Willig unterwarf er sich den angeordneten Massnahmen, während er bereits wieder delinquierte. Mit der Entscheidung zur Kastration entstand ein neues ‚Bild‘, nämlich das des verantwortungsbewussten Ehemannes und Vaters. Es ist ein vielschichtiges Bild von Emil A., das im Verlaufe der Begutachtungen zum Vorschein kam, und wie er in den unterschiedlichen kontextuellen Situationen von der Psychiatrie wahrgenommen und dargestellt wurde.

Die Praxis der Begutachtung zeigte sich bei den Sexualdelinquenten als Ort der gemeinsamen Herstellung einer ‚normalen‘ Männlichkeit. Seitens des Delinquenten, indem er sich dem Begutachter und damit dem Richter und der Gesellschaft als möglichst nahe an einer ‚normalen Männlichkeit‘ darstellte, während der Gutachter auf die Abweichung fokussierte und die Distanz zur Norm ‚vermass‘, beziehungsweise den interpretatorischen Spielraum ausnutzte und damit Distanz zur ‚normalen‘ Männlichkeit herstellte und bestimmte. Zur Bestimmung der Abweichung diente dem Experten das wissenschaftlich anerkannte psychiatrische Wissen, das als Abstraktion auf Fällen wie Emil A. basierte. Die psychiatrische Lehre strukturierte den Blick und die Wahrnehmung des Experten und bestätigte zugleich ihre Richtigkeit. Diese Sichtweise hatte sich in einem Lernprozess auch die Justiz angeeignet, die die Selektion derer vorzunehmen hatte, die psychiatrisch zu begutachten waren. Denn oft erschienen Sexualstraftäter, insbesondere Exhibitionisten und ‚Kinderschänder‘, abgesehen von ihrer sexuellen Problematik als ‚normal‘, ‚unauffällig‘ und ‚angepasst‘ und es bedurfte eines Experten, um die ‚Anormalität‘ zu finden. Die Bestimmung der ‚Abweichung‘ von und ihre Distanzierung zu einer ‚normalen‘ Männlichkeit diente auch der Stabilisierung ‚normaler Männlichkeit‘.

Dem Gutachten kamen im Verlauf eines Falles verschiedene Funktionen zu. Kontextuell und vom Zweck abhängig konnte es sowohl sozial integrative wie sozial ausschliessende Wirkungen entfalten. Im Fall von Emil A. verhalf das Gutachten zweimal zu einer mildernden Strafe. Die psychiatrische Intervention ermöglichte mit Auflagen verknüpfte frühere

Entlassungen aus dem Gefängnis. Bei diesen handelte es sich um behördliche Bemühungen um eine soziale Integration und eine deliktfreie Lebensführung. Mit dem Fallverlauf wandelten sich die Effekte des Gutachtens. Bereits mit dem zweiten Gutachten war der Psychiater nicht mehr gewillt, Emil A. zu ‚Wohltaten‘ zu verhelfen. Zudem integrierte er mit der Thematisierung der Kastration oder Verwahrung einen ausschliessenden Aspekt und markierte Emil A. bereits als potentiell ‚unverbesserlich‘. Das dritte Gutachten diente gleichzeitig dazu, die Kastration zu ermöglichen und dadurch wieder mildernd auf das Strafurteil einzuwirken. Wie genau es diese Wirkung entfaltete, werde ich im Kapitel 4.6 noch genauer darstellen.

Das gemeinsame Ziel der Verbrechensbekämpfung funktionierte in der Praxis relativ problemlos. Der Psychiatrie gelang es dabei, ihr medizinisch-therapeutisches Selbstverständnis mit den staatlichen Erfordernissen der Kriminalitätsbekämpfung und Disziplinierung in Einklang zu bringen. Zugleich konnte sie sich als nützlich erweisen und dem ‚therapeutischen Nihilismus‘ der Zeit entgegenwirken. Zum Zuge kam dabei eine Therapie aus einem anderen medizinischen Bereich, der Chirurgie. Die Kastration lässt sich in diesem Sinne auch als ein Scheitern der sonstigen psychiatrischen Therapien verstehen. Denn bevor zum Messer gegriffen wurde, wirkten die Behörden und die Psychiatrie mit ihren sonstigen zur Verfügung stehenden Mitteln und Techniken auf den Delinquenten ein, um ihn zu einer sozial ‚angepassten‘ Lebensführung zu ermächtigen, wie das nächste Kapitel zeigt.

## **4.5 Die Verbesserungsmaschinerie**

### **Emil A.s Scheitern der sexuellen Selbstführung**

Mit der Anzeige, der Anklage und der Verurteilung wurde Emil A. öffentlich zum Gesetzesbrecher. Mit dem Sichtbarmachen seiner Taten wurde auch das Versagen seiner sexuellen Selbstführung offensichtlich. Das Sichtbarmachen seines Versagens ging einher mit seiner Unterwerfung unter ein ihn disziplinierendes und kontrollierendes Regime: Das der Disziplinarmacht angehörige Gefängnis.<sup>1148</sup> Es diente zu seiner Bestrafung, aber auch zu seiner ‚Verbesserung‘. Mit der Entlassung auf Bewährung wurde er dann einem anderen Regime der Kontrolle unterstellt: Der gouvernementalen Macht der Psychiatrie und der Schutzaufsicht. Sie hatten ihm helfend zur Seite zu stehen und ihn in der ‚richtigen‘ Lebensführung anzuleiten.<sup>1149</sup> Emil A. war aber nicht nur Objekt der von aussen auf ihn einwirkenden Verbesserungsbemühungen. Er bemühte sich auch selbst, sich zu ‚verbessern‘. In einem der Gespräche erzählte er dem Psychiater, dass er jeden Tag eine gute Tat vollbringe. So habe er eine Porzellanfigur, die er entwendete, nach Jahren

---

<sup>1148</sup> Freud, Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie, 105. Laplanche, Jean / Pontalis, J. B.: Das Vokabular der Psychoanalyse. Frankfurt a/M 1972. 167, 383.

<sup>1149</sup> Lemke, Gouvernementalität, 36.



zurückgebracht. „Der Patient verfügt über einige solcher Geschäfte, die er mit seinem Gewissen abschloss“, war im Gutachten zu lesen.<sup>1150</sup> Diese ‚Geschäfte‘ waren Techniken, mit denen er auf sich selbst einwirkte, um sich zu bessern und sein Gewissen zu ‚reinigen‘. Es waren Selbsttechniken, die, wie Foucault in seiner Studie ‚Sexualität und Wahrheit‘ beschrieb, als „mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren Körpern, mit ihren eigenen Seelen und mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen.“<sup>1151</sup>

Selbstführung braucht Orientierung, eine Ausrichtung, nach der man sich führen kann. Wie in der Begutachtung gezeigt, diente die ‚normale‘ Männlichkeit als Orientierungswissen. Da Emil A. mit seinen Delikten zu weit von einer ‚normalen‘ Männlichkeit abwich, war er nicht mehr einfach ein Gesetzesbrecher, er wurde in der Begutachtung zum ‚Anormalen‘ transformiert, das Delikt wurde zum Zeichen seiner ‚Pathologie‘. Die Grundlage der Herstellung von Emil A. als ‚anormal‘ bildete das psychiatrische Wissen. Dieses beruhte auf der Abstraktion und der Reflexion, der wissenschaftlichen Bearbeitung der alltäglichen Beobachtungen von Fällen wie ihm. Indem über ihn eine psychiatrische Akte angelegt wurde, in der seine Anormalität dokumentiert war, wurde er Teil des wissenschaftlichen Diskurses. Zugleich wurde seine ‚Anormalität‘ dokumentiert und floss in das Archiv des Wissens ein.<sup>1152</sup>

Wegen seiner ‚Abnormität‘ wurde er zur Bedrohung für die Gesellschaft.<sup>1153</sup> Da die liberale Freiheit keine stabile Gegebenheit und als Gegenstand einer permanenten Gefährdung immer wieder neu herzustellen ist, ist sie einem Sicherheitskalkül zu unterstellen.<sup>1154</sup> Die äussere Grenze der Freiheit bildet das Strafgesetz, das das Erlaubte vom Verbotenen trennte. Werden die Rechtsbrüche sichtbar, dann sind sie zu sanktionieren. Das Gesetz funktioniert dabei als Disziplinarmacht. Die Absicherung der Freiheit erfolgt aber auch über die Herstellung der ‚Anormalen‘, über jene, die sich von einer ‚Normalität‘ zu weit entfernt haben. Sie gilt es zu ‚normalisieren‘ und damit zugleich ‚Normalität‘ zu reproduzieren und zu bestätigen. Wegen seiner ‚Anormalität‘ war Emil A. nicht nur für seine Taten zu bestrafen. Er musste in seiner ‚Gesamtpersönlichkeit‘ völlig ‚umgebildet‘ werden.<sup>1155</sup> Dafür wurde die staatliche ‚Verbesserungsmaschinerie‘ in Gang gesetzt. In dieser verknüpften sich Disziplinarmittel und gouvernementale Techniken, um ihn zu bearbeiten und zu

---

1150 27.09.1957 Gesprächsnotiz Krankenakte PUK. In: PUP, Akte Emil A., 1907

1151 Foucault, Der Gebrauch der Lüste, 18.

1152 Bublitz, Archäologie des kulturellen Unbewussten, 83–84.

1153 Lemke, Gouvernamentalität, 261.

1154 Rössler, Beate: Der Wert des Privaten. Frankfurt a/M 2001. 126.

1155 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 4.

„normalisieren“.<sup>1156</sup> Es war ein Komplex von praktischen Verfahren, Programmen und Massnahmen, die es ermöglichten, Handlungsformen, Präferenzstrukturen und Entscheidungsprämissen von Akteuren wie Emil A. im Hinblick auf bestimmte Ziele zu formen und zu steuern.<sup>1157</sup> Ihr Ziel war es, ihn als ein verantwortlich und moralisch handelndes „normales“ Subjekt regierbar zu machen.<sup>1158</sup> Voraussetzung war die Annahme seiner Verbesserungsfähigkeit und seines Willens, sich bessern zu wollen.<sup>1159</sup> Dann sollte es Emil A. allmählich gelingen, die äussere Kontrolle zu internalisieren und sie in Selbstkontrolle zu überführen.<sup>1160</sup>

## **Das Programm der Verbesserung**

Rossetti hatte ein Programm für die Verbesserung von Exhibitionisten formuliert, das sich auch auf die „Pädophilen“ übertragen liess. Ideal wären gemäss Rossetti spezielle Anstalten, in denen jeweils individuell auf die Täter eingegangen werden könnte. Der Delinquent sei unter ständiger Aufsicht zu regelmässiger Arbeit und zu einem regelmässigen Leben zu zwingen. Zusätzlich sei er in moralischer und religiöser Richtung zu schulen.<sup>1161</sup> Sei er intellektuell gestört oder habe er eine falsch ausgebildete Hemmung, dann sei er vor allem durch religiöse und moralische Bildung zu beeinflussen. Ein disziplinierender Tagesablauf, Appelle an die Vernunft und die Stärkung des Willens waren die Techniken, die Rossetti als erfolgversprechend im Umgang mit Sexualdelinquenten erachtete.

Der Bau spezieller Anstalten für die als „geistesgestört“ oder „vermindert zurechnungsfähig“ beurteilten Verbrecher war ein seit der Jahrhundertwende international diskutiertes Thema, das zu verschiedenen Lösungen führte.<sup>1162</sup> Denn mit der Ausweitung der psychiatrischen Gutachtertätigkeit wuchs auch die Zahl der in psychiatrischen Anstalten internierten Patienten. Als problematisch wurde einerseits die gemeinsame Internierung von Geisteskranken und Delinquenten,<sup>1163</sup> andererseits der Umstand, dass es sich insbesondere bei Sexualstraftätern nicht um „Geisteskranke“, sondern meist um unauffällige, angepasste „Grenzfälle“ handelte, diskutiert.<sup>1164</sup> In der Schweiz war die Debatte um die Unterbringung

---

1156 Lemke, *Gouvernementalität und Biopolitik*, 60.

1157 Lemke, *Gouvernementality Studies*. 380–384. In: Clemens Kammler / Ralf Part / Ulrich-Johannes Schneider (Hg.): *Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart 2008. 382.

1158 Lemke, *Gouvernementalität und Biopolitik*, 57.

1159 Rossetti, *Die strafrechtliche Bekämpfung*, 57.

1160 Vgl. Bröckling, Ulrich: *Das demokratische Panoptikum*. In: Axel Honneth / Martin Saar (Hg.): *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a/M 2003. 77–93.

1161 Rossetti, *Die strafrechtliche Bekämpfung*, 65.

1162 Spezielle Zentralanstalten wurden in Grossbritannien, Irland, Italien und Norwegen gebaut. In Deutschland wurde eher auf Anbauten an Straf- und Irrenanstalten gesetzt. Und in Bayern, Holland, Österreich und der Schweiz wurden die Delinquenten auf bestehende Heil- und Pflegeanstalten verteilt. Germann, *Psychiatrie und Strafjustiz*, 359–360.

1163 Germann, *Psychiatrie und Strafjustiz*, 371.

1164 Bleuler, *Lehrbuch der Psychiatrie*, 457.

dieser Gruppe eng mit den Diskussionen rund um die Vereinheitlichung der kantonalen Strafgesetzgebungen verbunden. Auf spezielle Anstalten wurde schliesslich verzichtet.<sup>1165</sup> Die Diskussionen um die Problematik der Unterbringung der ‚Grenzfälle‘ habe zu einer teilweisen Demedikalisierung des Massnahmenvollzugs geführt, wie Germann in seiner Studie zeigt.<sup>1166</sup> Im StGB wurde mit Artikel 14 und Artikel 15 die Unterbringung in eine Heil- und Pflegeanstalt festgeschrieben.

Damit, fuhr Rossetti weiter, sei die ‚irrenärztliche‘ Behandlung anerkannt worden. Um eine solche anordnen zu können, war die ‚Pathologisierung‘ des Delinquenten vorausgesetzt. Diese machte ihn für die ärztliche Intervention zugänglich. Das Delikt galt dann als Zeichen einer ‚Pathologie‘, die es zu heilen und nicht mehr zu bestrafen galt. Dabei, hielt Rossetti fest, bilde die Anstaltsbehandlung wie das Gefängnis einen Freiheitsentzug, bei dem jedoch der Gedanke an Sühne und Vergeltung fehle. Damit beschwichtigte er jene Kritiker, die der Psychiatrie vorwarfen, Delinquenten zu exkulpieren.<sup>1167</sup> Die Massnahme, versprach er weiter, garantiere im Gegensatz zur Gefängnisstrafe eine ‚wirkliche‘ Besserung. Er verwies auf die Studie von Staehelin. Diese habe gezeigt, dass bei den Exhibitionisten 73 Prozent der Begutachteten ohne ärztliche Behandlung wieder rückfällig wurden, während es bei den ärztlich Behandelten lediglich 20 Prozent gewesen seien.<sup>1168</sup> Mit ähnlichen Zahlen setzte sich auch Strasser für die ärztliche Behandlung der Sexualdelinquenten ein.<sup>1169</sup> Die psychiatrische ‚Verbesserung‘ der Sexualdelinquenten bemass sich dabei an der juristischen Kategorie der Rückfälligkeit. Rossetti kam auch auf die spezielle Problematik im Umgang mit den Exhibitionisten zu sprechen. Diese ergab sich durch die Diskrepanz zwischen der strafrechtlichen Beurteilung des Delikts und der notwendigen Dauer psychiatrischen Einwirkens.

Rossetti kritisierte, dass in der gängigen Praxis der Richter oft eine geringe Strafe ausspreche und dann lediglich eine ärztliche Behandlung danach empfehlen könne. Der Exhibitionist komme aber nach Verbüssen der Strafe nicht zur Behandlung. Sexualdelinquenten zeigten generell wenig Interesse daran, sich aus freien Stücken in eine ärztliche Therapie zu begeben.<sup>1170</sup> Es habe sich nun eingebürgert, dass man versuche, durch eine Bevormundung einen gewissen Druck auszuüben.<sup>1171</sup> Doch sei die Anordnung einer Bevormundung ebenfalls schwierig. Artikel 371 ZGB erlaube zwar, jeden zu

---

<sup>1165</sup> Zum Verlauf dieser Diskussionen verliefen siehe Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 357–379.

<sup>1166</sup> Germann, Psychiatrie und Strafjustiz, 372.

<sup>1167</sup> Strasse, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 2.

<sup>1168</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 71.

<sup>1169</sup> Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 14.

<sup>1170</sup> Die meisten Delinquenten brachen die ärztliche Betreuung ab, sobald die staatliche Pflicht aufgehoben war. Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 11.

<sup>1171</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 71.

mindestens einem Jahr verurteilten Verbrecher in seinem eigenen Interesse unter Vormundschaft zu stellen. Bei den Exhibitionisten würden oft aber nur kurze Strafen ausgesprochen.<sup>1172</sup> Artikel 370 ZGB ermögliche es zwar, „lasterhafte Personen“ zu bevormunden, hielt Rossetti fest. Doch sei der Lebenswandel des Exhibitionisten kaum als „lasterhaft“ zu bezeichnen.<sup>1173</sup> Möglich sei eine Bevormundung einzig gemäss Artikel 369 ZGB, der die Bevormundung wegen „Geistesschwäche und Geisteskrankheit“ erlaube, die auf „Gefährdung der Sicherheit Anderer“ hinweise.<sup>1174</sup> Die Bevormundung sei aber nur eine fürsorgliche Nebenmassnahme und keine sichernde Massnahme zur Bekämpfung des Exhibitionismus.<sup>1175</sup> Die Zugriffsmöglichkeiten, so Rossettis Fazit, konnten mit dem zivilen Recht nicht ausgeweitet werden. Die psychiatrischen Zugriffsmöglichkeiten blieben auf die Artikel 14 und Artikel 15 StGB beschränkt. Damit blieb die Zuweisung weiterhin von den juristischen Personen abhängig.

Mit der Behandlung aller Sexualdelinquenten konnte die Psychiatrie ihre Nützlichkeit beweisen und die Wirksamkeit ihrer Therapien erproben. Trotz der behaupteten hohen Erfolgsquoten und der vermeintlich erfolgreichen medizinischen Interventionen sprach Rossetti auch ein mögliches Scheitern an: „Wenn alle sichernden Massnahmen versagen, so können wir ihn als unverbesserlichen Exhibitionisten betrachten.“<sup>1176</sup> Führt die ärztlichen Einwirkungen nicht zum Erfolg, dann lag es am Delinquenten: Er war ‚unverbesserlich‘. Die ‚Unverbesserlichkeit‘ war dann Ausdruck seines ‚pathologischen‘ Charakters und machte ihn zum ‚Gemeingefährlichen‘, bei dem ein anderes Vorgehen notwendig war. Er war dann der Justiz zu übergeben mit der Empfehlung, ihn „lebenslänglich zu verwahren“. Eine Entlassung aus der Verwahrung war im StGB in Artikel 42 geregelt. Sie setzte ein Minimum von drei Jahren fest, danach war eine Entlassung auf Bewährung möglich. Der Entlassene war unter Schutzaufsicht zu stellen und konnte bei Fehlverhalten jederzeit wieder in die Verwahrung zurückversetzt werden.<sup>1177</sup>

Im Umgang mit Sexualdelinquenten wurde den Wünschen Rossettis in vielen Fällen entsprochen. Zu verurteilende oder verurteilte ‚Exhibitionisten‘ ebenso wie ‚Pädophile‘ wurden der Psychiatrie zur Abklärung zugewiesen und oft auf Grundlage des Gutachtens der Psychiatrie zur Behandlung übergeben. Fallspezifisch wurde aber auch evaluiert, ob nicht eine Gefängnisstrafe wirksamer wäre. Mit der im StGB erfolgten Ausdifferenzierung des

---

<sup>1172</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 72.

<sup>1173</sup> ‚Lasterhaft‘ oder ‚Liederlichkeit‘ konnotierte bei Männern generell ‚Arbeitsscheu‘, ‚Alkoholismus‘ und die damit verbundene Gefahr, auf die Bahn des Verbrechens zu geraten. Während die beiden Ausdrücke bei Frauen auch immer sexuell konnotiert waren. Strebel, Weggesperrt, 31. Rietmann, „Liederlich“ und „arbeitsscheu“, 40.

<sup>1174</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 73.

<sup>1175</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 73.

<sup>1176</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 73.

<sup>1177</sup> Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 74–75. Härdy, Handkommentar, 33.

Strafkatalogs konnten Strafen und Massnahmen individualisiert dem ‚Täterprofil‘ angepasst werden.

### **Juristische Intervention und Strafvollzug: Die disziplinierende Fremdführung**

Dass sich Emil A. von der ersten Anzeige nicht abschrecken liess, wirkte sich für ihn im Schuldspruch negativ aus. Dabei lässt sich die Anzeige bereits als Teil eines Sichtbarkeitsregimes verstehen, indem eine spezifische Handlung aus einer Vielfalt von Handlungen sichtbar gemacht wurde. Unter Sichtbarkeitsregimen sind „soziale und technische Arrangements, die Ordnung stiften oder stabilisieren, Gefährdungen abwehren und Abweichungen korrigieren sollen und selbst eine Ordnung des Beobachtens und Beobachtetwerdens, des Zeigens und Verbergens etablieren,“ zu verstehen.<sup>1178</sup> Nach der Anzeige war der Wahrheitsgehalt abzuklären, der Richter hatte diese zu beurteilen und eine entsprechende Strafe zuzumessen. Emil A. verurteilte er zu einer Zuchthausstrafe, die er wegen der psychiatrisch diagnostizierten ‚verminderten Zurechnungsfähigkeit‘ in eine Gefängnisstrafe umwandelte. Die Zuchthausstrafe bildete die schwerste Sanktion im StGB. Sie wurde angewandt bei kapitalen Verbrechen wie zum Beispiel Mord oder Totschlag. Ihre kürzeste Dauer betrug ein und die längste zwanzig Jahre. Es handelte sich bei ihr um eine verschärfte Gefängnisstrafe.<sup>1179</sup> Eine Gefängnisstrafe ihrerseits hatte eine Mindestdauer von drei Tagen und durfte – ausser in Ausnahmen – nicht länger als drei Jahre dauern. Sie gewährte im Gegensatz zur Zuchthausstrafe dem Häftling bei Wohlverhalten einige Vergünstigungen.<sup>1180</sup> Der Strafvollzug symbolisiert die Macht des Staates, der legitimiert war, sein Recht, wenn nötig auch mittels Gewalt durchzusetzen.

Mit der Verurteilung kam Emil A. ins Gefängnis. Damit wechselte er in den von der Justiz unabhängigen Strafvollzug, wo die verfügte Strafe ausgeführt wurde. Als Zweck des Freiheitsentzuges war im Artikel 37 des StGB festgehalten: Die Strafe soll erziehend auf den Gefangenen einwirken und ihn auf den Wiedereintritt in das bürgerliche Leben vorbereiten. Die Anstaltsordnungen regeln Voraussetzungen und Umfang der Erleichterungen, die stufenweise dem Gefangenen gewährt werden können. Der Gefangene wird zur Arbeit angehalten, die seinen Fähigkeiten entspricht.<sup>1181</sup> Das Strafrecht zielt darauf ab, den Verbrecher zu verbessern und dient zugleich der präventiven Abschreckung, um noch nicht begangene Verbrechen zu verhindern.<sup>1182</sup> Der ‚Verbesserung‘ des Delinquenten während

---

1178 Hempel, Leon / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich: Sichtbarkeitsregime: Eine Einleitung, 7–24. In: Leon Hempel / Susanne Krasmann / Ulrich Bröckling (Hg.): Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2011. 8.

1179 Härdy, Handkommentar, 26.

1180 Härdy, Handkommentar, 28–29.

1181 Härdy, Handkommentar, 27.

1182 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 56.

des Strafvollzugs diene ein strenges Regime aus Überwachung, Disziplin und Vergünstigungen bei Wohlverhalten und Sanktionen bei Fehlverhalten. Mit diesen Mitteln galt es erzieherisch auf den Verurteilten einzuwirken. Es sind disziplinierende Technologien der Pädagogik, die dem Sträfling mittels Wohltaten und Sanktionen eine Orientierungshilfe vermittelten, welche Verhaltensweisen als ‚erwünscht‘ und welche als ‚unerwünscht‘ galten und damit das Verhalten lenkten.<sup>1183</sup> Dabei konnten Vergünstigungen jederzeit wieder entzogen werden.

Mit der Internierung ins Gefängnis wurde Emil A. einer permanenten Überwachung, Kontrolle und einer streng durchstrukturierten disziplinierend wirkenden Tagesstruktur unterworfen.<sup>1184</sup> Es war ein Regime der Sichtbarkeit und Überwachung.<sup>1185</sup> Foucault hat diese Form der Machtausübung als Technik des Panoptikums beschrieben. Dieses Regime, wie es im 18. Jahrhundert erfunden wurde, ermöglichte durch seine panoptische Architektur die permanente Überwachung.<sup>1186</sup> Die Struktur der ringförmig um einen Turm angeordneten Zellen erlaubte von diesem aus den Blick auf alle Zellen und ihre Insassen. Die Sichtbarkeit der Insassen war nur von ausserhalb der Zellen gegeben. Die Zelleninsassen untereinander blieben isoliert und unsichtbar. Damit galt es, Komplote und Revolten zu verhindern und Ruhe und Ordnung zu garantieren.<sup>1187</sup> Sichtbarkeit ist eine machtvollere Regierungstechnologie und Macht zeigt sich auch dort, wo sie über das Verhältnis von öffentlich und geheim, sichtbar und unsichtbar verfügt.<sup>1188</sup> Denn um wirksam zu sein, bedarf sie auch der Dunkelfelder. Diese erst ermöglichen und legitimieren die Ausweitung ihrer Interventionen, geknüpft an das Versprechen der Sicherheit. Mit der steten Drohung der Sichtbarmachung übt sie zugleich Kontrolle auf alle aus. Eine totale Sichtbarkeit hingegen wäre dysfunktional. Mit einer solchen würden Normen ihre disziplinierende Funktion und Geltung in der Masse verlieren, in dem der Umfang ihrer Missachtung sichtbar würde.<sup>1189</sup> Die Macht lässt sich nicht nur in der Bestimmung von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit erkennen, sie manifestiert sich auch im Verhältnis von Beobachter und Beobachtetem.

Dies zeigte sich in der Anordnung des Gefängnisses. Der sich im Zentrum befindende Turm beherbergte das alles sehende Auge, das selbst jedoch nicht gesehen wurde. Der Turm schied Beobachter und Beobachtete, wobei nur der Beobachtete für den Beobachter sichtbar

---

1183 Foucault, Überwachen und Strafen, 284.

1184 Foucault, Überwachen und Strafen, 258.

1185 Hempel et al, Sichtbarkeitsregime, 10.

1186 Foucault, Überwachen und Strafen, 258.

1187 Foucault, Überwachen und Strafen, 257. Die Gefangenen blieben isoliert, konnten nicht gemeinsame Ausbrüche und Aufstände planen und sich gegenseitig beeinflussen.

1188 Münkler, Herfried: Visualisierungsstrategien im politischen Machtkampf. 26–51. In: Herfried Münkler / Jens Hacke (Hg.): Strategien der Visualisierung Frankfurt A/M 2009. 26.

1189 Hempel et al., Sichtbarkeitsregime, 8.

war. Jener selbst blieb unsichtbar. Mit dem Gefängnisaufenthalt wurde der Häftling als Beobachteter einer permanenten Sichtbarkeit ausgesetzt. Er wusste nie, wann genau er beobachtet wurde und wann nicht. Diese Unbestimmtheit mache die Wirkung der Überwachung permanent, auch wenn ihre Durchführung nur sporadisch sei, so Foucault.<sup>1190</sup> Da der Häftling nie genau wusste, wann er beobachtet würde, müsse er von einer konstanten Beobachtung ausgehen und sein Verhalten entsprechend anpassen. Damit werde die Wirkung einer konstanten Selbstbeobachtung erzeugt. Dabei sei es für das Funktionieren der Überwachung irrelevant, wer beobachtet. Ihre Wirksamkeit erhalte sie durch ihre Ausübung. Die Überwachung beruhe zwar auf Individuen, doch wirke sie wie ein Beziehungsnetz von oben nach unten und bis zu einem gewissen Grade auch von unten nach oben und nach den Seiten. Dieses Netz halte das Ganze zusammen und durchsetze es mit Machtwirkungen, die sich gegenseitig stützen: Pausenlos überwachte Überwacher.<sup>1191</sup> Es war ein automatisiertes und entindividualisiertes System der Überwachung. Durchsetzung von Disziplin und Selbstdisziplin sei ein zentraler Aspekt. Das Individuum sei sichtbar und könne damit für sein Tun verantwortlich gemacht werden.<sup>1192</sup> Das Gefängnis ist das Instrument der Disziplinierung einer Macht, die Foucault als Herrschaft bezeichnete. In dieser sind die Machtverhältnisse fixiert und starr. Den Unterworfenen wird nur ein geringer Handlungsspielraum zugestanden. Sie haben sich den Anordnungen zu fügen und bei Verstößen mit Sanktionen zu rechnen.<sup>1193</sup> Was von Emil A. gefordert war, war Gehorsam und Unterordnung. Ziel der Disziplinierung war die ‚Ausrottung‘ seines abweichenden Verhaltens.<sup>1194</sup>

Wie die meisten Sexualdelinquenten zeigte auch Emil A. sich im Gefängnis als unauffällig und angepasst.<sup>1195</sup> Rossetti führte dies auf den ausgeübten Druck zurück, der ihn befähige, seinen Trieb zu kontrollieren. Falle der Druck weg, werde er schnell wieder Opfer seines Triebes.<sup>1196</sup> Darauf verwies auch der Gutachter bei Emil A., als er festhielt, dass er nach dem Gefängnisaufenthalt unbedingt der Führung bedürfe, „wenn er den natürlichen Lebensreizen und Versuchungen des freien Lebens wieder ausgesetzt“ sei.<sup>1197</sup> Nach zweieinhalb Jahren im Strafvollzug war Emil A. überzeugt, genug gesühnt und eine frühere Entlassung verdient zu haben.

---

1190 Foucault, Überwachen und Strafen, 258.

1191 Foucault, Überwachen und Strafen, 260.

1192 Foucault, Überwachen und Strafen, 221.

1193 Foucault, Michel: Das Subjekt und die Macht. 243–261. In: Hubert Dreyfus L. / Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt a/M 1987. 260.

1194 Breuer, Stefan: Sozialdisziplinierung. Probleme und Problemverlagerungen eines Konzeptes bei Max Weber, Gerhard Oestreich und Michel Foucault. 45–69. In: Christoph Sachsse / Florian Tennstedt (Hg.): Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung. Frankfurt a/M 1986. 62.

1195 Aebersold, Von der Kastration zur Incapacitation, 180.

1196 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 58.

1197 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

Dazu wandte er sich im August 1943 an die psychiatrische Poliklinik. Er bat sie, ihm beim Verfassen eines Begnadigungsgesuchs zu helfen. Er versicherte dem Psychiater, dass er viele wichtige Erkenntnisse der ‚Wahrheit‘ gewonnen habe und er Gott für die Gnade der Selbsterkenntnis danke. „Darum glaube ich auch, dass die Strafe, die ausserordentlich hoch ist, nun ihren Zweck erfüllt hat und eine bedingte Entlassung angebracht wäre“, liess Emil A. den Gutachter wissen.<sup>1198</sup> Der Psychiater der Poliklinik liess sich von Emil A.s Verbesserung überzeugen und setzte sich für seine Entlassung ein. Er attestierte ihm einen „ehrlichen Willen zur Besserung“ und hielt fest, dass er sich von „einer therapeutischen Einwirkung gute Erfolge“ verspreche. Im Entscheid der Strafvollzugskommission ist ausserdem zu lesen, dass Emil A. darum gebeten habe, „ihm durch Gewährung der bedingten Entlassung Vertrauen entgegen zu bringen“.<sup>1199</sup> Emil A. gelang es erfolgreich, sich als reuiger und gebesserter ‚Sünder‘ darzustellen und von den Behörden auch als solcher wahrgenommen zu werden. Nach drei Jahren wurde der Rest der Strafe erlassen und ihm ermöglicht, sich zu bewähren. Das durch die Gefängnismauer symbolisierte enge Korsett der permanenten Fremdüberwachung und Disziplin wurde mit der Bewährung gelockert. Es wurde ihm die Chance gegeben, sich und seinem Umfeld zu beweisen, dass er sich tatsächlich gebessert hatte und zu einer ‚ordentlichen‘ Selbstführung fähig war. Zu seiner Unterstützung wurde ihm eine Schutzaufsicht zur Seite gestellt und er wurde zu regelmässigen psychiatrischen Kontrolle verpflichtet. Ihren Weisungen hatte er Folge zu leisten. Bei Verstössen musste er zurück ins Gefängnis.<sup>1200</sup> Die einschliessende disziplinierende Macht des Gefängnisses wurde von einem ‚weicheren‘, ‚geschmeidigeren‘ und ‚anpassungsfähigeren‘ Kontrollverfahren abgelöst.<sup>1201</sup> Dieses blieb jedoch durch die Disziplinarmacht des Strafvollzugs abgesichert. Sein Handlungsspielraum, der mit der Bewährung erweitert wurde, konnte bei Fehlverhalten jederzeit wieder beschränkt werden.

## Die Bewährungsprobe

Schutzaufsicht und Psychiatrie wirkten dabei als Relaisstationen des Gefängnisses. Ihre Aufgabe war es, Emil A. im Gebrauch seines erweiterten Handlungsspielraumes zu führen und zu lenken. Die Möglichkeit unangemeldeter Kontrollen diente der Erzeugung einer konstanten Selbstüberwachung. In den regelmässigen Gesprächen hatte Emil A. zudem Rechenschaft über sein Verhalten abzulegen. Sie verkörperten zugleich die konstante Drohung der Rückversetzung. Die Aufgabe des Psychiaters war es, auf A.s Handeln dahingehend einzuwirken, dass er nicht mehr straffällig wurde. Mit seiner Hilfeleistung zur

---

<sup>1198</sup> 14.08.1943 Brief Emil A. an PUP. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

<sup>1199</sup> 09.06.1944 Entscheid Strafvollzugskommission BS. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

<sup>1200</sup> Härdy, Handkommentar, 28.

<sup>1201</sup> Foucault, Überwachen und Strafen, 279.



Entlassung hatte der Psychiater gegenüber dem Strafvollzug, aber auch gegenüber der Gesellschaft Verantwortung für Emil A. und dessen Handeln übernommen. Formal äusserte sich dies in den halbjährlichen Rechenschaftsberichten an die Strafvollzugsbehörde. Diese, der die Oberaufsicht zukam, war ihrerseits der Gesellschaft und Justiz gegenüber verantwortlich. Mit der Bewährung wurde Emil A. in ein hierarchisch strukturiertes Netz von geteilten Verantwortlichkeiten eingebunden, das durch strafrechtliche Sanktionen abgesichert war.

Als die Schutzaufsicht im Mai 1945 die psychiatrische Poliklinik über „Unregelmässigkeiten“ in Emil A.’s Leben informierte und sie aufforderte, der „Sache“ nachzugehen, schickte die Poliklinik ihre Fürsorgerin vorbei.<sup>1202</sup> Sie befragte die Nachbarinnen, die Emil A. als freundlich, zuvorkommend und fleissig beschrieben. Auch der Pflegevater gab zur Auskunft, dass es mit Emil A. „gut gehe“ und er ihn „nach Möglichkeiten“ kontrolliere. Zudem, hielt die Fürsorgerin in ihrem Bericht fest, sei sein Arbeitsatelier, das sich im Hinterhof befand, von allen Seiten einsehbar.<sup>1203</sup> Emil A. konnte selbst bei der Arbeit jederzeit beobachtet werden. Um ihn herum war ein dichtes Netz der Kontrolle und Überwachung gewoben worden, er stand unter einer erhöhten sozialen Beobachtung. Psychiatrie, Schutzaufsicht, Nachbarschaft und der Pflegevater bildeten verstreute Kontrollpunkte in diesem Netz der Überwachung ausserhalb des Gefängnisses.<sup>1204</sup> Es war ein „gesichtsloser Blick, der den Gesellschaftskörper zu seinem Wahrnehmungsfeld macht: Tausende von Augen, die überall postiert sind; bewegliche und ständig wachsame Aufmerksamkeiten“ wie Foucault dieses Netz der Überwachung beschrieb.<sup>1205</sup> Dennoch konnte die Fürsorgerin nichts finden, das zu beanstanden war.

Ein Jahr später wurde die psychiatrische Poliklinik erneut aufgefordert, Emil A. einer intensiveren psychiatrischen Behandlung zu unterziehen. Er scheine seinen „alten Leiden“ zu erliegen, er missbrauche seine Freiheit.<sup>1206</sup> Er mache Schulden, „treibe sich mit jungen Mädchen herum“ und erzähle dem Ausläufer „sexuelle Geschichten“, lauteten die Vorwürfe.<sup>1207</sup> Diese Mal zitierte der Psychiater Emil A. zu einem Gespräch und konfrontierte ihn mit den Anschuldigungen. Dieser stritt alles ab und stellte sie als Verleumdungen einer verwitweten Frau dar. Diese hätte „ein Auge auf ihn geworfen“, er habe aber kein Interesse an ihr. Weiter gab Emil A. zur Auskunft, dass er dabei sei, seine Schulden abzutragen und

---

1202 05.11.1945 PUP an Schutzaufseher von Emil A. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1203 31.10.1945 Abschrift Fürsorgebericht PUP. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1204 Foucault, Überwachen und Strafen, 225.

1205 Foucault, Überwachen und Strafen, 275.

1206 08. 05.1946 Justizdepartement an PUP. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1207 09.05.1946 Gesprächsnotiz Telefonat mit Schutzaufsicht auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

dass er bald zu heiraten gedenke.<sup>1208</sup> Es gelang ihm, den Psychiater davon zu überzeugen, dass er sich einer ordentlichen Lebensführung befleißige. Er kam regelmässig zu den psychiatrischen Kontrollen und konnte sein Umfeld davon überzeugen, dass er sich nichts mehr habe zuschulden kommen lassen.<sup>1209</sup> 1947 wurde er auf Grund des psychiatrischen Berichtes aus den Kontrollen und der Schutzaufsicht entlassen. Ihm wurde nun zugetraut, sich auch ohne besondere Aufsicht gesetzeskonform zu verhalten.

Emil A. war einer erhöhten Überwachung und damit einer erhöhten Sichtbarkeit unterworfen worden. Doch wie jedes Sichtbarkeitsregime hatte auch dieses ‚blinden Flecken‘. „Jedes Sichtbare ist nur mit seinem Schatten zu haben, jede Beobachtung muss ihr Unbeobachtetes produzieren.“<sup>1210</sup> Ihm war es gelungen, in den durch die Sichtbarmachung erzeugten ‚Dunkelfeldern‘ wieder seinen deliktischen Handlungen nachzugehen. Als er im November 1948 in die Friedmatt gebracht wurde, stellte sich heraus, dass er noch während der Bewährungszeit unter den ihn ‚überwachenden‘ Augen rückfällig geworden war.<sup>1211</sup> Besonders stossend war für den ihn betreuenden Psychiater, dass sich Emil A. ihm nicht anvertraut hatte. Denn obwohl es sich um erzwungene, durch strafrechtliche Sanktionen abgesicherte Gespräche handelte, fanden diese nach psychiatrischem Selbstverständnis dennoch im Rahmen eines normalen Arzt-Patient-Verhältnisses statt. Emil A. hatte sich dem Psychiater nicht nur nicht anvertraut, er hatte ihm auch immer wieder beteuert, dass alles in Ordnung sei, dass ihn „Kinder nicht mehr reizen“ und dass er „genug gehabt habe von den vier Jahren“ Gefängnis.<sup>1212</sup> Er konnte glaubwürdig versichern, dass alles in Ordnung war. Und selbst die Hinweise wegen Unregelmässigkeiten konnte er entkräften. Auch während der Gespräche schien es für den Psychiater keine Anzeichen gegeben zu haben, die auf einen Rückfall schliessen liessen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der ärztlichen Kontrolle im Regelfall um ein monatliches halb- bis stündiges Gespräch handelte, das oft von verschiedenen Ärzten geführt wurde. In den Krankenakten erscheint der Umgang mit Sexualdelinquenten vor allem als eine administrative Praxis. Zudem war Emil A. schon früh mit Behörden konfrontiert worden. Er schien sich im Umgang mit ihnen Fertigkeiten angeeignet zu haben, wie er sich ihnen gegenüber zu verhalten hatte. Willig ordnete er sich den angeordneten Massnahmen unter und kam ihnen pflichtbewusst nach. Die Akten zeigen auch, dass er, sobald der Zwang zu den Gesprächen nicht mehr bestand, keine Veranlassung sah, sich diesen weiter zu unterziehen. Es gelang ihm trotz des ihn überwachenden Netzes, sein Umfeld zu täuschen und seine verbotenen Handlungen ‚unsichtbar‘ zu machen, obwohl er die meisten in seiner – von allen Seiten einsehbaren –

---

1208 05.06.1946 Gesprächsnotiz PUP-Karte. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1209 08.11.1947 Psychiatrischer Bericht an Strafvollzugskommission Basel-Stadt. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1210 Kammerer, Dietmar: Bilder der Überwachung. Frankfurt a/M 2008. 115.

1211 15.11.1948 Aufnahmeformular PUK. In: PUK, Akte Emil A., 1907.

1212 20.12.1944, 04.07.1946, 02.08.1946 Gesprächsnotizen auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

Werkstatt vorgenommen habe wie die Anklageschrift festhielt.<sup>1213</sup> Mit seinen Täuschungen hatte er das in ihn gesetzte behördliche und ärztliche Vertrauen missbraucht. Aus Sicht der Behörde hatte Emil A. versagt.

Der für das Gutachten zuständige Psychiater war der Meinung, dass er jetzt der „ganzen Härte“ einer Gefängnisstrafe auszusetzen sei. Er habe in den „mit seiner Behandlung beauftragten Aerzten in erster Linie das staatliche Kontrollorgan erblickt“.<sup>1214</sup> Der Gutachter fügte hinzu, dass eine auf freiwilliger Basis durchgeführte psychotherapeutische Behandlung nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis eventuell noch Erfolge zeigen könnte und dass er unbedingt der Führung bedürfe. Die Prognose veranschlagte der Gutachter aber als ungünstig und fügte hinzu, dass bei einem erneuten Rückfall die Psychiatrie eine Kastration oder Verwahrung empfehlen müsse.<sup>1215</sup> Eine Massnahme, gegen die sich Emil A. „zur Zeit noch heftig“ sträube.<sup>1216</sup> Obwohl die Psychiatrie dafür kämpfte, die Behandlung der Sexualdelinquenten zu übernehmen, da „im Interesse des einheitlichen, auf militärischer Disziplin aufgebauten Grossbetriebes einer Strafanstalt“ die Erziehung der „einzelnen Verbrechertypen nicht im notwendigen Masse individualisiert werden“ könne, beurteilte der Gutachter bei Emil A. die Gefängnisstrafe als wirkungsvoller.<sup>1217</sup> Die Möglichkeit der Kastration durch den Gutachter hatte Emil A. bereits als ‚unverbesserlich‘ markiert.<sup>1218</sup> Mit der psychiatrischen Empfehlung einer Strafe wurde diese individualisierend auf die Persönlichkeit des Delinquenten bezogen.<sup>1219</sup>

### **Der ausdifferenzierte Straf- und Massnahmenkatalog**

Der Forderung, Strafen individualisierend anwenden zu können, war das StGB von 1942 nachgekommen. Dabei bedingten die Pluralisierung der Delinquentenbilder und die Auffächerung der Strafmöglichkeiten sich gegenseitig.<sup>1220</sup> Das StGB gab dem Richter ein differenziertes Instrumentarium in die Hand, um die Strafen individuell, die Umstände berücksichtigend, an die Täterpersönlichkeit anpassen zu können.<sup>1221</sup> So sollte die mit einer Probezeit verknüpfte bedingte Strafe dem erstmals ‚Gestrauchelten‘ zur Warnung dienen, ihn aber im gewohnten Umfeld integriert belassen.<sup>1222</sup> Artikel 42 erlaubte die richterlich verfügte Verwahrung, wenn der Delinquent schon ‚zahlreiche‘ Strafen verbüsst hatte. Artikel 44 regelte die Behandlung von Alkoholkranken und Artikel 45 diejenige von

---

1213 Ohne Datum, Abschrift Anklageschrift gegen Emil A.. In: PUK, Akte Emil A., 1907.

1214 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1215 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1216 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1217 Rossetti, Die strafrechtliche Bekämpfung, 69.

1218 Strasser, Sexualdelikt und Strafrecht, 48–49.

1219 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte 5.

1220 Germann, Die Schweizerische Strafrechtsreform, 266.

1221 Germann, Die Schweizerische Strafrechtsreform, 286.

1222 Härdy, Handkommentar, 30–33. Germann, Die Schweizerische Strafrechtsreform, 286.

Rauschgiftsüchtigen.<sup>1223</sup> Artikel 43 ermöglichte, delinquent gewordene ‚Arbeitsscheue‘ in eine Arbeitserziehungsanstalt einzuweisen.<sup>1224</sup> Das Gericht konnte als ergänzende Strafen die Einstellung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit, Berufsverbote, Entzug der elterlichen Gewalt, Wirtshausverbote und Landesausweisungen aussprechen.<sup>1225</sup> Artikel 14 schrieb die Verwahrung bei ‚verminderter Zurechnungsfähigkeit‘ oder ‚Unzurechnungsfähigkeit‘ vor, ebenso Artikel 15, der aber mit einer Behandlung verknüpft wurde. Entscheidend für die Anwendung der jeweiligen Sanktion wurde die Strafempfänglichkeit des Delinquenten.

Im Umgang mit Sexualdelinquenten gehörten in Basel die Artikel 15 und 16 zu den meist verfügbaren Massnahmen. Bei der Anordnung von Artikel 15 hatte sich hier die Praxis etabliert, die Verwahrung in eine ambulante Behandlung umzuwandeln. Bei Fritz V., der mehrmals wegen Exhibitionismus verurteilt worden war, wurde die Strafe jeweils in eine Massnahme und diese in eine ambulante Betreuung umgewandelt. In einem Urteil von 1958 hielt der Richter zwar fest, dass gemäss Bundesgerichtsentscheid die Behandlung in einer Anstalt auszuführen sei. Die Richter in Basel wollten aber von der Praxis der ambulanten Behandlung nicht abweichen. Damit bleibe der Angeklagte im Arbeitsprozess integriert und könne die Familie ernähren, begründeten sie ihren Entscheid. Zudem habe die Familie einen günstigen und normalisierenden Einfluss.<sup>1226</sup> Die Basler Justiz gewichtete die integrativen Faktoren stärker als das Urteil der Bundesrichter. Zudem wurde der Familie ein positiver Einfluss auf den Delinquenten zugeschrieben. Neben der ‚Wohltat‘ lagen dem Entscheid auch handfeste ökonomische Überlegungen zu Grunde. Konnte der Delinquent nicht mehr für die Familie aufkommen und geriet diese dadurch in finanzielle Bedrängnis, musste der Staat für sie aufkommen.

Die Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘ und die Umwandlung der Strafe in eine ambulante Betreuung war nicht immer nur eine ‚Wohltat‘, sie konnte zugleich eine harte Sanktion zur Folge haben: Die Landes- oder Kantonsausweisung. Artikel 16 des StGB erlaubte es, einem „gemeingefährlichen“ Ausländer den Aufenthalt in der Schweiz zu verbieten, „wenn dieser wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen, oder wenn das Verfahren gegen ihn aus diesem Grunde eingestellt, oder wenn er wegen verminderter Zurechnungsfähigkeit milder bestraft worden ist.“<sup>1227</sup> Bei Heinrich B., dem 1935 ersten in Basel kastrierten Sexualstraftäter, hiess es: „Er konnte der Ausweisung aus Basel nur dadurch entgehen, dass er sich zur Kastration entschloss.“<sup>1228</sup> Heinrich B. war von der

---

1223 Härdy, Handkommentar, 33–38.

1224 Härdy, Handkommentar, 34.

1225 Härdy, Handkommentar, 40–44.

1226 07.11.1958 Urteil Strafgericht. In: PUP, Akte Fritz V., 1936.

1227 Härdy, Handkommentar, 11–12.

1228 07.08.1941 PUP an Chirurgische Poliklinik Basel-Stadt. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

Staatsanwaltschaft vor die Wahl gestellt worden: Kastration oder Landesverweis. Obwohl er sich für die Kastration entschied, blieb die Verfügung der Kantonsausweisung weiterhin wirksam. Sie war sistiert, aber nicht aufgehoben worden. Die Sistierung war davon abhängig, ob sich Heinrich B. an die Weisung des Staatsanwaltes hielt, sich von einem bestimmten Knaben fernzuhalten. Als er sich über die Weisung hinwegsetzte, erklärte ihm der Advokat, dass er nun die Konsequenzen zu tragen habe. Er werde die Kantonsausweisung beantragen.<sup>1229</sup> Weinend meldete sich Heinrich B. in der psychiatrischen Poliklinik und bat sie, ihm zu helfen. Er gestand, sein Versprechen nicht gehalten zu haben, versprach aber Verbesserung. Ihm wurde mit Hilfe der Psychiatrie nochmals eine Chance eingeräumt, sich zu bewähren. Die Psychiatrie liess ihn jedoch unmissverständlich wissen, dass sie sich regelmässig bei der Familie erkundigen werde, ob er sich an die Anordnung halte.<sup>1230</sup>

Nicht nur Ausländer, auch Ausserkantonale wurden im gegebenen Fall des Kantons verwiesen. Wolfgang K., der wegen ‚wiederholter Unzucht vor Kindern unter 16 Jahren‘ 1948 angeklagt worden war, wurde aus dem Kanton Basel-Stadt ausgewiesen. Einzig für die psychiatrische Behandlung durfte er das Kantonsgebiet betreten.<sup>1231</sup>

Die psychiatrische Qualifizierung als ‚unzurechnungsfähig‘, ‚vermindert unzurechnungsfähig‘ oder ‚gemeingefährlich‘ konnte eine gleichzeitige Strafmilderung und Strafverschärfung zur Folge haben. Meistens wurde die Kantonsverweisung als Instrument der Disziplinierung eingesetzt ohne sie auszuführen, indem die Ausweisung zwar verfügt, aber dann auf ‚Wohlverhalten‘ hin jeweils für ein halbes Jahr sistiert wurde.

### **Psychiatrische Interventionen: Die ‚pastorale‘ Fremdführung**

Mit der Inkraftsetzung des schweizerischen Strafgesetzbuches wurde die psychiatrisch-juristische Zusammenarbeit ausgebaut und schweizweit geregelt. Artikel 10 schrieb vor: Wer wegen Geisteskrankheit, Blödsinns oder schwerer Störung des Bewusstseins zur Zeit der Tat nicht fähig war, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäss seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, ist nicht strafbar. Und Artikel 11 hielt fest: Wenn der Täter zur Zeit der Tat in seiner geistigen Gesundheit oder in seinem Bewusstsein beeinträchtigt oder geistig mangelhaft entwickelt war, so dass die Fähigkeit, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäss seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, herabgesetzt war, so mildert der Richter die Strafe nach freiem Ermessen.<sup>1232</sup> Geregelt war auch die Anordnung des Gutachtens. Dem Sachverständigen war vorgeschrieben, sich darüber zu äussern, ob der

---

1229 02.09.1937 Gesprächsnotiz PUP-Karte. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

1230 02. 09. 1937 Gesprächsnotiz PUP-Karte. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

1231 07.07.1948 Polizeidepartement Basel-Stadt an PUP. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1232 Härdy, Handkommentar, 9.

Delinquent in eine Heil- oder Pflegeanstalt gehöre, und ob sein Zustand die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährde.<sup>1233</sup> Artikel 14 und Artikel 15 ermöglichten dann die Verwahrung oder Behandlung.<sup>1234</sup> Artikel 38 regelte die Entlassung aus der Verwahrung und die Umstände, unter denen der Entlassene wieder zurückversetzt werden konnte. Es waren vom Richter angeordnete Zwangsmassnahmen, die dem Psychiater den Zugriff auf die Sexualdelinquenten ermöglichten. Ihr Ziel war es, „das abnorme Verhalten der Libido und ihrer Betätigung ganz allmählich zur Norm überzuleiten.“<sup>1235</sup>

„Freiwilligkeit“, schrieb der Psychiater Strasser, „ist bei einer Behandlung der Sexualdelinquenten von grösster Wichtigkeit.“ Es lasse sich zeigen, „wo Patienten sich freiwillig in meiner Behandlung hielten, nicht ein einziger Rückfall zu verzeichnen war“.<sup>1236</sup> Freiwilligkeit setzte die Fähigkeit des Delinquenten, seine Behandlungsbedürftigkeit einzusehen und anzuerkennen, voraus. Der Delinquent habe „nach gründlicher ärztlicher Aufklärung“ und „der Erwerbung richtiger Erkenntnisse“ den ärztlichen Weisungen zu folgen. War er aber nicht gewillt, „sei die staatliche Kontrollfunktion zu bemühen“.<sup>1237</sup> Und wenn dem Patienten die Einsicht fehle, ‚freiwillig‘ zu den Gesprächen zu kommen, „bei besonders schwierigen Charakteren“ und bei „Renitenz oder Nachlässigkeit“, habe die Ärzteschaft das Mittel, sich „an die auftraggebende Behörde um Unterstützung zu wenden.“<sup>1238</sup> Die Position des Psychiaters dem Delinquenten gegenüber beruhte nicht alleine auf der Autorität seines Wissens, sie war durch Sanktionsmöglichkeiten abgesichert. Die Verknüpfung des Therapieerfolges an Freiwilligkeit, die mit Zwang sichergestellt wurde, bildete das Paradox im Umgang mit Sexualdelinquenz.

Aufgabe des Psychiaters war es, dem Delinquenten zu helfen, sein Handeln in die gewünschten Bahnen zu lenken. Bei Emil A. hatte der Gutachter festgehalten, dass dieser immer fähig gewesen sei, die Strafbarkeit der Handlungen zu erkennen und sich dagegen zu entscheiden. Der Führung bedürfe er, „wenn er den natürlichen Lebensreizen und Versuchungen des freien Lebens wieder ausgesetzt“ sei.<sup>1239</sup> Er musste sich die ‚richtigen‘ Einsichten aneignen und lernen, sein Handeln an diesen ausrichten und den Versuchungen zu widerstehen. Wie der Gutachter auf die Delinquenten einwirkte, war davon abhängig, was er als deren Problem annahm. Es galt, die „richtigen Lebensgewohnheiten“ zu wecken, und dafür die Erkenntnisse „der erzieherisch-ärztlichen Methoden“

---

1233 Härdy, Handkommentar, 10.

1234 Härdy, Handkommentar, 10–11.

1235 Bloch, Das Sexualleben, 682.

1236 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 29.

1237 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 5.

1238 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 20.

1239 18.06.1941 Gutachten Gerichtsarzt, Abschrift in KG Emil A. In: PUP, KG Emil A., 1907.

heranzuziehen.<sup>1240</sup> Die „richtigen Erkenntnisse zu wecken“, bildete im Umgang mit den Sexualdelinquenten das zentrale Instrument der Intervention. Schon viele „einsichtsvolle und willenskräftige junge Männer kamen zufolge der Erkenntnistherapie in Ordnung“, hatte Bloch den Erfolg der Therapie beschrieben.<sup>1241</sup> Ihre Technik war das Gespräch.

Das Gespräch war ein erzwungenes institutionalisiertes regelmässiges Ritual des Bekenkens.<sup>1242</sup> Ort der Gespräche war die psychiatrische Poliklinik. Sie brachten den Fachmann mit dem Laien, den Delinquenten mit dem Gesetzestreuen, den ‚normalen‘ mit dem ‚anormalen‘ Mann, den bürgerlichen mit dem meist aus der Arbeiterschaft stammenden Mann zusammen. Es war ein mehrfach hierarchisch strukturierter und relationaler ‚Männer-Raum‘.<sup>1243</sup> Der Psychiater, der die Position der hegemonialen Männlichkeit repräsentierte, war damit beauftragt, die ‚defizitäre‘ und ‚pathologische‘ Männlichkeit des Delinquenten zu ‚bearbeiten‘ und zu ‚normalisieren‘.<sup>1244</sup> Im Ritual der Gespräche hatte der Delinquent – wie bereits erwähnt – sich selbst zu thematisieren und über seine Phantasien, seine Träume und seine Handlungen zu berichten. Er hatte Rechenschaft über sein Verhalten abzulegen und war dazu angehalten, eventuelle Regelverstösse zu ‚beichten‘. Der Soziologie Hahn hat zwar festgehalten, dass es in der institutionalisierten Form des Geständnisses nicht so sehr darum gehe die Wahrheit zu sagen, als vielmehr darum, den Bekenntniswillen zu bezeugen und sich als reuiger Sünder zu zeigen.<sup>1245</sup> Die Anerkennung einer Schuld, einer Verfehlung durch den Beichtenden sei relevant und wirke integrierend, nicht so sehr das Sagen der Wahrheit.<sup>1246</sup> Die Kontrollgespräche hatten ebenfalls integrative Funktion, indem sie es dem Delinquenten ermöglichten, sich als ‚normales‘ Mitglied der Gesellschaft zu bewähren. Da er sich dem Gespräch unterwarf, schien er seinen Verbesserungswillen zu bezeugen. Es diente der Retrospektion, der Delinquent hatte Rechenschaft über seine Lebensführung abzulegen. Mit der gleichzeitigen Funktion der Prävention wurde es dennoch Ort der Wahrheitsfindung. Die Aufgabe des Psychiaters bestand auch darin, den Patienten zum Sprechen zu ermuntern und das Gesagte nach Zeichen sich eventuell abzeichnender Verfehlungen abzusuchen. Jedes noch so unbedeutende Detail konnte ein Anzeichen sein. „Am Benehmen des Patienten, aus seinen Träumen und anderen Beobachtungen lässt sich dies manchmal leicht, bei lügnerischen Elementen aber auch gelegentlich nur mit Mühe beurteilen“, beschrieb Wyrsh die ärztliche Aufgabe.<sup>1247</sup> Es brauchte den Experten, um die Zeichen zu erkennen und das Wahre vom Unwahren zu trennen.

---

1240 Strasser, Zur Bekämpfung, 4.

1241 Boehme, Psychotherapie und Kastration, 75.

1242 Hahn, Identität und Selbstthematisierung, 18.

1243 Connell, Der gemachte Mann, 97.

1244 Connell, Der gemachte Mann, 97.

1245 Hahn, Identität und Selbstthematisierung, 19.

1246 Bublitz, Im Beichtstuhl der Medien, 67.

1247 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 259.

Die Herausforderung, anhand der Gespräche die Zeichen zu erkennen und die Wahrheit herauszufiltern, konfrontierte den Gutachter mit dem Problem der Sprache. „Unsere Patienten“, hiess es bei Wolf, „konnten uns nicht immer so ausführlich Auskunft erteilen, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Die meisten waren nicht zu kritischer Selbstbeobachtung erzogen, ihre Denk- und Urteilsfähigkeit war oft genug reduziert und viele waren zu ungeschickt, um das Verstandene und Erlebte zum Ausdruck bringen zu können.“<sup>1248</sup> Die Fähigkeit der Selbstreflexion setzte sowohl ihre Schulung wie die Fähigkeit des sprachlichen Ausdrucks voraus. Damit verwies Wolf auf die schichtspezifischen Differenzen zwischen Psychiater und Delinquenten. Selbstreflexion gehörte zum Selbstverständnis des bürgerlichen Menschen.<sup>1249</sup> Dieser pflegte seit der Aufklärung die Kunst der Introspektion, des sich selbst Erkennens.<sup>1250</sup> Wie die Soziologin Sabine Maasen zeigt, entstand in ihrer weiteren Entwicklung eine Geständnisliteratur, die bald nicht mehr nur der Darstellung des Selbst diene. In einem arbeitsteiligen Prozess kam dem Autor die Aufgabe zu, einen vollständigen und wahrhaftigen Bericht seiner seelischen Zustände zu geben, aus dessen Heterogenität des Materials sich der Leser dann ein ‚soi‘, ein Selbst bestimmen konnte.<sup>1251</sup> Die Geständnisliteratur überliess es dem Leser, das ‚soi‘ des Autors zu bestimmen. Mit der sich gleichzeitig abzeichnenden medizinischen Fallrekonstruktion war es dann der Patient, der angehalten war, sein ‚Seelenleben‘ in allen Differenziertheiten dem ‚vorurteilslos beobachtenden‘ Arzt offenzulegen. Er half den Patienten aus der Gesamtheit des Gesagten die individuellen Abweichungen zu identifizieren, zu lindern und zu verhindern und ermöglichte ihm damit, seine ‚wahre‘ Natur zu erkennen.<sup>1252</sup> Die Darlegung der ‚Seelenzustände‘, wie sie der Psychiater für seine Arbeit brauchte, war jedoch an sprachliche Fähigkeiten und die Formen ihrer Darstellung gebunden. Bei den Sexualdelinquenten war der Psychiater mit Männern konfrontiert, die in dieser Form der Introspektion oder Selbstreflexion als wenig geübt erschienen und denen auch die ‚richtige‘ Sprache und Ausdrucksweise nicht oder nur rudimentär zur Verfügung stand. Nahm der Psychiater einen Delinquenten als eloquent und sprachgewandt wahr, wurde dies in den Akten explizit vermerkt, wie bei Werner H., auf den ich noch zu sprechen kommen werde. Um seiner Aufgabe nachzukommen, hatte der Gutachter nicht nur aus dem Gesagten, sondern aus der Gesamtheit des Delinquenten, seines Äusseren, seiner Art und Weise des Sprechens sowie seines Verhaltens die Zeichen der Abweichung zu finden und zu entziffern und sie in die Sprache der Wissenschaft zu übersetzen. Dies beinhaltete eine doppelte

---

1248 Wolf, Die Kastration, 220.

1249 Maasen, Genealogie der Unzucht, 339–352.

1250 Maasen, Genealogie der Unzucht, 460. Während der katholischen Kirche die Beichte als Ort der Introspektion zur Verfügung stand, führten Calvinisten ihre Gewissensforschung selbst durch und hielten sie in verschriftlichter Form von Tagebüchern fest. Hahn, Identität und Selbstzeugnis, 22.

1251 Maasen, Genealogie der Unzucht, 462.

1252 Maasen, Genealogie der Unzucht, 462.



Übersetzungsleistung, eine schichtspezifische und eine Laien-Experte-spezifische. Die meisten Delinquenten, fuhr Wolf weiter – selbst die Schwachsinnigen –, hätten jedoch eine Vorstellung davon, was ein „Zustand sexueller Erregung bedeutete“. Bilder wie „Gedrängtwerden“, das Gefühl, von einer „unwiderstehlichen Gewalt getrieben zu sein“, wie sie auch Emil A. und auch Fritz V. verwendeten, bildeten die sprachlichen Codes. Der Begriff des „Drangs“ stammte aus der Sprache der Wissenschaft, die ihn als eine Ansammlung von „Geschlechtsprodukten“ beschrieb, die einen „inneren Reiz“ und eine unangenehme „Triebspannung“ erzeugten, die dann als „Drang“ erlebt wurde.<sup>1253</sup> In dem psychiatrischen Gespräch bildete der „Drang“ das verbindende Element zwischen Delinquent und Psychiater, mit dem das „Unerklärliche“, dem oft „Unruhe“ und „Unlustgefühle“ vorausgingen, als „sexuelle Spannung“, als „Libido“ identifiziert werden konnte. Das Modell des ‚männlichen Geschlechtstriebs‘ bildete das Raster, um das Muster des individuellen Tribschicksals zu erkennen und einzuordnen.<sup>1254</sup>

In den Akten manifestierten sich die Kontrollgespräche, auch nach der Kastration – um dies bereits vorwegzunehmen –, meist in Form repetitiver Diskursfragmente: „Es gehe gut“, „Arbeit sei befriedigend“, „Träume nur von Frauen“, „keine Phantasien an Kindern“ war bei Emil A. immer wieder zu lesen. Diese repetitiven Diskursfragmente zeigten sich auch in den Gesprächen in den Nachkontrollen einer Kastration, wie etwa bei Heinrich B.: „Es gehe alles gut“, „Das Sexuelle ist bei mir jetzt abgetan“, „Behauptet keinerlei sexuelle Regungen mehr zu verspüren“, „Pat. behauptet keinen Geschlechtstrieb mehr zu haben“, „Der Geschlechtstrieb habe wirklich abgenommen keine geschlechtlichen Empfindungen mehr, nie Erektionen“, „Weiss nichts von sexuellen Träumen“, „Pat. behauptet heute wiederum, keinerlei sexuelle Empfindungen mehr zu haben“.<sup>1255</sup> Die Gespräche nach der Kastration dienten dazu, die Wirksamkeit des Eingriffes und ihren Effekt auf den Geschlechtstrieb zu beobachten. Die Psychiatrie war, um die ‚richtige‘ Lebensführung oder die Wirksamkeit der Kastration zu evaluieren, auf die Aussagen der Delinquenten angewiesen. Aber, Angaben wie „herabgesetzte Libido“ und ähnliches sei für die Beschreibung der Kastrationswirkung unzulänglich, hielt Wolf fest. Von der in der Sprache der Wissenschaft formulierten Abstraktion liessen sich keine Zeichen erkennen, aus denen auf die ‚wahre‘ Wirkung der Kastration geschlossen werden konnte. Der Arzt solle sich bemühen, so die Aufforderung Wolfs, exakte Angaben zur Wirkung zu erhalten wie „Häufigkeit, Intensität und Lustbetonung der sexuellen Regungen, erotische Träume und libidinöse Vorstellungen“.<sup>1256</sup> Der kastrierte

---

1253 Freud, Drei Abhandlungen, 112.

1254 Hahn, Identität und Selbstthematisierung, 21.

1255 06.09.1937 bis 25.02.1938 Gesprächsnotizen auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

1256 Wolf, Die Kastration, 220.

Delinquent war der Pflicht unterworfen, ‚alles‘ zu sagen.<sup>1257</sup> Doch bevor ich auf die Durchführung der Kastrationen und auf Anforderung ‚alles zu sagen‘ zu sprechen komme, möchte ich noch auf eine weitere psychiatrische Techniken der Einwirkung und Verbesserung zu sprechen kommen.

## **Die Bearbeitung von ‚Schwächen‘**

Was sich bei allen Delinquenten in irgendeiner Form zeigte, war ‚Schwäche‘. Die psychiatrische Diagnose, mit der die verschiedenen Schwächen erfasst wurde, lauteten in den 1950er Jahren ‚Infantilismus‘ und in verschiedenen Fällen auch Psychopathologie.<sup>1258</sup> Während letzterer eine konstitutionelle, hereditäre Anlage zu Grunde lag, codierte ‚Infantilismus‘ eine nicht fertige Entwicklung. Sexuelle Persionen waren schon um die Jahrhundertwende in Zusammenhang mit ‚Infantilismus‘ gebracht worden.<sup>1259</sup> Andreas M. wurde vom Gutachter als „infantiler, charakterlich schwacher, körperlich nicht abnormer, doch schwächlicher Mensch“ beschrieben.<sup>1260</sup> Und im Gutachten von Roger M. war verallgemeinernd festgehalten: „Infantile Menschen neigen schnell zu sexuellen Persionen (Pädophilie und Exhibitionismus). Infantile Menschen habe es schwer, sich gegen ihre Anlage zur Wehr zu setzen und den Willen aufzubringen, um die Neigungen zu bekämpfen. Sie unterliegen leicht triebhaften Drangzuständen.“<sup>1261</sup> Der Betroffene konnte also leicht ‚Opfer‘ seiner Triebe werden. ‚Infantilität‘ war dabei nicht auf eine mangelnde Intelligenz zurückzuführen, sondern bezeichnete eine Entwicklungshemmung, das Stehenbleiben auf kindlicher Stufe. Bleuler erachtete ‚Infantilismus‘ nicht als eigenständiges ‚Krankheitsbild‘, er sah den Infantilismus sich überall manifestierend, als kindliche Charaktereigenschaften wie ‚Gefühlslabilität‘ und ‚Flüchtigkeit des Strebens‘, oder in einem allgemein ‚kindlichen‘ Benehmen. Auch die Intelligenz bleibe in verschiedenem Grade unentwickelt.<sup>1262</sup> Oft sei auch die Entwicklung der Sexualität zurückgeblieben, das normale Sexualziel sei durch irgendwelche Abnormitäten ersetzt, die Sexualität komme nicht „über das Niveau kindlicher Spielerei“ hinaus.<sup>1263</sup> Es war der Ausdruck des Triebes, der ‚infantile‘ Formen hatte.<sup>1264</sup> Auch körperlich machten die Kranken meist den Eindruck, „noch nicht aus der Kindheit herausgekommen zu sein.“<sup>1265</sup> Das Orientierungsraster in Bezug auf Sexualität bildete die stufenweise Sexualentwicklung von Freud, welche als Kulminationspunkt der

---

1257 Foucault, Der Wille zum Wissen, 32.

1258 Dies stellte auch Schlatter fest. Schlatter, Merkwürdigerweise, 138–139.

1259 Juliusburger, Otto: Zur Lehre vom psychosexuellen Infantilismus. 198–206. In: Zeitschrift für Sexualwissenschaft. Bd. 1. Berlin 1914. 199. Kronfeld, Exhibitionismus, 175. Kronfeld, Pädophilie, 543.

1260 17.04.1943 Gutachten PUP ZH an Bezirksgericht. In: PUP, Akte Andreas M., 1920.

1261 20.03.1951 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, Akte Roger M., 1922.

1262 Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 442.

1263 Hirschfeld, Magnus / Buchard, Ernst: Der sexuelle Infantilismus. Halle 1913. 15.

1264 Stekel, Wilhelm: Psychosexueller Infantilismus. Die seelischen Kinderkrankheiten der Erwachsenen. Berlin 1922. 78.

1265 Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 442.

männlichen Sexualentwicklung den heterosexuellen penetrierenden Geschlechtsverkehr sah.<sup>1266</sup> An diesem Raster hatte sich der Psychiater in der ‚Bearbeitung‘ der Delinquenten zu orientieren.<sup>1267</sup>

Alfred N. hatte die Weisung erhalten, sich einer psychiatrisch ambulanten Behandlung zu unterziehen, um das „Unsittliche seiner Handlungen besser zu verstehen“.<sup>1268</sup> Die dominierende Form der Einwirkung war die Herstellung von ‚Einsicht‘. „Über die geeignete Behandlung der Sexualabnormen sei nur hervorgehoben, dass sie nach der methodischen Erweckung richtiger Erkenntnisse“ durchgeführt werde. Die Aufgabe des Arztes sei es, die ‚richtigen‘ Erkenntnisse zu wecken und die ‚richtigen‘ Einsichten zu vermitteln.<sup>1269</sup> So sei schon mancher „einsichtsvolle und willenskräftige junge Mann“ nach der „Erkenntnistherapie“ in Ordnung gekommen, konnte Bloch berichten.<sup>1270</sup> Die Herstellung der Einsichtsfähigkeit setzte einen Erkenntnisprozess voraus, der dem Delinquenten erlaubte, die neu gewonnen Einsichten zu internalisieren und als Teil der Persönlichkeit zu integrieren. Die ärztlich vermittelten Erkenntnisse waren ‚richtig‘, weil sie auf dem wissenschaftlichen Wissen und damit auf ‚Wahrheit‘ beruhten, die den Psychiater als Autorität auszeichnete. Kraft seiner Funktion konnte er bestimmte Verhaltensweisen oder Denkweisen als ‚falsch‘ kenntlich machen. Dann galt es, den Willen zu ‚aktivieren‘, um die gewonnene Einsicht in Verhaltensänderungen zu überführen. Bei Alfred N. führten die Gespräche unter anderem zur Erkenntnis, dass die grössten Gefahren delinquent zu werden, im öffentlichen Baden – sowohl in Badeanstalten wie in Flüssen – bestand. Der Gutachter riet ihm daher, solche Orte zu meiden. Diese hatten sich für Alfred N. als ihn gefährdend und für ihn gefährlich herausgestellt, an denen er zugleich zur Gefahr für andere wurde.<sup>1271</sup> Das Erkennen von ‚Gefahrenmomenten‘ und ihre Prävention war eine der Aufgaben der Erkenntnistherapie. Ob Alfred N. danach handelte, blieb ihm überlassen. Wurde er an einem solchen Ort rückfällig, bestätigte er die ‚Wahrheit‘ des Psychiaters. Für die Sanktionierung war dann aber das staatliche Strafsystem zuständig. In einem arbeitsteiligen Arrangement konnte der Psychiater seine – wie Foucault sie nennt – ‚pastorale‘ Führung wahrnehmen, jene Form der Führung, die sich auf das ‚Seelenheil‘ des Einzelnen bezieht und die Individuen anleitet, Wahrheiten über sich selbst zu produzieren, während das Sanktionieren dem Staat überlassen blieb.<sup>1272</sup>

---

1266 Freud, Sigmund: Bruchstück einer Hysterie-Analyse. Gesammelte Werke Bd. V. Frankfurt a/M 1905. 210.

1267 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 7.

1268 19.07.1952 Statthalteramt Arlesheim an PUP. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1269 Boehme, Psychotherapie und Kastration, 75. Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 15.

1270 Bloch, Das Sexualleben, 682.

1271 15.07.1952 Gesprächsnotiz PUP-Karte. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1272 Foucault, Michel: Wie wird Macht ausgeübt? 251–264. In: Hubert Dreyfus L. /Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt a/M 1987.

Josef G.s exhibitionistische Delikte standen in Zusammenhang mit Alkoholexzessen. Diagnostiziert wurde eine fehlgeleitete frühkindliche Entwicklung mit einer stark fixierten falschen Gewöhnung in der Pubertät. Am wirksamsten erachtete der Gutachter eine Alkoholentziehungskur mit psychotherapeutischer Beeinflussung.<sup>1273</sup> Die Änderung ‚falscher‘ Gewohnheiten gehörte ebenfalls ins Repertoire der ärztlichen Kunst. Auch sie basierte auf Erkenntnis. Der Delinquent hatte die ‚Gewohnheit‘ als ‚falsch‘ zu anerkennen und sich in alternativen Gewohnheiten einzuüben. Die ‚richtigen‘ Erkenntnisse seien so oft zu wiederholen, bis sie sich eingenistet haben, beschrieb Strasser den Vorgang.<sup>1274</sup> Nachdem Josef G. aus der Alkoholentzugsanstalt entlassen worden war, ging er zu seinen Eltern, die versprachen, ihn zu überwachen. Gleichzeitig hatte er regelmässige Kontakte mit der psychiatrischen Poliklinik, die eine Alkohol-Vergällungskur mit Antabus-Tabletten durchführte.<sup>1275</sup> Als Josef G. wieder als Koch arbeiten wollte, weil er wegen der Schwangerschaft seiner Freundin heiraten und dazu mehr verdienen musste, riet der Psychiater ihm davon ab. Er sah diesen Beruf für Josef G. als Gefährdung, weil er zu einem unbeständigen Leben führte und damit die Gefahr, delinquent zu werden, erhöhte. Ein ruhiges, geregeltes, alkoholfreies Leben schien bei Josef G. die beste Voraussetzung für Deliktfreiheit. Doch Josef G. hielt sich nicht / konnte sich nicht an den Rat des Psychiaters halten, da die Umstände ihn zwangen, mehr zu verdienen. Die äusseren Umstände erlaubten es Josef G. nicht, den Ratschlägen der Psychiatrie nachzukommen.

Bei Wolfgang K. setzt sich der Gutachter bei der Staatsanwaltschaft nach einem Rückfall dafür ein, die Therapie weiterzuführen zu können.<sup>1276</sup> Als der Staatsanwalt wissen wollte, ob es dem Gutachter denn möglich sei, auf Wolfgang K.s Lebensführung Kontrolle auszuüben, bejahte dieser.<sup>1277</sup> Bei ihm hätten sich erste Anzeichen einer Verbesserung gezeigt, die es zu fördern galt. Er sei selbstsicherer geworden, er gehe ins Kino und spreche Frauen an. Dies zeige, dass er seine Triebhaftigkeit auch auf normale Ziele richten könne.<sup>1278</sup> Eine Strafe, befürchtete der Psychiater, würde den Erfolg in Frage stellen. Der Patient brauche keine einschüchternde, strenge Behandlung, sondern aufmunternde, ermutigende Beeinflussung, hielt der Gutachter fest. Die solle ihm helfen, über Minderwertigkeitsgefühle und Hemmungen hinweg zu kommen.<sup>1279</sup> Das therapeutische Ziel bestand bei Wolfgang K.

---

1273 05.02.1951 Gutachten an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

1274 Strasser, Zur Bekämpfung der Sexualdelikte, 20.

1275 Bei der Antabus-Kur handelte es sich um Tabletten, die bei Alkoholgenuss Übelkeit erzeugten. Josef G. musste die Tabletten in der PUP unter der Kontrolle des Psychiaters einnehmen. Es handelte sich um eine sogenannte Alkoholvergällungskur. 13.05.1959 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

1276 13.02.1951 PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1277 10.02.1949 Advokat an Bezirksstatthalteramt Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1278 04.03.1949 Gutachten PUP an Bezirksstatthalteramt Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1279 04.03.1949 Gutachten PUP an Bezirksstatthalteramt Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

darin, seine Selbstsicherheit und sein Selbstvertrauen zu stärken und damit dem Delinquenten zu einer ‚normalen‘ Lebensführung zu verhelfen.

Bei den therapeutischen Einwirkungen trat der erzieherische Aspekt im Umgang mit den Sexualdelinquenten dominant hervor. Zugleich appellierten die Psychiater an die Vernunft und Einsichtsfähigkeit. ‚Vernunft‘ hatte sich im Umgang mit ‚Geisteskranken‘, nachdem diese im ausgehenden 18. Jahrhundert von ‚Ketten befreit‘ wurden, als dominierendes Referenzsystem der psychiatrischen Behandlung durchgesetzt.<sup>1280</sup> Ihre ‚Befreiung‘ ging mit einem Wandel der bürgerlich-ärztlichen Orientierung einher. Der bürgerliche Heilauftrag orientierte sich an der Integration und ihre Methode an der Erziehung. Selbst die zur Sicherstellung von Ordnung und Disziplin angewandten Massnahmen innerhalb der Klinik mussten als ‚sinnvoll‘ und ‚vernünftig‘ hergestellt werden und einen pädagogisch-therapeutischen Zweck verfolgen.<sup>1281</sup> Im Umgang mit den Sexualdelinquenten hatte sich das durch Sanktionen abgesicherte individuelle Gespräch als die wichtigste Technik erwiesen. Herzustellen waren in diesen Einsicht und Erkenntnisse, die vom Delinquenten internalisiert auf eine Verhaltensänderung und die autonome Selbstlenkung abzielten.<sup>1282</sup> Dabei ging es weniger darum, den Delinquenten ‚abzurichten‘, er war zu einer auf Einsicht basierenden freiwilligen Unterordnung unter die Gesetze zu verpflichten. Wurde der Delinquent befähigt, sich in diesem Sinne selbst zu lenken, galt die Therapie als erfolgreich. Mit der Qualifizierung des Delinquenten als ‚anormal‘ und der Etablierung seiner Behandlungsbedürftigkeit, konnte sich der Psychiater in seiner Funktion als behandelnder Arzt die nötige Geltung verschaffen. Er konnte die Normen einer für den Delinquenten ‚normalen‘ Männlichkeit vermitteln und sich zugleich in seiner eigenen Position der hegemonialen Männlichkeit bestärken.<sup>1283</sup> Denn Emil A., Josef, G. oder Wolfgang K. hatten sich zwar am Ideal der hegemonialen Männlichkeit auszurichten. Das Ziel der ‚Verbesserung‘ bestand jedoch nicht darin, die Delinquenten in die Position einer hegemonialen Männlichkeit zu versetzen. Diese blieb dem Gutachter vorbehalten. Es galt jedoch, sie von der Position einer marginalisierten, ausgegrenzten Männlichkeit in die Position einer untergeordneten Männlichkeit zu bringen. Damit konnte sie am Ideal der hegemonialen Männlichkeit partizipieren, ohne diese Position zu besetzen.<sup>1284</sup>

---

1280 Müller, Christian: Wer hat die Geisteskranken von den Ketten befreit? Skizzen zur Psychiatriegeschichte. Bonn 1998. 39–42.

1281 Meier, Marietta / Bernet, Brigitta / Dubach, Roswitha / Germann, Urs: Einleitung. 17–44. In: Marietta Meier / Brigitta Bernet / Roswitha Dubach / Urs Germann (Hg.): Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich. 1870–1970. Zürich 2007. 21.

1282 Germann, Psychiatrie und Strafrecht, 259.

1283 Die hegemoniale Position beschreibt die Führungsrolle und die Möglichkeit der Machtausübung. Connell, Der gemachte Mann, 98.

1284 Connell, Der gemachte Mann, 101–102.

## Hilfe und Beratung

Die Delinquenten wurden auch ermuntert, sich bei Schwierigkeiten an die Psychiatrie zu wenden. Gab es Probleme mit Behörden, in der Familie oder am Arbeitsplatz, versuchte sie, vermittelnd einzuwirken und jeweils individuell angepasste Lösungen zu finden.

Bei Heinrich B. konnte der Psychiater die Sistierung der Kantonsausweisung erwirken.<sup>1285</sup> Dieser wurde im Gegenzug ermahnt, sich an die Weisungen zu halten. Josef G. wurde aufgefordert, sich bei familiären Konflikten an den Psychiater zu wenden, da er oft in diesem Zusammenhang delinquent wurde.<sup>1286</sup> Bei Gustav R. half die Psychiatrie, ihn an Arbeitsstellen zu vermitteln, während er selbst bei Problemen und Konflikten regelmässig die Friedmatt aufsuchte, die ihm als Refugium diene und ihn auch immer aufnahm.<sup>1287</sup> Alfred M., dessen Delinquenz meist in Zusammenhang mit Ehekonflikten auftrat, liess sich vom Psychiater beraten. „Er sei nach einer Auseinandersetzung mit seiner Frau in die Stadt gegangen und „auf die alten Abwege“ geraten, indem er einen 18-Jährigen verführt habe. „Es habe ihn sehr angegriffen. Und wolle wissen, was er tun soll.“<sup>1288</sup> Die Ratschläge des Psychiaters konnten ihren Weg über das Gutachten in das Urteil finden. In einem Urteil von Alfred M. ist zu lesen, dass er gefährdet erscheine, aber einen ernst zu nehmenden Willen zur Besserung zeige und weiterhin fachärztliche Hilfe in Anspruch nehmen wolle. Er soll alles meiden „was ihn in neue Situationen bringen könnte.“<sup>1289</sup> Und bei Peter R., der mehrmals wegen Transvestitismus – er zeigte sich öffentlich in Damenunterkleidern – und vereinzelt exhibitionistischen Handlungen verurteilt worden war, zeigte sich die Beschaffung von Arbeit, „die ihn von der Beschäftigung mit Sexualität ablenkt und den sexuellen Trieb dämpf(t)“ als beste Massnahme.<sup>1290</sup> Weil Peter R. durch die Zeitumstände immer wieder arbeitslos wurde und dann delinquierte, entstand mit der Zeit eine Spirale, in der sich Arbeitslosigkeit und Delinquenz gegenseitig bedingten. War er arbeitslos, delinquierte er. Und wegen seiner ‚anormalen, transvestitischen Veranlagung‘ war er mit der Zeit nur noch schwer vermittelbar.<sup>1291</sup> In das behördliche Netzwerk von Arbeitsamt, Fürsorgebehörde, Polizei, Justiz und Psychiatrie eingebunden, galt er bald als ‚hoffnungsloser Fall‘. Gleichzeitig wurde er immer als ‚fleissig‘, ‚arbeitswillig‘ und als ‚guter Arbeiter‘ beschrieben. Den Vorschlag des Psychiaters, in ein Arbeitslager zu gehen, lehnte er jedoch ab mit der Begründung, dass er den Kanton Basel-Stadt nicht verlassen wolle.

---

1285 05.10.1937 Gesprächsnotizen auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

1286 05.02.1951 Gutachten an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

1287 PUP, Akte Gustav R., 1916. Auf ihn komme ich im nächsten Kapitel noch genauer zu sprechen.

1288 03.05.1947, 02.01.1948, 02.02.1948 Briefe Alfred M. 1922 an PUP. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.

1289 30.03.1955 Urteil Strafgericht Kanton Basel-Stadt. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.

1290 18.05.1935 PUP an Bürgerliches Fürsorgeamt. In: PUP, Akte Peter R., 1916.

1291 10.03.1934 Administrativakte. In: PUK, Akte Peter R., 1916.

Diese Hilfestellungen bildeten Teil der Therapeutik, wenn zwischen Sexualdelinquenz und der Problematik ein direkter Zusammenhang bestand. Dabei übernahm die Psychiatrie auch beratende Funktionen. Indem sie ihr Wissen zur Lösung eines konkreten Problems zur Verfügung stellten. Es blieb jedoch dem Delinquenten und seinen Fähigkeiten überlassen, inwieweit er das Vorgeschlagene in seinen eigenen Wissensbestand integrieren und in der konkreten Situation umsetzen konnte und wollte. In vielen Fällen hatten die Angebote des Psychiaters Empfehlungscharakter, die der Delinquent annehmen konnte oder nicht.<sup>1292</sup> Das Befolgen der Empfehlungen, um dem Risiko einer erneuten Delinquenz entgegenzuwirken, funktionierte dennoch im gegebenen Rahmen als moralischer Imperativ.

### **Die Verpflichtung auf Heterosexualität**

Homosexualität war die Form ‚abweichender‘ männlicher Sexualität, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Psychiatrie und Gesellschaft am intensivsten beschäftigte. Sie ist auch diejenige Form der sexuellen ‚Abweichungen‘, die historisch am besten aufgearbeitet ist.<sup>1293</sup> Der ‚Homosexuelle‘ war die dominante Figur des ‚sexuell Perversen‘, wie sie im psychiatrischen Diskurs des ausgehenden 19. Jahrhundert entstanden sind.<sup>1294</sup> Emanzipationsbestrebungen und die Forderung nach ihrer Entkriminalisierung trieben den Diskurs an. Die Popularisierung der sexualpathologischen Diskurse prägte denn auch die Selbstwahrnehmung der Homosexuellen.<sup>1295</sup> Entscheidendes Kriterium für die homosexuelle Identität bildete, um in der Sprache Freuds zu bleiben, die ‚Objektwahl‘, die gleichgeschlechtliche Zuneigung.<sup>1296</sup>

Bei den in Basel begutachteten ‚Homosexuellen‘ handelte es um wegen ‚homosexueller Unzucht mit Minderjährigen‘ Angeklagte. Gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Erwachsenen waren im Rahmen der Strafrechtsrevision von 1919 als Straftatbestand aufgehoben worden.<sup>1297</sup> Homosexuelle Handlungen mit Minderjährigen blieben im

---

1292 Messerli, Alfred: Zur Geschichte der Medien des Rates. 30–57. In: Peter-Paul Bänziger / Stefanie Duttweiler / Philipp Sarasin / Annika Wellmann: Fragen Sie Dr. Sex.? Ratgeberkommunikation und die mediale Konstruktion des Sexuellen. Frankfurt a/M 2010. 30.

1293 Die wissenschaftlichen Publikationen seien seit den 1970er Jahren ‚fast ins Uferlose‘ gestiegen. Hegemöller, Bernd-Ulrich: Einführung in die Historiographie der Homosexualitäten. Tübingen 1999. 9. Siehe auch Weeks, Jeffrey: Coming Out. Homosexual Politics in Britain, from the Nineteenth Century to the Present. London 1977.

1294 Foucault, Der Wille zum Wissen, 58. Eder, Kultur der Begierde, 152.

1295 Lücke, Männlichkeit in Unordnung, 43–49. Schlatter, Merkwürdigerweise, 227–283. Eder, Kultur der Begierde, 162.

1296 Das sozialwissenschaftlich entwickelte Konzept der Identität beschreibt diese dahingehend, dass sie innerhalb der Parameter ‚Klasse, Rasse, Geschlecht und Generation‘ festgelegt werde und sich durch Kohärenz, Konsistenz und Kontinuität auszeichnen. So bleibe „jemand immer derselbe, das Leben hindurch und wohin er auch geht.“ Lautermann, Rüdiger: Soziologie der Sexualität. Erotischer Körper, intimes Handeln und Sexualkultur. Weinheim 2002. 177.

1297 Rüegg, Homosexualität im Strafrecht, 70–71. Walser, Erasmus: Homosexualität im Recht. In: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16560.php> (13.04.2014).

Gegensatz zu heterosexuellen Handlungen jedoch bis zur Volljährigkeit verboten.<sup>1298</sup> Basel war einer der wenigen, wenn nicht der einzige Kanton der Deutschschweiz, der Homosexualität so früh entkriminalisierte.<sup>1299</sup> Mit dem StGB wurde das Verbot gleichgeschlechtlicher Handlungen zwischen Erwachsenen dann schweizweit aufgehoben.<sup>1300</sup> Weiterhin strafbar blieben „gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen mit Minderjährigen“, sie galten als ‚Unzucht‘. Wobei der Unzuchtsbegriff in Basel bis Mitte der 1930er Jahre eng interpretiert wurde. Er bezog sich einzig auf den „coitus per anum“. <sup>1301</sup> Andere Formen homosexueller Handlungen blieben straflos. Ab Mitte der 1930er Jahre setzte sich ein verschärfter Umgang mit homosexuellen Delinquenten durch. Der Straftatbestand wurde auf weitere gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen ausgeweitet und es wurden harte Strafen gefordert.<sup>1302</sup> Begründet wurde die Verschärfung in der Basler Rechtsprechung mit dem ‚Schutz der Jugend‘: Die Strafe müsse abschreckend wirken. Explizit wurde nur noch der Begriff Missbrauch verwendet, auch wenn es sich bei den Jugendlichen um sogenannte ‚Stricherjungen‘ handelte.<sup>1303</sup> Das härtere Vorgehen der Justiz – nicht nur gegen homosexuelle Delinquenten – machte sich in den 1940er Jahren auch in der Anwendung der Kastration bemerkbar. Dieses verschärfte Vorgehen war in der Bevölkerung breit akzeptiert.<sup>1304</sup> In einem homophoben Klima wurden diese oft als ‚Kinderschänder‘ bezeichnet. Die Aufrechterhaltung der sittlichen Ordnung bildete eine wichtige Legitimation im Umgang mit Homosexualität und Sexualdelinquenz.<sup>1305</sup> In den durch die Schaffung des StGB geführten Debatten um die Entkriminalisierung der Homosexualität rückte als Folge eine vermehrt medizinisch-psychiatrischen Sichtweise und die Frage ihrer Therapierbarkeit in den Fokus.<sup>1306</sup> Die schweizweite Entkriminalisierung ging auch in anderen Städten mit einem schärferen Vorgehen der Sittenpolizei einher,<sup>1307</sup> während die Pathologisierung dazu führte, dass homosexuelle Delinquenten vermehrt der Psychiatrie zugewiesen wurden. So hielt der Richter Hans B., der sich selbst für zurechnungsfähig hielt und keine psychiatrische Begutachtung wollte, entgegen, „etwas in seinem Kopf“ könne

---

1298 Trüeb, Kuno / Miescher, Stephan: Männergeschichten. Schwule in Basel seit 1930. Basel 1988. 49.

1299 Mit der Einführung des napoleonischen Code pénal wurden homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen entkriminalisiert. Die französischsprachigen Kantone orientierten sich eher am Code pénal, die Deutschschweizer Kantone an Deutschland, das die Homosexualität mit § 175 kriminalisierte. Siehe Schlatter, Merkwürdigerweise, 55–56.

1300 Delessert, Thierry: Homosexualités masculines en Suisse. De l’invisibilité aux mobilisations. Lausanne 2012. 37–48.

1301 Der Anus stand im Fokus des ärztlichen Interesses, um homosexuelle Delikte abzuklären. Schlatter, Merkwürdigerweise, 130.

1302 Ob es der Umgang des nationalsozialistischen Regimes mit ‚Homosexualität‘ war, der sich in Basel verschärfend auswirkte lässt sich nicht eindeutig klären. Trüeb / Miescher, Männergeschichten, 49.

1303 Trüeb / Miescher, Männergeschichten, 50.

1304 Trüeb / Miescher, Männergeschichten, 59–63.

1305 Trüeb / Miescher, Männergeschichten, 66–73.

1306 Trüeb / Miescher, Männergeschichten, 52–57.

1307 Walser, Erasmus: Homosexualität. In: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16560.php> (13.04.2014).



„nicht normal sein“, nachdem „er der Buben wegen seine ganze so schöne Position auf Spiel gesetzt habe.“<sup>1308</sup>

Werner H. wurde als 27-jähriger wegen homosexueller „Unzucht mit Minderjährigen“ für einen Monat zur Begutachtung in die Friedmatt gebracht. In der Krankenakte wurde er als „sympathisch“, „normal männlich, aber ungemein jugendlich(!)“, „unauffällig“, „still“, „freundlich-umgänglich“, „hilfsbereit“, „arbeitseifrig“, „natürlich“ und „ehrlich“ beschrieben. Er sei überall beliebt. Was den Psychiater an Werner H. faszinierte, waren seine Eloquenz und seine Fähigkeit zur Selbstreflexion. Die ausführlichen Gespräche wurden detailliert in Form direkter Rede festgehalten, die auch die Fragen des Gutachters beinhalteten. Zum Sprechen aufgefordert, erzählte Werner H. ausführlich, wie er als Jugendlicher von einem Erwachsenen verführt worden sei, wie er gemeinsam mit anderen Jugendlichen onaniert habe und wie er zusammen mit seinem ‚Verführer‘ auf ‚Abendgesellschaften‘ ging, die er als ‚Orgien‘ bezeichnete. Er widersprach dem Gutachter darin, dass er wegen des ersten ‚Verführungs-Erlebnisses‘ homosexuell geworden sei. In den folgenden Gesprächen drängte ihn der Gutachter immer wieder dazu, sich mit Onanie zu begnügen. Dies rechnete Werner H. dem Gutachter „hoch“ an. In den Akten war festgehalten, „dass er ihn auf die Möglichkeit hinweist, sich auf die Onanie zu beschränken, während der Untersuchungsrichter und dessen Aktuar ihn absolut hätten überreden wollen, sich doch auf Frauen umzustellen.“<sup>1309</sup> Zugleich machte er deutlich, dass er sich weder auf Frauen umstellen noch mit Onanieren begnügen wolle. Er wünsche sich ein Liebesverhältnis, eine Beziehung. Auch die Frage, ob er ein Mittel, dass „ihn sexuell normal“ machen könnte, einnehmen würde, verneinte Werner H. Und er lehnte auch den Vorschlag ab, es mit „einer knabenhaften Frau“ zu versuchen.<sup>1310</sup> Als der Gutachter ihm in einem weiteren Gespräch erklärte, dass er ihn als „vermindert zurechnungsfähig“ beurteilen werde, fragte Werner H., „ob man ihn dann nicht versorgen müsse?“<sup>1311</sup> Mit dieser Erkenntnis wies der Gutachter nochmals darauf hin, dass er sich in Zukunft auf Onanie oder auf pädophile Gedanken beschränken solle.

Werner H. der in den Krankenakten als ‚sympathisch‘, ‚unauffällig‘ und ‚freundlich-umgänglich‘ beschrieben wurde, transformierte im Gutachten zur ‚abnormen Gesamtpersönlichkeit‘ mit ‚psychosexuellem Infantilismus‘. Sein Trieb-, sein Gefühls- und sein Willensleben seien auf einer infantilen Stufe stehen geblieben. Seine „Abartigkeit“ zeige sich in den Formen seiner Befriedigung: „Onanie, Voyeurismus, gleichgeschlechtlich-

---

1308 24.07.1942. Gesprächsnotiz, Krankenbogen PUK. In: PUK, Hans B., 1901.

1309 11.07.1942 Gesprächsnotiz auf PUK-Krankenbogen. In: PUK, Akte Werner H., 1915.

1310 15.07.1942 Gesprächsnotiz auf PUK-Krankenbogen. In: PUK, Akte Werner H., 1915.

1311 18.07.1942 Gesprächsnotiz auf PUK-Krankenbogen. In: PUK, Akte Werner H., 1915.

pädophiler Verkehr.“<sup>1312</sup> Werner H. sei kein „reifer Mann“. Als „vermindert zurechnungsfähig“ beurteilt, wurde die Strafe in eine Verwahrung umgewandelt.<sup>1313</sup>

Als er nach anderthalb Jahren die Entlassung beantragte, riet der Psychiater den Behörden, das Gesuch abzulehnen. Als Grund gab er den alljährlich in der Friedmatt stattfindenden Patientenball an. Werner H. habe sich auf diesem mit einem Mädchen angefreundet. Dem Psychiater erschien es, als ob er in das Mädchen verliebt sei. Werner H. habe in einem Gespräch zur Auskunft gegeben, dass ihm der „Gedanke an den Coitus cum feminis nicht mehr so schlimm erscheine wie früher“.<sup>1314</sup> Die aufkeimende Anbahnung einer ‚normalen‘ Beziehung sollte nicht mit einer Entlassung zunichte gemacht werden.

Die vorrangigen Bemühungen der Psychiater zielten auf die Deliktfreiheit der Delinquenten. Die Psychiater gingen dabei pragmatisch vor. Sie rieten den Delinquenten, sich mit Onanie zu begnügen. Werner H. erhielt zudem den Rat, seine Gelüste auf pädophile Gedanken zu beschränken und sich an „erwachsene Männer“ zu halten. Hans B. wurde das Gleiche angeraten.<sup>1315</sup> Mit der Aufforderung, sich mit Onanie zu begnügen, wurde die männliche Befriedigung auf einen Akt mechanistischer Triebabfuhr reduziert. Wie Werner H. jedoch deutlich mache, reichte ihm diese Form der Befriedigung nicht, er wünschte sich auch eine Liebesbeziehung. Zudem lehnte er die ‚Verführungs-These‘ des Gutachters ab. Diese ging davon aus, dass ein erstes homosexuelles Erlebnis den Jugendlichen für immer zum Homosexuellen wandelte.<sup>1316</sup> Zu Beginn der Homosexualität stehe immer die Verführung, waren viele Richter und Psychiater überzeugt.<sup>1317</sup> Weil Werner H., der selbst ‚verführt‘ worden war, seine homosexuelle Neigung nicht ablehnte, wurde er zur Gefahr für die Jugend. Jean B. wurde im Gerichtsurteil auf die möglichen schweren Folgen für die sexuelle Weiterentwicklung der missbrauchten Knaben aufmerksam gemacht. Weiter war festgehalten, dass das Gesetz nicht widernatürliche Unzucht als solche bestrafen wolle. Es wolle aber die Jugend davor bewahren, durch Homosexuelle auf Abwege gebracht und dadurch möglicherweise auf Lebenszeit in der ‚natürlichen‘ Entwicklung geschädigt zu werden.<sup>1318</sup> Ebenso war Johann B. von der Justiz auf die „schwerwiegenden Folgen für die sexuelle Weiterentwicklung der Knaben“, die seine Taten haben könnten, aufmerksam gemacht worden. Wegen „seiner besonderen Gefährlichkeit für die männliche Jugend“ war ihm die Verwahrung nach Artikel 42 StGB angedroht worden.<sup>1319</sup> Alfons S. wurde gefragt, ob

---

1312 27.07.1942 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Werner H., 1915.

1313 27.07.1942 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Werner H., 1915.

1314 10.11.1943 Gesprächsnotiz auf PUK-Krankenbogen. In: PUK, Akte Werner H., 1915.

1315 18.07.1942 Gesprächsnotiz, Krankenbogen PUK: In: PUK, Hans B., 1901.

1316 27.03.1952 Urteil Strafgericht Kanton Basel-Stadt. In: PUP, Akte Alois R., 1925.

1317 Trüb / Miescher, Männergeschichten, 54.

1318 17.05.1956 Urteil Strafgericht Kanton Basel-Stadt. In: PUP, Akte Jean B., 1913.

1319 17.05.1956 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

er keine Gewissensbisse wegen der Zukunft der von ihm verführten Knaben habe.<sup>1320</sup> Es war deren Heterosexualität, die als fragil erschien und geschützt werden musste.<sup>1321</sup> Unterschlagen wurde dabei, dass homosexuelle Handlungen in Heimen, im Militär und in der Schule weit verbreitet zu sein schienen. Die meisten Delinquenten hatten entsprechende Erfahrungen gemacht.

Auch wenn die Psychiater zur Onanie rieten, die gemäss Freud bei erwachsenen Männern als ‚infantile‘ Form der geschlechtlichen Befriedigung galt, lagen die längerfristigen psychiatrischen Bemühungen in der Verpflichtung zum heterosexuellen Geschlechtsakt.<sup>1322</sup> Ihnen lag die Vorstellung zugrunde, dass die Triebrichtung modulierbar sei und dass der Geschlechtstrieb mit genügender Anstrengung und Willen in die ‚richtige‘ Richtung gelenkt werden konnte. Viele der Delinquenten waren bestrebt, sich entsprechend ‚umzuformen‘. Emil A. beteuerte, dass er versucht habe, die als strafbar erkannten Handlungen aufzugeben, „was ihm durch eine grosse Willensanstrengung, durch seine religiöse Einstellung und durch eine nette Frauenbekanntschaft manchmal wochen- bis monatelang“ gelungen sei. Er habe „schwere innere Kämpfe durchgemacht, sei aber immer wieder an seinem Verlangen gescheitert.“<sup>1323</sup> Auch Anton S. versuchte, sich an Frauen zu gewöhnen und hoffte, mit einer Heirat von seiner homosexuellen Triebrichtung loszukommen.<sup>1324</sup> Bei Roman S. scheiterten seine Versuche, sich heterosexuell auszurichten, an seiner Erektionsschwäche. Dennoch gelang es ihm endlich, mit der Ehe von seiner Homosexualität loszukommen. Er gab zur Auskunft, dass er wegen des starken Bartwuchses seiner Frau einen normalen Coitus ausüben könne.<sup>1325</sup> Auch Josef G. setzte grosse Hoffnung in die Ehe, um von seinem Exhibitionismus loszukommen.<sup>1326</sup> Im Gutachten von Alois R. ist festgehalten, dass die Heirat von 1948 zu seiner „Charakterfestigung“ beigetragen habe. Die Ehefrau sei „zielbewusst“ und „energisch“ und „setze alles daran, den Angeklagten gut zu führen.“<sup>1327</sup> Und Werner H. gab an, nur noch mit seiner Mutter in den Ausgang zu gehen, um sich vor Versuchungen zu schützen.<sup>1328</sup> Eine besondere Technik entwickelte Josef D., um einem exhibitionistischen Rückfall vorzubeugen. Bei einem der Gespräche zeigte er dem

---

1320 08.06.1943 Gesprächsnotiz, Krankenbogen PUK. In: PUK, Akte Alfons S., 1902.

1321 Lücke, Männlichkeit in Unordnung, 115–220.

1322 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 205. Onanie zwischen Jugendlichen galt als relativ normal. Beim Erwachsenen stellte sie aber einen neurotischen Mechanismus dar. Eder, Kultur der Begierde, 116. Schlatter, Merkwürdigerweise, 140. Connell, Der gemachte Mann, 95.

1323 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1324 31.07.1939 Gesprächsnotiz Krankenakte PUK. In: PUP, Akte Anton S., 1913.

1325 29.04.1946 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Roman S., 1905.

1326 19.08.1959 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

1327 27.03.1952 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Alois R., 1925. (Das Gutachten selbst ist nicht vorhanden).

1328 28.01.1945 Pat. an PUK. In: PUP, Akte Werner H., 1915.

Psychiater „seine zugenähten Unterhosen“ und betonte mit Tränen in den Augen, dass er sich trotz vielfältiger medizinischer Hilfen nicht von seiner „Plage“ befreien könne.<sup>1329</sup>

Die Ehe und Beziehungen zu Frauen wurden zum Angelpunkt der Verbesserungsbemühungen funktionalisiert. Der Ehe wurde therapeutische Kraft zugesprochen. Die Delinquenten ihrerseits richteten ihre Anstrengungen dahingehend aus, den Erwartungen der Gesellschaft zu entsprechen. Mit der Verpflichtung auf heterosexuellen Geschlechtsverkehr und auf die Beziehung zu einer Frau bemühten sie sich um die Normalisierung ihrer geschlechtlichen Funktion, um als ‚normaler‘ Mann und gereifte Persönlichkeit gesellschaftlich integriert zu werden. Durch den Emanzipationsdiskurs angeschoben standen den homosexuellen Delinquenten mittlerweile auch positive Identitätsangebote zur Verfügung, wie bei Werner H. deutlich wurde.<sup>1330</sup> Auf die Fragen des Psychiaters, inwieweit es ihm gelungen sei, „die Triebrichtung umzustellen“, <sup>1331</sup> entgegnete Werner H. immer wieder, dass er nicht gedenke, seinen Trieb „umzustellen“. Er hatte eine relativ gute Ausbildung genossen und konnte den Ärzten seine eigene Vorstellung von Homosexualität entgegenhalten.<sup>1332</sup> Er anerkannte die ärztliche Deutungshoheit nicht an und konnte den psychiatrischen Lenkungsmaßnahmen Widerstand entgegensetzen.<sup>1333</sup>

#### **4.6 ‚Ultima ratio‘: Die Kastration**

##### **Die Kastration von Emil A.**

Die Kastration solle jenen offen stehen, die an „ihrem Geschlechtstrieb“ leiden. Sie müsse „die letzte Zuflucht“ bleiben, war Wolf überzeugt. Denn nur für den, der einen Leidensweg hinter sich habe, „vermag sie das zu leisten, was wir von ihr erwarten“. <sup>1334</sup> Sie habe einzig als ‚ultima ratio‘ ihre Berechtigung, lautete der psychiatrische Konsens in den 1930er Jahren. Was war gemeint, wenn der Entscheid als ‚ultima ratio‘ bezeichnet wurde? Wie wusste man, ob und wann der Zeitpunkt für eine ‚ultima ratio‘–Entscheidung gekommen war? Um diesen Fragen nachzugehen, komme ich noch ein letztes Mal auf Emil A. zu sprechen. Er hatte sich 1957 in der Zeit zwischen Anklage und Gerichtsverfahren zu entscheiden, ob sein Weg in die Verwahrung führen sollte, oder ob er sich kastrieren lassen wollte.<sup>1335</sup> Das Einwilligungsschreiben, das Emil A. zu unterzeichnen hatte, hielt fest, dass „die Kastration

---

1329 17.10.1968 Gutachten PUP an Bezirksgericht Aarau. In: PUP, Akte Josef D., 1915.

1330 Lücke, Männlichkeit in Unordnung, 322.

1331 28.01.1945 Pat. an PUK. In: PUP, Akte Werner H., 1915.

1332 Zu diesen gehörte auch Werner H. und Heinrich B., die auch den Normierungsdrucken zur Heterosexualität widerstanden.

1333 DiGiacomo, Susan M.: Metapher als Krankheit. Postmoderne Dilemmata in der Repräsentation von Körper, Geist und Krankheit. 125–153. In: Cornelius Borck (Hg.): Anatomien medizinischen Wissens. Medizin – Macht – Moleküle. Frankfurt a/M 1996. 127.

1334 Wolf, Die Kastration, 286.

1335 18.07.1957 Indikationsschreiben PUP an Chirurgische Klinik Bürgerspital Basel. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

auf seinen eigenen Wunsch hin in der chirurgischen Klinik durchgeführt“ werde, und dass der Patient über den Eingriff und seine möglichen Wirkungen eingehend aufgeklärt worden sei. Damit waren die rechtlichen Vorgaben erfüllt. Emil A., der 1933 das erste Mal angezeigt und 1941 das erste Mal wegen „Unzucht mit Kindern“ verurteilt worden war und sich noch 1948 gegen den Eingriff gesträubt hatte, wurde 1957 kastriert.<sup>1336</sup> Zwischen der ersten Anzeige und der Kastration lagen 24 Jahre. Wiese wurde er gerade zu diesem Zeitpunkt vor die Entscheidung gestellt? Wie gestaltete sich der Entscheidungsprozess? Und wieso willigte Emil A. jetzt ein?

Um die Geschehnisse, die bei Emil A. zur Kastration führten, genau zu rekonstruieren, will ich seinen Fall nochmals kurz rekapitulieren. Er wurde 1941 angeklagt und erhielt wegen der psychiatrischen Beurteilung eine Strafmilderung. 1943 wurde er mit Hilfe des Psychiaters früher aus der Strafe entlassen und einer psychiatrischen Kontrolle unterstellt, die 1947 endete. 1948 wurde er erneut angeklagt und verurteilt. Der Gutachter beurteilte ihn diesmal als ‚normal‘ und straffähig. Der Richter nahm dennoch eine verminderte Zurechnungsfähigkeit an und sprach eine reduzierte Strafe aus. Nochmals gelang es Emil A., früher entlassen und einer psychiatrischen Kontrolle unterstellt zu werden. Als er 1957 trotz der verschiedenen ihm gewährten ‚Wohltaten‘, erneut wegen derselben Delikte angeklagt wurde, änderte die Strafbehörde den Umgang ihm gegenüber: Jetzt waren seitens der Justiz härtere Massnahmen angezeigt. Der Staatsanwalt drohte ihm mit einer dauernden Verwahrung, „wenn er sich nicht zur Kastration entschliessen könne“.<sup>1337</sup> Die Kastration war im Gutachten von 1948 erstmals als Möglichkeit erwähnt worden. Um seine Drohung durchsetzen zu können, war der Staatsanwalt auf die Hilfe und Kooperation der Psychiatrie angewiesen, wie im Auftragsschreiben für das neue Gutachten deutlich wurde. Darin hielt er fest, dass es nicht möglich sei, Emil A. gemäss Artikel 42 StGB zu verwahren. Dafür fehlten die gesetzlich vorgeschriebenen „zahlreichen“ Strafen.<sup>1338</sup> Eine Verwahrung käme daher nur gemäss Artikel 14 oder Artikel 15 in Frage. Voraussetzung wäre die psychiatrische Beurteilung des Delinquenten als „vermindert zurechnungsfähig“, um eine Massnahme anordnen zu können. Der Staatsanwalt liess den Gutachter wissen, dass Emil A. sich bereit gezeigt habe, in eine Kastration einzuwilligen, „um so eine mildere Bestrafung zu erlangen.“<sup>1339</sup> Die psychiatrische Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘ bildete die notwendige Voraussetzung, um Emil A. vor die Wahl stellen zu können.<sup>1340</sup> Dafür musste im Kontext der rechtlichen, administrativen und institutionellen Gegebenheiten der Raum für die Entscheidung geschaffen werden. Hatte die Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘

---

1336 24.02.1949 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1337 Theiler, Untersuchungen an kastrierten Sexualperversen, 21–24.

1338 Härdy, Handkommentar, 33.

1339 17.06.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1340 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 208.

1941 und 1948 noch strafmildernde Wirkung entfaltet, so wurde sie nun zur Grundlage für die Entscheidung zwischen den ausgrenzenden Massnahmen: Verwahrung oder Kastration. Die ‚Entscheidung‘ für die Kastration wurde im Gutachten von 1957 dann als ‚Wunsch‘ des Delinquenten bezeichnet: „A. hat in der jetzigen Untersuchung entschieden den Wunsch geäussert, einer operativen Kastration unterzogen zu werden.“<sup>1341</sup> Obwohl der Richter im vorhergehenden Verfahren die psychiatrische Beurteilung von Emil A. als zurechnungsfähig desavouierte und eine ‚reduzierte Zurechnungsfähigkeit‘ annahm, war der Gutachter den Wünschen des Staatsanwaltes entgegengekommen.

Einen Monat später stellte die Psychiatrie das Indikationsschreiben an die Chirurgie aus. Mit der Durchführung der Kastration kam ein weiterer Akteur ins Spiel: Der Chirurg. Er anerkannte die psychiatrische Indikation und kastrierte Emil A. am 24. Juli 1957. Noch bevor es zum Prozess gekommen war, hatte Emil A. dem Druck des Staatsanwaltes, unterstützt durch die Psychiatrie, nachgegeben. Er erhoffte sich damit ein milderes Urteil. Ob ihm dies gewährt wurde, war unsicher. Denn aus der Einwilligung in die Kastration konnte Emil A. keinen Rechtsanspruch ableiten. Er allein trug das Risiko. Es lag nun in der Hand des Richters, ihm eine ‚Wohltat‘ in Form einer Strafmilderung zu gewähren. Voraussetzung dafür war, dass es in seinem Fall ‚neue‘ Fakten gab. Was mit der Kastration gegeben war.

Es war der Psychiater, der die neuen Fakten dem Richter zur Kenntnis brachte. Im Gutachten bezeichnete er Emil A. eingangs als „gemeingefährlichen“ Menschen und hob dann das von Emil A. gemachte „Opfer“ hervor. Er beschrieb die positive Wirkung des Eingriffs und beurteilte ihn wie vom Staatsanwalt gewünscht als „vermindert zurechnungsfähig“. Da er im Gutachten von 1949 Emil A. als „voll ausgereiften Menschen mit gewissen neurotischen“ aber nicht „pathologischen Eigenschaften“ beurteilt hatte, war er verpflichtet, seine abweichende Beurteilung nachvollziehbar zu begründen. Die Beurteilung als „vermindert zurechnungsfähig“ sei nicht auf neue Befunde zurückzuführen, hielt der Gutachter fest, „sondern lediglich auf ein anderes Ermessen bei der Einschätzung der Quantität der Anomalie“.<sup>1342</sup> Der Ermessensspielraum des Psychiaters erlaubte die kontextuellen Anpassungen in der Beurteilung, denen letztendlich ein willkürliches Moment inne liegt. Dies zeigt sich in Aussagen wie: „Wir glauben nicht“, hiess es etwa, dass „Drangzustände“ oder „innere Zwänge“ Ursache der Delinquenz bildeten. Oder: „Wir sind der Meinung“, dass Emil A. eine „hochgradig abnorme“ und daher „gemeingefährliche“ Persönlichkeit sei. Die Subjektivität der Beurteilung wurde jedoch abgeschwächt, indem zur Wir-Form (Pluralis Auctoris) gewechselt und damit der Eindruck vermittelt wurde, die unterschiedliche Beurteilung beruhe nicht lediglich auf einer subjektiven, individuellen

---

1341 17.06.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1342 17.06.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

Einschätzung. Sie erschien als allgemeine, konsensuale und damit objektivierte Tatsache. Mit dieser neuen Einschätzung wurde Emil A. die Fähigkeit, das Unrecht seiner Taten einzusehen, wenigstens teilweise abgesprochen, und er wurde als ‚gemeingefährlich‘ eingestuft. Der Gutachter empfahl, Emil A. nach der Kastration gemäss Artikel 15 in die psychiatrische Klinik einzuweisen, um eventuelle „Ausfallssymptome“ behandeln zu können. „Von rein therapeutischen Gesichtspunkten und vom Sicherungsstandpunkt wäre damit das Nötige getan und die Gefahr eines Rückfalles praktisch eliminiert.“<sup>1343</sup> Mit der Kastration war Emil A. von einem ‚gemeingefährlichen‘ und ‚hoffnungslosen‘ zu einem ‚ungefährlichen‘ Mann transformiert worden. Seinen Ermessensspielraum ausreizend, erfüllte der Gutachter mit der ‚gewünschten‘ Beurteilung die Bitte des Staatsanwalts. Mit der ‚Pathologisierung‘ wurden die verbotenen Handlungen zum Zeichen seiner ‚abartigen‘ Persönlichkeit. Mit der Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘ wurde ihm zugleich die Fähigkeit, autonom handeln zu können, abgesprochen. Dennoch war er fähig, in die Kastration einzuwilligen. Damit waren die Voraussetzungen für eine Kastration gegeben.

### **Die Kastration als Entscheidungsoption**

Die Kastration solle zur Anwendung kommen, wenn der Delinquent weder psychotherapeutisch geheilt noch durch Erziehung und Strafe gebessert werden könne, wenn er ‚unverbesserlich‘ war.<sup>1344</sup> Dann, wenn alle anderen Mittel versagt hätten, sollte die Kastration als ‚ultima ratio‘, als ‚letzter, vernünftiger Lösungsweg‘ ausgeführt werden. Wann genau der Zeitpunkt gekommen war, an dem alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu sein schienen, konnte man aber nie genau wissen. Es fehlten die medizinischen Kriterien, die den als ‚ultima ratio‘ begründeten Zeitpunkt definierten.<sup>1345</sup> Trotz der geregelten administrativen Abläufe, der wissenschaftlichen Legitimationen und Rationalisierungsbemühungen wohnte dieser Praxis ein Moment der Unbestimmtheit und Willkür inne.

Mit dem Zwang zur Entscheidung erweiterten die Behörden auch ihre Handlungsoptionen. Der Psychiater Wyrsh ging davon aus, dass die Delinquenten ihre Freiheit generell höher gewichteten und in die Kastration einwilligten. Die Betroffenen würden sich in der Regel nach einigem Widerstand mit der Kastration abfinden, da diese oft das einzige Mittel darstelle, um in Freiheit bleiben zu können, war er überzeugt.<sup>1346</sup> Den Delinquenten als ‚unverbesserlich‘ zu definieren und zu behaupten, dass es keine weiteren Möglichkeiten gab, ihn zu bessern, darin lag die Macht der Justiz und der Psychiatrie. Sie bestimmten den Zeitpunkt der ‚Unverbesserlichkeit‘. Mit dem Entscheid zur Kastration kam es bezüglich der

---

1343 17.06.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1344 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 259.

1345 Sigusch, Organotherapien, 328.

1346 Wyrsh, Gerichtliche Psychiatrie, 208.

„Unverbesserlichkeit“ des Delinquenten zu einem merkwürdigen Effekt. Da der Qualifizierung als „unverbesserlich“ keine definierten Kriterien zu Grunde lagen, wurde die Kastration selbst zum Kriterium. „Unverbesserlichkeit“ bildete die Voraussetzung und war zugleich Effekt der Kastration. Entschied sich der Delinquent für sie, wurde seine Qualifizierung als „unverbesserlich“ wieder aufgehoben. Denn mit seiner Entscheidung zeigte der Delinquent in den Augen der Behörden seinen „Verbesserungswillen“ – wie es der Gutachter auch Emil A. attestierte. Dessen „Sinneswandel“ – 1948 hatte er den Eingriff noch abgelehnt – erklärte der Gutachter mit Emil A.s neu erwachtem Verantwortungsbewusstsein als Ehemann und Vater.<sup>1347</sup> Er wolle nicht mehr straffällig werden, damit zeige er seinen Willen sich zu bessern. Weiter war zu lesen, dass Emil A. froh sei, den „Drang“ endlich wegzuhaben und davon „erlöst“ zu sein.<sup>1348</sup> Obwohl der Gutachter noch explizit darauf hingewiesen hatte, dass die Delikte nicht durch „Drangzustände“ verursacht, sondern Zeichen der „abartigen Persönlichkeit“ seien, wurde der Wunsch Emil A.s mit der „Erlösung“ vom Drang legitimiert. Damit erhielt die Kastration ihre „therapeutische“ Legitimation.

Dass der Zwang zur Entscheidung kein Zwang zur Kastration war, zeigen jene Fälle, in denen sich die Delinquenten dagegen entschieden. So zum Beispiel Hans H.. Er stammte aus einer „sozial auffälligen“ Familie und wurde im Januar 1958 als 20-Jähriger erstmals wegen eines exhibitionistischen Vorfalls psychiatrisch abgeklärt. Im Gutachten wurde er als „arbeits scheuer“, „antriebs schwacher“, „primitiver“ und „aggressiver Psychopath“ mit einer „infantilen, undifferenzierten Gesamtpersönlichkeit“ diagnostiziert, der sich „nirgends halten könne“. Er selbst erklärte sein Delikt mit seiner Enttäuschung, als die Beziehung zu seiner Freundin in die Brüche ging. In einem späteren Gutachten hielt der Psychiater fest, Hans H. könne seine „sexuelle Triebhaftigkeit“ zeitweise nur auf dem Wege der Exhibition ausleben. Damit gefährde er die öffentliche Ordnung. Er empfahl, ihn zu verwahren.<sup>1349</sup> Der Richter kam der Empfehlung nach und Hans H. wurde in der Friedmatt interniert. In dieser bereitete er den Angestellten einiges an Mühe und Aufwand. Er kam den an ihn gestellten Anforderungen nicht nach, er sei „faul“, „frech“ und „aufsässig“. Auch entflohe er mehrmals aus der Klinik. Als er 1960 erneut wegen exhibitionistischer Delikte angeklagt und begutachtet wurde, kam der Gutachter zum Schluss, dass bei ihm „Hopfen und Malz verloren“ seien: Er sei ein „aussichtsloser Fall“.<sup>1350</sup> Im Umgang mit ihm legte die Psychiatrie ihren Fokus auf Ermahnungen und Strafandrohung, damit er seiner exhibitionistischen Neigungen Herr werden könne. Nach seiner Entlassung wurde er bald wieder delinquent. Als er nun vor die Entscheidung Verwahrung oder Kastration gestellt wurde, lehnte er die

---

1347 Marschukat / Stieglitz, „Es ist ein Junge!“, 191.

1348 07.09.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1349 05.07.1958 Gutachten PUK. In: PUK, Akte Hans H., 1938.

1350 05.07.1958 Gutachten PUK. In: PUK, Akte Hans H., 1938.



Kastration ab. Er wolle noch heiraten und Kinder haben, begründete er seine Ablehnung.<sup>1351</sup> Daraufhin wurde er verwahrt. Doch bereits im August 1960 entliess die Friedmatt ihn mit der Begründung: „Er benimmt sich anständig und arbeitet.“ Danach brach der Kontakt zur Psychiatrie ab.<sup>1352</sup> Den Wunsch nach einer Familie gewichtete der 22-jährige Hans H. als wichtig genug, um, selbst eine zeitlich unbegrenzte Verwahrung in Kauf zu nehmen.

## **Der Zwang zur Freiwilligkeit**

Die Historikerin Roswitha Dubach hat bezüglich der eugenischen Sterilisationspraxis in Zürich vorgeschlagen, von ‚systemischen Zwangsbedingungen‘ zu sprechen, um erkennbar zu machen, wie institutionelle Rahmenbedingungen die Definition, Abstufung und Wahrnehmung von Zwangsmomenten bestimmten.<sup>1353</sup> Ein Strafverfahren ermöglichte verschiedene Zwangsmomente, denen der Verurteilte unterworfen war. Zu einer Kastration konnte der Delinquent zwar nicht gezwungen werden, doch bildeten die gegebenen Strukturen die Voraussetzung, um sie zu ermöglichen. Dafür musste der Raum geschaffen werden, um den Delinquenten vor die Wahl zu stellen. Denn diese bildete das Zwangsmoment: Der Zwang oder die Zumutung der Entscheidung, Verwahrung oder Kastration. Da eine Entscheidung zu treffen im juristischen Sinne nicht als Zwang qualifizierte, konnte sie als ‚freiheitlich‘ bezeichnet werden. Es war ein Zwang zur Freiwilligkeit.

Sich entscheiden und zwischen verschiedenen Optionen wählen zu können, bildete ein grundlegendes Merkmal des modernen Subjekts und seiner Individualisierung.<sup>1354</sup> Eine weitverbreitete Theorie, um Entscheidungsprozesse fassbar zu machen, bildet der Rational-Choice-Ansatz. Das als Kosten-Nutzen-Kalkül bezeichnete Modell der Entscheidungsfindung geht von einem rational funktionierenden und breit informierten Subjekt aus. Dieses treffe, auf umfassendem Wissen und Informationen basierend, autonom seine Entscheidungen. Es ist ein Modell, welches das Subjekt als vermeintlich autonom und rational und damit in seinen Handlungen als vorhersehbar herstellt.<sup>1355</sup> Die Theorie unterschlägt jedoch die durch den sozialen Kontext gegebenen Komplexitäten, innerhalb derer Entscheidungen zu treffen sind, sowie die Orientierung der Entscheidungsfindung. Denn Entscheidungen werden immer im gesellschaftlichen Raum getroffen, in einem Netz von Regelungen, Massgaben,

---

1351 18.07.1960 Gutachten PUK. In: PUK, Akte Hans H., 1938 .

1352 19.08.1960 Notiz Krankenakte PUK. In: PUK, Akte Hans H., 1938.

1353 Dubach, Verhütungspolitik, 204–212.

1354 Lemke, Gouvernamentalität und Biopolitik, 55. Junge, Matthias: Individualisierung. Frankfurt a/M 2002.

9. Auch Kippele, Flavia: Was heisst Individualisierung? Wiesbaden 1998.

1355 Vlg. Braun, Norman / Gautschi, Thomas: Rational-Choice-Theorie. Weinheim/Basel 2011. Oder Binmore, Ken: Rational Decisions. 4. Auflage. Princeton 2011.

Anspruchsvoraussetzungen und individuellen Präferenzen.<sup>1356</sup> Das Modell unterschlägt auch, dass Menschen oft zu Entscheidungen gezwungen werden. Die Freiheit liegt dann nicht mehr darin, ob ich eine Entscheidung treffen möchte, die Frage der Freiheit verengt sich auf die Wahl zwischen meist zwei Optionen. Individualisierung, die Möglichkeit zu entscheiden sei weniger als zentrales Merkmal von Autonomie denn als wichtiger Baustein für die Konstitution und Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Macht zu verstehen, hat Foucault postuliert.<sup>1357</sup> Bei Emil A. und den anderen Sexualdelinquenten lag es in der Macht der Behörde, sie zu einer Entscheidung zu zwingen. Dabei zeigte sich die Entscheidungsfindung als komplexer Prozess, in dem individuelle Prädispositionen, die familiäre Situation, gesellschaftliche Vorstellungen und Zwänge, medizinische Rationalitäten und institutionelle Bedingungen und Zwänge sich miteinander verknüpften. Situativ bedingt konnte dann jeweils ein spezifischer Aspekt den Ausschlag für die Entscheidung geben.

Mit der Kastration als ‚freie‘ Entscheidung des Individuums konnte etwas erreicht werden, was als staatliches Programm kaum toleriert worden wäre.<sup>1358</sup> Tendenziell lässt sich bei der Kastration von einer durch medizinische Rationalisierung verdeckten und tabuisierten Form von Zwang sprechen.<sup>1359</sup> Als ‚verdeckt‘ in dem Sinne, dass – im Selbstbild der ‚modernen‘ Psychiatrie als humanistisch aufgeklärt und wissenschaftlich – ihr Zweck in der Therapie lag und nicht in der disziplinarischen Verwahrung oder Indizierung von Zwangsmassnahmen. Entsprechend bemüht war die Psychiatrie immer wieder, die Kastration als eine dem Individuum nutzende Therapie zu legitimieren, zu plausibilisieren und akzeptabel zu machen. Mit den seit den 1920er Jahren aufkommenden Behandlungsmethoden – dazu gehörte auch die Kastration – stellte man sie dieser Logik entsprechend, als rein medizinisch-therapeutisch und damit als zwangsfreie Massnahme dar. Freiwilligkeit wurde auch immer als Voraussetzung ihres Erfolges dargestellt. Um die Kastration als Therapie definieren zu können, war der Delinquent beziehungsweise seine Sexualität zuvor als ‚krankhaft‘ zu qualifizieren. Denn galt der Delinquent lediglich als „abnorm“, dann sei die Kastration keine medizinische Therapie und damit juristisch problematisch, hielt Wolf in seiner Untersuchung fest.<sup>1360</sup> Die Kastration in diesem Kontext als Therapie zu legitimieren, bereitete immer wieder Mühe. Denn als ‚krankhaft‘ war bei Emil A. ja sein Charakter und nicht sein Geschlechtstrieb diagnostiziert worden. Dennoch setzte die ‚Therapie‘ beim Geschlechtstrieb

---

1356 Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth: Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. Anmerkungen zur Individualisierungsdiskussion am Beispiel des Aufsatzs von Günter Burkart. 178–187. In: Zeitschrift für Soziologie. 22. Jg. Heft 3. Stuttgart 1993. 181.

1357 Foucault, Subjekt und Macht, 248–250.

1358 Christoph Rehmann Sutter zu Stellungnahme „Forschung an menschlichen Embryonen und Föten“. Zitiert in: Keller, Christoph: Normalisierungsverfahren in der Eugenik und in der Humangenetik. 281–297. In: Regina Wecker et al. (Hg.): Wie nationalsozialistisch ist die Eugenik? Internationale Debatten zur Geschichte der Eugenik im 20. Jahrhundert. Wien 2009. 282.

1359 Meier / Bernet / Dubach / Germann, Einleitung, 22.

1360 Wolf, Die Kastration, 280.

an. Weiter blieb der ‚therapeutische‘ Erfolg an die strafrechtliche Kategorie der Rückfälligkeit gebunden. Gemessen wurde ihre medizinische Wirksamkeit – das relevante Kriterium eines medizinischen Eingriffs – an der Rückfälligkeit, die sich auf die Gesellschaft bezog und einen kriminalpräventiven Zweck hatte. „Von rein therapeutischen Gesichtspunkten und vom Sicherungsstandpunkt wäre damit das Nötige getan und die Gefahr eines Rückfalles praktisch eliminiert“, verdeutlichte der Gutachter bei Emil A. den Nutzen des Eingriffs.<sup>1361</sup> Verbrechensbekämpfung und Therapie, individueller und gesellschaftlicher Nutzen verschmolzen. Je nach Kontext konnte dann flexibel jener Aspekt in den Vordergrund gerückt werden, der als opportun erschien.

### **Zwang zur Ordnung: Die Kastrationen als Instrument der Disziplinierung**

„Der verstümmelnde Effekt einer chirurgischen Kastration ähnelt mehr einer Abrechnung mit diesen Menschen als einer Therapie“, kritisierte der Sexualforscher Edouard Schorsch die Praxis in den 1980er Jahren.<sup>1362</sup> Als Abrechnung erschienen die Kastration in jenen Fällen, in denen die Delinquenten bereits eine längere ‚Anstaltskarriere‘ und mehrere Zusammenstösse mit den Behörden hinter sich hatten. Bei ihnen bildete weniger eine ‚pathologische Sexualität‘, als vielmehr ‚soziale Widerständigkeit‘ den Grund für die Kastration. Es handelte sich um ‚aufsässige‘, ‚unwillige‘ und ‚renitente‘ Menschen, die den Behörden einiges an Mühen bereiteten und die mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten und Techniken kaum zu ‚disziplinieren‘ waren.<sup>1363</sup> In der Praxis von Basel sind mindestens drei Fälle explizit als Eingriffe zu qualifizieren, bei denen die Kastration als ‚einfachste‘ Lösung mit einem disziplinierendem Aspekt bei schwierigen Personen in Konfliktfällen zu sein schien.

Die zweite in Basel ausgeführte Kastration von 1939 – auf die erste komme ich noch zu sprechen – wurde bei Gustav R. ausserhalb eines strafrechtlichen Verfahrens durchgeführt. Sie hatte im Umgang mit einer sozial schwierigen Person vor allem disziplinierenden Charakter. Gustav R. hatte zum Zeitpunkt der Kastration bereits eine längere ‚Anstaltskarriere‘ hinter sich. Aus einer „auffälligen“ Familie stammend mit einem „Alkoholiker“ als Vater, war er als 16-Jähriger wegen „Schwachsinn“ auf Antrag der Vormundschaftsbehörde versorgt worden. Bald kam es zu Klagen und zu einer Reihe von Um- und Neuplatzierungen in Heimen und bei Bauern. Überall wurde er als „schwierig“, „frech“ und „faul“ beschrieben. Als er sich 1934 an einer Kuh verging, wurde er in die Friedmatt eingewiesen. Dieser ersten Einweisung werden noch viele weitere Zwangs- und freiwillige Eintritte folgen. Diagnostiziert wurde er als „erregbarer und haltloser, zu sexuellen

---

<sup>1361</sup> 17.06.1957 Psychiatrisches Gutachten. In: PUP, Akte Emil A., 1907.

<sup>1362</sup> Schorsch, Perversion, 3.

<sup>1363</sup> Schlatter, Merkwürdigerweise, 163.

Exzessen neigender Imbeziller“.<sup>1364</sup> Gustav R. sei unter ständiger Kontrolle zu halten, begründete die Psychiatrie die andauernde Internierung. Doch damit war dieser nicht einverstanden. Er wollte sein Leben selbstständig bestreiten. Immer wieder riss er aus und wurde von der Polizei wieder in die Friedmatt zurückgebracht. Wenn es in seinem Umfeld zu Schwierigkeiten kam, kehrte er aber auch freiwillig in die Friedmatt zurück. Wegen seiner Aufenthalte in der Friedmatt kam es auch zu Konflikten mit dem Pflegevater von Gustav R., der die Aufenthalte zu finanzieren hatte. Er wünschte, seinen Pflegesohn sterilisieren zu lassen, weil er sich davon eine „Beruhigung“ versprach.<sup>1365</sup> Die Psychiatrie kam diesem Wunsche nach. Der Eingriff sei auch aus „erbhygienischen“ Gründen erwünscht, war im Indikationsschreiben zu lesen.<sup>1366</sup> Dennoch war er aus Sicht der Behörden weiter unter permanenter Kontrolle zu halten. Auf eigenen Wunsch wurde Gustav R. erneut bei einer Familie platziert, und langsam schien sich eine Beruhigung einzustellen. Monate später kam er in die Friedmatt zurück, mit der Bitte, ob man ihm nicht eine andere Stelle geben könne. Es stellte sich heraus, dass es zwischen Gustav R. und der Bäuerin zu Konflikten gekommen war.<sup>1367</sup> Auf Nachfrage der Friedmatt hin zeigte sich diese besorgt, dass mit ihrer vierjährigen Tochter „etwas“ vorgefallen sein könnte. Obwohl Gustav R. die Vorwürfe bestritt, diene der Vorfall dazu, ihn zu kastrieren. Im Indikationsschreiben hielt der Psychiater fest, Gustav R. sei ein „schwieriger“ Zögling mit einem „hemmungslosen Triebleben“.<sup>1368</sup> Trotz der Kastration sollte er weiter interniert bleiben. Denn der „Stein des Anstosses“ seien weniger seine „sexuelle Abwegigkeit“, sondern seine „Faul- und Grobheit“, seine Unfähigkeit, das Leben selbstständig zu bestreiten, wie im Krankendossier festgehalten war.<sup>1369</sup> Die Friedmatt, die für ihn immer auch wieder eine Zufluchtsstätte bildete, wurde nun zum Ort, an dem er mehr oder weniger zur Kastration gezwungen wurde.

Auch bei Peter R. wurde die Gunst der Stunde genutzt, um ihn zur Kastration zu drängen. Peter R. zeigte sich gerne in Damenunterwäsche in der Öffentlichkeit. Verstrickt in einem Kreislauf von Arbeitslosigkeit und Delinquenz – war er arbeitslos, wurde er delinquent, weil er delinquent war, wurde er schwer vermittelbar – war er bei einem seiner Aufenthalte in der Friedmatt auf die Möglichkeit der Kastration aufmerksam gemacht worden. Er lehnte sie kategorisch ab und erklärte, dass er sich „auf keinen Fall“ kastrieren lassen wolle, „sonst wäre er ja kein Mensch mehr“. Eine „Zwangs-Kastration wäre seiner Ansicht nach eine Gemeinheit“.<sup>1370</sup> Es war schliesslich eine Verkettung unglücklicher Umstände, die dennoch

---

1364 Abschriften aus den Akten des Waisenhauses auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Gustav R., 1916.

1365 21.07.1939 PUK an Vorsteher Waisenhaus. In: PUK, Akte Gustav R., 1916.

1366 24.07.1939 Indikationsschreiben an chirurgische Poliklinik. In: PUP, Akte Gustav R., 1916.

1367 20.11.1942 Brief Gustav R. an Friedmatt. In: PUK, Akte Gustav R., 1916.

1368 03.04.1943 Chirurgische Poliklinik an PUK. In: PUK, Akte Gustav R., 1916.

1369 13.08.1941–27.03.1942 Notizen auf PUK-Karte. In: PUK, Akte Gustav R., 1916. Zum Umgang mit schwierigen Patienten vgl. Braunschweig, „Dauernd erotisch erregt“, 111–135.

1370 01.08.1935 Ärztliche Konferenz in Friedmatt. In: PUP, Akte Peter R., 1905.

zum Eingriff führten.<sup>1371</sup> Als er sich nach dem Verlust seiner Arbeit wieder in Dameunterwäsche in der Öffentlichkeit zeigte – er ging davon aus, dass dies nicht strafbar sei – wurde er angezeigt. Eine Frau, die ihn sah, hatte den Eindruck, dass er sich etwas antun wollte, und informierte die Polizei. Diese befahl ihm, sich in der Friedmatt zu melden.<sup>1372</sup> Dem kam er aber nicht nach. Als er zwei Tage später von der Polizei angehalten wurde und eine Pistole auf sich trug, wurde er als „gemeingefährlich“ zwangsweise in die Friedmatt eingeliefert.<sup>1373</sup> Nun sei „alles kaputt“, klagte er verzweifelt und zeigte sich mit der Kastration einverstanden. Er wurde sofort ins Bürgerspital überwiesen, um den Eingriff vorzunehmen zu lassen. Peter R., der in ein Netz von Arbeitslosigkeit, Delinquenz, Verurteilungen und Aufenthalt in der Friedmatt verstrickt war, erachtete die Situation in diesem Moment als ausweglos und willigte ein.<sup>1374</sup>

Es waren dies die ersten Kastrationsfälle in Basel.<sup>1375</sup> Diese erfolgten nicht im Rahmen eines Strafverfahrens, sondern waren diesem vorgelagert. Beide Männer waren der Psychiatrie seit längerem bekannt und die Kastration war ihnen als Möglichkeit bereits vorgeschlagen worden, was beide ablehnten. Erst im Kontext einer für sie verzweifelten und als aussichtslos erachteten Situation willigten sie in den Eingriff ein. In den anderen Fällen war es zwar auch die Psychiatrie, die die Kastration als Möglichkeit vorschlug. Die Initiative beziehungsweise der Entscheidungszwang ging dann aber meist von der Staatsanwaltschaft, der Justiz aus. Diese war anschliessend auf das Mitwirken der Psychiatrie angewiesen, um den Entscheidungszwang herbeiführen zu können. Es musste zuerst der Raum zur Entscheidung hergestellt werden.

## **Herstellung des Entscheidungsraumes**

Alfred N. wurde schon seit einiger Zeit wegen ‚exhibitionistischer Delikte‘ ambulant durch die psychiatrische Poliklinik betreut. Er galt als „verschrobener, schizoider, etwas beschränkter Mann“, der sich nicht „freiwillig einer Behandlung“ unterziehe würde.<sup>1376</sup> 1952 wurde er erneut wegen „unzüchtiger Handlungen vor Kindern“ angeklagt und erstinstanzlich zu einer unbedingten Strafe verurteilt. Der Staatsanwalt machte ihn nach der Urteilsverkündung darauf aufmerksam, dass ihm nach der Gefängnisstrafe zusätzlich die Verwahrung drohe. Dieser könne er jedoch entgehen, wenn er sich für eine Kastration entscheide. Er zeigte dem

---

1371 01.08.1935 Ärztliche Konferenz in Friedmatt. In: PUP, Akte Peter R., 1905.

1372 Die Frau, die ihn anzeigte, nahm einen Mann in Boxershorts wahr, von dem sie meinte, er wolle sich etwas antun. 21.10.1939 Gesprächsnotiz auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Peter R., 1905.

1373 24.10.1939 Eintrittsgespräch. Abschrift PUP-Karte. In: PUP, Akte Peter R., 1905.

1374 „Nun wurde ich vor die Wahl gestellt, die Operation, oder auf unbestimmte Zeit in der Friedmatt. Ich entschied mich für das erste“ beschrieb er die Situation später. In: PUK; Akte Peter R., 1905.

1375 Auf den ersten Fall von 1935 komme ich noch zu sprechen; er wurde ausserhalb der psychiatrischen Mitwirkung ausgeführt.

1376 11.01.1950 Psychiatrisches Gutachten an Gerichtspräsidenten. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

Delinquenten auf, wie er vorzugehen habe: Er solle gegen das Urteil Berufung einlegen, sich kastrieren lassen, der Staatsanwalt werde eine Begutachtung anordnen, und dann werde sein Fall neu beurteilt. Am Tag darauf telefonierte der Staatsanwalt mit der psychiatrischen Poliklinik und informierte sie entsprechend. Die Telefonnotiz hielt fest, dass dem Patienten die Verwahrung drohe, die mit einer „Kastration noch einmal abgewendet werden könne“.<sup>1377</sup> Alfred N. wurde vom zuständigen Psychiater zu einem Gespräch aufgefordert, in dem dieser ihm zur Kastration riet.<sup>1378</sup> Nur einen Tag später erhielt Alfred N. bereits einen Brief von der Staatsanwaltschaft: „Ich glaube Ihnen zusichern zu dürfen, dass mit höchster Wahrscheinlichkeit das erstinstanzliche Urteil durch das Obergericht abgeändert und die Strafe wiederum bedingt ausgesprochen wird, falls Sie sich der Operation unterziehen. Das Obergericht wird mit der Beurteilung zuwarten bis die Operation und die Nachkontrolle abgeschlossen sind. Aus meiner heutigen Besprechung mit dem Herrn Strafgerichtspräsidenten entnehme ich, dass in der schriftlichen Begründung des erstinstanzlichen Urteils auf die erwogene Möglichkeit, ihnen bedingt zu geben, falls Sie sich der erwähnten Operation unterziehen würden, hingewiesen wird, womit der Ausgangspunkt für die obergerichtliche Beurteilung umso günstiger für Sie ist.“<sup>1379</sup> Selbst im Urteil wurde diese Möglichkeit nachträglich noch eingefügt. Wie abgesprochen, legte Alfred N. gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung ein und liess sich kastrieren. In diesem Fall war das Appellationsgericht in die Absprache miteinbezogen worden. Der Appellationsrichter wandelte auf Grund der im Gutachten dargestellten neuen ‚Tatbestände‘ die Strafe in eine ambulante psychiatrische Massnahme um.<sup>1380</sup> Es war ein Vorgehen, wie es bei zwölf der Delinquenten in ähnlicher Weise zu finden sind. Der Delinquent wurde verurteilt, der Staatsanwalt riet dazu, Berufung einzulegen und sich kastrieren zu lassen, um in einer Neuurteilung eine mildere Strafe zu erwirken oder eine Verwahrung zu verhindern.

Eingebunden war die Entscheidung in die vorgegeben administrativen Abläufe und Prozesse, und sie war innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes zu treffen. Wolfgang K. war erneut rückfällig geworden. Sein ihn betreuender Psychiater schlug vor, die therapeutische Betreuung zu intensivieren, als „letzter Eingriff bleibt dann immer noch die Kastration“.<sup>1381</sup> Doch die Staatsanwaltschaft war nicht gewillt zu warten und drohte Wolfgang K., dass ihm nach diesem Rückfall ohne Kastration eine Verwahrung bevorstehe. Zwei Monate später fragte sie in der Psychiatrie nach, ob sich Wolfgang K. schon entschieden habe. Dies war nicht der Fall.<sup>1382</sup> Nur wenige Tage nach seinem Gespräch mit dem

---

1377 20.11.1952 Notiz Telefonat Staatsanwalt mit PUP. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1378 18.11.1952 Gesprächsnotiz auf PUP-Karte. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1379 19.12.1952 Staatsanwaltschaft an Alfred N. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1380 23.04.1953 Urteil Appellationsgericht. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1381 13.02.1951 PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1382 28.03.1951 Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft an PUP. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

Delinquenten liess der Psychiater die Staatsanwaltschaft wissen, dass der Patient nach Bedenken „in den von uns angeratenen Eingriff“ eingewilligt habe. Der Psychiater hatte dem Drängen des Staatsanwaltes nachgegeben und Wolfgang K. im Sinne der Staatsanwaltschaft beraten. Im Gutachten empfahl er, den Strafvollzug einzustellen, „da Patient durch Operation grösseres Opfer gebracht hat als es eine Gefängnisstrafe ist“.<sup>1383</sup> In der im November stattfindenden Gerichtsverhandlung wurde die Gefängnisstrafe sistiert und in eine ambulante Behandlung umgewandelt. Nach der Verurteilung wandte sich der Verteidiger von Wolfgang K. noch schriftlich an die psychiatrische Poliklinik und dankte ihr. In seinem Schreiben hielt er fest, dass gemäss Bundesgericht die ambulante Behandlung kein zureichender Grund für die Sistierung des Vollzugs einer Freiheitsstrafe sei. Dank der Hilfe des Psychiaters sei es ihm jedoch gelungen, Wolfgang K. vor der Gefängnisstrafe zu bewahren: „Schlagendere Argumente als Ihre waren nicht zu finden.“<sup>1384</sup> Bei Wolfgang K. wurde ein weiterer Aspekt sichtbar, der den Entscheidungsprozess formte: Die Dimension Zeit. Die institutionellen Abläufe und Prozesse waren in einen zeitlichen Rahmen eingebunden. Termine bildeten dabei Fixpunkte, die Zwang darauf ausübten, dass etwas bis zu diesem Zeitpunkt getätigt wurde, und mit denen Druck erzeugt werden konnte. Im Rahmen des Strafverfahrens bedeutete dies, dass sich Wolfgang K. bis zum festgelegten Gerichtstermin zu entscheiden hatte, um das besprochene Vorgehen durchführen zu können.

Bei dieser Form der Absprache war die Kastration bereits in einem vorherigen Gutachten als mögliche Option formuliert worden. Bei einer erneuten Anklage war es dann der Staatsanwalt, der die Frage der Kastration aufbrachte und den Entscheidungszwang formulierte und herbeiführte. Es war ein gezieltes kooperatives Handeln der Behörden. Sie nutzten die gesetzlichen und administrativen Vorschriften und Vorgaben, passten die informellen Absprachen in die systemischen Strukturen ein und ermöglichten damit den Zwang zur Entscheidung. Das Oszillieren zwischen informellen Absprachen, Druckversuchen und den formalen Vorgaben und administrativen Strukturen durchzieht die Praxis der kriminalpräventiven Kastration. Das Risiko trugen dabei die Delinquenten mit ihrer Einwilligung.

Etwas anders gelagert war die Situation bei Johann B., der bereits sechs Mal wegen homosexuell-pädophiler Delikte angeklagt worden war, das erste Mal 1939, und 1957 zum sechsten Mal. Wegen „seiner besonderen Gefährlichkeit für die männliche Jugend“ war ihm die Verwahrung nach Artikel 42 StGB angedroht worden.<sup>1385</sup> In der Urteilsverkündung hielt

---

1383 24.11.1951 PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1384 05.12.1951 Verteidiger an PUP. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1385 17.05.1956 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

der Richter fest, dass Johann B. einen guten Leumund habe und seine Verfehlungen anerkenne, dass er immer Einsicht und Reue gezeigt und Verbesserung versprochen habe, ohne sich jedoch daran zu halten. „Von tätiger Reue im Sinne von Art. 64 StGB kann solange keine Rede sein, bis B. sein Versprechen, sich nun mehr durch ärztliche Behandlung, eventuell Kastration, von seiner krankhaften Veranlagung heilen zu lassen, verwirklicht hat.“<sup>1386</sup> Der Richter drohte, ihn bei der nächsten Anklage definitiv verwahren zu lassen und verurteilte ihn zu achtzehn Monaten Zuchthaus mit der „Einstellung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit“.<sup>1387</sup> Johann B. appellierte gegen das Urteil und forderte die Umwandlung in eine Gefängnisstrafe mit dem Versprechen, sich psychiatrischen Kontrollen zu unterziehen. Er kam regelmässig zu den Konsultationen, „welche seiner psychotherapeutischen Behandlung und Vorbereitung zur operativen Kastration dienen“.<sup>1388</sup> Das Appellationsgericht fällte sein Urteil basierend auf Johann B.s schriftlicher Verpflichtung, sich kastrieren zu lassen. Obwohl die Kastration noch nicht ausgeführt worden war, wandelte der Richter die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe um. Was Johann B. zu seinem Entscheid zur Kastration veranlasste, machte das Urteil deutlich. Mit der Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe wurde auch seine bürgerliche Ehrenfähigkeit nicht aufgehoben, womit „ein wesentliches Hindernis für das weitere Fortkommen des Angeklagten als Hotelangestellter dahin fällt“.<sup>1389</sup> Mit der Aufhebung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit wären die beruflichen Ambitionen von Johann B. zunichte gemacht worden. Im Oktober wurde er kastriert und ein Jahr nach der Urteilsverkündung verfasste er ein Begnadigungsgesuch. Ihm wurde eine Bewährungsfrist von vier Jahren unter Schutzaufsicht und mit der Weisung einer psychiatrischen Kontrolle auferlegt.<sup>1390</sup> Johann B. kam nach der Kastration noch zu einem einzigen Kontrollgespräch. Danach brach der Kontakt mit der Psychiatrie ab.

Während bei Heinrich B. oder Alfred N. mit einer Verwahrung gedroht und die Kastration als Option zu deren Vermeidung angeboten wurde, war es bei Alfons S. die Verwahrung selbst, innerhalb der er zur Entscheidung hingeführt werden sollte. Im Gutachten empfahl der Psychiater, ihn zu verwahren und die Dauer der Verwahrung von der Einwilligung in den operativen Eingriff abhängig zu machen.<sup>1391</sup> Zehn Monate später erklärte der Psychiater im Rechenschaftsbericht an die Administrativabteilung, dass Alfons S. keine Schwierigkeiten bereite. Er zeige aber noch nicht die volle Einsicht in die Tragweite seiner Delikte. Jedoch erschwere es die Internierung dem Patienten, die Behandlung als eine ärztliche anerkennen

---

1386 17.05.1956 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Johann B., 1913. Artikel 64 des StGB zählt die Milderungsgründe auf, wie ‚achtungswerte Beweggründe‘ oder ‚schwere Bedrängnis‘.

1387 30.09.1956 Urteil Appellationsgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

1388 30.09.1956 Urteil Appellationsgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

1389 30.09.1956 Urteil Appellationsgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

1390 05.07.1957 Justizdepartement an PUP. In: PUP, Akte Johann B., 1913.

1391 28.06.1943 Gutachten an Strafgericht. In: PUP, Akte Alfons S., 1902.



zu können. Er sehe in der Friedmatt nur die Vollzugsbehörde.<sup>1392</sup> Da der Psychiater überzeugt war, dass die Verwahrung nachhaltigen Eindruck auf ihn gemacht habe, empfahl er seine Entlassung auch ohne Kastration.<sup>1393</sup>

In den meisten Fällen wurden die Delinquenten gezwungen, sich zwischen Verwahrung oder Kastration zu entscheiden. Neben der Verwahrung bildete die Landes- oder Kantonsverweisung eine weitere Möglichkeit, um den Delinquenten zu einer Entscheidung zu zwingen. Angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums und der zunehmenden Mobilität, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten, stieg auch der Anteil der ausserkantonalen und ausländischen Delinquenten.<sup>1394</sup> Die Landes- oder Kantonsverweisung wurde als Instrument der Verbrechensbekämpfung bei sieben Fällen genutzt. Nur in drei wurde sie effektiv durchgesetzt beziehungsweise konnte sie mit einer Kastration sistiert werden. Meistens wurde die Kantonsausweisung verfügt und dann jeweils auf Wohlverhalten hin für ein halbes Jahr sistiert. Die Verfügung einer definitiven Kantonsausweisung war es, die 1935 zur ersten Kastration in Basel führte.

Betroffen war der ledige Coiffeur Heinrich B., der wegen homosexueller Delikte angeklagt war. Die Kastration erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Justiz, insbesondere die Staatsanwaltschaft in Basel bei homosexuellen Delinquenten drakonische Strafen forderte und sich ein schärferes Vorgehen gegen diese Delinquentengruppe abzuzeichnen begann.<sup>1395</sup> Die verschärften Massnahmen gegen homosexuelle und andere Sexualdelinquenten waren in der Bevölkerung breit akzeptiert. Legitimiert wurden sie mit dem Schutz der Jugend und der Aufrechterhaltung der sittlichen Ordnung, ein sittlich ‚sauberes‘ Basel war das erklärte Ziel der Behörden der 1940er und insbesondere der 1950er Jahre.<sup>1396</sup> Die Ausführung der ersten Kastration bei Heinrich B. erfolgte ohne Mitwirkung der Psychiatrie. Sie erhielt davon erst Kenntnis, als die chirurgische Poliklinik mit der Frage an sie herantrat, ob bei ihm ein normaler Hoden transplantiert werden könne.<sup>1397</sup> Die Frage sei nicht nur medizinisch, sondern auch juristisch relevant, da er wegen „unheilbarer Homosexualität“ kastriert worden sei. Obwohl sich der Chirurg von diesem Eingriff nicht viel verspreche, wollte er ihn dennoch ausführen. Mit dem „Wiederaufleben der Sexualität“ könne zwar kaum gerechnet werden, entscheidender sei es „dem Mann in psychologischer Hinsicht zu helfen. Nach seinen Aeusserungen scheint sich das Gefühl der

---

<sup>1392</sup> 27.04.1944 PUK an Administrativabteilung. In: PUP; Akte Alfons S., 1902.

<sup>1393</sup> 27.04.1944 PUK an Administrativabteilung. In: PUP; Akte Alfons S., 1902.

<sup>1394</sup> Kreis, Georg: Goldene Jahre mit irritierenden Erfahrungen. 268–312. In: Georg Kreis / Beat von Wartburg (Hg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft. Basel 2000. 73.

<sup>1395</sup> Trüb / Miescher, Männergeschichten, 59–63.

<sup>1396</sup> Trüb / Miescher, Männergeschichten, 52–57.

<sup>1397</sup> 05.08.1941 Chirurgische Poliklinik Basel-Stadt an PUP. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

Minderwertigkeit in bedenklicher Art fixiert zu haben, sodass er in jeder Beziehung gelähmt und lebensuntüchtig geworden ist“, war in der Anfrage zu lesen.<sup>1398</sup> In seiner Antwort gab der Psychiater zur Auskunft, dass Heinrich B. in Zusammenhang mit einem Strafverfahren kastriert worden sei: „Er konnte die Ausweisung aus Basel nur dadurch entgehen, dass er sich zur Kastration entschloss.“<sup>1399</sup> Seine Lebensuntüchtigkeit sei aber nicht auf die Kastration zurückzuführen, widersprach er dem Chirurgen. Heinrich B. sei nicht nur ein Homosexueller, er sei auch ein schwerer „Psychopath“. Wenn er jetzt sein mangelndes psychisches Gleichgewicht nunmehr mit der Kastration in Zusammenhang bringe, sei dies eine vollkommen falsche Darstellung. Das durch die Kastration verursachte Leiden von Heinrich B. wurde seitens der Psychiatrie als ein weiteres Zeichen seiner als ‚pathologisch‘ qualifizierten Identität gedeutet.<sup>1400</sup> Der Psychiater riet von einer Transplantation ab.

Was bei Heinrich B. den Ausschlag zur Einwilligung in die Kastration gegeben hatte, lässt sich aus den Psychiatrieakten nicht direkt erschliessen. Doch dürfte sein Coiffeurgeschäft, das in Basel lokalisiert war, eine wesentliche Rolle gespielt haben. Mit einer Kantonsausweisung wäre ihm seine Existenzgrundlage entzogen worden. Dass eine Kantons- oder Landesausweisung zur existenziellen Bedrohung werden konnte, wurde auch bei Fritz V. deutlich. Nachdem der in der Schweiz aufgewachsene deutsche Staatsangehörige Fritz V. 1958 zum wiederholten Male wegen Exhibitionismus angeklagt wurde, äusserte er in einem Gespräch mit dem Psychiater den ‚Wunsch‘ nach einer Kastration. Ihm drohe neben einer unbedingten Strafe auch die Landesverweisung, liess er den Psychiater wissen, die seine und die Existenz seiner Familie zerstöre.<sup>1401</sup> Der Psychiater lehnte dies ab, „es widerstrebt ärztlichem Empfinden, einen so jungen und noch bildungsfähigen Menschen wegen seiner relativ unbedeutenden Gefährlichkeit in dieser Weise zu verstümmeln.“<sup>1402</sup> Es waren medizinisch-ethische Aspekte, mit der der Psychiater seine Ablehnung begründete. Es gelang ihm auch, die Staatsanwaltschaft und den Richter davon zu überzeugen. Als Fritz V. nach weiteren Anklagen 1962 definitiv der Vollzug der Strafe und die Landesverweisung drohten, willigte der Psychiater widerstrebend ein. Im Schreiben an die chirurgische Poliklinik hielt er fest: „Wir haben ihn vom Strafvollzug bewahren können, was nunmehr nicht mehr gelingen wird.“ Fritz V. wünsche sich die Kastration, um von dieser Bedrohung seiner Existenz befreit zu sein, doch „der Entschluss bei der harmlosen Deliktsform eine so drastische Massnahme zu indizieren, fällt uns schwer“, äusserte der Psychiater seine Bedenken.<sup>1403</sup> Wie Fritz V. wurde in diesem Falle

---

<sup>1398</sup> 05.08.1941 Chirurgische Poliklinik Basel-Stadt an PUP. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

<sup>1399</sup> 07.08.1941 PUP an Chirurgische Poliklinik Basel-Stadt. In: PUP, Akte Heinrich B., 1895.

<sup>1400</sup> DiGiacomo, Metapher als Krankheit, 140.

<sup>1401</sup> 07.11.1958 Polizeidepartement an Fritz V.. In: PUP, Akte Fritz V., 1936.

<sup>1402</sup> 21.07.1960 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. In: PUP, Akte Fritz V., 1936.

<sup>1403</sup> 13.04.1962 PUP an chirurgische Poliklinik. In: PUP, Akte Fritz V., 1936.

auch die Psychiatrie von der Justizbehörde zur Entscheidung gezwungen. Sie sah sich vor die Wahl gestellt, ihren medizinisch-ethischen und wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen und die Kastration abzulehnen oder mit ihr Fritz V. den weiteren Aufenthalt in der Schweiz zu ermöglichen. 1962 ausgeführt, war es eine der letzten in Basel durchgeführten Kastrationen. Im Gegensatz zu Rossettis Klage, dass die richterliche Beurteilung des Exhibitionismus als harmloses Delikt den psychiatrischen Zugriff verunmögliche, sah sich die Psychiatrie in Basel Ende der 1950er Jahre vermehrt mit einer richterlichen Härte konfrontiert, die aus psychiatrischer Sicht nicht mehr tragbar war.

## Entscheidungsfaktoren

Sich zwischen einer Verwahrung oder einer Kastration entscheiden zu müssen, war stressvoll. Ging es doch um nichts Geringeres als den symbolischen Verlust von ‚Männlichkeit‘ und den ‚realen‘ Verlust sexueller Potenz. Der Entscheid für eine Kastration hatte René M. „mehrere schlaflose Nächte“ verursacht, in denen er zur „Erkenntnis“ und zur Überzeugung gelangte, dass dieses „Opfer“ die „Erlösung“ bringe.<sup>1404</sup> Alfred N. litt, nachdem er sich zur Kastration entschlossen hatte, unter grossen Stimmungsschwankungen. Seit der Entscheidung reagiere er „hysterisch“, war in der Krankenakte zu lesen. Er könne nicht mehr arbeiten, bekomme Schweissausbrüche und habe „elektrische Sensationen an den Zähnen“, er habe das Gefühl, sie fielen ihm aus. Er liege „heulend“ im Bett und wolle ständig getröstet werden.<sup>1405</sup> Alfred N. befürchtete, man würde ihn nicht mehr als Mann betrachten.<sup>1406</sup> Dies befürchtete auch Anton S.<sup>1407</sup> Und Roman S., der immer wieder als „schwierig“, „keine Einsicht zeigend“, mit „ungehörigem Benehmen“, „frech“ und „schnoddrig“ beschrieben wurde, machte nach seiner Einwilligung „in Blick und Haltung ein(en) niedergeschlagene(n), lebensüberdrüssige(n) mutlose(n) Eindruck“. Er gehe anderen Patienten aus dem Weg brüte irgendwo in einer Ecke, weine häufig, sei bedrückt und unfähig zu einer Exploration. Er beschäftige sich sehr mit dem Kastrationsproblem, da er seine Einwilligung zu diesem Eingriff nur unter Druck des Staatsanwaltes gegeben habe. Er habe jetzt wegen der Einwilligung Bedenken, da er sich vor den Folgen der Kastration fürchtete, war in den Akten zu lesen.<sup>1408</sup> Bereits die Einwilligung hatte Roman S., noch bevor der Eingriff ausgeführt worden war, buchstäblich ‚geknickt‘. Im Gegensatz zur regelmässig wiederholten psychiatrischen Behauptung, dass die Kastration für die Delinquenten eine ‚Erlösung‘ sei, hatten viele von ihnen vor allem Angst davor, ihre ‚Männlichkeit‘ zu verlieren und nicht mehr als Mann anerkannt zu werden. Nicht nur der Verlust des Symbols ihrer ‚Männlichkeit‘, bereitete ihnen Mühe, mit der Kastration wurde auch die Fähigkeit zur Reproduktion

---

1404 22.02.1952 Gesprächsnotiz auf PUP-Karte. In: PUP, Akte René M., 1900.

1405 20.07.1956 Notizen auf Krankenbogen. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.

1406 20.07.1956 Notizen auf Krankenbogen. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.

1407 13.04.1946 Notizen auf Krankenbogen PUK. In: PUK, Akte Antons S., 1913.

1408 12.04.1946 Notizen auf PUK-Krankenbogen. In: PUP, Akte Roman S., 1905.

aufgehoben und damit insbesondere für die ledigen Delinquenten auch die Möglichkeit der positiv besetzten Rolle des Vaters, Ehemannes und Hausvorstandes.

Die männliche Geschlechtsidentifikation mit der positiv besetzten Rolle des Ehemanns und Familienvorstandes, in der sich maskuline Dominanz mit der, auch ökonomischen, Verantwortlichkeit für die Ehefrau und die Familie verknüpfte, hat der Soziologe Talcott Parsons für die 1940er und 1950er Jahre als Norm des weissen bürgerlichen Mannes der USA beschrieben.<sup>1409</sup> Auch in der Schweiz war mit dem ZGB die Dominanz des Mannes rechtliche gestärkt worden. Und in den langwierigen Auseinandersetzungen und Debatten um den Familienschutz in den 1930er und 1940er Jahren setzte sich mit der Familienzulage ein Entlohnungsprinzip durch, welches das Modell des Mannes als Alleinverdiener und Ernährer stärkte.<sup>1410</sup> Die männliche Verantwortung für die Familie sowie deren integrative Funktion hatten auch den Umgang der Justiz mit den Sexualdelinquenten angeleitet. Bevorzugt ordnete sie eine Massnahme gemäss Artikel 15 an, um diese dann in eine ambulante Betreuung umzuwandeln. Damit konnte der Delinquent in der Familie integriert bleiben, der seitens der Justiz ein günstiger und normalisierender Einfluss zugeschrieben wurde.<sup>1411</sup> Der integrativen Funktion der Familie mass die Basler Rechtsprechung so hohe Bedeutung zu, dass sie sich selbst über Bundesgerichtsurteile hinwegsetzte. Da fünfzehn der Delinquenten verheiratet waren oder im Verlauf ihrer Fallgeschichte heirateten, bildeten Ehe und Familie eine zentrale Orientierung im behördlichen und psychiatrischen Umgang mit ihnen. In der Familie, die mit dem ZGB von 1912 als Bollwerk gegen befürchtete Auflösungstendenzen gestärkt worden war, verknüpften sich im Umgang mit Sexualdelinquenten persönliche, intime Belange mit deren Behandlung durch die staatlichen Instanzen, da die Ehe sowohl eine persönliche Beziehung also auch eine juristische Institution und ein Element der soziopolitischen Ordnung war.<sup>1412</sup> Entsprechend machte der Ausschluss von der positiv besetzten Vaterrolle dem ledigen Delinquenten wie Anton S. sehr zu schaffen. Er leide „vor allem auch unter der für ihn sehr bitteren Gewissheit, nie Kinder zu haben“. <sup>1413</sup> Hans H. lehnte die Kastration genau aus diesen Gründen ab: Er wollte noch Kinder haben. Ebenso Walter W., er wolle sich die Chance auf Heirat und Vatersein nicht

---

1409 Meuser, Geschlecht und Männlichkeit, 57.

1410 Vgl. Schumacher, Beatrice: Familien(denk)modelle. Familienpolitische Weichenstellungen in der Formationsphase des Sozialstaats (1930–1945). 139–163. In: Matthieu Leimgruber / Martin Lengwiler (Hg.): Umbruch an der „inneren Front“. Krieg und Sozialpolitik in der Schweiz, 1938–1948. Zürich 2009. Auch Wecker, Regina / Studer, Brigitte / Sutter, Gaby: Die „schutzbedürftige Frau“. Zur Konstruktion von Geschlecht durch Mutterschaftsversicherung, Nachtarbeitsverbot und Sonderschutzgesetzgebung. Zürich 2001.

1411 07.11.1958 Urteil Strafgericht. In: PUP; Akte Fritz V., 1936. Heintz / Honegger, Zum Strukturwandel, 30.

1412 Vgl. Arni, Entzweiungen, Kapitel 3. Auch Singly, Francois de: Die Familie der Moderne. Eine soziologische Einführung. Konstanz 1995.

1413 13.04.1946 Notizen auf Krankenbogen PUK. In: PUK, Akte Antons S., 1913.

verbauen. Zudem befürchtete er, seine Persönlichkeit könnte sich mit dem Eingriff grundlegend ändern.<sup>1414</sup>

Wegen der integrativen Wirkung, die ihr seitens der Behörde zugesprochen wurde, kam der Familie im Umgang mit den Sexualdelinquenten eine gewisse Schutzfunktion zu. Entschloss sich die Justiz aber zur Durchsetzung einer harten Massnahme, war es oft die Verantwortung für die Familie, die seitens des Delinquenten den Ausschlag zur Kastration gab. Das bürgerliche Ehemodell mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wurde im Falle einer Internierung – die im bürgerlichen Modell der Ehe ja nicht vorgesehen war – zur existentiellen Bedrohung.<sup>1415</sup> In der Sicherung der ökonomischen Existenz überschritten sich die Interessen der involvierten Akteure.<sup>1416</sup> Selbst bei ledigen Delinquenten konnte dieser Aspekt in den Vordergrund der Beurteilung treten, wie bei Werner H., der seine Mutter finanziell unterstützte. Als ihre ökonomische Existenz durch den verlängerten Aufenthalt in der Friedmatt gefährdet war, sahen sich Psychiatrie und Strafvollzug veranlasst, ihn zu entlassen. Aus Angst vor dem Existenzverlust waren oft auch die angehörigen Frauen mit der Kastration einverstanden oder sie setzten sich selbst für diese Lösung ein. Bei Alfred N. drängte die Ehefrau, die mit der Verwahrung ihres Ehemannes in existenzielle Nöte zu geraten drohte, auf diese Lösung.<sup>1417</sup> Der Psychiater und ihr Ehemann waren einverstanden: Als „letzte Rettung vor diesem Schicksal“ – gemeint war die Verwahrung – „haben wir ihm nun die Durchführung einer Kastration empfohlen, der er sich nun, wenn auch ungern, unterziehen will“.<sup>1418</sup> Auch die Ehefrau von René M. drängte zur Kastration, da sie ohne Einkommen sei, wenn ihr Ehemann verwahrt werde. Er befand sich schon seit längerem wegen Exhibitionismus in psychiatrischer Behandlung. 1952 überraschte er seinen betreuenden Psychiater mit dem Wunsch, sich kastrieren zu lassen.<sup>1419</sup> Dieser konnte sich nicht erklären, wieso René M. zu diesem Entschluss kam, da eine Kastration trotz mehrmaliger Anklagen noch nie thematisiert worden war. René M. versicherte, dass er sich nicht auf irgendwelchen Druck hin zum Eingriff entschlossen habe. Der Staatsanwalt habe ihn jedoch gebeten, sich zu überlegen, ob es nicht „das Beste und Vernünftigste“ wäre, „vom Drang befreit“ zu sein.<sup>1420</sup> Es stellte sich heraus, dass sich seine Ehefrau beim Staatsanwalt wegen einer Kastration erkundigt hatte. Nachdem sie erfahren hatte, dass ihrem Mann eine unbedingte Strafe drohte, hatte sie einen Nervenzusammenbruch erlitten. Der Staatsanwalt hatte René M. daraufhin auf die Möglichkeit der Kastration aufmerksam gemacht. Nach

---

1414 22.07.1968 PUP an Obergericht Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Walter W., 1919.

1415 Zu Arbeit und Geschlecht vgl. Wecker, Zwischen Ökonomie und Ideologie.

1416 Arni, Entzweigungen, Kapitel 3.

1417 15.07.1952 Gesprächsnotiz PUP-Karte. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1418 07.01.1953 Indikationsschreiben PUP an Chirurgische Poliklinik. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1419 22.02. 1952 Brief Rene M. an PUP. In: PUP; Akte Rene M., 1900.

1420 22.02.1952 Gesprächsnotiz auf PUP-Karte. In: PUP, Akte René M., 1900.

Rücksprache mit dem Staatsanwalt erklärte sich auch der Psychiater einverstanden.<sup>1421</sup> Die Strafe wurde nach der Kastration in eine ambulante Betreuung umgewandelt.

Die Ehe war aber nicht nur Ort der ökonomischen Existenzsicherung, sie galt auch als stützendes Element der sittlichen Ordnung.<sup>1422</sup> Als ein ‚sittliches Verhältnis‘ war sie der bevorzugte Ort der in Liebe verbundenen geschlechtlichen Befriedigung.<sup>1423</sup> In Zusammenhang mit den Sexualdelinquenten wurde sie auch zur ‚Institution der Normalisierung‘. Ihr wurde von der Psychiatrie eine ‚heilende‘, ‚therapeutische‘ sowie den Delinquenten stabilisierende Funktion zugesprochen. In Zusammenhang mit einer Kastration wurde von der Psychiatrie entsprechend auch die Qualität des ehelichen Intimlebens beurteilt. Wurde dieses als ‚normal‘ erachtet, sah sie davon ab, eine Kastration zu empfehlen. Josef G., der sich erhofft hatte, mit der Ehe von seinem ‚exhibitionistischen Leiden‘ befreit zu werden, wurde trotzdem wieder rückfällig. Bei der Begutachtung trat er mit dem Wunsch an den Psychiater heran, sich kastrieren zu lassen. Dieser lehnte das ab und hielt im Gutachten fest: „G. hat in Verzweiflung gar an eine Kastration gedacht, wir können bei einem mit einer jungen, sexuell bedürftigen Frau Verheirateten nicht dazu raten. Wäre der Expl. ledig, läge die Situation anders.“<sup>1424</sup> Die sexuelle Stabilität der Ehe und die damit verbundene Hoffnung auf ‚Heilung‘ wurde als wichtiger erachtet als der Wunsch des Delinquenten, mit einer Kastration von seinem ‚Leiden‘ erlöst zu werden. Da Josef G. nicht zur Entscheidung gezwungen worden war, kann sein Wunsch in diesem Falle als ‚freiwillig‘ gelten. Die Entscheidungskompetenz lag dann aber nicht beim ihm, sondern beim Psychiater, der sie in diesem Fall ablehnte. Als Josef G. trotz aller Bemühungen weitere exhibitionistische Delikte verübte, musste der Psychiater sich eingestehen, dass die Ehe „nicht zur Gesundung des Angeklagten“ geführt hatte. Zwistigkeiten zwischen seiner Ehefrau und seiner im selben Haushalt lebenden Mutter, denen Josef G. mit Alkoholräuschen auswich, zermürbten ihn und führten letztlich zum Scheitern der Ehe. Nachdem er geschieden worden war und erneut wegen exhibitionistischer Delikte verurteilt wurde, hielt der Psychiater die Kastration für verantwortbar.<sup>1425</sup> In dem Begründungsschreiben hielt er fest, „gemäss dieser Leidensgeschichte müssen wir uns eingestehen, dass er trotz aller Bemühungen weiter delinquieren wird, wenn wir uns nicht doch zur Kastration entschliessen“.<sup>1426</sup> Die Voraussetzungen für eine Kastration waren jetzt aus Sicht der Psychiatrie gegeben: Die sexuelle „Perversion“ erweise sich als psychotherapeutisch unbeeinflussbar, der Betroffene leide dermassen unter seiner Anomalie und deren sozialen

---

1421 03.08.1952 Psychiatrisches Gutachten für Staatsanwaltschaft. In: PUP, Akte Rene M., 1900.

1422 Honegger / Heintz, Zum Strukturwandel, 28–29.

1423 Honegger / Heintz, Zum Strukturwandel, 28–31.

1424 24.09.1954 Gutachten Friedmatt an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

1425 19.08.1959 Urteil Strafgericht Basel-Stadt. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

1426 13.05.1959 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

Auswirkungen, dass die unerwünschten körperlichen und psychischen Kastrationsfolgen demgegenüber nicht ins Gewicht fielen.<sup>1427</sup> Was in der Begründung dieser Kastration, die 1960 ausgeführt wurde, auffällt, ist, dass die körperlichen und psychischen Folgen mit dem zu erwartenden Nutzen aufgerechnet wurden. In einer Kosten-Nutzen-Rechnung wurden diese als akzeptabel erachtet, insbesondere auch, weil Josef G. mehrmals den Wunsch nach einer Kastration geäußert hatte. Ein Wunsch, dem die Psychiatrie jetzt nachkam, da alle Bemühungen, Josef G.s sexuelle Lebensführung zu ‚normalisieren‘ gescheitert waren. Im Gutachten empfahl der Psychiater, die ambulante Therapie nach der Kastration weiterzuführen.

Es kam aber auch vor, dass die Ehefrau die Kastration ablehnte. Der Psychiater, der Josef L. als „typischen Exhibitionisten“ beurteilte, beschrieb ihn als eine „asthenische, selbstunsichere, infantile Persönlichkeit mit einem nicht voll ausgereiften Geschlechtstrieb“. Seit 1940 war er verheiratet und hatte zwei Kinder. Seine Ehe schilderte er als ideale Gemeinschaft mit ‚normalem‘ Geschlechtsverkehr. Seine Frau hingegen beschrieb ihn als schamhaft, noch nie habe sie ihn nackt gesehen. Bis zur Geburt des zweiten Kindes sei sie „frigide“ gewesen, erst danach habe ihr der eheliche Verkehr vermehrt Freude bereitet. Aber wegen der Delikte sei es ihr kaum möglich, sexuell mit ihrem Ehemann zu verkehren. Dennoch lehnte sie eine Kastration kategorisch ab, „da sie befürchtete, dass dieser Eingriff für beide Ehepartner schlechte Folgen haben könnte“. <sup>1428</sup> Sie beurteilte ihre Ehe als „instabil“ und glaubte, dass sie mit einer Kastration in die Brüche gehen werde. Mit dem Appell an die Weiterführung der Ehe kamen ihr Psychiatrie und Justiz entgegen, es wurde eine ambulante psychiatrische Betreuung angeordnet. Als Josef L. 1968 nach weiteren Anklagen und unbedingten Gefängnisstrafen zur Wahl zwischen einer Kastration oder der Kantonsausweisung gezwungen wurde, willigte auch seine Ehefrau ein. <sup>1429</sup> Josef L. erklärte sich „im Laufe der Exploration mit einer Kastration einverstanden, wenn ihm durch diesen Eingriff geholfen werden könnte. Diese Operation stelle die einzige sinnvolle Lösung im vorliegenden Fall dar“, war im Gutachten festgehalten. <sup>1430</sup>

Empfohlen wurde die Kastration von der Psychiatrie auch, wenn diese das eheliche Sexualleben als ‚gestört‘ beurteilte wie bei Emil A.. Bei ihm hatte der Gutachter seine Zustimmung zur Kastration auch mit der Frigidität der Ehefrau begründet. <sup>1431</sup> Emil A. und seine Frau konnten, wie die meisten Sexualdelinquenten, keine ‚normale‘ sexuelle Beziehung leben. Nachdem anfänglich die ‚ehelichen Pflichten‘ problemlos vollzogen werden

---

1427 18.01.1960 Strafgericht an PUP. In: PUP, Akte Josef G., 1924.

1428 07.08.1959 PUK an Strafgericht Gutachten. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

1429 22.08.1968 Pat. Einwilligung in Kastration. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

1430 17.10.1968 Gutachten PUP an Bezirksgericht Aarau. In: PUP, Josef L., 1915.

1431 07.09.1957 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt., In: PUP, Akte Emil A., 1907.

konnten, wurden diese mit der Schwangerschaft und den dabei auftretenden Problemen der Ehefrau allmählich verunmöglicht. Zudem hatte sich bei Emil A. bereits wieder sein ‚altes‘ Problem der erektilen Störungen bemerkbar gemacht. Er wurde zusehends unfähiger, den ehelichen Geschlechtsakt zu vollziehen und wich wieder auf seine ‚bewährte‘, aber kriminalisierte Form der sexuellen Befriedigung aus.<sup>1432</sup> Gelang der eheliche Verkehr nicht, traf die Ehefrau aus Sicht der Psychiatrie eine Mitschuld. Besonders deutlich wurde dieser Aspekt bei Emil L., dessen Ehefrau jegliche sexuellen Kontakte verweigerte, da sie beim Verkehr jeweils Schmerzen hatte. Als Emil L. rückfällig wurde, weil er einen „Drang“ verspürte und sich die Gelegenheit ergab, diese mit exhibitionistischen Handlungen zu ‚entspannen‘, wurde er zu einer neunmonatigen unbedingten Strafe verurteilt. Da mit seinem Erwerbsausfall die Existenz der Familie bedroht war, gelangte der Psychiater auf Bitte der Ehefrau mit einem Gesuch an die Begnadigungs-Kommission. In seiner Bittschrift beschrieb er Emil L. als soliden Kleinbürger, der von Natur aus „schüchtern“ und „selbstunsicher“ sich seiner Ehefrau gegenüber nie habe durchzusetzen vermögen. Er habe sich in der Ehe immer mit einer untergeordneten Rolle begnügen müssen, hielt der Psychiater im Scheitern fest. Emil L. führe als Ehemann ein gedrücktes und beengtes Dasein ohne eheliche Bettgemeinschaft. Der Psychiater appellierte an die Kommissions-Mitglieder, dass der „einfältig von Gemüt, friedfertige und bescheidene“ Mann sein nicht leichtes Los tapfer trage und Milde verdiene. Weiter führte er an, dass die Durchführung der Strafe für die Familie existentiell bedrohlich sei.<sup>1433</sup> Den psychiatrischen Appell für eine Strafminderung lehnte die Begnadigungskommission mit der Begründung ab, dass die Zunahme von Sittlichkeitsdelikten ein härteres Vorgehen erfordere.<sup>1434</sup> Im Strafvollzug wurde in den 1950er Jahren der Schutz der sittlichen Ordnung vermehrt als wichtiger erachtet als die existentiellen Nöte der Familie beziehungsweise die Möglichkeit der Fürsorgeabhängigkeit.

Das härtere Vorgehen der Justiz im Umgang mit Sexualdelinquenten Ende der 1950er Jahre zeigte sich auch im Fall von Gabriel S.. Als dieser wegen einer erneuten Anklage eine unbedingte Gefängnisstrafe drohte, wandte sich seine Ehefrau an die Psychiatrie und bat diese, ihn vor dem Gefängnis zu bewahren, da der Familie sonst der finanzielle Ruin drohe.<sup>1435</sup> Der Gutachter schlug die Kastration vor, davon ausgehend, dass die Justiz diese in ihrer Urteilssprechung berücksichtigen werde. Das Ehepaar willigte ein und der Psychiater empfahl im angeforderten Gutachten die Strafe in eine ambulante Betreuung umzuwandeln, da die Härte einer unbedingten Strafe die ökonomische Existenz der Familie bedrohe. Mit

---

1432 07.09.1957 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, In: PUP, Akte Emil A., 1907.

1433 09.08.1955 PUP An Begnadigungskommission. In: PUP, Akte Emil L., 1901.

1434 04.09.1955 Begnadigungskommission an Emil L. In: PUP, Akte Emil L., 1901.

1435 28.11.1955 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, Akte Gabriel S., 1909.



der Kastration habe Gabriel S. seinen Willen zur Besserung gezeigt.<sup>1436</sup> Dieser Empfehlung kam der Richter 1959 jedoch nicht nach. Mit einem Hinweis auf die Zunahme von Sittlichkeitsverbrechen verurteilte er Gabriel S. zu vierzehn Monaten Gefängnis unbedingt. Der Psychiater musste sich eingestehen, dass es ihm nicht gelungen war, Gabriel S. davor zu bewahren.<sup>1437</sup> In den richterlichen und psychiatrischen Beurteilungen zeigten sich Ende der 1950er Jahre zwischen der Psychiatrie und der Justiz vermehrt Diskrepanzen in der Frage, wie mit den Sexualdelinquenten umzugehen sei, worauf ich noch zu sprechen komme.

Emil A.s erektive Impotenz, Josef G.s eheliches Scheitern oder Gabriel S.' Unfähigkeit, seine sexuellen Rechte durchzusetzen: Immer wieder wird in den Akten die Ohnmacht dieser Männer fassbar, die sowohl ihre soziale Rolle als Ehemann betraf wie auch ihr ‚männliches‘ Unvermögen, den sexuellen Geschlechtsakt in ‚normaler‘ Weise zu vollziehen. Die Unfähigkeit, ihre rechtlich und sozial zugestandene Dominanz durchzusetzen und ihre ehelichen Rechte einzufordern sowie der Mangel an Verfügungsgewalt über den Körper der Ehefrau zeichnete die ehemännliche Ohnmacht aus.<sup>1438</sup> Es war ein Mangel an Aggressivität, wie sie dem männlichen Geschlechtstrieb als ‚normal‘ zugeschrieben wurde. Die Delinquenten waren in ihrer Autorität in der Ehe, dem Ort der männlichen Dominanz, beschnitten und damit in ihrem ehemännlichen Status, einer wesentlichen Dimension ihres sozialen Seins, gefährdet.<sup>1439</sup> Ihre Gefährdung beschränkte sich aber nicht auf die fehlende Durchsetzung der Dominanz innerhalb der Ehe. Es war ihre sich immer wieder manifestierende Unfähigkeit, den ‚normalen‘ Geschlechtsakt zu vollziehen, die sie in ihren Grundfesten als Mann bedrohte. Ihr Versagen, ihre Perversion zeigte sich darin, dass sie sich mit ‚Ersatzbefriedigungen‘ begnügen mussten, weil sie das normale Sexualziel nicht zu erreichen vermochten, es verfehlten.<sup>1440</sup> Damit waren sie auch in ihrem Status als Mann disqualifiziert. Es seien oft „triebschwache“ und „impotente“ Männer, die ihrer Männlichkeit nichts zutrauten und auch nichts zutrauen dürften, hatte der Psychiater Wyrsch sie beschrieben und die „Schwäche“ als Voraussetzung der Delinquenz gesehen.<sup>1441</sup> Es waren Männer, die an der Norm der Männlichkeit, repräsentiert durch den Phallus, scheiterten. Das Scheitern als Mann und Ehemann liess sie symbolisch bereits als ‚kastrierte‘ Männer erscheinen. Der Schritt zur ‚richtigen‘ Kastration erschien dann nur noch graduell. Doch waren es nicht nur sie, die an der ‚Norm‘ der Männlichkeit scheiterten, auch die Behörden und

---

1436 28.11.1955 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft. In: PUP, Akte Gabriel S., 1909.

1437 24.02.1959 Urteil Appellationsgericht an PUP. In: PUP, Akte Gabriel S., 1909.

1438 Das Vorherrschen patriarchaler Verhältnisse in der Proletarier- und Arbeiterfamilie beinhaltete auch den männlichen Anspruch, die ehelichen Rechte einzufordern, wenn nötig auch mit Gewalt. Die Ehemänner wurden auch bezüglich der Geburtenplanung als wenig kooperativ beschrieben. Vgl. Eder, Kultur der Begierde, 182.

1439 Arni, Entwzungen, 31.

1440 Wyrsch, Gerichtliche Psychiatrie, 206. Berner, Von der Perversion zur Paraphilie, 161.

1441 Wyrsch, Gerichtliche Psychiatrie, 206.

die Psychiatrie versagten in ihren Bemühungen, sie zu ‚normalisieren‘ und sie in ‚normale‘ Männer ‚umzuwandeln‘.

### **Die Kastration: ‚Erfolg‘, ‚Erlösung‘ und ihr Scheitern**

Mit der Kastration als „sinnvoller Lösung“ sei es gelungen, „eine ganze Anzahl Menschen von einem Fluche zu befreien, der auf ihnen lastete, ihnen eine neue Möglichkeit für ein geordnetes Leben zu schenken“, beschrieb Boehme enthusiastisch ihre ‚Erfolge‘.<sup>1442</sup> Er verstieg sich zu der Bemerkung, dass „der unendliche Dank der vom Fluche sich Lösenden, sich nach und nach Befreienden“ ihn immer habe fest bleiben lassen im Glauben an die Richtigkeit des Weges.<sup>1443</sup> Die grossen in die Kastration gesetzten Hoffnungen wurden aber nicht immer erfüllt. Mit den bis dahin gemachten Erfahrungen hatte sich im wissenschaftlichen Diskurs bis in die 1930er Jahre bei den Befürwortern die Ansicht durchgesetzt, um die Kastration zum Erfolg werden zu lassen, sei eine sorgfältige Auswahl zu treffen und Freiwilligkeit vorausgesetzt.<sup>1444</sup> In der Umsetzung war es jedoch weniger die sorgfältige medizinische Auswahl der Delinquenten und deren Freiwilligkeit, die die Praxis bestimmte, sondern der Entscheidungszwang der Justiz, die damit vorgab, bei welchen Delinquenten eine Kastration in Frage kam.

Die Kastration beim ledigen Wolfgang K. lässt sich aus Sicht der Psychiatrie wohl als Erfolg beschreiben. Der als „ängstlich“, „unbeholfen“, „friedfertig“ und „gutherzig“ beschriebene Mann scheiterte daran, eine ‚normale‘ Beziehung mit einer Frau einzugehen. Als er zum vierten Mal wegen pädophil-homosexueller Delikte angeklagt wurde, ‚musste‘ der Psychiater seine Machtlosigkeit eingestehen, die perversen Sexualakte seien zu tief in seiner Triebstruktur verankert. Ihm wurde die Kastration empfohlen, was auch der Pfarrer seiner Kirchgemeinde unterstützte.<sup>1445</sup> Er wurde im Mai 1951 31-jährig kastriert und der Strafvollzug eingestellt, „da Pat. durch die Operation ein grösseres Opfer gebracht“ habe, als es die Gefängnisstrafe sei.<sup>1446</sup> Schnell konnte eine „wesentliche Besserung“ und „deutliche Abnahme der sexualdeliktischen Tendenz“ feststellen werden.<sup>1447</sup> Von Wolfgang K. selbst war nur zu erfahren, dass es „gut gehe“. Im Februar 1952 wurde die ärztliche Kontrolle aufgehoben.<sup>1448</sup> Danach brach der Kontakt ab. Die Akte Wolfgang K. war ‚abgeschlossen‘.

---

1442 Böhme, Psychotherapie und Kastration, Vorwort.

1443 Böhme, Psychotherapie und Kastration, Vorwort.

1444 Wolf, Die Kastration, 281–285.

1445 04.05.1951 Indikationsschreiben PUP an Chirurgie Bürgerspital Basel-Stadt. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1446 01.06.1951 PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1447 04.02.1952 PUP an Polizeidepartement. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

1448 26.02.1956 PUP an Polizeidepartement. In: PUP, Akte Wolfgang K., 1920.

Bei neun der Kastrierten war die Psychiatrie jedoch mit den negativen Folgen der Kastration konfrontiert. Bei Alfred M., der nach der Kastration an ausgeprägten Stimmungsschwankungen litt, illustrierte die Beschreibung der Psychiatrie plastisch die Wirkung der Kastration: „Wenn man den Patienten vor der Kastration als einen zwar jugendhaften, weichen, aber sehr vitalen, körperlich kräftigen und unternehmungslustigen Menschen kannte und den jetzt müden, pastösen und dicken Menschen damit vergleicht, kann man ihm nachfühlen, dass er die durch die Kastration bedingte Umstellung als eine Last empfindet.“<sup>1449</sup> Der Psychiater fügte noch an, dass Alfred M. die Anpassung wegen „seiner geltungsbedürftigen, aber undifferenzierten und eher unterdurchschnittlich intelligenten Persönlichkeit“ schwer falle. Die Klagen über die durch die Kastration ausgelösten Beschwerden wurden seitens der Psychiatrie generell als weitere Zeichen der ‚pathologischen‘ Persönlichkeit interpretiert. Fünf Monate später bedankte sich Alfred M. beim Direktor der Friedmatt. Er fühle sich wohl, „es ist mir, als wäre ich von einer Hypnose befreit, die mich immer befangen hatte, Ich verspüre keine Reue“.<sup>1450</sup> Weitere fünf Monate später meldete er sich wegen diverser Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche und mit den Behörden in der Friedmatt. Er warf dem Staat vor, von ihm ein „schweres Opfer“ verlangt zu haben und sich jetzt nicht um ihn zu kümmern. Er beschuldigte die Psychiatrie, diese habe ihn mit der Einverständniserklärung zur Kastration hintergangen. Diese Kritiken interpretierte die Psychiatrie als Manifestation seiner „sehr ausgeprägt querulatorischen Haltung“,<sup>1451</sup> als Zeichen seiner ‚abnormen Persönlichkeit‘. Auch Peter R., der in einer verzweifelten Situation in die Kastration eingewilligt hatte, zeigte nach dem Eingriff eine „typische Kastrations-Depression“. Als er nach 15 Jahren erneut in die Friedmatt eintrat, wurde bei ihm im Eingangsgespräch „Psychopathie“, „Depression“ und zeitweiliger „Alkoholismus“ diagnostiziert.<sup>1452</sup> Der Patient klagte, dass er seit der Kastration an Affektlabilität leide. Er sei verlangsamt und antriebsarm. Zur Kastration befragt, gab er an, nach einem Rückfall in die Friedmatt eingewiesen worden sei: „Nun wurde ich vor die Wahl gestellt, die Operation, oder auf unbestimmte Zeit in die Friedmatt eingesperrt. Ich entschied mich für das erste.“ Auch Alfred N. hatte mit den Folgen der Kastration zu kämpfen. Mehrmals begab er sich in ärztliche Behandlung ins Bürgerspital. Auf eine entsprechende Anfrage des ihn behandelnden Arztes, antwortete der Psychiater, dass Alfred N. an einer schweren Neurose leide, die sich in Form „primitiver Verhaltensweisen“ äussere. Der Wunsch von Alfred N., durch eine „kraftspendende, naturärztlich orientierte Persönlichkeit“ behandelt zu werden, unterstütze er. Eine „solche Person könne ihn am ehesten dazu bringen für sein Dasein

---

1449 06.03.1956 Gesprächsnotiz Krankenakte PUP. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.

1450 12.09.1956 Notiz auf Krankenakte PUK. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.

1451 21.06.1957 Notiz auf Krankenakte PUK. In: PUP, Akte Alfred M., 1922.

1452 13.12.1939 Vorstellung festgehalten in PUK-Akte. In: PUK; Akte Peter R., 1905.

reifere Austragungsmöglichkeiten zu finden als es die Asthmaanfälle darstellen.“<sup>1453</sup> Und der als „debil“ diagnostizierte Walter H. wollte wenige Monate später wissen, ob die Operation rückgängig gemacht werden könne. Diese habe „ihm nicht gut getan“ und er klagte, dass er „ja nicht einmal heiraten“ könne. „Man solle nicht gegen die Natur schaffen, es sei ihm Unrecht geschehen.“<sup>1454</sup> Auch Werner M. beschäftigte die Chirurgie und Psychiatrie nach der Kastration noch längere Zeit. Mehrmals äusserte er Suizid-Absichten, „indem er angab, dass ein Leben ohne Keimdrüsen nicht mehr lebenswert sei“.<sup>1455</sup> Und Anton S. gab, als er in einer internen psychiatrischen Weiterbildung den Assistenzärzten vorgestellt wurde, zur Kastration befragt zur Auskunft, er habe manchmal das Empfinden, „dass es sich dabei um eine Vergewaltigung eines armen rechtlosen Proletariers handelte“.<sup>1456</sup> Anton S. bezeichnete die Kastration als Gewaltakt des Staates, der sich vor allem gegen Männer der Unterschicht richtete. Die Einwilligung der Kastration wurde von diesen Betroffenen im Nachhinein als unter Druck erzwungen interpretiert.

Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre äusserte – wie schon erwähnt – die Psychiatrie vermehrt Unmut über die Zumutungen, der sie sich seitens der Justiz ausgesetzt sah. Im Fall von Fritz V., bei dem sie sich gezwungen sah, „einen so jungen und noch bildungsfähigen Menschen wegen seiner relativ unbedeutenden Gefährlichkeit in dieser Weise zu verstümmeln“, kritisierte sie das Vorgehen der Justiz.<sup>1457</sup> Ähnlich im Fall des Exhibitionisten Josef L., der 1960 in „verzweifelter Stimmung“ die psychiatrische Poliklinik aufsuchte, weil er aus dem Kanton ausgewiesen werde. Er müsse dann seine Familie verlassen, denn seine Ehefrau habe eine Stelle und die Kinder seien in der Lehre. Der Psychiater fürchtete, dass der „ohnehin selbstunsichere und unselbständige Mann“ vereinsamen und Suizid begehe könnte. „Wenn ich mir ausdenke, dass die Öffentlichkeit sich einmal in animoser Weise mit diesem Fall auseinandersetzen sollte, so wäre es mir besonders peinlich, dass in diesem Falle die Verweigerung der Kastration einen wesentlichen Entscheidungsgrund darstellt.“<sup>1458</sup> Trotz dieser möglichen öffentlichen Animosität war der Psychiater nicht gewillt, in die Kastration von Josef L. einzuwilligen. Er setzte sich beim Justiz- und Polizeidepartement dafür ein, dass dieser dennoch in Basel bleiben dürfe. „Wir pflegen allgemein nur in Fällen zur Kastration zu raten, die den Eingriff dringend wünschen, weil erfahrungsgemäss die unerfreulichen Nebenwirkungen bei allen anderen Fällen viel häufiger und intensiver sind. Ich glaube, dass solchen Abnormen, wie L. einer ist, doch auch ein Krankenrecht eingeräumt werden sollte, und dass man seinen

---

1453 13.12.1954 PUP an Bürgerspital. In: PUP, Akte Alfred N., 1905.

1454 31.10.1951 Gesprächsnotiz PUP-Karte. In: PUP, Akte Walter H., 1920.

1455 19.03.1954 Neurologische Poliklinik Basel-Stadt an Friedmatt. In: PUP, Akte Werner M., 1916.

1456 10.05.1946 Konferenz, interne Weiterbildung. In: PUK, Akte Anton S., 1913.

1457 21.06.1960 Gutachten PUP an Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. In: PUP, Akte Fritz V., 1905.

1458 28.04.1960 PUP an Polizeidepartement. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

Besserungs- und Behandlungswillen anerkennen sollte.“<sup>1459</sup> Das Justiz- und Polizeidepartement sistierte auf Grund der psychiatrischen Bitte trotz „schwerster Bedenken“ die Ausweisung. Sie verlangte aber, dass sich Josef L. weiterhin der ambulanten psychiatrischen Behandlung unterziehe.<sup>1460</sup>

Bei der Psychiatrie, die sich oft jahrelang mit den Folgen der Kastration konfrontiert sah, hatte einen Lernprozess eingesetzt. Sie, die die Kastration als kriminalpräventive Massnahme erst ermöglichte, war nun nicht mehr gewillt, den Zumutungen der behördlichen Forderungen nachzukommen, die vermehrt in Diskrepanz mit ihrer eigenen Beurteilung der Delinquenz stand. Denn in ihrer Wahrnehmung der Sexualdelinquenten zeichnete sich ein Wandel ab, die sich zum Beispiel in der Bezeichnung von Josef L. als ‚Kranker‘ äusserte. Damit wurden die Sexualdelinquenten nicht mehr nur als ‚abartige‘ Persönlichkeiten wahrgenommen, deren sexuelle Perversion ein weiteres Zeichen der ‚Anormalität‘ bildete. Die Psychiater nahmen vermehrt auch die Leiden der Delinquenten wahr. Es waren neue Denkstile, die sich in der Psychiatrie der 1950er Jahre durchsetzen wie sie die Historikerin Marietta Meier auch im Umgang mit hirneingriffen feststellen konnte.<sup>1461</sup> Wolf hatte in seiner Arbeit von 1934 gefragt, ob sich die Kastration nicht auch durch andere Massnahmen ersetzen liesse. Er verwies dabei auf Dänemark, wo mit Psychotherapie in Verwahrungsanstalten gute Resultate erzielt worden seien, die befriedigender als die Kastration seien. Diese brauchen aber viel Zeit und Aufopferung.<sup>1462</sup> Trotz solcher bereits früh diskutierter Möglichkeiten blieb und bleibt die chirurgische, und ab den 1960er Jahren die chemische Kastration eine Option der Psychiatrie im Umgang mit ‚schwierigen‘ Patienten und Sexualdelinquenten, wie verschiedene, öffentlich gemachte Fällen zeigen.<sup>1463</sup>

---

1459 28.04.1960 PUP an Polizeidepartement. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

1460 02.05.1960 Justiz- und Polizeidepartement an PUP. In: PUP, Akte Josef L., 1915.

1461 Meier, Marietta: Psychochirurgie. Eingriffe am Gehirn als Massnahme gegen „asoziales“ Verhalten. 1945-1970. 235–270. In: Marietta Meier / Brigitta Bernet / Roswitha Dubach / Urs Germann: Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich, 1870–1970. Zürich 2007. 270.

1462 Wolf, Die Kastration, 285–286.

<sup>1463</sup>[https://fredilerch.ch/index.php?id=130&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=451&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d7d0c049d80755b153d4fab66368b887](https://fredilerch.ch/index.php?id=130&tx_news_pi1%5Bnews%5D=451&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d7d0c049d80755b153d4fab66368b887).

<https://bazonline.ch/basel/stadt/ich-liess-mich-chemisch-kastrieren/story/22863105>. (15.04.2013).

<https://www.blick.ch/news/schweiz/basel/christoph-egger-ist-chemisch-kastriert-wie-gefaehrlich-ist-der-fluechtige-paedophile-id2712016.html>. (15.03.2013).

## 5 Schlussbetrachtungen

Während Deutschland und die skandinavischen Länder die Kastration von Sexualstraftätern in den 1930er Jahren rechtlich regelten, wurde dieser Eingriff in der Schweiz auch ohne explizite Rechtsgrundlage durchgeführt. Innerhalb bereits bestehender institutioneller und administrativer Strukturen konnte sie – die kriminalpräventive Kastration – als Entscheidungsoption formuliert und die Delinquenten vor die Wahl gestellt oder zur Wahl gezwungen werden. Mit einer grossen Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche Kontexte findet die Kastration bis heute Zuspruch, zugleich war und bleibt ihre Anwendung heftig umstritten. In der kriminalpräventiven Kastrationspraxis verdichten sich die Widersprüche und Ambivalenzen moderner westlicher Gesellschaften.

### Die ‚socialen‘ Kastrationen

Ausgangspunkt der Untersuchung bildete die Frage Forels, ob es nicht humaner sei, Menschen zu kastrieren als sie lebenslänglich einzusperren. Für die Eugeniker war die Antwort eindeutig: Die als ‚social‘ bezeichnete Kastration sei humaner. Eingebunden war die Frage Forels in die gesellschaftlichen Transformationsprozesse um 1900. In diesen wurde der Bereich der Sexualität zur ‚gesellschaftlichen Kampfzone‘, innerhalb der sich der Umbau der Gesellschafts- und Geschlechterordnung vollzog, die Ende des 19. Jahrhunderts erschüttert und destabilisiert worden war. Verhandelt und formuliert wurden Anforderungen und Zumutungen einer sich herausbildenden Fremd- und Selbstführung. Die Partizipation und Teilhabe an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Freiheiten war mit der Forderung einer gesunden, rationalen Selbstführung verbunden. Die Herausbildung freier, sich selbst führender Subjekte erforderte nicht nur eine permanente Moralisierungs- und Disziplinierungsarbeit am eigenen Selbst, um an den bürgerlichen Freiheiten partizipieren zu können. Sie ermöglichte im Gegenzug auch ‚zurückgebliebene‘ Rassen, Klassen oder Geschlechter zur Freiheit zu führen – selbst wenn dafür Zwangsmittel notwendig waren. Mit der ‚socialen‘ Kastration wurde aber nicht Zwang im juristischen Sinne angewandt, sie formulierte sich als zugemutete Wahlmöglichkeit und konnte damit die Vorstellung von Freiheit und Freiwilligkeit wahren. Als Wahlmöglichkeit konnte sie formuliert werden, weil sich in den sozial- wie individualtherapeutisch begründeten Eingriffen sowohl individueller als auch gesellschaftlicher Nutzen verbanden.

Ihren Anfang nahmen die als ‚social‘ bezeichneten Kastrationen an der Peripherie der Gesellschaft, an in psychiatrischen Anstalten Internierten. Sie markierte einen Bruch im Umgang mit jenen, die wegen ihres als ‚gefährlich‘ angenommenen Geschlechtstriebes interniert worden waren. Was die Sexualität um 1900 gefährlich machte, war die Vermehrung ‚erblich minderwertiger‘ Nachkommen, die den ‚Volkskörper‘ schädigten und damit die

Gesellschaft bedrohten. Mit diesen Eingriffen würden die Betroffenen in ihrer ‚natürlich-medizinischen Vollwertigkeit‘ zwar geschädigt, dafür aber zu ‚vollwertigen‘ Gliedern der sozialen Ordnung gemacht, sie hätten ihre Freiheit und fielen der Gesellschaft nicht mehr zur Last, lautete die eugenische Begründung. Gesellschaftlicher und individueller Nutzen verbanden sich in diesen Eingriffen. Denn die Individuen wurden nicht mehr im Hinblick auf eine ‚menschliche Natur‘, sondern am Grad ihrer ‚Gesellschaftlichkeit‘ beziehungsweise ihrer Anpassung an und ihrem Nutzen für die Gesellschaft gemessen. Mit dem Ausschluss vom ‚Volkskörper‘ wurde ihre gesellschaftliche Integration ermöglicht. Forel und andere Sexualwissenschaftler setzten sich nicht nur für die Regulierung der Reproduktion nach wissenschaftlich-rationalen Kriterien ein, sie postulierten grundlegende Sexualreformen, die unter anderem forderten, die sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen als Privatangelegenheit zu betrachten. Sex sollte allen zugestanden werden, die Reproduktion jedoch nur den als erblich ‚hochwertig‘ Angenommenen.

Bereits 1905 hatte der Verein der Schweizerischen Irrenärzte beschlossen, die eugenische Indikation anzuerkennen. Nur ein Jahr später wurden die ersten ‚socialen‘ Kastrationen in der Schweiz ausgeführt, in denen sich eugenische mit kriminalpräventiven Zwecken verknüpften. Von diesen ersten Eingriffen ausgehend entfaltete sich eine Dynamik, in der sich die Radikalisierung eugenischer Forderungen mit der Legitimierung dieser Eingriffe verband. Dennoch blieb ihre Anzahl bis in die 1920er Jahre klein. Eine Verbesserung des ‚Volkskörpers‘ war dadurch kaum zu erreichen. Dennoch hielten die Psychiater an eugenischen Forderungen fest. Wie die verschiedenen Forschungsprojekte zur Schweiz zeigen, bildeten in der Praxis jedoch ‚rein‘ eugenisch begründete Sterilisationen – inzwischen hatte sich die Sterilisation als Instrument der Eugenik durchgesetzt – die Ausnahme. Meist war es eine Vielzahl von Gründen, die sie legitimierten. Die Eugenik schien – wie der ‚unkontrollierbare‘ Geschlechtstrieb – eher als Vehikel zu dienen, um ‚social‘ begründete chirurgische Eingriffe akzeptabel zu machen, als um das Ziel eines ‚reinen Volkskörpers‘ zu erreichen.

Mit den Debatten und Auseinandersetzungen um die Frage der Abtreibung in den 1920er Jahren verschob sich die damit verknüpfte Frage der Sterilisation allmählich aus der Anstalt heraus in das Feld der Geburtenkontrolle, die vor allem Frauen betraf. Der von einem Abtreibungswunsch ausgehende Zugriff auf Frauen und die Möglichkeit der Koppelung von Abtreibung und Sterilisation erlaubte eine individuelle Geburtenregulierung. Die Anerkennung der psychiatrischen Indikation bot Frauen die Möglichkeit, auch ausserhalb einer eng gefassten medizinisch begründeten Indikation eine legale Abtreibung zu erhalten, die aber teilweise an eine Sterilisation geknüpft wurde. Mit diesen Verschiebungen bildete

sich eine Praxis der Geburtenregulierung heraus, die als Teil eines biopolitischen Prophylaxedispositivs zwischen den Polen einer quantitativen und qualitativen Bevölkerungspolitik im Spannungsfeld verschiedener Interessen eingebunden war. Bis in die 1950er Jahre wandelte sich die medizinisch-psychiatrisch dominierte Praxis der Sterilisation allmählich zu einer Praxis des Selbstmanagements, in der die Reproduktion Teil einer individuellen Familienplanung und Teil einer individuellen Entscheidung, ob und wie viele Kinder zu zeugen war.

Dabei bildeten eugenische Praktiken Ausgangspunkte, von denen aus die Trennung von Reproduktion und Sexualität vorangetrieben wurde. Dieser Aspekt zeigte sich deutlich in der Anwendung des Eheverbots, wie es mit dem ZGB von 1912 in Kraft trat. Mit der sich durchsetzenden Praxis, bei eugenisch begründeten Eheausschlüssen die Ehe mit der Einwilligung in eine Sterilisation trotzdem zuzulassen, wurde sie auch jenen zugänglich gemacht, deren Kinder unerwünscht waren. Der eheliche Verkehr war nicht mehr der Reproduktion verpflichtet. Obwohl sich die Sterilisation als Instrument des Ausschlusses von der Reproduktion durchgesetzt hatte, blieb die Kastration bis in die 1920er Jahre im Umgang mit Frauen weiterhin relevant. Sie fand vorwiegend bei jungen, als ‚geistesschwach‘ und oft als ‚triebhaft‘ beurteilten, unehelich schwanger gewordenen Frauen Anwendung und diente der Disziplinierung. Der Zugriff auf sie erfolgte durch die Schutzfunktion, die der Staat, aber auch parastaatliche Institutionen und Vereine übernahmen, um die als ‚sexuell gefährdeten‘ und als ‚schutzbedürftig‘ erklärten Frauen vor männlichen Übergriffen zu schützen. Um sie herum bildete sich bis in die 1920er Jahre ein dichtes, kontrollierendes Netzwerk von Behörden, Institutionen und privaten Vereinen. Sexuelle Übergriffe wurden den jungen, oft aus der Unterschicht stammenden Frauen meist als selbst verschuldet angelastet und damit die oft verheirateten Täter geschützt und exkulpiert. Zu ihrem eigenen Schutz wurden sie interniert. Es war gerade das fürsorgerische Schutz- und Gefährdungskonzept, das zur Schutzlosigkeit dieser jungen Frauen gegenüber behördlichen Eingriffen führte und damit eugenische Eingriffe ermöglichte, und bei einer festgestellten ‚Triebhaftigkeit‘ die Kastration verlangte. Kontrolle und Disziplinierung der Sexualität dieser Frauen erfolgten im Rahmen medizinischer und fürsorgerischer Prozesse.

Die Kastration von Männern hingegen erfolgte praktisch immer im Rahmen eines strafrechtlichen Verfahrens. Forel, der nicht nur Pionier und zentrale Figur in der Propagierung und Durchsetzung eugenischer Eingriffe war, galt auch als ‚Begründer‘ der kriminalpräventiven Kastration. Diese wurde durch die Kooperation von Justiz und Psychiatrie, wie sie sich bereits im 19. Jahrhundert herausgebildet hatte sowie der Einführung von Massnahmen ins Strafrecht ermöglicht. Die Kastration bildete eines der



Instrumente im Umgang mit ‚Sexualverbrechern‘. Das Sexualstrafrecht diente der Regulierung, der Überwachung und der Sanktionierung vor allem männlichen Sexualverhaltens. Von einem als aggressiv angenommenen männlichen Geschlechtstrieb ausgehend, beschränkte das Strafrecht mit dem Schutz der Sexualsphäre die männliche Verfügungsgewalt. Es schützte die Individuen vor Übergriffen und diente der Aufrechterhaltung der sittlichen Ordnung. Dabei zeigte sich sowohl in der Gesetzgebung wie in der Verbrechensbekämpfung als staatliche Aufgabe die Macht des Staats und seiner Repräsentanten. Es waren die Repräsentanten der Macht, die diese Schutzaufgabe übernahmen und die sich damit Dominanz über die von der Norm ‚abweichenden‘ Männer verschafften. Motor in der Durchsetzung der kriminalpräventiven Kastration bildete die Vorstellung eines ‚unkontrollierbaren‘ Geschlechtstriebes, der mit diesem Eingriff zu dämpfen oder aufzuheben war. Dabei wurde der Verlust der Kontrolle über die eigenen Triebe nicht nur als bedrohlich für die Einheit der männlichen Person und seine Gesundheit empfunden, sondern als gefährlich für den Bestand der Staates und der Nation eingestuft. Die Kunst der Selbstbeherrschung mutierte zum politischen Faktor, ihr kam eine Scharnierfunktion zwischen der Rationalität der Regierung über sich selbst und der Rationalität der Regierung über die anderen zu. Eine selbstkontrollierte und selbstdisziplinierte, an gesundheitlichen Kriterien ausgerichtete rationale Lebensführung wurde zur Grundlage der individuellen Freiheit und der Herstellung von Männlichkeit. Neben der Selbstkontrolle etablierte sich mit der sich durchsetzenden sexuellen Entwicklungstheorie von Freud der heterosexuelle Geschlechtsakt als Norm einer männlichen, erwachsenen Sexualität. Davon ‚abweichende‘ Formen männlichen Sexualverhaltens wurde pathologisiert. Pathologisierung bildete eine Strategie in der Bewältigung von Devianz, die die bürgerliche Gesellschaft mit der Durchsetzung ihrer Normen erst hervorgebracht hatte. Dabei kam der männlichen sexuellen Aggression eine gewisse Normalität zu, sie war auch Ausdruck der ‚normalen‘ Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Damit konnten alle Männer an der durch das Zivilrecht festgeschriebenen männlichen Dominanz partizipieren, während die Kontrolle, die Regulierung und die Sanktionierung devianten männlichen Verhaltens den Vertretern der Staatsgewalt vorbehalten blieb und vor allem Männer aus der Unterschicht betraf. Es war der Dominanzanspruch der Repräsentanten hegemonialer Männlichkeit über andere Männlichkeiten. Der Zugriff erfolgte über das Strafrecht.

### **Die Praxis der kriminalpräventiven Kastration in Basel**

Die Praxis der Kastration bildete sich in Basel in den 1940er Jahren aus und erreichte in den gesellschaftlich relativ stabilen 1950er Jahren ihre häufigste Anwendung, um Anfang der 1960er Jahre bereits wieder ein Ende zu finden. Es war eine von Experten geforderte und durch Experten legitimierte und durchgeführte Praxis. Orientierungsraster bildete das von

Freud geschaffene Entwicklungsmodell der Sexualität mit dem heterosexuell penetrierenden Geschlechtsakt als Kulminationspunkt männlicher Sexualität. Die Verfehlungen der Sexualdelinquenten bestanden im Scheitern an dieser Norm, sie scheiterten sowohl in der Wahl ihrer ‚Sexualobjekte‘ als auch am Ziel des normalen Sexualaktes selbst. Die behördlichen und psychiatrischen Bemühungen richteten sich entsprechend darauf aus, die Delinquenten zu einer ‚normalen‘ sexuellen Selbstführung zu ermächtigen. Scheiterten auch diese – wann genau die Bemühungen als gescheitert zu betrachten waren, entschieden die Vertreter der Staatsmacht –, wurde der Delinquent als ‚unverbesserlich‘ erklärt. Das Scheitern wurde ihm alleine angelastet und er konnte jetzt dem Entscheidungszwang unterworfen oder zur Entscheidung ermächtigt werden. Die Möglichkeit, die Wahl sowohl als Zwang wie auch als Ermächtigung darzustellen, bildete eines der dieser Praxis inne liegenden Paradoxa. Mit der Erweiterung des Blickes auf die der Kastration vorgängigen Bemühungen lassen sich weitere Widersprüche und Diskrepanzen fassbar machen, insbesondere auch zwischen dem wissenschaftlich geführten Diskurs und den ‚Realitäten‘ der Alltagspraxis.

In den wissenschaftlichen Diskursen um Exhibitionismus und ‚Unzucht mit Kindern‘ hatte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Ansicht durchgesetzt, dass Exhibitionisten und Pädophile nicht ‚normal‘ sein konnten. Diese Vorstellung dominierte den Umgang mit den Sexualdelinquenten. Die Psychiatrie als Expertin sexueller ‚Abweichungen‘ anbot dabei der Justiz ihre Expertise im Umgang mit dieser Tätergruppe. Trotz der psychiatrischen Expertise kam die Kompetenz, eine Begutachtung anzuordnen der Justiz zu, was meist den Beginn eines Pathologisierungsprozesses bildete. Die Justiz hatte in einem Lernprozess die Sichtweise der Psychiatrie übernommen. Die Sexualstraftäter, die abgesehen von ihrer sexuellen Problematik meist als ‚normal‘, ‚unauffällig‘ und ‚angepasst‘ erschienen, wurden dem Experten übergeben, um die ‚Anormalitäten‘ aufzufinden und die ‚Unerklärbarkeit‘ der Delikte mit Sinn zu versehen.

Wurde eine psychiatrische Begutachtung angeordnet, zeigte sich diese als ein durch Machtstrukturen geprägter Ort der Herstellung ‚normaler‘ und ‚marginalisierter‘ Männlichkeiten. In einem Spiel des Ver- und Enthüllens nahmen die Delinquenten den antizipierenden Blick des Vertreters der hegemonialen Männlichkeit vorweg und hoben die geglückten Aspekte ihrer Aneignung von Virilität – Militär, Arbeit, kontrollierter Umgang mit Alkohol – hervor. Die Delikte erschienen in dieser Selbstdarstellung dann oft als nicht erklärbare und nicht zu ihnen gehörende ‚Fremdkörper‘. Die Psychiater, die die Delinquenten zum Sprechen zu bringen hatten, suchten dagegen im Gesagten nach den Zeichen, mit denen sich ihnen die Wahrheit der Delinquenz erschloss, um diese als Teil einer ‚abnormen‘

Persönlichkeit erkennen und ihnen damit Sinn geben zu können. Dabei ‚vermassen‘ sie die Distanz zur Norm. Dazu diene dem Experten das wissenschaftlich anerkannte psychiatrische Wissen, das auf der Abstraktion von Einzelfällen basierte. Der durch das wissenschaftliche Wissen strukturierte Blick und die Wahrnehmung des Experten reproduzierten, was bereits angenommen wurde und bestätigten zugleich ihre Richtigkeit. Die ‚Vermessung‘ der Abweichung von und ihre Distanzierung zu einer ‚normalen‘ Männlichkeit dienten zugleich der Herstellung und Stabilisierung ‚normaler Männlichkeit‘. Die Marginalisierung dieser Delinquenten erfolgte weniger, wie üblich, über weiblich konnotierte Zuschreibungen und Abwertungen, sie erfolgte in den meisten Fällen über die als Abweichung wahrgenommen einer als ‚normal‘ postulierten Entwicklung vom Jungen zum Mann. Die Delinquenten wurden, der Entwicklungslehre Freuds folgend, als ‚nicht fertig entwickelte‘ Männer dargestellt, was mit Diagnosen wie ‚Infantilität‘, ‚infantile Sexualität‘ oder ‚infantiler Charakter‘ kodifiziert wurde. Das Stehenbleiben auf einer ‚infantilen‘ Stufe liess sich meist bereits am Äusseren erkennen, was in den Akten als immer wieder erwähntes ‚jugendliches Aussehen‘ ihren Niederschlag fand und als medizinischer Code der unfertigen Entwicklung funktionierte. Ausgenommen davon waren diejenigen homosexuellen Delinquenten, deren Begehren sich auf Jugendliche richtete. Ihnen standen auch positiv konnotierte und selbstbewusste Identitätsangebote zur Verfügung, mit denen sie den psychiatrischen Zuschreibungsprozessen ihre eigenen Deutungen entgegensetzen konnten.

Als ambivalent zeigten sich die Wirkungen, die das Gutachten beziehungsweise die Gutachten und die Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘ im Verlauf eines Falles entwickeln konnten. Der Qualifizierung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘ kam sozial integrative Wirkung zu, wenn sie eine Strafmilderung begründete und der Richter anordnete, die Massnahme ambulant durchzuführen. Handlungsleitend für den Richter und die Psychiatrie war der Verbleib in der Familie. Diese konnte durch den Wegfall des männlichen Einkommens in eine existentielle Notlage geraten, der Staat hatte dann für sie aufzukommen. Zudem wurde der Familie positiver Einfluss auf den Delinquenten zugeschrieben. Denn die soziale Integration bildete ein wichtiges Ziel der juristischen und psychiatrischen Bemühungen, in denen sich gesellschaftlicher und individueller Nutzen verknüpften. Die Beurteilung als ‚vermindert zurechnungsfähig‘ konnte aber auch harte Massnahmen wie eine Kantonsausweisung oder Verwahrung begründen. Diese bildeten dann die Voraussetzung, um den Raum für die Entscheidungsoption herzustellen. Bevor es dazu kam, bemühten sich die Behörden jedoch, die Delinquenten mit ihren Instrumenten und Techniken zu einer gesetzeskonformen Lebensführung zu befähigen.

Als ambivalent zeigte sich auch das psychiatrische Selbstverständnis im Kontext des

strafrechtlichen Rahmens. Trotz der durch diesen Kontext gegebenen Zwänge ging die Psychiatrie von einem ‚normalen‘, auf Vertrauen und Freiwilligkeit beruhenden Arzt-Patienten-Verhältnis aus. Die therapeutische Intervention, deren Erfolg auf ‚Freiwilligkeit‘ beruhte, wie die Psychiater immer wieder betonten, war durch den strafrechtlichen Rahmen mit Zwangsmassnahmen abgesichert. Bereits der psychiatrische Zugriff auf diese Delinquentengruppe bildete eine richterlich angeordnete Zwangsmassnahme. Zeigten sich Delinquenten unwillig oder widersetzten sie sich den Anordnungen, verhielten sie sich ‚renitent‘ oder ‚nachlässig‘, konnte die Psychiatrie auf die auftraggebende Behörde zurückgreifen, die dann mit weiteren Zwangsmassnahmen die Delinquenten zur ‚Räson‘ brachten. ‚Freiwilligkeit‘ bildete jedoch aus Sicht der Psychiatrie die Voraussetzung für die Fähigkeit des Delinquenten, seine Behandlungsbedürftigkeit einzusehen und zu anerkennen. Die Aufgabe des Arztes bestand darin, die Einsichtsfähigkeit herzustellen, den Delinquenten aufzuklären und ihn mit den ‚richtigen‘ Erkenntnissen auszustatten. Als Orientierung der therapeutischen Bemühungen diente eine ‚normale‘ männliche Sexualität. Im Vordergrund stand dabei die Deliktfreiheit. Ihre längerfristigen Bestrebungen richtete die Psychiatrie jedoch auf die Korrektur der als modulierbar angenommenen Triebrichtung und dem Erreichen des ‚normalen‘ Sexualziels. Die Bemühungen der Psychiatrie in Form von Beratung, Gesprächen und Hilfestellungen dienten dazu, die Problematik für den Delinquenten handhabbar zu machen und ihn als handlungsfähiges Individuum zu rehabilitieren. In Anlehnung an den Machtbegriff von Foucault funktionierte die psychiatrische Macht dahingehend, dass sie auf die Handlungsfähigkeit der Delinquenten einzuwirken versuchte, so dass diese ausserhalb des psychiatrischen Rahmens von ‚sich aus‘ das ‚richtige‘ Verhalten wählten und damit freiwillig und autonom jene Handlungen vollzogen, die gesellschaftlich akzeptabel und rechtskonform waren.

Versagten jedoch die psychiatrischen und die behördlichen Bemühungen, wurde dies dem Delinquenten angelastet: Er galt als ‚unverbesserlich‘. In seiner Markierung als ‚unverbesserlich‘ lag die Macht der staatlichen Repräsentanten und bildete zugleich die Voraussetzung, um ihn vor die Wahl zu stellen: Kastration oder Verwahrung. In der Kooperation von Justiz und Psychiatrie wurde jetzt im Rahmen der gegebenen Strukturen der Raum zur Entscheidung hergestellt. Mit der Wahl zwischen Kastration und Verwahrung/Kantonsausweisung eröffnete sich sowohl für den Delinquenten wie auch für die Justiz und Psychiatrie eine weitere Handlungsoption. Zugleich wurde der Delinquent als handelndes Individuum hervorgebracht. Er wurde einem Prozess unterworfen, der gemäss Foucault für die Ausbildung und Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Macht konstitutiv war. Sichtbar wurde anhand der Psychiatrieakten, dass zumindest ein Teil der Delinquenten sich in ihren späteren Wahrnehmungen dazu gedrängt fühlten, sich für die Kastration zu

entscheiden und dass der Entscheidungsprozess von ihnen meist als äusserst stressvoll erlebt wurde.

Ein zentraler Faktor im Umgang mit den Sexualdelinquenten, in der Herstellung der Entscheidung wie auch in der Entscheidungsfindung kam der Familie und den familiären Verhältnissen zu. Die familiäre Konstellation war oft ausschlaggebend sowohl für die Psychiatrie als auch für den Delinquenten im Abwägen für oder gegen eine Kastration. Das bürgerliche Familienmodell mit seiner Aufgabenteilung, die den Mann zur ökonomischen Existenzsicherung verpflichtete, wurde im Falle eines Gefängnis- oder Anstaltsaufenthalts (was im Modell nicht vorgesehen war) durch den Lohnausfall zur existentiellen Krise der Familie. Die Verantwortlichkeit als Ernährer war bei der Einwilligung des Delinquenten in die Kastration oft der ausschlaggebende Faktor. Die Ehe war aber nicht nur Ort der ökonomischen Existenzsicherung, sie galt auch als stützendes Element der sittlichen Ordnung. Bezogen auf die/Im Hinblick auf die Sexualdelinquenten wurde sie auch zur ‚Institution der Normalisierung‘. Ihr wurde seitens der Psychiatrie eine geradezu ‚therapeutische‘ Funktion zugesprochen, mit der der Delinquent gebessert werden sollte. Zugleich waren es auch die familiären Verhältnisse, innerhalb deren der Delinquent versagte, seine ihm rechtlich zustehende Dominanz und Verfügungsgewalt durchzusetzen, was für die Problematik mitverantwortlich gemacht wurde. In Zusammenhang mit einer Kastration wurde von der Psychiatrie entsprechend auch die Qualität des ehelichen Zusammen- und Intimlebens beurteilt, die ausschlaggebend für oder gegen die Indikation sein konnten.

Die Untersuchung zeigte weiter, dass die Kooperation zwischen Justiz und Psychiatrie generell gut funktionierte, dass es aber Ende der 1950er Jahre vermehrt zu Reibungen und Diskrepanzen kam. Die Psychiatrie, die sich mit den negativen Folgen der Kastration konfrontiert sah, erlebte den Entscheidungszwang, der nun meist von der Justiz ausgelöst und durch die Delinquenten an sie herangetragen wurde, als Zumutung seitens der Justiz. In der Psychiatrie zeichnete sich allmählich auch ein Wandel in der Wahrnehmung der Delinquenten ab. Sie wurden vermehrt als ‚Kranke‘ und nicht nur als ‚pathologische‘ Persönlichkeiten wahrgenommen.

Mit den grossen Hoffnungen, die die Psychiatrie in die Kastration als Instrument der Verbrechensbekämpfung setzte, konnte sie sich als wissenschaftliche Expertin im Umgang mit Sexualdelinquenten etablieren und ihre eigene gesellschaftliche Nützlichkeit unter Beweis stellen. Sie versah die als ‚irrational‘ erscheinenden Delikte mit Sinn. Dabei zeigte sich die Praxis der kriminalpräventiven Kastration als eine Praxis der Herstellung ‚normaler‘

und ‚marginalisierter‘ Männlichkeiten. Die psychiatrischen und behördlichen Bemühungen richteten sich auf die ‚Normalisierung‘ der an einer ‚normalen‘ Männlichkeit gescheiterten Männer. Scheiterten auch diese Bemühungen, stand mit der Kastration ein Instrument zur Verfügung, mit der sie auf paradoxe Weise als ‚normale‘ Männer gesellschaftlich integriert blieben.

## **Quellen- und Literaturliste**

### **Archive**

Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS)

StABS: SD REG 1 3 0 38, Richtlinien für die Stellungnahme der medizinischen Gesellschaft Basel in der Frage der operativen Sterilisation (Indikation)“ und „Erklärungen betreffend die Unfruchtbarmachung der Frau (Sterilisation).“

StABS: SD REG 1 3 0 38, „Richtlinien für die Stellungnahme der Medizinischen Gesellschaft Basel in der Frage der operativen Sterilisation (Indikationen)“.

Psychiatrische Universitäts-Poliklinik Basel (PUP), Archiv (PUP-Archiv).

Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK), Krankengeschichtenarchiv (KG-Archiv).

### **Gedruckte Quellen**

Binder, Hans: Beziehungen der Psychiatrie zum neuen Schweizerischen Strafgesetzbuch. Bern 1943.

Binder, Hans: Psychiatrische Untersuchungen über die Folgen der operativen Sterilisierung der Frau durch partielle Tubenresektion. In: Schweizer Archiv für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie. Bd. 40. Muttensz 1937/38. 1–49, 249–276.

Binswanger, Otto: Über den moralischen Schwachsinn. Mit Berücksichtigung der kindlichen Alterstufe. Berlin. 1905.

Bircher, Heinrich: Ist ein chirurgischer Eingriff gestattet, welcher nicht den Zweck hat, eine Krankheit zu heilen? In: Schweizerische Rundschau für Medizin. No. 40, 5. Jg.. Basel 1910. 1459–1462.

Bleuler, Eugen: Die allgemeine Behandlung von Geisteskrankheiten. Zürich 1898.

Bleuler, Eugen: Lehrbuch der Psychiatrie. 5. Auflage. Berlin 1916.

Bloch, Iwan: Beiträge zur Aetiologie der Psychopathia sexualis. Erster Teil. Dresden 1902.

Bloch, Iwan: Beiträge zur Aetiologie der Psychopathia sexualis. Zweiter Teil. Dresden 1903.

Bloch, Robert: Über die Beteiligung der Jugendlichen an den Sittlichkeitsdelikten. In: Sexual-Problem 12. Berlin 1914. 785–792.

Bloch, Iwan: Das Sexualleben unserer Zeit in seinen Beziehungen zur modernen Kultur. 10-12. verbesserte Auflage. Berlin 1919.

Böhme, Albrecht: Psychotherapie und Kastration. Die Bedeutung der Psychotherapie als Erziehungs- und Ausscheidungsmethode für sexuell Abwegige und Sittlichkeitsverbrecher. Dargestellt an Fällen aus der Kriminalpraxis, unter Heranziehung der Graphologie als Hilfswissenschaft. München 1935.

Boeters, Gustav: Die Unfruchtbarmachung Geisteskranker, Schwachsinniger und Verbrecher aus Anlage. In: Zeitschrift für Medizinalbeamte und Krankenhausärzte. Bd. 38. Berlin 1925. 341.

Boeters, Gustav: Lex Zwickau. Entwurf zu einem Gesetz für den Deutschen Reichstag über "Die Verhütung unwerten Lebens durch operative Maßnahmen" in der Fassung vom 18. Oktober 1925. In: Zeitschrift für Sexualwissenschaft. 13, Nr. 4. München 1926/1927. 139–149.

Boeters, Gustav: Die Lösung eines schwierigen Sexualproblems. In: Münchener Medizinische Wochenschrift. 76. Jg. München 1929. 1683–1686.

Boeters, Gustav: Die Kastration von Sexualverbrechern. In: Münchener Medizinische Wochenschrift. 77. Jg. München 1930. 369–370.

Browe, Peter: Zur Geschichte der Entmannung. Eine religions- und rechtsgeschichtliche Studie. Breslau 1936.

Burgl, G.: Die Exhibitionisten vor dem Strafrichter. In: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie und psychisch-gerichtliche Medizin. Bd. 60, Heft 1. Berlin 1903. 119–143.

Carmalt, William H.: Heredity and Crime. New Haven 1909.

Cornu, Frédéric: Katamnesen bei kastrierten Sittlichkeitsdelinquenten aus forensisch-psychiatrischer Sicht. Basel 1973.

Dannemann, Adolf: Zur Genese und Prophylaxe der Sittlichkeitsverbrecher. In: Klinik für psychische und nervöse Krankheiten. Bd. 2. Halle 1907. 559–588.



Darwin, Charles: Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl. Nachwort von Gerhard Heberer. Stuttgart 2007 (1860).

Delaquis, Ernst: Sichernde Massnahmen gegenüber unzurechnungsfähigen und vermindert zurechnungsfähigen Verbrechern. In: Zeitschrift für Schweizer Recht. Nr. 32. Bern 1913. 485–602.

Driesmans, Heinrich: Sittlichkeitsverbrechen in alter und neuer Zeit. In: Max Marcuse (Hg): Sexual-Probleme. Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. März. Berlin 1910. 485–602.

Forel, Auguste: Zwei kriminalpsychologische Fälle. In: Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht, Jg. 2. Bern 1889. 13–50.

Forel, Auguste: Die Reform der Gesellschaft durch die völlige Enthaltbarkeit von alkoholischen Getränken. Bremerhaven 1891.

Forel, Auguste: Correspondenz. 68 In: Münchener Medizinische Wochenschrift, 45. Jg., Nr. 2. München 1898. 68.

Forel, Auguste: Die Trinksitten, ihre hygienische und soziale Bedeutung, ihre Beziehung zur akademischen Jugend. Basel 1901.

Forel, Auguste: Hygiene der Nerven und des Geistes. Reihe: Bücherei der Gesundheitspflege. Bd. 9. Stuttgart 1903.

Forel, Auguste: Alkohol und Geistesstörung. Basel 1905.

Forel, Auguste: Die Sexuelle Frage. Eine naturwissenschaftliche, psychologische, hygienische und soziologische Studie für Gebildete. München 1905.

Forel, Auguste: Sexuelle Ethik. München 1906.

Forel, Auguste: Verbrechen und konstitutionelle Seelenabnormitäten. München 1907.

Forel, Auguste: Ethische und rechtliche Konflikte im Sexualleben in und ausserhalb der Ehe. München 1909.

Forel, Auguste: Malthusianismus oder Eugenik? München 1911.

Forel, Auguste: Rückblick auf mein Leben. Zürich 1935.

Frank, Sigwart: Praktische Erfahrungen mit Kastration und Sterilisation psychisch Defekter in der Schweiz. Berlin 1925.

Franz, Herbert: Zur Geschichte der Kastration als Kriminalstrafe im Deutschen Strafrecht. Köln 1939.

Freud, Sigmund: Bruchstück einer Hysterie-Analyse. Gesammelte Werke Bd. V. Frankfurt a/M 1905.

Freud, Sigmund: Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie. Leipzig 1905.

Friedrich, N.: Ueber die Behandlung der Hysterie mittelst Cauterisation der Clitoris. In: Wiener Medizinische Blätter. 5. Jg., Nr. 49. Wien 1882. 1514–1515.

Galton, Francis: Hereditary Genius. An inquiry into its laws and consequences. London 1869.

Gerngross, Friedrich Ludwig: Die Sterilisation und Kastration als Hilfsmittel im Kampfe gegen das Verbrechen. München 1913.

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Bearbeitet und erläutert von Arthur Gütt / Ernst Rüdin / Falk Ruttke. München 1934.

Good, Anton: Ein psychiatrisches Postulat an das Schweizerische Strafgesetz. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. 23. Jg. Basel 1910. 257–280.

Guggisberg, Hans: Massnahmen der Sanitätsbehörden im Kampfe gegen den Geburtenrückgang. Vortrag, gehalten an der Sanitätsdirektorenkonferenz am 4./5. April 1941 in Lausanne. Bern 1941.

Hackfield, A. W.: Über die Kastration bei vierzig sexuell Abnormern. In: Monatsschrift für Neurologie und Psychiatrie. Bd. 87. Berlin 1933/1934. 1–32.

Härty, Oscar: Handkommentar zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Bundesgesetz und das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb. 2. vollständig neubearbeitete Textausgabe mit Erläuterungen und Verweisungen unter Berücksichtigung der Rechtssprechung. Bern 1951.

Hafer, Ernst: Schweizerisches Strafrecht. Besonderer Teil. Erste Hälfte: Delikte gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit, gegen das Geschlechtsleben, gegen die Ehre, gegen das Vermögen. Berlin 1939.

Hanselmann, Heinrich / Erich, Benjamin: Lehrbuch der Psychopathologie des Kindesalter für Ärzte und Erzieher. Zürich, Leipzig 1938.

Hegar, Alfred: Über die Exstirpation normaler und nicht zu umfänglichen Tumoren degenerierter Eierstöcke. In: Centralblatt für Gynäkologie. Jg. 1, Nr. 17. 1877. 297–307.

Hirschfeld, Magnus: Kastratenstudien. Untersuchungen über sexuellen Chemismus. In: Max Marcuse (Hg): Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. Februar. Berlin 1912. 81–95.

Hirschfeld, Magnus / Buchard, Ernst: Der sexuelle Infantilismus. Halle 1913.

Hochstrasser, Peter: Beitrag zur sozialen Prognose des Exhibitionismus. Zürich 1951.

Hüllstrung, Herbert: Über gesetzliche Bestimmungen und Erfolge der Zwangssterilisierung und Zwangskastration. Düsseldorf 1934.

Juliusburger, Otto: Kurze Bemerkung zu Näckes Aufsatz: Die ersten Kastrationen aus sozialen Gründen auf europäischen Boden. In: Neurologisches Centralblatt. Nr. 7, 28. Jg. Leipzig 1909. 354–355.

Juliusburger, Otto: Zur Lehre vom psychosexuellen Infantilismus. In: Zeitschrift für Sexualwissenschaft. Bd. 1. Berlin 1914. 198–206.

Kaiser, Rolf: Die künstliche Unfruchtbarmachung von sexuellen Triebtätern. München 1981.

Kehrer, F. A.: Sterilisation mittels Tubendurchschneidung nach vorderem Scheidenschnitt. In: Centralblatt für Gynäkologie. Bd. Heft 31. Leipzig 1897. 961–965.

Kellmann, Alfred: Über Castration. Greifswald 1893.

Kemmerich, Max: Kultur-Kuriosa. Bd. 1. München 1910.

Kraepelin, Emil; Die Abschaffung des Strafmasses. Ein Vorschlag zur Reform der heutigen Strafrechtspflege. Stuttgart 1880.

Krafft-Ebing, Richard Freiherr von: Lehrbuch der gerichtlichen Psychopathologie. Stuttgart 1875.

Krafft-Ebing, Richard Freiherr von: Psychopathia sexualis. Eine klinisch-forensische Studie. Stuttgart 1886.

Krafft-Ebing, Richard Freiherr von: Psychopathia sexualis. Eine klinisch-forensische Studie. 7. Auflage. Stuttgart 1905.

Kronfeld, A.: Exhibitionismus. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. 2. stark vermehrte Auflage. Bonn 1926. 174–176.

Kronfeld, A.: Pädophilie. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. 2. stark vermehrte Auflage. Bonn 1926. 543.

Langelüddeke, Albrecht: Die Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern. Berlin 1963.

Laube, Günther: Der eugenische Sexualeingriff. Rostock 1940.

Laughlin, Harry: Eugenical sterilization in the United States. Chicago, Psychopathic Laboratory of the Municipal Court of Chicago. Chicago 1922.

Liszt, Franz von: Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 22. Auflage. Berlin 1919.

Loewenfeld, Leopold: Über medizinische Schutzmassnahmen (Kastration, Sterilisation) gegen Verbrechen und andere soziale Übel, mit besonders Berücksichtigung der amerikanischen Gesetzgebung. In: Max Marcuse: Sexual-Probleme. Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. 6. Jg. Frankfurt a/M 1910. 300–327.

Lombroso, Cesare: L'uomo delinquente. In rapporto all'antropologia, alla giurisprudenza ed alle discipline carcerarie. Turin 1876.

Lombroso, Cesare: Der Verbrecher (Homo delinquens) in anthropologischer, ärztlicher und juristischer Beziehung. 2 Bd. Hamburg 1887–1896.

Lüthy, Gerold: Die Bedeutung der Kastration im Strafrecht. Zürich 1937.

Magnan, Valentin: Psychiatrische Vorlesungen. Leipzig 1891.

Maier, Hans W.: Die Nordamerikanischen Gesetze gegen die Vererbung von Verbrechen und Geistesstörung Anwendung. In: Jursitstisch-psychiatrische Grenzfragen. Bd. 5, H 1/3. Halle a/S 1911. 1–34.

Maier, Hans W.: Zum gegenwärtigen Stand der Frage der Kastration und Sterilisation aus psychiatrischer Indikation. In: Otto Bumke et al (Hg.): Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie. Bd. 88. Berlin 1925. 200–219.

Mallow, Siegfried: Beitrag zur Kastration von Sexualverbrechern. Leipzig 1933.

Malthus, Thomas Robert: An essay on the principle of population. And a summary view of the principle of Population. London 1788.

Marcuse, Max: Kastration als Therapie sexueller Perversionen und Neurosen. In: Medizinische Klinik. Wochenschrift für Klinik und Praxis. 1. Jg., Nr. 47. Berlin 1904. 1739–1745.

Marcuse, Max: Aequivalente (sexuelle). In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. 2. stark vermehrte Auflage. Bonn 1926. 21.

Marcuse, Max: Kastration. In: Max Marcuse (Hg): Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. 2. stark vermehrte Auflage. Bonn 1926. 325–337.

Marcuse, Max: Sexualdelikte. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. 2. stark vermehrte Auflage. Bonn 1926. 702–709.

Miller Beard, Georg: American nervousness consequences. A supplement to nervous exhaustion (neurasthenia). New York 1972 [1881].

Miller Beard, George: Sexual neurasthenia. New York 1886.

Mittelstädt, Otto: Gegen die Freiheitsstrafen. Ein Beitrag zur Kritik des heutigen Strafsystems. Leipzig 1879.

Mittermaier, Carl Joseph: Die Mündlichkeit, das Anklageprinzip, die Öffentlichkeit und das Geschworenengericht. Tübingen 1845.

Mittermaier, Wolfgang: Der bedingte Straferlass. Bericht an die Justizdirektion des Kanton Bern. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Jg. 16. Bern 1903. 31–93.

Mittermaier, Wolfgang: Verbrechen wider die Sittlichkeit. In: Karl Birkmeyer (Hg.): Vergleichende Darstellung des Deutschen und Ausländischen Strafrechts. Vorarbeiten zur Deutschen Strafrechtsreform. Bd. 2. Berlin 1906. 1–216.

Mittermaier, Wolfgang: Sexualdelikte. In: Max Marcuse: Handwörterbuch der Sexualwissenschaft. Enzyklopädie der natur- und kulturwissenschaftlichen Sexualkunde des Menschen. 2. stark vermehrte Auflage. Bonn 1926. 707–709.

Möbius, Paul Julius: Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes. Halle a/S 1900.

Möbius, Paul Julius: Über die Wirkungen der Castration. Halle a/S. 1903.

Moll, Albert: Untersuchungen über den Libido sexualis. Berlin 1897.

Morel, Benedict Augustin: Traité des dégénérescences physiques, morales et intellectuelles de l'espèce humaine. Paris 1857.

Muckermann, Hermann: Attitude of Catholics towards Darwinism and Evolution. St.Louis/Freiburg i/Br. 1906.

Muckermann, Hermann: Eugenik und Katholizismus. Berlin/Bonn 1934.

Näcke, Paul: Degeneration, Degenerationszeichen und Atavismus. In: Archiv für Anthropologie und Kriminalistik. Bd. 1, Heft 2 + 3. Leipzig 1899. 200–224.

Näcke, Paul: Die Kastration bei gewissen Klassen von Degenerierten als ein wirksamer sozialer Schutz. In: Archiv für Anthropologie und Kriminalistik. 3. Bd., Heft 2 + 3. Leipzig 1900. 58–84.

Näcke, Paul: Die ersten Kastrationen aus sozialen Gründen auf europäischem Boden. In: Neurologisches Centralblatt. 28. Jg. Nr. 10. Leipzig 1909. 326–354.

Oberholzer, Emil: Kastration und Sterilisation von Geisteskranken in der Schweiz. Halle a/S 1911.

Oberholzer, Emil: Dauernde Anstaltsversorgung oder Sterilisierung? In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Bd. 15. Bern 1912. 54–60.

Oberholzer, Emil: Über die Wirkung der Kastration auf die Libido sexualis. In: Max Marcuse: Sexual-Probleme. Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. Dezember. Berlin 1912. 829–843.

Pelikan, E.: Gerichtlich-medicinische Untersuchungen über das Skopzenthum in Russland nebst historischen Notizen. Giessen 1876.

Ploetz, Alfred: Grundlinien einer Rassen-Hygiene. 1. Theil: Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen. Berlin 1895.

Protokoll der 36. Jahresversammlung des Vereins schweiz. Irrenärzte im kantonalen Asyl Wil. Pfingstmontag und Dienstag den 12. u. 13. Juni 1905. In: Verein Schweizerischer Irrenärzte (Hg): Zur 37. Jahresversammlung. Genf 1906. 7–24.

Quanter, Rudolf: Die Sittlichkeitsverbrechen im Laufe der Jahrhunderte und ihre strafrechtliche Beurteilung. Neudruck von 1925. Wiesbaden 2003.

Quervain de, F.: Resultate der Kastration bei Sexualabnormitäten. In: Schweizerische Medizinische Wochenschrift. Nr. 9. Basel 1929. 252–253.

Rieger, Conrad: Welche Folgen im Sinne des Unfall-Versicherungs-Gesetzes hat der Verlust beider Hoden? In: Aertzliche Sachverständigen-Zeitung. Organ für die gesammte Sachverständigenthätigkeit des praktischen Arztes. 2. Jg. Nr. 12. Berlin 1896. 262–263.

Rieger, Conrad: Die Castration in rechtlicher, socialer und vitaler Hinsicht. Jena 1900.

Rohleder, Hermann: Die Masturbation. Eine Monographie für Ärzte, Pädagogen und gebildete Eltern. 3. verbesserte und vermehrte Auflage. Berlin 1912.

Rom, Felix: Die Bedeutung des psychiatrischen Gutachtens im schweizerischen Strafrecht. Zürich 1953.

Rossetti, Oscar: Die strafrechtliche Bekämpfung des Exhibitionismus in der Schweiz. Affoltern am Albis 1943.

Rüegg, Ernst: Die unzüchtige Handlung im Strafrecht. Zürich 1935.

Schaefer, Dr.: Correspondenz, 40. In: Münchener Medizinische Wochenschrift. 45. Jg. Nr. 1. München 1898. 40.

Schallmeyer, Wilhelm: Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker. Eine staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie. Reihe ‚Natur und Staat‘. Beiträge zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre. Jena 1903.

Slotopolsky (Dukor), Benno: Sexualchirurgie. In: Marcuse Max (Hg.): Zeitschrift für Sexualwissenschaft. XII. Band. 4. Heft. Leipzig 1925. 104–117, 143–157.

Staehelin, John E.: Kantonale Pflege- und Heilanstalt Friedmatt Basel. Zürich 1933.

Staehelin, John E.: Untersuchungen an 70 Exhibitionisten. Berlin 1926.

Staehelin, John E.: Zur Bekämpfung der Sexualdelikte. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. 41. Jg. Bern 1928. 16–37.

Steck, Hans: Die Durchführung des Waadtländischen Sterilisationsgesetzes. In: Stavros Zurukzoglu: Verhütung erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 227–232.



Stekel, Wilhelm: Psychosexueller Infantilismus. Die seelischen Kinderkrankheiten der Erwachsenen. Berlin 1922.

Stiner, Otto: Der Geburtenrückgang in der Schweiz. Glarus 1925.

Stooss, Carl: Die Berufs- und Gewohnheitsverbrecher. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Jg. 6. Bern 1893. 84–111.

Stooss, Carl: Carl Stooss. In: Hans Planitz (Hg.): Die Rechtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Bd. 2. Leipzig 1924. 205–235.

Strähl, Othmar: Beiträge zu den Anzeigen der Castration. Basel 1888.

Strasser, Charlot: Psychiatrie und Strafrecht. Zürich 1927.

Strasser, Charlot: Zu Bekämpfung der Sexualdelikte. Sonderabdruck aus der Schweizerischen Medizinischen Wochenschrift. Nr. 39 und 40. Basel 1924.

Sury, Kurt von: Die Berechtigung der sozialen Indikation zur Sterilisation und ihre forensische Beurteilung. In: Vierteljahresschrift für gerichtliche Medizin und öffentl. Sanitätswesen. 3. Folge. XLIII. Berlin 1912. 1–22.

Tagesgeschichtliche Notizen. In: Münchener Medizinische Wochenschrift. Nr. 50, XLIV Jg. München 1897. 1461–1462.

Tandler, Julius / Grosz, Siegfried: Die biologische Grundlage der sekundären Geschlechtscharaktere. Berlin 1913.

Tardieu, Amboise: Étude médico-légale sur les attentats aux mœurs. 3. ed. Paris 1857.

Theiler, Herbert: Untersuchung an kastrierten Sexualperversen. Basel 1959.

Thormann, Philipp: Schweizerisches Strafrecht. Rektoratsrede gehalten an der 84. Stiftungsfeier der Universität Bern. Bern 1919.

Thürlimann, Rochus: Über die Indikation und den therapeutischen Erfolg der Kastration bei sexuell Perversen. Zürich 1945.

Tramer, M.: Der Schwachsinn (Oligophrenie). In: Stavros Zurukzoglu: Verhütung erbkranken Nachwuchses, Basel 1938. 98–115.

Wantoch, Hans: Zur Frage der Sterilisation und Kastration geistig und sexuell Abnormer. In: Schweizerische Medizinische Wochenschrift. Bern 1934. 572–575.

Warker, Ely van de: The Fetish of the Ovary. In: American Journal of Obstetrics and Diseases of Women and Children. Nr. 54. New York 1906. 346–373.

Weismann, August: Das Keimplasma. Eine Theorie der Vererbung. Jena 1892.

Wilhelm, Eugen: Die Beseitigung der Zeugungsfähigkeit aus sozialen oder sozialpolitischen Gründen in rechtlicher Beziehung. In: Kriminalpsychologie. 9. Jg. Heidelberg 1912. 470–482.

Wolf, Christian: Die Kastration bei sexuellen Perversionen und Sittlichkeitsverbrechen des Mannes. Basel 1934.

Wolf, Christian: Die Kastration des Mannes aus psychiatrischer Indikation. In: Stavros Zurukzoglu: Verhütung erbkranken Nachwuchses, Basel 1938. 237–261.

Worch, Oskar: Die Kastration und ihre Wirkungen auf den Organismus. Der gegenwärtige Stand nach der Frage von der inneren Sekretion. Halle a/S 1909.

Wulffen, Erich: Der Sexualverbrecher. Ein Handbuch. Berlin 1910.

Wyrsch, Jakob: Gerichtliche Psychiatrie. Ein Lehrbuch für Juristen und Mediziner. 2. ergänzte Auflage. Bern 1955.

Wyss, Rudolf: Unzucht mit Kindern. Untersuchungen zur Frage der sogenannten Pädophilie. Berlin 1967.

Xingas, Georg: Die Kastration als Sicherungsmassnahme gegen Sittlichkeitsverbrecher. Berlin 1937.

Zangger, Heinrich: Die moderne Stellung der gerichtlichen Medizin. Die Beziehungen zwischen Medizin und Recht. Zürich 1912.

Zbinden, Karl: Die Bedeutung des psychiatrischen Gutachtens im Strafprozess.  
Separatdruck aus dem 89. Jahresbericht des Hilfsvereins für Gemütskranke des Kantons  
Luzern. 1962.

Zurukzoglu, Stavros: Dokumente über Eugenik. In: Stavros Zurukzoglu: Verhütung  
erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 264–327.

Zurukzoglu, Stavros: Das Problem der Kastration. In: Stavros Zurukzoglu: Verhütung  
erbkranken Nachwuchses. Basel 1938. 233–236.

## Darstellungen

Adams, Mark B. (Hg.): The Wellborn Science. Eugenics in Germany, France, Brazil and Russia. New York 1990.

Aebersold, Peter: Die Verwahrung und Versorgung vermindert Zurechnungsfähiger in der Schweiz. Eine Untersuchung für die Jahre 1961 bis 1965 über die Gerichts- und Vollzugspraxis der Einweisungen in Heil- oder Pflegeanstalten nach Art. 14 und Art. 15 StGB (Art 43 des Revisions-Entwurfs). Basel 1970.

Aebersold, Peter: Von der Kastration zur Incapacitation. Über den Umgang mit gefährlichen, insbesondere sexuell gestörten Tätern. In: Stefan Bauhofer et al. (Hg.): „Gemeingefährliche“ Straftäter. Chur / Zürich 2000. 171–192.

Aebersold, Peter: „Entmannung“ oder dauerhafte Verwahrung? Die Kastration von Sexualstraftätern in der Schweiz zwischen 1930 und 1970. In: Daniel Fink / Silvia Steiner / Benjamin F. Brägger / Marc Graf: Sexualität, Devianz und Delinquenz. Bd. 32. Bern 2014. 119–136.

Albrecht, Peter: Wirklich lebenslänglich? An den Grenzen legitimer Freiheitsstrafen. In: André Kuhn et al (Hg.): Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafrecht aus internationaler Perspektive. Festschrift für Martin Killias zum 65. Geburtstag. Bern 2012. 809–822.

Aminoff, Michael J.: Brown-Séquard, A visionary of Science. New York 1993.

Aminoff, Michael J.: Brown-Séquard an improbable genius who transformed medicine. New York 2011.

Arni, Caroline: Entzweigungen. Die Krise der Ehe um 1900. Köln 2004.

Aschwanden, Ralph: Kastration: Eine Option in der Behandlung von Sexualstraftätern. Eine Übersichtsarbeit mit Darstellung der medikamentösen und chirurgischen Behandlung. In: Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie. 2. Bern 2009. 21–33.

Barber-Kersovan, Alenka / Uhlmann, Gordon (Hg.): Getanzte Freiheit. Swingkultur zwischen NS-Diktatur und Gegenwart. Hamburg 2002.

Bauman, Zygmunt: Über den postmodernen Gebrauch der Sexualität. In: Gunter Schmidt / Barbara Strauss (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002. 29–49.

Baur, Nina; Lüdtke, Jens: Die soziale Konstruktion von Männlichkeit: Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland. Opladen 2008.

Beauvoir, Simone de: La deuxième sexe. Neuausgabe. Paris 2013/2014.

Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth: Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. Anmerkungen zur Individualisierungsdiskussion am Beispiel des Aufsatzes von Günter Burkart. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 22, Heft 3. Stuttgart 1993. 178–187.

Becker, Peter: Zur Geschichte der Rassenhygiene. Wege ins Dritte Reich. 2. Bd. Stuttgart 1988–1990.

Becker, Peter: Dem Täter auf der Spur. Eine Geschichte der Kriminalistik. Darmstadt 2005.

Becker, Peter / Wetzels, Richard F.: Criminals and Their Scientists. The History of Criminology in International Perspective. Cambridge 2006.

Bender, Otto / Haupt, Heiko: Swing unterm Hakenkreuz. Hamburg 1933 bis 1945. Hamburg 1993.

Benthien, Claudia: Haut. Literaturgeschichte, Körperbilder, Grenzdiskurse. Hamburg 1999.

Bereswill / Anke Neuber (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster 2011.

Berner, Wolfgang / Hill, Andreas / Briken, Peer: Therapie bei sexueller Delinquenz. In: Volkmar Sigusch: Sexuelle Störungen und ihre Behandlung. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2007. 308–322.

Bernet, Brigitte: Der bürgerliche Tod: Entmündigungsangst, Psychiatriekritik und die Krise des liberalen Subjektentwurfs um 1900. In: Marietta Meier et al (Hg.): Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich, 1870–1970. Zürich 2007. 117–154

Bernet, Brigitta: Eintragen und ausfüllen. In: Sibylle Brändli / Barbara Lüthi / Gregor Spuhler (Hg.): Zum Fall machen, zum Fall werden. Wissensproduktion und Patientenerfahrung in Medizin und Psychiatrie des 19. Und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a/M 2009. 62–91.

Betschart, Marianne Elisabeth: Weibliche Genitalverstümmelung in der Schweiz zwischen 1871 und 1919. Basel 2008.

Beyer, Wolfgang: Im Swing gegen den Gleichschritt. Die Jugend, der Jazz und die Nazis. St. Pölten 2011. 105–121.

Bienert, Andreas: Gefängnis als Bedeutungsträger. Frankfurt a/M 1996.

Binmore, Ken: Rational Decisions. 4. Auflage. Princeton 2011.

Bischoff, Doerte: Logozentrismus/Phallozentrismus. In: Renate Kroll, Metzler Lexikon Gender Studies / Geschlechterforschung. Ansätze – Personen – Grundbegriffe. Stuttgart 2002. 242–243.

Blattmann, Lynn / Meyer, Irène (Hg.): Männerbund und Bundesstaat. Über die politische Kultur der Schweiz. Zürich 1998.

Blauert, Andreas / Schwerhoff, Gerd (Hg.): Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne. Konstanz 2000.

Bly, Robert: Eisenhans – Ein Buch über Männer. München 1991.

Bock, Gisela: Geschichte, Frauengeschichte, Geschlechtergeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft. Jg. 14. Göttingen 1988. 364–391.

Bock, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen 1996.

Böllinger, Lorenz: Sexualstrafrecht. Permanenz und Penetranz. In: Daniel Klimke (Hg.): Exklusion in der Marktgesellschaft. Wiesbaden 2008. 69–76.

Boor, Wolfgang de / Haffke, Bernhard / Lange-Joest, Christa (Hg.): Was tun mit den Sexualstraftätern? Rationalität und Irrationalität der Reaktionen in Politik, Justiz und Gesellschaft. Köln 2000.

Borck, Cornelius: Anatomien medizinischer Erkenntnis. Der Aktionsradius der Medizin zwischen Vermittlungskrise und Biopolitik. In: Cornelius Borck (Hg.): Anatomien medizinischen Wissens. Medizin – Macht – Moleküle. Frankfurt a/M. 1996. 9–52.

Borck, Cornelius: Die Internationale der invasiven Therapien. In: Volker Roelcke / Hans-Walter Schmuhl: „Heroische Therapien“. Die deutsche Psychiatrie im internationalen Vergleich 1918-1945. Göttingen 2013. 131–148.

Borell, Merriley Elaine: Origins of the hormone concept, internal secretions and physiological research 1889–1905. Ann Arbor 1987.

Boulanger, Horst: Die Sozial- und Legalbewährung von Sexualdelinquenten nach beantragter Kastration in Schleswig-Holstein. Kiel 1985.

Brändli, Sibylle / Lüthi, Barbara / Spuhler, Gregor (Hg.): Zum Fall machen, zum Fall werden. Wissensproduktion und Patientenerfahrung in Medizin und Psychiatrie des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a/M 2009.

Braun, Norman / Gautschi, Thomas: Rational-Choice-Theorie. Weinheim / Basel 2011.

Braun, Virginia: Weibliche kosmetische Genitalchirurgie. Überblick zum aktuellen Wissenstand und zur aktuellen Debatte. In: Psychosozial. 36. Jg. Heft II (Nr. 132). Giessen 2013.

Braunschweig, Sabine: Dauernd erotisch erregt. Sexualität und Pflegealltag. In: Regina Wecker et al: Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 111–135.

Breidenstein, Georg: Geschlechtsunterschied und Sexualtrieb im Diskurs der Kastration Anfang des 20. Jahrhunderts. In: Christiane Eifert et al (Hg.): Was sind Frauen? Was sind Männer? Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel. Frankfurt a/M 1996. 216–239.

Breuer, Stefan: Sozialdisziplinierung. Probleme und Problemverlagerungen eines Konzeptes bei Max Weber, Gerhard Oestreich und Michel Foucault. In: Christoph Sachsse / Florian Tennstedt (Hg.): Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung. Frankfurt a/M 1986. 45–69.

Brink, Cornelia: Grenzen der Anstalt. Psychiatrie und Gesellschaft in Deutschland 1860-1980. Göttingen 2010.

Broberg, Gunnar / Roll-Hansen, Nils (Hg.): Eugenics and the Welfare State. Sterilization Policy in Denmark, Sweden, Norway and Finnland. East Lansing 1996.

Brockhaus: Kastration. Band 9 Iru-Kle. Mannheim 1982.

Bröckling, Ulrich: Das demokratisierte Panopticon. In: Axel Honneth / Martin Saar (Hg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurt a/M 2003. 77–93.

Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a/M 2000.

Brownmiller, Susan: Against Our Will. Men, Women and Rape. New York 1975.

Bublitz, Hannelore: Archäologie des kulturellen Unbewussten. Zum Wissensarchiv und Wissensbegehren moderner Gesellschaften. Frankfurt a/M 1999.

Bublitz, Hannelore: Zur Konstitution von „Kultur“ und Geschlecht um 1900. In: Hannelore Bublitz / Christine Hanke / Andrea Seier: Der Gesellschaftskörper. Zur Neuordnung von Kultur und Geschlecht um 1900. Frankfurt a/M 2000. 19–96.

Bublitz, Hannelore: Macht. In: Clemens Kammler / Ralf Parr / Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart 2008. 273–277.

Bublitz, Hannelore: Judith Butler zur Einführung. 3. Auflage. Hamburg 2010.

Bublitz, Hannelore: Im Beichtstuhl der Medien. Die Produktion des Selbst im öffentlichen Bekenntnis. Bielefeld 2010.



Bugmann, Mirjam / Sarasin, Philipp: Forel mit Foucault. Rassismus als „Zäsur“ im Diskurs von August Forel. In: Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen 29. Bern 2003. 43–69.

Burghartz, Susanne: Zeiten der Reinheit – Orte der Unzucht. Ehe und Sexualität in Basel während der Frühen Neuzeit. Paderborn 1999.

Burghartz, Susanna: Zwischen Repression und Sinnenfreude. Sexualität und Ehe auf der Basler Landschaft im Ancien Régime. In: Jonas Römer (Hg.): Bauern, Untertanen und „Rebellen“. Eine Kulturgeschichte des Schweizerischen Bauernkrieges von 1653. Zürich 2004. 291–320.

Burri, Hans-Rudolf: Die Bevölkerung Luzerns im 18. und frühen 19. Jahrhundert. Demographie und Schichtung einer Schweizer Stadt im Ancien Régime, Luzern 1975.

Butler, Judith: Gender Trouble. Feminism and the subversion of identity. New York/London 1990.

Butler, Judith: Körper von Gewicht: Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Berlin 1995.

Butler, Judith: Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt a/M 2001.

Cagnazzo, Karin: Entrechtung bis in die Eingeweide. Psychiatrische Sterilisationsentscheide im Kanton Bern. In: Gisela Hauss et al (Hg.): Eingriffe ins Leben. Fürsorger und Eugenik in zwei schweizerischen Städten, 1920-1950. Zürich 2012. 157–182.

Carlson, Eloy Axel: The Hoosier Connection. Compulsory Sterilization as Moral Hygiene. In: Paul A. Lombardo (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genome, Indiana 2011. 11–25.

Castel, Robert: Die psychiatrische Ordnung. Das goldene Zeitalter des Irrenwesens. Frankfurt a/M 1979.

Castel, Françoise / Castel, Robert / Lovell, Anne: Psychiatrisierung des Alltags. Frankfurt a/M 1982.

Čizmić, Lucas-David: Gewalterfahrungen von Männern in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Einblick in ein tabuisiertes Problemfeld. Eine Studie zu traumatischen Erfahrungen und Folgeschäden Hamburg 2011.

Clark, Anna: The History of Sexuality in Europe. A sourcebook and reader. London, 2011.

Connell, Raewyn (Robert W.): Der gemachte Mann. Konstruktionen und Krise von Männlichkeiten. Geschlecht und Gesellschaft Bd. 8. Opladen 2000.

Conrad, Peter: The Sociology of Health and Illness. Critical Perspectives. 7. Auflage. New York 2005.

Currell, Susan / Cogdell, Christina: Popular Eugenics: National Efficiency and American Mass Culture in The 1930. Athens 2006.

Dannecker, Martin: Männliche und weibliche Sexualität. In: Ilka Quindeau / Volkmar Sigusch (Hg.): Freud und das Sexuelle. Neue psychoanalytische und sexualwissenschaftliche Perspektiven. Frankfurt a/M 2005. 80–94.

Dannecker, Martin: Sexueller Missbrauch und Pädosexualität. In: Volkmar Sigusch: Sexuelle Störungen und ihre Behandlung. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2007. 295–299.

Dean, Mitchell: Gouvernmentality. Power and Rule in Modern Society. London 1999.

Delessert, Thierry: Homosexualités masculines en Suisse. De l'invisibilité aux mobilisations. Lausanne 2012.

Dejung, Christof: Die Schule der Nation und ihr Lehrplan. Männerleitbilder im Schweizer Militär 1939–1945. In: Catherine Bosshart–Pfluger / Dominique Grisard / Christina Späti (Hg.): Geschlecht und Wissen. Zürich 2004. 57–75.

Didi-Huberman, Georges: Die Erfindung der Hysterie. Die photographische Klinik von Jean-Martin Charcot. Paderborn 1997.

Dienel, Christiane: Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918. Münster 1995.

DiGiacomo, Susan M.: Metapher als Krankheit. Postmoderne Dilemmata in der Repräsentation von Körper, Geist und Krankheit. In: Cornelius Borck (Hg.): Anatomien medizinischen Wissens. Medizin – Macht – Moleküle. Frankfurt a/M 1996. 125–153.

Dinges, Martin: Justiznutzung als soziale Kontrolle. In: Andres Blauert / Gerd Schwerthoff (Hg.): Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne. Konstanz 2000. 503–544.

Dörner, Klaus / Polog, Ursula: Irren ist menschlich. Lehrbuch der Psychiatrie / Psychotherapie. 5. überarbeitete Neuauflage. Bonn 1989.

Dommann, Monika: Durchsicht, Einsicht, Vorsicht. Zur Geschichte der Röntgenstrahlen 1896–1963. Zürich 2003.

Dubach, Roswitha: Abtreibungspolitik und Sterilisationspraxis in Zürich in den 1930er Jahren. Folgerungen für die zürcherische Sterilisationsdebatte. In: Veronique Mottier / Laura von Mandach (Hg.): Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe. Zürich 2007. 51–62.

Dubach, Roswitha: Verhütungspolitik. Sterilisationen im Spannungsfeld von Psychiatrie, Gesellschaft und individuellen Interessen in Zürich (1890-1970). Zürich 2013.

Duerr, Hans Peter: Obszönität und Gewalt. Der Mythos vom Zivilisationsprozess. Bd. 3. Frankfurt a/M 1995.

Eder, Franz X.: Kultur der Begierde. Eine Geschichte der Sexualität. München 2002.

Eder, Franz: Homosexualitäten. Diskurse und Lebenswelten 1870–1970. Enzyklopädie des Wiener Wissens. Bd. 12. Weitra 2011.

Eifler, Christine / Siefert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktion – Militär und Geschlechterverhältnis. Münster 1999.

Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bände. Basel 1939.

Eng, David L.: Racial Castration. Managing Masculinity in Asian America. London 2001.

Engelstein, Laura: *Castration and the Heavenly Kingdom. A russian Folktale*. Ithaca, 1999.

Fausto-Sterling, Anne: *Myths of Gender. Biological Theories about Women and Men*. New York 1985.

Fausto-Sterling, Anne: *Sexing the Body. Gender Politics and the Construction of Sexuality*. New York 2000.

Felt, Ulrike / Nowotny, Helga / Taschwer, Klaus: *Wissenschaftsforschung. Eine Einführung*. Frankfurt a/M 1995.

Fischer, Wolfram: *Wirtschaft und Gesellschaft Europas 1850–1914*. In: Wolfram Fischer et al (Hg.): *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. 5. Stuttgart 1985. 1–107.

Fleck, Ludwik: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt a/M 1980 (1935).

Foster, Thomas A.: *Deficient Husbands. Manhood, Sexual Incapacity, and Male Marital Sexuality in Seventeenth-Century New England*. In: *William and Mary Quarterly*. Volume 56, Issue 4. Williamsburg 1999. 723–744.

Foucault, Michel: *Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks*. München 1973.

Foucault, Michel: *Überwachen und Strafen*. Frankfurt a/M 1976.

Foucault, Michel: *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a/M 1977.

Foucault, Michel: *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Frankfurt a/M 1978.

Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a/M 1981.

Foucault, Michel: *Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit* Bd. 2. Frankfurt a/M 1984.

Foucault, Michel: Sexualität und Einsamkeit. In: Michel Foucault / Richard Sennett: Von der Freundschaft. Berlin 1986. 25–53.

Foucault, Michel: Das Subjekt und die Macht. In: Hubert Dreyfus L. / Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt a/M 1987. 243–261.

Foucault, Michel: Wie wird Macht ausgeübt? In: Hubert Dreyfus L. / Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt a/M 1987. 251–264.

Foucault, Michel: Technologien des Selbst. In: Luther H. Martin / Huck Gutman / Patrick H. Hutton (Hg.): Technologien des Selbst. Frankfurt a/M 1993. 24–62.

Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Frankfurt a/M 1999.

Foucault, Michel: Die Gouvernamentalität. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a/M. 2000. 41–67.

Foucault, Michel: Das Leben der infamen Menschen. Berlin 2001.

Foucault, Michel: Die Anormalen. Frankfurt a/M 2003.

Foucault, Michel: Die Macht der Psychiatrie. Vorlesung am Collège de France, 1923–1974. Frankfurt a/M 2005.

Foucault, Michel: Die Maschen der Macht. (1981/1985) In: Daniel Defert / Francois Ewald (Hg.): Analytik der Macht. Verlag Suhrkamp, Frankfurt a/M. 2005. 220–239.

Foucault, Michel: Gespräch mit Duccio Trombadori. In: Daniel Defert et al. (Hg.): Michel Foucault. Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band IV. 1980–1988. Frankfurt a/M 2005. 51–119.

Foucault, Michel: Sexualität und Einsamkeit. In: Daniel Defert et al. (Hg.): Michel Foucault. Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band IV. 1980–1988. Frankfurt a/M 2005. 207–219.

Foucault, Michel: Subjekt und Macht. In: Daniel Defert et al. (Hg.): Michel Foucault. Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band IV. 1980–1988. Frankfurt a/M 2005. 269–294.

Foucault, Michel: Die Geburt der Biopolitik. Die Geschichte der Gouvernementalität. Frankfurt a/M 2006.

Freve, Bernhard: Wer hat Angst vor'm bösen Mann? Ein Studienbuch über Sicherheit und Sicherheitsempfinden. Baden-Baden 1998.

Frevert, Ute: Akademische Medizin und soziale Unterschichten im 19. Jahrhundert. Professionsinteressen – Zivilisationsmission – Sozialpolitik. In: R. Wittern (Hg.): Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, Nr. 4. Stuttgart 1985. 41–59.

Frevert, Ute: Das Militär als Schule der Männlichkeiten. In: Ulrike Brunotte / Rainer Herrn (Hg.): Männlichkeiten und Moderne. Geschlecht in den Wissenskulturen um 1900. Bielefeld 2007. 57–75.

Friedländer, Erich: Paul Naecke. In: Theodor Kirchhoff (Hg.): Deutsche Irrenärzte. Einzelbilder ihres Lebens und Wirken. Berlin 1924. 266–269.

Fuchs-Heinritz, Werner / König, Alexandra: Pierre Bourdieu. Eine Einführung. Konstanz 2005.

Gallagher, Catherine / Laqueur, Thomas: The Making of the Modern Body. Sexuality and Society in the Nineteenth Century. Berkeley 1987.

Gallati, Mischa: Die Praxis der Berner Vormundschaftsbehörden. In: Gisela Hauss et al (Hg.): Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950). Zürich 2012. 105–144.

Galle, Sarah / Meier, Thomas: Von Menschen und Akten. Die Aktion „Kinder der Landstrasse“ der Stiftung Pro Juventute. Zürich 2009.

Gardner, Howard : Abschied vom IQ. Die Rahmen-Theorie der vielfachen Intelligenzen. Stuttgart 2001.

Gehring, Petra: Was ist Biomacht? Vom zweifelhaften Mehrwert des Lebens. Frankfurt a/M 2007.

Germann, Urs: „Alkoholfrage“ und Eugenik. Auguste Forel und der eugenische Diskurs in der Schweiz. In: *traverse I. Zeitschrift für Geschichte*. Zürich 1997. 144–154.

Germann, Urs: Die schweizerische Strafrechtsreform zwischen (nationaler) Integration und (individuellem) Ausschluss. Delinquentenbilder und Sanktionskonzepte 1890–1914. In: *Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen* 29. Bern 2003. 265–289.

Germann, Urs: Psychiatrie und Strafjustiz. Entstehung, Praxis und Ausdifferenzierung der forensischen Psychiatrie in der deutschsprachigen Schweiz 1850–1950. Zürich 2004.

Germann, Urs / Meier, Marietta (Hg.): „Fallgeschichten“. In: *travers 2. Zeitschrift für Geschichte*. Zürich 2006. 19–23.

Giles, J.: „The most Unkindest Cut of All“. Castration, Homosexuality and Nazi Justice. In: *Journal of Contemporary History* 27. London 1992. 41–61.

Göckenjan, Gerd: Kurieren und Staat machen. Gesundheit und Medizin in der bürgerlichen Welt. Frankfurt a/M 1985.

Goffman, Erving: *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. Frankfurt a/M 1973.

Goffman, Erving: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München 1996.

Gould, Stephen: *Der falsch vermessene Mensch*. Frankfurt a/M 1988.

Gould, Stephen: *The structure of evolutionary theory*. Cambridge 2002.

Granssee, Carmen / Stammermann, Ulla: Feminismus und kritische Kriminologie. Oder: Was kann eine sich kritisch verstehende Kriminologie vom Feminismus lernen? In: *Kriminologisches Journal*. Bd. 23, Heft 2. München 1991. 82–96.

Granssee, Carmen / Stammermann, Ulla: *Kriminalität als Konstruktion von Wirklichkeit und die Kategorie Geschlecht. Versuch einer feministischen Perspektive*. Pfaffenweiler 1992.

Grau, Günter: Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933–1945: Institutionen – Kompetenzen – Betätigungsfelder. Berlin 2011.

Green, Andre: Der Kastrationskomplex. Tübingen 1996.

Greer, Germaine: The female Eunuch. London 1993.

Griesebner, Andrea: Geschlecht als mehrfach relationale Kategorie. Methodologische Anmerkungen aus der Perspektive der Frühen Neuzeit. In: Veronika Aegerter (Hg.): Geschlecht hat Methode. Ansätze und Perspektiven in der Frauen- und Geschlechtergeschichte. Zürich 1999. 129–137.

Griesebner, Andrea (Hg.): Die Macht der Kategorien. Perspektiven historischer Geschlechterforschung. Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit. 2. Jg. Heft 2. Wien 2002.

Griswold, Robert: Fatherhood in America. A History. New York 1993.

Gruber, Max von / Rüdin, Ernst: Fortpflanzung, Vererbung, Rassenhygiene. Illustrierter Führer durch die Gruppe Rassenhygiene der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden. München 1911. 4–6.

Grunder, Hans Ulrich: Dynamiken von Integration und Ausschluss. Zürich 2009.

Gschwend, Lukas: Zur Geschichte der Lehre der Zurechnungsfähigkeit. Zürich 1996.

Gugerli, David: Das bürgerliche Familienbild im sozialen Wandel. In: Thomas Fleiner-Gerster / Pierre Gilliard / Kurt Lüscher (Hg.): Familien in der Schweiz. Freiburg i/Ü. 1991. 59–74.

Gugliotta, Angela: Dr. Sharp with His Little Knife. Therapeutic and Punitive Origins of Eugenic Vasectomy – Indiana, 1892–1921. In: Journal of the History of Medicine. 53. Oxford 1998. 371–406.

Haave, Per: Zwangssterilisierung in Norwegen – eine wohlfahrtsstaatliche Politik in sozialdemokratischer Regie? In: Nordeuropaforum 2. Baden-Baden 2001. 55–87.



Haenel, Thomas: Zur Geschichte der Psychiatrie. Gedanken zur allgemeinen und Basler Psychiatriegeschichte. Basel 1982.

Härte, Karl: Policey und Strafjustiz. Gesetzgebung, Normdurchsetzung und Sozialkontrolle im frühneuzeitlichen Territorialstaat. Frankfurt a/M 2005.

Haffke, Bernhard: Die gesellschaftliche Reaktion auf Sexualstraftaten: Der Ruf nach dem Gesetzgeber. In: Wolfgang De Boor / Bernhard Haffke / Christa Lange-Joest (Hg.): Was tun mit den Sexualstraftätern? Rationalität und Irrationalität der Reaktionen in Politik, Justiz und Gesellschaft. Köln 2000. 31–86.

Hagemann, Karen: Mannlicher Muth und Teutsche Ehre. Nation, Militär und Geschlecht zur Zeit der Antinapoleonischen Kriege Preussens. Paderborn 2002.

Hahn, Alois / Kapp, Volker (Hg.): Selbstthematisierung und Selbstzeugnis: Bekenntnis und Geständnis. Frankfurt a/M 1987.

Hahn, Alois: Identität und Selbstthematisierung. In: Alois Hahn / Volker Knapp (Hg.): Selbstthematisierung und Selbstzeugnis. Bekenntnis und Geständnis. Frankfurt a/M 1987. 9–24.

Haken, Rebecca von: Dr. George Miller Beard (1839–1883) und seine Lehre von der Neurasthenie. Konjunkturen eines Konzepts. Heidelberg, 2004.

Haraway, Donna: Primate Visions. Gender, Race, and Nature in the World of Modern Science. New York 1989.

Haraway, Donna: Die Neuerfindung der Natur. Frankfurt a/M 1995.

Haraway, Donna J.: Modest\_Witness@Second\_Millennium.  
FemaleMan\_Meets\_OncoMouse. Feminism and Technoscience. New York 1997.

Harding, Sandra: The Science Question in Feminism. New York 1986.

Harding, Sandra: Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Hamburg 1990.

Hausen, Karin: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart 1976. 363–393.

Hauss, Gisela: Die alltägliche Praxis der St. Galler Vormundschaft. Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter fürsorglicher Kontrolle. In: Gisela Hauss et al (Hg.): Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950). Zürich 2012. 41–85.

Hauss, Gisela et al. (Hg.): Eingriffe ins Leben: Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950). Zürich 2012.

Heeg, Rahel: Mädchen und Gewalt. Bedeutung physischer Gewaltausübung für weibliche Jugendliche. Wiesbaden 2009.

Hegener, Wolfgang: Zur Kritik der politischen Technologien. Aspekte der Disziplinargeschichte des geschlechtlichen Körpers. In: Gunter Schmidt / Bernhard Strauss (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002. 71–89.

Hegemöller, Bernd-Ulrich: Einführung in die Historiographie der Homosexualitäten. Tübingen 1999.

Heim, Nikolaus: Die Kastration und ihre Folgen bei Sexualstraftätern. Göttingen 1980.

Heim, Nikolaus: Operation „Triebtäter“. Kastration als ultima ratio. Gespräche mit kastrierten Sexualstraftätern. Hamburg 1998.

Heller, Geneviève / Jeanmonod, Gilles / Gasser, Jacques: Rejetées, rebelles, mal adaptées. Débats sur l'eugenisme. Pratiques de la stérilisation non volontaire en Suisse romande au 20e siècle. Genève-Chêne-Bourg / Paris 2002.

Hellerich, Gerd: Homo Therapeuticus. Der Mensch im Netz der Helfer. Hamburg 1985.

Hemka, Gert: Introduction. In: Gert Hemka (Hg.): A cultural History of Sexuality in the modern Age. A Cultural History of Sexualität, Bd. 6. Oxford 2011. 1–26.

Hempel, Leon / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich: Sichtbarkeitsregime: Eine Einleitung. In: Leon Hempel / Susanne Krasmann / Ulrich Bröckling (Hg.): Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert Wiesbaden 2011. 7–24.

Herlitzius, Annette: Frauenbefreiung und Rassenideologie. Rassenhygiene und Eugenik im politischen Programm der „Radikalen Frauenbewegung“ (1930–1933). Leverkusen 1995.

Hermann, Paul- Gruner / Kuhla, Eckhard (Hg.): Befreiungsbewegung für Männer. Auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie. Giessen 2009.

Herr, Corinna: Gesang gegen die „Ordnung der Natur“? Kastraten und Falsettisten in der Musikgeschichte. 2. revidierte Auflage. Kassel 2013.

Herzog, Dagmar: Syncopated Sex: Transforming European Sexual Cultures. In: The American Historical Review. Volume 114, Issue 5. London 2009. 1287–1308.

Hildebrand, Bruno: Einzelfallforschung. In: Ernst Brunotte / Hans Gebhardt / Manfred Meurer / Peter Meusbürger / Josef Nipper (Hg.): Lexikon der Geographie in vier Bänden. Bd. 1. Heidelberg / Berlin 2001. 291.

Hilgendorf, Eric: Biologismus im Recht – gestern und heute. In: Ignacio Czeguhn / Eric Hilgendorf / Jürgen Weitzel (Hg.): Eugenik und Euthanasie 1850–1945. Frühformen, Ursachen, Entwicklungen, Folgen. Baden-Baden 2009. 161–174.

Hirschauer, Stefan: Die Fabrikation des Körpers in der Chirurgie. In: Cornelius Borck (Hg.): Anatomien medizinischen Wissens. Medizin – Macht – Moleküle. Frankfurt a/M 1996. 86–121.

Hirschauer, Stefan: Wie sind Frauen, wie sind Männer? Zweigeschlechtlichkeit als Wissenssystem. In: Christiane Eifert et al (Hg.): Was sind Frauen? Was sind Männer? Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel. Frankfurt a/M 1996. 240–256.

Hoffmann-Richter, Ulrike: Das Verschwinden der Biographie in der Krankengeschichte. Eine biographische Skizze. In: Bios. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History Nr. 2. Leverkusen–Opladen 1998. 204–221.

Hoffschildt, Rainer: Die Verfolgung der Homosexuellen in der NS-Zeit: Zahlen und Schicksale aus Norddeutschland. Berlin 1999. In: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.): Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus – Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Bremen 1999.

Hollstein, Walter: Der Kampf der Geschlechter. München 1993.

Hollstein, Walter: Was vom Manne übrig blieb. Krise und Zukunft des starken Geschlechts. Stuttgart 2008.

Hommen, Tanja: Sittlichkeitsverbrechen. Sexuelle Gewalt im Kaiserreich. Frankfurt a/M 1999.

Honegger, Claudia: Überlegungen zu Michel Foucaults Entwurf einer Geschichte der Sexualität. Bremen 1980.

Honegger, Claudia / Heintz, Bettina: Zum Strukturwandel weiblicher Widerstandsformen im 19. Jahrhundert. In: Claudia Honegger / Bettina Heintz (Hg.): Listen der Ohnmacht. Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen. Frankfurt a/M 1981. 7–68.

Honegger, Claudia: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib, 1750–1850. Frankfurt a/M 1991.

Hubbard, Ruth: The Politics of women's Biology. London 1990.

Hulverscheidt, Marion: Weibliche Genitalverstümmelung: Diskussion und Praxis in der Medizin während des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum. Frankfurt 2002.

Huonker, Thomas: Anstaltseinweisungen, Kindswegnahme, Eheverbote, Sterilisationen, Kastrationen. Fürsorge, Zwangsmassnahmen, „Eugenik“ und Psychiatrie in Zürich zwischen 1890 und 1970. Zürich 2002.

Huonker, Thomas: Diagnose: „moralisch defekt“. Kastration, Sterilisation und Rassenhygiene im Dienste der Schweizer Sozialpolitik und Psychiatrie. 1890-1970. Zürich 2003.

Imboden, Gabriela: Die geistesschwache Tante. Einbürgerung und Eugenik in der Stadt Basel. In: Ulrich Pfister / Maurice de Tribolet (Hg.): Itinera. Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999. 264–271.

Imboden, Gabriela: „Wollen wir unser Möglichstes tun, um das Eindringen schlechter Erbfaktoren in unsere Bevölkerung zu verhindern...“. Eugenik und Einbürgerung in der Stadt Basel, 1931–1952. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit von 1999.

Imboden, Gabriela: „Abweisung wegen erblicher Belastung ...“. Eugenik und deren praktische Umsetzung am Beispiel der Einbürgerung in Basel 1931–1969. In: Christian Mürner (Hg.): Die Verbesserung des Menschen – von der Heilpädagogik zur Humangenetik. Kritische Sichtweisen aus der Schweiz. Luzern 2002. 57–69.

Imboden, Gabriela / Kaiser, Anelis / Ratmoko, Christina: Das ‚bewegte‘ Geschlecht. In: Dominique Grisard / Jana Häberlein / Anelis Kaiser / Sybille Saxer (Hg.): Gender in Motion. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung. Frankfurt a/M 2007. 104–127.

Imboden, Gabriela / Ritter, Hans Jakob et al.: Abtreibung und Sterilisation – Psychiatrie und Geburtenkontrolle. Zur Entwicklung im Kanton Basel-Stadt, 1920–1960. In: Veronique Mottier / Laura von Mandach (Hg.): Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe. Zürich 2007. 38–49.

Imboden, Gabriela / Ritter, Hans Jakob: Die medizinische Indikation wird durch eugenische Überlegungen sehr wesentlich unterstützt. Zur psychiatrischen Begutachtung von Abtreibung und Sterilisation im Kanton Basel-Stadt. In: Regina Wecker et al (Hg.): Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 49–76.

Jäger, Herbert / Schorsch, Eberhard: Sexualwissenschaft und Strafrecht. Stuttgart 1897. 84–104.

Jeanmonod, Gilles et al.: La stérilisation légale des malades mentaux et infirmes mentaux dans le canton de Vaud. Genf 1928–1985. Lausanne 1998.

Jellonnek, Burkhard: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich. Paderborn 1990.

Jellonnek, Burkhard / Lautmann, Rüdiger (Hg.): Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesühnt. Paderborn 2002.

Jette Jung, Sophia: Erfolgt und Scheitern der Hegar-Operation. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung über die Kastration der Frau im 19. Jahrhundert. Frankfurt a/M 2007.

Joris, Elisabeth / Wegmüller, Renate: „Stimmen, wählen und gewählt zu werden sei hinfort unsere Devise und unser Ziel“. Kurze Geschichte des Frauenstimmrechts. Wettingen 2011.

Jost, Hans Ulrich / Imhof, Kurt: Geistige Landesverteidigung. Helvetischer Totalitarismus oder antitotalitärer Basiskompromiss? In: Schweizerischen Landesmuseum Zürich (Hg.): Die Erfindung der Schweiz 1848–1998. Bildentwürfe einer Nation. Katalog zur Sonderausstellung des Schweizerischen Landesmuseums Zürich zum 150jährigen Bestehen des Schweizerischen Bundesstaates und zum 100-Jahr-Jubiläum des Museums. Zürich 1998. 364–380.

Junge, Matthias: Individualisierung. Frankfurt a/M 2002.

Jungnitz, Ludger et al (Hg.): Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Opladen 2007.

Kahl, Thorsten: Sexualdelinquenz und Polizeiverhalten unter besonderer Berücksichtigung der Vergewaltigung. Marburg 1985.

Kämmerer, Tanja: Weder Mann noch Frau: Hijras – eine Untersuchung zum dritten Geschlecht in Indien. Marburg 2010.

Kammerer, Dietmar: Bilder der Überwachung. Frankfurt a/M 2008.

Kappert, Ines: Der Mann in der Krise. Oder: Kapitalismuskritik in der Mainstreamkultur. Bielefeld 2008.

Kappeler, Manfred: Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen. Rassenhygiene und Eugenik in der sozialen Arbeit. Marburg 2000.

Kaufmann, Claudia / Leimgruber, Walter (Hg.): Was Akten bewirken können. Integrations- und Ausschlussprozesse eines Verwaltungsvorganges. Zürich 2008.

Keller, Christoph: Der Schädelvermesser: Otto Schlaginhaufen – Anthropologe und Rassenhygieniker. Eine biographische Reportage. Zürich 1995.

Keller, Christoph: Normalisierungsverfahren in der Eugenik und in der Humangenetik. In: Regina Wecker et al. (Hg.): Wie nationalsozialistisch ist die Eugenik? Internationale Debatten zur Geschichte der Eugenik im 20. Jahrhundert. Wien 2009. 281–297.

Keller Fox, Evelyn: Reflections on Gender and Science. London 1985.

Kelly, Tobias: The Legalization of Human Rights and the Protection of Torture Survivors. Asylum, Evidence and Disbelief. In: Tobias Kelly / Marie-Bénédicte Dembour (Hg.): Are Human Rights for Migrants? Critical Reflections on the Status of Irregular Migrants in Europe and the United States. London 2011. 184–200.

Kevles, Daniel: In The Name of Eugenics. Genetics and the Uses of Human Heredity. New York 1985.

Kipple, Flavia: Was heisst Individualisierung? Wiesbaden 1998.

Kline, Wendy: Building a Better Race. Gender, Sexuality, and Eugenics from the Turn of the Century to the Baby Boom. Berkeley / Los Angeles/London 2001.

Klinker, Cornelia: Von der Gottesebenenbildlichkeit zur Affentragödie. Über Veränderungen im Männlichkeitskonzept an der Wende zum 20. Jahrhundert. In: Ulrike Brunotte / Rainer Herrn (Hg.): Männlichkeiten und Moderne. Bielefeld 2008. 25–35.

Klöppel, Ulrike: XX0XY ungelöst: Hermaphroditismus, Sex und Gender in der deutschen Medizin. Eine historische Studie zur Intersexualität. Bielefeld 2010.

Knorr-Cetina, Karin: Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft. Frankfurt a/M 1984.

Komfort-Hein, Susanne / Scholz, Susanne: Lustmord: Medialisierung eines kulturellen Phantasmas um 1900. Königstein / Taunus 2007.

Kramer, Klaus (Hg.): Die Fallrekonstruktion. Sinneverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Frankfurt a/M 2000.

Krasmann, Susanne: Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernamentalität der Gegenwart. Konstanz 2003.

Kreis, Georg: Der „homo alpinus helveticus.“ Zum schweizerischen Rassendiskurs der 1930er Jahren. In: Guy P. Marchal / Aram Mattioli (Hg.): Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität. Zürich 1992. 175–190.

Kreis, Georg: Goldene Jahre mit irritierenden Erfahrungen. In: Georg Kreis / Beat von Wartburg (Hg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft. Basel 2000. 268–312.

Kubinger, Klaus D.: Psychologische Diagnostik. Theorie und Praxis psychologischen Diagnostizierens. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Göttingen 2009.

Küchenhoff, Bernhard: Eugenisch motiviertes Handeln im „Burghölzli“ am Anfang des 20. Jahrhunderts. In: Schweizer Archiv für Neurologie und Psychiatrie. Bd. 154. Zürich 2003. 11–19.

Kühl, Stefan: Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der eugenischen Bewegung im 20. Jahrhundert. Frankfurt a/M 1997.

Kuhn, Thomas: The Structure of Scientific Revolutions. Chicago 1962.

Kumar Sharma, Satish: Hijra. The labelled deviants. New Dehli 2009.

Kury, Helmut: Wie werden Opfer von Straftaten gesehen? Zur Stigmatisierung von Verbrechensopfern. In: Siegfried Lamnek / Manuela Boatca (Hg.): Geschlecht – Gewalt – Gesellschaft. Opladen 2003. 418–442.

Kury, Patrick: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich 2003.

Lacan, Jacques: Über die Bedeutung des Phallus, (1958). In: Schriften II. 3. Auflage. Berlin / Weinheim 1991. 121–132.



Lachmund, Jens / Stollberg, Gunnar: Patientenwelten Krankheit und Medizin vom späten 18. Jahrhundert bis zum frühen 20. Jahrhundert im Spiegel von Autobiographien. Opladen 1995.

Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse. Tübingen 2001.

Lantzer, Jason S.: The Indiana Way of Eugenics: Sterilization Laws, 1907–74. In: Paul A. Lombardo (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genom. Indiana 2011. 26–44.

Laplanche, Jean / Pontalis, J. B: Das Vokabular der Psychoanalyse. Frankfurt a/M 1972.

Laqueur, Thomas: Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud. München 1996.

Laqueur, Thomas: Die einsame Lust. Eine Kulturgeschichte der Selbstbefriedigung. Berlin 2008.

Latour, Bruno: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Berlin 1995.

Lautermann, Rüdiger: Soziologie der Sexualität. Erotischer Körper, intimes Handeln und Sexualkultur. Weinheim 2002.

Lautmann, Rüdiger / Klimke, Daniel: Machtwechsel. Das Sexualstrafrecht im neoliberalen Staat. In: Cornelius Prittwitz / Lorenz Böllinger / Michael Jasch / Susanne Krasmann / Helge Peters / Herbert Reinke / Dorothea Rzepka / Karl F. Schumann (Hg.): Kriminalität der Mächtigen. Baden-Baden 2008. 126–173.

Lecourt, Dominique: Lyssenko. Histoire réelle d'une „science prolétarienne“. Paris 1995.

Leist, Anton (Hg.): August Forel – Eugenik und Erinnerung. Zürich 2006.

Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der Gouvernementalität. Berlin 1997.

Lemke, Thomas / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Thomas Lemke / Susanne Krasmann / Ulrich Bröckling (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a/M 2000. 7–40.

Lemke, Thomas: Gouvernamentalität und Biopolitik. Wiesbaden 2007.

Lemke, Thomas: Gouvernamentalität. In: Clemens Kammler / Ralf Parr / Ulrich Johannes (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart 2008. 260–263.

Lemke, Thomas: Gouvernamentality Studies. In: Clemens Kammler / Ralf Part / Ulrich-Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart 2008. 380–384.

Lengwiler, Martin / Hauss, Gisela / Gabriel, Thomas / Praz, Anne-Francoise / Germann, Urs: Bestandesaufnahme der bestehenden Forschungsprojekte in Sachen Verding- und Heimkinder. Bericht zuhanden des Budensamts für Justiz EJPD. Basel 2013.

Lerner, Gerda: Frauen finden ihre Vergangenheit. Grundlage der Frauengeschichte. Frankfurt a/M 1995.

Leygraf, Norbert: Psychiatrische Aspekte der Therapie und Prognose bei Sexualstraftätern. In: Wolfgang De Boor / Bernhard Haffke / Christa Lange-Joest (Hg.): Was tun mit den Sexualstraftätern? Rationalität und Irrationalität der Reaktionen in Politik, Justiz und Gesellschaft. Schriftenreihe des Instituts für Konfliktforschung. Heft 20, Köln 2000. 87–110.

Lindemann, Gesa: Das paradoxe Geschlecht. Transsexualität im Spannungsfeld von Körper, Leib und Gefühl. 2. Auflage. Wiesbaden 2011.

Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen 1997.

Lippuner, Sabine: Bessern und Verwahren: Die Praxis der administrativen Versorgung von „Liederlichen“ und „Arbeitsscheuen“ in der thurgauischen Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain (19. und frühes 20. Jahrhundert). Frauenfeld 2005.

Lombardo, Paul A.: Three Generations, No Imbeciles. Eugenics, the Supreme Court and Buck v Bell. Baltimore 2010.

Lombardo, Paul A. (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genome Era. Bloomington 2011.

Longo, Lawrence D.: The Rise and Fall of Battey's Operation: A Fashion in Surgery. In: Bulletin of the History of Medicine. Volume 53, Nr. 2. Baltimore 1979. 244–267.

Lücke, Martin: Männlichkeit in Unordnung. Homosexualität und männliche Prostitution in Kaiserreich und Weimarer Republik. Geschichte und Geschlechter. Bd. 58. Frankfurt a/M 2008.

Lücke, Martin: Hegemonie und Hysterie. In: Martin Lücke (Hg.): Helden in der Krise. Didaktische Blicke auf die Geschichte der Männlichkeiten. Berlin 2013. 11–29.

Lüthi, Barbara / Erlanger, Simon / Kury, Patrick: „Überfremdung“ oder die Politik der Ausgrenzung: Ein Vergleich Schweiz – USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Diskurs – Handeln – Erfahrung: Ein Forschungsbericht. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Vol. 53, Heft 4. Basel 2003. 437–446.

Lüthi, Barbara: Invading Bodies. Medizin und Immigration in den USA, 1880–1920. Frankfurt a/M 2009.

Lüttenberg, Beate et al. (Hg.): Im Dienste der Schönheit? Interdisziplinäre Perspektiven auf die Ästhetische Chirurgie. Berlin 2011.

Lutz, Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft. 22. Jg. Bd. 2. Göttingen 1996. 165–193.

Maasen, Sabine: Genealogie der Unmoral. Zur Therapeutisierung sexueller Selbst. Frankfurt a/M 1998.

Maasen, Sabine: Sexualberatung auf dem Boulevard. Ein Beitrag zur Genealogie normal/istischer/er Selbstführungskompetenz. In: Peter-Paul Bänziger / Stefanie Duttweiler / Philipp Sarasin / Annika Wellmann (Hg.): Fragen Sie Dr. Sex! Ratgeberkommunikation und die mediale Konstruktion des Sexuellen. Frankfurt a/M 2010. 317–345.

Maisch, Herbert: Familiäre Sexualdelinquenz – die neue Emotionalisierung eines alten Dramas. In: Herbert Jäger / Eberhard Schorsch (Hg.): Sexualwissenschaft und Strafrecht. Stuttgart 1997. 84–104.

Martschukat, Jürgen: The Death of Pain. Erörterungen zur Verflechtung von Medizin und Strafrecht in den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Jürgen Martschukat (Hg.): Geschichte schreiben mit Foucault. Frankfurt a/M. 2002. 126–148.

Martschukat, Jürgen / Stieglitz, Olaf: „Es ist ein Junge!“ Einführung in die Geschichte der Männlichkeiten in der Neuzeit. Tübingen 2005.

Martschukat, Jürgen: Die Ordnung des Sozialen. Väter und Familien in der amerikanischen Geschichte seit 1770. Frankfurt a/M 2013.

Masson, Jeffrey: Was hat man Dir getan, Du armes Kind? Sigmund Freuds Unterdrückung der Verführungstheorie. Hamburg 1984.

Maurer, Margarete: Feministische Kritik an Naturwissenschaft und Technik. Grundlagen und Ansätze einer feministischen Naturwissenschafts- und Technikkritik. Hamburg 1989.

Meier, Marietta / Hürlimann, Gisela / Bernet, Brigitta: Zwangsmassnahmen in der Zürcher Psychiatrie 1870–1970. Bericht im Auftrag der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich. Typoskript. Zürich 2002.

Meier, Marietta: Psychochirurgie. Eingriffe am Gehirn als Massnahme gegen „asoziales“ Verhalten. In: Marietta Meier / Brigitta Bernet / Roswitha Dubach / Urs Germann: Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich, 1870–1970. Zürich 2007. 235–270.

Meier, Marietta/ Bernet, Brigitta / Dubach, Roswitha / Germann, Urs: Einleitung. In: Marietta Meier / Brigitta Bernet / Roswitha Dubach / Urs Germann: Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich, 1870–1970. Zürich 2007. 9–14.

Meier, Rolf: August Forel, 1848–1931. Arzt, Naturforscher, Sozialreformer. Ausstellungskatalog. Zürich 1986. 85–94.

Mensh, Elaine / Mensh, Harry: The IQ Mythology. Class, Race, Gender, and Inequality. Carbondale 1991.

Mesmer, Beatrix: Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971. Zürich 2007.

Messerli, Alfred: Zur Geschichte der Medien des Rates. In: Peter-Paul Bänziger / Stefanie Duttweiler / Philipp Sarasin / Annika Wellmann (Hg.): Fragen Sie Dr. Sex.? Ratgeberkommunikation und die mediale Konstruktion des Sexuellen. Frankfurt a/M 2010. 30–57.

Metz-Becker, Marita: Der verwaltete Körper. Die Medikalisierung schwangerer Frauen in den Gebärhäusern des frühen 19. Jahrhunderts. Frankfurt a/M 1997.

Meulemann, Heiner: Einzelfallstudie. In: Günter Endruweit / Gisela Trommsdorff (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. 2. völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2002. 92.

Meuser, Michael: Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster. Opladen 1998.

Meyer, Jürgen: Darwin, Mendel, Lamarck & Co. Die Partitur der Evolution zum Homo sapiens. Stuttgart 2013.

Mommsen, Hans: Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Jürgen Kocka (Hg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987. 288–315.

Monick, Eugene: Castration and male rage. The phallic wound. Toronto 1991.

Morus, Richard Lewinsohn: Der Wunderdoktor aus Mauritius oder die Kunst der Verjüngung. München 1963.

Mosse, George: Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen. München 1985.

Mottier, Veronique: Narratives of National Identity, Sexuality, Race and the Swiss „Dream of Order“. In: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie (Hg.): Schweizerische Zeitschrift für Soziologie. Bd. 26. Zürich 2000. 533–558.

Moxnes, Halvo: Putting Jesus in his Place. A radical vision of household and kingdom. In: Anna Clark (Hg.): The History of Sexuality in Europe. A sourcebook and reader. London 2011. 40–57.

Müller, Christian: Wer hat die Geisteskranken von den Ketten befreit? Skizzen zur Psychiatriegeschichte. Bonn 1998.

Münkler, Herfried: Visualisierungsstrategien im politischen Machtkampf. Der Übergang vom Personenverband zum institutionellen Territorialstaat In: Herfried Münkler / Jens Hacke (Hg.): Strategien der Visualisierung. Verbildlichung als Mittel politischer Kommunikation. Frankfurt a/M 2009. 23–52.

Murer, Erwin (Hg.): Gesellschaft und Krankheit. Medikalisierung im Spannungsfeld von Recht und Medizin. Bern 2012.

Namaste, Viviane: Sex change, social change. Reflections on identity, institutions and imperialism. 2. Auflage. Toronto 2011.

Nanda, Serena: Neither man nor woman. The Hijras of India. 2. Auflage. Belmont 1999.

Nasio, J.-D.: 7 Hauptbegriffe der Psychoanalyse. Wien 1999.

Naucke, Wolfgang: Ein fortwirkender juristischer Einbruch in das Tötungsverbot: Bindig / Hoche. Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Mass und ihre Form, 1920. In: Ignacio Czeguhn / Eric Hilgendorf / Hürgen Weitzel (Hg.): Eugenik und Euthanasie 1850–1945. Frühformen, Ursachen, Entwicklungen, Folgen. Baden–Baden 2009. 71–86.

Nellen, Stefan / Suter, Robert: Psychopathographien des Alltagslebens. Polizeiliche Aufschreibepraktiken im Vorraum der Psychiatrie. In: Stefan Nellen / Martin Schaffner / Martin Stingelin (Hg.): Paranoia City. Der Fall Ernst B. Selbstzeugnis und Akten aus der Psychiatrie um 1900. Basel 2007. 49–62.

Nieden, Susanne zur: Entmannung. Zum juristisch-medizinischen Umgang mit abweichendem Sexualverhalten im Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 53. Jg. Heft 9. Berlin 2005. 791–808.

Nieden, Susanne zur (Hg.): Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900–1945. Frankfurt a/M 2005.

Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. 2. Band: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992.

Obergfell-Fuchs, Joachim: Die Veränderung der polizeilichen Tätigkeit im Umgang mit Sexualstraftätern. In: André Kuhn et al (Hg.): Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafrecht aus internationaler Perspektive. Festschrift für Martin Killias zum 65. Geburtstag. Bern 2012. 325–337.

Olmsted, M. D.: Charles-Edouard Brown-Séquard. A Nineteenth Century Neurologist and Endocrinologist. Baltimore 1946.

Oosterhuis, Harry: Stepchildren of Nature. Krafft-Ebing, Psychiatry and the Making of Sexual Identity. Chicago 2000.

Opitz, Claudia: Um-Ordnungen der Geschlechter. Einführung in die Geschlechtergeschichte. Tübingen 2005.

Opitz-Belakhal, Claudia: "Krise der Männlichkeit" – ein nützliches Konzept der Geschlechtergeschichte? In: L'homme. Jg. 19, Heft. 2. Zürich 2008. 31–51.

Orland, Barbara / Rössler, Mechthild: Women in Science – Gender and Science. Ansätze feministischer Naturwissenschaftskritik im Überblick. In: Barbara Orland / Elvira Scheich (Hg.): „Das Geschlecht der Natur“. Feministische Beiträge zur Geschichte und Theorie der Naturwissenschaften. Frankfurt a/M 1995.

Ortkemper, Hubert: Engel wider Wille. Die Welt der Kastration. Berlin 1993.

Oudshoor, Nelly: Beyond the Natural Body. An archeology of sexhormones. London 1994.

Pasero, Ursula / Gottsburgsen, Anja (Hg.): Wie natürlich ist Geschlecht? Gender und die Konstruktion von Natur und Technik. Wiesbaden 2002.

Perinelli, Massimo / Stieglitz, Olaf: Liquid Laughter. A Gender History of Milk & Alcohol in West German und US Film Comedies. In: Gender Forum. An Internet Platform for Gender & Women's Studies. Vol. 13. Köln 2006.

Pethes, Nicolas et al (Hg.): Menschenversuche. Eine Anthologie 1750–2000. Frankfurt a/M 2008.

Pfäfflin, Friedemann: Vorurteilsstruktur und Ideologie psychiatrischer Gutachten über Sexualstraftäter. In: Beiträge zur Sexualforschung. Bd. 57. Stuttgart 1978.

Pfäfflin, Friedemann: Chirurgische Kastration vor und nach 1945. In: G. Kaiser et al (Hg.): Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Freiburg im Breisgau. 1988. 591–603.

Pohl, Rolf: Männer – das benachteiligte Geschlecht? In: Mechthild Bereswill / Anke Neuber (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster 2011. 104–135

Pretzel, Andreas: „Ich wünsche meinem ärgsten Feind nicht, dass er das durchmacht, was ich da durchgemacht habe.“ Vorfälle im Konzentrationslager Sachsenhausen vor Gericht in Berlin. In: Andreas Pretzel / Gabriele Rossbach (Hg.): „Wegen der zu erwartenden hohen Strafe....“. Homosexuellenverfolgung in Berlin 1933–1945. Berlin 2000. 119–168.

Priddy, Alex / Croissant, Jennifer: Designer Vagina. In: Elizabeth Klaver (Hg.): The Body in Medical Culture. Albany 2009. 173–192.

Promitzer, Christian et al (Hg.): Health, Hygiene und Eugenics in Southeastern Europe to 1945. Budapest 2011.

Puenzieux, Dominique / Ruckstuhl, Brigitte: Medizin, Moral und Sexualität. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Syphilis und Gonorrhöe in Zürich 1870–1920. Zürich 1994.

Purtschert, Patricia et al (Hg.): Gouvernamentalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault. Bielefeld 2008.

Putz, Christa: Narrative Heterogenität und dominante Darstellungsweise. In: Sibylle Brändli / Barbara Lüthi / Gregor Spuhler (Hg.): Zum Fall machen, zum Fall werden. Wissensproduktion und Patientenerfahrung in Medizin und Psychiatrie des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a/M. 2009. 92–117.

Putz, Christa: Verordnete Lust. Sexualmedizin, Psychoanalyse und die „Krise der Ehe“, 1870–1930. Bielefeld 2011.



Quindeau, Ilka: Verführung und Begehren: Die psychoanalytische Sexualtheorie nach Freud. Stuttgart 2008.

Reichert, Jo / Schneider, Manfred (Hg.): Sozialgeschichte des Geständnisses. Zum Wandel der Geständniskultur. Wiesbaden 2007.

Reilly, Philip R.: The Surgical Solution. A History of Involuntary Sterilization in the United States. Baltimore / London 1991.

Rey, Anne-Marie: Die Erzeugelmacherin. Das 30-jährige Ringen um die Fristenregelung. Memoiren. Zürich 2000.

Rheinberger, Hans-Jörg: Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas. Göttingen 2001.

Richter, Lars: Die Geschichte der Folter und Hinrichtung vom Altertum bis zur Jetztzeit. Wien 2001.

Rider, Jacques, le: Das Ende der Illusion. Die Wiener Moderne und die Krisen der Identität. Wien 1990.

Rietmann, Tanja: „Liederlich“ und „arbeitsscheu“. Die administrative Anstaltsversorgung im Kanton Bern 1884–1981. Zürich 2013.

Ritter, Hans Jakob: Bürgerlicher Tod. Von der Angst, gesund ins Irrenhaus eingesperrt zu werden. In: Stefan Nellen et al (Hg.): Paranoia city. Der Fall Ernst B. Selbstzeugnis und Akten aus der Psychiatrie um 1900. Basel 2007. 63–78.

Ritter, Hans Jakob: Psychiatrie und Eugenik. Zur Ausprägung eugenischer Denk- und Handlungsmuster in der schweizerischen Psychiatrie, 1850–1950. Zürich 2009.

Roelcke, Volker: Krankheit und Kulturkritik. Psychiatrische Gesellschaftsdeutungen im bürgerlichen Zeitalter (1790–1914). Frankfurt a/M 1999.

Rössler, Beate: Der Wert des Privaten. Frankfurt a/M 2001.

Roll-Hansen, Nils (Hg.): Eugenics in Scandinavia after 1945. Change of Values and Growth in Knowledge. In: Scandinavian Journal of History. Jg. 24, 2. Stockholm 1999. 198–213.

Rubin, Gayle: Sex denken. Anmerkungen zu einer radikalen Theorie der sexuellen Politik. In: Andreas Krass (Hg.): Queer denken. Gegen die Ordnung der Sexualität. Frankfurt a/M 2003. 31–79.

Rudin, Simone / Mäder, Ueli: Verdingkinder in der Schweiz. Soziale und rechtliche Aspekte. In: Ueli Mäder / Peter Aebersold / Simon Mugier (Hg.): Soziale Disziplinierung und Kontrolle. Basel 2012. 177–192.

Rüegg, Walter: Homosexualität mit besonderer Berücksichtigung des neuen schweizerischen Strafgesetzbuches von 1937. Zürich 1994.

Ruoff, Michael: Foucault-Lexikon. 2. Auflage. Paderborn 2009.

Ryter, Annamarie: Als Weibsbild bevogtet. Zum Alltag von Frauen im 19. Jahrhundert. Liestal 1994.

Sälter, Gerhard: Polizei und soziale Ordnung in Paris. Zur Entstehung und Durchsetzung von Normen im städtischen Alltag des Ancien Régime (1697–1715). Frankfurt a/M 2004.

Sarasin, Philipp: Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765–1914. Frankfurt a/M 2001.

Schaffner, Martin: Geschichte des politischen Systems von 1833 bis 1874. In: Lukas Burckhardt et al (Hg.): Das politische System Basel-Stadt. Basel 1984. 37–53.

Schaffner, Martin: Fall und Fallgeschichten. In: Stefan Nellen / Martin Schaffner / Martin Stingelin (Hg.): Paranoia City. Der Fall Ernst B. Selbstzeugnis und Akten aus der Psychiatrie um 1900. Basel 2007. 11–21.

Scheich, Elvira: Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften. Pfaffenweiler 1993.

Schiebinger, Londa: Das private Leben der Pflanzen: Geschlechterpolitik bei Carl von Linné und Erasmus Darwin. In: Barbara Orland / Elvira Scheich (Hg.): Das Geschlecht der Natur.

Feministische Beiträge zur Geschichte und Theorie der Naturwissenschaften. Frankfurt a/M 1996. 245–269.

Schild, Wolfgang: Folter, Pranger, Scheiterhaufen. Rechtssprechung im Mittelalter. München 2010. 156–189.

Schissler, Hanna: Männerstudien in den USA. In: Geschichte und Gesellschaft. Jg. 18. Göttingen 1992. 204–220.

Schlatter, Christoph: „Merkwürdigerweise bekam ich Neigung zu Burschen“. Selbstbilder und Fremdbilder homosexueller Männer in Schaffhausen 1867 bis 1970. Zürich 2002.

Schlichter, Annette: Die Figur der verrückten Frau. Weiblicher Wahnsinn als Kategorie der feministischen Repräsentationskritik. Tübingen 2000.

Schmale, Wolfgang: Geschichten der Männlichkeit in Europa (1450–2000). Wien 2003.

Schmersahl, Katrin: Medizin und Geschlecht. Zur Konstruktion der Kategorie Geschlecht im medizinischen Diskurs des 19. Jahrhunderts. Opladen 1998.

Schmidt, Gunter / Straus, Bernhard (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002.

Schmuhl, Hans-Walter: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Leben“ 1890–1945. Göttingen 1987.

Schmuhl, Walter: Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945. In: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Band 9. Göttingen 2005.

Schmuhl, Hans-Walter / Roelcke, Volker: Einleitung. In: Hans-Walter Schmuhl / Volker Roelcke (Hg.): „Heroische Therapien“. Die deutsche Psychiatrie im internationalen Vergleich, 1918-1945. Göttingen 2013. 9–28.

Schmuhl, Hans-Walter / Roelcke, Volker: „Heroische Therapien.“ Die deutsche Psychiatrie im internationalen Vergleich. Göttingen 2013.

Scholz, Piotr: Der entmannte Eros. Eine Kulturgeschichte der Eunuchen und Kastraten. Düsseldorf 1997.

Schorsch, Edouard et al.: Perversion als Straftat. Dynamik und Psychotherapie. Berlin 1985.

Schulte, Regina: Das Dorf im Verhör. Brandstifter, Kindsmörderinnen und Wilderer vor dem bürgerlichen Gericht Oberbayern 1848–1910. Hamburg 1998.

Schulze, Winfried: Ego-Dokumente. Annäherungen an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente“. In: Winfried Schulze (Hg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte. Berlin 1996. 11–30.

Schumacher, Beatrice: Familien(denk)modelle. Familienpolitische Weichenstellungen in der Formationsphase des Sozialstaats (1930–1945). In: Matthieu Leimgruber / Martin Lengwiler (Hg.): Umbruch an der „inneren Front“. Krieg und Sozialpolitik in der Schweiz, 1938–1948. Zürich 2009. 139–163.

Schwartz, Michael: Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890–1933. Bonn 1995.

Schwartz, Michael: Die Mehrheit und die „Minderwertigen.“ Eine globalhistorische Sicht auf Eugenik und „Euthanasie“ im 20. Jahrhundert. In: Igancio Czeguhn / Eric Hilgendorf / Jürgen Weitzel (Hg.): Eugenik und Euthanasie 1850–1945. Frühformen, Ursachen, Entwicklungen, Folgen. Baden-Baden 2009. 27–46.

Schweizer, Katinka et al (Hg.): Intersexualität kontrovers: Grundlagen, Erfahrungen, Positionen. Beiträge zur Sexualforschung. Bd. 96. Giessen 2012.

Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hg): Der Kampf um gleiche Rechte. Basel 2009.

Schwerhoff, Gerd: Aktenkundig und gerichtsnotorisch: Einführung in die Historische Kriminalitätsforschung. Tübingen 1999.

Schwerhoff, Gerd: Kriminalitätsgeschichte im deutschen Sprachraum. Zum Profil eines „verspäteten“ Forschungszweiges. In: Andreas Blauert / Gerd Schwerhoff (Hg.): Kriminalitätsgeschichte. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne. Konstanz 2000. 21–67.

Scott, Joan W.: Gender, and the Politics of History. New York 1988.

Scott, Joan W.: Gender: Eine nützliche Kategorie. In: Nancy Kaiser (Hg.): Selbst Bewusst. Frauen in den USA, Leipzig 1994. 7–75.

Seidel, Hans-Christoph: Eine neue „Kultur des Gebärens“. Die Medikalisierung von Geburt im 18. und 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart 1998.

Seifert, Simone: Der Umgang mit Sexualstraftätern. Bearbeitung eines sozialen Problems im Strafvollzug und Reflexion gesellschaftlicher Erwartungen. Wiesbaden 2014.

Senn, Marcel: Neue Rechtstheorien nach Massgabe von Rassenlehren und Sozialdarwinismus zwischen 1860 und 1914. In: Ignacio Czeguhn / Eric Hilgendorf / Jürgen Weitzel (Hg.): Eugenik und Euthanasie 1850–1945. Frühformen, Ursachen, Entwicklungen, Folgen. Baden-Baden 2009. 27–41.

Shorter, Edward: Moderne Leiden. Zur Geschichte der psychosomatischen Krankheiten. Hamburg 1994.

Siegenthaler, Hansjörg: Fridolin Schuler und die Anfänge des modernen Wohlfahrtsstaates. In: Hansjörg Siegenthaler (Hg.): Wissenschaft und Wohlfahrt. Moderne Wissenschaft und ihre Träger in der Formation des schweizerischen Wohlfahrtsstaates während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zürich 1997. 9–33.

Sigusch, Volkmar: Kritische Sexualwissenschaft und die grosse Erzählung vom Wandel. In: Gunter Schmidt / Bernhard Strauss (Hg.): Sexualität und Spätmoderne. Über den kulturellen Wandel der Sexualität. Giessen 2002. 11–28.

Sigusch, Volkmar: Organotherapien bei sexuellen Perversionen und sexueller Delinquenz. In: Volkmar Sigusch (Hg.): Sexuelle Störungen und ihre Behandlung. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 2003. 323–333.

Sigusch, Volkmar: Die Geschichte der Sexualwissenschaft. Frankfurt a/M 2008.

Singly, Francois de: Die Familie der Moderne. Eine soziologische Einführung. Konstanz 1995.

Sojfer, Valerij Nikolaevic: Lysenko and the tragedy of Soviet science. New Brunswick 1994.

Spode, Hasso: Die Macht der Trunkenheit. Kultur- und Sozialgeschichte des Alkohols in Deutschland. Opladen 1993.

Stanchevici, Dimitri: Stalinist genetics; the constitutional rhetoric of T.D. Lysenko. Amityville 2012.

Stämpfli, Regula: Triumph der Geschlechtertrennung in der Schweiz 1918–1945. In: Christof Dejung / Regula Stämpfli (Hg.): Armee, Staat und Geschlecht. Die Schweiz im internationalen Vergleich 1918–1945. Zürich 2003. 213–228.

Stephan, Inge: Gender, Geschlecht und Theorie. In: Christina von Braun / Inge Stephan (Hg.): Gender Studien. Stuttgart 2000. 58–96.

Stern, Alexandra Minna: From Legislation to Lived Experience: Eugenic Sterilization in California and Indiana, 1907–79. In: Paul A. Lombardo (Hg.): A Century of Eugenics in America. From the Indiana Experiment to the Human Genom, Indiana 2011. 95–116.

Stöckle-Niklas, Claudia: Das Gefängnis - eine eingeschlechtliche Institution. Bonn 1989.

Stoff, Heiko: Ewige Jugend. Konzepte der Verjüngung vom späten 19. Jahrhundert bis ins Dritte Reich. Köln 2004.

Stöckel, Matthias: Pädophilie: Befreiung oder sexuelle Ausbeutung von Kindern. Fakten, Mythen, Theorien. Frankfurt a/ M 1998.

Strasser, Peter: Verbrechermenschen. Zur kriminalwissenschaftlichen Erzeugung des Bösen. 2. erweiterte Neuauflage. Frankfurt a/M 2005.

Strebel, Dominique: Weggesperrt: Warum Tausende in der Schweiz unschuldig hinter Gittern saßen. Zürich 2010.

Studer, Brigitte et al (Hg.): Zwischen Aufsicht und Fürsorge: Die Geschichte der Bewährungshilfe im Kanton Bern. Bern 2011.

Sutter, Gaby: Zwischen Integration und Ausschluss. Fürsorge und Sozialarbeit in der Stadt Bern 1900 bis 1960. Bern 2008.

Szasz, Thomas: Die Fabrikation des Wahnsinns. Frankfurt a/M 1976.

Tanner, Jakob: „Keimgifte“ und „Rassendegeneration“. Zum Drogendiskurs und den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Eugenik. In: Ulrich Pfister / Maurice de Tribolet (Hg.): Itinera. Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999. 249–263.

Taylor, Gary: Castration. An abbreviated history of western manhood. New York 2002.

Temme, Gaby / Künzel, Christine: Einleitung. In: Gaby Temme / Christine Künzel (Hg.): Hat Strafrecht ein Geschlecht? Zur Deutung und Bedeutung der Kategorie Geschlecht in strafrechtlichen Diskursen vom 18. Jahrhundert bis heute. Bielefeld 2012. 7–26.

Thomas, Terry: Sex Crime. Sex Offending and Society. Uffculme Cullompton 2000.

Toengi, Claudia: Um Leib und Leben. Gewalt, Konflikt und Geschlecht im Uri des 19. Jahrhunderts. Zürich 2004.

Trüb, Kuno / Miescher, Stephan: Männergeschichten. Schwule in Basel seit 1930. Basel 1968.

Tuchel, Susan: Kastration im Mittelalter. Düsseldorf 1998.

Uhl, Karsten: Das „verbrecherische Weib“. Geschlecht, Verbrechen und Strafen im kriminologischen Diskurs 1800–1945. München 2000.

Unser, Sibylle: Der Kastrat und seine Männlichkeit. Hamburg 2009.

Vismann, Cornelia: Akten. Medientechnik und Recht. 2. Auflage. Frankfurt a/M 2001.

Völkel, Bärbel: Krisenmanagement über den „Umweg“ Geschichte. Wie Jungen anschlussfähige Erfahrungen in die Geschichte hinein konstruieren. In: Martin Lücke (Hg.): Helden in der Krise. Didaktische Blicke auf die Geschichte der Männlichkeiten. Historische Geschlechterforschung und Didaktik Bd. 2. Berlin 2013. 31–66.

Walter, Willi: Gender, Geschlecht und Männerforschung. In: Christina von Braun / Inge Stephan (Hg.): Gender Studien. Eine Einführung. Stuttgart 2000. 97–115.

Wecker, Regina: Zwischen Ökonomie und Ideologie. Arbeit im Lebenszusammenhang von Frauen im Kanton Basel-Stadt, 1870–1910. Zürich 1997.

Wecker, Regina: Eugenik – individueller Ausschluss und nationaler Konsens. In: Sebastien Guex et al. (Hg.): Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit. Die Schweiz 1798–1998. Staat – Gesellschaft – Politik, Bd. 2. Zürich 1998. 165–179.

Wecker, Regina: Frauenkörper, Volkskörper, Staatskörper. Zu Eugenik und Politik in der Schweiz. In: Itinera 20. Zürich 1998. 209–226.

Wecker, Regina: „Liederlich“. Eugenik, Sexualität und Geschlecht. In: Ulrich Pfister / Maurice de Tribolet (Hg.): Itinera 21. Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999. 272–280.

Wecker, Regina / Studer, Brigitte / Sutter, Gaby: Die „schutzbedürftige Frau“. Zur Konstruktion von Geschlecht durch Mutterschaftsversicherung, Nachtarbeitsverbot und Sonderschutzgesetzgebung. Zürich 2001.

Wecker, Regina et al (Hg.): Wie nationalsozialistisch ist die Eugenik? Internationale Debatten zur der Eugenik im 20. Jahrhundert. Wien 2009.

Wecker, Regina: Eheverbote und Eugenik in der Schweiz. Konzepte und Praktiken im historischen Kontext. In: Ueli Mäder et al (Hg.): Soziale Disziplinierung und Kontrolle. Basel 2012. 17–36.

Wecker, Regina: Eugenik und Sexualität. Zur Regulierung des sexuellen und reproduktiven Verhaltens. In: Regina Wecker et al.: Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 9–22.

Wecker, Regina et al.: Eugenik und Sexualität – Widersprüche und Ambivalenzen. In: Regina Wecker et al.: Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 163–186.

Wecker, Regina: „So günstig es in vielen Fällen wirkt, wenn durch die Sterilisation die Sexualität von Hemmungen befreit wird ...“. Geschlecht, Eugenik und Sexualität. In: Regina Wecker et al.: Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960. Zürich 2013. 137–161.



Weeks Jeffrey: Coming Out. Homosexual Politics in Britain, from the Nineteenth Century to the Present. London 1977.

Weeks, Jeffrey: Sex, politics and society. The regulation of sexuality since 1800. London/New York 1981.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1918. 3. Band. München 1995.

Weickmann, Dorion: Rebellion der Sinne. Hysterie – ein Krankheitsbild als Spiegel der Geschlechterordnung (1880–1920). Frankfurt a/M 1997.

Weindling, Paul: Health, Race and German Politics between National Unification and Nazisms, 1870–1945. Cambridge 1989.

Weindling Paul: International Eugenics. Swedish Sterilization in Context. In: Scandinavian Journal of History 24. Stockholm 1999. 179–197.

Weingart, Peter / Kroll, Jürgen / Bayertz, Kurt: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt a/M 1992.

Wetzell, Richard F.: Bio-Wissenschaften und Kriminalität. Eine historische Perspektive. In: Lorenz Böllinger et al (Hg.): Gefährliche Menschenbilder. Biowissenschaften, Gesellschaft und Kriminalität. Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat Bd. 47. Baden-Baden 2010. 315–328.

Whisnant, Clayton J.: Male homosexuality in West Germany between persecution and freedom, 1945–69. Basingstoke 2012.

Wille, R.: Kastration: Therapie oder Kriminalprophylaxe? In: Hermann Pohlmeier / Erwin Deutsch / Hans-Ludwig Schreiber (Hg.): Forensische Psychiatrie heute. Ulrich Venzlaff zum 65. Geburtstag. Berlin 1986. 189–197.

Wippermann, Wolfgang / Burleigh, Michael: The racial state. Germany 1933–1945. Cambridge 1991.

Wolfisberg, Carlo: Heilpädagogik und Eugenik. Zur Geschichte der Heilpädagogik in der deutschsprachigen Schweiz (1800–1950). Zürich 2002.

Wuketits, Frank: Gene, Kultur und Moral. Soziobiologie – Pro und Kontra. Darmstadt 1990.

Wyss, Markus: Der Eugenikdiskurs in der Fürsorge und Bildung von Gehörlosen und Schwerhörigen in der Schweiz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Schweizer Gehörlosengeschichte. Zürich 2011.

Yaoting, Sun: Der letzte Eunuch des Kaisers Puyi. Das Leben Sun Yaotings, letzter Eunuch des Kaisers Puyi, erzählt von ihm selbst. Leipzig 1993.

Zehnder, Kathrin: Zwitter beim Namen nennen. Intersexualität zwischen Pathologie, Selbstbestimmung und leiblicher Erfahrung. Bielefeld 2010.

Ziegler, Béatrice: Frauen zwischen sozialer und eugenischer Indikation. In: Veronika Aegerter et al. (Hg.): Geschlecht hat Methode. Ansätze und Perspektiven der Frauen- und Geschlechtergeschichte. Beiträge der 9. Schweizerischen Historikerinnentagung. Zürich 1998. 293–301.

Ziegler, Béatrice: Abtreibungs- und Sterilisationspolitik im Banne der Eugenik in Bern. In: Ulrich Pfister / Maurice de Tribolet (Hg.): Itinera. Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung. Basel 1999. 233–239.

Ziegler, Béatrice: Arbeit – Körper – Öffentlichkeit. Berner und Bieler Frauen zwischen Diskurs und Alltag (1919–1945). Zürich 2007.

Zitzmann, Ellen M.: Opfer Mann? Männer im Spannungsfeld von Täter und Opfer. Marburg 2012.

Zürcher, Regula: Frauen für die Volksgesundheit. St. Gallen 2010.

## Internetquellen

[http://www.focus.de/gesundheit/news/serie-das-moderne-lexikon-der-sexualitaet\\_aid\\_176984.html](http://www.focus.de/gesundheit/news/serie-das-moderne-lexikon-der-sexualitaet_aid_176984.html). (14.07.2012).

<http://www.zeit.de/1969/43/hirn-operation-bei-triebtaetern/seite-2> (14.03.2013).

[http://www.bzga-whocc.de/bot\\_Seite4010.html](http://www.bzga-whocc.de/bot_Seite4010.html) (12.04.2012).

<http://www.univie.ac.at/Wirtschaftsgeschichte/Sexbibl> (15.04.2013).

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/bekannter-paedophiler-kehrt-nach-spaziergang-nicht-mehr-zurueck-127734331> (10.03.2014).

[http://www.swissinfo.ch/ger/news/newsticker/international/Ein\\_in\\_der\\_Region\\_Basel\\_bekannter\\_Paedophiler\\_auf\\_der\\_Flucht.html?cid=38080704](http://www.swissinfo.ch/ger/news/newsticker/international/Ein_in_der_Region_Basel_bekannter_Paedophiler_auf_der_Flucht.html?cid=38080704) (10.03.2014).

<https://www.tk.de/rochelexikon/> (13.05.2012).

<http://de.mimi.hu/krankheit/podagra.html> (13.05.2013).

<http://blog.bazonline.ch/mamablog/index.php/32844/kein-respekt-fur-manner>. (16.07.2013).

<http://infowars.wordpress.com/2007/06/19/werbung---wie-manner-kastriert-werden/> (15.08.2013).

<http://news.de.msn.com/politik/politik.aspx?cp-documentid=154749974> (15.08.2013).

<http://de.danielpipes.org/4130/vorhersage-von-mark-steyn-europa-ist-am-ende> (15.08.2013).

<http://www.blick.ch/people/schweiz/hausi-leutenegger-eva-mendes-hat-ja-so-recht-158377> (15.08.2013).

<http://www.psychiatrie-nord.sg.ch/home/standorte/wil.html> (14.06.1913).

<http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/uebersicht/hilfe-fuer-betroffene-von-zwangsmassnahmen-1.18047575> (15.09.2013).

[http://www.beobachter.ch/dossiers/administrativ-versorgte/artikel/administrativ-versorgte\\_ein-dunkles-kapitel/](http://www.beobachter.ch/dossiers/administrativ-versorgte/artikel/administrativ-versorgte_ein-dunkles-kapitel/) (15.09.2013).

[http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Bericht\\_Lengwiler\\_de.pdf](http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Bericht_Lengwiler_de.pdf) (15.09.2013).

[http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/stadt\\_region/auguste-forels-dunkle-seiten-ausleuchten-1.17674900](http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/stadt_region/auguste-forels-dunkle-seiten-ausleuchten-1.17674900) (17.09.2013).

<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/articleCNDQT-1.106051> (17.09.2013).

<http://www.staff.uni-marburg.de/~rohrmann/Literatur/binding.html> (25.02.2014).

<http://supreme.justia.com/cases/federal/us/274/200/case.html> (25.02.2014).

<http://www.eugenicsarchive.org/html/eugenics/static/themes/39.html> (24.02.2014).

[http://www.gesetze.ch/sr/311.0/311.0\\_004.html](http://www.gesetze.ch/sr/311.0/311.0_004.html) (12.03.2013).

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/19/22/publ.html?publicationID=4360> (14.05.2013).

<http://www.srf.ch/sendungen/sternstunde-philosophie/zu-den-paedophilie-vorwuerfen-gegen-daniel-cohn-bendit> (12.04.2014).

<http://www.blick.ch/news/schweiz/basel/kinderschaender-christoph-egger-auf-der-flucht-wie-lange-wirkt-seine-chemische-kastration-id2711460.html> (15.05.2014).

[https://fredilerch.ch/index.php?id=130&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=451&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d7d0c049d80755b153d4fab66368b887](https://fredilerch.ch/index.php?id=130&tx_news_pi1%5Bnews%5D=451&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d7d0c049d80755b153d4fab66368b887). <https://bazonline.ch/basel/stadt/ich-liess-mich-chemisch-kastrieren/story/22863105>. (05.07.2014)

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cohn-bendits-paedophile-aeusserungen-danys-phantasien-und-traeume-12164560.html> (12.04.2014).

<http://www.genderforum.uni-koeln.de> (12.05.2013).

